

C | A | U

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Mathematisch-  
Naturwissenschaftliche Fakultät

Kieler Geographische Schriften  
Band 134 | Kiel 2023



Martin Sarnow

## Die Produktion urbaner Räume in einer verstetigten Krise

Austerität, die Rekonfiguration der sozialen  
Reproduktion und munizipalistische Alternativen  
in Barcelona

# **KIELER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN**

Herausgegeben vom Geographischen Institut der Universität Kiel  
durch C. Corves, F. Dünckmann, R. Duttmann, R. Hassink,  
W. Hoppe, N. Oppelt, A. Vafeidis und R. Wehrhahn

Schriftleitung: P. Sinuraya

---

**Band 134**

**MARTIN SARNOW**

## **Die Produktion urbaner Räume in einer verstetigten Krise**

**Austerität, die Rekonfiguration der sozialen Reproduktion  
und munizipalistische Alternativen in  
Barcelona**

**KIEL 2023**

---

**IM SELBSTVERLAG DES GEOGRAPHISCHEN INSTITUTS  
DER UNIVERSITÄT KIEL**

**ISSN 0723-9874**

**ISBN 978-3-923887-76-7**

**Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-923887-76-7

Die vorliegende Arbeit entspricht im Wesentlichen der von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Jahre 2022 angenommenen gleichlautenden Dissertation.

Das Titelbild zeigt Proteste der Grup d’Habitatge de Sants  
gegen eine Zwangsräumung in Barcelona-Sants

Foto: Martin Sarnow

©

Alle Rechte vorbehalten

El GHAS som família! Sempre ens defensarem!



## Vorwort

Selbstredend ist eine Arbeit solchen Umfangs nicht das Werk einer einzelnen Person, sondern ein Prozess, der von Inspiration, Kooperation und Unterstützung lebt. Daher möchte ich an dieser Stelle allen danken, die ihren Teil zu dieser Arbeit beigetragen und die Promotion damit erst möglich gemacht haben.

Allen voran danke ich meinem Betreuer, Prof. Dr. Rainer Wehrhahn, der mir überhaupt die Möglichkeit der Promotion gab, mich stetig und selbstverständlich unterstützt hat – sowohl mit wissenschaftlichem Rat als auch mit Vertrauen und Freiheiten beim Forschen und Schreiben – und damit grundlegend für die Entstehung dieser Arbeit war. Daran anschließend danke ich meinen Kolleg\*innen der Arbeitsgruppe Stadt- und Bevölkerungsgeographie für die vielen produktiven (Flur-)Gespräche, in denen unzählige Ideen entstanden und gereift sind sowie Fragezeichen aufgelöst werden konnten. Namentlich zu nennen sind an dieser Stelle vor allem Tobias Breuckmann, Sören Weißermel, Zine-Edine Hathat, Tade Rücker, Anna-Lena Bercht und Michael Andres. Zusätzlich gilt Verena Sandner Le Gall ein besonderer Dank für das finale Lektorieren der Publikation. Eben solcher Dank gebührt Petra Sinuraya, die mit großer Sorgfalt die Veröffentlichung gesetzt und die dazugehörigen Karten angefertigt hat. Weiterer Dank geht an meine Mittelbaukolleg\*innen aus den benachbarten Arbeitsgruppen, allen voran Jens Reda sowie Sebastian Ehret und Anisja Obermann, die ebenfalls immer wieder für inhaltlichen Austausch zur Verfügung standen. Prof. Dr. Florian Dünckmann danke ich für die bereitwillige Zweitkorrektur meiner Dissertation und Prof. Dr. Silja Klepp für ihre Rolle als Prüferin. Auch möchte ich Prof. Dr. Robert Hassink danken, in dessen Arbeitsgruppe ich lange Zeit als wissenschaftliche Hilfskraft gearbeitet habe. Insgesamt schätze ich mich sehr glücklich, dass ich meine Arbeit in dem produktiven und kollegialen Rahmen des Geographischen Instituts in Kiel anfertigen konnte. Nicht unerwähnt bleiben dürfen an dieser Stelle der bundesweite MATFEM-Arbeitskreis mit Leon Rosa Reichle, Sarah Uhlmann, Maria del Carmen Mayer, Anna Steenblock und Eva Kuschinski sowie meine Kollegin Norma Tiedemann aus Kassel, die wichtige Rollen für den fachlichen Austausch rund um die Themen soziale Reproduktion, Munizipalismus und Stress mit der Dissertation spiel(t)en.

Ferner bedanke ich mich bei der Hans-Böckler-Stiftung für das Stipendium und die damit verbundene finanzielle Unterstützung, die eine zentrale materielle Grundlage für die Arbeit an der Dissertation war.

Desweiteren möchte ich einen besonderen Dank an mein soziales Umfeld aussprechen, welches mich durchgängig unterstützt und mir den Rücken freigehalten hat. Eine feste Umarmung geht an dieser Stelle an Yasmin und Onni, danke für alles! Ebenso fest umarme ich meine Mum, die mir im Grunde all das ermöglicht hat und immer ein Vorbild

## II

bleiben wird. Darüberhinaus ist es unmöglich allen gerecht zu werden, die mich über die Jahre begleitet haben und die mir wichtig sind – dennoch ein spezieller Gruß an Laura, Nicole und meine Schwester Stefanie – und an all die Nichtgenannten: you know who you are. Es ist keineswegs selbstverständlich so ein stabiles und unterstützendes Netzwerk aus Familie und Freund\*innen zu haben und ich weiß dieses daher umso mehr zu schätzen. Mil besos – somos familia!

Abschließend gilt mein großer Dank und Respekt all den Menschen, deren Geschichten ich in dieser Dissertation (be)schreiben durfte. Dabei seien natürlich besonders die Grup d’Habitatge de Sants und deren Mitglieder erwähnt, die mich sowohl an den vulnerabelsten Situationen als auch den stärksten Kämpfen haben teilnehmen lassen. Danke an Angelica, Llum, Martha, Claudia, Saadia und Edu für die Offenheit, die Ehrlichkeit und für den Mut und die Inspiration, die ihr mir gegeben habt! Genau deshalb ist die GHAS immer auch Familie. In besonderer Erinnerung wird mir Cristina bleiben, auch wenn wir uns nur kurz gekannt haben. Wenige Tage nachdem sie mich auf der Suche nach guter lateinamerikanischer Küche durch L’Hospitalet de Llobregat geführt hat, ist sie viel zu früh aus dem Leben geschieden. Möge die Erde dir leicht sein, Cristina!

Kiel, im März 2023

Martin Sarnow

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	I
Inhaltsverzeichnis	III
Abbildungs-und Tabellenverzeichnis	VII
Zusammenfassung	VIII
Summary	X
<b>1 Einleitung</b>	<b>1</b>
1.1 Zielsetzung der Arbeit	3
1.2 Fragestellungen und Aufbau der Arbeit	5
<b>2 Raumproduktion und Urbanisierung des Kapitals</b>	<b>9</b>
2.1 Die soziale Konstruktion von Zeit und Raum	10
2.2 Die konkrete Abstraktion und Objektivierung kapitalistischer Raumstrukturen	13
2.3 Die <i>three cuts</i> kapitalistischer Krisen und die Urbanisierung des Kapitals	17
2.4 Akkumulation durch Enteignung und Umkämpftheit der räumlichen Rekonfiguration	24
2.5 Exkurs: Austerität als Akkumulation durch Enteignung	28
2.6 Absoluter, relativer und relationaler Raum	31
2.7 Kritik und Anschlüsse	36
2.7.1 Kritik I – Unterkomplexes Staatsverständnis	37
2.7.2 Kritik II – Blindheit für Geschlechterverhältnisse	39
<b>3 Staatstheoretische Implikationen</b>	<b>43</b>
3.1 Relative Autonomie und strategische Selektivität des Staates	44
3.2 Staat und Raum	48
3.3 Feministische Ansätze der Staatstheorie	53
3.4 Krise, Entdemokratisierung und Demokratisierung	57
3.5 What's left for the state?	62
<b>4 Soziale Reproduktion aus materialistisch-feministischer Perspektive</b>	<b>65</b>
4.1 Soziale Reproduktion und Marxismus	66
4.2 Reproduktion und vergeschlechtliche Arbeitsteilung	71
4.3 (Urbane) Räume sozialer Reproduktion	77
4.4 Die Produktion der Reproduktion	81
4.5 Who cares?	85



<b>5</b>	<b>Theoretische Synthese</b>	<b>87</b>
5.1	Erste theoretische Synthese: Die Verschränkung von Krisen und die Erschöpfung der Arbeiter*innen	88
5.2	Zweite theoretische Synthese: Die Stadt als Soziale Fabrik und Küche	90
5.3	Dritte theoretische Synthese: Beziehungsweisen	96
5.4	Vierte theoretische Synthese: Vertiefende Raumproduktion	100
<b>6</b>	<b>Munizipalismus – eine Begriffsbestimmung</b>	<b>109</b>
6.1	Erste Begriffsannäherung	110
6.2	Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Munizipalisten	113
6.3	Theoretische und praktische Beispiele des Munizipalismus	118
6.3.1	Die föderalistische Idee von Francesc Pi I Margall	119
6.3.2	Die erste spanische Republik	121
6.3.3	Murray Bookchins Libertärer Munizipalismus	122
6.3.4	Cooperation Jackson – <i>Dual Power</i> unter schwarzer Selbstbestimmung in Mississippi	126
6.4	Erste Differenzierungen verschiedener Munizipalisten	129
<b>7</b>	<b>Kontext: Neoliberalisierung, katalanische Unabhängigkeit, Krise und Munizipalismus in Barcelona</b>	<b>131</b>
7.1	Kontext I: Vom Modell zur Marke – Neoliberale Stadtentwicklung in Barcelona	131
7.2	Kontext II: Protest und das Aufkommen der neuen Munizipalisten im spanischen Staat und Barcelona	139
7.2.1	Die Entstehung von Barcelona en Comú	142
7.2.2	Politische Grundzüge und Munizipalismusbegriff von Barcelona en Comú	145
7.2.3	Organisationsmodell Barcelona en Comú	147
7.3	Kontext III: Unabhängigkeit und Munizipalismus in Katalonien	151
7.3.1	Die Entstehung der Candidatura d’Unitat Popular (CUP)	154
7.3.2	Politische Grundzüge und Munizipalismusbegriff der CUP	155
7.3.3	Organisationsmodell der CUP	157
7.4	In, against or beyond the state?	160
<b>8</b>	<b>Forschungsdesign und methodisches Vorgehen</b>	<b>163</b>
8.1	Zum Verhältnis von Theorie und Empirie – Dialektik als Methode	163
8.2	Fragestellung, Fallauswahl und Forschungsverlauf	167
8.3	Untersuchungsgebiet: Der Stadtbezirk Sants-Montjuïc und die <i>Barris</i> Sants, La Bordeta und Hostafrancs	173
8.4	Methodische Umsetzung: Konzeption, Erhebung und Auswertung	177
8.5	Positionalität und aktivistische Stadtforschung	187

<b>9</b>	<b>Wohnraumkrise und Rekonfiguration der sozialen Reproduktion in Barcelona</b>	<b>193</b>
9.1	Austerität und die Finanzialisierung des Mietwohnungsmarktes	194
9.2	Zwangsräumungen, der verbaute Zugang zu Wohnraum und die Entsicherung der Lebensverhältnisse	201
9.3	Die Krise hat Geschlecht – Überbetroffenheit von Frauen hinsichtlich der Prekarisierung von Wohnraum	207
9.4	Krise als Chance: Stärkung des kooperativen Wohnens	214
9.5	Soziale Kräfteverhältnisse in der fortlaufenden Wohnraumkrise	220
<b>10</b>	<b>Neue politische Repräsentationen und munizipalistische Handlungskorridore</b>	<b>231</b>
10.1	Barcelona en Comú: Politiken und Strategien	233
10.1.1	Stadtplanung in „Kleinbuchstaben“	233
10.1.2	Der Kampf um Wohnraum	236
10.1.3	Ökonomische Alternativen	243
10.1.4	Souveränität der Nähe als Demokratisierungsmoment	249
10.1.4.1	Nachbarschaftsversammlungen und innerorganisatorische Demokratisierungsmomente	249
10.1.4.2	Partizipationsmechanismen	255
10.1.5	Feminisierung der Politik	261
10.2	Barcelona en Comús Entwicklung in den Institutionen	268
10.2.1	Neue Politik unter ständigem Widerstand – Stadtpolitische Kräfteverhältnisse in Barcelona	269
10.2.2	Prozesse der Institutionalisierung	276
10.2.3	Verhältnis zu sozialen Bewegungen	288
10.3	CUP: Politiken und Strategien	294
10.3.1	Stadtentwicklung aus Klassenperspektive und Konfrontation hegemonialer ökonomischer Akteur*innen	294
10.3.2	Unabhängigkeit, Territorialfrage und <i>Dual Power</i>	298
10.3.3	Demokratisierungsmomente	302
10.3.4	Feminisierung der Politik	306
10.4	Die CUP in den Institutionen	308
10.4.1	Materialität der Institutionen	309
10.4.2	Institutionalisierung oder Veränderung der Institutionen	311
10.5	Zusammenfassung	315
<b>11</b>	<b>Zum Verhältnis von Krise, Selbstorganisation und Institutionen in Barcelona-Sants</b>	<b>317</b>
11.1	Aktuelle Stadtentwicklungsdynamiken in Sants	318

11.2	Selbstorganisierte Infrastrukturen als Knotenpunkte des Widerstands in der Sozialen Fabrik Sants	321
11.3	Vernetzung, solidarische Beziehungsweisen und <i>Memoria Histórica</i> als Netzwerke der Sozialen Fabrik Sants	333
11.4	Der tägliche Kampf gegen Zwangsräumungen und neue Formen der Familie – Die Grup d’Habitatge de Sants	336
11.4.1	Prinzipien, Organisation und Aktionsformen	339
11.4.2	Zwangsräumungen: Zwischen Erschöpfung und Selbstermächtigung	350
11.5	Nachbarschaftsbewegung und Selbstorganisation im Verhältnis zu den Institutionen	358
<b>12</b>	<b>Empirische Synthese</b>	<b>363</b>
12.1	Erste empirische Synthese: Die Verschränkung von Krisen und die Erschöpfung der Arbeiter*innen in Barcelona	363
12.2	Zweite empirische Synthese: Barcelona-Sants als Soziale Fabrik und Küche	366
12.3	Dritte empirische Synthese: Die Trennung, Verbindung und Verschiebung von Beziehungsweisen	369
12.4	Vierte empirische Synthese: Krisenhafte und umkämpfte Raumproduktion in Barcelona-Sants	372
12.5	Zusammenfassung	377
<b>13</b>	<b>Schlussfolgerungen</b>	<b>379</b>
13.1	Krise, Rekonfiguration der sozialen Reproduktion und Widerstand in Barcelona	379
13.2	Munizipalismus – In, against and beyond the state	382
11.3	Ausblick	386
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>389</b>
	<b>Glossar</b>	<b>421</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Konzeption der Fragestellungen und Theorieansätze	7
Abb. 2: Organigramm von Barcelona en Comú	148
Abb. 3: Organigramm CUP	158
Abb. 4: Plakate gegen Immobilienspekulation in Sants	171
Abb. 5: Übersichtskarte von Barcelona	174
Abb. 6: Karte des Bezirks Sants-Montjuïc	175
Abb. 7: Versammlung der Mieter*innengewerkschaft Barcelona	223
Abb. 8: Karte des Can Batlló-Geländes	246
Abb. 9: Tweet der GHAS als Antwort auf Barcelona en Comú-Politiker Marc Serra Solé	293
Abb. 10: Plakat der CUP zur Kommunalwahl 2019: „Gegen den Massentourismus“	295
Abb. 11: Neubauprojekt in Barcelona-Sants	319
Abb. 12: Karte selbstorganisierter Infrastrukturen und <i>Memoria Histórica</i> in Sants	322
Abb. 13: Mural im Parc de l’Espanya Industrial in Erinnerung an den Congrés de Sants	324
Abb. 14: Das Nachbarschaftszentrum Lleialtat Santsenca	327
Abb. 15: Pressekonferenz der GHAS anlässlich der Besetzung des Bloc Gaiarre	342
Abb. 16: Polizeiaufgebot bei einer Zwangsräumung in Barcelona-Sants	346
Abb. 17: Proteste der GHAS gegen eine Zwangsräumung in Barcelona-Sants	348
Abb. 18: Graffiti in Barcelona-Sants „Es sind keine Suizide, es sind Morde“	353

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Allgemeine Matrix der Räumlichkeiten von Harvey	34
Tab. 2: Matrix der Räumlichkeiten für die marxistische Theorie	35
Tab. 3: Matrix der räumlichen Komposition kapitalistischer Urbanisierung	102
Tab. 4: Übersicht Interviews	181
Tab. 5: Übersicht Teilnehmende Beobachtung GHAS	183
Tab. 6: Matrix der Rekombination kapitalistischer Urbanisierung in Barcelona(-Sants)	374

## Zusammenfassung

Seit der Wirtschaftskrise 2008 haben sich Zwangsräumungen von einem temporären Krisenphänomen zum Hauptausdruck einer dauerhaften und konsolidierten Wohnraumkrise im spanischen Staat entwickelt. Eine politische Folge dieser verstetigten Krise ist der Aufstieg der sogenannten munizipalistischen Listen. Diese Listen setzen sich aus Akteur\*innen sozialer Bewegungen und kleiner Parteien zusammen und erprobten den Ansatz eines neuen Munizipalismus, der ausgehend von der lokalstaatlichen Ebene soziale Verbesserungen und eine Demokratisierung der politischen Institutionen umzusetzen versucht. Katalysiert von den Krisenprotesten und Platzbesetzungen 2011 konnten in vielen spanischen Städten solche Listen vier Jahre später in die kommunalen Rathäuser einziehen. So auch in der katalanischen Hauptstadt, wo Barcelona en Comú mit Ada Colau seit zwei Legislaturperioden die Bürgermeisterin stellt.

Die vorliegende Arbeit verknüpft und analysiert diese Momente vor dem Hintergrund raumtheoretischer Ansätze. Ausgehend von den krisentheoretischen Überlegungen David Harveys wird verdeutlicht, wie Kapitalismus auf die Produktion von Raum angewiesen ist, um systemimmanente Krisen temporär zu überwinden (*spatio-temporal fix*). Anschließend an theoretische Leerstellen Harveys, wird diese Annahme durch materialistische staatstheoretische und feministische Theorieansätze erweitert. Der Staat wird als zentrales Terrain bestimmt, auf dem soziale Kämpfe ausgetragen werden. Gleichzeitig wird der Staat nicht als neutrale Repräsentation der Gesellschaft als Ganzes begriffen, sondern als strukturell kapitalistisch. Daraus ergibt sich eine bestimmte Materialität des Staates, mit der parlamentarische und außerparlamentarische Akteur\*innen konfrontiert sind. Materialistisch-feministische Ansätze der sozialen Reproduktion wiederum analysieren, warum Reproduktionstätigkeiten im Kapitalismus stark vergeschlechtlicht, d. h. vor allem von Frauen erledigt und in die unentlohnte private Sphäre verschoben werden. Weitergehend wird Wohnraum als zentraler Ort der sozialen Reproduktion bestimmt und damit ein Zusammenhang zwischen der Ausgestaltung der Wohnraumversorgung und dem Stand der Reproduktionsbedingungen abgeleitet. Die Verbindung dieser verschiedenen theoretischen Perspektiven ermöglicht einen allumfassenderen Blick auf die Folgen und Prozessierung (krisenhafter) kapitalistischer Urbanisierungsprozesse und der räumlichen Realisierung sozial-politischer Widersprüche. Damit können zum einen verschiedene Akteur\*innen und deren unterschiedlichen Situiertheiten in der Raumproduktion in ein Verhältnis gesetzt werden. Zum anderen wird so eine multiskalare Vermittlung zwischen makrotheoretischen Ansätzen, Theorien mittlerer Reichweite und alltäglichen Erfahrungen ermöglicht.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Frage, wie urbane Räume in einer verstetigten Krise produziert werden. Damit zusammenhängend geht die Arbeit darauf ein, wie verschie-

dene Krisen mit Prozessen der kapitalistischen Urbanisierung verbunden sind, inwieweit die Sphäre der sozialen Reproduktion dadurch rekonfiguriert wurde und welche Handlungsmöglichkeiten es für die municipalistischen Listen gibt. Im Sinne der dialektischen Methode werden mittels der genannten Theorien empirische Beobachtungen abstrahiert und im Gegenzug die Theorien durch empirische Realitäten komplementiert und aktualisiert. Eingebettet in eine umfassende Datenanalyse wurden dafür in zwei längeren Forschungsaufenthalten (2019, 2021) 39 problemzentrierte Leitfadenterviews mit Vertreter\*innen municipalistischer Projekte, politischen Aktivist\*innen und Bewohner\*innen in Barcelona(-Sants) sowie Teilnehmende Beobachtungen, vorrangig im Kontext von Zwangsräumungen, durchgeführt.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass in Folge der Finanzkrise ab 2008 im spanischen Staat eine Verschränkung von Krisen stattgefunden hat. Die kriseninduzierte Investitionsverlagerung vom ersten in den zweiten Kapitalkreislauf als Reaktion auf eine Krise im Produktionssektor führte zu einer tiefgreifenden Krise in der Sphäre der sozialen Reproduktion. Zusätzlich wirkte sich die Durchsetzung der europäischen Austeritätspolitik negativ auf die Reproduktionsbedingungen aus und führte in Kombination mit ökonomischer Armut und steigenden Wohnungspreisen zu einer zunehmenden Erschöpfung der Arbeiter\*innen. Diese Krise hat einen deutlich vergeschlechtlichten Charakter, wonach Frauen überhäufig von Wohnungsnot und Zwangsräumungen betroffen sind. Gleichzeitig werden Kämpfe um Räume der Reproduktion zu Ausgangspunkten des kollektiven Widerstands, verdeutlicht durch die Grup d’Habitatge de Sants, die sich im Stadtteil zur Bekämpfung der Wohnungsnot organisiert. Diese Kämpfe entlang der Wohnungsfrage können als eine Rekomposition von Klasse in Antwort auf eine forcierte Finanzialisierung des Wohnungsmarktes begriffen werden. Die Zusammensetzung dieser Kämpfe ist Ausdruck einer internationalen, stark feminisierten und prekarierten Arbeiter\*innenklasse. Die Folgen der verschränkten kapitalistischen Krisendynamiken konnten innerhalb des übergeordneten territorialen Netzwerks der Sozialen Fabrik Sants abgefedert werden. Zudem haben die municipalistischen Listen Barcelona en Comú und Candidatura d’Unitat Popular mit ihren unterschiedlichen Ausgangslagen in den letzten Jahren versucht die Bedingungen für eine sozialere, demokratischere und feministischere Stadtpolitik zu schaffen und die Einschreibung subalternen Interesses in den Lokalstaat begünstigt. Weitergehende Transformation wurden durch strategische und räumliche Selektivitäten geblockt, die neoliberale, hegemonial männliche und nationale Politiken bevorzugen.

Die raumtheoretische Perspektive der Arbeit ermöglicht es, die sozialen Verhältnisse der kapitalistischen Urbanisierung, der sozialen Reproduktion und des kapitalistischen Staates stärker in ein relationales Verhältnis zu setzen. Im Gegenzug können dadurch die Umkämpftheit urbaner Raumproduktion und die damit verbundenen Strukturen, Praxen und Subjektivierungsweisen in ihrer Komplexität begriffen werden.

## Summary

Since the 2008 economic crisis, forced evictions have evolved from a temporary crisis phenomenon to the main expression of a permanent and consolidated housing crisis in the Spanish state. A political consequence of this consolidated crisis is the rise of the so-called municipalist lists. These lists are made up of actors from social movements and small parties, which attempt to implement social improvements and a democratization of political institutions starting from the local scale and the local state. Catalyzed by the crisis protests and occupations of squares in 2011, such lists were able to enter municipal city halls in many Spanish cities four years later. This was also the case in the Catalan capital, where Ada Colau has now been the mayor for Barcelona en Comú for two legislative periods.

This thesis links such moments against the backdrop of spatial theory. Starting from the crisis-theoretical considerations of David Harvey, it illustrates how capitalism depends on the production of space in order to temporarily overcome system-immanent crises (spatio-temporal fix). Following Harvey's theoretical gaps, this assumption is extended through materialist state-theoretical and feminist theoretical approaches. In doing so, the state is determined as the central terrain on which social struggles are fought out. At the same time, the state is not conceived as a neutral representation of society as a whole, but as structurally capitalist, leading to materiality of the state with which parliamentary and extra-parliamentary actors are confronted. Materialist-feminist approaches to social reproduction, in turn, analyze why reproductive activities in capitalism are strongly gendered, i.e., mainly done by women and shifted to the unpaid private sphere. Furthermore, housing is determined as a central site of social reproduction and thus a connection between the arrangement of the housing supply and the condition of reproduction is deduced. The combination of these theoretical perspectives enable a more comprehensive view on the consequences and handling of (crisis-ridden) capitalist urbanization processes and the spatial realization of socio-political contradictions. On the one hand, diverse actors and their specific situations in the production of space can be put into relation. On the other hand, this leads to a multiscale mediation between macro-theoretical approaches, medium-range theories and everyday experiences.

The work focuses on the question of how urban spaces are produced in a perpetuated crisis. It addresses how various crises relate to processes of capitalist urbanization, to what extent the sphere of social reproduction has been reconfigured as a result, and what possibilities for action exist for the municipalist lists. In terms of the dialectical method, empirical observations were abstracted by means of the aforementioned theories and, in turn, the theories were complemented and updated by the empirical realities. Embedded in a comprehensive data analysis 39 problem-centered interviews were conducted with representatives of municipalist projects, political activists and residents in Barcelona(-Sants)

as well as participant observations focused primarily on the context of forced evictions. The interviews were conducted during two research stays in 2019, and 2021.

The empirical results show that in the aftermath of the 2008 economic crisis an interlocking of crises has impacted the Spanish state. The crisis-induced shift of investment from the first to the second capital circuit in response to a crisis in the productive sector led to a profound crisis in the sphere of social reproduction. In addition, the implementation of European austerity policies negatively affected the conditions of reproduction and, in combination with economic poverty and rising housing prices, led to an increasing exhaustion of workers. This crisis has a distinctly gendered character, according to which women are disproportionately affected by housing shortages and forced evictions. At the same time, struggles for spaces of reproduction become starting points of collective resistance, exemplified by the Grup d'Habitatge de Sants, which organizes to fight the housing shortage. The consequences of the interlocked capitalist crisis dynamics could be cushioned within the superordinate territorial network of the Social Factory of Sants. These struggles along the housing question can be understood as a recomposition of class in response to a forced financialization of the housing market. The composition of these struggles are the expression of an international, highly feminised and precarised working class. Moreover, the municipalist lists Barcelona en Comú and Candidatura d'Unitat Popular, even with their different starting points, have attempted to create the conditions for a more social, democratic, and feminist urban politics in recent years, favouring the inscription of subaltern interests in the local state. Further transformations have been blocked by strategic and spatial selectivities that favor neoliberal, hegemonically masculine, and national policies.

The spatial perspective of the work provides the possibility to place the social relations of capitalist urbanization, social reproduction and the capitalist state in a stronger relational framework. In turn, this enables to grasp the contested nature of urban spatial production and the associated structures, practices, and modes of subjectivation in their complexity.





# 1 Einleitung

Barcelona – Dreta de l'Eixample, 15. Mai 2011: In der katalanischen Hauptstadt folgen tausende Menschen einem Aufruf unter dem Titel „Echte Demokratie, jetzt! Wir sind keine Ware von Politikern oder Bankern“<sup>1</sup> und sind damit Teil einer landesweiten Mobilisierung, der sich eine sechsstellige Zahl an Demonstrierenden in über 50 Städten anschließen. Der Aufruf wendet sich an „die Arbeitslosen, die Geringverdiener, die Leiharbeiter, die Prekären, die jungen Menschen“ (Sanz und Mateos 2011, S. 519) und richtet sich gegen die Folgen der Krisen, die autoritäre Durchsetzung der Austeritätspolitik, Entdemokratisierungstendenzen sowie Zwangsräumungen und Wohnungsnot im spanischen Staat. In den kommenden Tagen und Wochen entwickeln sich die spontanen Proteste zu organisierten Protesten und wie in anderen Städten wird auch in Barcelona mit dem Plaça de Catalunya ein zentraler Platz besetzt, als Form des Protests und als Schaffung eines neuen sozialen Raumes der persönlichen Begegnung, Kollektivität, Selbstverwaltung und Empathie (Rendueles 2011). Trotz ihrer Heterogenität, Spontanität sowie der Ablehnung eines Vertretungsanspruches durch institutionalisierte politische Akteur\*innen teilte die Bewegung einen „intuitiv herrschaftskritischen Standpunkt“ und beruhte auf einem „diffusen solidarisch-antikapitalistischen Konsens“ (Zelik 2018b, S. 77). Auch wenn die Bewegung in dieser Form im Herbst 2011 allmählich abflaute, zeichnete sie indirekt – durch den Bruch der neoliberalen Hegemonie – und direkt – durch die Entstehung neuer politischer Projekte und persönliche Kontinuitäten – den politischen Transformationsprozess im spanischen Staat in den kommenden Jahren vor. Die Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH), eine 2009 gegründete selbstorganisierte Basisorganisation zur Verhinderung von Zwangsräumungen, verbreitete sich mit den 15M-Protesten im ganzen Land und wurde zur Triebfeder sozialer Bewegungen in den kommenden Jahren. Im Frühjahr 2014 gründete sich die linkspopulistische Partei Podemos und konnte unter dem Slogan „Die Angst wird die Seiten wechseln“ umgehende Erfolge bei der Europawahl 2014 und der Parlamentswahl im Dezember 2015 erzielen und so die nationale Zweiparteienherrschaft erodieren. Bei den spanischen Kommunalwahlen im Mai 2015 kam es wiederum zum spektakulären Auftritt des neuen Munizipalismus.

Barcelona – Barri Gòtic, 13. Juni 2015/15. Juni 2019: „Barcelona wird das sein, was es sein soll. Es liegt in unseren Händen.“ (Colau 2015, o. S.). Mit diesen Worten reckte Ada Colau den Amtsstab bei der Einführungszeremonie zur Bürgermeisterin von Barcelona in die Höhe. Colau, ehemalige Sprecherin der PAH, zog bei den Kommunalwahlen 2015 für die munizipalistische Liste Barcelona en Comú in das Rathaus ein. Währenddessen feierten draußen auf dem Plaça Sant Jaume Unterstützer\*innen und Aktivist\*innen von

---

<sup>1</sup> Zur Verbesserung des Leseflusses wurden alle Zitate spanischer Sprache und teilweise auch Zitate englischer Sprache, sowohl aus wissenschaftlichen Quellen als auch aus erhobenen Interviews, vom Verfasser in die deutsche Sprache übersetzt.

Barcelona en Comú frenetisch diesen Sieg, sodass der Lärm und das Geschrei durch die dicken Mauern des Rathauses drang (Interview (Int.) 07.07.2021). Auch in vielen anderen Städten Spaniens, u. a. in Madrid, Valencia, Sevilla oder Santiago, konnten solche Projekte „die Institutionen stürmen“ (Fernández Patón 2019, S. 36) und das etablierte politische System erschüttern. Diese Listen setzen sich aus Akteur\*innen sozialer Bewegungen und kleiner Parteien zusammen und entwickelten und erprobten den Ansatz eines neuen Munizipalismus, der ausgehend von der lokalstaatlichen Ebene soziale Verbesserungen und eine Demokratisierung der politischen Institutionen umzusetzen versucht. Durch eine Ausweitung des bewegungspolitischen Terrains sollten Transmissionsriemen von den Nachbarschaften in die Institutionen gespannt werden, um so den Lokalstaat zu demokratisieren, soziale Verbesserungen durchzusetzen und Kapazitäten für Selbstorganisation zu stärken (Sarnow und Tiedemann 2019). Zentrale Eckpfeiler dieses neuen Munizipalismus sind das politische Primat von Nähe und Alltäglichkeit, der Aufbau von *Commons* und die Feminisierung der Politik. Vier Jahre später werden viele dieser Listen in spanischen Städten abgewählt. Colau sieht sich trotz der knappen Wiederwahl in Barcelona vermehrt mit den Widersprüchen institutioneller Politik konfrontiert und steht sowohl von Seiten der etablierten Politik als auch sozialer Bewegungen unter Druck. Während der Übergabe des Amtsstabs erhob sich im Hintergrund ein Beifall klatschender Manuel Valls, der als Bürgermeister-Kandidat für die rechtsliberalen Ciudadanos angetreten war und mit dessen Stimme Colau ins Amt gehoben wurde. Auf dem Rathausvorplatz haben sich nur wenige Anhänger\*innen von Barcelona en Comú eingefunden, stattdessen vor allem Kritiker\*innen aus dem bürgerlich-konservativen Lager der Unabhängigkeitsbewegung, die Barcelona en Comú und Colau für ihre Position in der Unabhängigkeitsfrage und ihre angekündigte Koalition mit der sozialdemokratischen Partit dels Socialistes de Catalunya (PSC) kritisierten und beschimpften.

Barcelona – El Poble-sec, 25. Mai 2021: An einem Dienstagvormittag wird eine besetzte Wohnung in der Carrer Leida 38 durch Spezialkräfte der katalanischen Polizei geräumt. Das Sozialamt der Stadt Barcelona versuchte im Vorfeld mittels eines Berichts über die Vulnerabilität der drei Besetzer die Zwangsräumung zu stoppen. Der Oberste Gerichtshof von Katalonien erkannte diesen allerdings nicht an und entschied auf Räumung. Vor dem Haus haben sich hunderte Unterstützer\*innen der Besetzungen versammelt, es werden Sprechchöre wie „Wir haben keine Angst“ oder „Wohnraum ist ein Recht, kein Privileg“ gerufen, auf Kochtöpfe geklopft und Polizeikräfte mit Farbe und Eiern beworfen (Teilnehmende Beobachtung (TB) 25.05.2021). Mobilisiert hatten lokale politische und Nachbarschaftsgruppen, die sich gegen Zwangsräumungen organisieren. Unter den Demonstrierenden sind auch Politiker\*innen der munizipalistischen Liste Candidatura d’Unitat Popular (CUP) und des regionalen Ablegers von Barcelona en Comú. Im Hausflur haben sich Menschen verschanzt, um dem Räumungskomitee und der Polizei den Weg zur Räumung zur versperren. Nachdem die Räumung dennoch durchgesetzt wird, demonstrieren die Unterstützer\*innen spontan zum Hauptsitz der katalanischen Regierungspartei

Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) und besetzen diesen für zwei Stunden. Die Reaktion seitens der Demonstrierenden fällt auch deshalb so heftig aus, weil der Bloc Llavors, wie das Haus, in dem sich die besetzte Wohnung befindet, genannt wird, ein wichtiges Symbol der Bewegung zur Verteidigung des Rechts auf Wohnen in Barcelona ist. Der Block wurde 2016 vom finnischen Investmentunternehmen Vauras gekauft, welches die Verträge der ursprünglichen Mieter\*innen wegen einer geplanten Sanierung nicht verlängern wollte. Die Strategie Vauras' auf dem Immobilienmarkt legt nahe, dass das Haus als Spekulationsobjekt diene und nach der Sanierung zu einem höheren Preis weiterverkauft werden sollte. 2017 besetzte eine politische Nachbarschaftsgruppe sechs Wohnungen in dem Block, um dort Unterkünfte für wohnungslose Familien zu schaffen. Zwei weitere Wohnungen wurden 2019 besetzt. Bereits im März 2020 kam es zur Räumung der sechs Familien und nachdem ein weiterer Räumungsversuch aufgrund Personalmangels der Polizei nicht durchgeführt wurde, kam es schließlich im Mai 2021 zur Vollstreckung (Ferreri 2021, S. 190f.).

## 1.1 Zielsetzung der Arbeit

Diese vier Episoden aus der jüngsten Geschichte Barcelonas stecken den empirischen Forschungsgegenstand sowie darunterliegende abstrahierende Theorien ab. Erscheinungen wie Immobilienspekulation und Zwangsräumungen, alltägliche Folgen und Widerstand sowie mögliche stadtpolitische Alternativen sollen dabei aus Perspektive eines historisch-geographischen Materialismus analysiert werden. Im Sinne der dialektischen Methode ergeben sich aus der theoretisch basierten Abstraktion empirischer Beobachtungen und im Gegenzug der Komplexifizierung und Aktualisierung von Theorien durch empirische Realitäten zwei Hauptziele für die vorliegende Arbeit.

Ein erstes, theoretisch hergeleitetes, Ziel schließt an die raumtheoretischen Ausführungen David Harveys zur Klärung des Begriffs der Raumproduktion im Allgemeinen und zum Zusammenhang von kapitalistischen Krisen und Urbanisierungsprozessen im Speziellen an. Diesbezüglich können anhand bestehender wissenschaftlicher Debatten zwei zentrale Leerstellen in Harveys Ausführungen ausgemacht werden: ein unterkomplexes Staatsverständnis sowie eine gewisse Blindheit für Geschlechterverhältnisse. Vor allem in den 1990er Jahren häufte sich die Kritik an einer fehlenden Auseinandersetzung und Integration von Ausbeutungs- und Unterdrückungsformen über Kapitalismus und Klasse hinaus in Harveys Projekt. Dabei wurden vor allem eine eurozentristische Sichtweise, die den Blick auf die strukturierende Kategorie *race* versperre sowie das Auslassen feministischer Positionen und die Nichtberücksichtigung von Patriarchat und Gender kritisiert. Während etwa Doreen Massey offensiver vertritt, dass die Positionen von Harvey den weißen, westlichen, heterosexuellen Mann universalisieren würden (Massey 1991, S. 40), fasst Donna Haraway diese Leerstellen in einem Dialog mit Harvey wie folgt zusammen:

The sense that David uses to talk about class – that work is defined in terms of capital and that for us there will be no serious transformations unless we learn to organize force in our own interest and that is class struggle – I agree with that. But at the same time I have a kind of tooth-screaming ache that says it really is not alright in the world with women, it really is not alright in the world with the racializations or the ethnicization, the kinds of inequalities which are mobilized by capital but not explained by it. (Haraway und Harvey 1995, S. 521)

Bezüglich Harveys Ausführungen zum kapitalistischen Staat und dessen Rolle in der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise oder in Prozessen der kapitalistischen Urbanisierung kritisieren etwa Katznelson (1992) und Gottdiener (1994) eine stark funktionalistische Staatskonzeption, die den Staat auf die Rolle eines „investment coordinator between the circuits of capital“ (Gottdiener 1994, S. 97) reduziere. Dieser werde dadurch zu einem passiven Akteur, der in erster Ordnung immer durch den Kapitalismus bestimmt werde (Katznelson 1992, S. 132). Diese „conflation of the state and capitalism into the single jumbo macrostructure of the capitalist mode of production“ (ebd., S. 133) führe dazu, dass Harvey wichtige Fragen rund um die urbane Entwicklung, die Rolle staatlicher Planung sowie die Definition und Entstehung von Klassen(-allianzen) ausblende. So spiele der Staat eine Schlüsselrolle in der kapitalistischen Stadtentwicklung, doch ist diese in ein Set staatlicher Gesetze und Regularien eingebettet. Diese sind wiederum:

shaped and contested by interested state officials, and by citizens who act in and through a variety of alternative possible identities and institutions, those of class, ethnicity, gender, territory, and locality; and through political parties, social movements, ad hoc groups, bureaucratic agencies, and interest associations. (Katznelson 1992, S. 133)

Auch wenn es sich dabei zum Teil um ältere Kritiken handelt und daran durchaus Diskussionen und Reflexionen seitens Harveys anschlossen, konnten diese bis dato nicht kohärent in theoretischer oder empirischer Form aufgelöst werden. Im Rahmen dieser Arbeit wird versucht, diese Leerstellen mit Anleihen und Verknotungen aus materialistisch-feministischen Debatten um die soziale Reproduktion sowie staatstheoretische Ausführungen zu füllen.

Ein zweites Ziel leitet sich aus den vielfältigen Diskussionen rund um das Thema Munizipalismus und Barcelona en Comú ab, die in den letzten Jahren in den Sozialwissenschaften geführt wurden (u. a. Angel 2021; Blanco et al. 2020; Charnock et al. 2021; Rubio-Pueyo 2017; Russell 2019; Soundings 2020; Thompson 2021; Thompson et al. 2021). Dabei haben sich unterschiedliche Stränge rund um das Thema herausgebildet, die aus verschiedenen Perspektiven und Schwerpunktsetzungen auf den Gegenstand schauen. Ein Diskussionsstrang thematisiert dabei primär die Grundsätze und Übertra-

gungsmöglichkeiten der neuen Munizipalisten (Bookchin und Colau 2019; Brunner et al. 2017; Delclós und Oikonomakis 2017; Roth et al. 2021). Während ein zweiter Strang die programmatische Übersetzung in politische Strategien und Regierungspraxen sowie die Handlungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene fokussiert (Roth et al. 2019), etwa zu den Themen Remunizipalisierung (Cumbers und Becker 2018; March et al. 2019), Migration (Garcés-Masareñas und Gebhardt 2021), Partizipation (Bua und Bussu 2021), der Schaffung von *Commons* (Bianchi 2018; 2022) oder der übergeordneten Form der Governance (Blanco et al. 2020; Janoschka und Mota 2021). Ein dritter Strang verhandelt die Frage nach der Demokratisierbarkeit von Institutionen in Relation zur Institutionalisierung von Bewegungsakteur\*innen (Cooper 2017; Islar und Irgil 2018; Martínez und Wissink 2022; Sarnow und Tiedemann 2019; 2022; Sörensen 2019; Zechner 2020; Zelik 2016a). Weitgehend einig sind sich die verschiedenen Beiträge in dem Punkt, dass die neuen Munizipalisten den Versuch einer radikaldemokratischen Antwort auf die Krise der repräsentativen Demokratie sowie des aktiven Bruchs mit den hegemonialen Politiken der urbanen Austerität darstellen, die sich vor allem im Nachklang der Finanzkrise ab 2008 ausrollten. Gleichzeitig stellen empirische Analysen politische Limitierungen dieser neuen Munizipalisten fest, vor allem durch konkrete stadtpolitische Kräfteverhältnisse, sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch (z.B. durch Lobbys), sowie intrinsische Grenzen der lokalen Ebenen, etwa limitierte Budgets und Entscheidungsbefugnisse (Blanco et al. 2020; Janoschka und Mota 2021).

Russel (2019, S. 1008) sieht in den neuen Munizipalisten ein empirisches Möglichkeitsfenster, um die Transformation des sozialen Verhältnisses Staat zu erproben und plädiert für eine stärkere theoretische Kopplung der Diskussionen an staatstheoretische Ansätze (siehe auch Angel 2021; Thompson et al. 2020). Dem folgend soll in der vorliegenden Arbeit die Untersuchung der Entstehungspfade, Entwicklungen und politischen Strategien von Barcelona en Comú und der CUP stärker theoretisch eingeordnet werden. Dafür werden, ausgehend von materialistischen und feministischen Staatstheorien, die Materialität und Funktion des kapitalistischen Staates und seiner Institutionen bestimmt, um so theoretisch die Handlungsspielräume progressiver Stadtregierungen zu vermessen und bestimmte Resultate oder Entwicklungen, wie erfolgreiche/fehlgeschlagene Politiken oder mögliche Institutionalisierungsprozesse stärker vor dem Hintergrund der Strukturiertheit respektive der Materialität des Staates zu interpretieren.

## 1.2 Fragestellungen und Aufbau der Arbeit

Aus den formulierten Zielen und dem definierten Untersuchungsgegenstand ergibt sich die zentrale Frage dieser Arbeit: Wie werden urbane Räume in einer verstetigten Krise produziert? Aus der Verschneidung der unterschiedlichen geschilderten Episoden mit den theoretischen Ausführungen schließen sich folgende untergeordnete Fragen an: Wie sind Prozesse der (kapitalistischen) Urbanisierung mit Krisen (und deren Lösung) ver-

bunden? Inwieweit wurde die soziale Reproduktion durch Krise und Austeritätspolitik rekonfiguriert? Welche Handlungskorridore gibt es für progressive Stadtregierungen zwischen institutionellen Sachzwängen und kapitalistischem Verwertungsdruck?<sup>2</sup>

Folgende Gliederung der Arbeit soll eine adäquate Beantwortung dieser Fragestellungen ermöglichen. In dem anschließenden Theorieteil wird ein inhaltlicher Dreisprung getätigt, um so einerseits theoretische Leerstellen in bestehenden Konzepten zu schließen und andererseits ein adäquates Analyseraster zur Beantwortung der im Rahmen der vorliegenden Arbeit aufgeworfenen Fragestellungen zu erstellen (Abb. 1). Im ersten Schritt werden Harveys Theorien zur Raumproduktion (Kap. 2.2, 2.6) und zum Zusammenhang von städtischen Entwicklungsprozessen und der krisenhaften Dynamik des Kapitalismus dargestellt (Kap. 2.3-2.5). Daran anknüpfend werden die bereits skizzierten Leerstellen seiner theoretischen Arbeit vertieft (Kap. 2.7).

Zur theoretischen Weiterentwicklung werden daher im darauffolgenden Kapitel Ansätze der materialistischen Staatstheorie eingeführt und dabei das Verhältnis von Staat und Kapitalismus tiefergehend bestimmt (Kap. 3.1), sowie eine raumtheoretische Einordnung vorgenommen (Kap. 3.2). Mit Blick auf die Frage nach der sozialen Reproduktion werden an dieser Stelle vorgreifend feministische Perspektiven auf den Staat skizziert (Kap. 3.3). Zudem wird vor dem Hintergrund der theoretischen und empirischen Konzeption der Arbeit das Verhältnis von Staatlichkeit und kapitalistischer Krisenhaftigkeit untersucht, um Zusammenhänge zwischen politischen und ökonomischen Krisen aufzuzeigen und konkrete Prozesse der Demokratisierung/Entdemokratisierung analytisch besser zu greifen (Kap. 3.4).

Ausgehend von Harveys zweiter Leerstelle wird der Begriff der sozialen Reproduktion, ebenfalls aus dem Blickwinkel materialistischer Theorieansätze, bestimmt (Kap. 4.1) und damit einhergehend der strukturelle Zusammenhang von sozialer Reproduktion und vergeschlechtlichter Arbeitsteilung dargelegt (Kap. 4.2). Anschließend wird verdeutlicht, dass Raumproduktionsprozesse bzw. die Verräumlichung der sozialen Reproduktion ein konstitutiver Faktor für die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung im Kapitalismus sind (Kap. 4.3). Dabei wird betont, dass die Reproduktion ein soziales Verhältnis ist, welches aktiv durch komplexe, aber strukturierte Verhältnisse wie Kapital(-Akkumulation) und Klasse, Geschlecht, *race*, Staat, Raum und Körper produziert wird und stetig umkämpft ist (Kap. 4.4).

Stehen die drei benannten Theorieblöcke in ihrer jeweiligen Argumentation auf den ersten Blick etwas nebeneinander, eröffnen die Begriffsklärungen und die punktuellen Querverweise die Anschlüsse für eine intensivere Zusammenführung. Dies geschieht letzt-

---

2 Eine ausführlichere Herleitung und Darlegung der Fragestellungen findet sich in Kapitel 8.2.



Abb. 1: Konzeption der Fragestellungen und Theorieansätze  
 Quelle: Eigene Darstellung

endlich im Kapitel der theoretischen Synthese (Kap. 5), wo die verschiedenen Konzepte durch den Blick der Raumproduktion stärker aufeinander bezogen und in ein Wirkungsverhältnis gesetzt werden, sodass über die zentrale Frage nach der Produktion urbaner Räume in einer verstetigten Krise feministische, staatstheoretische sowie historisch-geographische Ansätze zusammengebracht werden können. Dieses Zusammenbringen folgt einer dialektischen Bewegung, die im ersten Teil der Arbeit theoretisch-abstrakt die Verbindungen aufzeigen möchte, um diese im zweiten Teil praktisch-konkret in der analytischen Einordnung der Empirie anzuwenden, zu überprüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Wengleich auch in dem skizzierten theoretischen Abschnitt immer wieder empirische Schlaglichter aufgezeigt werden, primär um aufgebrachte Argumentationen zu verdeutlichen, folgen diese Kapitel generell einer abstrakteren Struktur. Das zum Abschluss der theoretischen Synthese angefertigte Analyseraster (Kap. 5.4) soll wiederum eine Rückbindung an die empirischen Ergebnisse ermöglichen, sodass im Rahmen der Arbeit sowohl strukturelle Beziehungen zwischen den verschiedenen sozialen Verhältnissen als auch die konkreten Zusammenhänge und Auswirkungen anhand des Fallbeispiels aufgezeigt werden sollen. Dies bedeutet letztendlich auch eine Vermittlung zwischen makrotheoretischen Erkenntnissen, mesotheoretischen Konzepten und alltäglichen Erfahrungen zu ermöglichen.

Um sich den Möglichkeiten der progressiven Veränderung der krisenhaftigen und Ungleichheit produzierenden Verhältnisse zu nähern, wird in Kapitel 6 das Konzept des Munizipalismus näher vorgestellt. Anhand einer Begriffs- und Konzeptdefinition sowie theoretischen und praktischen Beispielen werden zentrale Charakteristika und Unterschiede



munizipalistischer Ansätze eruiert. Da die konkreten Ausformungen der Munizipalisten kontextgebunden sowie an lokale und übergeordnete gesellschaftliche Kräfteverhältnisse gekoppelt sind, wird im anschließenden Kapitel die Stadtentwicklung Barcelonas, vom Ende der Franco-Diktatur bis zur Krise 2008 und der darauffolgenden Austeritätspolitik, inklusive eines Exkurses zur Finanzialisierung der Wohnungspolitik und der Immobilienblase im spanischen Staat, skizziert (Kap. 7.1). Davon ausgehend werden sowohl das Aufkommen des neuen Munizipalismus in Barcelona als auch die Verbindung der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung zum Munizipalismus dargelegt. In diesem Zuge werden die Entstehungsprozesse, die politischen Grundzüge, die jeweiligen Munizipalismus-Verständnisse und die Organisationsstrukturen von Barcelona en Comú und der CUP vorgestellt (Kap. 7.2, Kap. 7.3).

Im anschließenden Kapitel 8 wird das Forschungsdesign der Arbeit nachgezeichnet und begründet. Dabei wird in einem ersten Schritt anhand der Methode der Dialektik das Verhältnis von Theorie und Empirie bestimmt und eine adäquate Operationalisierung dieses Ansatzes hergeleitet (Kap. 8.1). Im folgenden Schritt werden die Fragestellungen und die Fallauswahl begründet und der Forschungsverlauf chronologisch nachgezeichnet (Kap. 8.2). Nach einer Skizzierung der historisch-geographischen Entwicklung des näheren Untersuchungsgebiets – die im Südwesten Barcelonas gelegenen Stadtteile Sants, La Bordeta und Hostafrancs (Kap. 8.3) – wird abschließend die Wahl der Forschungsmethoden im Feld (teilnehmende Beobachtung, leitfadengestützte Interviews) begründet sowie deren Umsetzung und Auswertung dargelegt (Kap. 8.4). Abschließend wird die eigene Rolle als Forscher im Feld und die damit verbundene Positionalität im Sinne einer aktivistischen Stadtforschung reflektiert (Kap. 8.5).

In den Kapiteln 9, 10 und 11 findet die Analyse des empirischen Materials unter bestimmten thematischen und skalaren Schwerpunktsetzungen statt. Kapitel 9 setzt sich mit der Wohnraumfrage auseinander und erforscht die damit verbundenen Krisenmomente auf Ebene der Stadt Barcelona. Auf Ebene des Lokalstaates analysiert Kapitel 10 die Handlungskorridore der munizipalistischen Projekte Barcelona en Comú und der CUP und bezieht dabei sowohl die jeweiligen Politiken und Strategien als auch deren Entwicklungen innerhalb der Institutionen und die Verhältnisse zu sozialen Bewegungen und Kämpfen mit ein. Kapitel 11 wiederum richtet den Blick stärker auf den Alltag und gemachte Krisen- und Widerstandserfahrungen auf Stadtteilebene. In Kapitel 12 werden die Erkenntnisse entlang der in Kapitel 5 geleisteten Synthese stärker theoretisch rückgebunden und analysiert und so wiederum im Sinne der Theoriebildung zwischen makrotheoretischen Konzepten und alltäglichen Erfahrungen vermittelt. In Kapitel 13 werden die Fragestellungen der Arbeit beantwortet und ein Ausblick für mögliche Forschungsanschlüsse gegeben.

## 2 Raumproduktion und Urbanisierung des Kapitals

Das Kapital strebt danach, eine Landschaft zu produzieren, die für seine eigene Reproduktion günstig ist. Daran ist nichts Merkwürdiges oder Unnatürliches: Selbst Ameisen und Biber verändern ihre Umwelt, warum nicht auch das Kapital? (Harvey 2015, S. 174)

Als theoretische Grundlage dieser Arbeit dienen raumtheoretische Ausführungen, vor allem mit Bezug auf David Harveys Theorie der Urbanisierung des Kapitals. Da diese sowohl in seinen umfassenden Werken (Harvey 1985; 2001; 2006 [1982]; 2007a [1990]; 2010 [1996]; 2012) als auch an anderen Stellen (Wiegand 2013b) ausführlich dokumentiert sind, werden im Folgenden eher skizzenartig die Pfeiler seines Theoriegebäudes ausgeführt. Dabei werden drei unterschiedliche und doch miteinander verbundene Argumentationslinien Harveys verfolgt, angefangen bei der grundlegenden Erkenntnis, dass Raum und Zeit nicht natürlich determiniert sondern sozial produziert sind und dass dabei „jede gesellschaftliche Formation ihre objektiven Konzeptionen von Raum und Zeit entsprechend ihrer jeweiligen Bedürfnisse und Zwecke konstruiert“ (Harvey 2007b [1990], S. 38). Damit zusammenhängend wird aufgezeigt, wie sich mit dem Kapitalismus und der damit verbundenen Geldform ein „abstraktes, objektives, homogenes und universelles Raumverständnis“ (Harvey 1985, S. 13) in gesellschaftlicher Praxis durchsetzte.

In einem zweiten Schritt werden anhand der krisentheoretischen Überlegungen Harveys dargelegt, wie kapitalistische Krisen auf die räumlichen und zeitlichen Strukturen der Gesellschaft wirken und gleichzeitig verdeutlicht, wie angewiesen der Kapitalismus auf die (Re-)Produktion von Raum ist, um systemimmanente Krisen zumindest temporär zu überwinden. Dabei werden die Begriffe des *temporal fix*, *spatial fix* und *spatio-temporal fix* konzeptualisiert und damit einhergehend (De-)Territorialisierungsprozesse in der krisenhaften Reproduktion des Kapitalismus erklärt. Dabei soll aufgezeigt werden, dass die genannten Prozesse der Raumproduktion weder auf eine Art und Weise durch das Kapitalverhältnis im Voraus determiniert sind, noch, dass diese reibungslos vonstattengehen.

Dem Argument der sozialen Konstruktion von Raum und der dahinterstehenden Frage von Harvey folgend, wie unterschiedliche Praxen unterschiedliche Raumproduktionen hervorbringen und nutzen (Harvey 2007a, S. 132), wird abschließend die Trias des absoluten, relativen und relationalen Raumes eingeführt und daran verdeutlicht, wie Raumvorstellungen mit diversen sozialen Praxen einhergehen und sich durchsetzen. Da die vorliegende Arbeit nicht etwa Prozesse und Verhaltensweisen von Ameisen und Bibern nachvollziehen, sondern städtische Prozesse im Kapitalismus verstehen möchte, werden die Raumkonzepte mit zentralen Wert-Konzepten der marxistischen Theorie in einem dialektischen Verhältnis zusammengebracht.

Damit folgt die Arbeit der zentralen Annahme, dass sozial-politische Widersprüche räumlich realisiert werden: „Spatial contradictions ‘express’ conflicts between socio-political interests and forces; it is only in space that such conflicts come effectively into play, and in so doing they become contradictions of space“ (Harvey 2010 [1996], S. 273). Ein raumtheoretischer Blick ermöglicht damit nicht nur die Analyse grundlegender gesellschaftlicher Prozesse, sondern ist vielmehr grundlegend, um soziale Prozesse zu verstehen. Zudem möchte die Arbeit über diese raumtheoretischen Ansätze Harveys hinausgehen und andere materialistisch-gesellschaftstheoretische Ansätze damit verknüpfen. Dies ist die Aufgabe der darauffolgenden Kapitel, wo über eine Kritik am dargelegten Theoriegebäude mögliche Anschlüsse für, in diesem Fall vorrangig, staatstheoretische Ansätze und Theorien der sozialen Reproduktion, erarbeitet werden.

## **2.1 Die soziale Konstruktion von Zeit und Raum**

Im Mittelalter währte der Arbeitstag von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, vor allem ausgerichtet nach der natürlichen Lichtquelle. Die Arbeitstage waren dadurch unterschiedlich lang, im Sommer bis zu 15 Stunden, im Winter eher sieben. Einig war man sich sowohl auf dem Land, als auch in der Stadt, dass in der Nacht nicht gearbeitet wird. Dies war teilweise sogar verboten, aus rein praktischen Gründen, da dadurch die Nachbar\*innen gestört werden könnten oder wegen möglicher Fehlerhaftigkeiten aufgrund mangelnden Lichts, aber auch, weil die Nacht als Symbol des Todes galt und verschiedene Mythen damit verbunden waren. Natürliche Rhythmen, agrarische Aktivitäten und religiöse Praxen bildeten damit den primären zeitlichen Rahmen (nicht nur) der Arbeit, der zudem sehr uneinheitlich war und weder städtisch, noch staatlich synchronisiert wurde (Le Goff 1980, S. 44f.). In vielen Dörfern Europas waren gemeinschaftlich genutzte Flächen, die sogenannten Allmenden, bis in das 15. Jahrhundert hinein weit verbreitet. Auf diesen meist abseits der parzellierten Bereiche gelegenen Flächen konnten Wälder, Gewässer und Wiesen von allen Dorfbewohner\*innen genutzt werden, um dort etwa Kühe weiden zu lassen oder Holz zu hacken. Zudem gab es in vielen Regionen lokale Sozialsysteme. So wurden in der englischen Feudalgesellschaft Witwen durch ein Recht auf Nahrung, Holz und Versorgung unterstützt und Arme konnten bei Obdachlosigkeit in der Kirche übernachten oder wurden bei der Nachlese von Ernten privilegiert. Diese Systeme wurde mit dem Aufstieg des landwirtschaftlichen Kapitalismus Ende des 15. Jahrhunderts weitestgehend aufgelöst. Die Gemeindeländer wurden eingeehgt, womit Landbesitzer\*innen und wohlhabende Bäuer\*innen „kollektive Landflächen umzäunten, dem Gewohnheitsrecht ein Ende bereiteten und die besitzlosen Kleinbäuerinnen und -bauern hinauswarfen, deren Existenz vom Land abhing“ (Federici 2019, S. 30).

Mit der französischen Revolution wurde der Gregorianische Kalender abgeschafft und eine neue Jahres- und Tagesstruktur eingeführt, um die Trennung von Kirche und Staat durchzusetzen. Nachdem Napoleon Bonaparte diesen Kalender nach seinem Staatsstreich

abschaffte, wurde das revolutionäre Kalendersystem während der Pariser Kommune 1871 wieder reaktiviert. Ebenfalls wurden in der Commune Dekrete erlassen, die die Nachtarbeit von Bäcker\*innen verboten, von Leiter\*innen verlassene Fabriken sollten zu kooperativen Arbeitsgesellschaften umstrukturiert werden und leerstehender Wohnraum für Menschen ohne Obdach zur Verfügung gestellt werden. Dabei ging das Nachtarbeitsverbot nicht auf übernatürliche Mythen, sondern auf Forderungen der Beschäftigten zurück. Die Bereitstellung von Wohnraum und die Kollektivierung von Arbeit waren als Alternativen zum abzulehnenden Privateigentum gedacht (Grams 2014).

Nun sind diese Beispiele in ihren jeweiligen Intentionen sowie dem damit verbundenen Stand der Vergesellschaftung sehr unterschiedlich, doch eint sie die Erkenntnis, dass verschiedene Gesellschaften unterschiedliche Konzepte von Zeit und Raum produzieren und diese damit sozial konstruiert sind (Harvey 2010 [1996], S. 210). Diese objektiven Konzeptionen entsprechen den Bedürfnissen der jeweiligen gesellschaftlichen Formation „in Bezug auf ihre materielle und soziale Reproduktion und organisierten ihre materiellen Praktiken in Übereinstimmung mit diesen Kategorien“ (Harvey 2007b [1990], S. 38). So verstärkte die Übernahme des revolutionären Kalenders durch die Commune, als Anlehnung an die Revolution von 1791, den symbolischen Bruch mit der alten Ordnung, während materiell die Umstrukturierung von Arbeits- und Eigentumsverhältnissen nach sozialistischen Vorstellungen erfolgte. Dies verdeutlicht auch den Begriff der Produktion, wie er von Harvey und auch Marx vertreten wird. Wonach damit nicht nur die Erzeugung von Dingen gemeint ist, sondern vielmehr darauf verwiesen wird, „dass Menschen als soziale Wesen ihr Leben, ihre Geschichte, ihr Bewusstsein, ihre Welt produzieren und diese in gesellschaftlichen Verhältnissen eingebettet sind (Eigentumsverhältnisse) und ihren Vollzug reproduzieren bzw. verändern“ (Belina 2017, S. 49). Produktion ist also kein individueller Akt, sondern Teil sozialer Verhältnisse, die wiederum nicht neutral, sondern von verschiedenen Machtverhältnissen durchzogen sind. Die räumliche und zeitliche Organisation der gesellschaftlichen Verhältnisse bilden dabei einen Rahmen, der zwar durch menschliche Praxen gemacht ist, gleichzeitig aber eine strukturierende Wirkung auf solche Praxen hat, etwa mittels Zuordnung von Aktivitäten und Menschen zu bestimmten Orten und Zeiten oder der Ausrichtung von sozialen Verhaltensweisen und subjektiven Gefühlen nach den objektiven Standards (Harvey 2007b [1990], S. 36f.).

In den unterschiedlichen Beispielen wird zusätzlich deutlich, sowohl bei den Einhegungen der Gemeingüter als auch bei den Angriffen der französischen Revolution und der Commune auf die alte zeitliche Ordnung und das Privateigentum, dass die Objektivität von Zeit und Ordnung auch immer entlang verschiedener Verhältnisse umkämpft ist:

Die Differenzierungen von Raum- und Zeitkonzeptionen nach Klasse, Geschlecht, kultureller, religiöser und politischer Orientierung werden selbst zu Arenen sozialer Konflikte. Aus solchen Konflikten können neue Definitionen sowohl der richtigen

Orte und Zeiten für alles als auch der tatsächlichen objektiven Qualitäten von Raum und Zeit hervorgehen. (Harvey 2007b [1990], S. 39)

Der neue Kalender der französischen Revolution richtete sich gegen die Kirche und war Ausdruck einer Säkularisierung der Gesellschaft. Die Einhegungen waren notwendig für die Durchsetzung der kapitalistischen Landwirtschaft und die Auflösung kollektiver Organisation. Damit verbunden war ein Kampf gegen die Macht der Frauen, die im Mittelalter oftmals wichtige Stellungen in den dörflichen Gemeinschaften einnahmen. Mit der Auflösung der Allmende und der feudalen Sozialsysteme wurden viele Frauen in die Armut getrieben und politisch verfolgt (Federici 2019, S. 33f.). Die sozialen Verhältnisse, die sich mit der Rekonstruktion der räumlichen und zeitlichen Organisation von Gesellschaft verändern und diese (mit-)verändern, sind damit nicht singular zu fassen, sondern sind vielmehr miteinander verflochten.

Bereits in diesen kurzen Ausführungen wird deutlich, dass Raum kein determinierender Faktor sozialer Verhältnisse ist. Dabei ist der Raum andererseits auch nicht die einfache Reflexion der hegemonialen gesellschaftlichen Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse. Vielmehr ist es ein Mittelweg, wie Harvey in „Limits of Capital“ klarstellt:

I view location as a fundamental material attribute of human activity but recognize that location is socially produced. The production of spatial configurations can then be treated as an ‘active moment’ within the overall temporal dynamic of accumulation and social reproduction. (Harvey 2006 [1982], S. 374)

Räumliche (und zeitliche) Konfigurationen sind also nicht deterministisch, aber ein aktives Momentum der polit-ökonomischen Entwicklung und Veränderung, was mittels Negativfolie deutlich wird: Wenn die sozialen Praxen kapitalistische sind, können die Raum- und Zeithorizonte nicht mit sozialistischen übereinstimmen (Harvey 2007b [1990], S. 40). Die Einhegungen im Mittelalter waren notwendig zur Einführung von Landbesitz, ausbeuterischen Pachtverträgen und neuen Steuerarten (Federici 2019, S. 29f.) und mit der blutigen Niederschlagung der Pariser Kommune wurden auch die erlassenen Dekrete der Vergesellschaftung von Betrieben und (leerem) Wohnraum vernichtet, die zu zentralen Orten im Prozess der Kapitalakkumulation wurden.

Raum und Zeit waren weder schon immer noch selbstverständlich so strukturiert wie wir sie heute kennen. Die jeweiligen Konfigurationen waren und sind umkämpft und müssen dabei immer im Kontext der hegemonialen gesellschaftlichen Verhältnisse gelesen werden. Damit eröffnet die

Verknüpfung und wechselseitige Determinierung gesellschaftlicher und räumlicher Prozesse bzw. Strukturen [...] die Frage danach, wie und unter welchen Bedin-

gungen die soziale Produktion von Räumen verläuft und welche Akteure, Interessen, Auseinandersetzungen usw. damit verbunden sind. (Wiegand 2013b, S. 92)

Davon ausgehend soll im Folgenden anhand des Beispiels der kapitalistischen Urbanisierung nachvollzogen werden, wie bestimmte Formen von Zeit und Raum eine Objektivität erlangen und daran anschließend, wie sich das Wechselspiel zwischen räumlichen und gesellschaftlichen Prozessen materialisiert.

## **2.2 Die konkrete Abstraktion und Objektivierung kapitalistischer Raumstrukturen**

Nach Harvey operieren soziale Konstruktionen von Raum und Zeit „with the full force of objective facts to which all individuals and institutions necessarily respond“ (Harvey 2010 [1996], S. 211). Weitergehend identifiziert er einen „zentralen Prozess, der im Kapitalismus Materialität, Diskurse, Wertvorstellungen, Machtverhältnisse und Institutionen in Bezug auf ‚Raum‘ in gesellschaftlicher Praxis zusammenbringt und bestimmt: das Geld“ (Belina 2017, S. 60). In „Consciousness and the Urban Experience“ heißt es dazu:

Money is simultaneously everything and nothing, everywhere but nowhere in particular, a means that poses as an end, the profoundest and most centralizing forces in a society where it facilitates the greatest dispersion, a representation that appears quite divorces from whatever it is supposed to represent. It is a real or concrete abstraction that exists external to us and exercises real power to us. (Harvey 1985, S. 3)

Geld entsteht als Realabstraktion aus den konkreten sozialen Praxen des Warenaustausches und der Arbeitsteilung, so Harvey der Argumentation Marx folgend (ebd.). Die Produktion aller möglicher Waren in allen möglichen Ausführungen und Qualitäten wird gewichtet und in einer abstrakten Geldmenge dargestellt, der Gebrauchswert wird somit zum Tauschwert. Darin offenbart sich auch der Zweck kapitalistischer Produktion, eben nicht etwa „Gebrauchswert und Genuss, sondern Tauschwert und dessen Vermehrung [als] sein treibendes Motiv. Als Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt er rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen“ (Marx 1962 [1867], S. 621) und der „Akkumulation um der Akkumulation [...] willen“ (ebd., S. 620). Anstelle der persönlichen Abhängigkeitsbeziehungen welche den Feudalismus charakterisierten, sind in der bürgerlich-kapitalistisch Gesellschaft die objektiven oder sachlichen Abhängigkeitsverhältnisse „between individuals who relate to each other through market prices and money and commodity transactions“ (Harvey 1985, S.3) getreten. Mit der zunehmenden Arbeitsteilung – als sozialer Charakter der Produktion – nimmt auch die Macht des Geldes zu, d.h. die Tauschbeziehung etabliert sich als eine extern und unabhängig vom Produzierenden scheinende Macht. In dieser Beziehung konstituieren sich auch die

Klassenverhältnisse des Kapitalismus. Die (doppelte) Freiheit der Arbeiter\*innen – frei von persönlicher Herrschaft und Eigentum – lässt ihre Arbeitskraft zu einer mit Geld käuflichen Ware werden, die den Mehrwert produzieren kann. Dies ist zentral, denn

kapitalistische Produktion basiert darauf, dass das Eigentum an Produktionsmitteln bei einigen konzentriert ist, den Kapitalist\*innen, denen ganz viele andere, die Arbeiter\*innen, ihre Arbeitskraft verkaufen (müssen). Dies ist zugleich die Basis für die praktische Scheidung der Klassen im Kapitalismus. (Belina 2017, S. 62)

Dieser kurze und zugegeben sehr kompakte Exkurs offenbart uns wichtige Charakteristika, welche mit den Verhältnissen Geld und Kapitalismus einhergehen, die damit auch in Relation zu Raumproduktionsprozessen innerhalb dieser Verhältnisse stehen. Denn mit dem Geld, welches abstrakt, objektiv, universell und homogen erscheint, hat sich auch ein abstrakter Raum durchgesetzt (ebd.).

Die Konstruktion und Objektivierung neuer mentaler Konzepte von Zeit und Raum waren dabei eine Grundlage für den Aufstieg des Kapitalismus. Harvey sieht die Kommodifizierung des Bodens und die Raum-Zeit-Verdichtung als wichtige Momente mit denen Geld zur maßgeblichen Wertkategorie für Raum und Zeit wurde. Grundlage für diese Eroberung des Raumes durch den Kapitalismus ist, dass Raum als etwas Messbares, Nutzbares, Formbares und daher durch menschliches Handeln Beherrschbares begriffen wurde. Über die Navigation und die Erstellung von Karten wurde ein „neues chronologisches Netz für die menschliche Ausbeutung und Handeln geschaffen“ (Harvey 1985, S. 12) und die Katastervermessung ermöglichte die eindeutige Definition von Eigentumsrechten an Land. Damit wurde der Raum „so wie Zeit und Wert als abstrakt, objektiv, homogen und universell in seinen Eigenschaften dargestellt“ (ebd., f.). Aber, so Harvey weiter,

es bedurfte etwas mehr, um den Raum als universell, homogen, objektiv und abstrakt in den meisten sozialen Praktiken zu konsolidieren. Dieses Etwas war das Kaufen und Verkaufen von Raum als Ware. Der Effekt war dann, den gesamten Raum unter die einheitliche Messlatte des Geldwerts zu bringen. (Harvey 1985, S. 13)

Damit wird der Raum umfassend vereinheitlicht und zur Ware, die an einem Ende der Erde die gleiche Bedeutung hat wie am anderen, der Besitz von Privateigentum an Grund und Boden verleiht Privatpersonen eine ausschließliche Macht über Teile der Erde. Gleichzeitig wird der Raum somit auch gespalten und zu einem konflikthaften Verhältnis zwischen Besitz und allgemeiner Nutzung:

Homogeneity of space is achieved through its total pulverization into freely alienable parcels of private property, to be bought and traded at will upon the market.

The result is a permanent tension between the appropriation and use of space for individual and social purposes and the domination of space through private property, the state, and other forms of class and social power. (Harvey 1985, S. 13)

Die Grundlage für die Ausdehnung dieses abstrakten Raumes und der „Eroberung“ der gesamten Erde für den Markt des Kapitals ist die Raum-Zeit-Verdichtung, in der die sogenannte Umschlagszeit signifikant wird (Harvey 2006 [1982], S. 377). Diese Umschlagszeit beschreibt den „Zeitabschnitt von dem Augenblick des Vorschusses des Kapitalwerts in einer bestimmten Form bis zur Rückkehr des prozessierenden Kapitalwerts in derselben Form“ (Marx 1963 [1885], S. 154). Also der Zeitraum, von dem Moment in dem ich Geld in Arbeitskraft und Produktionsmittel investiere, bis zu dem Punkt, an dem ich dieses investierte Geld mitsamt Mehrwert zurückerhalte, nachdem ich meine Ware auf dem Markt verkauft habe. Je kürzer die Umschlagszeit, desto besser. Dadurch wird einerseits der Arbeitsprozess intensiviert und optimiert und andererseits räumliche Barrieren eliminiert und dadurch „Raum durch die Zeit vernichtet“, z. B. durch schnelle Kommunikations- und Transportwege (Harvey 2003c, S. 241). Agglomerationen von Menschen und Kapital in Städten sowie der radikale Ausbau der Transport- und Kommunikationsnetzwerke – Straßen- und Schienennetze, Kanäle und die Telegrafie – ermöglichen schnellere Umschlagszeiten und die Überbrückung auch weiterer Strecken. Dies war die Voraussetzung dafür, dass die in gleichen Wert gesetzten Waren am anderen Ende der Welt abgesetzt werden können und damit das Kapital die ganze Welt für seinen Markt erobern kann. Raum ist somit zu einer Realabstraktion mit realer Macht in Bezug auf soziale Praxen geworden (Harvey 1985, S. 13).

Auch bei Transformationsprozessen innerhalb des Kapitalismus spielt dieses Verdichtungsmoment eine bedeutende Rolle, vor allem in Krisenzeiten. So sieht Harvey die innovationsgetriebene Beschleunigung der Umschlagszeiten als einen entscheidenden Grund für den Übergang vom Fordismus zum Neoliberalismus (Harvey 2010 [1996], S. 243). Mit der Entstehung neuer finanzwirtschaftlicher Werkzeuge können innerhalb von wenigen Sekunden Milliarden von Euro rund um den Globus geschickt und (ver-)spekuliert und die Umschlagszeit so wahrhaftig auf den Moment eines „Augenblinzeln“ (Harvey 2006 [1982], S. 377) verkürzt werden. Bekanntermaßen war dieser Übergang aber auch durch eine schwere ökonomische und politische Krise des Fordismus ausgelöst worden, worin sich ein zentrales Charakteristikum der Raum-Zeit-Verdichtung offenbart, die vor allem in Zeiten der kapitalistischen Krisen elementar für dessen Überleben sind. Vor allem in Überakkumulationskrisen wird überschüssiges Kapital dabei qua geographischer Expansion, dem Abbau räumlicher Barrieren und der Konstruktion völlig neuer Sets räumlicher Beziehungen absorbiert (Harvey 2007b [1990], S. 47).

Neben der Bemessung der Umschlagszeit ist die Zeit im Kapitalismus zudem eine wichtige Einheit zur Messung der Mehrarbeit. Im Gegensatz zur notwendigen Arbeit als quasi



ersten Abschnitt des Arbeitstages, welche Lohnarbeitende im Produktionsprozess benötigen, um ein Äquivalent für ihren Lohn zu erarbeiten und damit die Reproduktion sicherzustellen, ist die Mehrarbeit oder der zweite Teil des Arbeitstages die Quelle des Mehrwerts, die von einer anderen Person angeeignet wird. Sehr vereinfacht gesprochen: Wenn ich in acht Stunden acht Stühle bauen kann und dafür 10 Euro Lohn pro Stunde bekomme, der mich anstellende Unternehmer diese aber für 20 Euro weiterverkauft, sind vier Stunden des Tages notwendige Arbeit, die anderen vier Stunden Mehrarbeit. Mit dieser exakten Messbarkeit hat sich auch ein neues Regime der Zeit-Disziplin durchgesetzt. Damit einher gingen (und gehen) Auseinandersetzungen zwischen Arbeiter\*innen und Kapitalist\*innen um die Länge des Arbeitstages, da Letztere maximale Profite und damit möglichst lange Arbeitszeiten durchsetzen wollen:

Thus came into being, the familiar landscape of capitalism, with the time sheet, the time-keeper, the informers and the fines. The battle over minutes and seconds, over the pace and intensity of work schedules, over the working life (and rights of retirement), over the working week and day (with rights to ‚free time‘), over the working year (and rights of paid vacations), has been, and continues to be, right royally fought. (Thompson 1976, S.90, zit. nach Harvey 2003c, S. 172)

Zum Zusammenhang von Geld, Zeit und Raum betont Harvey in „Consciousness and the Urban Experience“, dass diese durch soziale Praxen, dabei vor allem der Warentausch und die Arbeitsteilung, universell, objektiv und genau quantifizierbar werden und somit als konkrete Abstraktionen das tägliche Leben strukturieren: „Prices, the movements of the clock, rights to clearly marked spaces, form the frameworks within which we operate and to whose signals and significations we perforce respond as powers to our individual consciousness and will“ (Harvey 1989, S. 188). Die Konzepte von Raum und Zeit spielten eine bedeutende Rolle im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus und wurden dabei mittels der Realabstraktion selbst grundsätzlich neudefiniert. Eine besondere Rolle spielten die Urbanisierungsprozesse im Zuge der Industrialisierung, in denen Städte als Orte der Agglomeration von Kapital und Menschen (Arbeitskräfte) geschaffen wurden und damit spezifische ökonomische und politische Funktionen hinsichtlich der kapitalistischen Produktionsweise erfüllten. Damit einher ging die Neuordnung der Welt nach neuen gesellschaftlichen Prinzipien und gleichsam der Zerstörung des vorangegangenen Raum-Zeit-Systems sowie den damit strukturierten Lebensweisen. So widerstrebt etwa eine Allmende-Bewirtschaftung der abstrakten Raumform des Privateigentums an Grund und Boden und den damit vermittelten sozialen Praxen. Gleichzeitig war die Abschaffung des Leibeigentums eine Voraussetzung für die Entwicklung der Städte, da die damit neu entstandene Klasse entwurzelter Besitzloser als Arbeitskräfte für die urbanen Produktionsstätten verfügbar war. Diese Neuordnungen bringen auch neue Widersprüche und Widerstand mit sich. Aber auch wenn gegen die Normen, welche von den Realabstraktionen hervorgebracht wurden, revoltiert werden kann (sich etwa dem Zeit- oder Geldsystem widersetzt), erscheinen diese als unumstößliche Naturgegebenheiten (ebd., S. 22).

### 2.3 Die *three cuts* kapitalistischer Krisen und die Urbanisierung des Kapitals

Die räumliche (Re-)Organisation spielte also nicht nur bei der Durchsetzung der kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsweise eine maßgebliche Rolle, sondern, wie schon angedeutet, auch beim Überleben und bei der Reproduktion dieses Verhältnisses. Anhand verschiedener empirischer Studien, wie etwa zum Paris des Second Empire in den 1850er und 1860er Jahren, zu den (Sub-)Urbanisierungsprozessen in den USA im Nachkriegsfordismus, zur Hegemonialwerdung des Neoliberalismus und der damit verbundenen unternehmerischen Stadtpolitik oder etwas kursorischer zu den massiven Urbanisierungsprozesse in China in den letzten Dekaden (Harvey 2003b; 2012), hat Harvey seine zentrale These aufgestellt und belegt, dass Urbanisierungsprozesse als Krisenbearbeitungsstrategie des Kapitalismus fungieren und damit essentiell für das Überleben des kriseninmanenten Kapitalismus sind. In diesen Überlegungen geht Harvey ausgehend von Marx' Krisentheorie (*first cut*) über diese hinaus, indem er die ursprüngliche Theorie mit Momenten der kapitalistischen Urbanisierung verbindet und darin zeitliche (*second cut*) und räumliche (*third cut*) Verschiebungen von kapitalistischen Überakkumulationskrisen sieht. Mit Blick auf marxistische Auseinandersetzungen entwickelte er damit „sein eigenes, um Fragen der Zeitlichkeit und Räumlichkeit erweitertes und dadurch selbst ‚urbanisiertes‘ Verständnis Politischer Ökonomie“ (Wiegand 2013b, S. 16).

Im *first cut* folgt Harvey den Ausführungen von Marx zu den immanenten Widersprüchen von Warenproduktion und Warentausch als Auslöser für wiederkehrende Krisen und der Instabilität des Kapitalismus (Harvey 2006 [1982], S. 192). Dabei fixiert Harvey die Krisenmomente nicht wie Marx auf das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, sondern betont vielmehr die zyklische Tendenz zur Überakkumulation, die sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte und den Barrieren, welche die sozialen Verhältnisse des Kapitalismus – Konkurrenz und Klassenkampf<sup>1</sup> – hervorbringen (ebd., S. 194): „When the circulation of capital is viewed as a whole, one sees a whole series of potential blockage points to it, any one of which has the potential to be the source of a crisis. There is no single theory of crisis formation in this system [...]“ (Harvey 2011, S. 10). Potentielle und teils gemeinsam auftretende Blockadepunkte sind die (1) Überproduktion von Waren, (2) überschüssiges Kapital in Form nicht genutzter Produktionskapazitäten oder Geldkapital ohne Anlagemöglichkeiten, (3) Unterbeschäftigung in der Produktion und die damit verbundene Arbeitslosigkeit sowie (4) fallende Profitraten etwa durch steigende Löhne oder sinkende Mieten (Harvey 2006 [1982], S. 195). Etwas pointierter mit Raul Zelik gesprochen, erleidet der „Kapitalismus immer dann einen Schock, wenn der Überfluss nicht mehr weiß wo hin mit sich“ (Zelik 2018a, S. 301). An diesen ersten *cut*, der die Ursachen

1 „Durch die sozialen Verhältnisse – Konkurrenz und Klassenkampf – zur beständigen Erhöhung der Produktivität gezwungen, untergraben die KapitalistInnen gleichzeitig die Basis ihres eigenen Profits, weil die von ihnen immer wieder aufs Neue angestoßene technologische und organisatorische Weiterentwicklung der Produktion fortwährend menschliche Arbeitskraft – die einzige Quelle des Mehrwerts – freisetzt und jede langfristige Stabilisierung des Akkumulationsprozesses verhindert“ (Wiegand 2013b, S. 132f.).

und Formen der periodisch und immanent auftretenden Krisen in der kapitalistischen Produktionsweise erklärt, schließen der zweite und dritte *cut* der Krisentheorie an, mittels derer der Weg des Kapitals zur temporären Überwindung des Schocks nachgezeichnet wird.

Ausgehend von der Frage des Umgangs mit dem überschüssigen Kapital und der Arbeitskraft, greift Harvey auf den Begriff des fixen Kapitals und dabei speziell der gebauten Umwelt zurück. Fixes Kapital wird nach Marx in Abgrenzung zum zirkulierenden Kapital definiert. Während der Wert beim zirkulierenden Kapital (Arbeitskraft sowie Rohstoffe und Hilfsmittel) im Produktionsprozess auf einmal und vollständig auf das Produkt übertragen wird, geht der Wert beim fixen Kapital nur allmählich und bruchweise auf das als Ware zirkulierende Produkt über. Ein Teil des Kapitalwertes bleibt in Form der Arbeitsmittel in der Produktionssphäre fixiert (Belina 2010, S. 11f.). „Als fixes Kapital werden demnach jene für die kapitalistische Mehrwertproduktion eingesetzten Arbeitsmittel bezeichnet, die, bis sie ausgedient haben, ihren Wert schrittweise im Laufe mehrerer Kapitalumschläge, auf die von ihnen produzierte Waren übertragen“ (Wiegand 2013b, S. 139). Das „*fix*“ bezieht sich in diesem Sinne also auf die Gebrauchsform der Objekte und nicht auf die Immobilität der Arbeitsmittel, worunter etwa auch Fahrzeuge oder portable Maschinen fallen können. Doch werden räumlich fixierte Arbeitsmittel als eine bestimmte Form des fixen Kapitals unter dem Begriff der gebauten Umwelt geführt. Harvey definiert diese gebaute Umwelt als „riesiges, von Menschen gemachtes Ressourcensystem, das aus Gebrauchswerten besteht, die in der physischen Landschaft eingelassen sind und die für Produktion, Zirkulation und Konsumtion verwendet werden können“ (Harvey 2006 [1982], S. 233). Dieses Ressourcensystem wird damit als eine generelle Voraussetzung zur Produktion sowie als direkte Produktivkraft verstanden. Darunter fällt ein breites Set an Elementen, die vorrangig kapital-, zeit- und arbeitsintensiven Produktionsprozessen unterliegen, so wie Fabriken, Büros, Geschäfte, Wohnhäuser, Straßen und Schienen bis hin zu Kraftwerken und Wasserversorgung (ebd., ff.). Wie auch beim fixen Kapital generell, wird der Wert bei der gebauten Umwelt nur stückweise auf ein Produkt übertragen, sodass ein Teil des Kapitalwertes als Form der Arbeitsmittel in der Produktionssphäre fixiert bleibt. Die Folge ist eine lange Umschlags- bzw. Amortisierungszeit, sodass das veranlagte Kapital über Jahre gebunden ist und nur langsam in den wirtschaftlichen Kreislauf zurückfließt. Die mit einer Krise verbundenen Folgen, Arbeitslosigkeit und die Entwertung von Kapital, können somit durch Investitionen in die gebaute Umwelt zeitlich verschoben werden (ebd.; Wiegand 2013b, S. 138ff.).

Um diese theoretischen Implikationen des *second cut* in der Praxis zu veranschaulichen und weitere Aspekte der zeitlichen Verschiebung von Krisen zu verdeutlichen, springen wir zurück ins Paris zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Stadt sah sich anno 1850 mit einer multiplen – politischen, ökonomischen und sozialen – Krise konfrontiert. Mit der zunehmenden Industrialisierung stieg auch die Bevölkerungszahl in der Stadt dras-

tisch an, demgegenüber stand eine veraltete Infrastruktur, die in den Bereichen Transport, Kommunikation, Wohnen und sanitärer Versorgung dieser Entwicklung in keiner Weise gewachsen war (Adcock 1996, S. 31ff.; Harvey 2003b, S. 89ff.). Politisch waren die Jahre durch die Februarrevolution von 1848, die Konterrevolution und den Staatsstreich von Napoleon Bonaparte III. geprägt, was eine höchst fragile politische Konfliktsituation zwischen dem erstarkenden (Industrie-)Proletariat sowie den die autoritäre Herrschaft Napoleons unterstützenden Kleinbäuer\*innen, Monarchist\*innen, Kirche und Bourgeoisie hervorbrachte. Zudem schwappte Ende der 1840er Jahre eine schwere Überakkumulationskrise aus Großbritannien nach Kontinentaleuropa herüber, die auch in Paris in den folgenden Jahren bestimmen sollte (Oelßner 1949, S. 216ff.). Zur Lösung dieser multiplen Krise machte Napoleon III. zusammen mit seiner rechten Hand, dem Stadtplaner Baron Haussmann, Paris in den zwei Dekaden seiner Herrschaft zu einer Großbaustelle, an deren Ende eine völlig andere Stadt entstand: „The eighteen years of Empire had bitten as deep into the consciousness of Parisians as Haussmanns works had cut open and reconstructed the physical fabric of the city“ (Harvey 2003b, S. 95). In dieser Zeit wurde die Stadt entlang zweier senkrecht zueinander stehender Verkehrsachsen, die mittels konzentrischer Kreise miteinander verbunden waren, komplett umstrukturiert. Breite Boulevards schlitzen die verwinkelten Elendsviertel und vor allem die als „rote“ Arbeiter\*innenviertel bekannten Quartiere auf, die in der vorangegangenen Revolution eine wichtige Rolle gespielt hatten. Weitere große Investitionen flossen in den Ausbau des Schienen- und Kommunikationsnetzes. Ersteres wurde nicht nur begrenzt auf Paris, sondern in ganz Frankreich in nur zwanzig Jahren von knapp 2000 Kilometer im Jahr 1850 auf über 17000 Kilometer massiv ausgebaut. Quantitativ überboten wurde dies von der Einführung eines Telegrafie-Kommunikationssystems, welches innerhalb von nur zehn Jahren aufgebaut wurde und 1866 über 23000 Kilometer umfasste (Harvey 2003b, S. 104). Mit diesen Investitionen in die gebaute Umwelt konnte Napoleon III. den mit der europaweiten Finanzkrise freigesetzten Überschuss an Kapital und Arbeit langfristig fixieren, und das mit sichtbarem Erfolg: „Within a year of the declaration of the Empire, more than a thousand were at work on the construction site of the Tuileries; untold thousands were back at work building the railroads; and the mines and forges, desolate as late as 1851“ (ebd.). Gleichzeitig wurde mit dem Bau von Straßen, Bahnhöfen und Strecken sowie dem Ausbau des Kommunikationsnetzwerkes die Voraussetzung für eine verbesserte und ausgedehntere Mobilität des Kapitals und die mögliche Verkürzung der Umschlagszeit geschaffen.

In Anlehnung an Lefebvre schematisiert Harvey diese Verschiebung des Kapitals von der direkten Warenproduktion in das fixe Kapital bzw. die gebaute Umwelt entlang von Kapitalkreisläufen, wobei er zwischen drei unterschiedlichen Kreisläufen unterscheidet. Dabei umfasst der primäre Kapitalkreislauf die reguläre Produktion von Waren, während im zweiten Kreislauf Investitionen in das fixe Kapital und die gebaute Umwelt getätigt werden, was sich vor allem in physischen Infrastrukturen und Urbanisierungsprozessen ma-

terialisiert. In einem weiteren, tertiären Kreislauf werden Investitionen in Wissenschaft und Technologie sowie in die soziale Reproduktionssphäre subsummiert, wobei letztere in qualitative Verbesserungen der Arbeitskraft (Bildung, Gesundheit) und integrative und repressive Investitionen (Militär, Ideologie) unterschieden werden können (Harvey 1989, S. 61ff.; 2006 [1982], S. 398). Investitionen in die sozialen Infrastrukturen mögen dabei für einzelne Kapitalist\*innen unattraktiv erscheinen, da sie keinen direkten Mehrwert nach sich ziehen, sondern langfristig die Akkumulationsbedingungen im primären Kreislauf gewährleisten und verbessern. Zudem sind der Staat und die soziale Infrastruktur ein Feld von Klassenauseinandersetzungen und es kann nur schwer abgesehen und quantifiziert werden, ob und wann Investitionen einzelner Kapitalist\*innen produktiv werden. Daher versuchen sich diese mittels dem Staat als Klasse zu konstituieren und über diesen kollektiven Ausdruck ihre Interessen durchzusetzen (Harvey 2006 [1982], S. 401).

Gleichwohl sind die Kapitalverschiebungen in den zweiten oder dritten Kreislauf mit hohen Vorraussetzungen verbunden, da diese wie beschrieben zeit- und kapitalintensive Investitionen verlangen und auch die langfristige Kapitalbindung mit Gefahren der Kapitalentwertung einhergehen. Um diese Hürden abzubauen und auch einzelnen Kapitalist\*innen die Verlagerung von Investitionen aus dem primären Kreislauf heraus zu ermöglichen, bedarf es funktionierender Finanzmärkte und Kreditwesens sowie eines Staates, der Anreize für diese längerfristigen Investitionen schafft, z. B. durch Steuervorteile, oder diese – oftmals mittels Staatsverschuldung – direkt übernimmt. Das Finanz- und Kreditwesen wiederum ist notwendig um einen, zumindest auf den ersten Blick, Widerspruch aufzuheben. Denn wieso sollte jemand in einem System, in dem alles daran gesetzt wird die Umschlagszeit für das Kapital zu senken, in langfristige Projekte investieren? Die Antwort liegt in der Integration des Kreditwesens in die Theorie der Warenproduktion und expliziter in der Entstehung des fiktiven Kapitals wie „Anleihen, Hypotheken, Aktien und Anteile, Staatsverschuldung und dergleichen“ (Harvey 2001, S. 320). Dadurch werden langfristige Zirkulationsprozesse in eine annualisierte Rendite umgewandelt, indem Rechte und Ansprüche auf einen Anteil des (zukünftigen) Produktes ge- und verkauft werden. Damit ist fiktives Kapital immer auch eine Wette auf die Zukunft und der Wert muss über die Rendite zukünftiger Arbeit erst noch realisiert werden (ebd., S. 322). Darüber ermöglicht ein Finanzsystem aber auch die Quantifizierung und Vergleichbarkeit möglicher Profite und taktet damit die Wechsel zwischen den Kapitalkreisläufen:

Wenn auf diesem Weg die Renditeerwartungen zwischen und innerhalb der verschiedenen Kapitalkreisläufe verglichen und Investitionen entsprechend gestaltet werden können, dann macht dies das Kredit- und Finanzsystem zu jener Institution, die den zeitlichen Rhythmus der Überakkumulationstendenzen dorthin vermittelt: Sind die Profiterwartungen im primären Kreislauf niedrig, fließt das überschüssige Kapital über die Schaffung fiktiven Kapitals in den sekundären oder tertiären Kreislauf. (Wiegand 2013b, S. 154)

Auch an dieser Stelle kann ein kurzer Exkurs ins Paris der 1850er helfen, um das Abstrakte etwas anschaulicher zu gestalten. Dort ist mit dem Aufstieg neuer Finanzakteure und Institutionen wie den Banken *Crédit Mobilier* oder *Credit Foncier* ein weitreichendes Kreditsystem implementiert worden, über das weite Teile der großen Infrastrukturprojekte finanziert wurden. Damit einher ging auch die Kapitalisierung des Bodens und Immobilien wurden zu einer gezielten finanziellen Anlagemöglichkeit (Harvey 2003b, S. 121ff.). Die Entstehung dieses neuen Kreditwesens hat überhaupt erst die Vergleichbarkeit zwischen den Profiten ermöglicht und damit die Anreize gesetzt, Investitionen außerhalb der Produktionssphäre zu tätigen:

The Pereire brothers [...] created new credit institutions to facilitate the rebuilding of Paris in the wake of the crisis of 1848 to mop up surpluses of both capital and labour. They soon found that they did not need to engage with production, that leveraging (borrowing at 3 percent and lending at 5 percent) could yield them hefty profits. (Harvey 2011, S. 7)

Auch wenn bereits in diesem *second cut* Investitionen in die gebaute Umwelt eine übergeordnete Stellung einnehmen und damit die räumliche Ebene bei der versuchten „Behandlung“ der Krise grundlegend ist, findet die eigentliche räumliche Verschiebung, der *spatial fix*, erst im *third cut* statt. Das Verb *fix* verweist allerdings nicht auf die räumliche Fixierung, sondern vielmehr auf das „reparieren“, „beheben“ oder „in Ordnung bringen“ der Krise durch die Wiederherstellung der Kapitalzirkulation und die Verkürzung der Umschlagszeiten. Der Begriff bezieht sich somit „allein auf Strategien geographischer Ausdehnung, d. h. der Überwindung von Raum zum Zweck der Behebung von Überakkumulationskrisen“ (Wiegand 2013b, S. 158). Damit ist Mobilität und nicht Fixierung der entscheidende Prozess des *spatial fix*. Harvey identifiziert vier Strategien eines solchen *spatial fix*: (1) Die Erschließung neuer, externer Märkte und der Export von überproduzierten Waren, (2) die Verlagerung des produktiven Kapitals, v. a. über die räumliche Verschiebung von Arbeitsplätzen, (3) die Ausweitung des Proletariats über die primitive Akkumulation und damit die Ausweitung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse; falls keiner dieser Strategien den gewünschten Erfolg hat, bleibt (4) nur noch der Export der Kapitalentwertung über Handelskriege, Restriktion von Kapitalflüssen und Migrationspolitiken oder koloniale Bestrebungen (Harvey 2006 [1982], S. 432ff.). All diese Strategien zielen auf die „kriseninduzierte Schaffung neuer Raumkonfigurationen durch die räumliche Neuverteilung von Kapital und Arbeitsplätzen“, in dessen Rahmen „Kapital in solche Regionen verlagert [...] wird, die sich dynamisch entwickeln und/oder die aufgrund ihrer spezifischen sozioökonomischen Bedingungen eine günstigere Kostenstruktur aufweisen“ (Wissen und Naumann 2008, S. 395). Durch die Schaffung dieser neuen kapitalistischen Geographien anderswo, „nimmt die bereits erwähnte zeitliche Fixierung eine räumliche Form an“ (Castree 2009, S. 60). Die Erklärung dieser De- und Reteritorialisierungsprozesse des Kapitals lassen geographische Ungleichheiten damit nicht

mehr als natürliche oder historische Residuen erscheinen, sondern als aktive Momente der kapitalistischen Produktionsweise (Harvey 2006 [1982], S. 416). Die „Produktion von Raum und räumlichen Unterschieden ist somit gleichzeitig Voraussetzung, Medium und Resultat der Bemühungen, Überakkumulationskrisen zu überwinden“ (Wissen und Naumann 2008, S. 395).

Die nummerierende Bezeichnung der Krisentheorie darf dabei nicht mit einer Gewichtung der Zeit gegenüber dem Raum oder einer linearen Abfolge dieser Prozesse gelesen werden, sondern vielmehr werden darin simultane und sich überschneidende Prozesse kapitalistischer Krisendynamiken gesehen. Dies kommt in dem Ausdruck *spatio-temporal fix* zur Geltung, der den *second* und *third cut* in direkte Relation setzt:

Solche Überschüsse [an Kapital oder Arbeit, Anm. d. Verf.] können absorbiert werden (a) durch Investitionen in langfristige Kapitalprojekte oder Ausgaben [...], (b) durch die Erschließung neuer (Absatz-)Märkte, neuer Produktionskapazitäten und Ressourcen sowie neuer Beschäftigungsfelder an anderen Absatzorten, oder (c) durch Kombination von (a) und (b). (Harvey 2003a, S. 3)

Allerdings handelt es sich jeweils nur um Verschiebungen und keine Lösung der immanenten Krisentendenzen des Kapitalismus, wodurch es auch nach einem temporär erfolgreichen *fix* immer wieder zu neuen Überakkumulationskrisen kommen wird bzw. darüber hinaus die raumzeitlichen Verschiebungen selbst zum Ausgangspunkt neuer Krisen werden. Zum einen muss auch das (langzeitlich) angelegte fiktive Kapital zu dessen Realisierung in den primären Kreislauf zurückfließen, wodurch es sich mit dem überschüssigen Kapital aus der aktuellen Produktion verbindet und „immer größere Pools von überschüssigem Kapital schafft“ (Harvey 2001, S. 323). Zum anderen sind die Investitionen in den sekundären und tertiären Zyklus spekulativ und immer dem Risiko ausgesetzt, dass diese entwertet und nicht realisiert werden (ebd.). Da vor allem im urbanen Raum Grundeigentum den Charakter einer Finanzanlage trägt, führt dort die Schaffung großer Mengen fiktiven Kapitals durch die „spekulative Eigendynamik des Immobilienmarktes“ zur Ingangsetzung eines Boom-Krisen-Zyklus, in dem ein „kreditfinanzierter Immobilienboom [...] früher oder später die Entstehung von Spekulationsblasen und die Überproduktion gebauter Umwelt nach sich zieht“ (Wiegand 2013a, S. 42f.). Diese Spekulationsblasen besitzen damit das negative Potenzial, sich zu „urbanen Wurzeln“ globaler Finanzkrisen zu entwickeln (Harvey 2012, S. 27). Darüber hinaus produziert die raum-zeitliche Verschiebung einen elementaren Widerspruch zwischen der Fixiertheit der gebauten Umwelt und der Zirkulation des Kapitals:

On the one hand, fixed capital provides a powerful lever for accumulation while further investment in fixed capital provides at least temporary reliefs from problems of overaccumulation. On the other hand, production and consumption are in-

creasingly imprisoned within fixed ways of doing things and increasingly committed to specific lines of production. Capitalism loses its flexibility, and the ability to innovate is checked. (Harvey 2006 [1982], S. 220)

So wird das fixe Kapital und expliziter noch die gebaute Umwelt als immobile räumliche Materialisierung, welche eigentlich die Grundlage für die Produktionsprozesse und auch der Verschiebung von Überakkumulationskrisen darstellen, zu einem (räumlichen) Hindernis der Kapitalzirkulation, die es zu überwinden gilt (ebd., S. 238). Kapitalistische Krisen haben somit eine konkrete räumliche Rückbindung durch die Entwertung, Zerstörung und Neuentwicklung von geographischen Konfigurationen (Harvey 2010 [1996], S. 295).

Versinnbildlichen lässt sich diese Krisenhaftigkeit abermals an einem Beispiel aus dem Paris des Second Empire. Dort haben am 16. Mai 1871 auf einem von Barrikaden umringten Place Vendôme Kommunist\*innen die Statue von Napoleon I. von einem fast 50 Meter hohen Sockel geholt und zerstört. Trotz (oder gerade wegen) der tiefgreifenden Umstrukturierungen der Stadt in den vorangegangenen Jahren steckte Paris erneut in einer tiefen Krise. Ausgelöst durch den Zusammenbruch des von Haussmann ausgeklügelten Kreditsystems – welches die großflächigen Umstrukturierungen der Stadt erst ermöglichte – hatte die Stadt einen Schuldenberg angehäuft, der erst 1929 komplett getilgt werden sollte. Viele kleinere und größere Unternehmen konnten ihre Kredite nicht zurückzahlen, viele angefangene Bauprojekte wurden nicht beendet, der Wohnungsmarkt war bereits übersättigt und viele Apartments standen leer. Die Überakkumulation aus dem ersten Kreislauf der Warenproduktion hatte sich in die Überproduktion der gebauten Umwelt übertragen, was sich in Bauruinen, Leerständen und ungenutzten Infrastruktur-Objekten materialisierte (Harvey 2003b, S. 142ff.; Jordan 1996, S. 237f., S. 312). Und nicht zufällig wandte sich Jules Ferry, Ministerpräsident Frankreichs in den 1880er Jahren und starker Verfechter von Reformen des Bildungssektors und damit verbundenen Investitionen in den tertiären Kreislauf, später in seiner Amtszeit vor allem der kolonialen Ausweitung Frankreichs zu (Harvey 2003a, S. 9).

An diesen kurzen Auszügen aus der Geschichte des Second Empire lässt sich gut und schlüssig die theoretische Argumentation der cuts nachvollziehen. Die Überakkumulationskrise wurde durch massive Investitionen in die gebaute Umwelt verschoben. Durch ein neu entstandenes Kreditwesen konnten überschüssiges Kapital angelegt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wodurch eine neue urbane Landschaft entstanden ist. Gleichzeitig wurde die Grundlage für die Optimierung zukünftiger Produktionsprozesse, schnellerer Umschlagszeiten sowie der Expansion des Kapitals gelegt. Auch die Doppelbewegung aus Akkumulation und Klassenkampf wird hiermit deutlich, so können die urbanen Restrukturierungen als eine Antwort auf die Revolution und Arbeiter\*innenaufstände der vorangegangenen Jahre gelesen werden, die als eine Art der Aufstandsbekämpfung mit-



tels gebauter Umwelt fungieren sollten. Diese zeitliche Verschiebung produzierte neue Widersprüche und vertiefte die (Wirtschafts-)Krise, worauf der Versuch der räumlichen Verschiebung durch die kolonialen Expansionen erfolgte. Damit offenbart das Beispiel auch, dass die Verschiebungen der Krise immer nur temporär und selbst Ausgangspunkte neuer, noch tieferergreifender Krisen sind. Der *fix* ist damit „hardly methadone, though: it anticipates more frantic cravings, deeper yearnings, more flagrant contradictions to come“ (Merrifield 2002, S. 144).

## **2.4 Akkumulation durch Enteignung und Umkämpftheit der räumlichen Rekonfiguration**

Bezugnehmend auf diese Prozesse betont Harvey immer wieder, dass die kapitalistische Urbanisierung nicht einseitig im Sinne des Urbanen als bloße Reflexion oder Ableitung des Kapitals bzw. von Kapitalinteressen zu verstehen sind. Vielmehr sind sie im Sinne der Marxschen Analyse durch die Dialektik von Akkumulation und Klassenkampf geprägt, die „two themes [which] are integral to each other and have to be regarded as different sides of the same coin – different windows from which to view the totality of capitalist activity“ (Harvey 1989, S. 59). Die Durchsetzung kapitalistischer Raum- und Zeitkonzepte war umkämpft, wie etwa die Implementierung neuer Zeitregime in den entstandenen Fabriken zu Zeiten der Industrialisierung:

The first generation of factory workers were taught by their masters the importance of time; the second generation formed their short-time work committees in the ten-hour movement; the third generation struck for overtime or time and a half. They had accepted the categories of their employers and leaned to fight back within them. They had learned their lesson, that time is money, only too well. (Harvey 1985, S. 8)

Gleichwohl bringen auch die immer wieder neuen Runden der krisenhaften kapitalistischen Reproduktion und die ungleiche Rekonfiguration der materiellen Umwelt Klassenauseinandersetzungen hervor, „because the forces of capital have to struggle mightily to impose their will on urban process and whole population that can never, even under the most favorable of circumstances, be under their control“ (Harvey 2012, S. 115). Im Übergang zum Neoliberalismus betont Harvey nicht nur die Neuformung von Raum-Zeit-Arrangements und insbesondere eine Beschleunigung der ungleichen geographischen Entwicklung, sondern auch eine Restaurierung der Klassenherrschaft durch einen Klassenkampf von Oben (Harvey 2003a; 2007a). Die damit verbundene Akkumulationsweise bezeichnet er im Anschluss und als Fortschreibung von Marx' Konzept der primitiven Akkumulation als „Akkumulation durch Enteignung“ und identifiziert drei übergeordnete Strategien, mit der die stockende Kapitalakkumulation gelöst und neue Akkumulationsfelder erschlossen werden sollten. Eine erste Strategie ist die Privatisierung und Kommodifizierung öffentlicher Güter, vor allem aus Bereichen der sozialen

Infrastruktur (Transport, Kommunikation, Wasser, sozialer Wohnungsbau, Rentensystem, Gesundheitsfürsorge, Bildungseinrichtungen), den Bereichen der Forschung und Sicherheit/Überwachung und darüber hinaus die kapitalistische Einhegung von Kultur und Kreativität. Diese staatlichen Umverteilungen kehren „den Strom von den höheren zu den unteren Klassen, die während der Ära der sozialdemokratischen Hegemonie stattfand“ (Harvey 2007a, S. 50) um, etwa durch die Streichung öffentlicher Ausgaben bei gleichzeitigen Steuererleichterungen für große Unternehmen (ebd., ff.). Des Weiteren kann unter diesen Punkt (1) die kapitalistische Inwertsetzung und damit fortschreitende Zerstörung von Natur und ökologischen Gemeingütern (Land, Luft, Wasser) sowie (2) die globale Umverteilung von Macht und Vermögen und eine vertiefende neoliberale Einhegung von Regionen und Staaten gefasst werden, die über das gezielte Auslösen von Schuldenkrisen und der Entwertung von Kapital und Arbeitskraft, z. B. durch Austeritätspolitikern oder IWF-Strukturanpassungsprogramme realisiert werden. Die „Spitze des imperialistischen Eisbergs“ (Harvey 2003d, S. 181f.) stellt (3) die militärische Intervention zur Sicherstellung des Marktzugriffs auf Ressourcen wie Öl oder Gas für die globale Ökonomie dar und damit verbunden auch die strategische Aneignung dieser Quellen (ebd., ff.). Gemein sind diesen gewaltvollen Enteignungspolitikern und der damit verbundene Rückbau von oftmals in Klassenkämpfen erzielten Rechten, dass diese maßgeblich vom Staat implementiert und umgesetzt werden. Dieser dient damit als zentraler Türöffner für neue Quellen der Kapitalakkumulation dient (ebd., S. 151ff.).

Über den ganzen Globus intensiv geführte Klassenkämpfe von Oben haben starke Gegenreaktionen und -bewegungen und „vast swaths of resistance“ (Harvey 2003d, S. 162) hervorgerufen. Diese vielfältigen und in Teilen widersprüchlichen Bewegungen<sup>2</sup> haben sich von traditionellen Parteien und Gewerkschaften abgesetzt und stattdessen stärker auf Mikropolitiken und die Einbettung in die „politics of daily life“, unter anderem im urbanen Raum, fokussiert, wodurch laut Harvey ein Miteinander verschiedener Kämpfe ermöglicht wurde, aber auch der Verlust eines Fokus auf das große Ganze und einer konsequenten antikapitalistischen Perspektive einherging: „[I]t drew its strengths from that embeddedness, but in so doing often found it hard to extract itself from the local and the particular to understand the macro-politics of what accumulation by dispossession was and is all about“ (ebd., S. 169). Demgegenüber kritisiert er die klassische (marxistische) Linke, die über die Hervorhebung und Privilegierung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit und dem damit verknüpften Fokus auf die Klassenkämpfe alle anderen Formen der Kämpfe als zweitrangig betrachtete. So konnten zwar einige nennenswerte Erfolge erzielt und Verbesserungen für das Proletariat erkämpft werden, allerdings auf Kosten unzähliger Exklusionen:

---

2 „They often exhibit internal contradictions as, for example, when indigenous populations claim back rights in areas that environmental groups regard as crucial to put a fence around to protect biodiversity and to prevent habitat destruction“ (Harvey 2003d, S. 168).

Attempts, for example, to incorporate urban social movements into the agenda of the left broadly failed, except, of course, in those parts of the world where communitarian politics prevailed. The politics deriving from the workplace and the point of production dominated the politics of the living space. Social movements such as feminism and environmentalism remained outside the purview of the traditional left. [...] For if the two forms of struggle (Klassenkampf und Kämpfe gegen Akkumulation und Enteignung, Anm. d. Verf.) are organically linked with the historical geography of capitalism, then the left was not only disempowering itself but was also crippling its analytic and programmatic powers by totally ignoring one side of this duality. (Harvey 2003d, S. 171)

An einer anderen Stelle macht Harvey einen dritten Pol abseits der Teilung in Alltags- und Klassenkämpfen auf, in dem er basierend auf seiner Krisentheorie, die Rolle von Urbanisierungsprozessen für das ökonomische sowie politisch-ideologische Überleben des Kapitalismus betont. Entsprechend müssen Städte und urbane Communitys als Orte konkreter Kämpfe anerkannt werden, doch nicht nur, weil der urbane Raum zentral in der Entstehung von Krisen ist und diese sich dort besonders niederschlagen, sondern auch, weil bestimmte städtische Qualitäten zu einer verstärkten Formierung von Kämpfen führen. Neben historischen Beispielen von den revolutionären Bewegungen in Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert, der Rolle Barcelonas im Spanischen Bürgerkrieg, den urbanen Bewegungen von 1968 bis hin zu den Wasserkriegen in Cochabamba oder El Alto Anfang der 2000er Jahre und den Aufständen in den französischen Banlieus, dienen Harvey vor allem die Platz- und Parkbesetzungen ab 2011 als Referenz, wonach die Ausgestaltung der gebauten Umwelt und die politischen Funktionen Städte zu zentralen Orten von politischem Widerstand machen (Harvey 2012, S. 116ff). Während Städte im Kapitalismus schon immer Orte der Konzentration von Menschen und Kapital und damit auch Orte sozialer Kämpfe waren, kommt im Zuge neoliberaler Reskalierungsprozesse der städtischen *scale* eine immer entscheidendere Rolle im Kampf um globales Kapital und Arbeitsplätze zu (Kap. 3.2). Gleichmaßen können diese Prozesse auch auf dem urbanen Terrain unterbrochen und die global vernetzte urbane Ökonomie durch Protest und Widerstand empfindlich gestört werden (ebd., S. 118f.). Auch wenn die Bewegungen primär an Fragen der Reproduktion, soziale Rechte, Souveränität oder Bürger\*innenschaft adressieren, lassen diese sich doch als mögliche politische Kräfte unter dem leeren Signifikanten eines „Recht auf Stadt“, im Sinne einer antikapitalistischen und revolutionär-transformativen Formel fassen (Wiegand 2013b, S. 277).

Davon ausgehend und der Frage folgend, ob urbane soziale Bewegungen eine konstitutive Rolle in der Überwindung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse und den daraus entstandenen Widersprüchen spielen können, rekonzeptualisiert Harvey in „Rebel Cities“ den Charakter von Klassen und erweitert das Terrain der Klassenkämpfe entlang von drei Argumentationslinien. In einem ersten Schritt dezentralisiert bzw. erweitert

er die Arena des Klassenkampfes. Weg von der Fabrik als privilegierten Standort, hin zu einer breiteren Betrachtungsweise der Kapitalzirkulation, die auch den Waren- und Geldkreislauf miteinschließt. Mit dem signifikanten Unterschied wo der Mehrwert produziert und wo er realisiert wird, können Kämpfe um Wohnraum und Miete auch als Kämpfe mit Klassencharakter gefasst und damit auch die Sphäre des sekundären Kapitalkreislaufs mit einbezogen werden: „Wage concessions to workers can, for example, be stolen back and recuperated for the capitalist class as a whole by merchant capitalists and landlords and, in contemporary conditions, even more viciously by the credit-mongers, the bankers, and the financiers“ (Harvey 2012, S. 129). Als zweiter Strang folgt die einfache aber wichtige Feststellung, dass Städte selbst produziert werden und dadurch Arbeitsplätze und Mehrwerte geschaffen werden. Diese Produktion umfasst nicht nur „building houses“, sondern auch das „filling them with things“ (ebd., S. 130), d. h. nicht nur Bauarbeiter\*innen, die Häuser bauen und Arbeiter\*innen, die das nötige Arbeitsmaterial produzieren und liefern, bilden das Proletariat, sondern auch alle, die Waren (für den alltäglichen Bedarf) produzieren und die Zirkulation von Menschen, Waren und Ressourcen und die Reproduktion des urbanen Lebens ermöglichen. Und drittens muss damit auch die konventionelle Geschichte der Arbeitskämpfe umgeschrieben werden, um die Auseinandersetzungen in den Fabriken, um Kämpfe in der Nachbarschaft und der sozialen Reproduktion zu erweitern, wodurch sich auch die Zusammensetzung des Proletariats merklich verändern wird:

The gender composition of oppositional politics looks very different when relations outside of the conventional factory (in both workplaces and living spaces) are brought firmly into the picture. The social dynamics of the workplace are not the same as those in the living space. On the latter terrain, distinctions based on gender, race, ethnicity, religion, and culture are frequently more deeply etched into the social fabric, while issues of social reproduction play a more prominent, even dominant role in the shaping of political subjectivities and consciousness. (Harvey 2012, S. 130)

Mit dieser (post-)operaistischen Lesart der Stadt als soziale Fabrik rekonfiguriert Harvey das Terrain antikapitalistischer Auseinandersetzungen und erweitert damit seine Konzeptionen der kapitalistischen Urbanisierung als Ergebnis von Akkumulation und Klassenkampf um die Prozesse der Akkumulation durch Enteignung. Dies öffnet Perspektiven, die einem Klassenreduktionismus entgehen und andere soziale Lagen und Lebensrealitäten in eine Analyse von Urbanisierung als gesellschaftliche Struktur miteinbeziehen, ohne dabei den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit über Bord zu werfen.<sup>3</sup> Zudem veranschaulichen

---

3 Obgleich eine solche Analyse auch in verschiedenen Studien Harveys praktisch verfolgt wurde, vor allem in seinen bereits mehrfach erwähnten Ausführungen zu Paris, ist dennoch offensichtlich, dass sein Fokus klar auf dem Widerspruch von Kapital und Arbeit liegt, was sich sowohl quantitativ, als Menge der Publikationen zu den verschiedenen Schwerpunkten, aber auch qualitativ zeigt, am Grad der Abstraktion der jeweiligen Argumente.

seine theoretischen und praktischen Ausführungen in diesem Kontext die Umkämpftheit kapitalistischer Urbanisierung und die Möglichkeiten des Widerstands und widerlegen somit noch einmal offensiv eine Determinierung oder Abgeschlossenheit raum-zeitlicher Strukturen: „Capitalist accumulation may define a hegemonic system of spatio-temporal practices and valuations and do untold work upon the body, the imagination, and the self. But it does not exhaust all alternative possibilities“ (Harvey 2010 [1996], S. 290).

## 2.5 Exkurs: Austerität als Akkumulation durch Enteignung

Der Begriff der Austerität beschreibt einen Modus der Sparpolitik, der vorrangig über die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, Steuerhöhungen sowie Privatisierungsmaßnahmen in Zeiten ökonomischer Krisen die Verringerung von Staatsschulden respektive einen ausgeglichenen Staatshaushalt anstrebt. Mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 wurde die Austerität vorrangig in Europa und Nordamerika zur hegemonialen politischen Artikulation der Krise(n). Dabei wurde die Austerität nicht nur zum „führenden Prinzip der öffentlichen Budgetplanung“ (Schipper und Schönig 2016, S. 8) auf Grundlage eines schlanken National- und Lokalstaates, um so defizitären Haushalten zu begegnen, sondern darüber hinaus sollten die Rahmenbedingungen für eine funktionierende Kapitalakkumulation wiederhergestellt werden (Besussi 2016, S. 92). In diesem Kontext wurden Austeritätspolitiken nicht nur als temporäre Konjunkturmaßnahme im Sinne von *policies* angewendet, durch die tiefgreifenden Kürzungen, der dauerhaften und multiskalaren Festschreibung in Gesetzgebungen sowie der offensiven Reorganisation staatlicher Institutionen wurde die Austerität darüber hinaus konstitutionalisiert und in Permanenz überführt (Bruff und Wöhl 2016; Jessop 2016; Petzold 2018). Graeme Hayes unterscheidet dabei zwischen vier verschiedenen, sich überschneidenden Regimen der Austerität: fiskalisch, ideologisch, politisch und städtisch. Die fiskalische Austerität umfasst strukturelle Reformen des Arbeits- und Wohnungsmarktes, der staatlichen Altersvorsorge, Kürzungen des Wohlfahrtsbudgets und die Privatisierung und Kommodifizierung öffentlicher Dienstleistungen. Da die Staatsschulden vor allem durch die kostspieligen Bankenrettungen entstanden, wurden private Schulden zu öffentlichen Schulden gemacht (Hayes 2016, S. 24f.). Das Regime der ideologischen Austerität zeichnet sich vor allem durch die postulierte Alternativlosigkeit der Sparpolitiken und das damit verbundene „Fehlen grundlegender ideeller und programmatischer Divergenzen zwischen den institutionalisierten Regierungsparteien“ (ebd., S. 26) hinsichtlich der politischen Ausrichtung in Fragen der Krisenlösung aus. Diskursiv wurden die Sparmaßnahmen vor allem durch ein offensives Narrativ von unökonomisch handelnden Staaten, Regierungen oder gar Bevölkerungen legitimiert, die nun den „Gürtel enger schnallen“ müssten. Damit wurde ebenfalls der eigentliche Grund für die Krise verwischt und die systemische Banken- und Finanzkrise zu einer selbst verschuldeten Staatsschuldenkrise umgedichtet (Blyth 2013, S. 47; Clark und Newman 2012). Die politische Austerität bezieht sich auf die vertiefende Aushöhlung demokratischer Entscheidungsmechanismen und Vertretungen während der Krise und den darauffolgenden Sparpolitiken:

In particular, political austerity is characterized both by the suspension of ‘normal’ democratic procedures as national governments agreed to reforms imposed by international and supranational economic and governmental institutions (the Troika of IMF, ECB, European Commission, ratings agencies, financial markets), themselves enjoying limited democratic legitimacy (at most); and by the longer-run dynamics of European representative democracies, even in their ‘normal’ configuration, which have increasingly privileged corporate influence over public participation in decision-making. (Hayes 2016, S. 27f.)

Kontestiert wurde diese Entwicklung von breiten Anti-Austeritätsprotesten in verschiedenen betroffenen Ländern und Städten, die sowohl die konkreten Kürzungsmaßnahmen, als auch die damit verbundenen Entdemokratisierungsprozesse in den Fokus der Kritik stellten und so die Krise der parlamentarischen Demokratie verdeutlichten (Flesher-Fominaya 2017). Das Regime der *civic austerity* stellt den konflikthafter Zusammenhang zwischen der Krisenpolitik und dem städtischen Raum in den Vordergrund. Nach Fran Tonkiss waren Städte, „die Schlüsselorte für die Produktion der Krise, die inzwischen zu Schlüsselzielen für eine strafende Austeritätspolitik geworden“ (Tonkiss 2013, S. 312) sind. Ähnlich konstantiert Jamie Peck: „Its in the cities where austerity bites“ (2012, S. 629).

Anknüpfend an letzteren Punkt wird in der Wissenschaft unter den Schlagworten *Urban Austerity* oder *Austerity Urbanism* verstärkt die zentrale Rolle von Städten und der Effekt auf Städte im Zusammenhang mit den multiplen Krisen und Austeritätspolitiken diskutiert (Davies 2021; Eckhardt 2018; Peck 2012; Schipper und Schönig 2016; Theodore 2020). *Urban Austerity* beschreibt und analysiert das *Downscaling* der Folgen und Verantwortlichkeiten der globalen Finanzkrisen auf Städte, die in doppelter Weise betroffen sind. Zum einen entwickelte sich die globale Krise aus einer Hypothekenkrise ab 2008, wodurch verschuldete Hausbesitzer\*innen massenhaft zwangsgeräumt und in Armut gestürzt wurden (Cooper und Paton 2017; Muñoz 2016, S. 207ff.). Zum anderen sind vor allem – wenn auch nicht nur (Tabb 2014, S. 88) – Städte als Orte des kollektiven Konsums von den strikten Kürzungs- und Privatisierungsmaßnahmen im öffentlichen Sektor und der lokalen Infrastruktur betroffen (Donald et al. 2014; Meegan et al. 2014). Austerität zielt vor allem auf die im öffentlichen Sektor Beschäftigten (Meegan et al. 2014, S. 141) und die auf die Infrastrukturen angewiesenen, armen, prekarierten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen:

The resort to austerity has been highly regressive, socially as well as politically. The twin dynamics of crisis displacement have seen social costs and fiscal strains localized onto cities, communities, and civil society, leading to a pernicious form of regressive redistribution through which ‘targeting cities’ leads to ‘targeting the poor’. (Theodore 2020, S. 12)

Lokale Regierungen werden mit dem *Downscaling* der Verantwortlichkeiten, z. B. in Form von Schuldenbremsen, zu zentralen Akteuren in der Umsetzung der Austeritätspolitik und müssen im Spannungsfeld zwischen eingeschränkten finanziellen Ressourcen und Befugnissen und der Aufrechterhaltung öffentlicher Infrastruktur den inhärenten Widerspruch zwischen Kapitalakkumulation und sozialer Reproduktion prozessieren (Besussi 2016, S. 90f.). Damit einher gehen Transformationen der lokalen Institutionen, Governance-Reformen, Restrukturierungen des öffentlichen Sektors und neue Kollaborationen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die in ihrer spezifisch lokalen Form zwar variieren und umkämpft sein können aber letztendlich einer Festschreibung und Vertiefung neoliberaler Logiken dienen (Peck 2012; Wiegand et al. 2016, S. 304). Daran anschließend konstatieren Davies und Blanco, dass die austeritäre *governance* eine *variegated neoliberalisation* vorangetrieben hat, sowohl durch *Roll-Back*-Momente, vor allem in der „aktiven Zerstörung und Diskreditierung keynesianisch-welfaristischer und sozialkollektivistischer Institutionen“ (Peck und Tickell 2002, S. 37) als auch durch *Roll-Out*-Momente über die Stärkung und Entwicklung von Wachstumsstrategien im Kontext des globalen Städtewettbewerbs (Davies und Blanco 2017, S. 1529). Die (urbanen) Austeritätspolitiken sind dabei nicht nur als reine Fortführung der Neoliberalisierung zu interpretieren, sondern als langfristige strategische Offensive, um das „neoliberale Projekt über die Reorganisation der institutionellen Matrix und der Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals zu erweitern“ (Jessop 2016, S. 3). Im Sinne des Konzepts der Akkumulation durch Enteignung betont Theodore (2020, S. 5) den Aspekt der Ausweitung des Marktes: „Austerity targets this foundational concept of the welfare state by calling into question social rights and by reducing, as a matter of fiscal necessity, the ability of anyone to maintain a livelihood outside the market“.

Kim and Warner (2021, S. 235ff.) kritisieren an dem Konzept der *Urban Austerity*, dass diesem eine sehr eurozentrische Sichtweise mit starker Bias auf dem Vereinten Königreich sowie auf „Extremfälle“ in den Vereinigten Staaten zugrunde liegen, während andere Beispiele aus den USA sowie Europa eine stärkere Resilienz lokalstaatlicher Institutionen gegenüber der Austerität nahelegten und eher für einen „pragmatischen Munizipalismus“ sprächen. Zwar stellen auch Davies und Blanco (2017, S. 1529f.) für verschiedene Fallbeispiele in Europa und England das Aufkommen neuer und manchmal konfliktreicher Allianzen aus Stadtregierungen mit zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Strukturen neuer städtischer Bewegungen zur Abfederung der Krisenfolgen und Herausforderung der vertiefenden Neoliberalisierung fest. Dennoch konnten dadurch keine neuen Formen partizipativer Governance geschaffen werden, die übergeordnete politische Entscheidungen über Austeritätspolitiken beeinflussen konnten. Daran anschließend kann generalisierend festgehalten werden, dass die konkrete Umsetzung und Wirkung der Austerität sich aus den historisch-geographisch konfigurierten Aushandlungen zwischen (ökonomischen, zivilgesellschaftlichen, politischen) Akteur\*innen, institutioneller Arrangements und politischen Maßnahmen ergibt (Fuller 2017, S. 751).

Entsprechend müssen die jeweiligen lokalen Pfade in einem multiskalaren Kontext analysiert werden.

In einem letzten Schritt sollen die vorangegangenen Ausführungen in einer dreigliedrigen Raum-Systematisierung zusammengeführt werden, in der Harvey zwischen absolutem, relativem und relationalen Raum unterscheidet. Während im ersten Unterkapitel bereits dargelegt wurde, wie mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsweise auch die hegemoniale Form einer absoluten Raum-Zeit einherging und diese damit wie eine unumstößliche Naturgegebenheit erscheint und auf soziale Praxen wirkt, soll mit der Darlegung und Inverhätnissetzung der anderen Raumformen auch die Möglichkeit alternativer Raumformen theoretisch eröffnet werden.

## **2.6 Absoluter, relativer und relationaler Raum**

In den vorangegangenen Kapiteln ist auf unterschiedlichen Abstraktionsniveaus ein Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Urbanisierung, Stadt und Raum hergestellt worden. Etwas grundlegender wurde dabei bereits die Abstraktion des Raumes und die darüber erfolgte Aufteilung der Erde entlang von Grundeigentümern eingeführt. Andere Prozesse oder soziale Praxen wie die Zirkulation von Waren, Menschen und Kapital oder Bedeutungszuschreibungen bestimmter Materialisierungen und Prozesse wie etwa die Zerstörung der Statue von Napoleon I. im Mai 1871, die ein hohes symbolisches Gewicht hatte, können damit nicht gefasst werden. Um die städtischen Prozesse im Kapitalismus in ihrer Komplexität verstehen zu können, bedarf es nach Harvey eines umfassenden Verständnisses von der „Natur des Raumes“, für das er – ähnlich wie Henri Lefebvre – die dreiteilige Konzeptualisierung des absoluten, relativen und relationalen Raums vornimmt (Harvey 1988, S. 13). Der absolute Raum wird als „Ding an sich“ oder Sache dargestellt, ein prä-existierendes, unbewegliches Raster und Rahmen, in dem Sachen vermessen, individualisiert und aufgeteilt werden und ist damit sozial gesehen „der Raum des Privateigentums und anderer eingegrenzter territorialer Markierungen (wie etwa Staaten, Verwaltungseinheiten, Stadtpläne und städtische Raster)“ (Harvey 2007a, S. 127). Im Gegensatz zu der Einzigartigkeit von Lage im absoluten Raum, ermöglicht die relative Betrachtung des Raumes eine Vielzahl von Lagen im Raum, „die sich zum Beispiel in gleicher Entfernung von einem zentralen städtischen Ort befinden“ (ebd., S. 128). Der relative Raum wird als Beziehung zwischen Gegenständen und Personen definiert, die von der Position der Beobachter\*innen abhängt und Zeitlichkeit miteinschließt. Das relationale Konzept von Raum, das ebenfalls eine explizite Verbindung zur Zeitlichkeit schlägt, schließt die Vorstellung qualitativer Beziehungen mit ein, wonach „[v]iele verschiedene Einflüsse, die in der Vergangenheit, der Gegenwart und Zukunft im Raum herumwirbeln, [sich] sammeln und an einer bestimmten Stelle [gerinnen], um diese Stelle zu definieren“ (ebd., S. 130). Dies ermöglicht Emotionen und Bedeutungen, Erinnerungen und Gefühlslagen in die Analyse städtischer Prozesse mit einzubeziehen, die sich „nicht in irgendeinen ab-



soluten Raum einsperren“ lassen und deren „Zirkulation auch nicht nach den Regeln der relativen Raum-Zeit“ verstanden werden kann (ebd., S. 131f.). Im Verhältnis dieser drei Dimensionen und der damit verbundenen Frage, ob Raum vornehmlich absolut, relativ oder relational ist, betont Harvey, dass es nicht um eine Hierarchisierung der genannten Dimensionen geht, sondern diese in dialektischer Spannung zueinander erstehen und die Raumkonzepte jeweils durch die soziale Praxis bestimmt werden:

Space becomes whatever we make of it during the process of analysis rather than prior to it. Further, space is neither absolute, relative or relational in itself, but it can become one or all simultaneously depending on the circumstances. The problem of the proper conceptualization of space is resolved through human practice with respect to it. In other words, there are no philosophical answers to philosophical questions that arise over the nature of space – the answers lie in human practice. The question ‘what is space?’ is therefore replaced by the question ‘how is it that different human practices create and make use of distinctive conceptualizations of space?’ (Harvey 1988, S. 13 f.)

In einem nächsten Schritt kontrastiert Harvey, unter expliziter Bezugnahme auf Lefebvre, dass die konstruierten Räume mit den Dimensionen des materiellen, konzipierten und gelebten Raumes verschiedene Verständnisse und Bedeutungen von Raum(-Zeit) eröffnen. Der materielle Raum ist der (wahrgenommene) Raum der sinnlichen Interaktion mit der physischen Materie, der konzipierte Raum wird repräsentiert durch abstrakte Darstellungen der materiellen Realitäten (Karten, Schaubilder, Landschaftsbeschreibungen in Büchern) und die gelebten Räume „sind integrale Bestandteile des Lebens, das wir in der Welt leben“ und repräsentieren Emotionen und Gefühle wie „[d]ie merkwürdige Raumzeitlichkeit eines Traums, einer Phantasie, eines verborgenen Verlangens, einer verlorenen Erinnerung oder selbst eines eigenartigen Nervenkitzels oder Angstschauers, wenn wir eine Straße entlang gehen“ (Harvey 2007a, S. 138).

Auch diese Dimensionen stehen in dialektischer Beziehung und beeinflussen sich gegenseitig, wenn auch je nach Situation in unterschiedlicher Intensität:

Die Räume und Zeiten der Repräsentation, die uns umhüllen und umgeben, wenn wir unserem Alltag nachgehen, berühren sowohl unsere direkten Erfahrungen als auch die Art und Weise, wie wir die Darstellungen interpretieren und verstehen. Möglicherweise bemerken wir nicht einmal die materiellen Eigenschaften der räumlichen Strukturen, die unserem Alltag inkorporiert sind, da wir ungeprüften Gewohnheiten anhängen. (Harvey 2007a, S. 139)

Wenn diese Konzeptualisierungen kontrastiert werden, ergibt sich eine komplexe Matrix der Räumlichkeiten entlang von neun Feldern (Tab. 1). Beispielhaft kann diese an ei-

ner etwas erweiterten Anekdote Harveys verdeutlicht werden, welche die verschiedenen Felder in Verbindung setzt. Ausgangspunkt ist eine geschlossene Wohnanlage in New York als absoluter und erfahrener Raum. Die verschiedenen Grundstücke der Wohnanlage sind via Katastervermessung voneinander abgetrennt (absoluter konzipierter Raum). Für die Fläche mit dem besten Blick auf die Stadt muss die höchste Miete gezahlt werden (relationaler materieller Raum). Nicht nur die Wohnanlage ist durch Mauern und weitere Zugangsbeschränkungen abgegrenzt, auch um die einzelnen Grundstücke prangen teilweise hohe Mauern, ergänzt durch Alarmsysteme, da sich die Bewohner\*innen dadurch noch sicherer fühlen und das Gefühl haben, den Raum beherrschen zu können (absoluter gelebter Raum). Einige der Bewohner\*innen dieser Anlage verdienen ihr Geld an der Börse und auf dem Weg zur Arbeit bewegen sie sich durch den relativen (erfahrenen) Raum und orientieren sich dabei an den permanent aktualisierten Staukarten (relativer konzipierter Raum), landen aber trotzdem regelmäßig im Stau und schlagen dann frustriert auf ihr Lenkrad ein (relativer gelebter Raum). An der Börse selbst setzen sie die Zirkulation von Kredit und Investitions-Geldern in Gang (relativer erfahrener Raum), die das gesellschaftliche Leben bis in den letzten Winkel der Erde beeinflussen kann. Trotz (oder gerade wegen) ihrer finanziell privilegierten Stellung können sich die Bewohner\*innen der *Gated Community* durch das Phänomen des globalen Terrorismus bedroht fühlen und bilden deshalb eine regelrechte Paranoia aus, die ihre Phantasie der Altersruhe auf den Cayman Islands immer wieder überschreibt (relationaler gelebter Raum) (ebd., S. 138).

Nicht minder komplex wird das Schema, wenn Harvey in einem abschließenden Schritt die Matrix der Räumlichkeiten mit marxistischer Theorie zusammenbringt und die Konzepte von Gebrauchswert, Tauschwert und Wert darauf anwendet (Tab. 2). Der Gebrauchswert lässt sich im absoluten Raum lokalisieren, in dessen Rahmen Arbeiter\*innen, Fabriken, Häuser, Grundstücke und Arbeitsprozesse angeordnet und individualisiert werden. Angewiesen auf die Bewegung von Waren, Geld, Kapital und Menschen über Zeit und Raum, liegt der Tauschwert und die damit verbundene Zirkulation und Akkumulation von Kapital in der relativen Raum-Zeit. Der Wert als gesellschaftliches Verhältnis, welches „die gesamte historische Geographie der unzähligen Arbeitsprozesse [verinnerlicht], die unter Bedingungen oder in Beziehung zur Kapitalakkumulation in der Raum-Zeit des Weltmarktes in Gang gesetzt werden“ (ebd., S. 150) bezieht sich auf die relationale Raum-Zeit.

Wie auch bei den anderen Schritten wird für diese Matrix explizit betont, dass keine Priorisierung der raum-zeitlichen-Kategorien möglich ist, da diese dialektisch ineinander verwoben sind:

So gäbe es beispielsweise keinen Wert in relationaler Raum-Zeit ohne die konkrete Arbeit, die an unzähligen Orten in absoluten Räumen und in absoluter Zeit verrich-

tet wird. Ebenso wenig würde Wert als eine immaterielle, aber objektive Macht entstehen ohne die unzähligen Tauschhandlungen, die kontinuierlichen Zirkulationsprozesse, die den globalen Markt in relativer Raum-Zeit zusammenschweißen. [...] Der Spinner bettet den Wert (d. h. abstrakte Arbeit als relationale Bestimmung) in das Tuch ein, indem er konkrete Arbeit in absolutem Raum und absoluter Zeit verrichtet. (Harvey 2007a, S. 152)

Der Arbeitsprozess wird in der marxistischen Analyse des Kapitalismus als Ausbeutungsverhältnis der Lohnarbeiter\*innen dargestellt und von diesen als entfremdet erlebt, als

Tab. 1: Allgemeine Matrix der Räumlichkeiten von Harvey

	<b>Materieller Raum (erfahrener Raum)</b>	<b>Repräsentation des Raums (konzipierter Raum)</b>	<b>Räume der Repräsentation (gelebter Raum)</b>
<b>Absoluter Raum</b>	Mauern, Brücken, Türen, Gebäude, Straßen, Städte, Berge, Grenzen und Markierungen von Territorien, geschlossene Wohnanlagen	Kataster- und amtliche Karten; Landschaftsbeschreibungen; Metaphern der Begrenzung, Örtlichkeit, Platzierung und persönlicher Standpunkt; (relativ leichte Kontrolle und Beherrschung)	Gefühl von (Un-)Sicherheit oder von Überwachung/Einzäunung; Machtgefühl dank Besitz, Kontrolle und Beherrschung des Raums; Furcht vor anderen „jenseits des Zauns“
<b>Relativer Raum (Zeit)</b>	Zirkulation und Ströme von Energie, Menschen, Waren, Informationen, Geld, Kapital; Beschleunigungen und Beeinträchtigungen	Thematische und topologische Karten (z.B. das Londoner U-Bahnnetz), Metaphern für verortetes Wissen, Mobilität, Beschleunigung, Zeit-Raum-Verdichtung und Distanzierung (Beherrschung und Kontrolle erschwert und verlangt verfeinerte Techniken)	Torschlusspanik, Nervenzitzel des Eindringens ins Unbekannte, Frust im Verkehrsstau, Spannung oder freudige Erregung in der Zeit-Raum-Verdichtung, der Geschwindigkeit, der Bewegung
<b>Relationaler Raum (Zeit)</b>	gesellschaftliche Verhältnisse; Flächen mit Miet- und wirtschaftlichem Potenzial; Luftverschmutzungskonzentration; herbeigewohnte Gerüche, Geräusche und Gefühle	Psychogeographien; Cyberspace Metaphern der Verinnerlichung von Kräften und Mächten; (Beherrschung und Kontrolle äußerst schwierig – Chaostheorie, innere Beziehungen, Dialektik)	Visionen, Phantasien, Frustrationen, Erinnerungen, Träume, psychische Zustände

Quelle: Harvey (2007a, S. 143)

„Verhältnis des Arbeiters zum Produkt der Arbeit als fremden und über ihn mächtigen Gegenstand“, welches nicht ihm, sondern anderen gehört, sowie als „Verhältnis des Arbeiters zu seiner eignen Tätigkeit als einer fremden, ihm nicht angehörigen“ und somit

Tab. 2: Eine Matrix der Räumlichkeiten für die marxistische Theorie

	<b>Materieller Raum (erfahrener Raum)</b>	<b>Repräsentation des Raums (konzipierter Raum)</b>	<b>Räume der Repräsentation (gelebter Raum)</b>
<b>Absoluter Raum</b>	Gebrauchsgüter; konkrete Arbeitsprozesse; Banknoten und Münzen; Privateigentum; Staatsgrenzen; fixiertes Kapital; gebaute Umwelt; Fabriken; Räume der Konsumption; Streikposten, besetzte Räume	<b>Gebrauchswerte und konkrete Arbeiten</b> Ausbeutung im Arbeitsprozess (Marx); Karten des Privateigentums; Mosaik der ungleichen geographischen Entwicklung	Entfremdung vs. schöpferische Befriedigung; isolierter Individualismus vs. gesellschaftliche Solidaritäten; Zugehörigkeitsgefühl zu Ort, Klasse, Identität; Wut vs. Zufriedenheit
<b>Relativer Raum (Zeit)</b>	Marktaustausch; Handel; Zirkulation und Energie-, Arbeitskraft-, Waren-, Kredit- oder Kapitalströme; Pendlerverkehr und Migration; Informationsflüsse	<b>Tauschwerte (Wert in Bewegung)</b> Akkumulationssysteme; Warenketten; Theorien raumzeitlicher Lösungen, Vernichtung des Raumes durch die Zeit, Zirkulation des Kapitals durch die gebaute Umwelt; Modelle der Migration; Herausbildung eines Weltmarktes; geopolitische Beziehungen und revolutionäre Strategien	Geld und Warenfetisch (andauerndes unerfülltes Begehren); Angst/freudige Erregung bei Raum-Zeit-Verdichtung; Instabilität; Unsicherheit; Intensität von Handel und Bewegung vs. Ruhe
<b>Relationaler Raum (Zeit)</b>	abstrakte Arbeitsprozesse, fiktives Kapital; Widerstandsbewegungen; plötzliche Manifestationen und ausdrucksstarke Ausbrüche (internationaler) politischer Bewegungen	<b>Geldwerte</b> Wert als gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit; als geronnene menschliche Arbeit in Beziehung zum Weltmarkt; Wertgesetze in Bewegung, gesellschaftliche Macht des Geldes; revolutionäre Hoffnungen und Ängste	<b>Werte</b> Kapitalistische Hegemonie („there is no alternative“); proletarisches Bewusstsein; internationale Solidaritäten; universelle Rechte; utopische Träume; „Eine andere Welt ist möglich“

Quelle: Harvey (2007a, S. 151)

nicht befriedigenden Tätigkeit (Marx 1968 [1844], S. 515). Eine Folge aus dieser erlebten Entfremdung kann ein stärkeres Klassenbewusstsein und damit einhergehende Solidarität sein. Diese Übersetzung findet aber nicht automatisch statt. Es gibt verschiedene Mechanismen und Stellschrauben, mit denen Kapitalist\*innen versuchen, das Gefühl der Entfremdung abzuschwächen, eine Identifikation mit den Arbeitgeber\*innen herzustellen und das Bewusstsein als Arbeiter\*innenklasse zu schwächen. Entsprechend wirkt das Gelebte auch wieder auf die anderen Elemente zurück, wenn sich etwa ein gesteigertes Klassenbewusstsein in Streiks, die im absoluten Raum stattfinden, übersetzt und Veränderungen im Arbeitsprozess bewirkt.

Mit der dialektischen Bezugnahme der gelebten Räume auf die konzipierten und erfahrenen Raumdimensionen sowie den absoluten, relativen und relationalen Räumen eröffnet Harvey die Möglichkeit einer tieferen theoretischen Einbindung von Perspektiven des Widerstands und Alternativen zu hegemonialen Gesellschaftsverhältnissen. Auch dabei betont er, beispielhaft ganz im Geiste der globalisierungskritischen Bewegung seiner Zeit, das notwendige Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Dimensionen:

Ebenso würden politische Bewegungen, die nach Machtausübung in der Welt streben, unwirksam bleiben, solange sie keine reale Präsenz annehmen. So ist der Bezug auf relationale Konzepte wie ein Proletariat in Bewegung oder der Aufstand der Vielheit (Multitude) zwar schön und gut. Aber niemand versteht ihre Bedeutung, bis richtige Menschen zu einem bestimmten Zeitpunkt in absoluter Zeit in die absoluten Räume der Straßen von Seattle, Quebec und Genua gehen. (Harvey 2007a, S. 156)

Während sich die bisherigen Ausführungen von Harvey, vor allem bedingt durch seine werttheoretische Herangehensweise, auf die Wirkmächtigkeit des Kapitals beziehen und dabei andere Theorie- und Akteursperspektiven unterordnen bzw. theoretisch nur cursorisch ausführen, ermöglicht diese Ausarbeitung der Raumtheorie Handlungen abseits und alternativ zu übergeordneten Kapitalinteressen zu fassen und mit ihnen in Relation zu setzen. Darüber hinaus sind im Laufe der wissenschaftlichen Vita Harveys bestimmte Kritiken und Diskussionen wiederkehrend aufgetaucht, die auch heute noch Aktualität besitzen und im Folgenden weiterverfolgt werden.

## **2.7 Kritik und Anschlüsse**

Im Sinne der Konzeption dieser Arbeit geht es im Folgenden weniger um das Aufrollen marxologischer Debatten, sondern um die Bestimmung und den Anschluss grundsätzlicher Verhältnisse. Konkret mit Bezug zu den Kategorien Staat und Geschlecht/Reproduktion kann für Harveys Theorie festgestellt werden, dass diese Kategorien an verschiedenen Stellen erwähnt, aber nicht in der nötigen Konsistenz und Komplexität konzeptualisiert

und eingebettet werden. Im Prinzip legt Harvey den Grundstein für diese Kritik selbst, wenn er am Ende von „Limits to Capital“ zum einen feststellt, dass er den Staat, obwohl er als Träger und Garant bestimmter Funktionen eine vitale Rolle in der Reproduktion des Kapitals spielt und damit eine gewisse Omnipräsenz im Buch genießt, kaum theoretisch gefasst und keine Verbindungen zur marxistischen Theorie gezogen wurden. Aufgrund der kontroversen Debatten um eine marxistische Staatstheorie, wäre eine gründlichere und im Kontext des Buches kaum zu gewählende Analyse vonnöten gewesen (Harvey 2006 [1982], S. 448). Während Harvey auch in den folgenden Jahren den Staat an verschiedenen Stellen immer wieder erwähnt und einzelne theoretische Bezüge herstellt oder vor allem in seinen Analysen zu Neoliberalisierung und Imperialismus bestimmte Transformationsmomente beschreibt, bleibt eine konkrete Einbindung staatstheoretischer Perspektiven dennoch aus.

Zum anderen betont Harvey in dem Zuge, dass ausgehend von feministischen Kritiken neue theoretische Synthesen zwischen kapitalistischer Produktion und Reproduktion vonnöten seien. Er weist in diesem Zuge darauf hin, dass ein solches Unterfangen in dem Wissen getätigt werden muss, dass eine einfache Ableitung oder Determinierung des einen Verhältnisses aus dem anderen nicht möglich ist und „that the reproduction of labour power through the lived life of the working classes is a quite different dimension to the analysis of the capitalist mode of production“ (ebd., S. 447). Auch dieser Aufgabe ist Harvey bis heute nicht stringenter nachgegangen. Weder die Frage nach dem Zusammenhang von (vergeschlechtlichter) Reproduktion und kapitalistischer Krise, noch alltäglichere Perspektiven, die sich aus der Reproduktion ergeben, konnten bisher in das Theoriegebäude integriert werden. Auf der anderen Seite ist es vielleicht auch gar nicht vornehmlich Harveys Aufgabe dies zu leisten. Vielmehr kann die Offenheit seiner Theorie für den Anschluss anderer Perspektiven genutzt werden. Dem soll nachstehend gefolgt werden, um über die Rezeption der Kritik an Harvey mögliche Anchlüsse zu eröffnen. Dabei ist doppelte Vorsicht bzw. Herausforderung geboten. So kann gemäß Poulantzas kritisch-materialistische Theorie nicht einfach isolierte Konzepte aus anderen Disziplinen entlehnen, ohne vorher zu prüfen, inwieweit die diesen Konzepten zugrunde liegende Philosophie mit ihrer eigenen kompatibel ist, da dies zu Eklektizismus und theoretischer Desorientierung führen würde (Pühretmayer 2017, S. 107). Weiterhin darf die Synthese gesellschaftlicher Verhältnisse „nicht als additives Hinzufügen, sondern als gleichberechtigte Überdeterminierung“ verstanden werden, wodurch diese in ihrer eigenständigen Spezifität als auch in der Komplexität historisch-konkreter Kombinationen zu analysieren sind (ebd., S. 124).

### **2.7.1 Kritik I: Unterkomplexes Staatsverständnis**

Explizite Gedanken zur Konzeption des Staates äußert Harvey vor allem in den Texten „On Planning the Ideology of Planning“ und „The Marxian Theory of the State“. In „Planning“ definiert er drei Basisfunktionen des (kapitalistischen) Staates: (1) als „Krisenmanager“ zur Stabilisierung eines erratischen Wirtschafts- und Sozialsystems, (2) die

Gewährleistung der Voraussetzungen für ausgewogenes Wachstum und reibungslose Akkumulationsprozesse und (3) die Eindämmung innerer Unruhen und Fraktionskämpfe durch Repression, Kooptation (politischer oder wirtschaftlicher Aufkauf) oder Integration (Versuch, die Forderungen der sich bekriegenden Klassen oder Fraktionen zu harmonisieren) (Harvey 1979, S. 216). All diese Funktionen dienen zur Reproduktion des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, ohne die der Kapitalismus aufgrund der produzierten Widersprüche zwischen Klassen und Fraktionen nicht lange aufrechterhalten werden könnte und sind somit Instrumente der Klassenherrschaft (Harvey 2001, S. 274). Der Staat ist also kein neutrales Terrain. Gleichzeitig beschreibt Harvey den Staat nicht als bloße Reflektion der Kapitalinteressen oder als „a vast capitalist conspiracy for the exploitation of workers“ (ebd., S. 279), sondern als Verhältnis oder Prozess, der Macht über bestimmte institutionelle Arrangements ausübt (ebd., S. 280). Diese relative Autonomie des Politischen vom Ökonomischen ist auch die Voraussetzung, um verschiedene Interessen der Kapitalfraktionen zusammenzubringen, „because a system based on individual self-interest and competition cannot otherwise express a collective class interest“ (ebd., S. 275). Klassenwidersprüche sollen über die ideologischen Arrangements des Staates verdeckt und so partikuläre Klasseninteressen als im Sinne des Gemeinwohls transformiert werden (ebd., S. 276). Andere Taktiken zur Einbindung subalternen<sup>4</sup> Klassen sind Repression oder materielle Zugeständnisse, die beispielsweise in den Investitionen in den zweiten und dritten Kapitalkreislauf und die damit zusammenhängende soziale Infrastruktur abgerungen werden (Harvey 2006 [1982], S. 404). In solchen Momenten kann es auch zur Bildung neuer Klassenallianzen kommen, wenn sich etwa „Teile der Bourgeoisie in der Forderung nach billigem Wohnraum mit der ArbeiterInnenklasse gegen die Interessen der GrundeigentümerInnen verbünden, um steigende Lohnforderungen zu verhindern“ (Wiegand 2013b, S. 238).

So offenbart Harvey an einzelnen Stellen ein komplexeres Staatsverständnis, auch in Anlehnung an Debatten der materialistischen Staatstheorie, verpasst es allerdings oftmals, diese adäquat in sein Theoriegerüst einzubauen und praktisch anzuwenden. Zudem stehen die wenigen theoretischen Ausführungen, v. a. in „Marxian Theory of the State“, unverbunden neben den Fragen von Urbanisierung, Stadt und Raum. Rund um diese Leerstelle häuft sich auch die Kritik an Harvey, dass er es trotz der einzelnen Momente versäume, die Beziehung zwischen dem Staat und dem Raum zu spezifizieren (Gottdiener

4 Der Begriff der Subalternität schließt in diesem Fall an die Bestimmung durch den italienischen Marxisten Antonio Gramsci an, der von Subalternen, subalternen Gruppen oder subalternen Klassen sprach und diese meist im Gegensatz zu den herrschenden Klassen definierte. Damit ist der Begriff ähnlich wie das Proletariat eine Klammer für die in den gesellschaftlichen Verhältnissen untergeordneten Gruppen, geht aber auch über die reine Bestimmung durch Klassenverhältnisse hinaus: „Einerseits ist Subalterne also – wie Proletariat bei Marx – ein Sammelbegriff für die verschiedenen unterworfenen Gruppen. Andererseits bringt er zum Ausdruck, dass die Beherrschten keine homogene Einheit sind, sondern (auch global betrachtet) sehr unterschiedliche Lebens- und Arbeitsbedingungen haben. Und es geht nicht nur um Klassenverhältnisse, sondern auch um ihre Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Spaltungen: zwischen den Geschlechtern, zwischen Stadt und Land, zwischen den Nationen oder im Zusammenhang mit Kolonialismus [...]“ (Becker et al. 2017, S. 211).

1994, S. 98) und er keine vollständige Theorie des Staates anbiete (Jones und Ward 2004, S. 501). In eine ähnliche Richtung kritisiert Jessop, dass Harvey hinsichtlich der außer-ökonomischen Aspekte des Kapitalverhältnisses „has tended to revert to a more general ontology of internal relations that lacks the same focus on the specific causal mechanisms, pursued at increasingly concrete-complex levels of analysis, that connect the circuits of capital to the wider social formation“ (Jessop 2006, S. 145). Konkreter formuliert Jessop, dass Harvey die politische Bearbeitung der *spatial, temporal und spatio-temporal fixes* und deren Folgen mit seiner werttheoretischen Herangehensweise nicht adäquat greifen kann. Auch jene Versuche, in denen er zwischen kapitalistischen und territorialen Logiken der Macht unterscheidet und mit letzterer die Form des Staates als territorial fixierte politische, diplomatische und militärischen Macht adressiert, führen nach Jessop zu einer Überdeterminierung durch die Logiken des Kapitals (ebd., S. 156). Nach Jessop müsse eine adäquate Darstellung raum-zeitlicher *fixes* sowohl extra-ökonomische als auch werttheoretische Dimensionen berücksichtigen, da sie ohne erstere auf eine weitgehend ökonomistische Analyse der Logik des Kapitals hinauslaufen würde und ohne letztere zu einer „weichen“ ökonomischen und politischen Soziologie verflachen würde (ebd.). Dies verfehle Harvey allerdings, da er die extra-ökonomischen Dimensionen des Kapitalismus nicht auf demselben hohen Abstraktionsniveau und in demselben Ausmaß wie seine ökonomischen Dimensionen erforscht habe und somit nicht überzeugend aufzeigen konnte, wie diese zu den wesentlichen inneren Beziehungen kapitalistischer Gesellschaften gehören (ebd., S. 163).

Mit Verweis auf einzelne Studien, etwa zur Bedeutung des städtischen Planungswesens oder der lokalen Vermittlung nationaler Wohnungspolitiken, relativiert Wiegand die scharfe Kritik, wonach Harvey seine Argumente „lediglich aus den Reproduktionserfordernissen des Kapitalismus“ (Wiegand 2013b, S. 247) ableite und der institutionellen Vermittlung eine zu geringe Rolle einräume, bestätigt aber gleichzeitig, dass Harvey generell die theoretischen Kategorien fehlen, um zu verstehen, wie und „aufgrund welcher Prozesse die Interessen des Kapitals bzw. einzelner Fraktionen tatsächlich in besonderen Maße im und durch den Staat wirkmächtig werden“ (ebd., S. 242).

### 2.7.2 Kritik II: Blindheit für Geschlechterverhältnisse

Im Sinne der vorliegenden Arbeit soll diese Kritik kurz entlang Harveys Rezeption von Geschlechterverhältnissen und sozialer Reproduktion(-sarbeit) verdeutlicht werden. In „Social Justice and the City“ setzt sich Harvey stark kursorisch mit der Verbindung von Raum/Zeit und Geschlecht auseinander und bezieht sich dabei u. a. auf die postmoderne Literaturtheoretikerin Julia Kristeva, die zwischen einer linearen, mit der Produktion verbundenen, männlichen Zeit und zyklischen sowie ewigen Zeiten, die mit der weiblichen Subjektivität und Reproduktionsarbeit (Leben und Tod, Körper und Geschlecht) verbunden sind (Harvey 1988, S. 226). In Relation dazu ist die Produktion von Raum auch die Produktion von Sexualität und Geschlecht, vor allem durch die materielle, diskursive



und institutionelle Zuweisung der sozialen weiblichen Identität und ihrer Körper in den Bereich des Privaten, konkret des Haushalts (ebd., S. 228). Reproduktionsarbeit wird in „Limits“ im Sinne der Produktion von Arbeitskraft, die als einzige Ware außerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse steht, definiert:

It takes many years to raise a labourer, and ingrained skills, attitudes and values are hard to change once acquired. Labour power is, besides, the one commodity produced outside the direct capitalist relations of production. Workers raise their own families, and no matter how sophisticated the bourgeois institutions that surround them, the reproduction of labour power always remains outside of direct capitalist control. Nevertheless, long-lasting and often immovable social and physical infrastructures are required to facilitate the production of labour power of a certain quantity and quality. (Harvey 2006 [1982], S. 382f.)

Vor allem infolge der Kritik von Massey (1991) und Haraway (Haraway und Harvey 1995) bzgl. fehlender feministischer Positionen und der Nichtberücksichtigung von Patriarchat und Gender in seinem Theoriegebäude, veröffentlichte Harvey einige Schriften, die sich eingängiger mit der Kritik auseinandersetzen und teilweise einige ihrer Konzepte übernahmen. So etwa Haraways Unterscheidungen von „Differenzen“ und „signifikanten Differenzen“, wonach erstere „playful“ sind und zweite „world historical systems of domination“ (Harvey 2010 [1996], S. 358). In dem Konzept des *militant particularism* anerkannte er soziale Differenzen und damit verknüpfte (lokale) Kämpfe, die nicht direkt aus dem Klassenverhältnis zu erklären sind. Gleichzeitig manifestierte sich darin allerdings auch sein Klassenstandpunkt, in dem er den signifikant differentiellen Charakter von Klasse und deren universal gesellschaftsveränderndes Potenzial betont (Wright 2006, S. 97). Während diese theoretischen Auseinandersetzungen einen deutlichen Effekt auf die Schriften von Harvey hatten, sorgte das Beharren auf Klasse als universeller Gegensatz im Kapitalismus für weitere Kritik, auch von ihm theoretisch verbundenen Kolleg\*innen wie Iris Young (1998, S. 38): „The suggestion that feminism or environmentalism is more particularist than a working-class movement seems odd. Women are everywhere, at least, as universal a category of workers“ (ähnliche Kritik Khosla 2005, S. 20).

In neueren Schriften verortet er die Reproduktionsarbeit stärker im Spannungsfeld zwischen der chaotischen Alltäglichkeit und dem „Satz strukturierter, in dialektischer Beziehung zur Produktion befindlicher Praktiken, die sich beide wechselseitig bedingen“ (Harvey 2015, S. 221). Reproduktionsarbeit wird dabei als unbezahltes Arbeitsvolumen im Sinne des Kapitals begriffen, welches in die Privatsphäre und Haushalte abgewälzt wird und in der Regel vergeschlechtlicht ist, sprich primär von Frauen verrichtet wird (ebd., S. 222).

Trotz der expliziten Erwähnung des Haushalts an dieser Stelle, bleibt seine tiefere Einbindung in Harveys theoretischen Arbeiten weitgehend aus. Dies veranlasst Katz zu der

pointierten und gerechtfertigten Kritik, dass Harvey das Zuhause immer nur als Wohnung anspricht, dabei aber niemals die patriarchalen Verhältnisse erwähnt, die so grundlegend mit dem Kapitalismus verwoben sind (Katz 2006, S. 243). Dies lässt sich in eine generellere Kritik einordnen, von der Harvey (auch) gegenüber Geschlechterverhältnissen und dem Patriarchat eine gewisse Blindheit vorgeworfen wird. Dies sei vor allem eine zu starr kapitallogische Argumentation zurückzuführen (Katz 2006; Khosla 2005; Massey 1991). Diese führe zu einer fehlenden Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht im Theoriegebäude des historisch-geographischen Materialismus, wodurch seine politik-ökonomische Analyse im Kern geschlechtsneutral bliebe. Khosla führt dazu aus, dass wenn Geschlecht bzw. Frauen Erwähnung finden, sie immer nur als Teil einer untertheoretisierten sekundären Arbeitskraft erschienen, oder ihre Erfahrungen von Unterdrückung und untergeordnetem sozialen Status als Nebenprodukte ökonomischer und politischer Prozesse behandelt würden (Khosla 2005, S. 30). Derek Gregory veranschaulicht diese Leerstelle anhand des Konzepts der Raum-Zeit-Verdichtung, welches von der Beschleunigung der Warenumschlagszeit ausgeht, dabei aber ignoriert, dass die Welt für viele Menschen, je nach Klasse, Herkunft und Geschlecht, viel größer geworden ist bzw. diese Verdichtung je nach Blickwinkel weitreichendere Folgen haben kann und pointiert dies mit Bezug zur Reproduktionsarbeit mit einem Zitat der Künstlerin Barbara Kruger: „the world is a small place – but not if you have to clean it“ (nach Gregory 2006, S. 18). Mit der zu einseitigen Betonung der Notwendigkeit und Macht des Kapitals zur Produktion und Reproduktion (urbaner) Räume und dem Unterordnen anderer gesellschaftsstrukturierender Unterdrückungsverhältnisse wie Patriarchat und Rassismus sowie die Kämpfe um und gegen sie, ist Harvey nicht in der Lage, die sich daraus ergebenden Geographien zu fassen und adäquat zu erklären.

Eine solche Leerstelle macht Hartsock (2006) auch im Konzept der Akkumulation durch Enteignung aus und bietet gleichwohl eine Erweiterung aus feministisch-materialistischer Perspektive an. Damit betont sie stärker, „dass Akkumulation Spuren von Geschlecht, *race*, Nationalität und Klasse trägt“ (ebd., S. 171). Hartsock sieht in der Globalisierung einen Moment der primitiven Akkumulation – und hält damit im Gegensatz zu Harvey an dem Begriff fest, der ebenfalls als Moment der Feminisierung der Arbeitskraft zu begreifen ist, in dem primär Arbeiterinnen in den Arbeitsmarkt integriert wurden. Gleichzeitig wurden sie nicht zu richtigen Arbeiterinnen gemacht, sondern sind als weiterhin definierte „Hausfrauen“ mit niedrigerem Lohn, schwierigeren Arbeitsverhältnissen, konsequenter Abwertung der Leistung und einer stärkeren Ausbeutung konfrontiert (ebd., S. 178 ff.). Die Globalisierung als Akkumulation durch Enteignung ist damit keineswegs geschlechtsneutral, sondern wird vielmehr auf dem Rücken der Frauen ausgetragen und dabei auf (noch) nicht oder semi-kommodifizierte Bereiche zurückgegriffen, um den Pool an Arbeitskräften strukturell auszuweiten (ebd., S. 187 f.). Daraus ergeben sich auch andere Formen des Widerstands, die nicht mit einem klassischen Verständnis des Klassenkampfes, der die Fabrik als Hauptort der Kämpfe setzt, abgedeckt sind und andere

Subjekte oder Agency (mit) in den Fokus nehmen: „Women are increasingly involved in transnational projects of resistance, but on different terms than men, often in much-more locality-based movements, often in struggles that may not be recognized as ‘political’, or work related in any traditional sense“ (ebd., S. 188). Gleichwohl Harvey mit seinem Konzept der Akkumulation durch Enteignung und seinen (post-)operaistischen Annäherungen der Stadt als Fabrik in „Rebel Cities“ die praktische Anknüpfung für eine Dialektik lokaler/globaler Kämpfe und die Anerkennung einer Pluralität sozialer Differenzen greifbar macht, schafft er es nicht, solche Aspekte systematisch in seiner Theorie zu verbauen und neben Klasse auch Geschlecht und *race* als signifikante Differenzen zu setzen.

Die skizzierten Kritiken stellen keine Diskreditierung von Harveys gesamten Projekt dar, sondern heben vielmehr dessen (bekannte) Leerstellen hervor, um in einem nächsten Schritt nach möglichen Anschlüssen zu suchen, die diese „empty boxes“ (Harvey 1989, S. 4) in der Theorie füllen könnten. Denn wie Nancy Hartsock feststellt, ist Harveys Projekt „the analysis of capitalist relations of domination – but an analysis open to the inclusion of other forms of domination“ (Hartsock 2006, S. 169).

### 3 Staatstheoretische Implikationen

Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen. (Marx 1973 [1871], S. 336)

Wenn Harvey im vorangegangenen Kapitel ein fehlendes oder unterkomplexes theoretisches Verständnis von Staat nachgesagt wurde, muss zum Schließen dieser Lücke gründlicher eruiert werden, was der Staat eigentlich ist, warum es ihn gibt und was seine Aufgaben sind. Eine generellere Beschreibung bietet die allgemeine Staatslehre, u. a. nach Max Weber, die den Staat entlang der drei grundlegenden Charakteristika Bevölkerung, Territorium sowie Staatsapparate definiert und konkreter vom Staat als „menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes [...] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht“ spricht (Weber 2009, S. 1043). Spezifischer stellt sich mit der eingangs formulierten Grundannahme, dass sich mit dem Kapitalismus auch Klassen und damit verbundene Ausbeutungsverhältnisse konstituieren, mit Bezug zum Staat, die simple aber grundlegende Frage, warum es diesen überhaupt braucht oder, wie Heide Gerstenberger es mit Bezug zu Paschukanis formuliert: „Warum im Kapitalismus die Klassenherrschaft nicht von einem Apparat der herrschenden Klasse ausgeübt wird, sondern statt dessen die Form einer öffentlichen Herrschaft annimmt“ (Gerstenberger 2007, S. 175). In dieser Frage wird bereits verdeutlicht, dass Kapitalismus und Staat in einem zentralen Verhältnis stehen. Die materialistische Staatstheorie präzisiert dieses Verhältnis, wonach der moderne oder kapitalistische Staat die politische Form des Kapitalismus darstellt (Hirsch 2005; Gerstenberger 2007; Poulantzas 2002 [1978]). In diesem Zusammenhang identifiziert Nicos Poulantzas drei „Modalitäten staatlicher Funktionen“ – 1) die technisch-wirtschaftliche Funktion auf der ökonomischen Ebene, 2) die politische Funktion auf der Ebene des Klassenkampfes und 3) die ideologische Funktion auf der Ebene der Kultur – die jeweils durch funktionale Subsysteme des Staates politisch (Parteiensysteme, Wahlrecht, Polizei, Bürokratie), juristisch (Eigentums- und Vertragsrecht, faire Geschäftspraktiken) und ideologisch (öffentliche Bildungssysteme) implementiert werden (Poulantzas 2002 [1978], S. 50ff.). All diese Modalitäten und Systeme haben insofern einen politischen Charakter, dass ihr Ziel die Stabilisierung und Aufrechterhaltung der kapitalistischen Verhältnisse und des Klassencharakters ist und dadurch

die widersprüchlichen, machtdurchzogenen und konfliktträchtigen gesellschaftlichen Verhältnisse zu prozessieren, die aus kapitalistischen Produktionsverhältnissen, aber auch aus rassistischen Ideologien und Praxen und hierarchisierten Verhältnissen der Geschlechter und Sexualitäten, erwachsen. (Belina 2013, S. 164)

Daran anschließend wird sich im folgenden Kapitel einer weitergehenden Definition des modernen kapitalistischen Staates genähert und dabei zum einen dessen Konstitu-

tion, Materialität und Klassencharakter bestimmt und zum anderen das Verhältnis von Staat und Raum(-produktion) dargelegt. Neben bereits genannten materialistischen Staatstheoretiker\*innen wird dafür auch explizit auf feministische Ansätze Bezug genommen, um eine Brücke zur zweiten ausgemachten Leerstelle zu schlagen und zur Analyse verschiedener, aufeinander bezogener Klassenverhältnisse zu verbinden. Abschließend wird näher auf den Zusammenhang von Staatlichkeit und kapitalistischer Krisenhaftigkeit eingegangen. Damit sollen mögliche Verbindungslinien zwischen den von Harvey skizzierten ökonomischen Krisen und politischen/staatlichen Krisen aufgezeigt und damit verbundene Prozesse der Demokratisierung/Entdemokratisierung analytisch besser greifbar gemacht werden. Konkret wird dafür im Sinne der Konzeption der vorliegenden Arbeit die europäische Austeritätspolitik als Form des autoritären Etatismus gedeutet. Darüber hinaus wird die Frage nach der Veränderbarkeit von Staatlichkeit als mögliches Moment progressiver gesellschaftlicher Transformation mitdiskutiert.

Diese Grundlagen sollen eine theoretisch rückgebundene Analyse der in der Arbeit aufgeworfenen Fragestellungen bezüglich der Handlungsmöglichkeiten progressiver Stadtregierungen zwischen institutionellen Sachzwängen und kapitalistischem Verwertungsdruck sowie einer Demokratisierung der lokalen Institutionen ermöglichen.

### **3.1 Relative Autonomie und strategische Selektivität des Staates**

Einen wichtigen Referenzpunkt in der Frage nach der Struktur des kapitalistischen Staates bilden die Schriften des griechisch-französischen Politikwissenschaftlers Nicos Poulantzas. Ausgehend von einer Analyse europäischer Staaten in den 1960er und 1970er Jahren erklärt Poulantzas den kapitalistischen Staat weder als Sache noch als Subjekt, d. h. er ist nicht ohne jegliche Autonomie oder bloßes Anhängsel der herrschenden Klasse oder einer bestimmenden Kapitalfraktion. Gleichzeitig besitzt er aber auch keine absolute Autonomie und stellt keine neutrale Repräsentation der Gesellschaft als Ganzes dar (Poulantzas 2002 [1978], S. 160). Vielmehr bestimmt Poulantzas das Verhältnis von Gesellschaft und Staat als eine „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt“ (ebd.). Dabei ist Materialität nicht als physisch-materielle Dinglichkeit zu lesen, sondern vielmehr als das Strukturieren individueller und sozialer Praxen durch sich wiederholende Handlungen, Routinisierungen und Institutionalisierungen (Belina 2013, S. 161). Obwohl von einem Kräfteverhältnis zwischen Klassen und Klassenfraktionen ausgegangen wird und daher logischerweise auch subalterne Klassen miteinbezogen sind, bezieht sich das Konzept der Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zuerst auf die Organisation der herrschenden Klassen im und durch den Staat (Poulantzas 2002 [1978], S. 177). Damit beschreibt der Begriff den Prozess „der komplex-hierarchischen Gliederung von sozialen Kräften in einem Kräfteverhältnis in einer Gesellschaftsformation, d. h. ein Prozess, in dem die Kräfte im Kräfteverhältnis nicht gleichrangig und gleichartig, sondern

[...] unterschiedlich angeordnet werden“ (Puller 2009, S. 6). Dabei ist der Staat kein monolithischer Block, sondern durch „im Inneren des Staates verknottete widersprüchliche Verhältnisse“ (Poulantzas 2002 [1978], S. 164) geprägt, die sich in und zwischen den verschiedenen Zweigen und Apparaten des Staates (Exekutive, Parlamente, Armee, Justiz, ideologische Apparate, Ministerien) entwickeln. Demnach liegt der Struktur des kapitalistischen Staates die zentrale Funktion zugrunde, sich über die Organisation eines gesamtgesellschaftlichen, kapitalistischen Konsenses und der Organisation eines Blocks an der Macht zu reproduzieren. Die Vereinheitlichung und Organisation eines solchen Blocks kann der Staat nur dann erfüllen, wenn er gegenüber Partikularinteressen einzelner Kapitalist\*innen eine relative Autonomie behält, beispielsweise „in der Form von Negativmaßnahmen, d. h. mittels Opposition und Widerständen gegenüber der Planung anderer Fraktionen im Block der Macht“ (ebd., S. 167). Dies setzt auch voraus, dass die Herrschenden gezwungen sind, dieses besondere politische und soziale Verhältnis Staat einzugehen, welches „sie selbst immer wieder von Neuem reproduzieren und das ein konjunkturelles Machtgewicht zwischen denen schafft, die zum Machtblock gehören“ (Demirović 2017, S. 62). Bei der Herstellung dieses Blocks und der damit verbundenen Klassenherrschaft wirkt der Staat damit auf positive und negative Weise. Neben der materiellen und ideologischen Einbindung agiert der Staat als anerkanntes Gewaltmonopol auch mit Repression zur Durchsetzung bestimmter Formen der Ausbeutung und Reproduktions-Verwaltung (z. B. bei Zwangsräumungen). Viele dieser staatlichen Handlungen werden qua Gesetzgebung gerahmt, wodurch einerseits die Klassenherrschaft legitimiert und den beherrschten Klassen der Platz zugewiesen wird, andererseits aber auch die von den Beherrschten abgerungenen Zugeständnisse auf Dauer gestellt und in die innere Struktur des Staates überführt werden (Poulantzas 2002 [1978], S. 112). Kämpfe der beherrschten Klassen werden also auch in den Staat eingeschrieben und etwa materielle Zugeständnisse entgegen der Interessen einzelner Kapitalfraktionen gemacht. Gleichzeitig ist die Einflussnahme subalternen Kräfte im Staat begrenzt und ihre Interessen können sich aufgrund der eigenen Materialität des modernen Staates, wodurch er eine eigene Widerstandskraft und Dichte erhält und sich nicht auf ein Kräfteverhältnis reduzieren lässt, nur in „gebrochener und differenzierter, den Apparaten entsprechender Form“ (ebd., S. 162) übertragen. Der Staat ist damit ein zentrales Terrain auf dem soziale Kämpfe ausgetragen werden, gleichzeitig bleibt das Ziel die Organisation der herrschenden Klassen im Machtblock, während subalterne Klassen desorganisiert und integriert werden sollen (ebd., S. 171).

Der Staat besitzt demnach eine relative Autonomie gegenüber Kapitalinteressen, bereitet aber das Feld für die politische Organisation und Reproduktion von Klassenherrschaft, sodass die politische Herrschaft der Bourgeoisie gesichert werden kann (Jessop 2008, S. 123). Der Staat ist also keine bloße Reflexion von Kapitalinteressen, sondern vielmehr aus „strukturellen Gründen ‚kapitalistisch‘“ (Hirsch 2005, S. 26). Poulantzas begründet dies aus seiner erweiterten Perspektive auf den marxistischen Ansatz der Produktions-

weise, zu der er ökonomische, politische und ideologische Beziehungen und deren Aushandlung zählt, die auf Akkumulationsprozesse einwirken und aus dessen Praxen und Kämpfen sich soziale Klassen konstituieren (Poulantzas 2002 [1978], S. 16). Der Staat als politische Form der Produktionsweise und die Produktionsverhältnisse als ökonomische Form sind somit voneinander getrennt, aber gleichzeitig füreinander konstitutiv. „Die Stellung des Staates im Verhältnis zur Ökonomie ist stets nur die Modalität einer konstitutiven Präsenz des Staates innerhalb der Produktionsverhältnisse und ihrer Reproduktion“ (ebd., S. 46). Damit konkret verbunden ist nach Poulantzas die Teilung zwischen der manuellen und ausführenden Hand- und der geistigen, anleitenden Kopf- und der damit verbundenen Trennung des unmittelbar Produzierenden von den Produktionsmitteln, die sich im Staat verkörpert: „Dieser von den Produktionsverhältnissen getrennte Staat befindet sich auf der Seite der geistigen Arbeit, die ihrerseits von der manuellen Arbeit getrennt ist. Er ist das Produkt dieser Teilung, auch wenn er eine spezifische Rolle in ihrer Konstitution und Reproduktion spielt“ (ebd., S. 83).

Der moderne Staat ist somit ein spezifisch kapitalistisches Verhältnis und keine vorkonstruierte oder unabhängige Entität, wodurch sich auch sein materielles Gerüst erklären lässt. Um diese, einem doch sehr hohen Abstraktionsgrad folgenden, Ausführungen von Poulantzas etwas konkreter zu fassen, führt Bob Jessop daran anschließend zusätzliche Konzepte mittlerer Reichweite ein, um einen Übergang von abstrakt-einfachen zu konkret-komplexen Analysen von Staatsapparaten und Staatsmacht zu ermöglichen. Dabei fasst Jessop den Staat aus einer strategisch-relationen Perspektive als institutionelles Ensemble, dessen Kräfteverhältnisse über spezielle Muster von strategischen Selektivitäten reflektiert und modifiziert werden:

It can be analysed as a system of strategic selectivity, i.e., as a system whose structure and modus operandi are more open to some types of political strategies than others. Thus a given form of regime, will be more accessible to some forces than others according to the strategies they adopt to gain state power; and it will be more suited to the pursuit of some types of economic or political strategy than others because of the modes of intervention and resources which characterize that system. (Jessop 1990, S. 260)

Bestimmte Staatsformen und Apparate privilegieren also den Zugang einiger Kräfte und Koalitionsmöglichkeiten gegenüber anderen. Diese Selektivitäten sind Ergebnis bzw. emergente Effekte der Interaktion zwischen vergangenen und gegenwärtigen (hegemonialen) Mustern strategischer Selektivitäten sowie von Strategien, die eine Transformation der hegemonialen Selektivität anstreben (ebd., S. 261). Soziale Kräfte können entweder direkt an der Ausarbeitung dieser Strategien mitarbeiten bzw. diese forcieren und so ihre Interessen realisieren oder sich an die Selektivitäten anpassen. Strategische Selektivitäten sind dabei in ein komplexes Korsett institutioneller Mechanismen und politischer Praxen

eingebettet, die bestimmte Interessen von Klassen oder Fraktionen befördern oder blockieren, wie etwa selektive Filterung von Informationen, systematisches Nicht-Handeln bei bestimmten Themen oder die Neigung von Staatsapparaten, zu ad-hoc Entscheidungen in Krisenzeiten zu greifen (Jessop 1999, S. 57f.).

Wenn, wie weiter oben festgestellt, der Staat kein autonom handelndes Subjekt ist und der Machtblock unter Hegemonie bestimmter Kapitalfraktionen gebildet wird, bedeutet dies weitergedacht auch, dass der Staat an sich keine Macht besitzt. Präziser ist der Staat das Zentrum der Machtausübung bestimmter sozialer Klassen(-fraktionen), die ihre objektiven Interessen durch den Staat organisieren. Auch diese Herleitung von Staatsmacht ist nicht monolithisch zu verstehen, vielmehr gibt es verschiedene Machtzentren, die sich in den unterschiedlichen Staatsapparaten herausbilden.

Sämtliche Zweige oder Apparate bzw. Teilbereiche des Staates (denn unter ihrer zentralisierten Einheit sind sie oft gespalten und skotomisiert) sind zumeist Sitz der Macht und spezielle Vertretungen irgendeiner Fraktion des Blocks an der Macht oder eines konflikthaften Bündnisses dieser Fraktionen gegen andere. (Poulantzas 2002 [1978], S. 164)

Verschiedene Staatsapparate und damit potenzielle Machtbasen können in der Exekutive oder den Parlamenten, den unterschiedlichen Ministerien und der Justiz, der Armee und Polizei, aber auch in ideologischen Apparaten identifiziert werden, aus denen sich ein Netz widersprüchlicher und miteinander verknoteter Verhältnisse spinnt:

Die Tatsache, dass der Staat ein Geflecht von widersprüchlichen sozialen Beziehungen und Klassenverhältnissen darstellt, kommt in der Heterogenität seiner Apparatur zum Ausdruck. Er ist keine geschlossene organisatorische Einheit, sondern zerfällt in relativ selbstständige, oft miteinander konkurrierende und sich gelegentlich sogar bekämpfende Instanzen. In diesen manifestieren sich jeweils eigene Sozial- und Klassenbeziehungen, sei es, dass sie als Stützpunkt von Klassen oder Teilen von Klassen fungieren (so wie heute im Falle der Zentralbanken oder der Finanzministerien in Bezug auf das internationalisierte Kapital), sei es in der Form von Agenturen, die sich auf die beherrschten Klassen beziehen (z. B. auf die Bauern in Form des Landwirtschaftsministeriums oder die Lohnabhängigen in Form des Arbeitsministeriums oder der Sozialämter). (Hirsch 2005, S. 31)

Allerdings bleiben die subalternen Klassen durch das materielle Gerüst des Staates de facto von den zentralen Apparaten ausgeschlossen. Selbst wenn etwa progressive, antikapitalistische Kräfte durch Wahlen an die Regierungsmacht kommen, würden diese nicht zwangsläufig die dominanten Staatsapparate kontrollieren und reale Macht ausüben können. Die Organisation des kapitalistischen Staates begünstigt es, die Macht der herrschenden



Klassen von einem zum anderen Apparat zu verschieben (Poulantzas 2002 [1978], S. 170). Dennoch können Subalterne auch über andere Wege in die Staatsapparate hineinwirken. Einerseits aus der Distanz, über politische Mobilisierungen gegen oder für bestimmte Verordnungen, und andererseits über das Staatspersonal, welches ebenfalls mit Klassenwidersprüchen durchzogen und keine Träger\*innen eines einheitlichen politischen Willens sind, sondern vielmehr eine „Vielzahl zerstreuter Mikropolitiken“ (ebd., S. 167) und dadurch als Vermittler\*innen für Interessen der beherrschten Klassen dienen können, z. B. in Funktion der Stadtplanung (Jessop 1990, S. 123; Poulantzas 2002 [1978], S. 183). Diese haben nicht die gleiche Reichweite wie die Machtbasen, dienen aber als Widerstandszentren innerhalb des Staates, die Ausgangs- oder Referenzpunkt für basisdemokratische Bewegungen, Selbstorganisationsansätze und Alternativen zur liberalen Demokratie darstellen können.

Den Staat als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen zu begreifen, bedeutet auch, die Veränderbarkeit der Staats- und Regierungsformen anzunehmen und in Relation mit dem Stand der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der damit verknüpften sozialen Kämpfe zu setzen. Der Staat kann beispielsweise die Form eines sozialen Interventionsstaates annehmen, wie im monopolkapitalistischen Fordismus, oder eine zunehmend liberale Form wie im konkurrenzkapitalistisch geprägten Neoliberalismus. Weitere Unterscheidungen können zwischen dem demokratisch-parlamentarischen und dem autoritären Notstandsstaat gemacht werden, wobei unter letzterem Faschismus, Militärdiktaturen und Bonapartismus fallen (Poulantzas 2002 [1978], S. 191), die global eine zunehmende Konjunktur erfahren haben (Beck und Stützle 2018). Gleichzeitig wurde theoretisch verdeutlicht, dass durch die eigene Materialität und Widerstandskraft des Staates und die in seine Struktur eingeschriebenen Strategien eine Regierungsübernahme durch progressive Kräfte nicht direkt in progressive Staatspolitiken und Veränderungen überführt werden kann. Mit Rückgriff auf die Ausgangsfrage nach den Möglichkeiten linker Stadtregierungen kann an dieser Stelle somit abstrakt festgehalten werden, dass eine Veränderung der Kräfteverhältnisse oder der Staatsmacht nicht ausreicht, sondern vielmehr die Materialität des kapitalistischen Staates verändert werden muss (Poulantzas 2002 [1978], S. 170 f.). Daher bedarf es also nicht nur (kurzfristiger) Wahlerfolge und der Besetzung von (Regierungs-)Ämtern, sondern für eine emanzipatorische Transformation ist ein struktureller Wandel der Institutionen notwendig, für den es mittel- und langfristiger Strategien bedarf (Pühretmayer 2017, S. 121).

### **3.2 Staat und Raum**

Schon in der eingangs zitierten Definition von Weber spielt der Raum eine zentrale Rolle im Sinne eines gebietsumfassenden Territoriums. Costis Hadjimichalis setzt dieses abgegrenzte nationale Territorium allerdings nicht als Grundvoraussetzung staatlicher Souveränität, sondern als dynamisches Verhältnis, welches aus dem Wirken verschiedener sozialer Kräfte entsteht:

National territoriality is not the foundation of state sovereignty but an unstable relational outcome correlated by the balance of social forces in the interior of the state and the encroachment of others who may try to ‘penetrate’ national borders. Thus borders are not — and never were — static or only ‘national’/territorial but a dynamic relation, changing continuously in content and scale. (Hadjimichalis 2019, S. 142)

Poulantzas abstrahiert dieses Verhältnis und begreift den Raum als strukturierendes Element sozialer Prozesse. Unter dem Terminus der Raum-Zeit-Matrix versteht er die wechselseitige Konstitution von Raum/Zeit und der jeweilig spezifischen Produktionsweise, welche die ökonomischen, politischen und ideologischen Beziehungen umfasst (Poulantzas 2002 [1978], S. 130). Je nach Stand der Produktionsweise gibt es unterschiedliche Raum-Matrizes, welche die Voraussetzung für die historisch-soziale Aneignung des Raumes bilden. Dies deckt sich mit der in Kapitel 2.1 nachgezeichneten Argumentation Harveys, wonach räumliche und zeitliche Rekonfigurationen aktive Momente in der polit-ökonomischen Entwicklung darstellen und essentiell für den Aufstieg des Kapitalismus waren. Poulantzas aber bestimmt die Rolle des Staates konkreter, indem er dem Staat einen konstitutiven Charakter in dieser Rekonfiguration zuspricht, denn über das reziprok-konstitutive Verhältnis zwischen Produktionsweise und Raummatrices sind Letztere im materiellen Aufbau des Staates anwesend. Geprägt durch die hohe Arbeitsteilung und das Privateigentum an Produktionsmitteln sowie die Parzellierung und Einhegung von Gemeindegütern ist die kapitalistische Raummatrix von Diskontinuitäten und Segmentierungen durchfurcht und gekennzeichnet, die von der Aufteilung des Erdballs bis zur Mikroebene des Subjekts reichen:

Segmentierungen kennzeichnen den kapitalistischen Raum bis hin zur Anordnung der Körper im Arbeitsprozess. Die von den Produktionsmitteln getrennte Arbeiterin bildet ein bloßes Anhängsel der Maschine und wird in einen genau abgesteckten, in Abschnitte und Zellen unterteilten Raum gezwängt. (Wissen 2006, S. 210)

Die Segmentierungen dieser Raummatrix und die mit der klassenbasierten Produktionsweise verbundenen Widersprüche erfordern eine politische Prozessierung und Regulierung, die mittels einer Homogenisierung qua nationalstaatlichem Raum – als typische Form des kapitalistischen Staates – begegnet wird:

If regulating flows, coordinating the blind forces of growth, and imposing its law onto the chaos of ‘private’ and ‘local’ interests is the primary function of state-political space [l’espace étatico-politique], it also has another, contrary function that is no less important for being so. This is its role in holding together spaces that have been ripped apart and in maintaining their multiple functions. (Lefebvre 2009 [1978], S. 240)

Die Durchsetzung des abstrakten Raumes ist damit das „Produkt des Zusammenspiels zwischen Kapitalismus und Staat“ (Belina 2013, S. 167). Während die Wertform Raum als universelle und homogene Ware abstrahiert hat und den Globus für Waren und Kapital öffnet, verabsolutiert der Staat als politische Form des Kapitalismus den Raum als voneinander abtrennbare Territorien und verbindet mittels Nationalstaat die Individuen:

Er formt die aus ihren traditionellen Bezügen herausgelösten Individuen, indem er Zugehörigkeiten festlegt und soziale Hierarchien normalisiert. Er fasst die Individuen seines Territoriums, von ihren ökonomisch-sozialen Beziehungen abgelöst, als Summe gleicher Rechtssubjekte zusammen. (Wissen 2006, S. 211)

Gleichzeitig verstärkt diese abstrakte Einordnung als Staatsbürger\*innen die Individualisierung und Atomisierung kollektiver Strukturen und ist damit zentral in der Desorganisation subalternen Akteur\*innen:

Auf der anderen Seite wird das Verhältnis zu den ausgebeuteten und beherrschten Klassen wesentlich durch die Individualisierungswirkung des Staatsapparates bestimmt. Im politischen Prozess – durch die Parteien und das Repräsentativsystem – werden nicht Klassenangehörige und -lagen organisiert, sondern isolierte Staatsbürgerinnen. Dadurch wird es möglich, quer zu den Klassenlagen liegende gesellschaftliche Differenzen – soziale, regionale, geschlechtliche oder religiöse – zu mobilisieren. Gewerkschaftsmitglieder sind zugleich Autofahrer und weisen durchaus unterschiedliche Einkommens- und Lebensbedingungen auf. Dieses ist die Grundlage komplexer Spaltungsprozesse, die eine Desorganisation der beherrschten Klassen als Klassen zulassen. (Hirsch 2005, S. 47)

Die in den Staat eingeschriebene moderne Nation, vereint über sprachliche, kulturelle und geschichtliche Spezifika eines gemeinsamen Territoriums, und der Nationalstaat überschreibt andere Variationen nationaler Vergangenheiten und Traditionen. Im Sinne der Materialität des Staates ist die moderne Nation „die Verdichtung eines Kräfteverhältnisses, das ein Klassenverhältnis ist“. Dessen Territorium und Geschichte „bestätigen die Herrschaft der bürgerlichen Variante der Raum- und Zeitmatrix über die Arbeitervariante, die Herrschaft der bürgerlichen Historizität über die Historizität der Arbeiterklasse“ (Poulantzas 2002 [1978], S. 152). Die dominante Raumform verschleiern dabei nicht nur die Existenz anderer Raumformen, sondern versucht deren Produktion im Zweifel auch repressiv und gewalttätig über staatliche Gewaltmonopole, etwa mit Verweis auf geltende Gesetzeslagen zum Schutz von Eigentum, zu unterbinden (Lefebvre 2009 [1978], S. 240). Aber auch die Raum-Zeit-Matrizes sind von Klassenkämpfen durchzogen und es bestehen verschiedene Imaginationen und Bedeutungszuschreibungen der Nation sowie kleinräumigerer raum-zeitlicher Arrangements, etwa in Kämpfen um die Wiederaneignung von Arbeiter\*innengeschichte (ebd.).

Wenn der Nationalstaat und das damit verbundene Territorium als Verdichtung von Kräfteverhältnissen verstanden wird, ermöglicht dies auch, einer Naturalisierung dieses Verhältnisses vorzubeugen und Veränderungen in globalen Herrschaftssystemen sowie neue Formen der räumlichen politischen Prozessierung kapitalistischer Widersprüche greifen zu können. Konkreter können solche Veränderungen aus einer raumtheoretischen Perspektive mittels der Verknüpfung der *scale*-Debatte mit staatstheoretischen Ansätzen analysiert werden. In Anlehnung und raumsensibler Erweiterung von Jessops strategisch-relationalen Ansatz spricht Martin Jones von einer räumlichen Selektivität des Staates und benennt damit „the processes of spatial privileging and articulation in and through which state policies are differentiated across territorial space in order to target particular geographical zones, scales and (organised and disorganised) interest groups“ (Jones 2019, S. 20). Mit einem solchen Verständnis können auch Prozesse kapitalistischer Restrukturierungen und neuer skalarer Differenzierungen gegriffen werden, die sich nicht prioritär auf die nationalstaatliche Ebene beziehen. Vielmehr werden Politik, Ökonomie und damit verbundene soziale Prozesse multiskalar über „sich gegenseitig überlappende räumlich-gesellschaftliche Dimensionen“ (Mahon und Keil 2008, S. 35) strukturiert. Die Rekonfiguration dieser Dimensionen ist damit verbunden mit den Fragen, in welcher Beziehung die *scales* miteinander stehen, welche Akteure und Interessen auf welcher Maßstabebene verankert und wirkmächtig sind und welche Probleme auf welcher Ebene bearbeitet werden. Damit ist nicht die Maßstabebene an sich, sondern die Prozesse und die sozialen Kämpfe als Momente der Produktion räumlicher Maßstabebenen wesentlich (Schmid 2003, S. 222). In Anschluss an die bereits entwickelten Begriffe können *scales* als „räumlich-institutionelle Verdichtungen von sozialen Kräfteverhältnissen“ (Brand et al. 2007, S. 220) begriffen werden. Damit sind Redimensionierungen auch nicht als neutral, sondern von Machtverhältnissen und -interessen durchzogen, gleichzeitig können diese aber auch von emanzipatorischen Bewegungen genutzt und vorangetrieben werden. Mit der Globalisierung und der Phase des neoliberalen Kapitalismus differenzierten sich die Maßstabebenen zur Organisation von Politik und Ökonomie auf Kosten der Hegemonie des Nationalstaates aus. Zentral waren zum einen die Internationalisierung des Staates und damit einhergehend die Internationalisierung des zivilgesellschaftlichen Vorfelds (Medien, NGOs, Unternehmen), der Bedeutungsgewinn internationaler politischer-institutioneller Strukturen und Prozesse (WTO, EU) und die globalisierungsvermittelte Transformation des Nationalstaates (von *workfare*-Regime zu *welfare*-Regime) (ebd., S. 221f.). Ein zweiter zentraler *Re-Scaling*-Prozess ist der Bedeutungsgewinn der lokalen *scale*, in dessen Zuge Städte in einen gegenseitigen Wettbewerb um global agierendes Kapital und Arbeitsplätze treten. Beide Prozesse finden nicht unabhängig von der nationalen *scale* statt, sondern wurden vielmehr über den Nationalstaat als Knotenpunkt initiiert und reguliert. So stellt der Aufstieg des Urbanen nach Mahon und Keil eine strategische Wende staatlicher Politik dar,

von einer Strategie der räumlichen Umverteilung, die durch Standardisierung bzw. Homogenisierung eine größere Gerechtigkeit garantieren sollte, hin zu einer Strate-

gie der räumlichen Ausdifferenzierung, die mit interurbanen Wettbewerbs- und Kooperationsnetzwerken einher geht. (Mahon und Keil 2008, S. 49f.)

Dies unterstreicht, dass trotz der steigenden Komplexität und Multiskalarität der Nationalstaat, wenngleich nicht mehr in hegemonialer Rolle, immer noch aktiv und entscheidend an der (Re-)Konstituierung raum-zeitlicher Matrizes und der damit verbundenen Organisierung von Politik und Ökonomie beteiligt ist (Jessop 2008, S. 189).

Da auch die Verdichtung der sozialen Kräfteverhältnisse kein eindimensionaler und reibungsloser, sondern ein umkämpfter Prozess zwischen verschiedenen Kräften ist und Widersprüche zutage fördert, wirken auch subalterne Klassen oder emanzipatorische Bewegungen auf diese Prozesse ein und treiben räumliche Redimensionierungsprozesse voran. So schuf die Antiglobalisierungsbewegung mit den Weltsozialforen oder den Protesten gegen internationale Gipfel der herrschenden Politik (WTO, G7, G8, G20) globale Treffpunkte und Institutionen des Austausches und des Protests und versuchte diese Erfahrungen in die lokale Praxis einfließen zu lassen (Wissen 2011, S. 78). Mit dem *Downscaling* von Verantwortlichkeiten auf die lokale Ebene und der Aufwertung der Städte als zentrale Akteure im globalen Wettbewerb wurden die Lebensbedingungen verschärft und lokale Auseinandersetzungen um soziale Gerechtigkeit, etwa im Kampf um ein Recht auf Stadt, haben an Bedeutung gewonnen (Mayer 2008, S. 270). Urbane soziale Bewegungen bewegen sich damit in einem multiskalaren Rahmen, in dem beispielsweise transnationales Kapital von Investor\*innen auf lokale Interessen von Anwohner\*innen und die Regulierung durch nationalstaatliche Gesetzgebung stoßen. Auf welchen dieser Ebenen die entstehenden Interessengegensätze prozessiert werden, ob das Kapital dereguliert in die Aufwertung eines Wohnhauses gesteckt wird und die Anwohner\*innen dadurch verdrängt werden, ob hohe Abfindungen oder Ersatzwohnungen für die Bewohner\*innen fällig werden oder ob die Bewohner\*innen bleiben können, entweder durch geltende Rechtsprechung oder Widerstand auf der Straße, ist eine entscheidende Arena in der Aushandlung sozialer Kräfte. Damit wird die doppelte Umkämpftheit von *scale* deutlich, sowohl um die tragende Dimension der Aushandlung von Konflikten als auch die Frage, wer entscheidenden Einfluss auf dieser Ebene geltend machen und diese im Sinne der eigenen Interessen kontrollieren kann. Diese doppelte Umkämpftheit von *scale* bringt Linda McDowell pointiert auf den Punkt:

[T]hese scales – the local, national, international, or global – are themselves created and recreated by social relations of domination that variously include and exclude individuals, social groups, or places. This means that governance itself is a complex, contested, and fundamentally geographical process as social groups struggle to create and control particular geographic scales of regulation. Those active in radical community politics, for example, have long struggled for the localization of decision making, whereas the local or national state has insisted on the significance

of a higher level of strategic decision making, in part to adjudicate between the competing claims of those who speak on behalf of a 'community'. (McDowell 2001, S. 229)

### 3.3 Feministische Ansätze der Staatstheorie

Eine andere Perspektive auf die materialistische Staatstheorie wurde in den letzten vier Jahrzehnten durch feministische Staatskonzepte eröffnet. Ausgangspunkt war eine Kritik der „Geschlechtsblinde der neueren [marxistischen] Staatsdebatten“ (Genetti 2002, S. 7) und die damit einhergehende Unterbestimmtheit der Zusammenhänge von Klasse, Geschlecht und Staat sowie die „Entgeschlechtlichung des Staates“ (Fischer 2008, S. 50; Kreisky 1995, S. 203 ff.). Catharine MacKinnon wiederum kritisierte Ende der 1980er Jahre die mangelnde bzw. verkürzte Konzeptualisierung von Staat seitens der feministischen Theorie mit ihrer berühmten Feststellung, dass der Feminismus keine Staatstheorie habe und „Feminism has not confronted, on its own terms, the relation between the state and society within a theory of social determination specific to sex“ (MacKinnon 1989, S. 159). Vorangegangen waren marxistisch-feministische Analysen, die das Konzept eines patriarchalen Staates entwickelten, der aktiv patriarchale Herrschaft und Geschlechterhierarchien aufrechterhält (Dahlerup 2018) und die Reproduktion der Produktionsbedingungen sicherstellt (McIntosh 2013). Die vergeschlechtlichte Dimension des Staates konnte somit hervorgehoben werden, allerdings gingen die Ansätze oftmals mit einer funktionalistischen und essentialistischen Interpretation des Zusammenhangs von Staat und Patriarchat einher, die ersteren „in deutlicher Analogie zur traditionell-marxistischen Sicht des Staates als Instrument in den Händen des herrschenden Klasse – als ‚Instrument in den Händen des herrschenden Geschlechts‘“ setzen und damit als „monolithisches Herrschafts- und Machtgefüge, der in all seinem Tun die patriarchalen und/oder kapitalistischen Unterdrückungsverhältnisse festschreibt und aufrechterhält“ (Genetti 2015, S. 150; siehe auch Ludwig und Sauer 2010, S. 175 f.; Nowak 2009, S. 146 ff.), konzeptualisierten. Damit wurden sowohl die Widersprüchlichkeiten innerhalb des Staates und seiner Apparate, als auch politische Handlungsfähigkeiten von Frauen zur Transformation bestehender Strukturen verdeckt. Neuere, nicht-essentialistische Ansätze versuchen hingegen bestehende (neo-)marxistische Staatstheorien aus geschlechterkritischer Perspektive in einem Doppelschritt zu de- und rekonstruieren und dadurch gegebene Anknüpfungspunkte für eine feministische Staatskritik produktiv zu machen (Genetti 2015, S. 146). Neben diskurstheoretischen Ansätzen (Brown 1992; Pringle und Watson 1992) bieten vor allem hegemonietheoretische Ansätze nach Gramsci sowie Poulantzas' Staatstheorie und die darin entwickelten Begriffe einen wichtigen Referenzpunkt.

Ausgehend vom Staat als soziales Verhältnis, wird die Verdichtung von Kräfteverhältnissen um die Geschlechterverhältnisse erweitert, durch die Geschlechterungerechtigkeiten institutionalisiert und auf Dauer gestellt werden (Sauer 2018, S. 181). Nach Birgit Sauer

wird dabei ein Maskulinismus des Staates bzw. eine „Grammatik der Männlichkeit von Institutionen“ (Sauer 2001, S. 141) entlang einer hegemonial-männliche Lebensformen privilegierenden strategischen Selektivität, in die Materie des Staates eingeschrieben. Diese Grammatik schlägt sich in einer überproportionalen Männerquote sowie einer Kultur versachlichter Männlichkeit in staatlichen Institutionen, einer Repräsentation primär männlicher Interessen sowie der Dethematisierung der Interessen von Frauen nieder (ebd., S. 83; auch Brown 1992, S. 26f.). Auch in dieser Ausformung wird der Staat nicht als einheitlicher Akteur „maskuliner Interessen“, sondern als Ensemble von konkurrierenden Staatsapparaten begriffen, deren widersprüchliche Interessen verdichtet werden. Die maskuline Programmierung ist damit nicht natürlich, einheitlich und unendlich, sondern „umkämpft und nur temporär fixiert“ (Fischer 2008, S. 63), da der Staat seine relative Autonomie gegenüber Partikularinteressen auch bezüglich der Geschlechterverhältnisse bewahrt, gleichzeitig aber entsprechende strategische Selektivitäten ausbildet. Staatlicher Maskulinismus wird somit als Dimension eines staatlichen Hegemonieprojekts begriffen, welcher „in der strategischen Selektivität, die beispielsweise im Namen des Staatsprojekts ‚Wohlfahrtsstaat‘ hegemonial-männliche Lebens- und Handlungsformen privilegiert“ (Sauer 2001, S. 83), entsteht.

Ein weiterer zentraler Anknüpfungspunkt ist Poulantzas Bestimmung der konstitutiven Trennung von Ökonomie und Staat. Über eine Erweiterung des Ökonomiebegriffs, als nicht nur die Lohnarbeit, sondern auch die nicht-entlohten Reproduktionsarbeit umfassende Sphäre, gehen feministische Staatstheoretiker\*innen über die ursprüngliche Konzeption hinaus (Ludwig und Sauer 2010, S. 179f.). Der Staat reguliert über rechtliche (z.B. Arbeits- und Familienrecht) sowie ideologische Einflussnahme die vergeschlechtlichte Trennung zwischen Produktion und Reproduktion, vor allem durch die Definition von privat und öffentlich, und schafft somit eine Voraussetzung für die Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse:

Der Staat ist konstitutiv für die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Ganz grundlegende Techniken hegemonialer Staats-Kompromisse sind Trennungen zwischen den Sphären öffentlich und privat bzw. Staat, Markt und Haushaltsökonomie, die Institutionen der Zweigeschlechtlichkeit und der Heteronormativität hervorbringen. Der Staat ist also weder öffentlich noch privat, er ist vielmehr die Bedingung jeder Unterscheidung zwischen öffentlich und privat. (Ludwig und Sauer 2010, S. 185)

Diese Trennung zwischen privat und öffentlich zieht sich durch verschiedene Ebenen und ist mit jeweiligen Konnotationketten verbunden. Geschlechter werden in dualistischer Manier mit jeweiligen gesellschaftlich zugeschriebenen Eigenschaften verbunden – maskulin, öffentlich und rational stehen feminin, privat und emotional gegenüber – und damit bestimmten Tätigkeitsbereichen, sozialen Rollen und Räumen zugeordnet. Die weibliche Sphäre korreliert so mit nicht-entlohnter Arbeit, Familie, den Räumen des Privathaushaltes

und einem Ausschluss aus dem Politischen, während die Bühne der Politik, die Lohnarbeit und öffentliche Räume als Sphären des Männlichen gelten (Strüver 2013, S. 41). Staatlich vermittelt wird diese Trennung über Staatspraxen- und Diskurse, etwa das Recht, welches die juristische Kategorie der Privatsphäre erst festschreibt, über bestimmte Handlungen motivierende Politiken oder über administrative und bürokratische Kategorien, die alle wechselseitig mit den alltäglichen Praxen interagieren (Fischer 2008, S. 60; Ludwig und Sauer 2010, S. 186). So ist die Arbeitsteilung durch den Staat nicht vorgegeben<sup>1</sup>, sondern vielmehr definiert diese Spielräume durch die Privilegierung bestimmter Handlungen oder Lebensweisen, etwa wenn Paare aus ökonomischen Gründen auf Erziehungskonzepte zurückgreifen, bei der die aufgrund von Lohndiskriminierungen schlechter bezahlte Frau in den ersten Monaten die Kinderbetreuung gewährleistet und damit weitere Nachteile auf dem Arbeitsmarkt erfährt (Haller 2018, S. 82). Diese „fiktive Scheidelinie“ (Sauer nach Genetti 2002, S. 11) zwischen Privatheit und Öffentlichkeit reproduziert immer wieder den Ausschluss von Frauen aus den männlich konnotierten Sphären, so auch aus der institutionellen Materialität des Staates, die wie oben beschrieben hegemonial-männlich programmiert ist.

Wenn allerdings betont wird, dass diese Programmierungen umkämpft und brüchig sind, so sind es auch die damit verbundenen Grenzziehungen. Zweifelsohne können wir in der Praxis nicht von einer strikten geschlechterspezifischen Trennung sprechen, haben sich doch einerseits Frauen sowohl eine größere Rolle in der Politik, als auch eine stärkere Integration in den Arbeitsmarkt erkämpft. Andererseits hat sich die Kategorie Frau ausdifferenziert bzw. die Ungleichheiten entlang von Klasse, Alter oder Herkunft sind demgegenüber deutlich sichtbarer geworden (Strüver 2013, S. 55). So gehen auch mit Blick auf den vergeschlechtlichten Staat Einschreibungen exkludierter Interessen mit Desorganisierungsmomenten von Gruppen einher, etwa bei der Einbindung von Strategien bestimmter Gruppen von Frauen in ein hegemoniales Staatsprojekt. Deutlich wird dieser Vorgang am diskursiven und materiellen Umgang mit der nicht-entlohten Reproduktions- und *Care*-Arbeit. Der Widerspruch zwischen Produktions- und Reproduktionsarbeit wird in den letzten Jahren vermehrt thematisiert und von der institutionalisierten Politik aufgegriffen, die eine Anerkennung der Reproduktionsarbeit durch neue Sozialpolitiken und Programme artikuliert (Beier 2018, S. 96). Dies kann einerseits als Erfolg und Einschreibung feministischer Kämpfe in die Materie des Staates gelesen werden, gleichzeitig findet eine institutionalisierte Vereinnahmung dieser Kämpfe im Sinne der Kapitalakkumulation statt, in dem Frauen in den Arbeitsmarkt integriert und Reproduktionsarbeiten zu prekären Bedingungen kommodifiziert werden (ebd., S. 106; Brown 1992, S. 22). So sehen Ludwig und Sauer in der zunehmend an Migrant\*innen ausgelagerten kommodifizierten Reproduktionsarbeit eine neue „Differenzierungsstrategie innerhalb der Geschlechter“, bei der die „geschlechtsspezifische Arbeitsteilung durch

---

<sup>1</sup> Bzw. nicht mehr, galt nach deutschem Familienrecht noch bis 1977 der §1356 BGB Absatz 1 „[1] Die Frau führt den Haushalt in eigener Verantwortung. [2] Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist.“



die Strukturmerkmale Klasse und Ethnie neu durchkreuzt wird“ (Ludwig und Sauer 2010, S. 185). Die Kämpfe wurden somit zwar in die Materie des Staates eingeschrieben, was die Umkämpftheit der Geschlechterverhältnisse in den Staatsapparaten deutlich macht, allerdings nur in gebrochener Form – im Sinne eines Blocks der Macht und der Spaltung der feministischen Bewegungen.

Feministische Kritiken und Interventionen zielen also auf die Offenlegung der Geschlechtlichkeit des Staates – sowohl in seiner konstitutiven Weise als auch in den konkreten Praxen – und der damit verbundenen Subjektivierungsprozesse. Dies geht oftmals einher mit einer stärkeren Betrachtung des Privaten als Bereich der Familie, des Haushalts, der Emotionen und der Reproduktionsarbeit und einer Politisierung dieser Bereiche. Dies ermöglicht auch, soziale und räumliche Praxen abseits der institutionell-öffentlichen Polit-Arenen und der klassischen Skalentrias global/national/lokal in den Blick zu nehmen. Sallie Marston argumentierte in diesem Kontext, dass mit dem Übergang zum Neoliberalismus auch Prozesse der sozialen Reproduktion – und dabei insbesondere ihre abnehmende Bedeutung in der staatlichen Praxis mit dem Abbau des Wohlfahrtsstaates – einer Reorganisation unterlagen und darin ein bedeutendes Moment in der Produktion von *scale* bestand. Darin verdeutlicht sich der multiskalare Zusammenhang zwischen Staat und Haushalt: „microlevel infrastructure of the household, where labour power is refreshed and reproduced on a daily basis, is as inextricably bound up with the operations of capitalism as are capital and the state“ (Marston 2004, S. 176). Der Staat ist damit genauso mit den Vorgängen auf der Ebene des Haushaltes wie mit den Vorgängen in der ökonomischen Sphäre verbunden. Die stärkere Betrachtung der Ebenen von Nachbarschaft, Haushalt und Körper kann die alltäglichen Verflechtungen der sozialen Reproduktion entwirren und Subjektivierungsprozesse so in wechselseitiger Konstitution zwischen den verschiedenen Skalen (global bis Körper) und Bereichen (privat/öffentlich) nachvollzogen werden (Mahon und Keil 2008, S. 50f; McDowell 2001, S. 229f.).

Auch wenn sich die „geschlechtlich codierte Teilung von Arbeit und gesellschaftlichen Sphären [...] in den verschiedenen Etappen kapitalistischer Entwicklung und in unterschiedlichen nationalstaatlichen Formationen“ verschoben hat, stellt Genetti fest, dass „die Verantwortung für die soziale Reproduktionsarbeit paradoxerweise bis heute vorrangig den Frauen überlassen“ (Genetti 2015, S. 158) wird. Davon ausgehend bestimmt sie die strukturellen Grenzen der Veränderbarkeit von Geschlechterverhältnissen über den Staat, indem sie Geschlecht „nicht nur diskurstheoretisch als Identitätskategorie, sondern gesellschaftstheoretisch auch als Strukturkategorie“ (ebd., S. 153) fasst und in der für den Staat konstitutiven Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit ein zentrales Moment sieht, „welches die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft trotz ihrer grundlegenden Antagonismen und Konflikte garantiert“ (Genetti 2002, S. 10). Der Staat institutionalisiert in dieser Trennung das patriarchale Herrschaftsverhältnis und lässt somit ein

dem Stand der Vergesellschaftung entsprechendes „kapitalistisches Patriarchat“ (Hirsch 2005, S. 32f.) entstehen. So kann es mittels staatlicher Politiken und Projekte zwar zu Grenzverschiebungen entlang dieser Trennungslinie kommen, aber nie zu einer Aufhebung dieser Trennung, da es dann den Staat in seiner gegenwärtigen Form nicht mehr gäbe (Genetti 2002, S. 11). Somit ist der Staat aus strukturellen Gründen nicht nur kapitalistisch, sondern auch patriarchal. Gleichwohl unterscheidet Genetti zwischen einerseits dieser kapitalistisch-patriarchalen Form bzw. Struktur und andererseits konkreten Staatsapparaten und -projekten, in denen Geschlechterkonflikte ausgetragen werden und die bestimmte Handlungsräume für die Transformation von Geschlechterregimen eröffnen. Nach Genetti kann der moderne Staat somit „patriarchale Verhältnisse zwar modifizieren, jedoch seine Formbestimmung nicht grundsätzlich auflösen“ (ebd., S. 12).

### 3.4 Krise, Entdemokratisierung und Demokratisierung

Wenn Rosa Luxemburg in ihren Ausführungen zur Pariser Kommune mit Blick auf das Verhältnis von Demokratie und bürgerlicher Herrschaft feststellt, dass Parlamentarismus keineswegs „ein absolutes Produkt der demokratischen Entwicklung, des Fortschritts im Menschengeschlecht und dergleichen schöner Dinge“ sei, sondern „vielmehr die bestimmte historische Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie und [...] ihres Kampfes mit dem Feudalismus“ (zit. nach Buckel 2017, S. 27), wird deutlich, dass der „Zusammenhang von Kapitalismus, Nationalstaat und Demokratie zwar eng ist, aber jedoch keineswegs logisch oder strukturell notwendig“ (Hirsch 2005, S. 80). Vielmehr bleibt auch dieser Zusammenhang „höchst widersprüchlich und umkämpft“ (ebd.). Dies zeigt sich deutlich an der Transformation von Staatlichkeit in Krisenzeiten, so auch in Folge der globalen Finanzkrise ab 2008 und der damit verknüpften Austeritätspolitik, die einen Fokus der vorliegenden Arbeit darstellt. Folglich soll staatstheoretisch generell das Wirkungsverhältnis von Staatlichkeit mit verschiedenen Formen der Krise sowie damit verbundenen Prozessen der Demokratisierung und Entdemokratisierung zusammengebracht werden. In einem zweiten Schritt wird kurz die repressive (supra)staatliche Formierung der Europäischen Union im Sinne eines autoritären Wettbewerbsetatismus nachgezeichnet.

Über die Bestimmung des kapitalistischen Staates hinaus hat Poulantzas in seiner Theorie zudem Werkzeuge zur Analyse verschiedener Staatsformen und Regimewechsel vor dem Hintergrund der Kriseninhärenz des Kapitalismus entwickelt (Sablowski 2006, S. 257). Abstrakter vom Zusammenhang zwischen verschiedenen Krisenarten und Staatlichkeit ausgehend, hat er dabei auch konkretere Einordnungen historischer und zeitgenössischer Regierungs- und Herrschaftsformen geliefert. Differenzierend zwischen ökonomischen, politischen, staatlichen sowie ideologischen Krisen, bestimmt Poulantzas ökonomische Krisen – bezugnehmend auf den tendenziellen Fall der Profitrate – als Situationen, in denen die Kapitalakkumulation stockt. Diese begreift er nicht als dysfunktionale Ausnah-

mesituation, sondern als dem Kapital-Arbeit-Widerspruch inhärent und zentrale Momente in der Reproduktion kapitalistischer Akkumulation (Poulantzas 2008 [1979], S. 295). Politische Krisen stellen eine bestimmte Verdichtung von Widersprüchen in den politischen Kämpfen mit dem Staatsapparat dar, die zu einer Infragestellung der politischen Dominanz führen. Sablowski konkretisiert diese Momente folgendermaßen:

[D]ie Verhältnisse von Führenden und Geführten, von Repräsentanten und Repräsentierten [geraten] auf zwei Ebenen in die Krise: Zum einen gelingt es der hegemonialen Klasse oder Klassenfraktion des Machtblocks nicht mehr, ihre Hegemonie innerhalb des Blocks an der Macht auszuüben. Zum anderen wird die Hegemonie des Machtblocks gegenüber den beherrschten Klassen brüchig. (Sablowski 2006, S. 260)

Damit erfüllt der Staat seine Hauptaufgabe – die Organisierung eines hegemonialen Blocks an der Macht – nicht mehr adäquat, wodurch die Krise des Staates, zusammen mit der ideologischen Krise, ein konstitutives Moment politischer Krisen ist (Poulantzas 2008 [1979], S. 296f.; S. 301). Zum Zusammenhang der verschiedenen Krisenformen stellt Poulantzas fest, dass sich ökonomische Krisen zu politischen Krisen entwickeln können, dies aber aufgrund der relativen Autonomie des Staates keine automatische Abfolge ist und beide Krisen ihre eigenen Dynamiken haben (ebd., S. 298f.). Beim Zusammenfallen dieser Krisen spricht Poulantzas von einer strukturellen Krise, nicht im wortwörtlich allgemeinen Sinne als Gegenpart von konjunkturell, sondern Gramsci folgend im Sinne einer Hegemoniekrise,

die entweder eintritt, weil die führende Klasse in irgendeiner großen politischen Unternehmung gescheitert ist, für die sie den Konsens der großen Massen mit Gewalt gefordert oder durchgesetzt hat (wie der Krieg) oder weil breite Massen (besonders von Bauern und intellektuellen Kleinbürgern) urplötzlich von der politischen Passivität zu einer gewissen Aktivität übergegangen sind und Forderungen stellen, die in ihrer unorganischen Komplexität eine Revolution darstellen. Man spricht von ‚Autoritätskrise‘, und das eben ist die Hegemoniekrise oder die Krise des Staates in seiner Gesamtheit. (Gramsci 1996, S. 1557)

Politische Krisen sind relativ offene Situationen in deren Folge die bestehende (kapitalistische) Staatsform entweder reproduziert, oder durch eine andere ersetzt werden kann. Darüber hinaus kann daraus unter spezifischen Voraussetzungen daraus auch eine Transformation der Gesellschaftsformation und der Produktionsweise und damit der Umsturz des Kapitalismus folgen (Poulantzas 2008 [1979], S. 295). Dabei betont Poulantzas allerdings, dass Krisen keinen gesetzlichen Abläufen folgen, sondern sich ihr Verlauf immer entlang von sozialen Kämpfen bestimmt und historisch betrachtet eine organische Rolle in der Reproduktion von Klassendominanz spielten (ebd., S. 297).

Konkret hat Poulantzas den Zusammenhang zwischen politischen Krisen und der Veränderung politischer Regime und Staatsformen an verschiedenen historischen Beispielen untersucht, vor allem in Bezug auf den Aufstieg des Faschismus in Deutschland und Italien, die Militärdiktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien in den 1970er Jahren und der Krise der fordistischen Gesellschaftsformation im gleichen Zeitraum. Die staatliche Bearbeitung der fordistischen Krise bezeichnete Poulantzas als „autoritären Etatismus“, womit er

ein gesteigertes Ansichtreiben sämtlicher Bereiche des ökonomisch-gesellschaftlichen Lebens durch den Staat artikuliert [...] mit dem einschneidenden Verfall der Institutionen der politischen Demokratie sowie mit drakonischen und vielfältigen Einschränkungen der sogenannten formalen Freiheit. (Poulantzas 2002 [1978], S. 231)

in den kapitalistisch entwickelten Ländern in Europa und den USA analysierte. Gut dreißig Jahre später sieht Kannankulam in den krisenpolitischen Maßnahmen der Europäischen Union und deren nationalstaatlicher Vermittlung im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff. „deutliche Referenzen zur krisen- und demokratietheoretischen Argumentation“ (Kannankulam 2019, S. 83) Poulantzas' hinsichtlich des autoritären Etatismus und stellt darüber hinaus fest, dass „sich dieser in Krisenzeiten immer wieder feststellbare Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie innerhalb des europäischen Staatsapparate-Ensembles nun auf einem neuen politischen Niveau bewegt“ (ebd.). Der autoritäre Etatismus, der „zugleich auf die politische Krise und die Krise des Staates“ verweist (Poulantzas 2002 [1978], S. 233), charakterisiert sich in vier zentralen Punkten (Kannankulam 2019, S. 84; Oberndorfer 2012, S. 58ff.; 2017, S. 190; Poulantzas 2002 [1978], S. 231ff.): 1) Einer Machtverschiebung von der Legislative und dem Parlament hin zur ausführenden Exekutive und der Verwaltung als „Ordnung der instrumentalistischen Rationalität der Effektivität“ (Poulantzas 2002 [1978], S. 247), 2) einer Unterwerfung des Rechts unter die Exekutive, 3) verlieren die Parteien „als zentrales Organ der Herstellung gesellschaftlicher Hegemonie und als Vermittlungsglieder des politischen Dialogs zwischen Verwaltung, Regierung und Volk“ (Kannankulam 2019, S. 84) an Bedeutung und werden zu „Transmissionsriemen für Entscheidungen der Exekutive“ (Poulantzas 2002 [1978], S. 259) und 4) kommt es zu einer „zunehmenden Verlagerung dieser Vermittlung hin zu parallel operierenden Machtnetzen, die die offiziellen und formalen Wege demokratischer Willensbildung und Partizipation umgehen und sich zusehends ausweiten“ (Kannankulam 2019, S. 84).

Mit Blick auf die EU-Austeritätspolitik ab 2010 spricht Lukas Oberndorfer hinsichtlich der dort implementierten ökonomischen und direkt repressiven Dispositive von einem autoritären Wettbewerbsetatismus, „welcher den Zugriff exekutiver Staatsapparate (unter Einschluss der Regierungen der Nationalstaaten) auf die noch in der nationalstaatlichen

Maßstabsebene verankerten (Grund-)Rechte“ vereinfacht (Oberndorfer 2017, S.194). Dies wiederum geht einher mit der „Entwertung jener politischen Terrains, auf denen die Forderungen der Subalternen noch eine vergleichsweise günstige Resonanz finden“ (z. B. Aufwertung der europäischen Kommission gegenüber dem nationalstaatlichen und europäischen Parlament) (ebd.). Genauer gesagt, bedeutet dies nicht die generelle Aufwertung der Exekutive, sondern vielmehr die Stärkung besonders neoliberaler und maskulinistischer Staatsapparate (ECOFIN-Rat, nationale Finanzministerien, Europäische Zentralbank, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Kommission) (ebd.; Klatzer und Schlager 2019, S. 103) bei gleichzeitiger Abwertung von Staatsapparaten, in denen sich Interessen von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zumindest vergleichsweise gut einschreiben konnten (z. B. Sozialministerien). Zudem ist eine Informalisierung des europäischen Staatsapparate-Ensembles und eine Flexibilisierung in der Relation zwischen den unterschiedlichen Maßstabsebenen (zwischen Rat, Kommission, Nationalregierungen, EZB oder Finanzmärkten) festzustellen, sodass subalterne Forderungen kaum realistische Adressat\*innen finden können bzw. auf verschiedenen *scales* kontrastiert werden (Oberndorfer 2017, S. 196). Darüber hinaus ist auch im autoritären Wettbewerbsetatismus der Abbau der Rechtsstaatlichkeit bzw. eine repressive Konfiguration der Gesetze zu beobachten: zum einen die Aushöhlung demokratischer Grundrechte, wie die massive Einschränkung des Demonstrationsrechts und zum anderen die rechtswidrige Einschreibung neoliberaler Wirtschaftspolitiken in die europäische Verfassung (ebd., S. 197).

Klatzer und Schlager (2019, S. 97) betonen, dass sowohl dieser Umbau der europäischen wirtschaftspolitischen Koordinierungen, als auch die fortschreitende Militarisierung der EU die Geschlechterverhältnisse nachhaltig beeinflussen und die Krise „zur Festigung patriarchaler Hegemonie und hegemonialer Männlichkeit genutzt“ wird:

Mit der EU Governance werden maskuline Steuerungsmechanismen eingeführt bzw. verstärkt und die wirtschaftspolitischen Rezepte beruhen stillschweigend auf feminisierter Kosten- und Risikoabwälzung. Die EU schafft mit der neuen Economic Governance also nicht nur enorme wirtschafts-, sozial- und demokratiepolitische Probleme, sondern auch geschlechterpolitische Probleme und konstitutionalisiert hegemoniale männliche Strukturen. (Klatzer und Schlager 2019, S. 111)

Konkret nehmen sie Bezug auf den Machtzugewinn von finanzpolitischen Institutionen, die von Männern dominiert werden, einer geringen demokratischen Kontrolle unterliegen und damit anfällig für Intransparenz sowie die Beeinflussung durch informelle Machtnetzwerke und wirtschaftliche Lobbys sind und in deren Strukturen und Verfahren hegemonial männliche Wertvorstellungen und Verhaltensmuster eingeschrieben sind<sup>2</sup>

2 Während der Anteil von Frauen und ihr Einfluss in traditionellen demokratischen Institutionen in den letzten Jahren langsam aber stetig zugenommen hat, z. B. das Europaparlament einen Frauenanteil von 40% besitzt, liegt dieser Anteil bei den aufgewerteten finanzpolitischen Institution wie der Europäischen Zentralbank (8% Frauenanteil), dem

(ebd., S. 103 ff.). Parallel zu diesem Ausbau maskulin-autoritärer Strukturen erodieren krisenpolitische Kürzungsmaßnahmen staatliche Unterstützungsleistungen für die vornehmlich von Frauen verrichtete soziale Reproduktionsarbeit, so in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Kindererziehung oder Altersvorsorge. Diese Arbeiten werden hingegen wieder verstärkt in die unentlohnte Privatsphäre verdrängt (Kap. 4.2). Damit werden bereits von Frauen erkämpfte Errungenschaften zurückgedrängt und es findet „ein Umbau von Staat und Politik unter maskulinen Vorzeichen“ statt, während gleichzeitig Machtverhältnisse reproduziert bzw. verstärkt werden, denn die „Krisenverursacher treten als Krisenlöser auf“ (ebd., S. 111).

An diesen Ausführungen wird offensichtlich, dass in dieser politischen und ökonomischen Krise anstelle der Herstellung eines hegemonialen Konsenses unter Einbindung und Desorganisierung der Subalternen verstärkt Zwang und Repression treten. Konnte die Durchsetzung eines neoliberalen Projekts im Rahmen der EU-Integration entgegen Poulantzas' Annahme die damalige Krise auch ideologisch überbrücken, folgte mit der Banken- und Finanzkrisen ab 2008 und den daran geknüpften austeritären Kürzungsmaßnahmen sowohl eine Vertiefung der Widersprüche innerhalb des Blocks an der Macht, als auch ein Bruch des passiven und aktiven Konsenses mit den Subalternen (Oberndorfer 2012, S. 50 ff.). Dieser artikulierte sich in Massenprotesten und Platzbesetzungen (Spanien, Griechenland) und *Riots* (England) als auch mit dem Einzug gegenhegemonialer Kräfte in die nationalen (Syriza) oder lokalstaatlichen Regierungen (Munizipalistische Listen im spanischen Staat). Oberndorfer charakterisiert diese Ereignisse ab 2011 als Phase des autoritären Wettbewerbsetatismus, in der mittels Bearbeitung der Hegemoniekrise des Neoliberalismus in Europa „der Bewegungszyklus ab- bzw. unterbrochen wurde, ‚gefährliche‘ Regierungsprojekte verhindert, zu Fall gebracht oder herrschaftskonform eingepasst werden konnten“ (Oberndorfer 2019, S. 62) und innerhalb der Mitgliedsstaaten eine Verschärfung der Austerität durchgesetzt wurde.

Die repressiven staatlichen Formierungen und daran geknüpften Antworten auf Krisen und soziale Bewegungen können allerdings nicht die Auflösung des relativen gesellschaftlichen Konsenses und die Vertiefung der organischen Krisen (Oberndorfer 2017, S. 199 f.) verhindern, wodurch auch der autoritäre Wettbewerbsstaat „ein Koloss auf tönernen Füßen ist, der sich bei der Flucht auf schwankendem Boden bewegt, was auf der politischen Ebene noch deutlicher wird“ (Poulantzas 2002 [1978], S. 234). So haben die Versuche der Krisenbearbeitungen diese nicht lösen können, sondern diese um ihrer Machterhaltung willen nur verlängert. Dennoch sind auch Krisen keine unbegrenzt offenen Situationen im Sinne eines neutralen Moments, in dem verschiedene gesellschaftliche Gruppen die Lösung in ihrem Interesse aushandeln können, sondern ebenso von Machtstrukturen und -konstellationen durchzogen. Die staatliche Bearbeitung von Krisen

---

Rat der Finanzminister (12%) und der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission (25%) deutlich darunter (Klatzer und Schlager 2019, S. 103 ff).

ist damit durch dessen strukturell kapitalistischen und patriarchalen Charakter begrenzt. Gleichzeitig eröffnen Krisen und damit einhergehende hegemoniale Instabilisierungen und eine Schwächung des Staates auch Möglichkeiten für progressive Veränderungen. „Jede Entdemokratisierungswelle bringt neue Demokratie Momente hervor“ (Buckel 2017, S. 20). In den konsensualen Bruchstellen finden sich mögliche Ansatzpunkte zur Ingangsetzung einer radikalen Transformation des Staates. Dabei kann der Gewinn einer Wahl ein wichtiges Moment sein. Gleichzeitig, so hat etwa die Entwicklung von Syriza in Griechenland gezeigt, bleibt dieser ohne die Veränderung der Kräfteverhältnisse in den Staatsapparaten bzw. der Besetzung der Schaltzentralen der Macht ohne entscheidende Wirkung (Poulantzas 2002 [1978], S. 287). Daran anschließend wirft Poulantzas die zentrale Frage auf,

wie man eine radikale Transformation des Staates in Gang setzen kann, wenn man die Ausweitung und Vertiefung der Freiheiten und der Institutionen der repräsentativen Demokratie mit der Entfaltung von Formen der direkten Demokratie und von Selbstverwaltungszentren verbindet? (Poulantzas 2002 [1978], S. 283)

Auch wenn er diesbezüglich einige kursorische Anmerkungen zum Verhältnis von Basisdemokratie und repräsentativer Demokratie gibt, kann er diese Frage nicht abschließend beantworten und stellt stattdessen fest:

Welche Lösung gibt es und welche Antworten soll man geben? Die Verweise im Laufe des ganzen Textes und die zahlreichen Arbeiten, Untersuchungen und Diskussion überall in Europa, sowie die gegenwärtigen partiellen Experimente (Selbstverwaltungsexperimente auf regionalem und kommunalem Niveau) sind keine Lösungen oder Rezepte. Denn die Antworten auf diese Fragen gibt es noch nicht. (Poulantzas 2002 [1978], S. 293 f.)

### 3.5 What's left for the state?

Wie so oft in der Frage nach emanzipatorischer Veränderung bewährt sich also auch hier der aus den Lacandonischen Wäldern Chiapas' um die Welt gegangene Satz „Preguntando caminamos“ – fragend schreiten wir voran. Dennoch eröffnen staatstheoretische Perspektiven diesbezüglich wichtige Erkenntnisse, die mit Rückgriff auf die Ausgangsfrage nach den Möglichkeiten progressiver Stadtregierungen eine zentrale Rolle spielen. Abstrakt wurde an dieser Stelle festgehalten, dass eine Übernahme der Staatsmacht nicht ausreicht, sondern vielmehr die Materialität des kapitalistischen Staates verändert werden muss (ebd.).

Daher bedarf es also nicht nur (kurzfristiger) Wahlerfolge und der Besetzung von (Regierungs-)Ämtern. Vielmehr sind für eine emanzipatorische Transformation ein struktureller

Wandel der Institutionen sowie die Stärkung basisdemokratischer Ansätze notwendig, für die es mittel- und langfristiger Strategien bedarf (Pühretmayer 2017, S. 121). Ähnlich betont Zelik, dass eine Veränderung der Institutionen nicht an der Übernahme von Ämtern oder bürokratischer Posten zu messen ist, „bei der sich Akteure erfahrungsgemäß stärker verändern als die Strukturen, sondern als widerständige Praxis, die daran zu messen ist, ob sie Kräfteverhältnisse verschiebt, staatliche Prozeduren demokratisiert und die politische Kultur transformiert“ (Zelik 2020, S. 304). In der Bestimmung des Verhältnisses außerstaatlicher Selbstorganisationsprozesse zu staatlichen Institutionen in gesellschaftlichen Transformationsprozessen erweist sich ein Rückgriff auf Joachim Hirschs Überlegungen zu einem radikalen Reformismus gewinnbringend, wonach emanzipatorische Veränderungen von gesellschaftlichen Bewegungen ausgehen müssen und nicht vom Staat, da dieser eben nicht neutral, sondern strukturell kapitalistisch ist (Hirsch 2013). Gleichzeitig aber ist der Staat relevant für emanzipatorische Politiken, da auch auf dieser Ebene Bedingungen für gesellschaftliche Veränderungsprozesse geschaffen werden, etwa über materielle Umverteilungen. Auseinandersetzungen um emanzipatorische Alternativen zum Neoliberalismus müssen demnach „innerhalb und gegen den Staat“ (ebd., S. 107) geführt werden.

Im Interesse der vorliegenden Arbeit können verschiedene Fragen aus diesem theoretischen Kapitel abgeleitet werden: Wie wirkt sich die Materialität des (Lokal-)Staates auf die Versuche der transformatorischen Politik und den Alltag progressiver Regierungen aus? Konnten Interessen subalternen Akteur\*innen in den (Lokal-)Staat eingeschrieben werden und strategische Selektivitäten verschoben werden? Wenn ja, mittels welcher mittel- und langfristigen Strategien und aus welchem Verhältnis von parlamentarischen und außerparlamentarischen Akteur\*innen heraus? Konnte darüber hinaus die Materialität des (Lokal-)Staates verändert werden, etwa hinsichtlich der Punkte Demokratisierung und Geschlechtergerechtigkeit? An die Ausführungen zum Zusammenhang von Staat und Raum anknüpfend fragt die vorliegende Arbeit außerdem danach, welche skalaren und räumlichen Selektivitäten sich in Folge der Krise ab 2008 und der Austeritätspolitik geformt und durchgesetzt haben. Damit verbunden ist die Frage, welche räumlichen Redimensionierungsprozesse subalterne und emanzipatorische Akteur\*innen vorantreiben und in welchem Verhältnis diese zu den hegemonialen Projekten stehen.





## 4 Soziale Reproduktion aus materialistisch-feministischer Perspektive

If workers' labor produces all the wealth in society, who then produces the worker? Put another way: What kinds of processes enable the worker to arrive at the doors of her place of work every day so that she can produce the wealth of society? What role did breakfast play in her work-readiness? What about good night's sleep? (Bhattacharya 2017, S. 1)

Die angerissene Kritik an der Blindheit Harveys gegenüber Geschlechterverhältnissen begleitet die marxistische Theoriearbeit nicht erst mit Bezug auf dessen Grundlagenbildung eines historisch-geographischen Materialismus. Die Frage nach der Beziehung von Klasse und Geschlecht stellt ein langwährendes Konfliktfeld dar, weshalb Heidi Hartmann Ende der 1970er auch von der „Unhappy marriage of Marxism and Feminism“ (Hartmann 1979) sprach. Aber genauso wie bei Harvey gibt es in der materialistischen Theorie generelle Anknüpfungspunkte, um die verschiedenen Standpunkte zu verbinden und in ein Verhältnis zu setzen, ohne einer dieser Kategorien bzw. Verhältnisse einen deterministischen Vorrang zu geben. Aufbauend auf Diskussionen und Kämpfe in den 1970er Jahren, entspinnt sich seit einigen Jahren eine vitale Diskussion um die Sphäre der sozialen Reproduktion, die das Potenzial bietet, Verbindungslinien offenzulegen und neue Perspektiven aus der Sicht eines materialistischen Feminismus zu ermöglichen (Beier et al. 2018). Unter dem Begriff soziale Reproduktion versteht Gabriele Winker „alle sozialen Praxen, die erforderlich sind, um menschliche Arbeitskraft (wieder)herzustellen“ (2015, S. 92). Etwas konkreter beschreiben Barbara Laslett und Johanna Brenner soziale Reproduktion als

the activities and attitudes, behaviors and emotions, responsibilities and relationships directly involved in the maintenance of life on a daily basis, and intergenerationally. Among other things, social reproduction includes how food, clothing, and shelter are made available for immediate consumption, the ways in which the care and socialization of children are provided, the care of the infirm and elderly, and the social organization of sexuality. (Laslett und Brenner 1989, S. 382f.)

Die soziale Reproduktion beschreibt also grundlegend „how we live“ (Mitchell et al. 2003, S. 416). Darüber hinaus bleibt der Begriff nicht bei einer losen Beschreibung stehen, sondern setzt diesen „fleshy, messy, and indeterminate stuff of everyday life“ (Katz 2001, S. 711) in ein dialektisches Verhältnis mit der zu reproduzierenden Gesellschaft. Dabei werden mittels der sozialen Reproduktion, so Winker (2015, S. 91), „gleichzeitig die bestehenden Normen und Herrschaftsverhältnisse reproduziert“. Für den Kapitalismus als vorherrschende gesellschaftliche Produktionsweise ist die Reproduktion der Menschen als Arbeitskräfte somit unabdinglich und Bedingung für den fortlaufenden Produktionsprozess.

Davon ausgehend werden im vorliegenden Kapitel marxistische Debatten um das Verhältnis bezahlter Lohnarbeit und zumeist unentlohnter Reproduktionsarbeit nachgezeichnet und darauf aufbauend die Entstehung und Entwicklung vergeschlechtlichter Arbeitsteilung analysiert und um raumsensible Ausführungen erweitert. Die Fokussierung auf die soziale Reproduktion soll sich nicht in einer Betrachtung bestimmter nicht-kommodifizierter Tätigkeiten erschöpfen und auch keine einfache theoretische Addition zu den bisherigen Ausführungen darstellen. Strauss und Mehan folgend stellt die soziale Reproduktion vielmehr einen produktiven Rahmen bereit und ermöglicht dadurch über die skizzierten theoretischen Begrenzungen hinauszugehen:

Social reproduction provides a framework for examining the interaction of paid labor and unpaid work in the reproduction of bodies, households, communities, societies, and environments and the ways in which these activities are organized to support — or undermine — human flourishing. (Strauss und Mehan 2015, S. 1)

Das vorliegende Kapitel versucht damit, primär über die Bestimmung der sozialen Reproduktion und der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung im Kontext der kapitalistischen Produktionsverhältnisse weitere Anschlüsse für Harveys Theorie freizulegen. Dabei können vor allem entlang des Krisenbegriffs, aber auch mit Blick auf die Rolle von Raumproduktions- und konkreten Urbanisierungsprozessen Schnittmengen ausgemacht werden. Zudem wird die bereits im vorangegangenen Kapitel vorgenommene Konzeptualisierung des Staates aus feministischer Perspektive wiederaufgenommen und als eine konkret wirkende Struktur in der Ausgestaltung und Aushandlung der sozialen Reproduktion gesetzt. Auf dieser theoretischen Grundlage sollen im späteren Verlauf der Arbeit die Fragen beantwortet werden, inwieweit im Fallbeispiel die soziale Reproduktion durch die Krise(n) und staatliche Politiken rekonfiguriert wurde, ob und welche Formen der alltäglichen Selbstermächtigung und Solidarität in diesen Rekonfigurationsmomenten entstanden sind und welches Transformationspotenzial in Kämpfen um die soziale Reproduktion liegt.

## **4.1 Soziale Reproduktion und Marxismus**

Obwohl Marx feststellte, dass Arbeiter\*innen die unentbehrlichsten Produktionsmittel der Kapitalist\*innen sind und auch Engels formuliert, dass nach der materialistischen Geschichtsauffassung die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens die in letzter Instanz bestimmenden Momente der Geschichte sind (Engels 1962 [1884], S. 27), konnten beide keinen adäquaten Begriff der Reproduktion entwickeln, der über den Prozess der Warenproduktion hinausgeht. So bedarf es nach Marx zur Reproduktion des Individuums bzw. der Arbeitskraft „einer gewissen Summe von Lebensmitteln“ und dieser „Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel“, ist letztendlich der Wert der Arbeitskraft, der sich in der bezahlten Arbeit ausdrückt (Marx 1962

[1867], S. 185). Engels ergänzt zu dieser rein materiellen Reproduktion, basierend auf der Erzeugung und Konsumtion von Nahrungsmitteln, Kleidung oder Wohnraum noch die „Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung“ und koppelt letzteren Prozess an biologische und gesellschaftliche Faktoren von geschlechtlicher Arbeitsteilung und Familie (Engels 1962 [1884], S. 28). Neben dem generativen Aspekt wird zwischen den Prozessen der Warenproduktion und der Reproduktion von Arbeitskraft im Wesentlichen nicht unterschieden, „beide entstehen sozusagen auf demselben Fließband“ (Federici 2015, S. 27)<sup>1</sup>. Aber, in Anlehnung an das Kapitel einleitende Zitat, wird mit dieser Perspektive ausgeblendet, wie die gekaufte Kleidung gewaschen und gebügelt und die Nahrung zu Essen verarbeitet wird, wie der Wohnraum in Stand gehalten und die Arbeiter\*innen emotional und edukatorisch versorgt werden, damit sie am nächsten Tag auch wieder zur Arbeit erscheinen können. Vor allem wird darin auch die Frage ignoriert, wer für diese Aufgaben zuständig ist. Die verstärkte theoretische Auseinandersetzung mit der sozialen Reproduktion offenbart und kritisiert eine Verengung des Arbeitsbegriffs marxistischer Studien auf die wertschöpfende Arbeit und die Beschränkung der Analyse gesellschaftlicher Prozesse auf die Form der Warenproduktion. Für Susan Ferguson kommt es zu einem unvollständigen Verständnis vom Kapitalismus,

if we treat it as simply an economic system involving workers and owners, and fail to examine the ways in which wider social reproduction of the system — that is the daily and generational reproductive labor that occurs in households, schools, hospitals, prisons, and so on — sustains the drive for accumulation. (Ferguson nach Bhattacharya 2017, S. 2)

Feministisch-materialistische Ansätze versuchen daher die gesellschaftliche Reproduktion der Arbeitskraft stärker in den kapitalistischen Reproduktionsprozess einzubetten und betonen dabei, dass die Reproduktion der Arbeitskraft – neben der Bereitstellung von Produktionsmitteln und der Sicherstellung von kapitalistischen Eigentumsverhältnissen – überhaupt Voraussetzung für die Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften ist (Winker 2015, S. 91). Zentral dabei ist, dass dem Gros dieser notwendigen Reproduktionsarbeit kein ökonomischer Wert beigemessen wird und die oftmals im Haushalt verrichtete Arbeit so unentlohnt und vom ökonomischen Standpunkt aus unsichtbar wird:

In capitalist societies, much, though not all, of this activity goes on outside the market — in households, neighbourhoods, civil-society associations, informal networks, and public institutions such as schools; relatively little of it takes the form of wage labor. Unwaged social reproductive activity is necessary to the existence of

<sup>1</sup> Gleichzeitig erklärt Federici diese Leerstelle in der Theorie durch die historischen Umstände, wonach die Vorrangigkeit von Marx und Engels untersuchte Lage der arbeitenden Klasse in England nicht durch eine voll ausgeprägte geschlechtliche Arbeitsteilung geprägt war, sondern vielmehr durch eine untergeordnete Rolle des Haushaltes bei gleichzeitig Anstellung der meisten Frauen (auch Ehefrauen und Mütter) in den Fabriken und damit verbundene 12 bis 14 Stunden Schichten (Federici 2015, S. 28).

waged work, the accumulation of surplus value, and the functioning of capitalism as such. (Fraser 2017a, S. 23)

Nach Moore (2020, S. 103) betragen die quantitativen Schätzungen für unbezahlte geleistete menschliche Reproduktionstätigkeiten zwischen 70 und 80% des weltweiten Bruttoinlandsproduktes. Diese Arbeit wird überwiegend von Frauen geleistet, womit die Abspaltung und Geringschätzung reproduktiver Tätigkeiten einhergeht mit der Vergelechtlichung der Arbeitsteilung (Kap. 4.2).

Werttheoretische Diskussionen um die Reproduktionsarbeit, welche in den 1970er Jahren verstärkte Konjunktur hatten und aktuell wieder intensiv geführt werden, drehen und drehen sich daher um die Fragen nach Erweiterungen oder Intensivierungen der marxistischen Theorie um die Form der sozialen Reproduktion und damit verbunden der Ausbeutung vornehmlich weiblicher Arbeit. Einen hohen Bekanntheitsgrad hat dabei auch heute noch die 1972 international gestartete Kampagne „Lohn für Hausarbeit“, in die bekannte Feminist\*innen wie Mariarosa Dalla Costa, Selma James und Silvia Federici involviert waren. Diese ging inhaltlich über die realpolitische Forderung des Kampagnentitels hinaus und forderte sowohl eine Sichtbarmachung der Reproduktionsarbeit, als auch die Anerkennung dieser Arbeit als Teil des Klassenkampfes (Dalla Costa und James 2019 [1972]; Federici 1975). Die geforderte monetäre Anerkennung sollte dazu dienen, die Reproduktionsarbeit bzw. den Haushalt als Ort des Widerstands zum Kapital zu setzen und „die Hausarbeit auf der gleichen Ebene wie die Fabrikarbeit bekämpfen zu können“ (Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft 2016). Diese Ziele richteten sich nicht etwa nur an die bürgerliche Öffentlichkeit, sondern auch nach innen, an die linken und marxistischen Strukturen, die solchen Perspektiven bis dato nicht den nötigen Stellenwert einräumten. Darin situiert ist auch das berühmte Zitat von Dalla Costa: „Wenn sich die Hälfte der Bevölkerung zuhause in der Küche aufhält, während die andere Hälfte streikt, dann handelt es sich nicht um einen Generalstreik“ (Dalla Costa 2019a [1975], S. 54).

Damit zusammen fielen auch Diskussionen, wie der Charakter der Reproduktionsarbeit (wert)theoretisch zu fassen sei, wobei u. a. Dalla Costa, James und Federici „Hausarbeit“ nicht nur als gebrauchswert- sondern als tauschwertschaffende Arbeit definierten, da diese die Ware Arbeitskraft produziere, die wiederum für den Produktionsprozess unabdingbar sei (Dalla Costa und James 2019 [1972], S. 34). Neben anderen Theoretiker\*innen argumentierte Lise Vogel in ihrem 1983 erschienenen Buch „Marxism and the Oppression of Women – Toward a Unitary Theory“ gegen diese These und betonte, dass Arbeit im Haushalt nicht kommodifizierbar ist und ausschließlich Gebrauchswert erzeugt, aber keine für Kapitalist\*innen mehrwerterzeugenden Waren (Vogel 2019 [1983]). Vielmehr konzentrierte sich Vogel darauf, das notwendige, aber grundsätzlich widersprüchliche Verhältnis zwischen Reproduktion der Arbeitskraft und kapitalistischer Wertschöpfung auf den Punkt zu bringen:

Hausarbeit spielt in der kapitalistischen gesellschaftlichen Reproduktion tatsächlich eine höchst widersprüchliche Rolle. Sie ist einerseits eine wesentliche Bedingung für den Kapitalismus. Wenn kapitalistische Produktion stattfinden soll, muss Arbeitskraft vorhanden sein, und wenn Arbeitskraft verfügbar sein soll, dann muss Hausarbeit geleistet werden. Andererseits steht Hausarbeit dem kapitalistischen Profitstreben im Weg, da sie die Verfügbarkeit von Arbeitskraft begrenzt. Aus Sicht des Kapitals ist Hausarbeit unersetzlich und Hindernis der Akkumulation zugleich. Langfristig versucht die kapitalistische Klasse die Reproduktion der Arbeitskraft auf einem niedrigen Kostenniveau zu stabilisieren und Hausarbeit auf ein Minimum zu reduzieren. (Vogel 2019 [1983], S. 225)

Dieser grundlegende Widerspruch der Reproduktionsarbeit als Akkumulationsbarriere muss noch etwas ausdifferenziert werden. Generell kann festgestellt werden, dass die notwendige Haus- und darüberhinausgehende Reproduktionsarbeit Zeit und Energie kosten, die den Träger\*innen der Arbeitskraft dann für die Lohnarbeit fehlen und somit den Stamm an potentiell verfügbaren Arbeitskräften schmälert. Dem kann mit einer Reduzierung der Reproduktionsaufgaben begegnet werden, was häufig über eine Vergesellschaftung und Technisierung der Aufgaben geschieht, z. B. über Wäschereien, Fast-Food-Ketten, Schulen und Gesundheitsversorgung durch staatliche Stellen:

Wer den eigenen Garten pflegt, das Feuerholz selbst hackt, sich das Essen selbst kocht und zehn Kilometer zu Fuß zur Arbeit geht, hat weniger Zeit und Energie für Lohnarbeit, als wenn er die Lebensmittel im Supermarkt kauft, eine Wohnung mit Zentralheizung bewohnt, zum Essen ins Restaurant geht und den öffentlichen Nahverkehr für den Weg zur Arbeit nutzt. (Vogel 2019 [1983], S. 222)

Darüber hinaus können solche Aufgaben auf institutionalisierte Gruppen abgewälzt (z. B. Gefängnisarbeit oder Armee) oder *outsourct* werden, wobei diese Arbeit vor allem an Migrant\*innen delegiert wird, wie im Rahmen von *Global Care Chains* (ebd., S. 36). Doch sind diese Reduktionsmechanismen ebenfalls mit verschiedenen Schranken verbunden. Generell und vor allem in Krisenzeiten tendiert der Drang zur Kapitalakkumulation dazu, die Grundlagen der sozialen Reproduktion zu destabilisieren. Durch die Forderung von Kürzungen in der öffentlichen Versorgung bei gleichzeitiger Rekrutierung von immer mehr Arbeitskräften für den Arbeitsmarkt werden die sozialen Kapazitäten – sowohl im häuslichen als auch im öffentlichen Bereich – beeinträchtigt, die erforderlich sind, um die Akkumulation langfristig aufrechtzuerhalten (Fraser 2017a, S. 24). Etwa wenn der öffentliche Transport zur Arbeit nicht mehr gewährleistet bzw. durch eine Privatisierung zu teuer geworden ist, wenn die Heizung zwar funktioniert, die Wohnung aber weit entfernt vom Arbeitsplatz ist, weil es an sozialverträglichem oder staatlich unterstütztem Wohnraum mangelt oder wenn eine adäquate Betreuung für die Kinder fehlt, da es zu wenige Kitas gibt oder Schulen privatisiert wurden. Gleich-

zeitig leidet darunter die Ausbildung der Arbeitskraft selbst und wenn den Unternehmen nicht genügend qualifizierte, flexible, motivierte und gesunde Fachkräfte zur Verfügung stehen, beeinträchtigt dies die Kapitalverwertung (Winker 2015, S. 91). Darüber hinaus können auf Grund ökonomischer Widersprüche Reproduktionsaufgaben nicht vollkommen im Kapitalismus vergesellschaftet werden, da diese schlichtweg zu teuer bzw. unrentabel wären. Haller beschreibt, dass vor allem Fürsorge- und Versorgungstätigkeiten, welche sich durch Beziehungsförmigkeit, emotionale Hingabe und asymmetrische Austauschbeziehungen charakterisieren, kaum in die Wertform überführt werden und Mehrwert schaffen können, da bei diesen körper- und zeitintensiven Tätigkeiten „Produktion und Konsumtion zusammenfallen und somit eine Optimierung der Arbeitsabläufe nur durch die Verkürzung der Konsumtionsdauer zu erreichen ist“ (Haller 2018, S. 77). Profite können in diesen Bereichen lediglich über Lohnkosten erwirtschaftet werden, die aber wiederum durch diese Charakterisierung nur schwer zu senken sind, wodurch „die Konsumtion personengebundener Dienstleistungen im Vergleich zur Konsumtion von Gütern recht teuer“ (ebd.) erscheint. Die gesellschaftliche Reproduktion kann also nicht gänzlich kapitalisiert werden, „da die[s] eine steigende Wertzusammensetzung des Kapitals nach sich ziehen und eine Situation anzeigen [würde], in der das Kapital einen größeren Anteil seiner eigenen Kosten tragen muss“ (Moore 2020, S. 112). Diese Widersprüche führen zu Krisen der Reproduktion, die sich auf der Makroebene als das systemische Versagen der sozialen und biologischen Regeneration von Lebens- und Arbeitskraft und dem Zusammenhalten einer sozialen Struktur offenbart. Auf der Mikroebene artikulieren sich diese Krisen in einer größer werdenden Kluft zwischen den reproduktiven Bedürfnissen und den vorhandenen Kapazitäten und Fähigkeiten, die es zunehmend verunmöglicht, sich selbst nach individuellen und sozialen Bedürfnissen zu reproduzieren (Mulvaney 2013, S. 37).

Daran anschließend fragen die neueren Debatten um die soziale Reproduktion nach der gesellschaftlichen Bedeutung der Reproduktionsarbeit für das Kapital, den damit verbundenen konkreten sozialen Umständen, unter denen die Träger\*innen der Arbeitskraft reproduziert werden, und den generellen und konkreten Widersprüchen, die sich aus diesen Verhältnissen ergeben (Dück und Hajek 2019a; Ferguson und McNally 2019 [2013], S. 286f.). Kipka und Streichhahn setzen diese Widersprüche als sozial vermittelte und umkämpfte Verhältnisse und erweitern daran anschließend das Verständnis von Klassenkämpfen über die Lohnsphäre hinaus auf Auseinandersetzungen im öffentlichen Reproduktionssektor, etwa in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, da diese Leistungen direkt oder indirekt vom Mehrwert abgezogen werden (Kipka und Streichhahn 2019, S. 585). Darüber hinaus betonen Dück und Hajek, dass eine einfache werttheoretische Ableitung der Reproduktionserfordernisse es nicht ermöglicht, soziale Reproduktion „als ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis zu verstehen“ und davon ausgehend zu analysieren, „mit welchen konkreten Arbeitsteilungen, heteronormativen Institutionalisierungen, Geschlechter-, Unterdrückungs- und Gewaltverhältnissen sowie vergeschlechtlichten

Anrufungen die Organisation von sozialer Reproduktion verbunden ist und – nicht zuletzt – wie sich diese reproduziert“ (Dück und Hajek 2019b, S. 594). Um Reproduktion theoretisch adäquat als soziales Verhältnis im Zusammenhang von Ökonomie, Politik und Ideologie zu fassen, müssten demnach Prozesse der Subjektivierung und hegemonialer Geschlechterdiskurse stärker miteinbezogen werden (Dück und Hajek 2018, S. 219). Jason Moore geht in seinem Buch „Kapitalismus im Lebensnetz“ (2020) insofern noch einen Schritt weiter, dass er zwar aus werttheoretischer Sicht argumentiert, dabei aber eine grundlegende Erweiterung vornimmt, in der er Kapitalakkumulation und die Erfindung und (Aus-)Nutzung von Arbeit und Rohstoffen, die außerhalb des Warensystems stehen, in ein dialektisch, ko-konstitutives Verhältnis setzt. Dabei verschiebt er den Analysefokus des Verhältnisses auf die Reproduktionsbedingungen:

Auf der anderen Seite funktioniert die Ausbeutung nur in dem Maße, in dem ihre Reproduktionskosten kontrolliert werden können. Der Fehler besteht darin, den Kapitalismus durch Lohnarbeit und mehr noch durch den Weltmarkt definiert zu betrachten. Die entscheidende Frage jedoch dreht sich um die historisch-geographischen Verbindungen zwischen der Lohnarbeit und unumgänglichen Bedingungen erweiterter Reproduktion. Diese Bedingungen beruhen auf einem massiven Beitrag unbezahlter Arbeit, die außerhalb des Warensystems stattfindet, für dessen allgemeine Durchsetzung aber notwendig ist. (Moore 2020, S. 32)

Festgehalten werden kann also, dass die soziale Reproduktion eine notwendige und widersprüchliche Bedingung der Kapitalakkumulation darstellt. Die hegemoniale Produktionsweise, in unserem Fall der Kapitalismus, hat damit also entscheidenden Einfluss darauf, wie wir uns als Menschen und als Arbeitskräfte reproduzieren. Damit einher gehen politische, materielle, diskursive und ideologische Auseinandersetzungen und verbundene Subjektivierungen, in denen um die Zuweisung der nicht-entlohnten Arbeit gerungen wird. Dies ist nicht als reine Ableitung der Kapitalbedürfnisse, sondern im ko-konstitutiven Sinne zu verstehen. „Veränderungen in der Produktionsweise lösen Veränderungen in der Reproduktionsweise aus“ (Vogel 2019 [1983], S. 60), aber Veränderungen in der Reproduktionsweise lösen wiederum auch Veränderungen in der Produktionsweise aus. Die Betonung der Reproduktion und einer nicht-kommodifizierten Sphäre eröffnet zudem den Blick für Subjektivierungsprozesse und soziale, affektive, emotionale und materielle Praxen, die über eine reine Bestimmung durch die Kapitallogik hinausgehen.

## **4.2 Reproduktion und vergeschlechtlichte Arbeitsteilung**

Zentraler Punkt für die theoretische und beispielsweise im Rahmen der „Lohn für Hausarbeit“-Kampagne auch praktische Fokussierung auf die soziale Reproduktion ist die davon ausgehende Erklärungskraft für die Bestimmung der Frauenunterdrückung im



Kapitalismus. Während patriarchatslogische Zugänge, hierbei vor allem die „Dual-System-Theorie“ von Heidi Hartmann (Hartmann 1979), zwischen Patriarchat und Kapitalismus als zwei autonome aber miteinander verwobene Unterdrückungssysteme unterscheiden und die Ungleichverteilung reproduktiver Tätigkeiten und die damit verbundene Unterordnung von Frauen im Patriarchat verorten, sehen werttheoretische Ansätze die konkreten Wurzeln der Frauenunterdrückung im Kapitalismus durch die Stellung von Frauen im Prozess der sozialen Reproduktion bestimmt (Dück und Hajek 2019a; Vogel 2019 [1983]). Nach Vogel leiden die patriarchatslogischen Zugänge trotz der „Beteuerungen einer ‚untrennbaren Beziehung‘ zwischen Geschlecht und Klasse“, unter einer mangelnden Bestimmung der Beziehung zwischen den Unterdrückungsverhältnissen (Vogel 2019 [1983], S. 187f.). Einen interessanten Ansatz der Zusammenführung von Kapitalismus und Patriarchat verfolgt die Philosophin Eva von Redecker mit dem Konzept der Sachherrschaft. Aus historischer Perspektive interpretiert sie die Verfolgung und Verbannung von Frauen als Hexen im Mittelalter nicht nur als eine direkte Antwort auf deren Rolle in der lokalen Gemeinschaft und Hüter\*innen der Allmende (Kap. 2.1), sondern darüber hinaus als die notwendige Legitimation der Durchsetzung der neuen Eigentumsordnung im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus (Redecker 2020, S. 28). Da die Majorität der frühmodernen Bevölkerung überhaupt kein Eigentum hatte, über das sie hätte verfügen können, erschien das daran geknüpfte Freiheitsversprechen auch nicht sonderlich attraktiv. Ein Teil dieser Besitzlosen, allen voran weiße Männer, wurden durch die Verdinglichung sozialer Beziehungen zu Sachherrschern gegenüber „fiktivem Eigentum“. Mittels der Institutionen der patriarchalen Ehe konnten sie über Ehefrauen verfügen und „die Ehe unter Vormundschaft gewährte jedem Ehemann den Zugang zu einem Stück eingehegten Leben“ (ebd., S. 31). Damit verbunden wurden die „vormodernen Geschlechterbeziehungen in eine neue Form“ überführt, „die dem Verhältnis zwischen souveränem Eigentümer und verfügbarer Ressource entsprach“ (ebd.), in dem der Mann über die Reproduktionsfähigkeit der Frau (Frage welche Arbeit sie verrichtet, sexueller Zugriff, Nachkommen) bestimmte. Weitergehend sieht Redecker in dieser Verknüpfung von Patriarchat und Eigentum einen der Gründe, warum Reproduktionsarbeit auch heute noch zumeist vergeschlechtlicht und unentlohnt verrichtet wird: „Historisch war die weibliche Reproduktionsarbeit fiktives Eigentum der Männer. Das verschleiert ihren Charakter als Arbeit zum Teil bis heute. Die Sorgetätigkeiten wurden wie Eigenschaften, nicht wie Leistungen der Frauen betrachtet“ (ebd., S. 77).

Lise Vogel (2019 [1983]) selbst versucht das konkrete Verhältnis zwischen Patriarchat und Kapitalismus aus der Bedeutung der sozialen Reproduktion für die Produktionsweise, als (Wieder-)Herstellung von Arbeitskräften – und dabei primär die „Erneuerung einer unterdrückten Klasse von unmittelbaren Produzenten“ (ebd., S. 188) – herzuleiten. Darin spielt die Gebärfähigkeit von Frauen eine entscheidende Rolle, um die generationelle Erneuerung von Klassen zu gewährleisten. Vogel betont auch, dass dies keine biologisch determinierte oder natürliche Zuteilung, sondern ein aktiv produziertes Verhält-

nis ist. Für diese Argumentation unterscheidet die feministische Soziologin zwischen drei Bereichen der Reproduktion von Arbeitskraft in Klassengesellschaften: Erstens die Aufrechterhaltung der bereits verfügbaren Arbeitskräfte über die individuelle Konsumtion (z. B. Lebensmittel, Kleider), zweitens die Pflege, Erziehung und Aufrechterhaltung derer, die nicht Teil der Arbeiter\*innenschaft sind (weil zu jung, zu alt, krank oder in Reproduktionsaufgaben eingebunden) und drittens die Erneuerung bzw. generative Reproduktion der Arbeiter\*innenschaft (durch Geburten oder Migration) (ebd., S. 206 ff.). Dabei ist nur der dritte Bereich aufgrund der biologischen Voraussetzungen an eine minimale und temporär begrenzte geschlechtliche Arbeitsteilung gebunden, die im Anschluss von Schwangerschaft und Geburt wieder aufgehoben werden könnte. Darüber hinaus gibt es keine materielle (oder biologische) Grundlage für die Aufrechterhaltung der Arbeitsteilung, wonach Frauen aufgrund einer vermeintlichen Natur fürsorglicher wären oder mehr Liebe in der Erziehung und Pflege aufbringen könnten. Ebenso sind andersgeartete Hausarbeiten keine essentiell weiblichen Arbeiten, infolgedessen etwa Männer vom Staubsaugen schneller oder stärker erschöpft wären oder im Gegenzug Frauen durch einen sauberen Teppich eine stärkere Erfüllung erfahren würden. Vielmehr macht der im Rahmen der „Lohn für Hausarbeit“-Kampagne bekannt gewordene Slogan „Sie nennen es Liebe. Wir nennen es unbezahlte Arbeit.“ (Federici 1975) deutlich, dass die Arbeitsteilung in ihrer Geschlechtsspezifität nicht naturgegeben ist, „sondern historisch im Laufe der Entstehung von Klassen- und männlich dominierten Gesellschaften entstanden und im Kapitalismus der Kernfamilie institutionalisiert“ (Streichhahn 2019, S. 32) worden ist. Familie, Haushalt und Heterosexualität sind die günstigsten und effizientesten Formen zur Reproduktion der Arbeitskräfte, die durch geschichtliche Entwicklungen, staatliche Institutionen und Ideologie geformt wurden. Durch die geschlechtsspezifische Situierung der Reproduktionsarbeit in der Familie kann diese als unsichtbar, natürlich sowie unentlohnt charakterisiert und über heterosexuelle Familien- und Beziehungsmodelle die generationelle Erneuerung der Arbeitskraft abgesichert werden. Das heißt keineswegs, dass der Kapitalismus diese Formen für seine Zwecke erst geschaffen hat, sondern dass bereits vor dem Kapitalismus bestehende Familienformen „von der Arbeiterklasse aus Sorge um ihre Verwandtschaftsbeziehungen verteidigt und zudem von den kapitalistischen Staaten durch eine bewusste Sozialpolitik gefestigt wurden“ (Ferguson und McNally 2019 [2013], S. 286). Entsprechend sind auch diese Verhältnisse veränderbar, sowohl durch veränderte Akkumulationsbedingungen als auch durch soziale und feministische Kämpfe rund um die Reproduktionssphäre, die jeweils vorrangig in Krisenzeiten evident werden.

Konkret identifiziert Nancy Fraser (2017a) diesbezüglich für die kapitalistische Geschichte drei auseinander hervorgehende Regime des widersprüchlichen Reproduktion-Produktion-Verhältnisses. Die erste Phase charakterisiert sie als Regime eines liberalen Wettbewerbskapitalismus des 19. Jahrhunderts, der durch industrielle Ausbeutung in Europa und koloniale Expropriationen der Peripherie gekennzeichnet war. Der Widerspruch

zwischen Produktion und Reproduktion spitzte sich in dieser Phase extrem zu, da sowohl Frauen, Männer als auch Kinder als billige Arbeitskräfte in den Fabriken und Minen angestellt waren. Die zeitintensive, schlecht bezahlte und körperlich erschöpfende Arbeit führte zu einer Reproduktionslücke in armen und Arbeiter\*innenklassehaushalten, die sich kaum regenerieren konnten. Zudem schreibt Fraser von einer zweiten, moralischen Krise der Mittelklasse, die sich Sorgen um die Zerstörung der Familie und die Defeminisierung proletarischer Frauen machte (Fraser 2017a, S. 26). Die Antwort auf diese Krisen und die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Arbeiter\*innenaufstände waren ansteigende Löhne, die Verkürzung des Arbeitstages, das Verbot von Kinderarbeit und die Einführung der Schulpflicht<sup>2</sup>. Diese verbesserten Arbeitsbedingungen und die begrenzten Investitionen in die soziale Reproduktion hatten zur Folge, dass sich die „Industriearbeiterin in eine Vollzeithausfrau“ (Federici 2015, S. 30) verwandelte. Frauen wurden, auch auf Forderungen der Gewerkschaften hin, aus den Fabriken heraus- und in eine Rolle der Frau als Mutter und Hausfrau hineingedrängt, die durch das gesteigerte Gehalt des arbeitenden Ehemannes mitfinanziert wird. Diese „Hausfrauisierung“ (Mies 2019 [1983]) und die Entstehung der modernen Familie gingen einher mit der Herausbildung einer neuen, privat-häuslichen Sphäre, in der Frauen die unentlohnte Hausarbeit verrichteten (Curcio 2020, S. 7; Federici 2015, S. 30f.). In der global-kapitalistischen Peripherie wurden präkapitalistische Familiengemeinschaften und ihre Produktions- und Reproduktionsstrukturen – auch mit der Legitimation, dass diese ur-patriarchale Strukturen seien – durch Plünderungen von Nahrung, Textilien, Mineralien und Ressourcen sowie Sklaverei zerstört, durch die die Ausbeutung der metropolitenen Industriearbeiter\*innen erst profitabel wurde (Fraser 2017a, S. 26).

Eine zweite Phase macht Fraser im staatlich geregelten Kapitalismus im Anschluss an die große Depression und den Zweiten Weltkrieg aus. Verstärkte staatliche Interventionen in die soziale Reproduktion und daran gekoppelt steigende finanzielle Abgabeverpflichtungen für Unternehmen führten zu dem fordistischen Modell, „[I]nking the assembly line with working-class familial consumerism, on the one hand, and with state-supported reproduction, on the other hand“ (ebd., S. 30). Materiell und ideologisch wurde diese Phase durch steigende Löhne und die Ökonomisierung des Haushalts geprägt, in der die private Sphäre zum Absatzort für Massenprodukte des alltäglichen Bedarfs wurde. Damit ist das männliche Familienernährermodell gefestigt worden, in dem der Mann den Lohn verdient und die davon finanziell abhängige Frau sich um die Reproduktionsarbeit kümmert. Die damit zusammenhängende ausgeweitete Konsumtion wurde eindeutig weiblich codiert und „die Einkäuferin des Familienhaushalts“ wurde entsprechend auch in großflächigen Werbeanzeigen repräsentiert und adressiert (Adamczak 2017, S. 205). Räumliches Kennzeichen war die Trennung von Arbeit und Wohnen und verstärkte Suburbanisierungsprozesse durch die „verbürgerlichte“ Arbeiter\*innenklasse, aber auch die

2 Auch bedingt durch andere technische Möglichkeiten (siehe Federici 2015, S. 30).

Entstehung von Großwohnsiedlungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Antikolonial-feministische Theoretiker\*innen kritisierten an dieser theoretischen Perspektive, dass diese vor allem die Realitäten weißer Frauen aus der Arbeiter\*innenklasse abbilden würden: „Social reproduction as envisioned through the lived realities of white working-class women in Global North cities was notably different from the form it took when seen through the lives of African-American or migrant working-classwomen, even in the same locales“ (Winders und Smith 2019, S. 876). Generell kann daran eine Kritik am Blick auf die Trennung von bezahlter und unbezahlter Arbeit angeschlossen werden, wonach in der Debatte um weibliche Reproduktionsarbeit das soziale Verhältnis *race* nicht adäquat theoretisiert wurde. So wurden weder die unbezahlte Arbeit versklavter schwarzer Frauen während der Sklaverei betrachtet, noch die Tatsache, dass schwarze und migrantische Frauen seit Jahrzehnten (schlecht) bezahlte kommodifizierte Hausarbeit – ob Kochen, Saubermachen oder *Caring* – verrichten (Hopkins 2017, S. 131).

Aus der Krise der fordistischen Reproduktionsweise ging die aktuelle Phase des globalisierten und finanzierten Kapitalismus hervor. Diese charakterisiert sich durch eine globale Neuordnung der Produktion, eine massive Verschiebung von Kapital aus der Warenproduktion in den Finanzmarkt, die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, das Ende des Wohlfahrtsstaates sowie die Ausbreitung weiblicher Lohnarbeit und eine daraus folgende Entsicherung der Reproduktionsverhältnisse (z.B. durch die Kürzung sozialstaatlicher Leistungen, die Individualisierung von Pflege und Gesundheit und die Doppelbelastung von Frauen). Isabella Bakker identifiziert mit diesen Entwicklungen vier Dimensionen einer sich durchsetzenden neoliberalen Geschlechterordnung (Bakker 2003, S. 76ff.): Diese ist erstens charakterisiert durch die Reprivatisierung von Reproduktionsaufgaben und das Abwälzen der Reproduktion auf die individuelle Ebene, was entweder zum Anstieg der reproduktiven Pflichten insbesondere von Frauen oder zu größeren finanziellen Anstrengungen führt, um die Aufgaben an ökonomische Akteur\*innen auszugliedern. Zweitens lassen die fallenden Löhne und die zunehmende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse das Familienernährermodell immer stärker erodieren, was zu einer Feminisierung der Arbeitskraft führt. Diese vor allem im Dienstleistungsbereich geschaffenen Arbeitsplätze sind Teile einer Vergesellschaftung von Reproduktionsaufgaben, bei der die geleistete Hausarbeit gegen die (schlecht) bezahlte Arbeit in Restaurants, Krankenhäusern und Kinderbetreuungen eingetauscht wurde (Federici 2015, S. 73). Diese Arbeitsverhältnisse sind durch eine zunehmende Normalisierung oftmals schlechter und prekärer Arbeitsbedingungen, Niedriglohn und temporär begrenzter Arbeitsverhältnisse charakterisiert, wodurch weitergehend auch von einer Feminisierung der Armut gesprochen werden muss (ebd., S. 71ff.). Drittens konstatiert Bakker eine ausgeprägtere Fluidität zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre bzw. den Orten der Produktion und Reproduktion:

Increasing informalization in advanced urban economies reconfigures not only economic relations between men and women, but also the sites where marketized labor

occurs. Homework and other forms of subcontracting of labor, for instance, are not gender-neutral because it is mainly women who adopt homework as an income strategy, and because men and women adopt homework for very different reasons and under different circumstances. (Bakker 2003, S. 79)

Viertens führen diese Entwicklungen zu einer steigenden Ungleichheit zwischen Frauen entlang der Verhältnisse Klasse und *race*. Dies liegt u. a. in den erodierenden Familienmodellen, der beschriebenen Feminisierung der Armut und transnationalen Migrationsketten zur Überbrückung der entstandenen Reproduktionslücken begründet.

Federici resümiert für diese Phase, dass die Folgen der Globalisierung zu großen Teilen auf den Rücken der Frauen ausgetragen wurden und dass sich der Arbeitstag von Frauen durch den Einstieg in die Lohnarbeitsphäre bei gleichzeitiger Zurückverlagerung und damit Zunahme der Reproduktionsaufgaben in den privaten Haushalten substantiell verlängert hat (Federici 2015, S. 79). Der Rückbau der sozialen Infrastrukturen, welche maßgeblich für die Bedingungen der sozialen Reproduktion sind, ist grundlegend durch die Neoliberalisierung ab den 1970er Jahren vorangetrieben worden und hat sich vor allem durch die Wirtschaftskrise ab 2008 und die darauffolgenden Austeritätspolitiken massiv verschärft. Durch diese Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Profitmaximierung und der Reproduktion von Arbeitskraft sowie der damit entstehenden Reproduktionslücke verschlechtern sich die realen Lebensbedingungen der Menschen nachhaltig. Auch die Verwertungsbedingungen für das Kapital werden langfristig aufgrund der beeinträchtigten quantitativen und qualitativen Verfügbarkeit von Arbeitskräften eingeschränkt werden und aus „dem Versuch des Kapitals, mit Reallohnsenkungen und Sozialabbau der Überakkumulationskrise zu begegnen, entwickelt sich eine soziale Reproduktionskrise, die in der Folge die Kapitalverwertungsprobleme verschärft“ (Winker 2012, S. 8). Bereits in den 1970er Jahren schrieb Silvia Federici zum Zusammenhang von Krisen und Geschlechterverhältnissen, „dass sich diese Ideologie [des Privaten und Öffentlichen] heute, in Zeiten der ‚Krise‘, der ‚Austerität‘ und der ‚Not‘, bei den kapitalistischen Planern neuer Beliebtheit erfreut“ und verdeutlicht damit die wiederkehrende Anrufung und Vertiefung von Geschlechterverhältnissen in kapitalistischen Krisen<sup>3</sup> (Federici 2015, S. 17).

3 Auch für die letzte Runde der europäischen Austeritätspolitiken ist in verschiedenen Länderstudien belegt, dass diese eine vergeschlechtliche Dimension haben bzw. die Kürzungen im Bereich der sozialen Reproduktion vor allem Frauen treffen (siehe z. B. Kosyfolougou 2018 für Griechenland, Dutchak 2018 für die Ukraine, Murphy und Cullen 2018 für Irland). Auch die austeritären Maßnahmen in Deutschland, die eher als langfristiges Projekt denn als Schocktherapie umgesetzt wurden, verfestigen soziale Ungleichheiten wegen fehlender Investitionen in die soziale Infrastruktur und Kürzungsprogrammen sozialstaatlicher Leistungen überwiegend auf Kosten von Frauen. Gleichzeitig haben einige dieser Bereiche auch eine stärkere politische Berücksichtigung gefunden, etwa durch den Ausbau der Kindertagesbetreuung oder die neuen Regelungen zu Elternzeit und Elterngeld (Wischniewski 2018). Dennoch führt die Ausgestaltung dieser Programme, beim Elterngeld die Kopplung an den Lohn und bei der Betreuung die Kostenpflichtigkeit, in vielen Kommunen zu einer Übertragung der „Einkommensungleichheiten der Produktions- und Erwerbssphäre auf die Reproduktions- bzw. Familiensphäre“ (Kemper und Mösgen 2017, S. 43), sodass die Geschlechterverhältnisse in Bezug auf die Reproduktionsarbeit nur geringfügig verschoben werden.

### 4.3 (Urbane) Räume sozialer Reproduktion

Wie schon im Kapitel Feministische Ansätze der Staatstheorie vor allem mit Blick auf die Rolle staatlicher Institutionen skizziert, ist die soziale Reproduktion auf verschiedenen Ebenen eng mit Raumproduktionsprozessen verwoben. Generell kann dazu festgehalten werden, dass die Teilung von privat/Reproduktion/nicht-entlohnt und öffentlich/Produktion/entlohnt die Durchsetzung einer abstrakten Rauntrennung voraussetzt, die mit Ideen, Handlungszuschreibungen und sozialen Aktivitäten sowie mit sich materialisierenden Wert und- Geschlechterzuschreibungen verbunden wird. In diesen Prozessen wurden Arbeitsformen, die einen Mehrwert für die Aneignung durch das Kapital generierten, allmählich aus dem Haushalt verlagert, der fortan als nicht-ökonomischer Raum des Privatlebens und der Reproduktion betrachtet wurde. Die damit zusammenhängende Verdinglichung bzw. Verräumlichung von Produktion und Reproduktion ist zudem als konstitutiver Faktor für die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung im Kapitalismus zu verstehen:

the vernacular binary of ‘work’ and ‘home’ represents a sedimented outcome of these processes, reifying production and social reproduction as distinct spaces of daily and life and normalizing the idea of separate gendered spheres (‘public’ and ‘private’). (Winders und Smith 2019, S. 2)

Domosh und Seager sehen in dem Zusammenhang von räumlicher und geschlechterkonnotierter Zuschreibung von Produktion und Reproduktion einen entscheidenden Punkt in der Konstitution gesellschaftlicher Geschlechterhierarchien, wonach „[i]t is not so much what women do that makes their work invisible, but where women do it“ (Domosh und Seager zit. nach Winders und Smith 2019, S. 2) und auch Joan Kelly-Gadol begründet aus historischer Perspektive, dass Frauenunterdrückung eine spezifische Verbindung zur häuslichen Sphäre aufweist:

Patriarchy, in short, is at home. The private family is its proper domain. The sexual order varies with the general organization of property and work because this shapes both family and public domains and determines how they approach or recede from each other. (Kelly-Gadol 1976, S. 821)

Eine andere Perspektive auf den Haushalt als private Sphäre nimmt wiederum bell hooks ein, die diesen aus Sicht einer schwarzen Frau als Rückzugs- und Widerstandsort in einer rassistischen Gesellschaft beschreibt:

Despite the brutal reality of racial apartheid, of domination, one’s homeplace was the one site where one could freely confront the issue of humanization, where one could resist. Black women resisted by making homes where all black people could strive to be subjects, not objects, where we could be affirmed in our minds and

hearts despite poverty, hardship and deprivation, where we could restore to ourselves the dignity denied us on the outside. (hooks 1990, S. 384)

Vor allem die Reproduktionsarbeit schwarzer Frauen hat die Haushalte zu wichtigen Orten politischer Solidarität und zum Ausgangspunkt für den Aufbau widerständiger Gemeinschaften gemacht. Durch die patriarchal-kapitalistische Überformung der schwarzen Haushalte sind diese allerdings entpolitisiert und stärker in die hegemoniale (weiß-bourgeoise) Trennung von privat/öffentlich eingepasst worden:

The shift in perspective, where homeplace is not viewed as a political site, has had negative impacts on the constructions of black female identity and political consciousness. Masses of black women, many of whom were not formally educated, had in the past been able to play a vital role in black liberation struggle. In the contemporary situation, as the paradigms for domesticity in black life mirrored white bourgeois norms (where home is a politically neutral space), black people began to overlook and devaluate the importance of black female labor in teaching critical consciousness in domestic space. Many black women, irrespective of class status, have responded to this crisis of meaning by imitating leisure-class sexist notions of womens role, focusing their lives on meaningless compulsive consumerism. (hooks 1990, S. 388)

Dies ist insofern eine wichtige und interessante Perspektive, da darin zum einen aufgezeigt wird, dass Haushalte als Räume der Reproduktionsarbeit Orte des Widerstands gegen hegemoniale Verhältnisse sein können. Zum anderen wird in dem Beispiel aufgezeigt, wie Reproduktionsarbeit nicht nur in die Unsichtbarkeit verlagert wird, sondern auch, wie sich damit eine Individualisierung, Entpolitisierung und dadurch Stabilisierung hegemonialer Herrschaftsverhältnisse über die Notwendigkeit unentlohnter Reproduktionsarbeit hinaus durchsetzen soll. Das Politische wird ebenfalls auf die Ebene des Öffentlichen, vor allem der institutionalisierten Politik ausgelagert. Von der Ebene der Reproduktion bzw. des Haushalts ausgehende Momente des Aufbegehrens und der Politisierung werden durch ideologische und materielle Einbindung und Individualisierung begegnet.

Wiederum argumentieren verschiedene feministische Theoretiker\*innen, dass die Trennung der Sphären privat/Reproduktion und öffentlich/Produktion nicht bzw. nicht mehr haltbar sind. Während Gibson-Graham (2006, S. 7) den skizzierten Ansätzen, ähnlich wie auch Harvey, generell ein kapitalozentrisches Verständnis von Gesellschaft vorwerfen, verschwimmen nach Katharyne Mitchell, Sallie Marston und Cindy Katz mit der zunehmenden neoliberalen Prekarisierung, Flexibilisierung und Selbstverantwortung der Subjekte die Grenzen zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit und die damit verbundenen Räume immer stärker in den alltäglichen Praxen:

What we are signaling is the interpellation of subjects as life workers — the rendering of permanently mobilized bodies in new kinds of technologies of power. The new flexible subjects of late capitalism ‘are the office’; their spheres of domesticity ‘are the factory’. (Mitchell et al. 2003, S. 3)

In dem Konzept, welches sie als „life’s work“ bezeichnen, ist die binäre Trennung zwischen Staat und Gesellschaft, Arbeit und Zuhause, Produktion und Reproduktion folglich nicht mehr aufrechtzuerhalten. Vielmehr sind die Bereiche von Arbeit sowie des Zuhauses und der Freizeit nicht mehr zu unterscheiden – „and for many this now forms the contemporary ‘habitus’“ (ebd.). Dagegen betont etwa Silvia Federici (2015), dass die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion mit der zunehmenden Neoliberalisierung zwar deutlich unklarer geworden ist, etwa durch die Kommodifizierung von Reproduktionsarbeiten in Form von ausgeweiteten Dienstleistungen, damit aber weder die häusliche und unbezahlte Reproduktionsarbeit, noch die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung verschwunden sind. Vielmehr halten eben die Tätigkeiten ausführenden Subjekte und die „diskriminierende Funktion des Lohnes bzw. seiner Abwesenheit“ die Trennung von Produktion und Reproduktion weiterhin aufrecht (Federici 2015, S. 40). Aus eher analytischer Perspektive argumentieren Barbara Smith und Jamie Winders sowie Carmen Hopkins gegen die Dekonstruktion der Trennung bzw. die Verschmelzung der Bereiche privat/öffentlich. Erstere betonen dabei die gelebte Realität vieler Menschen aus der Arbeiter\*innenklasse, deren prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse sich über mehrere Arbeitsplätze und teilweise Städte oder Landkreise erstrecken. Mit Blick auf die Situation von Migrant\*innen aus der Arbeiter\*innenklasse stellen sie zudem fest, dass diese aus Angst vor Entdeckung, Polizeikontrollen und Abschiebungen gar nicht erst das Haus verlassen. Von diesen Beispielen ausgehend, weisen sie die These der zunehmenden Bindung von Arbeit und Leben an den gleichen Ort zurück und plädieren unter der Frage „whose lives, which work?“ für eine stärkere Einbindung von sozialer Klasse, die entscheidenden Einfluss darauf hat, wer am Ende von zuhause arbeiten kann bzw. muss und wer nicht (Smith und Winders 2015). Mit Bezug zur zunehmenden Kommodifizierung von Hausarbeit und der einhergehenden Ausgliederung haushaltsnaher Dienstleistungen stellt Hopkins zwar eine räumliche Überlappung von Arbeit und Wohnen für die zumeist migrantischen Arbeitskräfte fest, darüber hinaus betont sie allerdings die zeitliche Trennung und gleichzeitige Abhängigkeit der nicht-entlohnten Reproduktionsarbeiten von den entlohnten häuslichen Verpflichtungen. Die Arbeiter\*innen verstehen eine Ausweitung der bezahlten Arbeitszeit auf Kosten der eigenen Reproduktionszeit nicht als Verwischung der Sphären Arbeit/Nicht-Arbeit, sondern als Ausnutzen ihrer Zeit und Verstöße gegen Arbeitsrechte. Zudem wird der Haushalt nicht mehr als emotionales Zuhause wahrgenommen, wodurch diese Funktion stattdessen außerhalb und zumeist in sozialen, kulturellen oder religiösen Communities gesucht wird (Hopkins 2017, S. 145 ff.).



Sowohl für die Frage nach der Trennung der Sphären als auch bzgl. des Stands der Reproduktionsbedingungen im Allgemeinen, ist die theoretische und analytische Einbeziehung von Wohnraum als zentraler Ort der Reproduktion im Kapitalismus unabdingbar. Die beschleunigte Kommodifizierung und Finanzialisierung von Wohnraum, dessen Funktion sich vom Ort der sozialen Reproduktion mit der Neoliberalisierung und den kapitalistischen Krisen der letzten Jahrzehnte immer mehr zu einer reinen Kapitalanlagemöglichkeit entwickelt hat, führen zu einer zugespitzten Prekarisierung der Wohnbedingungen, in deren Zuge immer mehr Menschen mit steigenden Mieten, schlecht ausgestatteten oder fern der Stadtzentren und Arbeitsplätze gelegenen Wohnungen und Zwangsräumungen konfrontiert sind. Die Bedingungen der sozialen Reproduktion werden unmittelbar durch die Wohnraumsituation beeinflusst (Madden 2020). So bedürfen Pflege und Reproduktion genügend Wohnraum, der immer schwieriger zu erschwinglichen Preisen zu finden ist. Je mehr Geld für die Miete aufgebracht werden muss, desto weniger kann in Konsumgüter oder Dienstleistungen für die Reproduktion investiert werden. Zudem führen schlechte Lagen und weite Entfernungen zur Arbeit zu einer Verminderung der Zeit, die für Reproduktionsarbeit aufgebracht werden kann. Darüber hinaus bewirken prekäre Wohnraumsituation, häufiges Umziehen aufgrund von Mietsteigerungen und die Androhung sowie das Erleben von Zwangsräumungen psychischen Stress. Defizite in der Wohnraumversorgung wirken demnach auch krisenhaft auf die Reproduktion und können zu einer Ausweitung der Reproduktionslücke führen. Damit spitzt die Verknappung von bezahlbarem Wohnraum durch Spekulation und mangelnde sozialstaatliche Interventionen den Widerspruch zwischen der Profitmaximierung und der Reproduktionskraft von Arbeitskraft zu und die Bedingungen für die gesellschaftliche Reproduktion laufen Gefahr, unter (kurzfristigen) Profitinteressen untergraben zu werden. Auf die Frage, wie Städte hinsichtlich der Reproduktionskrise und der offensichtlichen Unfähigkeit, den sozialen Bedarf an Wohnraum zu decken, überhaupt noch funktionieren können, antwortet David Madden daher: „One answer is that they don't actually function. Neoliberal capitalist cities are already in a state of unrecognized collapse, the consequences of which are perpetually deferred only by depleting the social resources of the powerless“ (Madden 2020, o. S.). Mit Blick auf den vorangegangenen Absatz kann hinsichtlich einer möglichen Dekonstruktion der Trennung von privat und öffentlich hin zu einer Verschmelzung von Arbeit/Nicht-Arbeit den Argumenten von Hopkins und Smith/Winders zugestimmt werden, dass diese Realität keineswegs verallgemeinerbar ist. Vor allem prekarisierte Haushalte müssen im neoliberalen Kapitalismus vermehrt um die Sicherstellung der räumlichen Grundvoraussetzungen der Reproduktionsarbeit kämpfen.

Das feministische Stadtplanungs- und Architekturkollektiv Col·lectiu Punt 6 geht noch einen Schritt weiter und macht nicht nur die Wohnraumsituation für die Krise der sozialen Reproduktion mitverantwortlich, sondern bezieht auch neoliberale Prozesse wie Gentrifizierung, die Kommodifizierung des öffentlichen Raums und die Touristifizierung

von Städten mit ein. Diese territorialen Prozesse verbinden sich mit anderen Ursachen wie den Kürzungen von Sozialausgaben und der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, welche die staatliche Verantwortung immer weiter nach unten auf die lokale und individuelle Ebene skalieren. Sie wirken so auf verschiedenste Weise in den konkreten Raum zurück bzw. mit diesem zusammen:

Diese Veränderungen spiegeln sich wider im Verschwinden des lokalen Handels, im Anstieg der Preise für Konsumgüter in den am stärksten betroffenen Vierteln, in der Ausweitung von Ferienwohnungen, die zu einem exponentiellen Anstieg der Wohnungspreise und zur Vertreibung der Nachbarn führt, in der Überfüllung des öffentlichen Verkehrs bei privaten Veranstaltungen, die viele Menschen anziehen (Musikfestivals, Kongresse, Sportwettbewerbe), in der Besetzung der Straße durch große Gruppen, die anderen Menschen die Fortbewegung erschweren, durch die Privatisierung des öffentlichen Raums für Motorräder, Fahrräder oder Roller, die an Touristen vermietet werden, den Verlust von Nicht-Konsumräumen für die Entwicklung des Gemeinschaftslebens oder die Verbreitung von monofunktionalen Nachlebensbereichen und anonymen Straßen [...]. (Col·lectiu Punt 6 2019, S. 108)

Neoliberale Urbanisierungsprozesse beeinträchtigen demnach das alltägliche Leben in den Städten und haben einen weitreichenden Einfluss auf Prozesse der sozialen Reproduktion. Gleichzeitig verdeutlicht diese Feststellung, dass das Begriffspaar privat/Reproduktion über den eigenen Haushalt hinausgeht und freundschaftliche oder verwandtschaftliche Beziehungen oder eben auch verschiedene Formen von Communities miteinschließt wie etwa die Nachbarschaft. Darin zeigt sich erneut das Potenzial des Reproduktionsbegriffs, sowohl nicht-kapitalisierbare Praxen als auch widerständige Organisationsprozesse gegen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse zu greifen, die wiederum von Frauen als Trägerinnen der sozialen Reproduktion maßgeblich mitbestimmt werden. Dazu schrieben Mariarosa Dalla Costa und Selma James in „Women and the Subversion of the Community“ „that to the degree that the working class has been able to organize mass struggles in the community, rent strikes, struggles against inflation generally, the basis has always been the unceasing informal organization of women there“ (Dalla Costa und James 2019 [1972], S. 25).

#### **4.4 Die Produktion der Reproduktion**

Daran anschließend muss auch für die soziale Reproduktion deutlich betont werden, dass Veränderungen und ihre konkrete Ausgestaltung keine rein kapitalgetriebenen Prozesse sind, sondern durch die Kategorien Kapital, Staat, Zivilgesellschaft und soziale Kämpfe sowie der konkreten Form des Haushalts/der Familie ausgehandelt und ausgestaltet werden (Katz 2001, S. 711). Die dargelegten Regime des Produktion-Reproduktion-Verhältnisses waren jeweils auch durch Kämpfe in den unterschiedlichen Sphären bestimmt. Die

Phasen des liberalen Wettbewerbskapitalismus und des staatlich geregelten Kapitalismus waren vor allem durch Kämpfe für eine stärkere Absicherung der Reproduktionssphäre und der Gesellschaft vor ökonomischer Ausbeutung geprägt. Während sich feministische Kämpfe auf eine stärkere politische Gleichstellung über die Einführung des Frauenwahlrechts konzentrierten, wurden Geschlechterhierarchien entlang der Trennung von Produktion/Reproduktion vertieft (Fraser 2017a, S. 28). Demgegenüber war die Krise des fordistischen Gesellschaftssystems und die daraus hervorgegangene Neoliberalisierung von Kämpfen um die stärkere Anerkennung der Reproduktionssphäre, dem Ausbruch aus heteronormativen Familienmodellen, der Pluralisierung von Lebensstilen und einer Bewegung differentieller Feminisierung geprägt, die versuchte „das Private zu politisieren, Produktion zu feminisieren, Rationalität zu kritisieren, Kultur zu sexualisieren und die Ökonomie zu vermenschlichen“ (Adamczak 2017, S. 201). Folglich wurden dem Regime des globalisierten und finanzialisierten Kapitalismus (queer-)feministische Forderungen eingeschrieben. Allerdings wurden diese mit der Liberalisierung der Märkte und der Demontage von sozialer Protektion und Hilfsnetzwerken zu einem „dominant imaginary [which] is liberal-individualist and gender-egalitarian“ (Fraser 2017a, S. 33) vermengt. Wie vorangehend dargelegt, war daran der massenhafte Eintritt von Frauen in den Arbeitsmarkt und die zunehmende Rückverlagerung der sozialen Reproduktion in den Haushalt gekoppelt. Während in dieser Phase das Familienernährermodell erodiert und Heteronormativität und geschlechtliche Binaritäten bröckeln, steigt die reproduktive Belastung, welche mit der Abwälzung auf Frauen weiterhin eine eindeutige Geschlechterdimension besitzt. So kommen Cornelia Koppetsch und Sara Speck (2015) im Rahmen einer 2015 veröffentlichten Studie<sup>4</sup> zu dem Schluss, dass trotz eines Verständnisses von weiblicher Emanzipation, das vor allem auf finanzieller Autonomie und beruflicher Selbstverwirklichung fußt, die Reproduktionsarbeit weiterhin eine eindeutig vergeschlechtliche Dimension besitzt. Speck resümiert diesbezüglich:

Wir haben also eine gesellschaftliche Situation, in der Frauen mit spezifischen Ressourcen – finanzielle Ressourcen, Bildungsabschlüsse, deutscher Pass etc. – in ihren Hetero-Paarbeziehungen Lebensentwürfe verfolgen können, die sie als ‚emanzipiert‘ verstehen, die allerdings auf einer neuen globalen Arbeitsteilung und Umverteilung von Sorge unter Frauen fußen. Ein Teil der im Privaten anfallenden Arbeit wird an andere Frauen abgeben, die diese Ressourcen nicht haben, ein anderer Teil wird schlicht in die Konsumsphäre verlagert, in Coffee Shops, Greenberg Praxen und Wellness Clubs. Ein Großteil der Arbeiten bleibt aber weiterhin unsichtbar und wird so nebenher von den Frauen selbst geleistet. (Speck 2016, o. S.)

Obwohl also Geschlechter- und Familienordnungen durch verschiedene – und zwischen Klasse und Herkunft divergierende – Modernisierungsmomente transformiert wurden,

<sup>4</sup> Die Studie legt zwar den Fokus auf heterosexuelle Paarbeziehungen, betrachtet darin aber Beispiele unterschiedlicher (moderner) Milieus, in denen Frauen die Haupteinkommensverdiener\*innen sind.

ist die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung gewissermaßen gleichzeitig zementiert worden. Bini Adamczak beschreibt dies als eine neoliberale Konterrevolution auf die Ziele des differentiellen Feminismus, die

gerade deswegen so erfolgreich [war], weil sie das Begehren der revoltierenden Subjekte aufnehmen und es zugleich in die herrschende Ordnung des Eigentums integrieren konnte – und zwar durch den Modus der Individualisierung. Die individualisierten und subkulturalisierten Dispositive des Spektakels ermöglichen kein Leben im Überfluss des sexuellen, geschlechtlichen, ethnischen, materiellen Reichtums der Gesellschaft, sondern zunehmende Konkurrenz um die knappen und fließend hierarchisierten Posten [...]. (Adamczak 2017, S. 219)

Auch wenn diese feministische Revolution, die ihren Ursprung in der 1968-Bewegung hat, eine unvollendete ist und materiell entkernt und systemerneuernd zu einem „progressiven Neoliberalismus“ (Fraser 2017b) gewendet wurde, hat die Ablehnung von Reproduktionsaufgaben und der damit verbundenen Hierarchisierung und Codierung von Geschlechterverhältnissen zu einer tiefgreifenden Krise und Transformation dieser Verhältnisse beigetragen.

Bereits im Kapitel zu feministischen Ansätzen der Staatstheorie wurde grundlegend die konstitutive Bedeutung des Staates für die Trennung der Sphären von privat und öffentlich bzw. von Staat, Markt und Reproduktion dargelegt. Damit legt der Staat die Grundlage für die Naturalisierung der Verbindung von Weiblichkeit und Hausarbeit und vermittelt diese Trennung durch staatliche Politiken, Regulierungen und Diskurse, wodurch er eine zentrale Rolle in der Herstellung von (Zwei-)Geschlechtlichkeit spielt. Daran anschließend stellen Dück und Hajek in Bezug auf Prozesse der sozialen Reproduktion fest, „dass staatliche Politiken die Reproduktion der Arbeitskraft nicht mit Hilfe existierender Geschlechterverhältnisse regulieren, sondern Subjekte als vergeschlechtlichte Subjekte herstellen“ (Dück und Hajek 2018, S. 224) und damit eine Zuweisung von Tätigkeitsbereichen einhergeht. Darüber hinaus spielt der Staat, wie in der historischen Phasenheuristik deutlich geworden ist, in der konkreten Ausgestaltung und Verteilung der sozialen Reproduktion eine entscheidende Rolle, indem er die Reproduktionsaufgaben zwischen Staat, Markt und Familie/Privathaushalt manövriert und organisiert (Kipka 2019, S. 64). Inwiefern Reproduktionsaufgaben und Prozesse in staatliche Hand gelegt, kommodifiziert oder privat innerhalb der Familie organisiert werden, ist dabei abhängig von der wirtschaftlichen Situation und dem Arbeitskräftebedarf, dem Stand der Klassen- und Reproduktionskämpfe und historisch-kontingenten Entwicklungen, die der Staat, als kapitalistischer Staat, in spezifische Strategien übersetzen muss, um eine möglichst günstige und effiziente soziale Reproduktion sicherstellen zu können. Kipka und Streichhahn verdeutlichen dies an folgendem Beispiel:

Je weniger Zeit für die Reproduktion benötigt wird, weil zum Beispiel ausreichend Kita-Plätze zur Verfügung stehen, desto mehr Zeit bleibt für die Mehrwertproduktion. Der Ausbau von Betreuungsangeboten kann jedoch auch unrentabel sein, wenn es einen Überschuss an Arbeitskräften gibt und der Staat stattdessen auf ein Betreuungsgeld („Herdprämie“) setzt. Dem Staat kommt sowohl in Form des ‚starken Sozialstaats‘ als auch in Form des neoliberalen ‚schlanken Staates‘ die Aufgabe zu, die Balance zwischen einer ausreichenden, aber möglichst günstigen Reproduktion zu erhalten, sowie konvergierende Kapitalinteressen auszugleichen. (Kipka und Streichhahn 2019, S. 587)

Dazu ergänzend könnten noch Proteste von Eltern wegen fehlender, mangelhaft ausgestatteter oder zu teurer Kitaplätze, die staatliche Institutionen politisch unter Druck setzen, in das Beispiel eingebracht werden. Ähnliches könnte rund um öffentliche Pflege- und Bildungsangebote, Pensions- und Rentenansprüche, sozialen Wohnungsbau, Versicherungssysteme oder Sozialgesetzgebung angeführt werden. Anschließend an das materialistische Staatsverständnis obliegt dem Staat auch im Bereich der Reproduktion die zentrale Funktion, einen gesamtgesellschaftlichen kapitalistischen Konsens unter der Berücksichtigung divergierender Interessen zwischen verschiedenen Klassenfraktionen und Klassen zu organisieren. Der Staat muss den Widerspruch zwischen der langfristigen Sicherstellung der Reproduktion adäquater Arbeitskräfte und den Profitinteressen der Kapitalist\*innen prozessieren, ohne diesen strukturellen Widerspruch an sich auflösen zu können. Die konkrete Ausformung eines (Sozial-)Staates ist damit auch immer der Ausdruck von Klassenverhältnissen sowie Klassen- und Reproduktionskämpfen, der allerdings aufgrund seines strukturell kapitalistischen und patriarchalen Charakters „in erster Linie Garant kapitalistischer Klassenherrschaft, Garant für eine den kapitalistischen Anforderungen entsprechende Arbeiter\*innenklasse“ bleibt (Kipka 2019, S. 54).

Neben dem Einfluss dieser Veränderungen unterliegenden, strukturellen Sphären betonen Laslett und Brenner mit Blick auf die alltägliche Mikroebene, dass auch Familien nicht nur als passive Agent\*innen den sozio-historischen Veränderungen unterliegen, „but as actors consciously working toward their own goal“ (Laslett und Brenner 1989, S. 385). Das umfasst sowohl kollektive, als auch individuelle familiäre Strategien zum Umgang mit der hegemonialen Reproduktionsweise, wobei sich kollektive Interessenvertretungen etwa durch institutionalisierte Formen wie politische Parteien und Gewerkschaften aber auch über soziale Bewegungen, wie die „Lohn für Hausarbeit“-Kampagne, oder urbane Aufstände und Hungerrevolten artikulieren können. Unter individuelle Strategien können Entscheidungen wie die Anzahl der Kinder, die Frage ob und wann man heiratet, die Verteilung der Arbeitskraft außerhalb und innerhalb des Haushalts oder der Pflege von Familienangehörigen gefasst werden (ebd., S. 386ff). Sowohl die kollektiven, als auch die individuellen Strategien haben soziale, demographische und ökonomische Einflüsse und stehen damit ebenfalls in einem dialektischen Verhältnis zur Reproduktion von Gesell-

schaft und den damit verwobenen Verhältnissen von Ökonomie und Politik: „households shape, and are shaped by, states and markets, and [...] the scale of the body and the scale of the household are actively engaged in the production of space and scaled social processes“ (Rioux 2015, S. 198).

#### 4.5 Who cares?

In diesem Kapitel wurde verdeutlicht, dass die konkrete Form der sozialen Reproduktion, im Kapitalismus als majoritär in die Privatsphäre gedrängte, nicht-entlohnte vergeschlechtlichte Arbeit, nicht einfach nur da oder natürlich gegeben ist, sondern aktiv durch komplexe, aber strukturierte Verhältnisse wie Kapital(-Akkumulation) und Klasse, Geschlecht, *race*, Staat, Raum und Körper produziert wird. Die Sphäre der unbezahlten Arbeit ist notwendige, aber widersprüchliche Bedingung für das Fortbestehen des Kapitalismus, da das System auf die möglichst effiziente und kostengünstige Reproduktion von Arbeitskräften angewiesen ist, gleichzeitig aber der Drang zur Kapitalakkumulation ständig dazu tendiert, die Grundlagen der sozialen Reproduktion zu destabilisieren. Für die Prozessierung dieser Widersprüche und Notwendigkeiten im Sinne der Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen werden die aufgezählten Verhältnisse angerufen und aktiviert (z. B. durch Migrationsregime, Abbau oder Stärkung sozialstaatlicher Politiken, Kommodifizierung von Reproduktionsarbeiten, Aktivierung und Eigenverantwortlichkeit des Individuums). Gleichzeitig können die Widersprüche nicht aufgelöst werden und führen regelmäßig zu Krisen und Widerständen, die zu Veränderungen in der konkreten Ausgestaltung der sozialen Reproduktion und der daran gekoppelten Verhältnisse führen, ohne bis dato den grundlegenden Charakter zu transformieren.

Daran schließt die Frage an, wie eine solche Transformation, und weitergehend eine gerecht strukturierte Reproduktionsarbeit, aussehen müsste. Cindy Katz sieht angesichts der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte eine Um- bzw. Rückverteilung der Reproduktions-Verantwortung zurück an den Staat und das Kapital als eine Notwendigkeit für eine grundlegende Veränderung der Reproduktionsweise:

Redistributing responsibility for social reproduction back to capitalists and the state, transnationally and at all scales, would begin to recalibrate the costs and benefits of globalization in ways that would pinpoint its widely distributed costs and promulgate increased social justice and equality. (Katz 2001, S. 719)

Dabei macht Friederike Beier deutlich, dass eine generelle Umverteilung von Sorge- und Hausarbeit nicht von staatlichen Institutionen forciert werden kann, da diese „feministische Ziele vereinnahmen und dem Wachstumsparadigma unterordnen“ (Beier 2018, S. 109). Dies wurde deutlich an den dargelegten Einschreibungen feministischer Kämpfe in die Materie des Staates, die gleichzeitig institutionell im Sinne der Kapitalakkumulation verein-

nahmt und gewendet wurden, indem Frauen in den Arbeitsmarkt integriert und Reproduktionsarbeiten zu prekären Bedingungen kommodifiziert wurden (ebd., S. 106). Stattdessen muss es darum gehen, „soziale Beziehungen, Abhängigkeiten und Verwiesenheiten von Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, denen sich andere Formen der Arbeit unterordnen müssen“ (ebd., S. 109), was angesichts des widersprüchlich-notwendigen Verhältnisses von Kapitalismus und sozialer Reproduktion nur mit einer gesellschaftlichen Transformation erreicht werden kann. Lise Vogel spricht ebenso davon, dass die Hausarbeit eine hartnäckige materielle Präsenz hat, die keine Gesetzgebung einfach so überwinden kann. Dieses Hindernis für eine Aufhebung der Geschlechterhierarchisierung kann nur durch „[d]ie Ausweitung der Demokratie, die Einbeziehung von Frauen in die öffentliche Produktion und die schrittweise Veränderung der Hausarbeit“ überwunden werden, einhergehend mit der Überwindung der historisch spezifischen Form der Familie als verwandtschaftsbasierte soziale Einheit zur Reproduktion und der damit verknüpften patriarchalen Familienverhältnisse (Vogel 2019 [1983], S. 250). Nach Silvia Federici ist die Wiederaufnahme eines kollektiven Kampfes um die Reproduktion essentiell für emanzipatorische Transformationsprozesse. Dieser müsse darauf abzielen, „die Kontrolle über die materiellen Bedingungen der Produktion und Menschen wiederzuerlangen und neue Kooperationsformen zu entwickeln, die außerhalb der Logik von Kapital und Markt angesiedelt sind“ (Federici 2015, S. 83). Wichtige Schritte in einem solchen Prozess sind der Aufbau von Communitys und die Re-Organisierung von Reproduktionsaufgaben und -orten als Vergemeinschaftung der materiellen Reproduktionsmittel von Haushalt und Küche bis zur Wohnweise und dem öffentlichen Raum, um so kollektive Territorien und Momente der Selbstverwaltung und Gegenmacht zu schaffen, die gegen die alles umfassende Kommodifizierung und Vereinzelung des Kapitalismus stehen (ebd., S. 98ff.). Aus den verschiedenen Überlegungen lässt sich festhalten, dass eine gerechtere Verteilung und eine stärkere Anerkennung der Reproduktionsarbeit über und durch staatliche Institutionen forciert werden kann, für eine generelle Aufhebung der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung und der damit verbundenen Geschlechterhierarchisierung aber mittels Selbstorganisierungs- und Verwaltungsprozesse über den strukturell patriarchalen und kapitalistischen Staat hinausgegangen werden muss. Demnach müssen Auseinandersetzungen um emanzipatorische Alternativen zum aktuellen Regime der sozialen Produktion im globalisierten und finanzialisierten Kapitalismus auch hier „innerhalb und gegen den Staat“ (Hirsch 2013, S. 107) geführt werden.

Daran schließen verschiedene Fragen an, die für die Zielsetzung der vorliegenden Arbeit von Bedeutung sind: Inwieweit haben sich die Bedingungen der sozialen Reproduktion im Zuge der Finanzkrise und der anschließenden Austeritätspolitik verändert und welche Rolle spielten staatliche Institutionen dabei? Wie haben sich etwaige Veränderungen auf die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung ausgewirkt? Wie wirken sich die Wohnraumsituation und neoliberale Urbanisierungsprozesse auf die soziale Reproduktion aus? Und gibt es selbstorganisierte Ansätze, die eine Re-Organisierung von Reproduktionsaufgaben und -orten forcieren?

## 5 Theoretische Synthese

Ausgehend von den Kritiken, dass David Harveys Ausführungen zur kapitalistischen Urbanisierung ein unterkomplexes Staatsverständnis sowie eine gewisse Blindheit für Geschlechterverhältnisse inhärent sind – er etwa das Zuhause nur als „Wohnung“ sieht, aber nie die damit verbundenen patriarchalen Verhältnisse, auch wenn sie mit denen des Kapitalismus verwoben sind – wurden in den vorangegangenen Kapiteln Diskussionen innerhalb dieser Theoriestränge ausgebreitet. Während in dieser Ausarbeitung vor allem die jeweiligen Zusammenhänge zwischen Raumproduktion in Kapitalismus und Staat sowie Raumproduktion in Kapitalismus und Geschlechterverhältnissen respektive sozialer Reproduktion verhandelt wurden, sollen im Folgenden nun die bisherigen Ansätze stärker verknüpft werden, um so weitergehende theoretische Erkenntnisse zu gewinnen.

Dabei sollen vor allem die Implikationen der sozialen Reproduktion eine stärkere Rückbindung erfahren und darüber Geschlechterverhältnisse systematischer in die krisentheoretischen Überlegungen eingearbeitet werden. Zum einen wird die These stark gemacht, dass Prozesse der Akkumulation durch Enteignung intensiv mit der Sphäre der sozialen Reproduktion korrelieren und dass zum anderen die zeit-räumlichen Verschiebungen kapitalistischer Überakkumulationskrisen auf dem Rücken der sozialen Reproduktionsbedingungen ausgetragen werden. Die konkrete Ausformung dieses Verhältnisses wird durch den Staat entlang der jeweiligen sozialen Kräfteverhältnisse prozessiert. Damit sind ökonomische Krisen mit Krisen der sozialen Reproduktion direkt verbunden und können im Zusammenspiel Auslöser und Katalysator für politische Krisen sein. In einem zweiten Schritt werden Kämpfe im Bereich der sozialen Reproduktion als zentrale Momente in der Umkämpftheit räumlicher Konfigurationen gesetzt, die das Potenzial emanzipatorischer Veränderung in sich tragen. Daran anschließend soll das Spannungsverhältnis zwischen Struktur und Subjekt bzw. der Makro- und Mikroebene mit dem Konzept der Beziehungsweisen aufgelöst werden und auch darin explizit die Frage nach Möglichkeiten gesellschaftlicher Umbrüche verhandelt werden. Abschließend werden diese Erkenntnisse stärker vor dem raumtheoretischen Konzept der absoluten, relativen und relationalen Räume betrachtet, um dadurch die wechselseitige (Re-)Produktion von Geschlechterverhältnissen, Staat und Raum deutlicher bestimmen zu können und gleichzeitig den Blick für potenzielle Ansätze zur Veränderung zu schärfen.

Ausgehend von einer raumtheoretischen Perspektive soll mit der im Kapitel ausgeführten Argumentation ein stärkeres Zusammendenken der unterschiedlichen theoretischen Ansätze ermöglicht werden. Gleichzeitig wird damit ein konkreter Analyserahmen für die vorliegende Arbeit geschaffen, mittels dem die Frage nach der (Re-)Produktion urbaner Räume in einer verstetigten Krise, sowohl hinsichtlich struktureller Zusammenhänge zwischen sozialen Verhältnissen, als auch deren konkrete Rückwirkungen auf Alltäglichkeiten beantwortet werden kann.



## 5.1 Erste theoretische Synthese: Die Verschränkung von Krisen und die Erschöpfung der Arbeiter\*innen

Aus krisentheoretischer Perspektive lassen sich mindestens drei direkte Anschlüsse bzw. Zusammenhänge zwischen Harveys Ausführungen und der Sphäre der sozialen Reproduktion herstellen. Einen ersten Anschluss bietet die Kritik von Nancy Hartsock (2006) (Kap. 2.7.2), wonach Harvey im Konzept der Akkumulation durch Enteignung verkennt, dass die neoliberale Globalisierung mit der ungleichen Integration primär weiblicher Arbeiter\*innen in den Arbeitsmarkt eine eindeutig vergeschlechtlichte Dimension besitzt. Dies hat nicht nur Folgen für die Strukturierung des Arbeitsmarktes, also welche Arbeiten zu welchem Lohn und vorrangig von wem verrichtet werden, sondern auch für die Kapazitäten der nicht-entlohten Reproduktionsaufgaben. Mit der erhöhten Erwerbstätigkeit von Frauen wurde auch ein Teil der vormals nicht entlohten Arbeit in die Lohnförmigkeit überführt, vor allem im Bereich der *Care*-Arbeit. Steigende Reproduktionskosten, die im fordistischen Wohlfahrtsstaat über die öffentliche Hand und Abgaben von Unternehmen getragen wurden, sind so im Zuge der Neoliberalisierung zunehmend einer marktwirtschaftlichen Logik unterzogen und somit aus den Lohnbestandteilen ausgelagert worden (Soiland 2017). Daher stellt Tove Soiland (2018, S.72) fest, dass Neoliberalismus nicht auf Prozesse der Privatisierung von Bahn, Strom und Post, die Deregulierung von Arbeitsmärkten oder eine Dominanz des Finanzkapitals zu reduzieren sei, sondern dass der Neoliberalismus „vielleicht sogar vorrangig eine fundamentale Restrukturierung der Art und Weise, wie Menschen sich reproduzieren müssen“ ist. Dabei rekurriert Soiland auf den Begriff der Privatisierung nach Janine Brodie, die darin einen doppelten Prozess sowohl der Umwandlung öffentlicher in private, käuflich zu erwerbende Güter, als auch der Verschiebung von Verantwortung aus dem Öffentlichen auf die Familie oder das Individuum sieht (Brodie 2004, S. 23). Beide dieser doppelten Aspekte der Privatisierung haben Einfluss auf die Ressourcen der Haushalte und der Reproduktion, entweder im monetären Sinne, weil bestimmte bis dato vom Staat finanzierte Leistungen nun käuflich erworben werden müssen oder bezüglich zeitlicher Ressourcen, weil mehr Zeit und Aufwand zur Erledigung dieser nun familiär organisierten Aufgaben vonnöten ist. Daraus entwickelt sich ein wechselseitiges Verhältnis von entlohnter und nicht-entlohnter Reproduktionsarbeit, indem „stillschweigend zeitliche und monetäre Ressourcen, die im Fordismus für die Reproduktion noch abgegolten wurden, angezapft [werden], was – meist für Frauen – eine erhöhte Arbeitsbelastung zur Folge hat“ (Die Feministische Autorinnengruppe 2013, S.105). Darin finden sich Momente der Akkumulation durch Enteignung, indem durch die neue Warenförmigkeit auch über die Reproduktionsarbeit Mehrwert produziert werden kann. Darüber hinaus ermöglicht die Auslagerung der Reproduktionskosten aus den Lohnbestandteilen höhere Profitraten für Arbeitgeber\*innen.

Wie auch die Akkumulation durch Enteignung kein abgeschlossener, sondern ein fortlaufender und sich wiederholender Prozess zur Bearbeitung von Überakkumulationskrisen

ist, wird auch dessen Geschlechterdimension immer wieder evident. Vor allem in Zeiten von Finanzkrisen werden über Strukturanpassungsprogramme und Austeritätspolitiken an erster Stelle staatliche Ausgaben im Reproduktionsbereich gekürzt, etwa im Gesundheitsbereich, dem Bildungswesen oder der öffentlichen Infrastruktur (Federici 2015, S.78). Wie in Kapitel 2.5 dargelegt, greifen solche neoliberalen Austeritätsmaßnahmen und deren Folgen vor allem in Städten, die Orte des kollektiven Konsums sind und in denen sich vulnerable Bevölkerungsgruppen konzentrieren.

Ein dritter Moment im Zusammenhang von Überakkumulationskrise und sozialer Reproduktion findet sich in der kriseninduzierten Investitionsverlagerung vom ersten in den zweiten Kapitalkreislauf und der damit angeheizten Immobilienspekulation. Die in Folge steigenden Wohnungspreise – ob im Eigentums- oder Mietverhältnis – erschweren den Zugang zu Wohnraum, wodurch eine grundlegende Bedingung der Reproduktion prekariert wird. Dies kann sich in einem steigenden Anteil der Wohnkosten am Gesamteinkommen der Bewohner\*innen äußern, wodurch die finanziellen Ressourcen für andere Bereiche der Reproduktion wie Nahrung, Kleidung, Bildung oder Gesundheit fehlen. Zeitliche Ressourcen werden durch die Mehrarbeit, die notwendig ist, um die steigenden Kosten aufzufangen, verknappt oder es bleibt nur noch der Wegzug bzw. die Verdrängung aus den gentrifizierten, oftmals zentral gelegenen Stadtteilen. Damit verlängern sich gegebenenfalls die Wege zur Arbeit und mit der Verdrängung aus dem ursprünglichen Wohnumfeld können soziale Beziehungen und Netzwerke wegbrechen, die bis dato Belastungen durch Reproduktionsaufgaben mutual abfedern konnten. Zu dem finanziellen und zeitlichen Druck kommt mit der Verknappung von Wohnraum und der dadurch losgetretenen Unsicherheit eine starke mentale Belastung der Betroffenen (Desmond und Tolbert Kimbro 2015). Diese Effekte werden noch weiter zugespitzt, wenn die raum-zeitliche Verschiebung der eigentlichen Krise der Auslöser für neue Krisen wird.

Diese skizzierten Krisenmomente und die damit verbundenen (urbanen) Prozesse zur Lösung dieser Krisen sind in ihren verschiedenen Facetten also offensichtlich mit der vergeschlechtlichten sozialen Reproduktion verknüpft. Die weitreichende Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, wiederkehrende austeritäre Sparpolitiken und die Investitionen in die gebaute Umwelt führen über die Senkung der Reallöhne, die zunehmende Privatisierung von Reproduktionsarbeit, den Abbau sozialer Infrastruktur und die Prekarisierung von Wohnraum zu einer Verknappung zeitlicher und monetärer Ressourcen für die soziale Reproduktion bei gleichzeitiger Individualisierung dieser Verantwortlichkeiten. Die Folge ist eine Ausweitung der Reproduktionslücke und die Vertiefung einer Reproduktionskrise, welche die realen Lebensbedingungen der Menschen – vor allem in den Städten – einschneidend verschlechtert. Diese Krise wirkt gleichzeitig negativ auf die Bedingungen der Kapitalverwertung zurück. James Moore spricht in diesem Zusammenhang von einer Erschöpfung und weitergehend von einer Vernichtung der Arbeiter\*innen, was sich nicht nur auf die Lohnarbeit bezieht, aber auf jede „Lebenstätig-

keit ‚die innerhalb der Wertverhältnisse des Kapitalismus arbeitet‘ (Moore 2020, S. 343). Unter Ersterem versteht er nicht die physische Überlastung des\*der Einzelnen, sondern die Erschöpfung der Fähigkeit der Arbeiter\*innenklasse, noch mehr unbezahlte Arbeit innerhalb dieses Systems bereitzustellen. Die substantielle Verlängerung des Arbeitstages – vor allem für Frauen – führt dazu, dass dieses Potenzial ausgeschöpft ist und die Arbeiter\*innen nicht noch mehr arbeiten können. In der Vernichtung der Arbeiter\*innen<sup>1</sup> sieht Moore den absoluten Niedergang der dem (Re-)Produktionsgefüge zugeführten unbezahlten Arbeit an. Durch die Ausweitung der Reproduktionslücke und die mangelnden sozialen Kapazitäten werden sowohl die Aufrechterhaltung der bereits verfügbaren Arbeitskräfte, die Pflege und Erziehung derer, die außerhalb der Arbeiter\*innenschaft stehen, als auch die generative Reproduktion der Arbeiter\*innenschaft destabilisiert und so die quantitative und qualitative Verfügbarkeit von Arbeitskräften eingeschränkt. Dies kann sich negativ auf Verwertungsbedingungen des Kapitals auswirken und somit die Krise der sozialen Reproduktion zu einem aktiven Moment einer weiteren bzw. verstärkten Überakkumulationskrise werden (Winker 2015, S. 115).

Weitergehend können sich die ökonomische und reproduktive Krise zu einer politischen Krise verschränken. Wenn der Staat in seiner konkreten sozialstaatlichen Ausformung nicht mehr in der Lage ist, den Widerspruch zwischen der langfristigen Sicherstellung der Reproduktion adäquater Arbeitskräfte und den Profitinteressen der Kapitalist\*innen zu prozessieren, kann der gesamtgesellschaftliche Konsens brüchig werden. Die politische Dominanz wird dabei durch Risse im hegemonialen Machtblock, den der Staat unter Berücksichtigung divergierender Interessen verschiedener Klassenfraktion nicht mehr adäquat organisieren kann, herausgefordert. Subalterne Interessen können so nicht in den Konsens eines hegemonialen Machtblocks einbezogen werden und die breiten Massen gehen von der politischen Passivität zu einer gewissen Aktivität über und stellen Forderungen, die die systemischen Widersprüche benennen und zuspitzen (Gramsci 1996, S. 1557).

## 5.2 Zweite theoretische Synthese: Die Stadt als Soziale Fabrik und Küche

Um diesen Zusammenhang aus ökonomischen Krisen, urbanen Krisenlösungsstrategien und der Rekonfiguration der sozialen Reproduktion sowie den Widerstand gegen diese Entwicklungen konzeptuell stärker fassen zu können, lohnt es, sich stärker mit operaistischen Ansätzen auseinanderzusetzen. Wie im Kapitel zur Umkämpftheit der Räume dargelegt, hat Harvey selbst schon die Figur der „Sozialen Fabrik“ aufgenommen, um das Terrain der Klassenauseinandersetzungen um Momente der Zirkulation und Reproduktion zu erweitern. Dennoch bleiben diese Ausführungen kursorisch und

<sup>1</sup> Etwa kann dies am starken Anstieg psychischer Erkrankungen seit den 1980er Jahren und an tendenziell sinkenden Fruchtbarkeitsraten in den letzten Jahrzehnten festgemacht werden.

ein Begriff der Sozialen Fabrik trägt mehr den Charakter einer rhetorischen Figur, weshalb sich ein Blick auf dessen Entstehungsgeschichte lohnt. Der Operaismus entwickelte sich als eine marxistische Strömung in den frühen sechziger Jahren in Italien und versuchte über die Veröffentlichung von Zeitschriften und die Untersuchung von Arbeits- und Widerstandsbedingungen in italienischen Fabriken eine zeitgemäße theoretische Klassenanalyse unter fordistischen Produktionsverhältnissen zu diskutieren und daraus Arbeitskämpfe und gesellschaftliche Kämpfe zu organisieren. Durch die Analyse der Klassenzusammensetzung, etwa über militante Untersuchungen in der Fiat-Autofabrik in Turin oder beim Computer- und Büromaschinenhersteller Olivetti in Ivrea, sollten die Bewegungsgesetze der Ware Arbeitskraft untersucht werden, um so das Klassenverhalten der Arbeiter\*innen besser zu verstehen (Bologna 2017). Theoretischer Ausgangspunkt war eine autonome Lesart des Marxismus, die den Blick nicht auf abstrakte Wertgesetzmäßigkeiten des Kapitalismus richtete, sondern eben eine Autonomie der Arbeiter\*innenklasse betonte, sowohl hinsichtlich deren Vertretung durch Parteien und Gewerkschaften, als auch von deren Bestimmung durch das Kapital (Wright 2005, S. 13). Für den Begriff der Autonomie betont Neil Gray, dass diese nicht ein „good outside“ (Gray 2018a, S. 324) ist, welches die Flucht in reine Selbstbestimmung erlaube, sondern eine antagonistische politische Position, die den bestehenden Beziehungen immanent ist. Dabei werden die Kämpfe der Arbeiter\*innen dem Kapital vorangestellt, sodass die Entwicklung des Letzteren als eine Reaktion auf die Form der Klassenkämpfe von unten begriffen wird (Cleaver 2000, S. 74). Mit dem Konzept der Sozialen Fabrik (ital. *società-fabbrica*) wird im Operaismus die Ausweitung des Ausbeutungsverhältnisses über den Produktionsprozess hinaus als Unterordnung aller gesellschaftlichen Beziehungen unter die Bedingungen der Kapitalakkumulation beschrieben. Dabei folgte Tronti einem wissenschaftlichen Konzept der Fabrik, als Ausdruck des höchsten Standes der kapitalistischen Entwicklung, in dem jeder Moment zu einem Teil der universellen industriellen Produktion transformiert wird (Palazzo 2014, S. 113). In dieser Entwicklungsstufe, die Tronti und andere Operaisten verwirklicht sahen, war der italienische Staat zu einem kollektiven Kapitalisten geworden, der seine Kontrolle über die (urbane) Gesellschaft zum Zwecke der Mehrwertmaximierung ausbaute. Über die Bereiche der Wohnungspolitik, der sozialen Sicherungs- und Bildungssysteme oder der Entwicklung von Infrastruktur sollten etwa die Reproduktionsbedingungen für das Kapital sichergestellt werden, wodurch die Grenzen zwischen Fabrik und Gesellschaft und Leben und Arbeit (Clare 2018, S. 259) weiter verschwammen. Romano Alquiliati verdeutlicht dies am Beispiel Turins:

Es gibt deshalb keine einfache und saubere Unterscheidung zwischen den Fabriken, wo der Mehrwert produziert wird, den Wohngegenden, wo sich die Arbeitskraft reproduziert und den Verwaltungszentren für die Bewegungen des variablen Kapitals, der Waren, der Produkte und der teilgefertigten Vorprodukte und Hilfsgüter. (Alquiliati 1975, S. 230 zitiert nach Wright 2005, S. 93)

Die Fabrik, in der die Arbeiter\*innenklasse arbeitete, war damit die Gesellschaft als Ganzes. Mit der daran anschließenden Neudefinition der Arbeiter\*innenklasse über die industrielle Fabrik hinaus sollten auch die in Italien sowie anderen Ländern Europas und der USA in den 1960er Jahren zunehmenden Kämpfe von Frauen, Studierenden, Mieter\*innen und Arbeitslosen als Kämpfe gegen die soziale Kontrolle durch das Kapital theoretisch gegriffen werden können (Cleaver 2000, S. 70).

Auch wenn unter diese Neudefinition theoretisch gesellschaftliche Kämpfe außerhalb der Lohnsphäre fallen, haben vor allem feministische Marxist\*innen den Begriff der Sozialen Fabrik konsequent auf die Reproduktionsarbeit angewendet und so den Blick für die unbezahlte (Haus-)Arbeit und die Kämpfe in Nachbarschaften und Communities geschärft. Letztere wurde dabei nicht als Gegensatz zur Fabrik als ein Ort der Freizeit und Freiheit gesehen, sondern als zweites Standbein der kapitalistischen Produktionsweise, als Ort der versteckten, weil unbezahlten kapitalistischen Ausbeutung (für eine detaillierte Auseinandersetzung siehe Kapitel Soziale Reproduktion). Mit der Durchsetzung der Sozialen Fabrik ging eine zunehmende Inwertsetzung verschiedener Bereiche der Community einher, die zugleich zu Kristallisationspunkten zumeist weiblich dominierter Kämpfe wurden. Diese Auseinandersetzungen um Wohnraum, medizinische Versorgung, Transport oder Bildung wurden als strukturelle Kämpfe um bzw. gegen die Reproduktion der für die Fabrik benötigten Arbeitskraft begriffen und den Frauen damit eine zentrale Rolle im Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise zugewiesen: „[A Women] had in her hands a fundamental lever of social power: she could refuse to produce. In this sense, she constitutes the central figure of ‘social subversion’ as we used to call it at the time, a struggle that could lead to a radical transformation of society“ (Dalla Costa 2019b [2002], S. 236).

Das Konzept der Stadt als Soziale Fabrik ermöglicht es also, sowohl Entwicklungen der kapitalistischen Produktionsweise und ihre Auswirkungen auf die Produktions- und Reproduktionssphäre zu greifen, als auch Kämpfe und Widerstandshandlungen in den genannten Sphären in den Blick zu nehmen und in ein Verhältnis zu setzen. Die Stadt als Soziale Fabrik, d.h. als Zusammenspiel von Produktion, Zirkulation, Konsumtion und Reproduktion zu begreifen, ermöglicht es auch, das Konzept aus dem historischen Korsett und der Fokussierung auf die Fabrik als zentralen Ort der Produktion zu befreien und auf empirischer Grundlage ein klassenkämpferisches Terrain neu zu bestimmen. Harvey bezieht sich darauf, wenn er sagt, dass die Produktion nicht nur das Bauen von Häusern, sondern auch das Befüllen mit Gegenständen wie Möbel oder Küchenutensilien bedeutet (Harvey 2012, S. 130). Was Harvey an dieser Stelle nicht explizit erwähnt, ist, dass darüber hinaus die Häuser sauber gehalten, die Einkäufe erst einmal gemacht und die Sachen aus dem Kühlschrank zubereitet werden müssen. Diese Tätigkeiten sind nicht abgetrennt voneinander zu begreifen, sondern – der Argumentation der sozialen Reproduktion folgend – zwei Seiten der Medaille des kapitalistischen Produktionsverhältnisses. Die Stadt

ist demnach nicht nur eine Soziale Fabrik, sondern vielmehr Soziale Fabrik und Küche. Und wie diese Küche konkret ausgestaltet ist, ob im Stile eines Einfamilienhauses, in dem der Mann lohnarbeitet und allein die Frau für die Reproduktionsarbeit zuständig ist, ob eine alleinerziehende Mutter nach der Verrichtung des prekären Putzjobs noch das Abendessen sowie die Schulverpflegung für die zwei Kinder zubereiten muss oder ob die Mahlzeiten in einer im Stadtteil organisierten Kantine von einer gemischtgeschlechtlichen Gruppe von Anwohner\*innen vorbereitet werden, hängt vom Stand und der Umkämpftheit des Regimes der Produktions-Reproduktionsverhältnisse ab.

Einen konkreten Ansatz für die empirische Grundlage zur Bestimmung des klassenkämpferischen Terrains bietet das operaistische Konzept der Klassenzusammensetzung, mit der die Spaltung zwischen der Organisation der Arbeitskraft (technische Zusammensetzung) und der Organisation der Arbeiter\*innenklasse (politische Zusammensetzung) im Kapitalismus in Beziehung gesetzt wird. Während die „technische Zusammensetzung“ etwa die Arbeitsteilung, technische Entwicklungen, soziale (Stadt-)Planung, Überwachung und Disziplin als Teile der organisierten kapitalistischen Produktion betrachtet, bezieht sich die „politische Zusammensetzung“ auf den Stand der kollektiven politischen Subjektivität und den Grad der Selbstorganisation der Arbeiter\*innen (Gray 2018b, S. 50; Thorburn 2017, S. 155). Der Operaismus folgt der These, dass die politische Zusammensetzung die Art und Weise der technischen Zusammensetzung konfiguriert, die Organisation der Arbeiter\*innenklasse also die Organisation der Arbeit beeinflusst. In Reaktion darauf versucht das Kapital über die Neukonfiguration der technischen Zusammensetzung die Arbeiter\*innenklasse in ihrer politischen Zusammensetzung zu zersetzen und zu schwächen, zum Beispiel über die Änderung der Produktionsmethode, um so Arbeitskämpfe besser kontrollieren zu können. Die Arbeiter\*innenklasse muss sich daraufhin entlang der neuen Gegebenheiten wieder neu organisieren, woraus sich ein fortlaufender Zyklus der De- und Rekomposition von Klasse ergibt (Clever 2000, S. 115). Im Sinne der feministischen Interpretation des Konzepts der Sozialen Fabrik ist auch in dieser Analyse ein erweiterter, Sphären der Reproduktion, Konsumtion und Zirkulation mitumfassender Begriff der Arbeiter\*innenklasse anzuwenden.

Wie sich diese Bereiche überschneiden, verdeutlicht die Entwicklung in Italien Anfang der 1970er Jahre. Als Antwort auf die schwere ökonomische Krise, die das Land Anfang der 1970er Jahre erfasste und die sowohl auf der Erdölkrise, als auch auf dem hohen Niveau der vorangegangenen Kampfzyklen in den Fabriken fußte, wurde die technische Zusammensetzung seitens des Kapitals und mithilfe des Staates rekonfiguriert. Mit dem sogenannten „historischen Kompromiss“ wurde ein neuer politischer Konsens zwischen der Kommunistischen Partei (PCI), die spürbar den Einfluss auf die autonome Arbeiter\*innenbewegung verloren hatte, der Sozialdemokratischen (PSI) und Christlichen Partei (DC) gesucht. Auf dessen Grundlage wurde eine austeritäre Schocktherapie durchgesetzt, in deren Zuge Industrie restrukturiert und diversifiziert und die öffentlichen Ausgaben bei einem gleichzeitigen

Anstieg der Lebensmittelpreise drastisch gekürzt wurden. In Folge wurde die Zusammensetzung der Arbeiter\*innenklasse dekomponiert und die Krisenkosten nach unten abgewälzt (Gray 2018a, S. 326). Als einen zentralen Pfeiler in der technischen Neuzusammensetzung arbeitete Sergio Bologna in seiner Studie „The Tribe of Moles“ den Immobiliensektor heraus. Mit Harveys krisentheoretischer Argumentation übereinstimmend, analysierte Bologna die verstärkte Verschiebung von Kapital aus dem ersten in den zweiten Kapitalkreislauf, vom Produktionssektor in die gebaute Umwelt, was zur raschen Entstehung einer weiten suburbanen Landschaft, charakterisiert durch stark steigende Immobilienpreise, führte (Bologna 2007 [1977], S. 42). Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch das Parteiensystem der PCI und der DC, welche die Schaffung eines neuartigen Kreditwesens unterstützten und deren Planungshoheit über weite Flächen an Land zur Entwicklung von Bauflächen nutzte. Während die Bevölkerungsteile mit hohem Einkommen mehrheitlich die Innenstädte für ein Haus im suburbanen Raum verließen, waren Arbeiter\*innen teils mit katastrophalen Wohnbedingungen konfrontiert, da der staatlich finanzierte Wohnungsbau weder qualitativ noch quantitativ die steigenden Bevölkerungszahlen in den Industriestädten Norditaliens auffangen konnte (ebd.). Als Antwort auf diese Entwicklungen organisierten sich politische Gruppen, die bis dato vor allem auf die Fabrik als Ort des Klassenkampfes konzentriert waren, rund um territorial-nachbarschaftliche Kämpfe. So rief die Gruppe Lotta Continua dazu auf, sich die Stadt zu erobern und fasste darunter Aktionen wie Mietstreiks, die Verhinderung von Zwangsräumungen, das Herabsetzen von Stromgebühren, den Aufbau selbstorganisierter Kliniken, Bildungseinrichtungen und öffentlicher Küchen oder das Organisieren von niedrigpreisigen Wochenmärkten (Lotta Continua 1973). Unter dem Begriff der *autoreduzione*-Bewegung sind zehntausende Jugendliche aus den proletarischen Vorstadtvierteln in die Zentren gefahren und reduzierten autonom die Preise von Filmen, Theatern und Restaurants auf ein Drittel oder Viertel des eigentlichen Preises (Berardi 1980). Diese Kämpfe durchzogen damit vor allem die Sphäre der sozialen Reproduktion und waren eine Antwort auf die zunehmende Kommodifizierung des alltäglichen Lebens. Frauen spielten in diesen Community-Kämpfen eine zentrale Rolle und setzten etwa mit der „Lohn für Hausarbeit“-Kampagne die vergeschlechtlichte Reproduktionsarbeit in ein Verhältnis zur Produktion. Damit wurde auch die gesellschaftlich zugeteilte Rolle als Hausfrau, die vornehmlich im privaten Bereich nicht-entlohnte Tätigkeiten ausführt, durchbrochen und eine neue Identität als Teil des gemeinsamen Kampfes gegen die Organisationsform der kapitalistischen Arbeit angenommen (Dalla Costa und James 2019 [1972], S. 31f.). Generell sah Lotta Continua in den Kämpfen der Reproduktionssphäre einen wichtigen Schritt zu der Schaffung neuer kollektiver Subjektivitäten:

In the course of their struggles the Italian working class have begun to create for themselves a new identity, a way of life which is more and more out of control of the bosses. In defining and fighting for their own interest as a class, working people have begun to take back everything that has been stolen from them, taking control of their lives, taking the city. (Lotta Continua 1973, o. S.)

Damit bildeten diese neuen Formen der territorial-nachbarschaftlichen Kämpfe einen Baustein in der Rekomposition der politischen Zusammensetzung, die über die Fabrik bzw. den Arbeitsplatz hinausgingen und sich gegen die Urbanisierung des Kapitals als einen Eckpfeiler in der Rekonfiguration der technischen Neuzusammensetzung richteten.

Dabei kann kaum gelehnet werden, dass das Konzept des Operaismus ein Kind seiner Zeit war, ausgehend von den Kämpfen gegen die fabrikzentrierte Produktionsweise. Auch die These der „Autonomie der Arbeiter\*innen“ kann ausgehend von der in den vorangegangenen Kapiteln aufgestellten Analyse (Urbanisierung, soziale Reproduktion, Staat) in dieser Form nicht aufrechterhalten werden. Dennoch kann die Methode der Klassenzusammensetzung ein scharfes Werkzeug zur Analyse veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse bereitstellen und das Konzept der Sozialen Fabrik als Versuch der Bestimmung von De- und Rekompositionsprozessen in der technischen und politischen Zusammensetzung auch aus aktueller Perspektive dienen. Für das Scheitern in der damaligen Zeit konstatiert Wright kritisch, dass angesichts der zugespitzten politischen Lage im Italien der 1970er Jahre, vor allem aus einer politischen Ungeduld heraus, die genaue empirische Untersuchung der Klassenzusammensetzung hintenangestellt und stattdessen allumfassende Begriffe und Kategorien gebildet wurden, die „gedankliche Konstrukte [waren], in die bestimmte Operaistinnen und Operaisten mit beachtlichem Eigensinn und Einfallsreichtum die Realität der Klassenzusammensetzung zu pressen versuchten“ (Wright 2005, S. 238). Dennoch gilt es nicht, die Ideen des Operaismus komplett über Bord zu werfen. Vielmehr gilt es davon aus- und darüber hinauszugehen.

Daran anknüpfend wird in jüngster Zeit in der Geographie versucht, die Begriffe des Operaismus durch die explizite Inbezugnahme einer räumlichen Perspektive für die Analyse aktueller Zyklen von städtischen Entwicklungsprozessen und daran geknüpfte Kämpfe urbaner sozialer Bewegungen fruchtbar zu machen. Vor diesem Hintergrund betont Neil Gray (2018b), dass trotz der offensichtlichen Geographie der urbanen Auseinandersetzungen, der Operaismus eine explizit räumliche Analyse der Klassenzusammensetzung schuldig geblieben ist. Mit dem Konzept der *spatial composition* erweitert Gray die Beziehung von technischer und politischer Zusammensetzung um den „Fokus auf die Organisierung und Umkämpftheit der sozial-räumlichen Beziehungen“ (Gray 2018b, S. 50). Nach Nick Clare kann so ein Rahmen der räumlichen Zusammensetzung dazu beitragen, „[to] demystify, and ultimately mobilise, the inherently yet inchoately spatial ‘social factory’“ (Clare 2018, S. 256). Vor dem Hintergrund, dass Investitionen in und Spekulation mit Wohnraum und Boden immer zentralere Stützen für die Kapitalakkumulation sind und Austeritätspolitiken als staatlich forcierte Krisenlösungsprogramme die soziale Reproduktion rekonfigurieren, müssen diese Entwicklungen als *technical spatial composition* begriffen werden, die mit Prozessen der *political spatial composition* dialektisch verbunden sind: „Political spatial compositions are therefore the types of urban struggle that emerge from specific technical spatial compositions, and these can contribute to both the de- and re-composition of class“ (ebd., S. 261).



### 5.3 Dritte theoretische Synthese: Beziehungsweisen

Im nächsten Schritt sollen die verschiedenen durchkreuzten Analyseebenen in Beziehung gesetzt werden. Im Sinne dieser Arbeit gehen damit sowohl die Bestimmungen des Verhältnisses von Struktur zu Individuum, von Mikro- zu Makroebene sowie zwischen den verschiedenen sozialen Verhältnissen, als auch daran geknüpft die Frage nach möglicher gesellschaftlicher Veränderung einher. Dabei lohnt sich die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Beziehungsweisen von Bini Adamczak (2017), den sie ausgehend von einer Analyse der Russischen Revolution 1917 und der 1968er-Revolution in Europa entwickelte. Dabei setzte Adamczak die zwei Revolutionswellen in eine wechselseitige Kritik. Während 1917 für den Umbruch von politischer und staatlicher Strukturen unter dem Aspekt der Gleichheit stand, fokussierte 1968 individuelle Freiheiten und die Akzeptanz der Differenz des Subjekts. Ausgehend von dem Scheitern beider Revolutionen (an ihren eigenen revolutionären Ansprüchen) – 1917 führte schlussendlich zu Unterdrückung, Gewalt und Terror, auch gegen die eigentlich Verbündeten, 1968 ging das Begehren nach Individualität und Freiheit in der neoliberalen Konterrevolution auf – versucht Adamczak einen „Ausweg aus der Strukturfixiertheit der alten Linken, etwa dem klassischen Marxismus – der Staat, das Kapital, die Determination, die Klasse –, andererseits aus den Singularitätstendenzen der Neuen Linken, etwa der klassischen Queer Theory“ (ebd., S. 250) zu finden. Dafür rekurriert sie auf Marx' Formulierung aus den „Thesen über Feuerbach“, wonach das „menschliche Wesen [...] ein Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Marx 1969 [1845], S. 6) ist, ergänzt dabei aber den ebenfalls von Marx stammenden Satz, dass Gesellschaft ein Ensemble der menschlichen Beziehungen ist und dabei nicht aus bloßen Individuen besteht, sondern aus den Summen der Beziehungen, in denen die Menschen zueinanderstehen (Marx 1983 [1857/1858], S. 189). Gesellschaft ist also weder die direkte Summe individueller Subjekte, noch determiniert der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang die Individuen, „stattdessen erscheinen die sozialen Beziehungen als vermittelndes Moment zwischen beiden“ (Adamczak 2017, S. 239). Die beziehungstheoretische Perspektive fokussiert damit nicht das Subjekt oder die Struktur an sich, sondern die Beziehungen, Differenzen und Distanzen, die Akteur\*innen verbinden, trennen, neuverknüpfen, ihnen relationale Positionen zuweisen und mittels derer Institutionen als verfestigte, verdinglichte oder materialisierte Beziehungsformen entstehen (ebd., S. 244f., S. 251). Damit eröffnet dieser Betrachtungswinkel auch danach zu fragen, „aus welchen Trennungen eine spezifische Beziehung hervorgeht und welche aufrechterhaltenen Trennungen jene Beziehungen stabilisieren“, um dann daraus zu schließen, „welche Beziehungen geknüpft werden müssten, um jene Trennungen zu überwinden und andere Beziehungen zu ermöglichen“ (ebd., S. 247).

Etwa beschreibt Adamczak aus beziehungstheoretischer Perspektive die kapitalistische Vergesellschaftung einerseits als eine verbindende Beziehung, in der die Warenproduktion, -distribution und -konsumtion Menschen und deren Arbeit theoretisch im globalen Maßstab in ein Verhältnis setzt, allerdings nicht in Form eines gemeinsamen Miteinander, sondern eines individuellen Voneinander, da nicht etwa ein kollektiver Produktionspro-

zess die Motivation für diese Beziehung ist, sondern die Abhängigkeit aller vom Tauschäquivalent Geld. Da dieses Tauschäquivalent nicht unendlich verfügbar ist, erzeugt die verbindende Warenbeziehung Trennungen, da die Subjekte gegeneinander in Konkurrenz gesetzt werden (ebd., S. 249f.). Mittels dieser Analyse können die „affektiven Qualitäten der Warenbeziehung als Getrenntheit oder Feindseligkeit gegenüber den in der Warenbeziehung miteinander Verbundenen, als Austauschbarkeit und Unsicherheit gegenüber dem durch sie hergestellten gesellschaftlichen Zusammenhang“ (ebd.) beschrieben werden. Darüber hinaus kann aus der Perspektive nach den Beziehungen gefragt werden, welche die Beziehungsweise der Ware zu den jeweiligen Beziehungsweisen von Familie und Liebe, Nation und Staat oder Reproduktionsarbeit und Klasse hat, „indem sie auf den Modus fokussiert, durch den die Akteur\*innen in ihnen miteinander verbunden oder voneinander getrennt werden“ (ebd., S. 250).

Einen etwas generelleren, aber ähnlich relationalen Ansatz verfolgen die Soziolog\*innen Margaret Archer und Pierpaolo Donati<sup>2</sup>, die Gesellschaft als das Produkt von assoziativen und dissoziativen Beziehungen definieren, deren strukturelle Dynamiken und Verhältnisse zwischeneinander eine dauerhafte soziale Formation schaffen. Konkret behandeln sie soziale Beziehungen „as a reality that interweaves elements deriving from nature (internal and external) with effects deriving from the structural and cultural contexts and networks linking agent/actors“ (Donati und Archer 2015, S. 20). Demnach zeichnet sich jede spezifische Gesellschaftsform dadurch aus, dass die verschiedenen Beziehungselemente kombiniert und in ein Verhältnis gesetzt werden und dadurch eine soziale Struktur reproduziert, mit der Zeit aber auch signifikant verändert werden kann (ebd., S. 25f.). Diese Relationalität wird auch bei der Frage nach der Subjektkonstitution evident, wonach Donati und Archer von einem *relational subject* sprechen, welches nicht nur selbst in sozialen Beziehungen handelt und daran beteiligt ist, sondern sich in, durch und mit diesen Beziehungen entwickelt (ebd., S. 31). Aus der relationalen Konstitution, sowohl von individuellen, als auch kollektiven Subjekten (z. B. ein Ehepaar, eine politische Partei, die lokale Community oder soziale Bewegungen) und den damit eingegangen sozialen Beziehungen entspringen emergente Kräfte, Eigenschaften und Qualitäten (wie Vertrauen oder Misstrauen, Solidarität oder Konkurrenz), die weder materiell noch bloße Ideen sind. Damit gehen die Beziehungen des relationalen Subjekts über die reine Aggregation von Individuen hinaus. Der Unterschied zwischen dem individuellen und dem kollektiven Subjekt liegt in der Reflexivität, was Archer und Donati am Beispiel des Orchesters verdeutlichen. Während das individuelle Subjekt nur über die eigene musikalische Leistung und ihre mögliche Verbesserung dieser nachdenkt, tritt die Beziehung zu den Anderen in das individuelle Bewusstsein ein und spielt bei der inneren Selbstdefinition des Individuums eine Rolle. Wenn das Individuum wiederum über die Leistung des Orchesters als Ganzes nachdenkt, diese im Gesamten zu verbessern ver-

2 Vielen Dank an Leon Rosa Reichle für den Hinweis auf das Konzept.

sucht und darüber ihre Leistung anpasst, entsteht eine kollektive Beziehungsweise des „Wir“ (ebd., S. 59). Die emergenten Kräfte und Qualitäten, welche den sozialen (Nicht-) Beziehungen entspringen, bringen relationale Güter, *relational goods*, oder relative Übel, *relational evils*, hervor. Als *relational goods* gelten etwa Solidarität, Vertrauen, Mutualität und Reziprozität oder eine spezifische Motivation zur gegenseitigen Sorge, während *relational evils* die gegensätzlichen Eigenschaften tragen, z.B. fehlendes Misstrauen, Konkurrenz, Vereinzelung oder Ausgrenzung. Dabei sind die Kategorien nicht dichotom zu betrachten, d.h. in Wir-Beziehungen, die *relational goods* erzeugen, kann es auch zu *relational evils* kommen. So kann durch ein kompetitives Umfeld das Vertrauen untereinander sinken. Um am Orchesterbeispiel zu bleiben, könnte dies eintreten, wenn aufgrund einer Professionalisierung und einer damit verbundenen Anzahl von Auftritten die Plätze im Orchester begrenzt werden und die Teilnehmer\*innen verstärkt in Konkurrenz zueinanderstehen.

Die *relational goods* und *evils* beeinflussen sowohl die Subjekte innerhalb der Beziehungen, haben aber auch externe Effekte auf deren soziale Umwelt. Soziale Strukturen als spezifische Kombination von Beziehungselementen können durch bestimmte Beziehungsweisen beeinflusst werden, gleichzeitig werden die jeweiligen sozialen Subjekte und spezifischen Beziehungen durch ihr Verhältnis zu anderen Beziehungen, also die soziale Struktur beeinflusst. Vor dem Hintergrund der Frage nach sozialer Veränderung muss damit überprüft werden, welche soziale Struktur, also welche Kombination von Beziehungsweisen, die Entstehung von *relational goods* ermöglichen. Darüber hinaus können in dieser Konzeption soziale Beziehungen und Subjektivierungen über eine determinierende Bestimmung durch Makrostrukturen wie Markt oder Staat hinausgehen, etwa sind intrinsische Werte wie Solidarität und Mutualismus nicht mit tauschwertorientierten Marktlogiken zu greifen. Gleichzeitig wird die Existenz und Wirkmächtigkeit dieser Strukturen nicht negiert. Beziehungen, die sich zumindest im Teil makrostrukturellen Gegebenheiten entziehen, können dennoch über diese beeinflusst und wie in diesem Fall getrennt werden. Generell sehen Donati und Archer die Entstehung relationaler Güter primär bis ausschließlich auf der Mikro- und Mesebene, wo die Möglichkeiten zum persönlichen Austausch und der Entstehung gemeinsamer Orientierungen gegeben sind, während auf der Makroebene, z.B. dem Staat und öffentlichen Einrichtungen oder der Wirtschaft, vor allem der kompetitive Charakter und die unpersönlichen Strukturen die Entstehung eines kollektiven relationalen Subjekts und damit verbunden die Erzeugung von relationalen Gütern behindern und relationale Übel begünstigen bzw. damit verflochten sind (ebd., S. 319).

In beiden Konzepten kann die Transformation des Sozialen und gesellschaftliche Veränderung als Verschiebung oder Neuordnung von Beziehungen begriffen werden. Wenn Kapitalismus als „Gefüge von ineinandergreifenden Beziehungsweisen, lebendiger wie dinglicher“ (Adamczak 2017, S. 246) verstanden wird, kann damit gefragt werden, wel-

che Beziehungen verbunden oder getrennt werden müssen, um soziale Veränderung zu ermöglichen. Wo es nach Archer und Donati heißt, dass es für progressive gesellschaftliche Veränderung einer Ausweitung der Beziehungen, die relationale Güter fördern, bedarf (und damit auch der strukturellen Umstände die dieses ermöglichen), spricht Bini Adamczak von gesellschaftlichen Beziehungsweisen der Solidarität, die in dem Moment entstehen, „in dem sich nicht nur bestehende Beziehungen verändern, in dem sie enger und egalitärer verbunden werden, freundlicher und weniger instrumentell, sondern auch neue Beziehungen geknüpft und andere gelöst werden, Verbindungen aufgegeben und Elemente neu miteinander verbunden werden“ (Adamczak 2017, S. 260). Dies ermöglicht uns, gesellschaftliche Veränderung sowohl über die reine (Macht-)Ergreifung einer Struktur wie dem Staat als auch über die Ebene individueller Veränderung des Subjekts hinaus zu denken. Aus dieser beziehungstheoretischen Perspektive kann etwa auch das staatstheoretisch untermauerte Spannungsfeld der Frage nach den Möglichkeiten und Begrenzungen von progressiven Regierungen und dem Verhältnis von Regierungen und sozialen Bewegungen aufgelöst werden. Regierungsübernahmen müssen demnach nicht als Abkürzung zur gesellschaftlichen Transformation oder als das Abgeben politischer Verantwortung und Handlungsfähigkeit begriffen werden, sondern als Terrain zur Rekonfiguration von Beziehungsweisen. Dies greift sowohl innerhalb der Institution, wo Beziehungsweisen der hegemonialen Männlichkeit von Institutionen gelöst werden müssen, als auch im Wirken auf die außerparlamentarische Sphäre, wo der Aufbau von Beziehungen der Nähe und die Erzeugung relationaler Güter unterstützt werden könnte, z. B. durch die Schaffung selbstverwalteter Infrastrukturen. Diesbezüglich sagte Silvia Federici im Rahmen der „Lohn für Hausarbeit“-Kampagne:

It is one thing to organise communally the way we want to eat (by ourselves, in groups, etc.) and then ask the State to pay for it, and it is the opposite thing to ask the State to organise our meals. In one case we regain some control over our lives, in the other we extend the State's control over us. (Federici 1975, S. 7)

In diesen Momenten können also gleichzeitig die Beziehungen der Subjekte zum Staat verändert werden und damit die Homogenisierung/Individualisierung von Staatsbürger\*innen und die damit verbundenen Fragmentierungen unterlaufen werden und stattdessen neue kollektive Subjektivitäten entstehen.

Anschließend an die im Verlauf der Arbeit argumentierten sozialen Verhältnisse von Raum und kapitalistischer Urbanisierung sowie Staat und sozialer Reproduktion, kann gefragt werden, wie die im Kapitalismus erzeugten Trennungen zwischen Produktion und Reproduktion und Öffentlichkeit und Privatheit, die Trennung der Subalternen aus dem hegemonialen Block, die Atomisierung der Individuen mittels der Homogenisierung als Staatsbürger\*innen, oder wiederum der Verbindung von Maskulinität und Staatsapparaten, Reproduktion und Vergeschlechtlichung, Ökonomie und Tauschwert und

Eigentum und Raum stabilisiert und aufrecht erhalten oder verändert und überwunden werden können. Diese Trennungen und Verbindungen sind, auch das wurde im Verlauf der Arbeit aufgezeigt, zentral verknüpft mit Prozessen der Raumproduktion. Somit spielt es eine zentrale Rolle, welche räumlichen Praxen *relational goods* oder *relational evils* erzeugen oder bedingen und darüber hinaus, wie räumliche Strukturen und Prozesse die Beziehungen zwischen den verschiedenen Beziehungsweisen und deren Anordnung zu einem sozialen Gefüge beeinflussen. Dies bedeutet auch, das dargestellte Konzept der *spatial composition* um den Analysefokus zu erweitern, inwiefern in der technischen oder politischen räumlichen Komposition neue Beziehungsweisen entstehen oder bestehende verändert oder getrennt werden.

#### 5.4 Vierte theoretische Synthese: Vertiefende Raumproduktion

Abschließend soll eine generelle Rückkopplung der dargelegten theoretischen Konzeptionen an Prozesse der Raumproduktion vorgenommen werden, die gleichzeitig einen Rahmen für die konkrete Analyse bereitstellen soll. Dazu wollen wir die in Kapitel 2.6 dargelegte Matrix der Räumlichkeiten nach Harvey rekapitulieren. Diese Matrix differenziert in der Vertikalen zwischen dem absoluten, relativen und relationalen Raum<sup>3</sup> und orientiert sich in der horizontalen Achse an der Raumtrias Lefebvres<sup>4</sup>. Dabei ist der wahrgenommene Raum die materielle Basis für alltägliche Erfahrungen und räumliche Praxen, die von der Produktion und Reproduktion bestimmt sind, aber diese Verhältnisse gleichzeitig aufrechterhalten und beeinflussen. Der konzipierte Raum ist eine bewusst hergestellte Repräsentation des Raumes, welche den Stand der (Re-)Produktionsverhältnisse und die damit verknüpften Ordnungen abbilden und stützen soll. Der gelebte Raum spiegelt subjektiv imaginierte Aspekte des Raumes wider, individuelle oder kollektive Erfahrungen und Traditionen, die sich im sozialen Raum einschreiben und Momente der Unordnung oder des Widerstands gegenüber vorherrschenden Ordnungen, Diskursen und Praxen in sich tragen können (Lefebvre 1991 [1974], S. 33). Der Rückgriff auf diese Matrix kann nicht nur eine tiefgreifendere Analyse der räumlichen Klassenzusammensetzung ermöglichen, sondern mit der im Laufe der Arbeit aufgebauten Argumentation stärker die Beziehung der Produktions- und Reproduktionssphäre in Prozessen der Raumproduktion berücksichtigen. Ausgehend von seiner zentralen These, dass soziale Räume durch soziale Praxis entstehen und jede Gesellschaft ihre eigenen Räume produziert, umfassen soziale Räume nach Lefebvre innerhalb des Kapitalismus sowohl die Produktionsverhältnisse als auch die soziale Reproduktion, die in einem nicht voneinander zu trennenden Verhältnis stehen.

3 Absoluter Raum: Container oder Rahmen, in dem Sachen vermessen, individualisiert und aufgeteilt werden  
 Relativer Raum: Beziehungen von Menschen/Dingen unter Berücksichtigung der Beobachter\*innenposition und der Dimension Zeit  
 Relationaler Raum: Qualitative Beziehungen, die von Emotionen, Erinnerungen und Gefühlen aus der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft beeinflusst werden

4 Materieller Raum (wahrgenommener Raum), Repräsentation des Raums (konzipierter Raum) und Räume der Repräsentation (gelebter Raum)

Erstere werden dabei als die Arbeitsteilung und deren Organisation in Form von „hierarchisierten sozialen Funktionen“ definiert, während sich die Reproduktion auf die biophysiologicalen Beziehungen zwischen den Geschlechtern, den Altersklassen und der jeweiligen Organisation der Familie bezieht (ebd., S. 32). Durch die Zuweisung mehr oder weniger adäquater Orte für die jeweils daran geknüpften Tätigkeiten schreiben sich die Produktions- und Reproduktionsverhältnisse sowie die darin eingebundenen Subjekte in den Raum ein und werden gleichzeitig durch diesen beeinflusst (ebd.). Weitergehend unterscheidet Lefebvre zwischen der biologischen Reproduktion (Familie), der Reproduktion der Arbeitskraft als Arbeiter\*innenklasse als solche und den Produktionsverhältnissen als grundlegende Beziehung der kapitalistischen Gesellschaft, die zunehmend als solche geplant und durchgesetzt wird. Im Raum werden diese Verhältnisse voneinander abgetrennt, verknüpft oder durchkreuzt und dadurch reproduziert, rekonfiguriert oder in Frage gestellt.

Damit ermöglicht diese Konzeption das Zusammendenken von Reproduktions- und Produktionssphäre in Prozessen der kapitalistischen Urbanisierung. So findet sich Harveys Matrix der Räumlichkeiten nach marxistischer Theorie, die sich primär aus den Marx'schen Wert-Begriffen und den damit verbundenen sozialen Verhältnissen herleitet, in Lefebvres Kategorie der Produktionsverhältnisse wieder, unter die etwa der Doppelcharakter der Arbeit (gebrauchswertschaffende und tauschwertbildende Arbeit), die Eigentumsverhältnisse der Produktionsmittel, der Geldwert, die Entfremdung, die Zirkulation und Konsumtion und die Entwicklung der Produktivkräfte fallen. Zudem kann diese Ebene, anknüpfend an Lise Vogels Konzeption der sozialen Reproduktion, etwas genauer gefasst werden als Unterscheidung zwischen der generativen Reproduktion (Geburten, Migration), der Aufrechterhaltung der verfügbaren Arbeitskraft über individuelle Konsumtion (Lebensmittel, Kleidung) und der Pflege und Erziehung der (noch) nicht verfügbaren Arbeitskräfte (Vogel 2019 [1983], S. 206 ff.). In der Analyse der Raumproduktion können somit das Verhältnis zwischen (vergeschlechtlichter) Reproduktion der Arbeitskraft und kapitalistischer Wertschöpfung sowohl in ihrer grundsätzlichen Widersprüchlichkeit, als auch in Momenten verschränkter Krisen zusammengedacht werden. Zur Verdeutlichung wird dies exemplarisch anhand einiger Beispiele aus der untenstehenden Tabelle 3 dargestellt, die entlang der verschiedenen Raumdimensionen eine „Matrix der räumlichen Komposition kapitalistischer Urbanisierung“ bildet.

Wie im Kapitel zur sozialen Reproduktion erörtert, war eine zentrale Grundlage für dieengeschlechtlichte Trennung der unentlohten Reproduktionsarbeit von der entlohten Produktion die Aufteilung des absoluten Raumes in einen privaten Raum als Sphäre der von Frauen verrichteten Haus- und Sorgearbeit und der Familie und einen öffentlichen Raum als Sphäre der von Männern verrichteten produktiven Arbeit (in der Fabrik) und der Politik. Diese Leitdifferenz von privat und öffentlich und die damit zugeschriebenen Tätigkeitsbereiche hat sich im Zuge der kapitalistischen Raumorganisation verfestigt.

Tab. 3: Matrix der räumlichen Komposition kapitalistischer Urbanisierung

	<b>Materieller Raum (erfahrener Raum)</b>	<b>Repräsentation des Raums (konzipierter Raum)</b>	<b>Räume der Repräsen- tation (gelebter Raum)</b>
<b>Absoluter Raum</b>	Nationalstaaten, Nachbarschaften; Privateigentum; gebaute Umwelt, fixiertes Kapital; konkrete Ar- beitsprozesse, konkrete Reproduktionsprozesse; Wohnraum als „Be- hälter“ für unbezahlte Frauenarbeit, öffentliche, kollektive Reproduk- tion; Streiks, Beset- zungen, Verhinderungen von Zwangsräumungen; maskulines Verhalten innerhalb der Staatsap- parate	<b>Gebrauchswerte und konkrete Arbeiten- Karten</b> des Privateigen- tum; diskursive und rechtliche Trennung zwischen privaten und öffentlichem Raum, Stereotype von Weiblichkeit und Männlichkeit über Wer- bung; Ausbeutung im Arbeits- und Reproduk- tionsprozess; Wohnraum als Reproduktionsort (Gebrauchswert); patriarchale Architektur; Gegenkartierung	Entfremdung/schöpfe- rische Befriedung; iso- lierter Individualismus vs. Kollektivität, Zuge- hörigkeitsgefühl zum Ort, zur Klasse, Identität; Angst vor häuslicher Gewalt, Befriedigung vs. Überforderung durch Reproduktionsarbeit
<b>Relativer Raum (Zeit)</b>	Reproduktion als Grundlage der Zirkula- tion von Arbeitskräften, Zirkulation von Reproduktionsarbeitskräften ( <i>Global Care Chains</i> ), Zirkulation über soziale Infrastruktur (Transport, Betreuungsmöglich- keiten, Lage Wohnung); Unterbrechung von Ka- pitalzirkulation (keine Anlagemöglichkeiten, keine Arbeiter*innen); Nähe/Distanz poli- tischer Institutionen	<b>Tauschwerte (Werte in Bewegung)</b> Zirkulation des Kapitals durch gebaute Umwelt; Theorien raumzeitlicher Lösungen; stadtplane- rische Leitkonzepte der räumlichen (verge- schlechtlichten) Funkti- onstrennung; Wohnraum als Immobilie und Spekulationsobjekt (Tauschwert); Stadt als soziale Fabrik	<b>Geld und Warenfetisch</b> Stress aufgrund von Reproduktionslücke; Angst/Wut vor Zwangs- räumung/Verdrängung; Gefühl der politischen Nähe/politischen Di- stanz (Repräsentation/ Nicht-Repräsentation); Druck durch soziale Normen zur Erledi- gung der Reprodukti- onsarbeit („Sie nennen es Liebe. Wir nennen es unbezahlte Arbeit“)
<b>Relationa- ler Raum (Zeit)</b>	abstrakte Arbeitspro- zesse; fiktives Kapital, steigende Mietpreise, Immobilienpekulation; vergeschlechtlichte Reproduktionsarbeit im Kapitalismus; Gramma- tik der Männlichkeit von Institutionen	<b>Geldwerte</b> Wertabsplattung der Reproduktionsarbeit; „Lohn für Hausarbeit“; „Nehmen wir uns die Stadt“	kapitalistische Hegemo- nie; ideologische Legitimierung der unbezahlten Reproduk- tionsarbeit; solidarische Beziehungsweisen durch Kämpfe in Pro- duktions- und Repro- duktionssphäre

Quelle: Eigener Entwurf nach Harvey 2007a

Eine Verräumlichung der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung wurde etwa über das stadtplanerische Leitkonzept der räumlichen Funktionstrennung geplant und Suburbanisierungsprozesse wurden forciert, womit „in vielen großen Städten in weiten Teilen Mitteleuropas und Nordamerikas Reproduktionsarbeiten und -arbeiterinnen sozial und räumlich marginalisiert“ wurden (Strüver 2020, S.196). Dolores Hayden spricht vor allem in Bezug auf die Entwicklung in den USA seit dem 19. Jahrhundert von „sexistischen Strukturen und Wissensformen der Architektur und Stadtplanung“, deren grundlegendes Prinzip „Die Frau gehört ins Haus“ lautet (Hayden 2017, S. 69). In Deutschland hat zum Beispiel das von 1956 bis 2001 gültige Zweite Wohnungsbaugesetz in §1 (2) festgeschrieben, dass primär solche Wohnungen zu fördern sind, welche die „Entfaltung eines gesunden Familienlebens, namentlich für kinderreiche Familien“ gewährleisten und damit das heteronormative Alleinverdienermodell gefördert, bei dem der Mann den Lohn für die gesamte Familie einwirbt und die Frau sich um die Familie kümmert. Neben solcher gesetzlichen Festschreibung werden die Assoziationsketten der öffentlichen männlichen Sphäre der Produktion und der privat-häuslichen weiblichen Sphäre der Reproduktionsarbeit durch Bilder, Metaphern und Stereotype in öffentlichen Diskursen, Werbekampagnen oder sozialen Medien gefestigt. Diesen Trennungen folgen konkrete räumlich zugewiesene Praxen, etwa eben die konkrete Reproduktionsarbeit in der Wohnung, die damit zum „Behältnis für unbezahlte Frauenarbeit“ (ebd., S. 70) wird und im Gegensatz dazu die konkreten entlohnten Arbeitsprozesse in der Fabrik, im Callcenter oder im *Coworking-Space*.

Diese Erfahrungen können zu verschieden subjektiven Empfindungen gegenüber dem Raum und der damit assoziierten Arbeit führen. Es kann eine Identifikation mit der Reproduktionsarbeit und der Wohnung entstehen oder ein Gefühl der Zufriedenheit und Zuneigung als Mutter. Man kann sich alleine fühlen und Angst vor häuslicher Gewalt haben, der man in der Privatsphäre oftmals ungeschützt gegenübersteht oder man fühlt sich anderen Menschen mit einer ähnlichen Identität verbunden, sei es den direkten Nachbar\*innen oder der Hauptdarsteller\*in einer Sitcom. Gleichzeitig sind die konzipierten Räume und die zugeteilten Praxen nicht determinierend, sondern alltägliche räumliche Praxen können diese immer wieder unterlaufen und in Frage stellen. Judith Butler (2011) etwa schreibt bezüglich der 2011 aufgekommenen Platzbesetzungsbewegungen, dass in diesem Augenblick die Trennung zwischen privat und öffentlich in verschiedenster Hinsicht aufgebrochen wurde. Mit der Organisierung des Alltags im öffentlichen Raum und als kollektive Angelegenheit wurde die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung temporär aufgelöst zugunsten eines Rotationsprinzips, nach dem bestimmt wurde, wer öffentlich spricht, wer saubermacht, wer Arbeitsabläufe koordiniert und wer mentale Betreuungsarbeit leistet. Dadurch werden die alltäglichen Reproduktionsaufgaben politisiert und die Verbannung dieser Aufgaben in das Private und die damit verbundene Unsichtbarmachung aufgebrochen:



These actions were all political in the simple sense that they were breaking down a conventional distinction between public and private in order to establish relations of equality; in this sense, they were incorporating into the very social form of resistance the principles for which they were struggling on the street. (Butler 2011, S. 8)

Beziehungstheoretisch gesprochen wurden damit in den Tagen der Platzbesetzungen Beziehungen geknüpft, die die Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre und den damit zugeschriebenen Geschlechtern, Affekten und Handlungen zumindest temporär überwinden konnten.

Den relativen Raum bestimmt Harvey (2007a, S. 151) als Raum der „Zirkulation- und Waren-, Energie-, Arbeitskraft-, Kredit- und Kapitalströme“, worin auch die Reproduktionsarbeit eine entscheidende Rolle spielt. Die Zirkulation der Arbeitskräfte ist grundlegend nur durch eine Zirkulation der Reproduktionskraft möglich, die „diese Lohnverdiener\*innen Tag für Tag auf die Arbeit vorbereiten“ und „die zukünftigen Arbeiter\*innen betreuen“ (Federici und Cox 2015 [1974], S. 111). Die Zirkulation der Reproduktionskraft ist abhängig vom Stand der sozialen Infrastruktur wie Betreuungsangeboten, der Lage der Wohnung oder (öffentlichen) Transportmöglichkeiten, welcher wiederum von Investitionen und Desinvestitionen durch den Staat, Kommodifizierungsprozessen oder selbstorganisierten Ansätzen in diesen Bereichen geprägt ist. Und auch die jeweilige individuelle gesellschaftliche Position der Subjekte selbst spielt eine Rolle. So ist man beispielsweise nicht auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen, wenn man ein Auto besitzt oder eine Hauskraft hat, welche die Kinder von der Schule abholt. Die Zirkulation der Reproduktionskraft kann sich damit auch auf Migrationsprozesse im Rahmen von *Global Care Chains* beziehen, womit eine Kommodifizierung der Reproduktionskraft und eine Integration in den Arbeitsmarkt einhergeht. Der grundlegende Zusammenhang zwischen Reproduktion und Produktion zeigt sich wiederum auch anhand der Zirkulation selbst, wonach die Zirkulation von Arbeitskraft, Waren oder Kapital unterbrochen werden kann, wenn die quantitative und qualitative Verfügbarkeit von Arbeitskräften aufgrund einer zu groß gewordenen Reproduktionslücke eingeschränkt ist und damit auch die Verwertungsbedingungen für das Kapital beeinträchtigt werden. Wenn ich etwa überschüssiges Kapital, welches ich u. a. darüber anhäufen konnte, dass die staatlichen Abgaben für Unternehmer\*innen weitreichend im Zuge der letzten Krise gesenkt wurden, in die Entwicklung und Produktion einer neuen Geschäftsidee stecken möchte, ich aber weder ausgebildete Leute für die Entwicklung, noch genügend körperlich fitte Menschen für die Produktion finde, dann kann ich die Investition nicht realisieren. Neben der schon genannten staatlich-administrativ gesteuerten Raumplanung können im Bereich des relativen-konzipierten Raumes auch gegenhegemoniale oder standpunktbezogene Perspektiven produziert werden, z. B. in der operaistischen Analyse der Stadt als Soziale Fabrik, die eine Subsumption aller Lebensbereiche unter die kapitale Verwertungslogik diagnos-

tizierte. Damit einhergehen können auch Projekte der Gegenkartierung, die Orte des Widerstands oder der selbstorganisierten Reproduktion verzeichnen. Marx' Konzeption von Gebrauchswert, Tauschwert und Wert folgend, bezeichnet Harvey diese Ebene als Ebene der Tauschwerte, als Werte in Bewegung. Während Wohnraum im absoluten Raum einen Gebrauchswert repräsentiert, d. h. vor allem die konkrete Nützlichkeit für den Gebrauch aufgrund von Größe, Qualität oder Ausstattung zählt und den Bewohner\*innen als Zuhause dient, wird dieser in der relativen Raum-Zeit zu einer Ware mit Tauschwert auf dem Wohnungsmarkt und damit nicht mehr primär nach dem Nutzen für die Bewohner\*innen konzeptualisiert, sondern nach möglichen Verkaufspreisen oder Mieteinnahmen.

Im relationalen Raum wird die konkrete zur abstrakten Arbeit, deren Produkte trotz unterschiedlicher Herstellungstätigkeiten als Waren im Tausch von ihrem besonderen Charakter abstrahiert, quantifiziert und gleichgesetzt werden. In diesem relationalen Verhältnis werden Grundstücke, Wohnhäuser und Mietwohnungen mit der zunehmenden Finanzialisierung der Hypotheken- und Bodenmärkte zu fiktivem Kapital, deren zukünftige Einnahmen aus Miete und Verkauf auf dem Weltmarkt gehandelt werden. Wenn der Wert als soziales Verhältnis die historische Geographie unzähliger Arbeitsprozesse verinnerlicht (Harvey 2007a, S. 150), bestimmt sich in diesem Verhältnis auch, welchen Arbeiten kein Wert zugeschrieben wird. Die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur Reproduktion der Arbeitskraft wird nicht in Beziehung zum Weltmarkt gesetzt, sondern als unentlohnte, unsichtbare, vom Wert abgespaltene Arbeit konzipiert. Politische Ansätze wie die skizzierten „Lohn für Hausarbeit“- und „Nehmen wir uns die Stadt“-Kampagnen setzen als umwälzende Veränderungsstrategien unter anderem an diesem Punkt an und konzipieren die unentlohnte Reproduktionssphäre zum einen als notwendige Voraussetzung für das Überleben des Kapitalismus und stellen zum anderen fest, dass die reproduktive Arbeit zuhause so lange isoliert und unsichtbar ist, bis die Forderung nach Lohn die Frauen zu einer kollektiven Akteurin öffentlicher Kämpfe macht. Die Ansätze versuchen neue Beziehungsweisen zu knüpfen und das Gefüge der gesellschaftlichen Beziehungsweisen zu verändern, indem sie zentrale Waren- und Tauschbeziehungen, die Menschen in Konkurrenz setzen und Ökonomie mit Profit gleichsetzen sowie in Verknotung mit anderen trendenden Beziehungsweisen wie Patriarchat und Nationalismus Gesellschaft fragmentieren, durch Beziehungsweisen verdrängen, die Kooperation und die Sorge um soziale Beziehungen und Natur zum Zentrum des ökonomischen Denkens machen und auf affektive Nahbeziehungen und egalitäre, kollektive Selbstverwaltung bauen. Im gelebten Raum kann dies zur Entstehung neuer solidarischer Beziehungsweisen, der Herausbildung eines internationalen feministischen und klassenkämpferischen Bewusstseins führen. Diese eher von den Kämpfen her gedachte Perspektive steht dann im Verhältnis zu den anderen Zellen der Matrix, z. B., dass sich diese Entwicklungen im relationalen Raum zu konkreten Aktionen im absoluten Raum materialisieren, etwa eine von Frauen angeführte Verhinderung von Zwangsräumungen, was sich entsprechend auf das Bewusstsein und gegebenenfalls auch auf die Entwicklung der Miet- und Bodenpreise auswirken kann.

Die Ausgestaltung und Rolle der staatlichen Institutionen in diesen Prozessen der (Re-)Produktion der räumlichen Zusammensetzung zieht sich ebenfalls durch alle Bereiche der Matrix. Neben den bereits erwähnten Verbindungen in der Etablierung der Trennung von privat/öffentlich, verdichten sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im absoluten Raum zu bestimmten Formen eines abgegrenzten staatlichen Territoriums. In der Aushandlung von *scale* wird darüber hinaus beeinflusst, wie und auf welcher Ebene staatliche Strukturen und Aktivitäten organisiert werden und damit, in welcher Distanz. Die politischen Wirkmächtigkeiten dieser Ansätze sind an die sozialen Kräfteverhältnisse geknüpft, die sich in der konkreten räumlich-institutionellen Ausgestaltung verdichten. Entsprechend kann die Distanz zu Institutionen ein Gefühl der Nähe oder Entfernung hervorrufen und damit verbunden eine Repräsentation oder Nicht-Repräsentation durch die Politik evozieren. Zudem wird in dieser Aushandlung von *scale* auch das Terrain abgesteckt, in dem sich Interessen von Akteur\*innen in den Staatsapparaten einschreiben können. Bei einer größeren Distanz zu machthabenden Staatsapparaten fällt die Einschreibung subalternen Bedürfnisse generell schwerer, wobei auch national- und subnationalstaatliche Staatsapparate keine Garantie für die Vertretung subalternen Interessen sind, sondern deren Einschreibung ebenfalls von dem Stand der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse abhängt.

Über diese Matrix der Produktion von Räumen und den damit verbundenen räumlichen sozialen Praxen kann zusätzlich die Analysefolie der räumlichen Komposition gelegt werden, deren Kategorien sich in der Matrix wiederfinden und durch diese erweitert werden können. Andersherum kann der Ansatz der räumlichen Komposition dazu beitragen, die Prozesse und Kategorien der Raumproduktion stärker an einer zielgerichteten Praxisanalyse zu orientieren und eine Verbindung zwischen subjektiven Erfahrungen, gesellschaftlichen Konfigurationen und materiellen Bedingungen zu schaffen, die von den konkreten Erfahrungen derjenigen ausgehen, die in der kapitalistischen Stadt leben und gegen diese (an)kämpfen. Fragen der technischen räumlichen Komposition behandeln etwa die Ausgestaltung von *scale* und Territorium, auf welcher politischen Ebene die zentralen Entscheidungen über das Leben im urbanen Raum getroffen werden, wie die Produktions- und Reproduktionsweise in diesem Raum organisiert wird und wie sich die gebaute Umwelt im absoluten Raum verändert, wenn sich die relativen und relationalen Raum-Zeit-Verhältnisse verschieben. Die Neukonfiguration der räumlichen technischen Zusammensetzung zielt dabei sowohl auf die Verschiebung und Prozessierung inhärenter Widersprüche und Krisentendenzen als auch auf damit verbundenen Fragmentierung der Arbeiter\*innenklasse in ihrer politischen Zusammensetzung. Um die Versuche der Dekomposition können neue Kämpfe entstehen, etwa gegen die Zerstörung von widerständigen Nachbarschaften durch Verdrängung, die Dezentralisierung von Massenarbeiter\*innenfabriken oder den Abbau sozialer Infrastrukturen und einer damit verbundenen Verschiebung weiterer reproduktiver Verantwortlichkeiten in die Privatsphäre. Alberto Toscano (2004, S. 205) spricht daher von einer Diversifizierung

des Klassenkampfes: „In this regard, while there remains a fundamental conviction in the dualist matrix of class struggle, we can no longer speak of a site, be it in the sense of a matrix or paradigm, but rather must speak of sites, themselves generated by subjective needs.“ Kämpfe als Momente einer Rekonstitution von Klasse und Klassenallianzen können damit fernab eines prioritär behandelten Lokus wie der Fabrik gefasst werden. Die erarbeitete Matrix der räumlichen Komposition soll dabei helfen, (Re-)Konfigurationen der technischen und politischen räumlichen Komposition zu lokalisieren und die daran geknüpften Prozesse in ein dialektisches Verhältnis zu setzen. Dabei ermöglicht die Konzeption der Matrix sowohl die in den vorangegangenen Kapiteln erarbeiteten (Krisen-) Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Urbanisierung und sozialer Reproduktion sowie die Erweiterung des Klassenkampfbegriffs, um Auseinandersetzungen in der letztgenannten Sphäre zu erfassen, als auch die Rolle von Vergeschlechtlichung in diesen Prozessen zu bestimmen. Zudem können staatliche Institutionen und die darin verdichteten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu den genannten Prozessen in Bezug gesetzt und auf verschiedenen Ebenen analysiert werden. In diesen Momenten der (Re-)Konfiguration der räumlichen Zusammensetzung können alte Beziehungsweisen stabilisiert oder getrennt werden und neue Beziehungsweisen entstehen. Durch die beziehungstheoretische Perspektive kann in Zusammenspiel mit der räumlichen Komposition analysiert werden, welche Veränderungen von Beziehungsweisen mit den genannten Prozessen einhergehen, sowohl mit Blick auf die Herausbildung von Subjekten als auch mit Blick auf das Gefüge von Beziehungen, das Gesellschaft in der jeweiligen Form konstituiert.



## 6 Munizipalismus – eine Begriffsbestimmung

Während im vorangegangenen Theorieteil die Verschränkung von kapitalistischer Urbanisierung, sozialer Reproduktion und Staatlichkeit aus einer krisentheoretischen Perspektive deutlich gemacht wurde, beschränkte sich die Beantwortung der Frage nach progressiver Veränderung dieser krisenhaftigen und Ungleichheit produzierenden Verhältnisse bis jetzt auf bestimmte Schlaglichter. Es wurden soziale Bewegungen genannt, die u. a. im spanischen Staat mit Massenmobilisierungen gegen die Folgen der Krisen und die Austeritätspolitik demonstriert haben. Innerhalb dieser Bewegungen konnten temporär neue solidarische Beziehungsweisen entstehen, die aufgestellten Forderungen sind allerdings größtenteils an verhärteten staatlichen Apparaten und einer zunehmenden Entdemokratisierung abgeprallt. Die operaistischen Kämpfe in Italien versuchten unter der „Parole Take over the City“ Kämpfe der Produktion und Reproduktion zusammenzudenken und eine territorial-nachbarschaftliche Organisation abseits vom kapitalistischen Staat voranzutreiben, scheiterten aber letztendlich an massiver staatlicher Repression und einer Re-Organisation der Produktionsweise und der damit zusammenhängenden Dekomposition von Klassenstrukturen. Darin offenbart sich das theoretisch erläuterte Problem, dass eine Restrukturierung von Beziehungsweisen nicht ohne weiteres mit dem Staat durchzusetzen ist, da dieser kapitalistisch-patriarchal strukturiert ist und in Krisen stärker zu einer autoritären Formierung neigt. Genauso wenig sind diese jedoch komplett ohne den Staat zu verwirklichen, da auf dieser Ebene Bedingungen für gesellschaftliche Veränderungen geschaffen werden (z. B. materielle Umverteilungen, Schutz von Arbeitnehmer\*innen) und dieser letztendlich auch über das Gewaltmonopol verfügt und repressiv gegen gegenhegemoniale Bewegungen vorgehen kann.

Mit dem Munizipalismus soll nun ein Konzept vorgestellt und im Laufe dieser Arbeit stärker untersucht werden, welches die genannten Mosaik progressiver Bewegungen scheinbar neu zusammensetzt. Darin offenbart sich das Potenzial des Munizipalismus, Prozesse der Selbstorganisation, der Forcierung territorialer Autonomie und die Einschreibung subalternen Interessen in (lokal-)staatliche Apparate mit dem Druck sozialer (Massen-)Bewegungen im Sinne eines radikalen Reformismus zusammenzuführen und damit die Frage von „mit oder gegen den Staat“ hin zu „in, gegen und über den Staat hinaus“ zu überbrücken. Damit, so eine weitere zu überprüfende Annahme, könnte der Munizipalismus sowohl eine Antwort auf die Verfasst- und Strukturiertheit des kapitalistisch-patriarchalen Staates liefern, als auch auf die Verhältnisse und Krisenhaftigkeiten von Urbanisierung, Kapitalakkumulation und vergeschlechtlichter sozialer Reproduktion. Obwohl der Begriff des Munizipalismus vor allem in den letzten Jahren im Zusammenhang mit städtischen sozialen Bewegungen eine stärkere Konjunktur erfahren hat, ist die genaue Bedeutung auf den ersten Blick, vor allem für Außenstehende, doch noch etwas schleierhaft. Im folgenden Kapitel soll sich einer Begriffs- und Konzeptdefinition genähert und anhand von theoretischen und praktischen Beispielen Gemeinsamkeiten und Unterschiede munizipalistischer Ansätze herausgearbeitet werden.

## 6.1 Erste Begriffsannäherung

Eine einfache Munizipalismus-Definition im britischen Collins-Lexikon sieht in dem Begriff kurz und knapp die „Selbstverwaltung einer Gemeinde“ bzw. „das Prinzip, dass solch eine Verwaltung gefördert werden solle“ (Collins Dictionary 2022, o.S.). Das Online-Lexikon der Oxford University Press definiert Munizipalismus als Bevorzugung von kommunalem im Gegensatz zu zentralisiertem Handeln oder zur Kontrolle durch die (nationalstaatliche) Regierung (Lexico 2022). Das französische *Municipalisme* beschreibt ein auf kommunaler Verwaltung basierendes Regierungssystem und weitergehend „eine politische Bewegung, die aus dem Sozialismus hervorgegangen ist und die Kommunen in das Wirtschaftsleben einbezieht“ (Larousse 2022, o.S.). Im „Diccionario de la lengua española“ wird der *Municipalismo* tatsächlich nur als „Ausdruck der kommunalen Realität“ oder als „Lehre, die die kommunale Realität untersucht“ beschrieben (Real Academia Española 2022, o.S.) und im Italienischen wiederum wird der Begriff als Anhänglichkeit an die eigene Gemeinde, Verherrlichung oder Lokalpatriotismus definiert (Corriere della Sera Dizionario 2022). Im deutschsprachigen Duden ist unter dem Begriff kein Eintrag zu finden, der hier geläufigere Begriff des Kommunalismus, welcher einer Übersetzung entspräche, wird hingegen als „Theorie (des Anarchismus)“ definiert, „nach der die Gesellschaft dezentralisiert und über miteinander vernetzte kleinere Städte organisiert werden sollte“ (Duden 2022, o.S.). Diese kurzen Definitionen lassen ungefähr erahnen, was sich hinter dem Begriff verbirgt, gehen aber darüber hinaus nicht weiter in die Tiefe bzw. sind an sich schon widersprüchlich. Es geht beim Munizipalismus also um eine stärkere Betonung lokaler Gemeinden und Städte im politischen und wirtschaftlichen Handeln. Aber ob diese Betonung in Verbindung mit einem sozialistischen oder anarchistischen Gesellschaftsentwurf steht oder schlichtweg durch Lokalpatriotismus motiviert ist, bleibt weiter offen.

Zudem wird in dieser kurzen Definition wenig deutlich, warum der Munizipalismus in den letzten Jahren als Antwort auf die Vielfachkrise der Ökonomie, der sozialen Reproduktion und der politischen Repräsentation stark gemacht wurde, vor allem im spanischen Staat, aber auch weit darüber hinaus. In diesen neuen Bewegungen wird der Munizipalismus nicht einfach als ein administrativer Begriff konzipiert, der die Ebene politischer Verantwortlichkeiten bestimmt, sondern viel mehr als ein Konzept, das die Fragen nach dem, wie gelebt, wie Politik und wie Stadt gemacht werden sollen, aufwirft. Diese Fragen sollen zu einer politischen Praxis führen und in dieser beantwortet werden. Angesichts der Unfähigkeit oder dem Unwillen entscheidender Akteur\*innen, diese Krisen und Probleme auf nationalstaatlicher Ebene zu lösen, werden Städte und Nachbarschaftspolitik als Chance und neues politisches Handlungsfeld präsentiert (Cooper 2017; Roth et al. 2019). Munizipalismus bedeutet in diesem Sinne also nicht einfach die lokale Politik zu stärken und Forderungen an altbekannte Parteien zu delegieren, sondern aktiver Teil von Politik zu werden und die lokalstaatliche Ebene zu demokratisieren, nicht nur innerhalb der Ins-

titutionen, sondern auch über die Schaffung neuer demokratischer Instrumente außerhalb dieser. Die neuen Munizipalisten stellen damit den Versuch einer radikaldemokratischen Antwort auf die Krise der repräsentativen Demokratie sowie eines aktiven Bruchs mit den hegemonialen Politiken der urbanen Austerität dar, die sich vor allem im Nachklang der Finanzkrise ab 2008 ausrollten. Dafür bildeten sich zu den spanischen Kommunalwahlen im Jahre 2015 in vielen Städten und Gemeinden munizipalistische Listen, die sich aus Akteur\*innen sozialer Bewegungen und kleinerer Parteien zusammensetzten. Damit sollte der Ansatz eines neuen Munizipalismus in der Praxis erprobt werden, der ausgehend von der lokalstaatlichen Ebene soziale Verbesserungen und eine Demokratisierung der politischen Institutionen umzusetzen versucht. Und tatsächlich konnten in unzähligen Städten und Gemeinden die Rathäuser „gestürmt“ werden, so unter anderem in Madrid, Valencia, Zaragoza, Santiago und Badalona. Bekanntestes Beispiel und internationales Schlaglicht dieser Bewegung ist Barcelona en Comú mit der Bürgermeisterin Ada Colau. Dieser Versuch hat weltweit Aufmerksamkeit erregt und erscheint vielfach als Hoffnung und praktische Demonstration einer politischen Alternative, in der Institutionen demokratisiert, Politik feminisiert und das Gemeinwohl in das Zentrum der politischen Agenda gerückt werden. Daraus hat sich in den letzten Jahren eine breite und weltweit vernetzte munizipalistische Bewegung entwickelt, die allerdings auch sehr unterschiedlich in der jeweiligen lokalen Ausprägung und ungleichzeitig in der politischen Entwicklung ist.

Es muss deutlich betont werden, dass der Munizipalismus nicht im Jahr 2015 geboren ist, sondern auf eine lange politische Geschichte in Europa, den Vereinigten Staaten und auch Lateinamerika zurückblicken kann, die sich sowohl in theoretischer als auch in praktischer Form ausdrückt und vielfältige Erfahrungen kommunaler Regierungsformen und direkter Demokratie hervorgebracht hat. Die Beispiele reichen vom *Comuneros*-Aufstand 1520 in Kastilien, der Pariser Kommune 1871, Erfahrungen in der Ersten und Zweiten Spanischen Republik bis hin zur Bewegung des British Social Municipalism in den 1980er Jahren (Cooper 2017) oder der „Geschichte der radikalen Städte“ in Lateinamerika, wo ab den 1990er Jahren in vielen Ländern lokale Regierungen mit Verbindungen zu sozialen Bewegungen eine anti-neoliberale und partizipatorische Politik umzusetzen versuchten (Baiocchi und Gies 2019). Im spanischen Staat entwickelten sich während und im Anschluss der *Transición* vor allem in autonomen Regionen wie dem Baskenland<sup>1</sup> und Katalonien munizipale Bewegungen in Dörfern, Gemeinden und Städten, die, aufbauend auf den Erfahrungen der Selbstorganisation unter der Franco-Diktatur, Fragen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit mit der Unabhängigkeit zusammenbrachten (Zelik 2016a).

<sup>1</sup> So wurde etwa Ende der 1990er Jahre im Baskenland eine Versammlung der Kommunen (*Udalbiltza*) ins Leben gerufen, der sich knapp 1800 Gemeinderäte anschlossen. Dieser gemeinsame institutionelle Rahmen erstreckte sich über die nationalstaatliche französisch-spanische Landesgrenze hinweg und sollte die kommunalpolitische (Zusammen-)Arbeit fördern, z. B. über gemeinsame Haushaltsmittel. Der Zusammenschluss wurde 2003 durch den spanischen Staat verboten, woraufhin führende Vertreter\*innen inhaftiert wurden (Zelik 2016a, S. 98 f.).



Einen neueren Ausläufer dieser Tradition stellt die *Candidatura d'Unitat Popular* (CUP) in Katalonien dar, die seit Anfang der 2000er Jahre einen radikaldemokratischen, anti-kapitalistischen Ansatz mit der Forderung nach der Unabhängigkeit verbindet. Die CUP ist seitdem in einer Vielzahl kommunaler Parlamente vertreten sowie an lokalen Koalitionsregierungen beteiligt (Josep 2017). Bekanntestes internationales Beispiel für den Munizipalismus ist die autonome Region Rojava in Nord-Syrien. In starker Anlehnung an das libertäre Konzept Murray Bookchins wird dort seit 2011 von der kurdischen Befreiungsbewegung ein basisdemokratisches, geschlechterbefreites und ökologisches Gesellschaftsmodell nach den Maßstäben einer Konföderation von selbstverwalteten Gemeinden aufgebaut (Flach et al. 2016).

Bookchin sprach schon vor 30 Jahren vom Wiederaufkeimen der munizipalistischen Bewegungen und einem „Lokalismus“, der noch nie so in der Luft lag wie zu dieser Zeit. Vor allem, weil der Einfluss ökonomischer Akteure auf die Politik und die Zentralisierung der selbigen ein nicht gekanntes Ausmaß angenommen haben. Daraus hat sich ein erstarkender Ruf nach Demokratisierung von unten ergeben:

Demands for local control and attempts to redefine democracy along ever-expansive lines are yielding a multitude of interest groups and citizen-initiative committees. Demands for local control and redefinitions of democracy that are normally preceded by such adjectives as ‘grass-roots’ are yielding a multitude of various local associations, ‘alliances’, and block committees that stress local control as well as economic justice. (Bookchin 1992, S. 255)

Es kann also festgehalten werden, dass es nicht den einen Munizipalismus gibt, sondern vielmehr in der Mehrzahl von unterschiedlichen Munizipalisten gesprochen werden muss. In den folgenden Kapiteln sollen verschiedene theoretische und praktische Vorläufer der Munizipalisten skizziert und der Begriff entlang von Gemeinsamkeiten und Unterschieden präziser gefasst werden. Vor dem Hintergrund des Forschungsschwerpunktes der Arbeit werden nicht nur, aber bevorzugt Beispiele aus dem spanischen Staat und Katalonien vorgestellt, um anschließend genauer die praktischen und theoretischen Ansätze von *Barcelona en Comú* und der *Candidatura d'Unitat Popular* einzuführen. Mit Bezug auf die vorangegangenen theoretischen Ausführungen soll nicht nur geprüft werden, wie die Entwicklung dieser Ansätze im Zusammenhang mit der Ausformung der verschiedenen Krisenformen steht, sondern auch wie diese Politikmodelle theoretisch auf die abstrakteren Bedingungen des bürgerlich-kapitalistischen Staates, der kapitalistischen Urbanisierung und der Organisierung der sozialen Reproduktion entlang der nicht-entlohnenden vergeschlechtlichten Arbeit reagieren.

## 6.2 Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Munizipalisten

Eine Gemeinsamkeit der unterschiedlichen Definitionen findet sich in der Betonung des geographisch mehr oder weniger fest abgesteckten Rahmens, der das Lokale und die Nähe betont. In einer zweiten Dimension wird der Aspekt der Selbstverwaltung oder der Souveränität gegenüber Institutionen auf höhergelagerten Ebenen stark gemacht. Ausgehend von diesem breiten definitorischen Fundament grenzt Laura Roth fünf verschiedene Deutungen und Formen des Munizipalismus ab: den autarken Munizipalismus, den Munizipalismus des Marktes, den Munizipalismus im Sinne der lokalen Autonomie, Munizipalismus als Kommunalpolitik und die Neuen bzw. demokratischen Munizipalisten (Roth 2019, S. 56ff.). Der Begriff des autarken Munizipalismus kommt aus konsum- und globalisierungskritischen Kreisen und beschreibt die Stärkung der lokalen Resilienz entlang von Nachhaltigkeit und Eigenversorgung. Bei der neoliberalen Lesart des Munizipalismus des Marktes wird das Lokale bzw. die Stadt als zentrale Akteursebene im Kampf um Kapital, Arbeitskräfte und einkommensstarke Haushalte gefasst. Damit einher gehen die Übertragung von Wettbewerbsmechanismen auf die Stadtpolitik, welche gute Investitionsbedingungen anstelle von guten Lebensbedingungen für die Allgemeinheit setzt und die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung der Städtekonkurrenz unterordnet (Heeg und Rosol 2007). In der dritten Definition wird sich auf die lokale Autonomie im administrativen Sinne bezogen, wonach lokalstaatliche Regierungen nach mehr Kompetenzen, Ressourcen und Einflussmöglichkeiten gegenüber höheren Verwaltungsebenen suchen. Der Munizipalismus als Lehre der Kommunalpolitik beschreibt die (wissenschaftliche) Untersuchung der lokalen öffentlichen Politik, ihrer Entstehung und Entwicklung (Roth 2019, S. 58). Damit decken sich die letzten Munizipalisten stärker mit den vorgestellten Definitionen aus den Lexika, während der Neue Munizipalismus auf die vorgestellten Bewegungen rekurriert, welche die lokalstaatliche Ebene als strategischen Ort zur Demokratisierung von politischen Institutionen sowie zum Aufbau autonomer direktdemokratischer Institutionen nutzen wollen. Im Sinne dieser Arbeit soll dieser Begriff des Munizipalismus weiter geschärft und noch weiter ausdifferenziert werden.

Mercè Cortina i Oriol und Gemma Ubasart i González (o. J., S. 2f.) verwenden für diese letzte Form wiederum die Begriffe alternativer oder populärer Munizipalismus, worunter sie in einem eingeschränkten Sinne Wahlkandidaturen durch lokale soziale Bewegungen fassen, mittels derer lokale Regierungen beeinflusst werden sollen. Im weiteren Sinne definieren sie darunter das Repertoire an „Aktionen, Analysen und Strategien, mit denen soziale Bewegungen in die kommunale Arena einzugreifen versuchen“ (ebd.), worunter auch Formen von Protest, partizipative Prozesse und Petitionen sowie das Verhältnis zu gewählten Vertreter\*innen und traditionellen politischen Parteien fallen. Ziel ist es, ausgehend von den lokalen Bedürfnissen und Realitäten sowohl die Art und Weise des Regierens als auch die konkreten öffentlichen Politiken im Sinne der Bürger\*innen zu beeinflussen. Im Unterschied zu oftmals thematisch bezogenen sozialen Bewegungen,

etwa um Fragen von Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Kultur oder sozialer Dienstleistungen, kann der Munizipalismus die verschiedenen Interessen und Kämpfe bündeln und in eine kohärentere und verbindendere Politik überführen, die entlang der verschiedenen Bereiche sowohl zu konkreten materiellen und sozialen Verbesserungen als auch zur Demokratisierung bestehender Institutionen bzw. dem Aufbau neuer radikaldemokratischer Strukturen führen sollen (ebd.). Ein zentrales Charakteristikum des demokratischen oder alternativen Munizipalismus ist also dessen Verbindung zu sozialen Bewegungen. Das Aufkommen munizipalistischer Bewegungen an sich ist an die Zyklen sozialer Kämpfe und Bewegungen gebunden, die auf (urbane) Krisen reagieren. Während die außerinstitutionellen Bewegungen zu einer „politischen Alphabetisierung“ der Aktivist\*innen führen, die später für das Überleben in den Institutionen essentiell ist (Calle Collado und Vilaregut 2015, S. 69), wird der Weg in die Institutionen als eine mögliche Strategie zur Durchsetzung der politischen Ziele der Bewegungen gesehen (Bianchi 2019, S. 80). So wie in der Phase der *Transición*, also dem Übergang von der Franco-Diktatur zu einer parlamentarischen Monarchie in den 1970er Jahren viele Aktivist\*innen der Demokratie- und Nachbarschaftsbewegungen in kleineren munizipalistischen Wahllisten antraten, ist die „15M-Welle an den Stränden des Munizipalismus gelandet“ (Observatorio Metropolitano 2014, S. 13) und Teile der Bewegung, die 2011 in Reaktion auf die neoliberale Krise und das austeritäre Sparregime die Plätze in vielen spanischen Städten besetzt hat, versuchten vier Jahre später ihrem Ziel der Demokratisierung einen institutionellen Ausdruck zu verleihen. Laia Forné (2020, o.S.) betont hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Munizipalismus und sozialen Bewegungen: „So, without the practices and the transformative power of Republican cooperativism, social struggles, the feminist movement and associative and community networks, municipalism is just an empty word“. Munizipalistische Bewegungen weiten damit den Konflikt zwischen sozialen Bewegungen und der hegemonialen kapitalistischen Produktionsweise, die Urbanität, Leben und Alltäglichkeit Markt- und Profitinteressen zu unterordnen versucht, auf die lokalstaatliche Ebene aus (La Hydra Cooperativa 2019, S. 147) und stehen für ein Stadtmodell, das auf der Entstehung von urbanen Gemeingütern, der Garantie sozialer Rechte, der Unterstützung von sozialerer und solidarischer Ökonomie und einer nachhaltigeren Lebensweise basiert (Andés Aldama 2019, S. 114). Die Konjunktur des Munizipalismus ist also nicht unabhängig von Vielfachkrisen und dem damit vorherrschenden Modus der kapitalistischen Urbanisierung, der Verdichtung von Kräfteverhältnisse im Staat, Entdemokratisierungsprozessen und den konkreten Bedingungen der sozialen Reproduktion zu verstehen.

Die Verbindung zu den sozialen Bewegungen und Kämpfen ist auch der Kompass für die Richtung, in der die Begriffe des Lokalen und der Nähe aufgeladen werden. Diese zentralen Grundeinheiten, von denen der Munizipalismus ausgeht, sind an sich keine genuin progressiven Einheiten oder stehen automatisch für mehr Demokratie. Genauso wenig gibt es einen grundlegenden Zusammenhang zwischen dem Primat der Nähe und positiven Attributen. Je nach den spezifischen Umständen kann das Lokale sowohl

offen und tolerant als auch konservativ und intolerant sein. Es gibt genügend Beispiele, in denen Städte, Stadtteile oder Dörfer maßgeblich von Partikularinteressen politischer und ökonomischer Eliten beeinflusst werden (Calle Collado und Vilaregut 2015, S. 65). Das Lokale soll damit nicht mystifiziert werden, vielmehr geht es darum, diese Ebene als strategischen Ort zur Entwicklung und Umsetzung eines progressiv-transformatorischen Politikansatzes zu begreifen (Russell 2019, S. 991). Das Lokale bzw. der Punkt der Nähe werden darin doppelt evident. Zum einen soll die Politik am Alltag der Menschen ausgerichtet und die alltäglichen Belange wiederum in der Politik verankert werden, um so eine stärkere Demokratisierung im Sinne der Kontrolle über das eigene Leben zu garantieren. Zum anderen wird das Lokale als Eintrittspunkt zur Politik gesehen, der weniger Widerstand als etwa die nationale Ebene birgt und bessere Voraussetzungen für die Änderung sozialer Kräfteverhältnisse und die Demokratisierung von Institutionen mit sich bringt (Observatorio Metropolitano 2014, S. 13; Russell 2019, S. 991; Zechner und Rübner Hansen 2018).

Gleichzeitig darf der Umgang mit Institutionen und Wahlen nicht als bestimmendes Merkmal der Neuen Munizipalisten verstanden werden, sondern vielmehr als Bestandteil eines umfassenderen strategischen Ansatzes (Russell 2019, S. 997). Auch Calle Collado und Vilaregut betonen, dass die Praktiken des Munizipalismus weit über eine Fokussierung auf Wahlurnen hinausgehen und ebenso wenig sich das Ziel der Demokratisierung nur auf bestehende Institutionen bezieht, sondern dass eine generelle Ausweitung der direkten Selbstverwaltung angestrebt wird, lokalisiert in einem bestimmten Territorium (Calle Collado und Vilaregut 2015, S. 14). Dieser Ansatz wird unter dem Begriff *Dual Power* diskutiert, mit dem nach Debbie Bookchin und Sixtine van Outryve die Institutionen der herrschenden Klassen herausgefordert werden sollen:

Dual power proposes the strategy of creating a struggle for popular legitimacy between, on the one hand, capital and the state – i.e., the institutions of the ruling class – and on the other, the confederation of democratic and self-governed grassroots counter-institutions building popular power. (Bookchin und van Outryve 2019, o.S.)

Dieser Ansatz schlägt ein Zusammenspiel der politischen Arbeit innerhalb und außerhalb der Institutionen vor – oder wie es in vielen munizipalistischen Initiativen heißt „einen Fuß in den Institutionen, einen Fuß auf der Straße“. Innerhalb der Institutionen sollen die Kräfteverhältnisse im Sinne subalternen Interesses verändert werden. Aber auch sollen darüber hinaus die „Regeln des Spiels“ (Observatorio Metropolitano 2014, S. 14) geändert werden, d.h. die Institutionen an sich zu demokratisieren und für die Interessen der Bürger\*innen zugänglicher zu machen, Subjektivierungsweisen der institutionellen Politik zu verändern und gleichzeitig den Aufbau nichtstaatlicher Strukturen der Selbstverwaltung zu unterstützen. Diese Strukturen selbstorganisierter, nichtstaatlicher *coun-*

*ter-institutions* sollen parallel entlang der alltäglichen Bedürfnisse der Bewohner\*innen aufgebaut werden – in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in Bereichen der Energie- und Nahrungsmittelversorgung oder rund um Fragen von Wohnraum und Kinderbetreuung – und mit ihrem direktdemokratischen Charakter die Grundeinheiten des Munizipalismus bilden (Bookchin 1999b). Die unterschiedlichen Strukturen sollen wiederum über gemeinsame Versammlungen koordiniert und innerhalb einer Konföderation über das eigentliche Territorium hinaus vernetzt werden. Diese *Dual Power*-Strategie hat das Ziel, hegemoniale (nationalstaatliche) Institutionen und herrschende kapitalistische Gesellschaftsordnungen auf verschiedene Weisen und an unterschiedlichen Stellen herauszufordern und über Reterritorialisierungsprozesse die Stadt als transformativ-widerständigen Ort gegenüber Raumkonfigurationen des zeitgenössischen Kapitalismus und der jeweiligen Staatsform zu setzen (Thompson 2021, S. 319).

Sowohl in der Transformation bestehender Institutionen als auch im Aufbau alternativer nichtstaatlicher Strukturen findet sich mit dem Verfolgen einer präfigurativen Praxis ein weiterer Wesenskern des Munizipalismus. Unter Präfiguration kann die Ablehnung hegemonialer Herrschaftsmodi beim gleichzeitigen Versuch des Aufbaus neuer sozialer Verhältnisse und Organisationsformen verstanden werden (Dixons 2014 nach Sörensen 2019, S. 35). Die Ablehnung des Bestehenden soll gleichzeitig die Konturen des Angestrebten in sich tragen – „the idea that we must create a new society in the shell of the old by living and practicing the ideals of the society we want to bring into existence“ (Bookchin 2018, S. 1). Solche Momente finden sich idealtypisch innerhalb von sozialen Bewegungen, etwa in der Entstehung horizontaler Entscheidungsstrukturen, der Kollektivierung von Reproduktionsaufgaben und dem Knüpfen neuer solidarischer Beziehungsweisen, so etwa sehr sinnbildlich in den weltweiten Platzbesetzungen in Reaktion auf die globale Finanzkrise und die daran geknüpften Sparpolitiken. Wenn in den munizipalistischen Bewegungen die Souveränität über das eigene Leben und der Aufbau demokratischer Strukturen etwa Fragen nach dem wie wir leben, produzieren, wohnen oder das Verhältnis zur Umwelt gestalten wollen in den Mittelpunkt rücken, eröffnet dies Räume für solch präfigurative Praxen, die auf lokaler Ebene Versuche post-neoliberaler oder sozial-transformatorischer Politiken darstellen können (Giménez Azagra 2019, S. 243; Thompson 2021, S. 319). Mit Blick auf die neuere Munizipalismusbewegung im spanischen Staat stellt Sörensen fest, dass dort das präfigurative Moment auch auf die Institutionen übertragen werden soll:

Damit wird die Idee der Präfiguration auch in die Institutionen getragen. Noch vor der Ebene spezifischer *policies* kommen damit die kommunalen Institutionen selbst als Orte (transformatorischer) präfigurativer Praxis in den Blick, die demzufolge gerade nicht per se [...] nur als hierarchisch strukturierte, wahre Demokratie untergrabende Beherrschungsinstrumente verstanden werden müssen. (Sörensen 2019, S. 37)

Ein weiteres Charakteristikum, welches bei vielen munizipalistischen Ansätzen eine zentrale Rolle spielt, ist die Rolle von Frauen bzw. das Thema der Geschlechtergerechtigkeit. Schon in der Pariser Kommune organisierten sich Frauen gegen frauenfeindliche Tendenzen in der revolutionären Bewegung, brachten sich über Frauennetzwerke aktiv in die Tagespolitik der Kommune ein und kämpften in den Reihen der Garde. Frauenverbände propagierten gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer und forderten hinsichtlich der demokratischen Partizipation, dass gesellschaftliche Fragen, die das Leben der Frauen betrafen, nur vom Frauenverband entschieden werden sollten (Grams 2014, S. 58ff.). Auch die neueren Munizipalisten rücken den Feminismus in das Zentrum der Politik. Dies kann auf institutionell politischer Ebene bedeuten, die hegemoniale männliche Programmierung der Staatsapparate über abweichende Praxen zu verändern sowie darüber hinaus außerparlamentarisch feministisch-demokratische Institutionen zu schaffen (Pérez 2019, S. 21ff.). In der sozial-ökonomischen Sphäre richtet sich die Feminisierung gegen die konkrete Abwertung des Weiblichen, etwa indem Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen stärker geahndet werden und ihnen aktiv entgegengetreten oder reproduktive Arbeit anerkannt und gerechter verteilt wird. Weitergehend setzten feministische Konzepte *Care* als Sorge um das Leben in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Handelns. Mit der Betonung von Nähe und der damit verbundenen Politisierung der Alltäglichkeit, trägt der Munizipalismus damit die Transformation hin zu einer Gesellschaft, die sich stärker an den Belangen der Menschen als einer profitorientierten Ökonomie orientiert, in sich (Roth und Rosich 2019, S. 269).

Generell richtet sich die ökonomische Konzeption des Munizipalismus gegen die jeweils konkrete Ausformung der hegemonial kapitalistischen Produktionsweise. Nicht zuletzt war in den letzten fünfzig Jahren eine Kritik an der neoliberalen Politik und deren konkretem Niederschlag in den Städten Auslöser für das Aufkommen vieler munizipalistischer Bewegungen (Italien, Lateinamerika, Großbritannien). Im Sinne des Munizipalismus wird eine gerechtere Wirtschaftsordnung angestrebt und damit sowohl eine egalitärere Verteilung von Gütern als auch eine stärkere demokratische Kontrolle der Ökonomie gesucht. Auch hier reichen konkrete Praxen von (lokal-)staatlich durchgesetzten radikal-reformistischen Politiken bis zur Förderung neuer demokratischer ökonomischer Strukturen. Diese postneoliberalen oder postkapitalistischen Politiken und Praxen stellen konkrete Alternativen zur neoliberalen Hegemonie dar und sind im Sinne einer gegenhegemonialen Strategie praktische Brüche und Verschiebungen im Hier und Jetzt. In diesem Zusammenspiel der präfigurativen gegenhegemonialen Politiken, dem institutionellen Standbein und den Reterritorialisierungsbestrebungen sieht Thompson die Stärke bzw. das „politische Versprechen“ des Munizipalismus:

The political promise of municipalism is the bridge it builds between alternative economic spaces that prefigure post-capitalist futures and the institutional supports at the municipal or city-regional scale required to nurture and sustain them – through

constructing ‘alternative regionalisms’ or reimagining existing state territorial structures. (Thompson 2021, S. 336)

In diesem ersten Schritt wurde der Begriff des Munizipalismus etwas genauer definiert, vor allem als Abgrenzung zwischen alternativen oder neueren demokratiebetonenden Ansätzen zu neoliberalen, primär administrativen oder auf Autarkie setzende Munizipalisten. Definitivische Leitplanken der vertieften Ansätze sind neben der von allen Munizipalisten geteilten Betonung der lokalen Ebene, dass das Primat der Nähe als Schlüssel zur umfassenderen Demokratisierung der Städte gesehen wird und das Aufkommen von Munizipalisten im Zusammenhang mit (urbanen) sozialen Bewegungen und Kämpfen gegen die Neoliberalisierung und Entdemokratisierung (supra-)nationaler und lokaler Politiken und die zunehmende Prekarisierung der sozialen Reproduktion zu begreifen ist. Über die Veränderung lokalstaatlicher und den Aufbau neuer nichtstaatlicher Institutionen sollen diese Verhältnisse herausgefordert werden und darin präfigurative Praxen, die ebenfalls vornehmlich an die Erfahrungen innerhalb sozialer Bewegungen geknüpft sind, verstetigt werden.

Gleichzeitig lässt auch diese vorläufige Definition Spielraum für verschiedene Interpretationen und Umsetzungen munizipalistischer Ansätze, zumal diese zwar oftmals theoretisch geerdet aber dennoch an die politische Praxis gekoppelt sind und sich an dieser messen lassen müssen: In welcher Gewichtung steht die Arbeit in den parlamentarischen zu den außerparlamentarischen Institutionen und wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen dem „Innen“ und dem „Außen“, wie weitreichend und über das Bestehende hinausgehend sind die Forderungen nach sozialer Transformation, auf welche Form der Demokratie wird sich bezogen, wie wird soziale Gerechtigkeit letztendlich bestimmt und woran machen sich die *Rescaling*- und Reterritorialisierungsprozesse konkret fest? Diese aufgeworfenen Fragen erfordern eine tiefere Betrachtung verschiedener Munizipalisten und eine damit verbundene genauere Unterteilung zwischen oder innerhalb alternativer, demokratischer oder neuer Munizipalisten. Dafür sollen im nächsten Schritt sowohl theoretische Konzepte angerissen als auch praktische Beispiele des Munizipalismus kurz vorgestellt werden.

### 6.3 Theoretische und praktische Beispiele des Munizipalismus

Mit dem republikanischen Föderalismus von Francesc Pi i Margall wird ein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Spanien stark rezipierter und politisch relevanter Ansatz vorgestellt, der für einen kurzen Zeitraum praktische Anwendung im Kontext der Ersten Spanischen Republik fand. Mit Murray Bookchins Libertären Munizipalismus wird ein auch aktuell einflussreiches theoretisches Konzept skizziert und vor allem mit Blick auf den darin verfolgten *Dual Power*-Ansatz, dessen praktische Umsetzung anhand des Beispiel der Stadt Jackson im US-Bundesstaat Mississippi dargelegt. Anschließend werden

mit Barcelona en Comú und der Candidatura d'Unitat Popular (CUP) zwei aktuelle munizipalistische Projekte in Katalonien vorgestellt. Davon ausgehend sollen im weiteren Verlauf der Arbeit die politischen Potenziale des Munizipalismus anhand der praktischen Umsetzungen und Entwicklungen der vorgestellten Projekte vermessen werden.

### 6.3.1 Die föderalistische Idee von Francesc Pi i Margall

Mit den bürgerlichen Revolutionen in Europa und den stetigen und vielschichtigen Kämpfen um und gegen die bourbonische Monarchie bekamen munizipalistisch-föderale Ideen im spanischen Staat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Theorie und Praxis starken Aufwind. Vor allem die Forcierung eines zentralistischen Staates und damit verbundenen Einschränkungen von Sonderrechten für autonome Regionen wie das Baskenland oder Katalonien durch Teile der Monarchie führten republikanische mit föderalistischen und munizipalistischen Ideen zusammen (Gabriel Sirvent 2004, S. 39 ff.). Eine zentrale Figur darin war Francesc Pi i Margall, der 1873 für knapp einen Monat das Amt des Präsidenten der Ersten Spanischen Republik bekleidete. Der stark vom französischen Anarchisten Pierre-Joseph Proudhon geprägte Theoretiker und Politiker brachte in seiner Form des föderalen Republikanismus die Dezentralisierung und territoriale Autonomie und den Aufbau neuer demokratischer Verwaltungsformen mit einer explizit sozialen und nicht-bürgerlichen Gesellschaftsformation zusammen und konnte so zumindest kurzfristig verschiedene Strömungen von Sozialist\*innen, Föderalist\*innen und Anarchist\*innen hinter seiner Idee vereinigen (ebd., S. 61).

Mit dieser Idee stellte er sich gegen das Konzept und die Naturalisierung eines homogenisierenden Nationalstaates – da dieser Menschen verschiedener Sprachen, Herkünfte und Kulturen vereint und Menschen gleicher Sprache, Herkunft oder Kultur trennt (Rivera García 2000, S. 128). Zudem betont er, dass der Staat mit zunehmender Zentralisierung immer stärker in das alltägliche Leben der Menschen eindringt und gleichzeitig Entscheidungsbefugnisse auf der lokalen Ebene einschränkt: „Was kümmert es uns, sagen die Städte und die Provinzen, wenn man uns das Recht gibt, die Stadträte und die Provinzräte durch allgemeines oder eingeschränktes Wahlrecht zu wählen, wenn deren Leben nicht von uns abhängt, sondern von der Laune der (Zentral-)Regierung?“ (Pi i Margall 1881 zit. in Gabriel Sirvent 2001, S. 39). Dagegen propagiert Pi i Margall ein föderales System, welches von unten nach oben, von der lokalen zur nationalen Ebene aufgebaut ist. Nur dadurch kann die politische Partizipation und Ausgestaltung entlang lokaler Bedürfnisse und historischer Pfade und dadurch Heterogenität und Pluralität sozialer und politischer Institutionen und Praxen ermöglicht werden (Rivera García 2000, S. 123 f.). Politische Grundeinheiten der Föderationen sind demnach Städte oder Gemeinden, auf der nächsten politischen Ebene folgen Provinzen als sogenannten Nationen erster Ordnung und abschließend die Föderation der Provinzen als Nationen zweiter Ordnung (Calafat und Granell 2020, S. 10 f.). Für Pi i Margall sind Städte geeignete Grundeinheit des Föderalismus, da ihr Ursprung vor allem auf materielle Interessen und nicht auf ethnische Zu-



schreibungen zurückgeht und die politische Gemeinschaft nicht durch eine naturalisierte Homogenität über- und festgeschrieben wird (Rivera García 2000, S. 128). Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Einheiten, von der individuellen Ebene bis zur Nation zweiter Ordnung, wird durch den sogenannten „föderalen Pakt“ geschlossen, in dem Individuen, Städte, Gemeinden, Provinzen und (Regional-)Staaten unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Autonomie eine höhere föderale Einheit schaffen, welche die gemeinsamen Interessen regelt. Dieser vertragliche Akt soll eine gemeinsame Rechtsordnung schaffen und damit das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Autorität erreichen. In Abgrenzung zur Rousseau'schen Vorstellung eines hypothetischen Gesellschaftsvertrages, der dem Gemeinwillen der Bevölkerung entspricht, soll der „föderale Pakt“ von lokalen Basisseinheiten vorgeschlagen, diskutiert und beschlossen werden und so einer kollektiven Vereinbarung über die Verwaltung der gemeinsamen Interessen entsprechen (ebd., S. 127; Observatorio Metropolitano 2014, S. 29).

Der Föderalismus kann nicht nur als politische Idee, sondern auch als Methodologie zur Dezentralisierung des Staates begriffen werden, worüber politische und soziale Kräfteverhältnisse verändert werden sollen. Vor allem in der Frage um Macht wird der proudhonsche Einschlag deutlich: „Ich werde die Macht teilen und unterteilen, ich werde sie bewegen und ich werde sie sicher zerstören“ (Pi i Margall 1982, S. 249). Während die zentrale Macht der Monarchie zerstört werden sollte, wird an anderer Stelle dieses Zitats betont, dass soziale Kategorien immer über territoriale Fragen stünden und Dezentralisierung nicht mit Separatismus oder Unabhängigkeit bestimmter Regionen gleichzusetzen sei. Vielmehr wird die föderale Vereinigung unter Gewährung lokaler Selbstbestimmung gesucht. Diese Form des Föderalismus führt damit zur Restrukturierung aber nicht zum Zerfall der spanischen Nation und die nationale Frage hat immer Vorrang vor einer katalanischen Unabhängigkeit (Gabriel Sirvent 2004, S. 62).

Entscheidend für diesen föderalistisch-republikanischen Ansatz ist das Zusammenwirken von der Ausweitung lokaler Autonomie und der Schaffung sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit. So wie mit der Dezentralisierung eine politische Emanzipation der populären Klassen ermöglicht werde, sollen im nächsten Schritt die soziale Emanzipation durch die Transformation der ökonomischen Sphäre folgen (Calafat und Granell 2020, S. 7). Der föderalistische Ansatz wird dabei auf die Wirtschaft ausgeweitet und dadurch – auch hier in sehr Proudhonscher Manier argumentiert – eine Dezentralisierung des Eigentums vorangetrieben und das Proletariat kollektiv in den Status von Eigentümer\*innen gehoben werden. So sollen sowohl schwelende Arbeitskonflikte in den Bereichen Landwirtschaft und Industrie, die sich mit der Ausbreitung des Manchester-Kapitalismus zugespitzt haben als auch der grundlegende Konflikt zwischen Kapital und Arbeit endgültig gelöst werden. Nach Pi i Margall könne vor allem die Stärkung von Arbeiter\*innen- und Landwirtschaftsgenossenschaften eine direkte Beteiligung der Arbeiter\*innen an den Gewinnen des Unternehmens und eine stärkere Kontrolle über die Produktion gewährleisten.

Die Ausweitung von Eigentum und Kooperativismus führe somit zur Entstehung einer neuen universellen Mittelklasse, die das Grundgerüst für die Republik bildet (ebd., S. 12; Gabriel Sirvent 2001, S. 40f.).

### 6.3.2 Die Erste Spanische Republik

Im Juni 1873 wurde Pi i Margall Präsident der im Februar ausgerufenen Ersten Spanischen Republik. Diese Zeit war geprägt von Kämpfen um die konkrete politische und organisatorische Ausgestaltung der Republik, wobei Pi i Margall und seine Partido Republicano Democrático Federal für ein explizit föderales System standen. Doch auch innerhalb der Partei gab es Spaltung zwischen Zentralisten, Unnachgiebigen und Gemäßigten. Während der erste Flügel, dem Pi i Margall angehörte, die Verabschiedung einer föderalen Verfassung als ersten notwendigen Schritt sah, auf deren Grundlage die Sub-Einheiten gebildet werden sollten und damit die Durchsetzung des Föderalismus von oben nach unten forcierte, traten die „Unnachgiebigen“ für einen direkten Aufbau von unten nach oben, von den Gemeinden zu den (Regional-)Staaten ein. Der rechte Flügel der Gemäßigten verteidigten die Bildung einer demokratischen Republik unter Einbeziehung der alten politischen Kräfte (Observatorio Metropolitano 2014, S. 35 ff.). Ein im Juli 1873 vorgelegter Verfassungsentwurf für die „Föderale Republik“ umfasste unter anderem die Trennung von Kirche und Staat, das Ende der Sklaverei, gab weitreichende individuelle Rechte, regulierte die Arbeit von Minderjährigen, begrenzte den Arbeitstag und proklamierte die föderale Organisation des Staates und war damit wohl der fortschrittlichste Verfassungstext seiner Zeit (ebd., S. 36). Trotz der stärkeren Zuschreibung von Rechten und Autonomiebefugnissen für sub-nationalstaatliche Einheiten war der Aufbau der Republik mit einer hierarchisierenden Gliederung von oben nach unten verbunden. Dies betrifft zum einen die Unterteilung der (Regional-)Staaten selbst, welche direkt durch die Verfassung festgelegt wurde<sup>2</sup> und dabei einer territorialen Gliederung folgte, die bereits in den vorangegangenen Monarchien vorgenommen wurde (Piqueras Arenas 2014, S. 360f.). Zudem war die Verfassung des föderalen Staates den föderalen Einheiten in letzter Instanz immer übergeordnet. So heißt es in Artikel 93: „Die (Regional-)Staaten haben die Befugnis, sich eine politische Verfassung zu geben, die dieser Verfassung unter keinen Umständen widersprechen darf“ (Proyecto de Constitución Federal de 1873, S.13). Durch Widerstände im Parlament und regionale Aufstände, die vom unnachgiebigen Flügel gegen den zentralistischen Vorstoß losgetreten wurden, ist die Verfassung nie verabschiedet worden und Pi i Margall musste nur knapp einen Monat nach seiner Amtseinführung wieder zurücktreten.

2 „Die Staaten Andalusien Alta, Andalusien Baja, Aragon, Asturien, Balearen, Kanarische Inseln, Kastilien la Nueva, Kastilien la Vieja, Katalonien, Kuba, Extremadura, Galicien, Murcia, Navarra, Puerto Rico, Valencia und die baskischen Regionen bilden die spanische Nation. Die Staaten können die derzeitigen Provinzen beibehalten oder sie entsprechend ihren territorialen Bedürfnissen abändern“ (Proyecto de Constitución Federal de 1873, S.4).

Darüber hinaus gab es die weitere zentrale Kritik, dass die Überwindung von Geschlechterungerechtigkeit keine Rolle in den skizzierten Ansätzen spielte bzw. die Unterordnung der Frau eher gefestigt wurde. So waren im Verfassungsentwurf zwar Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für Frauen in Form von Arbeitstagverkürzungen vorgesehen, dennoch verfolgte Pi I Margall selbst ein sehr klassisches Familienbild, wonach die zentrale Rolle der Frau in der Befriedung der männlichen Bedürfnisse liege. So müssen die verbesserten Arbeitsbedingungen wohl so interpretiert werden, dass Frauen dadurch mehr zeitliche Ressourcen für die ihnen zugeordneten häuslichen Pflichten gegeben werden sollte (Calafat und Granell 2020, S. 8).

Letztendlich ist Pi i Margall daran gescheitert, dass die verschiedenen Strömungen des Föderalismus zu heterogen und seine Positionen auch innerhalb der Partei durchaus in der Minderheit waren. Gleichzeitig hatte der zentralistische Flügel den Bezug zu den popularen Klassen verloren, da er gemäßigte Position zugunsten von Bündnissen mit Akteuren des alten Systems verfolgte. Zusätzlich fehlte die soziale Basis für den Aufbau eines neuen föderalistisch-munizipalistischen Systems (Observatorio Metropolitano 2014, S. 37ff.; Rivera García 2000, S. 114). Mit der Fokussierung auf die zentrale Schaffung einer gemeinsamen föderalen Verfassung unter der Führung einer starken Partei konterkarierte der Politiker Pi i Margall zumindest auf kurze Sicht den Theoretiker Pi i Margall, der von Beginn an den Aufbau von unten nach oben propagierte. Praktisch ergab sich daraus die Paradoxie, dass er als Präsident die regionalen Aufstände, die eigentlich seiner Theorie eines Föderalismus von unten nach oben folgten, mit Repression und politischer Einhegung zu beenden versuchte, da diese den Weg der bewaffneten Revolution und nicht der Zustimmung legaler Versammlungen suchten. Während die Erste Spanische Republik bereits 1874 wieder Geschichte war und die Zeit der Restauration eingeleitet wurde, folgten vor allem anarchistische Strömungen die erstarkten Ideen des Föderalismus und kommunaler bzw. munizipaler Selbstverwaltung in den folgenden Jahren. Pere Gabriel konstatiert bezüglich des damaligen Föderalismus differenziert, dass aus heutiger Sicht der praktische Versuch des föderalen Republikanismus oft als liberale Modernisierung des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft bewertet wird, dieser zu seiner Zeit aber eine kraftvolle Reaktion der popularen Klassen auf die hegemoniale Politik und Kultur der kapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft darstellte, die immer wieder Anschlüsse zu kämpferischeren und deutlich sozialistisch oder anarchistisch geprägten Strömungen herstellte (Gabriel Sirvent 2001, S. 41).

### **6.3.3 Murray Bookchins Libertärer Munizipalismus**

Ein zentraler Stichwortgeber der aktuellen Munizipalisten ist der bereits erwähnte Murray Bookchin, ein der Ökologischen Bewegung verbundener libertärer Sozialist, der über 40 Jahre an Theorien zu direkter Demokratie gearbeitet hat und dessen Schriften, auch nach seinem Tod im Jahr 2006, bis heute soziale und revolutionäre Bewegungen beeinflussen. Ausgehend von seinen Erfahrungen in der anarchistisch geprägten Ökologiebewegung ent-

wickelte er seit den 1970er Jahren das Projekt des Libertären Kommunalismus mit dem zentralen Element des Libertären Munizipalismus<sup>3</sup>. Diese Spielart des Munizipalismus sieht, basierend auf einer Rückbesinnung der ursprünglichen Bedeutung des *polis*-Begriffs, eine kollektive Verwaltung des Gemeinwesens mittels basisdemokratischer Versammlungen vor, entlang derer die Gesellschaft von unten nach oben aufgebaut werden soll:

It seeks to radically restructure cities' governing institutions into popular democratic assemblies based on neighborhoods, towns, and villages. In these popular assemblies, citizens – including the middle classes as well as the working classes – deal with community affairs on a face-to-face basis, making policy decisions in a direct democracy, and giving reality to the ideal of a humanistic, rational society. (Bookchin 2006, S. 101)

In diesem Zitat überbrückt Bookchin sowohl marxistische als auch anarchistische Positionen, wonach entweder die Ergreifung und Veränderung der Staatsmacht oder die Organisierung in den Zwischenräumen der kapitalistischen Gesellschaft die Wege zu gesellschaftlicher Veränderung sind. Stattdessen bietet er einen dritten Weg an, der sowohl den Gefahren von Hierarchiebildung als auch des Verharrens auf der individualisierten Ebene Rechnung zu tragen versucht, indem er Veränderungen innerhalb lokalstaatlicher Institutionen und den Aufbau von Alltagsorganisierung zusammendenkt. Zudem wird in dem Zitat der Einfluss sozialer und ökologischer Bewegungen deutlich, die über Partikularkämpfe der Arbeiter\*innenklasse hinausgingen und stark durch die gesellschaftliche Mittelschicht beeinflusst wurden. In Bookchins Konzept lösen Stadt, Nachbarschaft, Straßenzug und die Bürger\*innen den Arbeitsplatz und die Arbeiter\*innen als primären Locus bzw. Subjekt der Kämpfe ab, ohne dabei allerdings ökonomische Grundkategorien komplett über Bord zu werfen (ebd., S. 56, S. 80 ff.). Dies begründete er neben dem Aufkommen neuer Bewegungen und Kämpfe zu der Zeit auch mit historischen Beispielen von Aufständen städtischer Bevölkerungen gegen monarchistische (Fremd-)Herrschaften und Versuche nationalstaatlicher Einhegungen, z. B. dem *Comuneros*-Aufstand gegen das habsburgische Königshaus im 16. Jhd., der stark von den städtisch-bürgerlichen Schichten getrieben wurde:

What we have here is a typical, quasifeudal 'Third Estate', ranging from well-to-do, even wealthy, strata to an amorphous mass of artisans, merchants, 'intellectuals' of various sorts, clerks, and clerics, to which we may add a considerable number of servants, laborers, and beggars. This 'Third Estate' was united by its urbanity, literally by a shared culture as town dwellers. Despite the many material differences that were to separate them, either they were citizens of a particular city or they aspired to be. Their ideological unity came from the primary loyalty that the city claimed and

<sup>3</sup> Während die Theorie des Libertären Kommunalismus die Föderation von autonomen lokalen Gemeinden und Städten als Regierungssystem beschreibt, stellt der Libertäre Munizipalismus als konkrete politische Dimension den Aufbau direkt-demokratischer Grundeinheiten dar (Bookchin 2006, S. 99 ff.).

from the political arena it created. It was the city, not their ‘class’, that evoked in them a real feeling of place, a meaningful commitment of service, and a clear sense of self-definition. This collective loyalty to a patria chica, to a ‘small fatherland’, so intense among urban dwellers during that era, is difficult to convey today when nationalism has invaded all public sentiments of local loyalty. (Bookchin 1992, S. 117)

Dabei war dieser Aufstand nicht etwa nur eine lokalpatriotische interklassistische Erhebung gegen die Monarchie, sondern es entwickelten sich daraus in vielen Städten aktive Bürgerversammlungen, die sich bis zur Niederschlagung über ihre jeweiligen Belange und das Vorgehen in dem Konflikt austauschten, und übergeordnet auf der Ebene einer Städteversammlung vernetzten.

Davon ausgehend, und das spiegelt einen dritten und zentralen Punkt des Eingangszitates wider, sieht Bookchin in der (Re-)Demokratisierung und (Re-)Politisierung des Städtischen die Möglichkeit, die Hegemonie von Nationalstaaten und globalem Kapital herauszufordern. Dabei kommt die bereits erwähnte *Dual Power*-Strategie zum Tragen, wonach lokale Stadtregierungen über die Beteiligung von progressiven Kräften umgestaltet, demokratisiert und in (außerparlamentarischen) Bürger\*innenversammlungen verankert und schließlich nach konföderalen Grundsätzen miteinander verbunden werden (Bookchin 2015a [1991], S. 115). Der Weg in die Institutionen beschränkt sich in dem Ansatz einzig auf die lokale (oder nach deren Errichtung die konföderale) Ebene, denn diese sind im Sinne der *Dual Power* auch immer eine Kandidatur gegen staatliche, regionale oder nationale Ämter und Institutionen (Bookchin 1992, S. 176). In seiner Ausgestaltung ist das Konzept des „libertäre[n] Munizipalismus damit gleichzeitig ein historisches Ziel wie ebenso eine zu diesem Ziel führende Methode“ (Bookchin 2015b [1995], S. 119), welche Städte, Dörfer und Gemeinden (re)politisieren und damit die Bürger\*innen zu aktiven Subjekten in der Verwaltung ihres alltäglichen Lebens machen. Diese Ermächtigung des Subjekts und die damit verbundene Demokratisierung des Lokalen stehen im aktiven Widerspruch zu kapitalistischen und nationalstaatlichen Logiken und somit in einem dialektischen Verhältnis: „whether a state remains ‘more’ of a state or ‘less’ depends heavily upon the power of local, confederal, and community movements to countervail it and hopefully establish a dual power that will replace it“ (Bookchin 2006, S. 65). Darin offenbart sich auch der Kern des Ansatzes, der eine dialektische Spannung zwischen dem Unten des Lokalen und dem Oben des Nationalstaatlichen als gezielte Gegenmacht zum Staat sucht, um diesen schließlich abzulösen. Würde man dem Munizipalismus diese Spannung mit dem Staat und der kapitalistischen Logik rauben, so Bookchin, bliebe nichts weiter übrig als Abwasser-Sozialismus<sup>4</sup> (Bookchin 1999a, S. 140).

4 Der Abwassersozialismus war ein ursprünglich abwertender Begriff für den Reformismus der amerikanischen sozialistischen Bewegung in Milwaukee Anfang des 20. Jahrhunderts. Nachdem im Rahmen des Kongresses der Socialist Party of America ein Vertreter dieser Bewegung wiederholt das ausgezeichnete Abwassersystem der Stadt Milwaukee lobte, wurde dieser von einem New Yorker Vertreter als Abwasser-Sozialist bezeichnet.

Zum strategischen Aufbau dieser Form von Gegenmacht kann zwischen einem Minimal-, einem Übergangs- und einem Maximalprogramm des sozialen Wandels unterschieden werden. Das Minimalprogramm umfasst den Ausbau sozialer Rechte, verbesserten Zugang zu Ressourcen und den Aufbau munizipalistischer und konföderaler Organe, wovon konkret etwa bessere Löhne und Unterkünfte, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Gesundheitsversorgung als auch die Schaffung von Basisnetzwerken und Versammlungen in verschiedenen Feldern (Nachbar\*innen, Mieter\*innen, Basisgewerkschaften, ökologische Gruppen, feministische Netzwerke) oder die Wahl von Stadträten, welche die Interessen der Bürger\*innenversammlungen stärken, fallen können. Das Übergangsprogramm umfasst die Ausweitung der Entscheidungsmöglichkeit der Bürger\*innen über möglichst weite Teile der Ökonomie, der Ökologie, des Landes und des Alltags, um somit die Politikgestaltung zur alltäglichen Aufgabe aller zu machen. Das Maximalprogramm umfasst die Umsetzung der gesellschaftlichen Vision eines libertären Sozialismus in Form einer staatenlosen Versammlungsdemokratie (Bookchin 2015a [1991], S. 112ff.; Bookchin 2006, S. 114f.).

Darin wird deutlich, dass das Politische bei Bookchins Ansatz zum Aufbau munizipalistischer Bewegungen Vorrang vor dem Ökonomischen hat. Klassenfragen sind nicht grundsätzlich strukturierend in den Bewegungen und die zu bildenden Räte und Versammlungen sollen traditionelle Klassengrenzen überwinden:

Sie bringen Menschen aus dem Mittelstand sowie der Arbeiterklasse, Land- sowie Stadtbevölkerung, gelernte sowie ungelernte Personen, ja sogar konservative und liberale Menschen sowie radikale Traditionen in gemeinschaftlichen Bewegungen zusammen, so daß man tatsächlich von der Möglichkeit einer wahren Volksbewegung sprechen kann und nicht bloß von einer klassenorientierten Bewegung. (Bookchin 1986, o. S.)

Im Sinne des Kommunalismus wird auch die Wirtschaft unter öffentliche Selbstverwaltung der Bürger\*innen gestellt und diese so politisiert und unter Allgemeinbesitz gebracht. Alle Bereiche der Ökonomie, ob Industrie, Landwirtschaft oder tertiärer Sektor, werden als Belange der Kommune angesehen und das damit zusammenhängende Eigentum durch kommunale Versammlungen kontrolliert. Mittels der Kommunalisierung der Wirtschaft sollen berufliche Unterschiede neutralisiert werden und subjektive Identitäten und politisches Bewusstsein nicht entlang bestimmter Bezugsgruppen, sondern durch die Rolle als Bürger\*innen geprägt werden (ebd.).

Sowohl für die Ökonomie, als auch generell gilt für Bookchins Programm, dass dieses nicht als ein isolierter oder autarker Lokalismus umsetzbar ist, sondern nur als konföderaler Zusammenschluss der Gemeinden und Städte. So berge die lokale Isolation stets die Gefahr, kulturelle Überheblichkeit, Konkurrenzdenken, Rassismus oder einen

stagnierenden Traditionalismus hervorzubringen und wäre somit genauso regressiv wie Nationalstaaten (Bookchin 1992, S. 19). Stattdessen tritt der Konföderalismus als Netzwerk der verschiedenen demokratischen Gegeninstitutionen in Kraft, deren Interessen, Diskussionen und Wissen über Delegierte der verschiedenen Versammlungen auf dieser Ebene ausgetauscht und koordiniert werden sollen. Dabei unterscheidet Bookchin explizit zwischen Politik und Verwaltung. Während das Politikmachen, also das Treffen von Entscheidungen über eigene Lebensbereiche, ausschließlich den direktdemokratischen Bürger\*innenversammlungen vorbehalten ist, liegt die Koordination und Verwaltung, darunter kann z. B. auch fallen, wie bestimmte Beschlüsse konkret umgesetzt werden sollen, bei den konföderalen Räten, die Dörfer, Städte und Nachbarschaften verknüpfen (ebd., S. 247). Diese Föderation von selbstverwalteten Einheiten, als Kommune der Kommunen, ist letztendlich das erklärte Ziel des Libertären Kommunalismus.

### 6.3.4 Cooperation Jackson – *Dual Power* unter schwarzer Selbstbestimmung in Mississippi

Einen praktischen Versuch der konsequenten Umsetzung des skizzierten *Dual Power*-Ansatzes stellt die Initiative Cooperation Jackson dar. Auf der Grundlage schwarzer Selbstorganisation wird in der 175 000 Einwohner\*innen-Stadt Jackson seit Ende der 2000er Jahre aktiv die radikal-demokratische Transformation des Staates Mississippi hin zu einer dekolonialisierten, ökosozialistischen Gesellschaft angestrebt. Zentrale Eckpfeiler für diese Transformation sind der Aufbau außerparlamentarischer Bürger\*innenversammlungen, die Stärkung einer unabhängigen politischen Kraft im Lokalparlament sowie die Forcierung einer solidarischen Ökonomie als Grundlage für die Demokratisierung der Wirtschaft (Akuno 2017b, S. 227). Urheber\*innen dieses Ansatzes sind die New Afrikan People's Organization (NAPO) und Malcom X Grassroots Movements (MXGM), welche die Fragen von Selbstverwaltung und solidarischer Ökonomie explizit mit der grundlegenden Veränderung der durch Geschlecht, *race* und Klasse definierten Machtverhältnisse zusammenbringen (Nangwaya 2017, S. 111). Jackson ist eine der ärmsten Städte in den Vereinigten Staaten, der Bevölkerungsanteil von Afroamerikaner\*innen liegt bei knapp 80 % und damit verbunden ist ein extremer *racial wealth gap*. Zudem ist die Stadt durch mangelhafte Infrastruktur und schwere finanzielle Nöte geprägt (Flanders 2017, S. 208). Diese Voraussetzungen und die starke Geschichte antikolonialer Befreiungskämpfe in der Region machten Jackson zum Ausgangspunkt des munizipalistischen Projektes Cooperation Jackson, welches von Aktivist\*innen und Organizer\*innen aus dem ganzen Land unterstützt wird. 2009 wurde der von Cooperation Jackson unterstützte Chokwe Lumumba zum Stadtrat gewählt, vier Jahre später zum Bürgermeister. Chowke verstarb 2014 plötzlich, 2017 wurde sein Sohn Chokwe Antar Lumumba in das Amt gewählt und setzte sich dabei in den Vorwahlen der Demokratischen Partei gegen den damalig amtierenden und als unternehmer-freundlich geltenden Bürgermeister Tony Yarber durch.

Diese Beteiligung an Wahlen ist de facto das parlamentarische Standbein des *Dual Power*-Ansatzes, über den vor allem versucht werden soll, das Einwirken des (National-) Staates und den Einfluss transnationaler Unternehmen in der Stadt zurückzudrängen. In dem Kandidat\*innen aus Reihen der Bürger\*innenversammlungen für Wahlen antreten, sollen das Zwei-Parteien-Monopol durchbrochen und darüber hinaus neue Räume zur Politisierung und Organisierung geschaffen werden. Entscheidungen und Debatten in Parlaments- und Ausschusssitzungen sollen transparent und alle wichtigen politischen Entscheidungen mittels Bürger\*innenbeteiligung als Massenfragen verhandelt werden. So wurde 2014 ein öffentliches Referendum über die Anhebung der Umsatzsteuer um 1% zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur organisiert, welches mit 94% angenommen wurden. Mittels dieser Politisierung der institutionellen Entscheidungen wird versucht, politische Macht in Richtung der mehrheitlich schwarzen Arbeiter\*innenklasse zu verschieben: „The more the class was engaged and actually exercised decision-making power, the less governance was an elite affair ruled by technocrats and the servants of capital“ (Akuno 2017b, S. 241). Das zweite Standbein des Ansatzes ist der Aufbau von sogenannten *Peoples Assemblies*, die in erster Linie (Massen-)Versammlungen<sup>5</sup> von Bürger\*innen sind, um für die Gemeinschaft relevante Themen zu besprechen. Erklärtes Ziel dieser Versammlungen ist es, relevante Entscheidungen über das Leben der Menschen nicht mehr einer externen Autorität zu unterwerfen, sondern den Menschen ihre Handlungsfähigkeit und die Selbstbestimmung über das eigene Leben zurückzugeben:

*A People's Assembly* is a vehicle of democratic social organization that, when properly organized, allows people to exercise their agency, exert their power, and practice democracy – meaning ‘the rule of the people, for the people, by the people’ – in its broadest terms, which entails making direct decisions about the economic, social and cultural operations of a community or society and not just the contractual (‘civil’) or electoral and legislative (the limited realm of what is generally deemed to be ‘political’) aspects of the social order. (Akuno 2017c, S. 87)

Diese Form der Versammlung soll de facto in allen relevanten Punkten des Alltags der Menschen organisiert werden, in erster Linie an ihren Arbeits- oder Produktionsorten, aber auch dort, wo sie leben, spielen, beten und lernen (Akuno 2017a, S. 7). Neben dem zentralen Organisationsaspekt haben die Versammlungen zwei weitreichende Funktionen: Zum einen sollen darüber autonome, selbstorganisierte und ausgeführte soziale Projekte unterstützt oder organisiert werden. Das kann von der Gründung von Gemeinschaftsgärten, der Besetzung von Häusern über die Bildung von Gewerkschaften bis zum Aufbau von Arbeiter\*innengenossenschaften reichen. Dadurch soll konkret die soziale und materielle Lage der Menschen verbessert werden. Zum anderen können Versamm-

5 Die NAPO definiert als Masse in diesem Kontext mindestens 1/5 der Bevölkerung in einem abgegrenzten geographischen Gebiet (Nachbarschaft, Straße, Bezirk, Stadt, Staat, etc.) (Akuno 2017c, S. 97).



lungen über Kampagnen Druck auf die Regierung und wirtschaftliche Akteur\*innen ausüben, z. B. mittels Boykottaufrufen, direkten Aktionen und Massenaktionen des zivilen Ungehorsams oder Wahlkampfkampagnen für oder gegen Kandidat\*innen. So wurden beispielsweise das Gesetz und die Befragung zur Erhebung der zusätzlichen 1 % Umsatzsteuer für die Infrastruktur sowie die Kandidaturen der Lumumbas massiv durch Kampagnen der Versammlungen unterstützt (Akuno 2017c, S. 91).

Die Ausweitung der Kontrolle über das eigene Leben und das gemeinschaftliche gesellschaftliche Handeln ist bei Cooperation Jackson explizit an die Ökonomie und damit an die Kontrolle der Produktionsmittel geknüpft. Diese umfassen sowohl die Arbeitskraft, als auch die für die Produktion notwendige Maschinen und Werkzeuge sowie die dabei verbrauchten natürlichen Ressourcen. Des Weiteren müssen auch die Sphären der Distribution, der Konsumtion und des Recyclings kontrolliert werden, um eine ökologisch nachhaltige Produktion gewährleisten zu können (Akuno 2017a, S. 4). Während die Wirtschaft in Jackson historisch stark von der Gewinnung natürlicher Ressourcen und *Cash-Crop*-Landwirtschaft geprägt ist, versucht Cooperation Jackson die Stadt zu einem Zentrum der Gemeinschaftsproduktion zu machen, basierend auf einer Demokratisierung digitaler Produktionsverfahren (z. B. 3D-Druck). Davon ausgehend soll eine solidarische Ökonomie aufgebaut werden, die auf der Förderung von Arbeitskooperativen und dem Aufbau eines horizontalen Netzwerks zwischen kooperativen Institutionen, Arbeiter\*innenkooperativen und informellen Nachbarschaftsnetzwerken basiert.

Diese solidarische Ökonomie verbindet sich mit Kämpfen um Geschlechtergerechtigkeit, indem sie die Anerkennung der Reproduktionsarbeit und damit vor allem die Belastung von Frauen durch im Kapitalismus unentlohnte Arbeit in das Zentrum setzt, um die Entkopplung von sozialer Reproduktionsarbeit und wirtschaftlicher Produktion aufzuheben (Hall 2017, S. 200). Generell findet eine (schwarze) feministische Analyse Einbezug in die Politiken und Strategien von Cooperation Jackson, etwa wenn in Bezug auf die Planung eines partizipativen Stadtbudgets die Lebensrealitäten, Erfahrungen und das Wissen von schwarzen Frauen und Eltern prioritär betrachtet werden sollen und dadurch Bereiche wie Bildung, Schule, Kinderbetreuung oder Wohnraum gezielt gefördert werden, auch auf Kosten der Interessen von Investor\*innen (ebd., S. 201).

Cooperation Jackson versucht mit diesem Ansatz eine praktische Politik auf lokaler Ebene innerhalb eines ideologischen und makro-strategischen Rahmens zu entwickeln, der auf eine unabhängige und massenhafte Organisation der vornehmlich schwarzen Arbeiter\*innenklasse abzielt und darauf aufbauend aus einer gegen-hegemonialen Position soziale Strukturen transformieren will. Dieses Zusammenspiel von Theorie und Praxis stößt in der Realität auch auf Widersprüche und Probleme. So verhindern leere Kassen und die schlecht entwickelte Infrastruktur weitreichende lokalstaatliche Interventionen, weiterhin zwingen Austeritätsprogramme und gesetzliche Verordnungen auf bundes-

staatlicher und nationaler Ebene den politischen Handlungsspielraum stark ein (Sunkara 2017, S. 129ff.). Realpolitische Notwendigkeiten führten zudem zu widersprüchlichen politischen Entscheidungen und Ergebnissen, wodurch sich die Basis teilweise entfernt hat. Generell raubt die notwendige Beschäftigung der *Peoples Assembly* mit den lokalen Wahlen und der Unterstützung von Kandidat\*innen wiederum Kapazitäten zulasten der Selbstorganisationsansätze und führte zu Spannungen in der Frage nach der strategischen Ausrichtung der Versammlung. Zum Verhältnis zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit kommt Kali Akuno, einer der Mitbegründer von Cooperation Jackson, zu dem Punkt, dass gegenüber dem Regieren mehr Gewicht auf die Bildung und Einbeziehung der Massen gelegt werden muss, um getroffene Entscheidungen nachvollziehbarer zu machen und kollektiver zu gestalten (Akuno 2017b, S. 241 ff.).

#### 6.4 Erste Differenzierungen verschiedener Munizipalisten

Diese kurzen Einblicke in theoretische und praktische Beispiele von munizipalistischen Ansätzen sollen das Konzept des Munizipalismus etwas greifbarer machen und situativ konkretisieren. Die verschiedenen Charakteristika, welche eingangs im Kapitel definiert wurden, fanden sich mehrheitlich in den vorgestellten Beispielen in unterschiedlicher Form und Gewichtung wieder, teilweise entwickelten sich die praktischen Ansätze aber auch widersprüchlich dazu. Gleichzeitig wurden Differenzen zwischen der theoretischen Konzeption und der praktischen Umsetzung deutlich. Die bis hier angestrebte Definition des Munizipalismus kann damit in einem zweiten Schritt stärker geschärft und differenziert werden.

Deutlich wurde an den Beispielen, dass sich die Ausgestaltung der munizipalistischen Ansätze an der konkreten gesellschaftlichen Situiertheit orientiert. Die Cooperation Jackson legt einen Fokus auf die Selbstbestimmung der schwarzen Arbeiter\*innenklasse, weil die Entwicklung der Stadt durch rassistische Unterdrückung und damit verbunden der Super-Ausbeutung schwarzer Arbeitskraft sowie der Extraktion natürlicher Ressourcen geprägt ist. Pi i Margall orientierte sich in seinem Programm an den Kämpfen um die Republik und ihrer föderativen Ausgestaltung. Die Munizipalisten entwickeln ihre Forderungen, aber auch ihre Ausgestaltung in diesen gesellschaftlichen Umständen und Machtverhältnissen und nicht zuletzt auch gegen sie. Inwieweit sich Munizipalisten gegen die Verhältnisse richten, variiert wiederum in Theorie und Praxis.

Eine zentrale Differenz zwischen den aufgezeigten Ansätzen findet sich etwa in der Frage nach dem Zusammenhang von Ökonomie und Politik bzw. von den Klassenverhältnissen und Demokratie. Während Cooperation Jackson in ihrem Ansatz klar von der Kontrolle der Produktivkräfte und der demokratischen Transformation der Ökonomie im Sinne der Arbeiter\*innenklasse ausgehen, fokussieren sowohl Bookchins als auch Pi i Margalls Modell einen interklassistischen Ansatz. So sucht Bookchin nach klassenübergreifen-

den Bündnissen zur Repolitisierung des Städtischen und leitet quasi die ökonomische Transformation aus dem Politischen ab. Anselm Schindler (2015) kritisiert daran, dass Bookchin die Frage nach gesellschaftlicher Veränderung auf das politische Bewusstsein des Menschen reduziere, aber nicht kläre, was eine kollektive Bewusstseinsveränderung hervorrufen solle. Zudem unterschläge Bookchin, dass in seinen Beispielen munizipaler und föderaler Selbstverwaltung vor allem die konkreten materiellen Bedingungen Auslöser für die lokalen Selbstverwaltungsbestrebungen waren. Generell sieht Schindler in dieser Priorisierung des Politischen vor dem Ökonomischen ein grundlegendes Problem hinsichtlich der Frage nach Transformation:

Auf die Problematik, dass eine selbstverwaltete Gesellschaft nur auf der Basis sich verändernder Produktionsverhältnisse aufgebaut werden kann, geht er nicht ein. Und so kommt seine Theorie gar nicht erst zu der Fragestellung, welche politische Macht in der Lage wäre, eine solche ökonomische Umwälzung gegen zentralistische und warenförmige Machtverhältnisse durchzusetzen. (Schindler 2015, S. 14)

In die ähnliche Richtung geht eine Kritik von Rivera García an dem föderalistisch-republikanischen Konzept von Pi i Margall, wonach dieser die Bestrebungen nach Demokratisierung mit bürgerlich-konservativen Interessen zusammenbrachte und damit die radikalere Forderung nach der Abschaffung des Privateigentums ablehnte. Grundlegend liege darin der Fehler, die politischen Prinzipien von Vereinigung (durch den Bundesvertrag) und Autonomie (durch Rechte der Munizipien) auf den Bereich der Ökonomie auszuweiten, obwohl dies zwei verschiedene Sphären des sozialen Handelns seien (Rivera García 2000, S. 138). In diesem Fall führte dieses Vorgehen letztendlich zur Abspaltung des radikaleren Teils der Arbeiter\*innenbewegung.

Zudem wird bei dem Beispiel Pi i Margall deutlich, dass gesellschaftliche Machtverhältnisse wie Geschlechtergerechtigkeit nicht automatisch in munizipalistischen Ansätzen mitgedacht werden, sondern auch dies das Ergebnis von konkreten Kämpfen ist. Letztlich kann aus diesen Beispiel mitgenommen werden, dass die Ausgestaltung und Durchsetzung des munizipalistischen Programms immer an den sozialen Kräfteverhältnissen hängt. Dabei funktioniert der Aufbau von *Dual Power* nur, wenn dieser von einer starken Bewegung von unten vorangetrieben und gestützt wird. Pi i Margall ist gescheitert, weil er nicht die notwendige Basis hatte, um sich gegen die alten Kräfte im Parlament durchzusetzen (bzw. sich Teile der Basis mit den Aufständen gegen seinen zu reformistischen Kurs gewendet haben). In Jackson ist die ständige Herausforderung die Balance zwischen dem Innerhalb und dem Außerhalb der Institutionen zu finden. Es kann also nur ein Gegenwicht in den parlamentarischen Institutionen geschaffen und präfigurative Praxen in diesem Raum geschaffen werden, wenn der stärkende Rückhalt durch eine außerparlamentarische Bewegung gegeben ist.

## **7 Kontext: Neoliberalisierung, katalanische Unabhängigkeit, Krise und Munizipalismus in Barcelona**

In der vorangegangenen Darlegung der theoretischen und praktischen Beispiele ist ihre Kontextgebundenheit deutlich geworden. Allgemeine Spezifika des Munizipalismus verbinden sich auf der lokalen oder regionalen Ebene mit spezifischen Voraussetzungen und Kräfteverhältnissen, aus denen sich konkrete Organisationsmodelle entwickeln. Dementsprechend muss dieser Rahmen auch für die vorliegende Arbeit umrissen werden. Im Folgenden wird daher der Entstehungskontext und die Organisationsstruktur der munizipalistischen Projekte Barcelona en Comú und Candidatura d'Unitat Popular dargestellt und dem vorgelagert deren Handlungsrahmen in Form der stadtpolitischen Entwicklung Barcelonas nachgezeichnet. Selbstverständlich sind die jeweiligen Prozesse nicht komplett getrennt voneinander zu betrachten, sondern überschneiden sich trotz differenter Entwicklungspfade an zentralen Punkten.

### **7.1 Kontext I: Vom Modell zur Marke – neoliberale Stadtentwicklung in Barcelona**

Die Stadtentwicklung Barcelonas in den letzten 45 Jahren kann grob in fünf Phasen<sup>1</sup> unterteilt werden, die entlang von Indikatoren wie Entwicklungsstrategien, Demokratisierung und Bürger\*innenpartizipation, Akkumulationsmodell oder dem Einfluss privater Akteur\*innen und vor dem Hintergrund übergeordneter ökonomischer Entwicklungen divergieren.

#### **1. Phase: Die Geburt des Modell Barcelona (1979-1985)**

Die erste Kommunalwahl im spanischen Staat nach dem Tode des Diktators Franco und der Verabschiedung der neuen Verfassung 1978 eröffnete ein neues politisches Feld der gesellschaftlichen Demokratisierung. Die lokale Ebene bekam eine entscheidende Rolle in der Demokratisierung und die sogenannten „demokratischen Rathäuser“ (Observatorio Metropolitano 2014, S. 119) sollten unter Druck von sozialen und Nachbarschaftsbewegungen die oftmals mangelhafte Infrastruktur in den Stadtteilen ausbessern, Partizipationsmöglichkeiten für die Bewohner\*innen schaffen und die Stadtzentren sanieren. Durch die Zurverfügungstellung sozialer und kultureller Anlaufpunkte sollte die nachbarschaftliche Selbstorganisation in den Stadtteilen unterstützt werden und die Ebene des Lokalen und das Prinzip der Nähe gestärkt werden. Die 1979 abgehaltenen Kommunalwahlen gewannen die sozialistische PSC (Partit dels Socialistes de Catalunya) und die kommunistische PSUC (Partit Socialista Unificat de Catalunya) mit zusammen über 50% der abgegebenen Stimmen, und fortan entwickelte sich eine enge Beziehung zwischen diesen Parteien und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen (Bianchi 2018, S. 124). Viele

---

<sup>1</sup> 1979-1985; 1986-1994; 1995-2006; 2007-2014; ab 2015

Militante aus Bewegungen<sup>2</sup> gingen direkt in die kommunale Politik, um lokales Wissen in die Rathäuser zu tragen und außerparlamentarische Organisationen übten Einfluss auf die Lokalpolitik aus (Cortina i Oriol und Ubasart i Gonzàlez o. J., S. 1; La Hidra Cooperativa 2019, S. 157). So forderte in Barcelona die Federació d'Associacions de Veïns i Veïnes (FAVB), die im Kampf gegen die Franco-Diktatur eine wichtige Rolle spielte, schon vor den Wahlen die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Stadtteilen und konkretisierte diese Forderung zu den Wahlen unter dem Titel „Wir wollen demokratische Rathäuser“ (Federació d'Associacions de Veïns de Barcelona 2021).

Dieser Einfluss der Nachbarschaftsbewegung charakterisierte auch die erste Phase der Stadtentwicklung (1979-1986) während der *Transició*<sup>3</sup>. Der Fokus der Stadtentwicklung lag in diesen Jahren auf einem redistributiven Mikro-Urbanismus, der lokale Infrastrukturen, öffentliche Flächen und Dienstleistungen in den Stadtteilen unter Einbeziehung der Bürger\*innen und Zivilgesellschaft revitalisieren sollte (Subirats 2020, S. 86). In dieser dezentralisierten Stadtplanung traten „Projekte an die Stelle von Plänen, konkrete und partielle städtebauliche Untersuchungen und Aktionsprogramme an die Stelle der Umsetzung eines Master-Plans“ (Muñoz 2008 nach Kuhn 2014, S. 109). Zudem wurde der Grundstein für eine institutionelle und administrative Dezentralisierung gelegt, die Barcelona in zehn Bezirke mit signifikanten politischen und administrativen Befugnissen unterteilte (Degen und García 2012, S. 4). Die negativen Effekte der Institutionalisierung vieler Bewegungsakteure beschreibt Manuel Delgado wie folgt:

Das Paradoxe daran ist, dass es Proteste gab, als es kein Recht auf Protest gab, und dass die Menschen, sobald dieses Recht erobert war, aufhörten zu protestieren, oder dies nur noch in bescheidenem Maße taten, was einmal mehr die Klugheit der politischen Ordnung beweist, wenn es darum geht, ihre Kritiker zu domestizieren. (Manuel Delgado 2017, S. 27)

Vor allem der Einfluss der Nachbarschaftsvereine auf die Stadtpolitik schwand durch die Integration führender Köpfe, und Demokratisierungsforderungen der Bewegungen wurden durch fehlenden Druck von der Straße nicht in Gänze erfüllt (Subirats 2020, S. 80). Insgesamt kann diese erste Phase als Geburtsstunde des „Modell Barcelona“ gefasst werden, welches eine Stärkung sozialer Kohäsion im Einklang mit ökonomischen Wachstum unter Führung des öffentlichen Sektors und der Einbindung verschiedener lokaler Akteur\*innen beschreibt (Eizaguirre Anglada et al. 2017, S. 430).

2 In den 1960er und 70er Jahren organisierten sich nach Jahrzehnten der schweren Repression wieder soziale Bewegungen, vor allem innerhalb der Nachbarschaftsbewegungen, die als Antwort auf katastrophale Wohnsituationen und mangelnde Infrastrukturen entstanden sind. Durch ein neues, 1964 erlassenes Vereinsgesetz konnten diese legal operieren und wurden fortan auch zum Organisierungsort für antifranquistische Kämpfe (Kuhn 2014, S. 105 ff.).

3 Der Begriff der *Transició* (dt. Transition) beschreibt die Übergangsphase des spanischen Staates vom Franquismus zu einer parlamentarischen Monarchie zwischen 1975 und 1982.

## 2. Phase: Die Olympischen Spiele (1986-1994)

Die zweite Phase der neueren Stadtentwicklung Barcelonas wird durch die Ausrichtung der Olympischen Spiele 1992 bestimmt, die ein „Vorher und ein Nachher in der Art und Weise, wie sich Barcelona der Welt präsentierte oder verkaufte“ (Blanco et al. 2018, S. 2) markierten. Mit der Verkündung der Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 1986 begann eine großflächige Transformation der städtischen Infrastruktur. Dafür wurde der Planungsmaßstab von der Quartiers- und Stadtteilebene auf die Förderung Barcelonas als Gesamtstadt hochverlagert. Zentrale Projekte waren die Errichtung der Spielstätten in verschiedenen Stadtteilen, die stärkere Verbindung mit dem metropolen Hinterland, die Aufwertung der Transport- und Kommunikationsinfrastruktur, die Aufwertung der Innenstadt und die Öffnung zum Meer inkl. der Errichtung des Olympischen Dorfes in Poblenou (Degen und Garcia 2012, S. 5). Mittels des Mega-Events wurden so ehemalige Industriegebiete in Zentren moderner Technologie umgewandelt (Subirats 2020, S. 87) und weitere Teile der Stadt in „kommerzielle Kreisläufe und damit in den globalisierten Wettbewerb um Investitionen, Tourist\*innen und einkommensstarke Mitarbeiter\*innen der umworbenen Dienstleistungen“ (Kuhn 2014, S. 113) integriert.

Dies wurde ermöglicht durch finanzielle Subventionen seitens der regionalen und nationalen Regierung, gleichzeitig wurden private Akteure stärker in die Stadtentwicklung eingebunden und *Public-Private-Partnerships* in Zusammenarbeit mit internationalen Unternehmen nahmen zu und festigten sich. Auch wenn im Sinne des ursprünglichen Barcelona-Modells partizipative Elemente weiter Bestand hatten, zum Teil stärker formalisiert wurden und die öffentliche Verwaltung eine wichtige Rolle spielte, wurde die städtische Agenda mit dieser Phase „zunehmend durch die Notwendigkeit ausländischer Investitionen und die Förderung großer Kultur- und Infrastrukturprojekte als Mittel zur Steigerung des Wettbewerbsvorteils der Stadt“ (Bua und Bussu 2021, S. 722) geprägt. Damit reagierte die Stadtpolitik auf die Herausforderungen der postfordistischen Deindustrialisierung und einen zunehmenden internationalen Städtewettbewerb und legte den Grundstein für ein neoliberales Stadtentwicklungsmodell, basierend auf Tourismus, Kultur und privater Immobilienentwicklung (ebd.). Vor allem durch die von den Olympischen Spielen erzeugte Euphorie und zahlreiche Imagekampagnen<sup>4</sup> wie „Barcelona posa’t guapa“ (dt. Barcelona mach dich schön), die eine lokale Identität stärkten, konnte trotz dieser gestiegenen Ausrichtung nach ökonomischen Interessen der Konsens zwischen Stadtpolitik und Zivilgesellschaft gefestigt werden (Eizaguirre Anglada et al. 2017, S. 430).

## 3. Phase: Vom Modell zur Marke Barcelona (1995-2006)

Nach den Olympischen Spielen geriet Barcelona in eine ökonomische Krise, die sich zum einen aus globalen Entwicklungen und zum anderen aus der Verschuldung im Zuge der Ausrichtung des Mega-Events entwickelte. Als Antwort darauf intensivierte die Stadtre-

4 Zwischen 1986 und 1999 wurden über 400 Mio. Euro für Imagekampagnen in Barcelona investiert (Kuhn 2014, S. 117).

gierung ihren bereits eingeschlagenen Kurs der Neoliberalisierung, der neben der Vertiefung der öffentlich-privaten Partnerschaften auch zu einem zunehmenden Outsourcing öffentlicher Leistungen an private Unternehmen führte (Blanco 2015, S. 127; Blanco et al. 2018, S. 2). Die Neoliberalisierung des Modells Barcelona kennzeichnete sich damit durch ein unternehmerisches Stadtmanagement, fußend auf den Pfeilern internationale Investitionen, Immobilienspekulation, Großveranstaltungen und später dem Massentourismus, welches die Stadt zu einer growth machine machen sollten (Bianchi 2019, S. 10). Begleitet wurde diese Entwicklung von einer stärker fragmentierten Stadtplanung, die eine ganzheitliche Perspektive und strengere Planungsvorschriften zugunsten von spektakulären Projekten, Großevents und der Attraktion von privaten Investitionen aufgab (z. B. 22@ in Poblenou, Diagonal Mar, Forum der Kulturen 2004) (Degen und Garcia 2012, S. 8). Bürgermeister Pasqual Maragall, der von 1982 bis 1997 für die PSC regierte, kündigte diesen Kurs bereits 1993 an, wonach die Olympischen Spiele genutzt werden sollten, um aus Barcelona „eine wettbewerbsfähige Stadt zu machen“, d. h. „das Produkt Barcelona zu verkaufen“ (zit. nach Delgado 2017, S. 55). Damit wurde in dieser Phase der Schritt vom Modell zur Marke Barcelona gemacht (ebd., S. 47), wodurch sich „die Stadt zu einem Raum der Zirkulation (von Waren, Kapital und Menschen) entwickelt[e], in dem es immer schwieriger und teurer [wurde], anzukommen, Fuß zu fassen und ein Leben aufzubauen“ (Garcés 2018, S. 243). Sichergestellt werden sollte die Zirkulation durch einen „präventiven Urbanismus“ (Delgado 2017, S. 46), der Personen, die nicht in das Bild der Marke Barcelona passen, den öffentlichen Raum vorenthalten soll. Etwa wurden durch die 2005 erlassene „Verordnung über Maßnahmen zur Förderung und Gewährleistung der bürgerlichen Koexistenz im öffentlichen Raum von Barcelona“<sup>5</sup> Handlungen wie Betteln, Prostitution, sich in Brunnen waschen oder Alkohol im öffentlichen Raum trinken unter Strafe gestellt, bei gleichzeitiger Ausweitung des Konsumangebotes zuungunsten öffentlicher Flächen (Degen und Garcia 2012, S. 9).

Diese Entwicklung zur Marke Barcelona zeichnete sich entsprechend durch eine Einschränkung der demokratischen Teilhabe aus, die sich auch in der Aushöhlung von Partizipationsangeboten ausdrückte. Beteiligungsformate zur Einbindung der Zivilgesellschaft hatten einen zunehmend unverbindlichen Charakter (z. B. Pla Estrategic i Social Barcelona 2000) oder glichen eher Pseudo-Partizipationsangeboten, „die Bewohner\*innenbeteiligung praktisch auf den Bereich einzelner, in ihren Zielsetzungen bereits festgelegter städtebaulicher Projekte reduziert“ (Kuhn 2014, S. 116). Der damit aufrechterhaltende Konsens wurde hingegen immer brüchiger und zunehmend von sozialen Bewegungen und Kämpfen hinterfragt und abgelehnt. So entwickelte sich schon ab Mitte der 1980er Jahre eine sehr aktive Hausbesetzer\*innenbewegung. In diesem Kontext stellte die 1996 gewaltvoll durchgeführte Räumung des besetzten Kinos Cine Princeps in der Altstadt einen Wendepunkt in der Frage des sozialen Friedens in der Stadt dar:

5 Ordenanza de medidas para fomentar y garantizar la convivencia ciudadana en el espacio público de Barcelona

Barcelona am 28. Oktober 1996 während der Räumung des Cine Princesa. Für viele von uns wurden an diesem Tag die olympische Stadt, ihre Erfolgsgeschichten und das Schweigen, die Unternehmen und die Qualen, auf denen sie aufgebaut worden war, zerstört, und andere Formen der Stadtgestaltung traten in Erscheinung. Dieser lange Waffenstillstand, der Barcelona zu einer weitgehend konfliktfreien Stadt gemacht hat, wurde im Oktober gebrochen, als die Polizei in das Viertel Ciudad Princesa einbrach. (Garcés 2018, S. 18)

Die Besetzungsbewegung „skandalisierte Wohnungsnot, spekulativen Leerstand und profitorientierte Standortentwicklung“ und „rüttelte damit an den Grundfesten einer marktorientierten Stadtpolitik“ (Kuhn 2014, S. 126). Diese Entwicklung spitzte sich in den Jahren nach der Räumung des Cine Princesa deutlich zu.

### **Exkurs: Finanzialisierung der Wohnungspolitik und Immobilienblase im spanischen Staat**

So kam es zwischen 2002 und 2007 zu einem regelrechten „urbanisation tsunami“ (Fernández Durán nach García-Lamarca 2020, S. 2) im spanischen Staat. In diesem Zeitraum wurden mehr Wohnungen gebaut als in Italien, Frankreich und Deutschland zusammen – getragen von internationaler Immobilienspekulation und privater Haushaltsverschuldung. Während der Wert von Immobilien sich in nicht einmal zwei Jahrzehnten mehr als verfünffachte (1990: unter 1 Mrd. Euro; 2007: über 5 Mrd. Euro) und allein in Barcelona im Jahr 2006 über 1,6 Mrd. Euro – hauptsächlich internationales Kapital – in den Immobilienmarkt investiert wurden, ist die geschätzte Nettoverschuldung der Haushalte in Prozent des verfügbaren Einkommens von 85,97% im Jahr 2000 auf 144,32% im Jahr 2006 angestiegen und lag damit fast 40% über dem Durchschnitt der Eurozone (Charnock et al. 2014, S. 94ff.). Zusammen sind die städtischen Immobilienpreise von 1997 bis 2008 um 150% gestiegen (Delgado 2017, S. 72) und die Durchschnittsmieten verdoppelten sich innerhalb von acht Jahren (2000-2008) von ca. 400 auf 800 Euro (Blanco-Romero et al. 2018, S. 5).

Diese jeweiligen Entwicklungen sind durch die nationale und lokale Politik zu erklären, deren primäre Agenda jahrzehntelang die Förderung von Eigentum war und im Zuge einer Neoliberalisierung die Finanzialisierung von Wohnraum aktiv vorangetrieben haben. Unter Franco wurde ab den 1960er Jahren im Aufbau einer „Eigenheimgesellschaft“ die Lösung der zunehmenden Wohnraumproblematik und der damit verbundene Bausektor als zentraler Treiber der Kapitalakkumulation gesehen. Politische Maßnahmen fokussierten nicht den sozialen Wohnungsbau, sondern die Förderung von Wohneigentum über die direkte Subvention der Bauträger (Di Feliciano und Aalbers 2018, S. 8). In den nachfolgenden zwei Jahrzehnten wurden diese Entwicklungen durch Liberalisierungen in der Wohnungs- und Finanzpolitik beschleunigt. Im Rahmen der *Transición* wurde über eine Neuordnung des Kreditmarktes (Ley del Mercado Hipotecario, 1981) der Zugang



zum privaten Wohnungseigentum nochmals ausgeweitet und mit dem Decreto Boyer (1985) vertieft, bei gleichzeitiger Deregulierung des Mietwohnungsmarktes. Von 1970 bis 2005 stieg der Anteil der Eigentumswohnungen von 60% auf 80%, während der Anteil geförderter Wohnungen im ähnlichen Zeitraum von 34% auf 4% sank (Kuhn 2014, S.1.12). Wohnraum wurde in dieser Periode immer stärker kommodifiziert und in globale Märkte integriert. Diese Entwicklungen wurden zusätzlich durch die institutionelle Ausgestaltung lokalstaatlicher Instanzen gefördert. Die mit der Verfassung von 1978 etablierte territoriale Dezentralisierung des spanischen Staates in Zentralregierung, regionale (17 Autonome Gemeinschaften) und lokale Ebene (bestehend aus 8114 Munizipien und 50 Provinzen), wurden Städte und Gemeinden als grundlegende organisatorische und partizipatorische Institutionen des Staates definiert und mit einer gewissen lokalen Autonomie ausgestattet, was allerdings nicht mit der Übertragung bedeutender Macht und Ressourcen verbunden war (Tomàs 2017, S. 246). Infolgedessen nutzten die lokalen Rathäuser vor allem ihre Befugnisse in der Stadtentwicklung, um über den Verkauf von öffentlichen Grundstücken, die Erteilung von Baugenehmigungen oder die Besteuerung von Eigentum (Impuesto sobre Bienes Inmuebles) und Grundstücksverkäufen (Impuesto sobre el Incremento de Valor de los Terrenos de Naturaleza Urbana), um den finanziellen Spielraum auszuweiten. So erzielten die spanischen Gemeinden im Jahr 2000 über 42% ihres Gesamthaushaltes aus Immobiliengeschäften, in Barcelona und Madrid waren es sogar über 50% (García 2017, S. 184). Mit der Liberalisierung des Bodens durch das nationale Ley de Suelo wurde der Zugang zu bebaubaren Grundstücken für Immobilienentwickler maßgeblich erleichtert und die potenziellen Renditen für Bauträger maximiert. In den folgenden sechs Jahren stiegen die durchschnittlichen Bodenpreise um über 200% (Charnock et al. 2014, S. 94).

Das Zusammenspiel aus lokaler und nationaler Politik bereiteten den Weg für die Finanzialisierung des Wohnens im spanischen Staat. Sowohl die Kommunen, als auch die nationale Wirtschaft wurden in diesen Jahren maßgeblich durch private Auslandsinvestitionen und die Ausweitung fiktiven Kapitals im Immobilienbereich und damit verbunden der Bau-, als auch der Tourismusindustrie getragen, wodurch „Wirtschaftswachstum und städtisches Wachstum praktisch synonym“ (ebd., S. 92) wurden. Lokaler Ausdruck dieser Phase waren der skizzierte Bau- und Investitionsboom und die damit verbundenen Preissteigerungen in Barcelona. Am Ende dieses Zyklus stand eine deutliche Überproduktion im Bausektor<sup>6</sup> und das Platzen der Immobilienblase.

#### **4. Phase: Krise und Austerität (2007-2014)**

Mit der globalen Wirtschaftskrise und dem Platzen der Immobilienblase im spanischen Staat im Jahr 2008 begann ein Zyklus, der die nationale Politik sowie die Stadtpolitik Barcelonas durch Hypothekenkrise und Zwangsräumungen, Sparpolitik und Protest tief-

<sup>6</sup> Zwischen 2001 und 2011 stieg der Wohnungsbestand um 24%, während die Bevölkerung nur um 5,8% zunahm. Die Immobilienpreise waren bis 2006 um bis zu 35% überbewertet (García 2010, S. 970).

greifend prägte. Die durch die US-Finanzkrise angestoßene Wirtschaftskrise traf den spanischen Staat aufgrund struktureller ökonomischer Schwächen deutlich härter als andere EU-Länder. Das BIP sank im Jahr 2009 um 3,6%, die Binnennachfrage gar um 6,4%. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich in nur einem Jahr auf über 20% (2010) und die Jugendarbeitslosigkeit stieg auf einen Rekordwert von über 41%. Allein im Bausektor gingen innerhalb von zwei Jahren fast eine Million Arbeitsplätze verloren (Köhler 2010). Dies wirkte sich empfindlich auf die Staatseinnahmen aus, die von 2007 bis 2009 um 65 Mrd. Euro sanken und ein Haushaltsdefizit von 11,4% des BIP (EU-Defizitgrenze: 3%) anhäuften (ebd.).

Nachdem die sozialdemokratische Zentralregierung der PSOE anfangs mit antizyklischen Investitionspaketen die Wirtschaft stimulieren und Banken retten zu versuchte, folgte ab 2011 auf Druck der europäischen Troika der Umschwung zu einer tiefgreifenden Austeritätspolitik (Di Feliciano und Aalbers 2018, S. 10). Während schon die PSOE-Regierung milliardenschwere Kürzungsprogramme einleitete, sorgte vor allem die 2011 neu gewählte rechte Regierung der Partido Popular für einen strikten Sparkurs, der zwischen 2012 und 2014 über 100 Mrd. Euro einsparen sollte. Im September 2011 wurde eine de facto Schuldenbremse in die nationale Verfassung eingeschrieben, die mit Änderung des Artikels 135 dem Prinzip der Haushaltsstabilität und der Schuldenreduzierung oberste Priorität einräumte (Medir et al. 2017, S. 621). Im Mai 2012 sah sich die Regierung gezwungen, die viertgrößte spanische Bank Bankia mit einer 4,5 Mrd. Euro teuren Rettungsaktion teilzuverstaatlichen (die Bank war vor allem durch aufgegebene Bauprojekte und Zwangsvollstreckungen belastet). Kurze Zeit später erhielt die Regierung ein 100 Mrd. Euro schweres Rettungspaket von der Europäischen Union und musste im Gegenzug, neben der Ankündigung weiterer Kürzungen und Steuererhöhungen, auch der Gründung der *Bad Bank* Sareb zustimmen<sup>7</sup> (Charnock et al. 2014, S. 110). Bis Mitte 2013 stiegen die Arbeitslosenzahlen (27%; Jugendarbeitslosigkeit: 57%) sowie die Staatsverschuldung weiter unvermittelt an und fingen erst ab 2014 an, sich allmählich zu erholen (ebd., S. 1).

Städte und Kommunen wurden in doppelter Hinsicht von dieser Entwicklung getroffen: zum einen durch das Durchreichen der Sparmaßnahmen auf die lokale Ebene und zum anderen durch eine schwerwiegende Wohnraumkrise. Ersteres hat sich vor allem in der Festschreibung der Schuldenbremse auf kommunaler Ebene durch die Verabschiedung des Gesetzes 2/2012 über Haushaltsstabilität und finanzielle Nachhaltigkeit und des Gesetzes 27/2013 zur Rationalisierung und Nachhaltigkeit (LRSAL, Ley de Racionalización y Sostenibilidad) konsolidiert. Das Gesetz zur Haushaltsstabilität schreibt wörtlich vor, dass bei der Haushaltsaufstellung „die Zahlung der Zinsen und des Kapi-

<sup>7</sup> Banken wie Bankia, CatalunyaCaixa und Banco de Valencia wurden gezwungen, ihre toxischen Immobilienwerte zu reduzierten Preisen auf die Sareb zu übertragen. Im März 2013 bestand das Portfolio von Sareb aus 200 000 Vermögenswerten im Wert von schätzungsweise 50,45 Mrd. Euro, darunter 76 000 leere Wohnungen, 6 300 Mietwohnungen, 14 900 Grundstücke und 84 300 Kredite, welches innerhalb von 15 Jahren veräußert werden sollte (Charnock et al. 2014, S. 110f.).

tals der öffentlichen Schulden der öffentlichen Verwaltungen absoluten Vorrang vor allen anderen Ausgaben“ hat und lokale Gebietskörperschaften einen ausgeglichenen Haushalt oder Überschüsse aufweisen müssen<sup>8</sup>. Das LRSAL, nach dem damaligen Minister für Finanzen und öffentliche Verwaltung Cristóbal Montoro auch als Ley Montoro bezeichnet, ging noch einen Schritt weiter und legte u. a. fest, dass alle finanziellen Überschüsse der lokalen Rathäuser zur Schuldentilgung verwendet werden müssen, lokale Verwaltungskapazitäten rationalisiert und Kompetenzen der lokalen Ebene auf übergeordnete *scales* verlagert werden müssen (Medir et al. 2018, S. 136). Durch die verschiedenen politisch erwirkten Reformen sind die pro Kopf-Ausgaben katalanischer Kommunalverwaltungen zwischen 2009 und 2013 durchschnittlich um 459 Euro gesunken (Medir et al. 2017, S. 623). Die Krise und die Austeritätspolitiken haben sich entsprechend auf die finanzielle Situation der Stadt Barcelona ausgewirkt. Während die Krisenjahre 2009 bis 2011 mit insgesamt fast 800 Mio. Euro Schulden abgeschlossen wurden, ist es bis 2015 zu einem Überschuss von über 320 Mio. gekommen (Blanco et al. 2018, S. 5). Während im Jahr 2010 die 1,2 Mrd. Euro Schulden fast bei 60% des laufenden Einkommens lagen, wurden diese bis 2015 auf 836 Mio. Euro gesenkt, was 32,8% der laufenden Einnahmen entsprach (Ayuntamiento Barcelona 2021d)<sup>9</sup>. Durchgesetzt wurde die damit verbundene Sparpolitik durch den konservativen Xavier Trias, der für die katalanische Rechtspartei *Convergència i Unió* (CiU) ab 2011 das Bürgermeisteramt bekleidete und damit erstmals seit der *Transició*n die sozialdemokratische Linke von der Regierung ablöste. Die Überschüsse erzielte Trias durch „lehrbuchartige neoliberale Politik der Überschussbudgetierung“ (Davies 2021, S. 7) wie der Einschränkung und Externalisierung öffentlicher Aufgaben, der Kürzung der Löhne im öffentlichen Dienst und der Privatisierung von öffentlicher Infrastruktur und Räumen. Über die Veräußerung städtischer Vermögenswerte (z. B. Port Vell) und die Liberalisierung der städtischen Nutzungspläne für mehr Museen, Hotels und Terrassen im Stadtzentrum förderte er Barcelona als Destination für (Luxus-) Tourismus (Martínez Alonso 2022, S. 489). Die hochgeschraubte Touristifizierung machte Barcelona in dieser Phase zu „einer Art riesigen Nicht-Ort gesättigt mit Hotels und einer verrückten Spekulation mit Wohnungen und Appartements, die einer Tourismusindustrie zur Verfügung gestellt wurden, die schon alles durchdrungen hatte“ (Delgado 2017, S. 66). Dies spiegelt sich auch deutlich in Zahlen wider: Kamen im Jahr 1990 ca. 1,8 Mio. Tourist\*innen bei 3,8 Mio. Übernachtungen, vervielfachten sich diese Zahlen bis zum Jahr 2015 auf 8,3 Mio. bzw. 17,7 Mio. (ebd.).

Begleitet wird diese Entwicklung durch eine permanente, wenn auch sich wandelnde Wohnraumkrise. Gemäß eines Berichts des Observatori DESC (Beobachtungsstelle für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) kam es im spanischen Staat im Zeitraum

<sup>8</sup> Auf nationaler und regionaler Ebene sind strukturelle Defizite bis 0,4% des BIP erlaubt.

<sup>9</sup> Entwicklung des Jahresbudgets der Stadt Barcelona: 2.438 Mio. Euro (2009), 2.234 Mio. Euro (2011), 2.328 Mio. Euro (2013), 2.550 Mio. Euro (2015), 3.406 Mio. Euro (2022) (Ayuntamiento Barcelona 2022a).

von 2008 bis 2015 zu mindestens<sup>10</sup> 446 917 Zwangsräumungen vornehmlich aufgrund nicht gezahlter Mieten oder Hypotheken (Observatori de Drets Econòmics, Socials i Culturals 2020, S. 8). Allein in der Provinz Barcelona<sup>11</sup> kam es in diesem Zeitraum zu 57 713 Räumungen (ebd.). Auch wenn die Zahlen ab 2012 bzw. 2013 auf nationaler und kommunaler Ebene leicht rückläufig sind, ist die Wohnraumkrise ein permanent evidentes Problem. Mit dem leichten Inflexionspunkt hat sich die Art der Zwangsräumungen verschoben. Konnten mit der globalen Wirtschaftskrise ab 2008 und den explodierenden Arbeitslosenzahlen<sup>12</sup> vor allem Hypotheken für Eigentum nicht mehr bedient werden, hat ab 2013 eine Welle von Mieträumungen eingesetzt, forciert durch die rasant steigenden Mietpreise. So wurden im Zeitraum von 2013 bis 2015 über 80% der Räumungen in Barcelona aufgrund nicht gezahlter Mieten durchgeführt (ebd.).

Die skizzierten ökonomischen und sozialen Krisen übersetzten sich in dieser Phase auch in eine tiefgreifende politische Krise und vielfältige Protest- und Widerstandsbewegungen auf nationaler und lokaler Ebene. Mit den Platzbesetzungen, sozialen Bewegungen und Arbeitskämpfen, zu denen es 2011/2012 im spanischen Staat in Reaktion auf die Folgen der Finanzkrise und das autoritär-neoliberale Krisenmanagement kam, wurde der Grundstein für die Bewegung des Neuen Munizipalismus gelegt.

## 7.2 Kontext II: Protest und das Aufkommen der neuen Munizipalisten im spanischen Staat und Barcelona

Die ökonomische Krise und deren austeritätspolitische Bearbeitung, die beschleunigten Neoliberalisierungsprozesse, prekäre Arbeitsverhältnisse, unkontrolliert steigende Miet- und Wohnungspreise, Gentrifizierungsprozesse und Wohnungsnot sowie nicht eingelöste demokratische Versprechungen führten zu einer Unzufriedenheit, die am 15. Mai 2011 (15M) im ganzen Land explodierte. Die Resonanz auf die vor allem über soziale Medien mobilisierten Demonstrationen unter dem Titel „Echte Demokratie, jetzt! Wir sind keine Ware von Politikern oder Bankern“ überstieg die eigentlichen Erwartungen. Sie spülten zehntausende Menschen auf die Straßen, die in den folgenden Tagen und Nächten spontan zentrale Plätze wie etwa die Puerta del Sol in Madrid oder den Plaça Catalunya in Barcelona besetzen sollten. Es wurden öffentliche soziale und herrschaftskritische Räume geschaffen, in denen alltägliche Krisenerfahrungen sichtbar gemacht und „echte“ Formen der Demokratie (span. ¡Democracia Real YA!) gefordert wurden, die sich gegen das Erbe

<sup>10</sup> Die Daten basieren auf offiziellen Zahlen, die teilweise nicht alle Räumungen umfassen. Vor allem die sogenannten „stillen Räumungen“, also Wohnungsverlust durch Mietpreiserhöhung oder Vertragskündigung, sind dort nicht berücksichtigt.

<sup>11</sup> Die Provinz Barcelona umfasst ca. 5,7 Mio. Einwohner\*innen, davon leben ca. 1,6 Mio. in der Stadt Barcelona. Danach kommen Städte wie Hospitalet de Llobregat, Tarrasa, Badalona, Sabadell, Mataró und Manresa mit Einwohner\*innenzahlen zwischen 260 000 und 130 000 (Instituto Nacional de Estadística 2022).

<sup>12</sup> Zwischen 2008 und 2009 sank die Gesamtbeschäftigung im spanischen Staat um 7%. Im April 2013 war die Arbeitslosigkeit auf 27,16% (über 6,2 Mio. Arbeitslose) gestiegen – den höchsten Stand in Spanien seit den 1970er Jahren. Die Jugendarbeitslosigkeit lag bei über 57% (Charnock et al. 2014, S. 1).

der franquistischen Diktatur, politische Eliten und den Korruptionsklüngel der Regierungsparteien richteten (Huke 2016, S. 8 ff.; Martínez und Wissink 2022, S. 666). Auf und mit den mehrwöchigen Platzbesetzungen wurde eine solche „echte Demokratie“ direkt erprobt, basierend auf Vollversammlungen und einer zunehmend kollektiven Organisation des Alltags. Während sich die Bewegung im Spätsommer 2011 dezentralisierte und in die Stadtteile verlagerte, ging der Zyklus sozialer Bewegungen weiter: Gewerkschaften mobilisierten und streikten gegen Sozialkürzungen und Arbeitsmarktreformen; vor allem im Metropolraum Madrid gingen Lehrer\*innen, Studierende und Schüler\*innen gegen Kürzungen im Bildungsbereich auf die Straße (Marea Verde); gegen Privatisierungen im Gesundheitssektor entwickelte sich eine „weiße Flut“ (Marea Blanca) aus Krankenhauspersonal, Pfleger\*innen und Migrant\*innen (die sich gegen den Ausschluss aus dem Gesundheitssystem zur Wehr setzten) und die 2009 gegründete Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH) verhinderte im ganzen Land Zwangsräumungen von Betroffenen mit Hypothekenschulden und verhandelte mit Banken konkrete Lösungen für verschuldete Mitglieder (Bailey et al. 2018; Iglesias-Onofrio et al. 2018). Die PAH setzt dabei auf eine selbstorganisierte Form gegenseitiger Hilfe und schuf mit über 200 Ortsgruppen ein landesweites Netzwerk, in dem sich Menschen selbstermächtigen und organisieren können (Flesher-Fominaya 2020, S. 181f.).

Trotz dieser Mobilisierungskraft stießen die meisten Forderungen auf einen verhärteten Staat, die rechtskonservative Partido Popular konnte bei den Wahlen im November 2011 die absolute Mehrheit erreichen und so die neoliberal-autoritäre Kürzungspolitik einfach durchregieren (Zelik 2018b, S. 111ff.). Ein erster Versuch, die sichtbar gewordene Krise der Repräsentation in einen politischen Bruch zu übersetzen, war die Gründung von Podemos im Jahr 2014. Die Partei konnte aus dem Stand 8% bei den Europawahlen holen und fokussierte sich anschließend auf die nationalen Wahlen, einhergehend mit starken Zentralisierungsprozessen innerhalb der Partei (ebd.). Auch 15M nahestehende Gruppen, Räume oder Kollektive begannen über die Möglichkeiten und Grenzen von außerparlamentarischen Protesten zu diskutieren – schien doch die „gläserne Decke“ der institutionellen Politik alle Forderungen der sozialen Bewegungen abzublocken – und näherten sich so dem Terrain der institutionellen Politik, welche sonst als außen betrachtet wurde (Calleja-López und Toret 2019, S. 93). So hat die Gruppe Observatorio Metropolitano aus Madrid, ein hybrides Kollektiv aus Wissenschaftler\*innen und Aktivist\*innen, in ihrem 2014 erschienenen Buch „La apuesta municipalista. La democracia empieza por lo cercano“<sup>13</sup> explizit die Frage verhandelt, ob ein municipalistisches Projekt möglich ist, welches die Inhalte von 15M in eine Bewegung zur Eroberung der Stadtverwaltung übersetzt und ob damit verbunden, die Kommunen der Hebel für eine institutionelle Transformation hin zu einer demokratischen Revolution sein können (Observatorio Metropolitano 2014, S. 14). In dem Buch werden Einblicke in die historische Idee des Municipalismus

13 Dt. „Die municipalistische Wette. Die Demokratie beginnt mit der Nähe“

gegeben, u. a. mit Verweis auf Pi I Margall, die Rolle und Befugnisse der Kommunen im spanischen Staat genealogisiert und letztendlich die Potenziale aber auch realpolitischen Begrenzungen eines aktuellen Munizipalismus eruiert:

Der Hinweis auf die Herausforderungen und Grenzen des Munizipalismus hindert uns nicht daran, die enorme demokratisierende Kraft der munizipalistischen Wette anzuerkennen. Der Prozess der demokratischen Revolution, der bereits im Gange ist, braucht seine eigenen Hebel und Motoren der Bewegung. Die „munizipalistische Frage“ kann, wie im langen 19. Jahrhundert, eine relevante Rolle spielen. (Observatorio Metropolitano 2014, S. 155)

Arnau Monterde bringt die klare Rolle von 15M für das Aufkommen des Neuen Munizipalismus im spanischen Staat auf den Punkt und differenziert dabei, dass sich diese nicht in rein persönlichen Überschneidungen erschöpft, sondern dass es auch um die Übertragung von in den Bewegungen akkumulierten politischen Praxen und Forderungen geht:

Das bedeutet nicht, dass diese Bewegungen sich massiv dem Munizipalismus angeschlossen und ihren bisherigen Status aufgegeben haben, aber es bedeutet, dass es eine tiefe Verbindung zwischen ihnen und dem Munizipalismus gibt, sowohl durch die aktive Beteiligung der Menschen, als auch durch die Aufnahme der Hauptforderungen dieser Bewegungen in die Programme und Prioritätsachsen der politischen Aktion. (Monterde 2019, S. 35 f.)

Aus diesen Debatten sind in der Praxis zu den Kommunalwahlen 2015 im gesamten spanischen Staat munizipalistische Listen entstanden, die als neuartige Zusammenschlüsse von Bewegungsakteur\*innen und Parteien einen Brückenschlag zwischen Bewegung und Staat auf lokaler Ebene herzustellen versuchten. Gemeinsame Forderungen der Listen waren adäquate Lösungen für das Problem der Verschuldung auf allen Ebenen, die Remunizipalisierung von Dienstleistungen, die Förderung selbstverwalteter Orte, die Eindämmung von Gentrifizierungs- und Touristifizierungsprozessen, eine öffnende Praxis der Migrationspolitik sowie die Garantie von sozialen Rechten, vor allem was Wohnen, Bildung und Gesundheit betrifft (Kubaczek und Raunig 2017, S. 17). Verknüpft war dies mit dem Anspruch der Demokratisierung der Institutionen, wonach nicht einfach die lokalen Regierungen übernommen werden sollten, sondern vielmehr die Veränderung lokalstaatlicher Institutionen und der Aufbau radikaldemokratischer Alternativen angestrebt werden sollte (Vollmer 2017, S. 150 f.). Viel umjubelt und zum Schock der etablierten Parteien, konnten diese neugegründeten Wahlplattformen in die Rathäuser vieler spanischer Städte einziehen und dort teilweise die stärkste Kraft stellen, so z. B. in Madrid, Barcelona, Valencia, Zaragoza, Cádiz, Badalona und A Coruña. In Barcelona wurde das neue Projekt Barcelona en Comú mit 25 % und 11 von 41 Sitzen (ca. 175 000 Stimmen) stärkste Kraft und konnte darüber das Amt der Bürgermeister\*in besetzen.

### 7.2.1 Die Entstehung von Barcelona en Comú

Im Juni 2014 wurde in einer Schule im Stadtteil Raval das Projekt Guanyem Barcelona<sup>14</sup> (dt. Lasst uns Barcelona gewinnen) mit dem Ziel vorgestellt, für die Kommunalwahl 2015 zu kandidieren. Guanyem sollte keine normale Partei sein, sondern eine offene und demokratische Plattform, die von der Bevölkerung in den Stadtteilen entwickelt wird und einen Zusammenfluss von sozialen Bewegungen, Bürger\*innen und politischen Akteur\*innen links der PSOE bildet. Präsentiert wurde die Initiative von Ada Colau, der damaligen Sprecherin der PAH, dem Politikwissenschaftler und Gründer des Instituto de Gobierno y Políticas Públicas (IGOP) an der Universidad Autónoma de Barcelona Joan Subirats und Jaume Asens, der zu der Zeit einer der wichtigsten Anwälte der Wohnraumbewegung war (Gillespie 2020, S. 26f.). Initiiert und entwickelt wurde Guanyem seit 2013 von einem Personenkreis von ca. 200 Aktivist\*innen, von denen viele aus den genannten Bewegungen und Organisationen kamen. Neben der PAH rekrutierten sich viele Aktivist\*innen aus dem in Barcelona ansässigen linken *Thinktank* Observatori DESC. Dieser wurde 1988 gegründet und arbeitet an der Schnittstelle zwischen Politik und Bewegungen. Neben dem Verfassen wissenschaftlicher Berichte, etwa zu den Themen Wohnraum, Energieversorgung und Ernährungssouveränität, werden auch Beratungen und Trainings für Aktivist\*innen sozialer Bewegungen angeboten, z. B. über die Rechtslage von Hauseignungen bei Überschuldung. Weitere Mitglieder des Gründungskreises von Guanyem Barcelona kamen aus der Nachbarschaftsbewegung (FAVB) oder der sozialen Mobilisierung gegen Energiearmut. Der ursprüngliche Kern von Guanyem Barcelona bestand also aus erfahrenen und bedeutenden Aktivist\*innen und Akteur\*innen aus der Zivilgesellschaft und wissenschaftlichen Institutionen, wodurch ein breites und auch glaubwürdiges Netzwerk aus Fachwissen und Kontakten entstand (ebd., S. 27).

Die Ausrichtung von Guanyem war insofern klar, dass die Dynamik der Bewegungen auf die Institutionen übertragen werden sollte, um so die „gläserne Decke“ zu durchstoßen. In einem Manifest, welches mit der Präsentation von Guanyem veröffentlicht wurde, heißt es dazu:

Wir können keine institutionelle Blockade von oben zulassen, die uns ohne Zukunft lässt. Wir müssen mehr denn je das soziale Gefüge und die Räume für die Selbstorganisation der Bürger stärken. Aber es ist auch an der Zeit, sich die Institutionen wieder anzueignen, um sie in den Dienst der Mehrheiten und des Gemeinwohls zu stellen. [...] Um zu zeigen, dass wir wissen, wie man es anders macht, müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Und der erste Schritt ist, mit dem zu beginnen, was wir genau kennen: dem kommunalen Bereich, unserer Stadt, unseren Stadtteilen. (Guanyem Barcelona 2014, o. S.)

<sup>14</sup> Guanyem wurde aufgrund rechtlicher Probleme später in Barcelona en Comú umbenannt.

Erklärtes Ziel von Guanyem war es von Anfang an, das Rathaus von Barcelona zu gewinnen, um so eine „demokratische Rebellion zu fördern und die Institutionen zurückzuerobern, um sie wieder in den Dienst des Volkes zu stellen“ (ebd.). Nach der Präsentation sollte die Initiative auf breitere Beine gestellt werden. Dafür sollten zum einen 30 000 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden, um den Rückhalt für ein solches Projekt in der Bevölkerung zu erden, zum anderen wurden offene Stadtteil- und Onlineversammlungen und Arbeitsgruppen einberufen, die konkrete politische Forderungen und Vorschläge erarbeiten sollten. Es folgte eine monatelange „demokratische Übung“ (Stobart 2018), an der Tausende von Menschen auf den Plätzen, in den Stadtteilen und im Internet teilnahmen und ein Wahlprogramm entwickelten. Die genannte Anzahl an Unterschriften wurde innerhalb eines Monats erreicht. In den unterschiedlichen Schritten partizipierten insgesamt bis zu 5 000 Menschen, viele davon nahmen zum ersten Mal an solchen politischen Aktivitäten teil. Am Ende wurden 2 500 stadtpolitische Vorschläge eingebracht, von denen 40 zusammen mit einer Reihe von Forderungen für die Stadtviertel veröffentlicht wurden (ebd.; Barcelona en Comú 2015a). Diese ersten Schritte von Barcelona en Comú sprechen für einen radikaldemokratischen Politikansatz, der auf kollektive Intelligenz, Nähe und Rückbindung an konkrete Bedürfnisse in den Stadtteilen setzt.

In den Monaten bis zur Kommunalwahl bildete sich die konkrete Zusammensetzung von Barcelona en Comú stärker heraus. Zu betonen ist dabei neben der Partizipation der genannten Akteur\*innen aus sozialen Bewegungen auch die Teilnahme des lokalen Ablegers von Podemos und der Iniciativa per Catalunya Verds (ICV). Vor allem die Inklusion von ICV brachte dem Projekt politische (Regierungs-)Erfahrung und institutionelles Wissen sowie zusätzliches Budget und Wähler\*innenstimmen. Gleichzeitig war die Zusammenarbeit nicht unumstritten, vor allem, weil die katalanischen Grünen in den 2000er Jahren bereits Teil der städtischen Regierung und damit auch verantwortlich für die Neoliberalisierung der Stadtpolitik waren und weil die Grünen als gestandene politische Struktur entsprechend größeren Einfluss im Projekt Barcelona en Comú nehmen wollten (Stobart 2018, o. S.). Ein gemeinsames Projekt mit der CUP kam hingegen nicht zustande, diese hat eine Zusammenarbeit relativ schnell ausgeschlossen. Hauptgrund war die Ambition von Barcelona en Comú direkt im ersten Anlauf die Wahl zu gewinnen und der damit verbundene Fokus auf die institutionelle Politik, während die CUP den langfristigen Aufbau außerparlamentarischer Strukturen im Lokalen forcierte. Und während die CUP einer klaren politischen und ideologischen Ebene folgt (Unabhängigkeit, Sozialismus, Rupturismus), stellte Barcelona en Comú ideologische Fragen zugunsten der Breite des Bündnisses hinten an. Vielmehr wurde durch die Schlüsselthemen soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung prozesshaft ein gemeinsames inhaltliches Fundament gelegt, das der Heterogenität und den Kernanliegen Rechnung tragen sollte. Während die CUP den Mangel an Ideologie bei Barcelona en Comú kritisierte, bemängelte Ada Colau wiederum einen „pseudo-revolutionären Moralismus“ der CUP (Gillespie 2020, S. 53).



Für die Kommunalwahl 2015 wurde aus diesem Prozess eine geschlossene Wahlliste aufgestellt, die sowohl die verschiedenen Gruppierungen innerhalb von Barcelona en Comú als auch eine überzeugende und ausgewogene Kandidatur für die Stadtverwaltung repräsentieren sollte. Von den elf Sitzen, die Barcelona en Comú bei den Wahlen erringen konnte, gingen innerhalb des Bündnisses drei an Guanyem, drei an ICV, vier an Podem und ein Sitz an Esquerra Unida i Alternativa. Ada Colau war aufgrund ihrer Stellung als Gesicht der sozialen Bewegung unangefochten auf Platz 1 der Wahlliste, und ihr wurde das Amt der Bürgermeisterin von Barcelona zuteil. Barcelona en Comú konnte dabei aus dem Stand sechs der zehn Stadtbezirke für sich beanspruchen, u. a. auch Nou Barris, wo sich die am stärksten von Armut betroffenen Stadtteile befinden. Dennoch war die Kandidatur um Ada Colau mit elf Sitzen in der Regierungsminderheit und damit auf Koalitionen angewiesen, um handlungsfähig zu sein. Dabei entschied sich Barcelona en Comú gegen ein fluides Bündnis mit den oppositionellen Unabhängigkeitsparteien ERC und CUP und ging stattdessen eine Koalition mit der sozialdemokratischen PSC, der katalanischen Schwesterpartei der PSOE, ein. Und dies, obwohl die PSC als Teil des politischen Establishments betrachtet wurde, gegen das sich die 15M-Massenproteste richteten. Dabei brachte die Koalition nur vier weitere Sitze im Parlament ein, was immer noch nicht für eine Mehrheit reichte. Gründe dafür waren einerseits die Unstimmigkeit bezüglich der Unabhängigkeitsfrage gegenüber ERC und CUP, andererseits sollte über die Koalition das Verhältnis zu den traditionellen Medien verbessert werden, die eine „Anti-Comunes-Berichterstattung“ forcierten (Gruppen-Diskussion 26.09.2018). Ähnliches Kalkül galt auch hinsichtlich des lokalen Verwaltungsapparates, welcher in den letzten Dekaden durch PSC-Parteimitglieder besetzt worden war (Zelik 2018b, S. 148). Die Koalition wurde noch vor Ablauf der Legislaturperiode aufgelöst, da die PSOE auf nationaler Ebene die Repressionspolitik in Katalonien unterstützte.

Bei den Kommunalwahlen 2019 verlor Barcelona en Comú knapp 5% der Stimmen und einen Sitz im Parlament und unterlag damit knapp der Unabhängigkeitspartei ERC. Dennoch wurde Ada Colau durch die Unterstützung der PSC und dem von der rechten Partei Ciudadanos unterstützten Manuel Valls als Bürgermeisterin wiedergewählt. Valls und die PSC einte vor allem die Ablehnung der Unabhängigkeitsbewegung, die in den vorangegangenen Jahren an Stärke gewonnen hatte. Barcelona en Comú, die versuchten sich in der Frage um die Unabhängigkeit neutral zu geben, gerieten in die Kritik der Unabhängigkeitsbewegung, aufgrund nicht ausreichender Solidarisierung mit der Bewegung angesichts der Repression durch den spanischen Staat. Im Juni 2019 wurde eine erneute Koalition mit der PSC durch die Basis von Barcelona en Comú ratifiziert. An einer diesbezüglichen Befragung nahmen knapp 4 000 Mitglieder (von fast 10 000 eingeschriebenen) teil, wovon sich 71% für eine Koalition mit der PSC und knapp 29% für eine Zusammenarbeit mit ERC entschieden (Barcelona en Comú 2019).

### 7.2.2 Politische Grundzüge und Munizipalismusbegriff von Barcelona en Comú

„Die Stadt zu gewinnen“, wie es der ursprüngliche Name Guanyem Barcelona versprach, erschöpft sich im Sinne des munizipalistischen Ansatzes nicht in dem Gewinn der lokalen Wahlen und dem Einzug in das Rathaus. Als Antwort auf die ökonomische und politische Krise müsse es vielmehr darum gehen, die Regeln des Spiels zu ändern und ein neues, transparentes und partizipatorisches Modell einer lokalen Regierung unter Kontrolle der Bürger\*innen zu erschaffen. Dafür sollen soziale Verbesserungen einhergehen mit der Demokratisierung bestehender Institutionen und der Schaffung neuer direktdemokratischer Instrumente, eingebettet in eine Strategie der kleinen Siege, die eine Transformation schrittweise ermöglichen. Zusätzlich zu dem „was“ für Politik gemacht wird, ist damit die Frage „wie“ Politik gemacht wird, zentral (Pisarello 2019, S. 8). Dabei folgt Barcelona en Comú keiner festen Ideologie, sondern eher einem progressiven Pragmatismus, um so die Diversität innerhalb des Projekts aufrechtzuerhalten. Dennoch können klare inhaltliche Leitplanken entlang der Punkte Souveränität der Nähe als Demokratisierungsmoment, dem Aufbau von *Commons* zur ökonomischen Transformation und der Feminisierung von Politik ausgemacht werden. Diese sollen an dieser Stelle kurz skizziert werden.

Zum Punkt der Nähe stellt der bereits erwähnte Barcelona en Comú-Mitbegründer Joan Subirats fest, dass Nationalstaaten nicht mehr in der Lage sind, auf die sich zuspitzenden Widersprüche der globalen Ökonomisierung sowie die gesellschaftliche Diversifizierung zu reagieren. Hingegen eröffnen Politiken der Nähe (span. Proximidad) und Städte einen neuen „Transformationsimpuls, der in der Lage ist, sich den Herausforderungen des Umbruchs zu stellen“ (Subirats 2016, S. 12), da lokale Gemeinschaften und Bürger\*innen um ihre spezifischen und alltäglichen Probleme und deren Lösungen wissen. Gleichzeitig kann auf der lokalen Ebene zumindest teilweise noch auf funktionierende soziale Netzwerke zurückgegriffen werden, in denen sich die Individualisierung noch nicht total durchgesetzt hat (Rendueles und Subirats 2016, S. 57). Da auch die Entwicklung lokaler Einheiten in den letzten Jahrzehnten von ökonomischen Prämissen, einer untergeordneten institutionalisierten Partizipation sowie einer politischen Schwächung durch die Austeritätspolitik bestimmt waren (Subirats 2016, S. 37f.), bedarf es dabei nicht nur einer Stärkung, sondern einer Änderung und „Repolitisierung“ der munizipalen Politik (ebd., S. 27). Dafür muss eine Souveränität der Nähe und daran geknüpfte Mikrosouveränitäten über bestimmte Punkte des (alltäglichen) Lebens hergestellt werden, von der Preisfestlegung und Verteilung notwendiger Güter und Ressourcen bis zu Fragen von Bildung, Pflege, Mobilität, Wohnen, Arbeit und der sozialen und nachhaltigen Ausrichtung all dieser Punkte (ebd., S. 11).

Für Subirats liegt der Schlüssel zur schrittweisen Durchsetzung dieser Souveränitäten und der Veränderung von Politik und Institutionen im Munizipalismus:

Die Idee besteht darin, die Spannung zwischen dem „Dringen“ der Institutionen und dem „Draußen“ der Bürger\*innen aufrechtzuerhalten, Koproduktionsräume einzurichten und gleichzeitig die Autonomie jedes Einzelnen zu wahren. Die Vorstellung von der Öffentlichkeit würde sich nicht in den Institutionen erschöpfen, sondern auf die kollektive Fähigkeit reagieren, gemeinsame Probleme anzugehen, mit oder ohne Institutionen. (Subirats 2016, S. 40)

Diese neuen Koproduktionsräume sollen zu einer Dezentralisierung politischer Entscheidungen führen und damit auch zu einem Bruch mit dem Binom Partei/Parlamentarismus als Achse der öffentlichen Repräsentation (Bertran 2019, S. 278). Gleichzeitig betont Laia Forné, ebenfalls lange Mitglied von Barcelona en Comú, dass das Verhältnis zwischen Institutionen und Bewegung konfliktuell gehalten werden und ein Ansatz der partizipativen Regierung nicht als „Konflikt-Management“, sondern vielmehr als Organisation von Konflikten gesehen werden muss (Forné 2020, S. 50).

Eine zweite zentrale Achse der neuen Munizipalisten ist der Aufbau von *Commons*. Dabei werden *Commons* als gemeindeverwaltete Ressourcen mit kollektivem Nutzen verstanden, die auf Prinzipien der direkten Demokratie und sozialen Gerechtigkeit basieren (La Hidra Cooperativa 2019, S. 145). Nach Subirats haben *Commons* das Potenzial, mit der (kapitalistischen) Logik von Wettbewerb und Individualität zu brechen und Veränderungen in der Produktions-, Lebens- und Konsumweise strategisch herbeizuführen (Subirats 2016, S. 63). In diesem System würden auch Tätigkeiten und Arbeiten eine Wertschätzung finden, die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise keine Anerkennung bzw. Geringschätzung erfahren. Soziale und kollektive Werte, die in Familien oder Stadtteilen erzeugt werden und Bereiche wie Haus-, Erziehungs- und Sorgearbeit sowie die (Re-)Produktion von Kultur erfassen, finden dadurch aktive Berücksichtigung und werden nicht mehr von der produktiven Arbeit abgespalten (ebd., S. 67). Zugleich soll mit den *Commons* die Dichotomie von mehr Staat oder mehr Markt unterlaufen und vielmehr der Aufbau von nichtstaatlichen Institutionen forciert und neue Räume der Selbstverwaltung und Autonomie geschaffen werden (Novello et al. 2019, S. 77f.). Darunter können sowohl die Dekommodifizierung bestimmter gesellschaftlicher Bereiche (z. B. Wohnraum, soziale Dienstleistungen, Grundstücke) als auch der Aufbau von ökonomischen Kooperativwesen fallen (La Hidra Cooperativa 2019, S. 167). Auch der Punkt der Nähe wird in dieser Achse wieder evident, sowohl in dem das Lokale als besonders günstige Sphäre für Logiken der Zusammenarbeit, der kollektiven Wertschöpfung und der Verteidigung von nicht vermarktbareren Räumen und Gütern jenseits der öffentlichen Hand gesetzt wird als auch in dem Ziel, die Dichotomie von Staat/Markt zugunsten einer lokalen und demokratischen Selbstverwaltung zu überwinden (Subirats 2016, S. 116).

Drittes grundlegendes Ziel ist eine Feminisierung der Politik. Inspiriert durch die innerhalb der 15M-Bewegung praktizierten Ansätze soll der etablierten – als vertikal, hierar-

chisch, auf Konkurrenz basierenden und als maskulin geltenden – Macht, eine Politik entgegengesetzt werden, die horizontale Strukturen und Kooperationen fördert, das Alltägliche und Füreinander-Sorge-Tragen in den Blick nimmt, und dabei Expert\*innentum auf das notwendigste beschränkt (Huke und Wöhl 2018, S. 38; Roth und Shea Baird 2017). Damit soll explizit einer kapitalistischen Logik entgegengetreten werden, nach der die Arbeit über das Leben bestimmt. Stattdessen muss aus feministischer Perspektive der politische Aktivismus mit dem Leben vereinbar sein und die Sorge um Familienangehörige, Mitstreiter\*innen und sich selbst mitdenken (Roth und Rosich 2019, S. 269). Diesbezüglich wurden innerhalb von Barcelona en Comú verschiedene Maßnahmen getroffen, die eine stärkere Vereinbarkeit zwischen Politik und Leben ermöglichen sollen, z. B. klare zeitliche Regulierung von Treffen und Veranstaltungen, die Organisation von Kinderbetreuungsangeboten (Canalla en Comú) oder Online-Abstimmungen zu wichtigen Fragen. Darüber hinaus soll die klassische Konzeption der maskulinen politischen Repräsentation in Frage gestellt und stattdessen kollektive Handlungen und Akteur\*innen ins Zentrum gerückt werden (Galcerán Huguet und Carmona Pascual 2017, S. 108). Eine steigende Präsenz von Frauen in der Politik wird aktiv gefördert, etwa über die paritätische Besetzung von Ämtern und Kandidaten\*innenlisten (Pérez 2019, S. 22). Auf der institutionellen Ebene soll Geschlechtergerechtigkeit nicht nur als ein Thema oder Amt der Stadtpolitik behandelt, sondern vielmehr in allen Fragen mitgedacht werden, ganz gleich ob es um Mobilität, Stadtentwicklung oder wirtschaftliche Themen geht (ebd., S. 24). Neben der Inbezugnahme bedeutet dies auch eine explizite Umverteilung des städtischen Budgets zur aktiven Förderung der Geschlechtergerechtigkeit:

This shift in perspective implies modifying public budgets to provide a collective response to the care needs that all of us have. These needs are felt throughout our lives and are currently barely recognized, largely because the work of meeting them fall on the shoulders of women, especially migrant women. (Pérez 2019, S. 24f.)

Zudem ist, wie dargelegt, die stärkere Anerkennung von (unbezahlter) Reproduktionsarbeit und die Überwindung der Spaltung zwischen Produktion und Reproduktion in der Schaffung von *Commons* angelegt. Die skizzierten Punkte von Nähe, *Commons* und Feminisierung sind in dieser Form nicht voneinander abtrennbar, sondern sollen vielmehr ineinandergreifen und zu sozialem Wandel und einer Transformation der lokalen Institutionen führen. Die Doppelrolle von Barcelona en Comú als Akteurin innerhalb, aber auch außerhalb der Institutionen spiegelt sich in einem Organisationsmodell wider, welches versucht, die Distanz zwischen außerparlamentarischen Bewegungen in den Stadtteilen und der Beschaffenheit und den Praxen des Lokalstaates zu überbrücken.

### 7.2.3 Organisationsmodell Barcelona en Comú

Mit dem Wahlsieg im Sommer 2015 hat Barcelona en Comú sich eine Organisationsstruktur erschaffen, welche die Unterstützung des Stadtrats bei gleichzeitiger Überwa-

chung seines Handelns ermöglichen sowie die Verbindung zwischen den Bürger\*innen und dem Stadtrat in beide Richtungen gewährleisten und fördern sollte. Als wichtigen Pfeiler der Demokratisierung der städtischen Politik wurde die explizite Suche nach Synergien mit sozialen Bewegungen – unter Beachtung von deren Unabhängigkeit – die stärkere Einbindung und Befähigung von interessierten Bürger\*innen ausgegeben (Barcelona en Comú 2015b, S. 3). Die konkrete Organisationsform teilt sich in den institutionellen Bereich, der die Politik in den Stadt- und Bezirksräten umfasst, und die politische Bürger\*innenplattform Barcelona en Comú, die in verschiedenen Unterbereichen die außerparlamentarische Arbeit koordiniert (Abb. 2).

Der institutionelle Bereich unterteilt sich in die Munizipal-Gruppe, die Barcelona en Comú im Stadtrat vertritt, und die Bezirksräte. Die Munizipalgruppe besteht aus den gewählten Vertreter\*innen, deren Berater\*innen und technischem Personal sowie vier Delegierten aus der Koordination. Aufgabe der Munizipalgruppe ist, die im gemeinsamen Plenum und der Koordination erarbeiteten Positionen zu vertreten und die politische Strategie zu implementieren. Vertreter\*innen der Munizipalgruppe müssen an den Plenarsitzungen der Bürger\*innenplattform teilnehmen und zusätzlich aktiv den Austausch

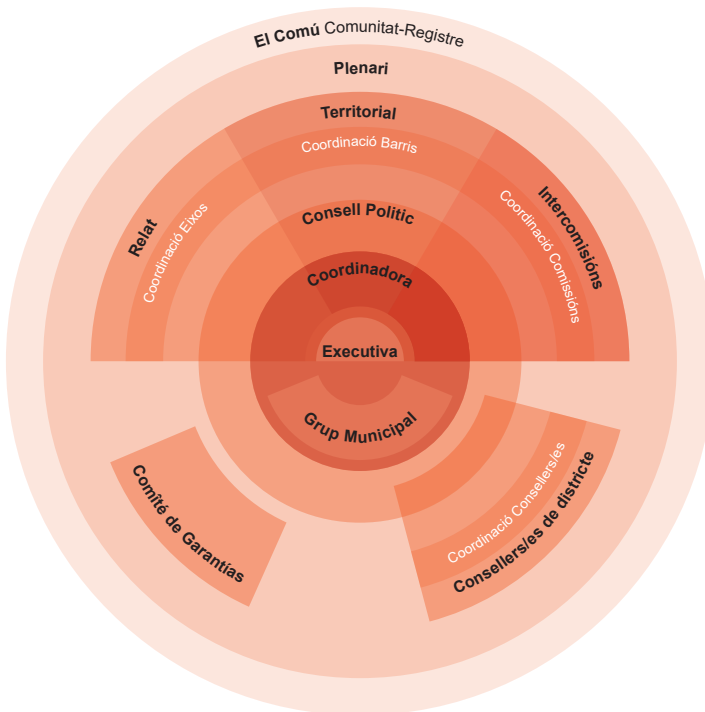


Abb. 2: Organigramm von Barcelona en Comú  
Quelle: Barcelona en Comú 2015c, o. S.

mit sozialen Bewegungen und Bürger\*innen auf Bezirk- und Stadtebene suchen. So ist etwa einmal pro Jahr ein Treffen zwischen sozialen Bewegungen, der Koordination und der gesamten Munizipalgruppe vorgesehen. Die Bezirksräte sollen in Absprache mit der Munizipalgruppe, den verschiedenen Nachbarschaftsgruppen, dem Koordinationsteam und der Plenarsitzung institutionelle Aktivitäten auf der Bezirksebene entwickeln. Die Bezirksräte sollen quasi die politischen Ziele von Barcelona en Comú an die jeweiligen lokalen Kontexte in den Bezirken anpassen und gleichzeitig ein Knotenpunkt zwischen der Stadtpolitik und der Parlamentsgruppe und den Nachbarschaftsversammlungen sein (ebd., S. 4ff.).

Auf der außerinstitutionellen Ebene wird hinsichtlich der Mitglieder von Barcelona en Comú zwischen Registrierten und Aktiven unterschieden. Erstere können sich online eintragen und nach einer Validierung stimmberechtigt an der Vollversammlung teilnehmen. Leute, die sich darüber hinaus in den Arbeitsbereichen von Barcelona en Comú einbringen, können auch entsprechend stärker an weiteren Entscheidungsprozessen partizipieren, z.B. im Plenum. Dennoch ermöglicht es diese Struktur auch, interessierte Menschen ohne Zeit für politische Aktivitäten einzubinden. Stand 2019 haben sich ca. 10 000 Menschen eingeschrieben (Barcelona en Comú 2019) und sind damit berechtigt, am höchsten Entscheidungsgremium, der Versammlung El Comú, teilzunehmen. Auf dieser Vollversammlung werden wichtige Entscheidungen validiert und interne Wahlen und Beratungen zu strategischen Fragen durchgeführt. Etwa wurde dort über die verschiedenen Regierungskoalitionen mit der PSC abgestimmt, wobei die Beteiligung bei diesen wichtigen Fragen im Jahr 2016 (Barcelona en Comú 2016) bei knapp 28% und drei Jahre später bei 40% lag (Barcelona en Comú 2019). Auf der Vollversammlung können auch gewählte Vertreter\*innen während ihrer Legislaturperiode wieder abgewählt werden, wofür allerdings eine Mehrheit vonnöten ist. Wichtige strategische Entscheidungen werden im Plenum vorbereitet oder getroffen, welches alle drei Monate stattfindet. Dort können die etwa 1500 Personen teilnehmen, die in den anderen Arbeitsbereichen der Organisation aktiv sind. Inhaltlich wird das Plenum durch den Politischen Rat ergänzt, wo die strategischen Linien und das kommunale Handeln der Organisation eingehender diskutiert werden. Der Rat kommt mindestens alle sechs Wochen zusammen und setzt sich aus Mitgliedern der Munizipalgruppe, der Koordination, jeweils einem Bezirksrat und 60 Aktiven von der Basis zusammen. Die bereits erwähnte Koordination ist die Exekutive von Barcelona en Comú und besteht aus insgesamt 40 Personen, die stellvertretend für alle Bereiche ausgewählt werden. Darunter sind auch mindestens zwei Festangestellte, die die Verantwortung als öffentliche Sprecher\*innen übernehmen und die tägliche Arbeit der Organisation koordinieren. Die Koordination ist u. a. für die Einberufung und Durchführung des Plenums, das Treffen von Entscheidungen im Rahmen eines von der Vollversammlung oder des Plenums erteilten Mandates und die Koordinierung zwischen den institutionellen und außerparlamentarischen Aktivitäten und Strukturen zuständig. Eine Sonderrolle innerhalb der Koordination spielt die Geschäftsleitung, die aus acht

intern gewählten Personen besteht und für die operativen Entscheidungen und die Umsetzung der von der Koordinierung festgelegten Strategien zuständig ist. Des Weiteren fallen der Geschäftsleitung unterschiedliche Aufgaben zu, wie die operative Verwaltung der Organisation, was u. a. die Aufstellung eines jährlichen Budgets (und die Sicherstellung der Einhaltung), die Verwaltung des technischen Personals und die Durchführung von Maßnahmen in Bezug auf Transparenz und Partizipation (z. B. Veröffentlichung von Protokollen auf der Website, Verwaltung der digitalen Partizipationsbereiche) umfasst. Weiterhin gibt es Kommissionen und Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen (z. B. Urbanismus, Wirtschaft, Bildung etc.) sowie ein siebenköpfiges Kontrollkomitee, welches für die Sicherstellung der demokratischen Abläufe innerhalb der Organisation zuständig ist (Barcelona en Comú 2015b, S. 9 ff.).

Darunter fällt auch die Überprüfung der Einhaltung des Ethik-Codex durch die Mitglieder. Dieser 2014 von Barcelona en Comú beschlossene Codex umfasst eine Reihe von Verpflichtungen und Maßnahmen, die gewählte oder ernannte Personen in politischen Positionen einhalten müssen. Darin wird etwa unter dem Punkt der Demokratisierung der politischen Repräsentation die Offenlegung von Einnahmen und (Geschäfts-)Terminen, die Einbeziehung der Bürger\*innen in wichtige Entscheidungen und der regelmäßige Kontakt zu vulnerablen Bevölkerungsgruppen sowie das vorzeitige Ausscheiden aus dem Amt bei Verstößen gegen den Codex festgeschrieben. Für Kandidaturen ist eine Limitierung privater Spenden und die generelle Begrenzung des Wahlkampfbudgets vorgesehen. Um einer zu starken Professionalisierung der Politik vorzubeugen, dürfen Vertreter\*innen maximal zwei Legislaturperioden im Amt bleiben, außer die Mehrheit der Barcelona en Comú-Basis stimmt einer dritten Amtszeit zu. Das monatliche Gehalt ist auf 2 200 Euro im Monat (inkl. Ausgaben) beschränkt. Gleichzeitig sollen Mechanismen entwickelt werden, um den Alltag und das Familienleben mit der Rolle als Politiker\*innen verträglich zu halten (Barcelona en Comú 2015d).

Eine entscheidende Rolle in dieser Struktur spielen die Nachbarschaftsgruppen und Stadtteilversammlungen. Die Stadtteilversammlungen sind als öffentliche Treffen konzipiert, die für alle Menschen aus dem Territorium zugänglich sind, egal ob Barcelona en Comú-Mitglied oder nicht. Diese Orte sollen die Schnittstelle sein, an der Bürger\*innen, Militante und Repräsentanten regelmäßig zusammenkommen um sich auszutauschen. Über die Partizipation von Mitgliedern der Munizipalgruppe an den Treffen soll einerseits Transparenz über die Arbeit im Parlament geschaffen, andererseits die Wünsche und Forderungen aus den Nachbarschaften wahrgenommen werden. Diese Versammlungen sind quasi die „Augen und Ohren“ der Organisation in den Stadtteilen (Zelinka 2018, S. 5). Somit soll ein ständiger Austausch zwischen Rathaus und Stadtteilen sichergestellt und die Basis von Barcelona en Comú verbreitert und gestärkt werden. Mit der Wahl 2015 sind in den zehn Bezirken teilweise mehrere offizielle Nachbarschaftsgruppen entstanden, die mit einer gewissen Autonomie in der Arbeitsweise ausgestattet sind und die

sich alle zwei bis vier Wochen zu den Versammlungen treffen, so z.B. für den Bezirk Sants-Montjuic in den *Barrios* Sants, La Marina und Poble Sec (Barcelona en Comú o. J.).

Manuela Zechner stellt mit Blick auf das Verhältnis von institutionellen und außerparlamentarischen Strukturen in dem komplexen Organisierungsschema von Barcelona en Comú fest:

Das Organigramm der Initiative gleicht eher einer Waschmaschine als einer Hierarchie. Politik und Organisierung werden hier täglich weiter gesponnen, neu zusammengesetzt und überdacht – das geschieht in einem intensiven Experiment in kollektivem Denken und Handeln. All dies vollzieht sich ohne Vorlagen, Anleitungen, umfassende Finanzierung oder Lobbys, aber mit vielen arbeitenden Köpfen, Händen und Füßen. (Zechner 2015, o. S.)

Ein grundlegender Fokus dieser Arbeit wird auf der Frage liegen, inwieweit Barcelona en Comú es geschafft hat, dieses Organisationsprinzip und der damit verbundenen Spannung zwischen dem Innen und dem Außen seit ihrer Wahl im Jahre 2015 aufrechtzuhalten. Damit einhergehend soll auch die Übersetzung der politischen Grundzüge in eine praktische Stadtpolitik überprüft werden.

### **7.3 Kontext III: Unabhängigkeit und Munizipalismus in Katalonien**

Ein Ausdruck der gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesse nach dem Tode Francos war die Ausdifferenzierung lokaler Kandidaturen im Zuge der Kommunalwahlen. So wurden bei den Wahlen 1979 in Katalonien über 640 Kandidat\*innen in die Rathäuser gewählt, die auf keiner offiziellen Partei-Liste standen (Ubasart-González 2012, S. 148). Die deutliche Majorität dieser unabhängigen Kandidierenden verfolgte kein politisches Projekt oder bezeichneten sich gar als unpolitisch und waren thematisch vor allem auf lokale Geschehnisse festgelegt. An zweiter Stelle standen unabhängige Kandidat\*innen, die mit einer nationalen Partei verbunden waren oder koalitierten, wobei politisch meist das Überprogramm der Partei mit spezifisch lokalen Projekten verbunden wurde. Oftmals wurde diese Vorgehensweise als Sprungbrett für eine politische Karriere von der kommunalen zur nationalen Ebene genutzt. An dritter Stelle fallen die alternativen oder popularen Kandidaturen in dieser Typologie zu diesem Zeitpunkt zwar kaum ins Gewicht, sind aber politisch und mit Blick auf die Entwicklung des Munizipalismus die interessanteste Form. Mitglieder dieser Kandidaturen waren zumeist Militante aus der Nachbarschafts- oder Arbeiter\*innenbewegung, folgten einer politischen Linie mit Schnittmenge zur katalanischen Unabhängigkeitsfrage und wollten die lokale Ebene zur Politisierung und zum Aufbau demokratischer Strukturen nutzen. Bekannteste Beispiele für die Zeit waren die Unitat Popular 9 (UM9) de Sant Pere de Ribes, die Candidatura Unitaria i Popular d'Arbúcies (CUPA) und das Col·lectiu Obrer i Popular (COP) de Ripollet. Zwar



war die Zahl dieser Kandidaturen bis Ende der 1990er Jahre an zwei Händen abzuzählen, dennoch gelten die genannten Beispiele als Vorbilder und Vorgänger\*innen des Munizipalismus der CUP (ebd., S. 143 f.).

In der zweiten Hälfte der 1980er und in den 1990er Jahren halbierte sich die Zahl solcher unabhängigen Kandidaturen (1987: 276). Die großen Parteien schärften ihren Fokus auf die lokale Ebene und wollten in möglichst vielen Gemeinden präsent sein. Diese Kandidat\*innen waren meist mit mehr Ressourcen als die Unabhängigen ausgestattet und kooptierten diese auch in vielen Fällen (ebd., S. 152). Auch die nachbarschaftlichen Bewegungen wurden geschwächt, nachdem viele führende Militante und Kader in die Politik und Verwaltung gegangen waren (Federació d'Associacions de Veïns de Barcelona 2021). Gleichzeitig haben sich Entscheidungsprozesse in den Stadtverwaltungen professionalisiert, sodass stärker an den Bewegungen vorbei regiert wurde (Giménez Azagra 2019, S. 118 f.). Zudem veränderte sich das politische Terrain der Stadt. Mit dem Beitritt Spaniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1986 öffnete sich das Land stärker für internationales Kapital. Durch die zunehmende Neoliberalisierung der Städte wandelten sich diese vom Antreiber der post-diktatorischen Demokratie zu Motoren der Kapitalakkumulation. Die öffentlichen Verwaltungen richteten sich stärker nach betriebswirtschaftlichen und auf Effizienz basierenden Indikatoren aus und gemeinwohl- und partizipationsorientierte Politiken wurden zurückgefahren (Blanco und Gomà 2019, S. 58). In diesem Sinne kann von einer Entpolitisierung des Lokalen gesprochen werden. Gleichzeitig konnten sich viele der alternativ-munizipalistischen Kandidaturen in diesem Zeitraum halten und die Arbeit verstetigen.

Im Zuge der erstarkenden Antiglobalisierungsbewegung und der Zuspitzung sozialer Problemlagen in Städten und Gemeinden in Folge der zunehmenden Neoliberalisierung weitete sich Ende der 1990er und 2000er Jahre die Zahl der in die Rathäuser gewählten unabhängigen Kandidat\*innen bis ins Jahr 2007 wieder auf über 500 aus. Der entscheidende Unterschied zu den ersten Kandidaturen war dabei, dass in diesen Jahren der Anteil der alternativ-munizipalistischen Vertreter\*innen auf 80 angestiegen ist (1999: 26, 2003: 40, 2007: 80) (Ubasart-González 2012, S. 153 f.). Der Anstieg unabhängiger Vertreter\*innen generell und der alternativen Listen im Speziellen wird von Gemma Ubasart Gonsalez als Repolitisierung des Lokalen gewertet, während sich gleichzeitig auf nationaler Ebene eine Krise der Repräsentation und des Zweiparteisystems verstärkte (ebd. S. 158). In dieser schon seit zwei Jahrzehnten voranschreitenden Relokalisierung des Politischen von unten, findet sich eine regional-spezifische Grundlage für das (Wieder-)Aufkeimen des Munizipalismus in der Krise. Das gilt für Barcelona en Comú, aber noch mehr für die Candidatura d'Unitat Popular (CUP), die bereits in dieser Phase entstanden und zentral mit der Frage der katalanischen Unabhängigkeit verbunden ist.

In dieser Verbindung zeigt sich auch einer der Gründe, warum gerade die alternativ-munizipalistischen Listen eine erhöhte Konjunktur erfahren haben. Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung hat sich ab Mitte der 1980er Jahre wieder stärker reorganisiert und dabei einen zentralen Schwerpunkt auf die kommunale Ebene gelegt. Vor allem der marxistisch ausgerichtete Flügel der Bewegung versuchte dadurch die Forderungen nach „Unabhängigkeit und Sozialismus“ stärker mit der alltäglichen Politik in den Gemeinden zu verknüpfen und die politische Basis zu erweitern. Zudem konnte die Bewegung somit auch ohne große finanzielle Ressourcen in der parlamentarischen Politik aktiv sein (Botran 2015). Der parlamentarische Rahmen wurde explizit genutzt, um neue Formen der Partizipation anzustoßen – etwa wurden in Arbúcies regelmäßig Nachbarschaftskommissionen in die Regierungsentscheidungen mit eingebunden. Dort fand 1986 auch das erste lokale Bürger\*innenreferendum seit der *Transició* statt, bei dem über die Änderung des Städtebauplans abgestimmt wurde (Fernández und Jòdar 2016, S. 40f.). Um die unterschiedlichen munizipalistischen Kandidaturen besser zu koordinieren, wurde 1986 die *Assemblea Municipal de l'Esquerra Independentista* (AMEI, dt. Munizipalistische Versammlung der Unabhängigkeitslinken) gegründet, angetrieben von 15 lokalen Kernen der radikalen Pro-Unabhängigkeitslinken (Díaz-Montiel 2018, S. 113). Die gezieltere Vernetzung der Basisarbeit führte zu einem raschen Anstieg solcher Kandidaturen, sodass die verschiedenen unter dem Dach der AMEI organisierte Listen – darunter auch frühe Ableger der CUP – bei den Kommunalwahlen insgesamt 50 Abgeordnete in die Kommunalräthäuser entsenden konnten (ebd.). Fernández und Jòdar bringen den Kern dieses Ansatzes wie folgt auf den Punkt:

Der Impuls von Kandidaturen, die ‚mit einem Fuß auf der Straße und dem anderen in den Institutionen‘ standen und eine offene und partizipative kommunale Praxis mit der Dynamik und Selbstorganisation der Bürger verbinden sollten, wurden als zentrale Achse des Ansatzes bekräftigt. Diese standen der ‚üblichen Vetternwirtschaft, des Klientelismus und der mangelnden Transparenz‘ gegenüber und sollten darüber hinaus, ausgehend von den Gemeinden, zum Prozess des nationalen und sozialen Wiederaufbaus der katalanischen Länder beitragen. (Fernández und Jòdar 2016, S. 73)

Durch Differenzen innerhalb der Unabhängigkeitslinken sowie verstärkte staatlicher Repression gegen die Bewegung – vor allem im Zuge der *Operación Garzón* im Vorfeld der Olympischen Spiele 1992 – wurde die AMEI in den 1990er Jahren erheblich in ihrer Struktur geschwächt und konnte die Wahlergebnisse nicht wiederholen (ebd., S. 60ff.). Als Reaktion auf diese Entwicklung wurde 1999 ein Reorganisationsprozess der munizipalistischen Unabhängigkeitslinken initiiert, angestoßen von einer Gruppe CUP-naher Listen. Zusätzlich angetrieben durch das Erstarren der Antiglobalisierungsbewegung und die Entstehung neuer explizit antikapitalistischer Gruppen wie *Endavant-OSAN* sollte

programmatisch, strategisch und organisatorisch mehr Einheitlichkeit und Verbindlichkeit hergestellt werden. Daraus ist im Jahre 2000 die CUP als gemeinsamer politischer Bezugsrahmen für municipalistische Listen in Katalonien entstanden (Josep 2017, S. 42).

### 7.3.1 Die Entstehung der *Candidatura d’Unitat Popular (CUP)*

Bei den Wahlen 2003 trat die CUP in zehn Gemeinden als eigenständige Liste an und in weiteren acht als Teil von Wahlplattformen und kam dabei auf 27 gewählte Abgeordnete. In den Folgejahren stieg die Zahl der aufgestellten sowie der gewählten Kandidat\*innen von Wahl zu Wahl rasant, sodass die CUP im Jahr 2011 bereits über 100 Abgeordnete hatte, in vier Rathäusern das Bürgermeister\*innenamt<sup>15</sup> besetzte und somit zur sechststärksten Kraft in Katalonien wurde (CUP Països Catalans o.J.). Erst zwei Jahre zuvor war die CUP Barcelona vorgestellt worden, konnte mit 12 000 Stimmen bei der Wahl 2011 aber noch keine Abgeordneten stellen. Dennoch markierte die Präsentation der CUP in der katalanischen Hauptstadt „den symbolischen Wendepunkt zwischen einer Phase der internen Neudefinition und den letzten zwei Jahren der Legislaturperiode, die durch die soziologische und wahltechnische Explosion der CUP definiert wurden“ (Fernández und Jòdar 2016, S. 80). Die CUP hat sich damit von einem Projekt, welches parlamentarisch keine oder nur geringe Vertretung hatte, hin zu einer flächendeckenden und in den Lokalparlamenten wirkmächtigen Bezugsgröße entwickelt. Nach intensiver Debatte und Abstimmung auf der Nationalversammlung von Reus im März 2012 trat die CUP erstmalig auch bei der katalanischen Regionalwahl an und konnte trotz nur acht Monaten Vorlaufzeiten auf Anhieb 125 000 Stimmen und dadurch drei Sitze im Regionalparlament erlangen.

Der Aufstieg der CUP in diesen Jahren war kein Zufall, sondern lässt sich einerseits als das Ergebnis von jahrelang geleisteter Basisarbeit interpretieren. Auch wenn sich die großen Medien im spanischen Staat nach den Wahlen 2011 und 2012 fragten, wer und was die CUP eigentlich sei, war sie der Bevölkerung in vielen Dörfern, *Barris* und Städten Kataloniens längst ein Begriff (Fernández und Jòdar 2016, S. 96f.). Andererseits fiel der parlamentarische Erfolg mit der sozio-politischen Situation im spanischen Staat und den massiven sozialen Mobilisierungen gegen die Folgen von Finanzkrise und Austeritätspolitik sowie politische Eliten und dem Erstarren der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung zusammen (Giménez Azagra 2019, S. 124f.).

Dieser Kontext hat zu einem weiteren Sprung der CUP bei den Kommunalwahlen 2015 geführt, wo sie 372 Abgeordnetensitze und 17 Bürgermeister\*innenposten erlangte und erstmals auch in Barcelona mit drei Sitzen in das Stadtparlament einzog (ebd., S. 205). Vier Jahre später konnte das Ergebnis noch einmal leicht gesteigert werden: 377 CUP-Abgeordnete zogen in die lokalen Rathäuser ein, in 43 Gemeinden ist die CUP an Regierungen beteiligt und in 19 Gemeinden stellt sie die Bürgermeister\*in. Knapp ein Viertel

<sup>15</sup> In Arenys de Munt, Navàs, Viladamat und Celrà.

der Regierungsbeteiligungen sind in Munizipien mit mehr als 10 000 Einwohner\*innen, darunter Städte wie Berga, Figueres oder Vilanova i la Geltrú. In Barcelona hingegen verlor die CUP ihre drei Abgeordnetensitze und scheiterte am Einzug in das Stadtparlament (Viquipèdia 2022).

Diese Entwicklung wurde begleitet und ermöglicht durch eine stetige interne Anpassung und auch organisatorische Professionalisierung. So hat sich die CUP 2009 die Struktur einer katalonienweiten politischen Organisation gegeben, die nicht nur als Koordinatorin der lokalen Kerne funktioniert, sondern darüber hinaus als eigenständige politische Akteurin in politischen Kämpfen intervenieren soll (CUP Països Catalans o.J.). Gleichzeitig war damit die Herausforderung verbunden, die Professionalisierung und formale Anpassung der Struktur an die parlamentarischen Erfolge und den Anspruch einer nationalen Organisation nicht auf Kosten der lokalen außerparlamentarischen Arbeit durchzusetzen und weiterhin „einen Fuß auf der Straße“ zu behalten.

### 7.3.2 Politische Grundzüge und Munizipalismusbegriff der CUP

Die CUP bezeichnet sich selbst als linke, munizipalistische und für die katalanische Unabhängigkeit Eintretende politische Organisation, die in den Territorien der katalanischen Länder<sup>16</sup> aktiv ist und basierend auf Versammlungen, d.h. direktdemokratisch arbeitet. Dabei verfolgt die CUP einen rupturistischen Ansatz, der den Bruch mit dem spanischen Staat und die Unabhängigkeit Kataloniens mit einer Überwindung des patriarchal-kapitalistischen Systems zusammendenkt. Das Ziel der CUP ist eine unabhängige Republik, basierend auf einem sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell und radikal demokratischen Gemeinden, die nach ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Kohäsion und Geschlechterbefreiung strebt (CUP Països Catalans 2018a). Gleichzeitig begreift sich die CUP als internationalistische Organisation, die in Austausch mit anderen progressiven Bewegungen und Regierungen, etwa in Lateinamerika, das Projekt eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts vorantreiben möchte (CUP Països Catalans 2018b, S. 41).

Auf der Nationalversammlung von 2018 unterstrich die CUP die aktuelle Bedeutung des historisch im Projekt verankerten Munizipalismus, mittels dem konkrete soziale Veränderungen und der Ausbau von Selbstbestimmung im Alltäglichen mit dem Aufbau der unabhängigen Republik zusammengebracht werden sollen:

Wir verstehen den Munizipalismus nicht nur als ein geographisches Gebiet, sondern vor allem als einen Vorschlag der Nähe, der den Kontakt und die direkte Intervention der Menschen in Angelegenheiten, die sie betreffen, ermöglicht. Wir sind uns auch bewusst, dass es in diesem Bereich sein wird, wo wir in naher Zukunft mehr politische Kraft sammeln können und wo wir beginnen können, konkrete

<sup>16</sup> Zu den katalanischen Ländern im spanischen Staat zählen neben der Autonomen Gemeinschaft Katalonien auch Valencia und die Balearen.

Beispiele einzusetzen, die es uns ermöglichen, Projekte zur Überwindung des patriarchalen Kapitalismus, zur Wiedererlangung der Souveränität und zum republikanischen Aufbau zu visualisieren. (CUP Països Catalans 2018b, S. 32)

Der Munizipalismus ist für die CUP der „erste Graben des Kampfes [...] um die Realität aus einer antikapitalistischen, feministischen, sozialistischen und ökologischen Perspektive zu verändern“ (Int. 08.04.2019). Dabei sucht die CUP im Sinne eines *Dual Power*-Ansatzes den Nexus zwischen dem „institutionellen Kampf und dem Kampf auf der Straße“ um die „Einheit des Volkes“<sup>17</sup> (CUP Països Catalans 2019a) im Sinne von Gegenmacht zu den bestehenden Verhältnissen aufzubauen. Kommunale Wahlen werden als Möglichkeit gesehen, um politische Debatten und Entscheidungsprozesse konkret(er) an die Lebensrealitäten der Bevölkerung rückzukoppeln. Bei der institutionellen Präsenz soll es nicht einfach darum gehen, Ämter oder Gelder zu akquirieren, sondern zu lernen, wie die Institutionen funktionieren und bestimmte (formelle und informelle) Funktionsweisen offenzulegen und anzuprangern (z.B. Korruption) (Fernández und Jòdar 2016, S. 326). Die lokale parlamentarische Arbeit soll sich nicht auf bestimmte Themen oder ritualisierte Praxen beschränken (z.B. einfache Genehmigungen oder Abstimmungen über Anträge), sondern vielmehr in einer proaktiven Weise lokale Bewegungen anstoßen oder unterstützen und Debattenräume über die Grenzen der parlamentarischen Politik eröffnen (CUP Països Catalans 2018b, S. 31). Gleichzeitig betont die CUP die rechtlichen und politischen Begrenzungen der lokalen Institutionen und deren Verknüpfung mit der Struktur des spanischen Staates, wodurch eine transformative Politik in diesem Rahmen kaum möglich ist. Das Rückgrat des Munizipalismus der CUP bildet somit auch die Schaffung von direktdemokratischen außerparlamentarischen Entscheidungsstrukturen in den Nachbarschaften und Gemeinden. Diese gegenhegemonialen Institutionen sollen zu Räumen der Selbstorganisation und Knotenpunkten werden, an denen sich die Kämpfe um soziale Belange (Wohnraum, Versorgung, Energie, Bildung usw.) mit den Forderungen der unabhängigen Republik vereinen, um so das institutionelle Gefüge des spanischen Staates herauszufordern:

Die Stärkung der Macht des Volkes und damit der Aufbau von Räumen der Selbstorganisation an der Basis sind der Schlüssel, um überall in den katalanischen Ländern Feuer gegen die Zumutungen des Regimes von 1978 zu entfachen, und zwar durch eine Strategie des Selbstschutzes von Rechten – über das Recht auf Selbstbestimmung hinaus: Recht auf eine menschenwürdige Wohnung, Recht auf ein öffentliches Gesundheitssystem, Recht auf eine würdige Rente, Recht auf Bildung, Recht auf die Pluralität der öffentlichen Medien. Basierend auf der Kombination

17 Das Volk bestimmt sich in diesem Fall nicht aus einer etwaigen gemeinsamen Abstammung, sondern definiert sich entlang von gemeinsamen Unterdrückungs- und Ausbeutungserfahrungen in dem situierten Kontext Kataloniens (Klasse, Geschlecht, Herkunft): „Für die CUP ist die Einheit der Bevölkerung das Bündnis jener Menschen, die seit Jahrzehnten unter der neoliberalen und patriarchalen Politik sowie den Bestrebungen der Zentralregierung gegen die Autonomie leiden, um eine globale Alternative zu ihrer Herrschaft vorzuschlagen“ (CUP Països Catalans 2019a, o. S.).

der Ausübung von massenhaftem populärem Ungehorsam und institutionellem Ungehorsam gegen die Macht des Staates. (CUP Països Catalans 2018b, S. 22)

Die CUP versucht mit ihrem alternativen Munizipalismus die verschiedenen Räume solcher lokalen Gegenmacht in Katalonien durch ein Netzwerk zu verbinden und breite Allianzen zwischen der Arbeiter\*innenklasse, der Unabhängigkeitsbewegung sowie sozialen, feministischen und ökologischen Bewegungen zu weben. Diese Verbindungen sollen auf Basis eines *Asamblearismo* geerdet werden – „dem revolutionärsten Element des CUP-Ansatzes“ (Fernández und Jódar 2016, S. 326) – als basisdemokratische, dezentralisierte Entscheidungsprozesse zu wichtigen Themen, die das Leben der Menschen betreffen. Zum Verhältnis der institutionellen und außerparlamentarischen Kämpfe betont die CUP, dass der Motor des Munizipalismus nicht die Stadträte und kommunalen Verwaltungen sind, sondern die Basisbewegungen, die durch ihre Mobilisierung die gesellschaftliche Veränderung im Sinne des politischen Projekts ermöglichen (Gómez Müller et al. 2019). Fernández und Jódar fassen die CUP in dem Verhältnis zwischen Partei und Bewegung wie folgt zusammen:

Die Partei als solche hat die Aufgabe zu regieren, aber die sozialen Bewegungen arbeiten mit anderen Schlüsseln: sie sind lästige Fliegen, die die Gesellschaft verändern wollen, das Leben der Menschen verändern wollen, durch die Verwaltung der Macht, ohne sie anzugreifen, sind sie Korrektoren des Systems, sie verbessern es. Die CUP ist eine Synthese aus Partei und Bewegung (von der sie sich nährt und mit der sie Ziele teilen kann, aber mit einer komplizierten organischen Beziehung), die manchmal funktioniert und manchmal nicht. (Fernández und Jódar 2016, S. 329)

Aus dieser Synthese ergibt sich ein komplexes politisches Organisationsmodell, welches sich mit den Jahren stetig an das Wachstum der CUP und den sozio-politischen Kontext angepasst hat und von der lokalen Arbeit im Stadtteil über die katalonienweite Koordinierung der munizipalistischen Zusammenschlüsse in Katalonien reicht.

### 7.3.3 Organisationsmodell der CUP

Grundlage der politischen Organisation der CUP (Abb. 3) sind die lokalen Versammlungen (katalanisch (kat.) *Assembles Locals*) in Dörfern, Städten oder Nachbarschaften, zu denen jedes Mitglied kommen, mitdiskutieren und über zu vertretende Position mitabstimmen kann. Diese sind die lokalen Räume für die tägliche politische Arbeit, über die (spezifische) lokale Problemstellungen eruiert und aus einer Perspektive der Souveränität und Mitbestimmung gelöst werden sollen (CUP Països Catalans 2018b, S. 26). Damit zusammenhängend sollen systemische Mechanismen und partikulare Interessen, die hinter den politischen und ökonomischen Entscheidungen stehen, welche den Interessen der Bevölkerung zuwiderlaufen, aufgedeckt und angeprangert werden. Eine dritte

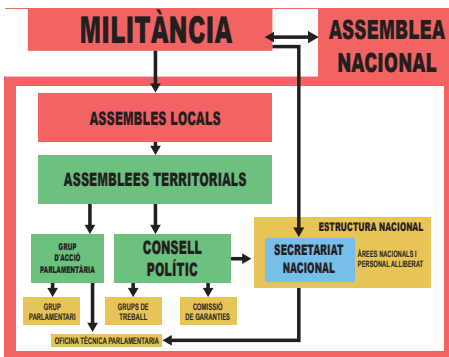


Abb. 3: Organigramm CUP

Quelle: CUP Països Catalans 2018a, S. 9

Versammlungen bezieht sich sowohl auf die außerparlamentarische, als auch auf die parlamentarische Arbeit. Wenn Abgeordnete der CUP in lokale Parlamente einziehen, sind deren Entscheidungen und Handeln in den Institutionen weitestgehend rückgekoppelt an die lokalen Versammlungen und ihre Ziele decken sich auch mit den genannten Bestrebungen nach Transparenz und Bildung sowie Organisation und Selbstermächtigung (CUP Països Catalans 2018a).

Räumlicher Ausgangspunkt dieser lokalen Arbeit sind in der Regel soziale oder populäre Zentren in Stadtteilen oder Dörfern, die sogenannten *Casales Populares* oder *Ateneus*. Die Wurzeln der *Ateneus* als katalanische oder populäre Kulturvereine reichen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück und fielen mit der Wiederbelebung der katalanischen Sprache und Kultur zusammen. Für die Arbeiter\*innenklasse stellten diese Räume eine wichtige Infrastruktur dar. Freizeitaktivitäten wie Theater, Chor, Sport, Wander- oder Musikgruppen gehörten genauso zum Programm der *Ateneus* wie Bildungsangebote für Kinder und Erwachsene und teilweise waren Essenskooperativen an die Strukturen angeschlossen. Zudem erfüllten die *Ateneus* eine wichtige politische Funktion als Orte der Bildung, Debatte und Agitation für die Arbeiter\*innenklasse, einerseits in der inhaltlichen Ausrichtung der Angebote, andererseits in ihrer verbindenden Funktion zwischen alltäglichen Bedürfnissen und politischer Organisation (Ealham 2010, S. 45 ff.). Anknüpfend an diese Tradition der *Ateneus* „als Dreh- und Angelpunkt der sozialen und kulturellen Fabrik in den Stadtteilen“ (ebd., S. 46) versucht die CUP in möglichst vielen Gebieten solche Zentren zu unterhalten, oftmals auch zusammen mit anderen linken Gruppen. In

18 In der CUP wird zwischen Sympathisant\*innen und Militanten unterschieden. Sympathisant\*innen nehmen an lokalen Aktivitäten der CUP teil und können sich in verschiedenen lokalen Arbeitsgruppen engagieren. Allerdings können Sympathisant\*innen nicht an Strukturen auf nationaler Ebene teilnehmen. Militante sind (mindestens ein paar Monate) fester und aktiver Teil der lokalen Versammlung und widmen einen großen Teil ihrer (freien) Zeit und des sozialen Engagements der politischen Arbeit. Militante sind stimm- und wahlberechtigt für die nationalen Ämter (CUP Països Catalans 2018a).

zentrale Aufgabe ist die Aktivierung, Unterstützung und Verbreitung von Basisbewegungen, politischer Arbeit und Organisationsprozessen, sodass weite Teile der Bevölkerung in direktdemokratische Strukturen eingebunden werden können. Gleichzeitig ist wichtig zu betonen, dass die CUP nicht auf dem Rücken von sozialen Bewegungen Politik machen, sondern vielmehr ein organischer Teil dieser sein will (ebd. S. 26 ff.). In den circa 170 lokalen Versammlungen sind über 2000 aktive Mitglieder, bezeichnet als Militante<sup>18</sup>, organisiert. Die Arbeit der lokalen

den Räumen können politische Treffen abgehalten werden, es werden inhaltliche und kulturelle Veranstaltungen angeboten und in ihrer Funktion als Bar oder Bistro dienen sie oft als Anlauf- und Treffpunkt im Alltag. Die *Ateneus* sind damit Verbindungsglied verschiedener Akteur\*innen der (Unabhängigkeits-)Linken, Brücke zur lokalen Bevölkerung in den Stadtteilen, Ausdruck der selbstorganisierten und militanten Kultur der CUP und Einstiegsmöglichkeiten für Interessierte in die organisierte Politik (Giménez Azagra 2019, S. 150 ff.).

Die lokalen Versammlungen können autonom von den übergeordneten Strukturen agieren, müssen sich jedoch an bestimmten Statuten, Strategien und Kodizes orientieren. Um einer Professionalisierung vorzubeugen, werden die Legislaturperioden pro politisches Amt sowie die Gehälter begrenzt. Parallel dürfen CUP-Repräsentant\*innen keine weiteren Ämter übernehmen und es besteht jederzeit die Möglichkeit von der Basis abgesetzt zu werden, wenn eine Person gegen die politischen oder ethischen Grundsätze verstößt. Ein übergeordnetes strategisches Programm wird auf den Nationalen Versammlungen, bei der alle Militanten der CUP teilnehmen können, festgelegt und soll den lokalen Umständen entsprechend umgesetzt werden (CUP Països Catalans 2018a). Aus den verschiedenen lokalen Versammlungen setzt sich die nächsthöchste Instanz im Organisierungsschema zusammen, die Territorialen Versammlungen (kat. Assemblees Territorials). Auf dieser übergeordneten Ebene, die nicht unbedingt den administrativ eingeteilten Landkreisen und Provinzen entspricht, werden die lokalen Versammlungen zusammengefasst, um Abstimmungen untereinander und Entscheidungsfindungen auf nationaler Ebene zu erleichtern<sup>19</sup>. In diesem Rahmen treffen sich mindestens einmal im Monat Repräsentant\*innen der Lokalversammlungen, zudem hat jede Territorialversammlung eine verantwortliche Person, die das Tagesgeschäft leitet und vor allem die lokal-nationale Beziehung koordiniert und kanalisiert. Zusätzlich stellen die Territorialversammlungen Delegierte für den Politischen Rat (kat. Consell Polític), der das Entscheidungsgremium zwischen den Nationalen Versammlungen ist. Die im Rat und auf den Nationalversammlungen getroffenen Beschlüsse werden vom Nationalen Sekretariat (kat. Secretariat Nacional) ausgeführt. Dieses besteht aus 15 Mitgliedern und wird alle vier Jahre direkt von den Militanten gewählt. Das Sekretariat leitet quasi das Tagesgeschäft der nationalen Organisation und hat dabei eine koordinierende Funktion zwischen den verschiedenen Ebenen. Diese Struktur bietet Beratungen und Schulungen für lokale und territoriale Versammlungen an und koordiniert die kommunalen Aktionen auf nationaler Ebene. Gleichzeitig baut sie sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab Beziehungen zu anderen politischen Organisationen und Bewegungen auf. Darüber hinaus organisiert das Sekretariat die technische und personelle Infrastruktur der nationalen CUP und ist für die Kommunikation auf dieser Ebene zuständig (CUP Països Catalans 2018a).

<sup>19</sup> Derzeit gibt es folgende Territorialversammlungen: Alt Ter, Baix Llobregat, Barcelona, Camp de Tarragona, Zentral-Katalonien, Zentral-Valencia, Landkreise Maresme - Barcelonès Nord, Nordost-Valencia, Penedès, Pyrenäen, Ponent, Terres de l'Ebre, Vallès occidental, Vallès Oriental - Baix Montseny.



Das höchste und wichtigste Entscheidungsorgan der CUP ist die Nationale Versammlung. Diese findet mindestens einmal im Jahr statt und legt die strategischen und taktischen Linien fest. Die Nationale Versammlung ist gleichzeitig das souveränste Organ, weil sich alle Militanten der CUP mit jeweils einer Stimme an Votationen beteiligen können. Spanienweite Bekanntheit erhielt diese Instanz vor allem im Dezember 2015, als über die Einsetzung von Artur Mas als katalanischen Regierungschef abgestimmt wurde. Die CUP war mit ihren zehn Sitzen das Zünglein an der Waage bei der Konstitution der Regionalregierung. Auf einer Sondervollversammlung sollte darüber abgestimmt werden, ob die CUP mit ihren Stimmen den für die bürgerliche Partei *Convergència Democràtica de Catalunya* (CDC) antretenden Artur Mas ins Amt heben soll. Auf der Vollversammlung stimmten über 3 000 Partizipierende ab, wobei es zu einem Patt von 1515 zu 1515 Stimmen kam. Mas wurde damit nicht Präsident und kurz vor Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Frist zur Einberufung des Parlaments wurde Carlos Puigdemont als neuer Regierungschef bestätigt (Zelik 2016b).

Dieses Ergebnis verdeutlicht auch eine organisatorische Spaltung innerhalb der CUP, die sich aus verschiedenen politischen Gruppen und Strömungen zusammensetzt. Die wichtigsten bzw. größten dieser Gruppen sind *Endavant* und *Poble Lliure*. Während die im Jahr 2000 entstandenen *Endavant* populären Kämpfen sowie sozialen Bewegungen den Vorrang vor Auseinandersetzungen mit traditionellen Parteien und parlamentarischen Fragen geben und neben der CUP als „institutionelle Front“ genauso Jugend-, Antirepressions- und Gewerkschaftsarbeit unterstützen, fokussiert *Poble Lliure* eine starke Unabhängigkeitsbewegung auf parlamentarischer Ebene mit der CUP als Zentrum und dem Ziel, kritische Sektoren anderer Parteien und Mehrheitsgewerkschaften anzuziehen (Díaz-Montiel 2018, S. 113f.; Josep 2017, S. 63f.). Generell vertritt *Endavant* die Idee, dass die Unabhängigkeit und soziale Transformation bis zur Überwindung der Verhältnisse unaufhaltsam Hand in Hand gehen müssen, wohingegen *Poble Lliure* dem Prozess der Unabhängigkeit Vorrang einräumt und soziale Veränderung hinten anstellt. Insofern ist es kein Wunder, dass es regelmäßig zu Konfrontation zwischen dieser „am meisten linken Seele der CUP und ihrer am meisten für die Unabhängigkeit Eintretenden Seele“ (Díaz-Montiel 2018, S. 118) kommt.

#### **7.4 In, against or beyond the state?**

Schon mit diesen einführenden Betrachtungen der munizipalistischen Ansätze in Barcelona/Katalonien werden Ähnlichkeiten aber auch Differenzen zwischen *Barcelona en Comú* und der CUP deutlich. Neben der unterschiedlichen historisch-geographischen Entwicklung und different ausgeprägten politisch-ideologischen Linien ist dabei auch das Verhältnis zum kapitalistischen Staat zu nennen. Ausgehend von der Bestimmung dieses Verhältnisses, unterscheidet Matthew Thompson innerhalb seiner Kategorisierung genereller zwischen drei verschiedenen (neuen) Munizipalismus-Typen:

1) 'platform municipalism' working in, against and beyond the state and platform capitalism via civil society mobilisation to establish new citizen platforms, often utilising digital platform technologies; 2) 'autonomist municipalism' aiming for a stateless polis of confederated cooperatives, communes and assemblies through collective self-organising, motivated by anti-statist struggles for bio-regional and cultural self-determination; and 3) 'managed municipalism' aiming to retool the local state for the democratisation of urban economies through technocratic engineering. (Thompson 2021, S. 326f.)

Während Thompson Barcelona en Comú als Beispiel für den Plattform-Munizipalismus nennt, ordnet er Rojava und die Cooperation Jackson explizit der Kategorie des autonomen Munizipalismus zu, wozu auch die CUP zu zählen ist. Beide Ansätze teilen ihre theoretische Basis in anarchistischen, feministischen und neo-marxistischen Ansätzen (ebd., S. 331). Im Gegensatz dazu folgt der „verwaltete Munizipalismus“ eher liberalen und pragmatisch politischen Philosophien aus dem angloamerikanischen Raum, hier wird das Beispiel Preston im Nordwesten Englands genannt. In Bezug auf die Kapitalakkumulation versucht der verwaltete Munizipalismus mittels des Aufbaus lokaler Kooperativen den Kapitalfluss zu steuern und zu kontrollieren. Im Unterschied dazu versucht der autonome Munizipalismus dekommodifizierte Wertkreisläufe zu schaffen, die auf der sozialen Reproduktion und Gemeinschaftswesen basieren. Der Plattform-Munizipalismus versucht wiederum:

to challenge the growing dominance of platform capitalism over urban everyday life by innovating digital platform technologies to democratically coordinate alternative urban systems or working towards collective control over the platform and algorithmic technologies that increasingly organise production, distribution and consumption. (Thompson 2021, S. 337)

Inwiefern die unterschiedlichen munizipalistischen Ansätze von Barcelona en Comú und der CUP eine Antwort auf die skizzierte theoretische Beschaffenheit des kapitalistischen Staates und den damit einhergehenden Begrenzungen für progressive Politiken darstellen, wird im empirischen Teil untersucht (Kap. 10). Dabei werden sowohl innerorganisatorische Entwicklungen, das Verhältnis zu sozialen Bewegungen, die Frage nach der Veränderbarkeit und Demokratisierung von Institutionen als auch realpolitische Erfolge und Niederlagen in den Fokus genommen.



## 8 Forschungsdesign und methodisches Vorgehen

Mit Blick auf den vorangegangenen Theorieteil erscheint eine Bestimmung des Verhältnisses von Struktur und (Forschungs-)Gegenstand unabdingbar, um so einer Rolle der Empirie als reine Bestätigung für übergeordnete theoretische Ausführungen und somit einer Empirie, die im Grunde nur Anhängsel ist, vorzubeugen. Davon ausgehend wird im Folgenden das Forschungsdesign der Arbeit nachgezeichnet und begründet. Ausgangspunkt des Kapitels ist eine Auseinandersetzung mit den Verhältnissen von gesellschaftlicher Totalität und einzelnen Elementen sowie von Theorie und Empirie und der methodischen Operationalisierung materialistischer Theorie, wofür auf die materialistische Methode der Dialektik zurückgegriffen wird. Daran anschließend werden die Fallauswahl und die Fragestellungen dargelegt. Nach einer Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle als Forscher im Feld im Rahmen von Ansätzen aktivistischer Stadtforschung werden das Untersuchungsgebiet und schließlich die konkreten Methoden – Leitfadenterviews und teilnehmende Beobachtung – vorgestellt und reflektiert.

### 8.1 Zum Verhältnis von Theorie und Empirie – Dialektik als Methode

In materialistischen bzw. Ansätzen des historisch-geographischen Materialismus bietet die übergeordnete Methode der Dialektik die Möglichkeit, Struktur und Gegenstand ins Verhältnis zu setzen. Dabei bezieht sich der Begriff der Methode in diesem Kapitel nicht auf konkrete im Feld anzuwendende Forschungsmethoden, sondern vielmehr auf ein ontologisches Prinzip, auf dessen Grundlage in weiteren Schritten konkrete Methoden zur Materialgenerierung angewendet werden können. Harvey folgt in seiner Definition gesellschaftlicher Realität Bertell Ollman, der diese, im Anschluss an Marx, als aus innerlich zusammenhängenden Teilen bestehende Totalität fasst. Diese Teile werden als „parts as expandable relations“ (Ollman 1972, S. 8 nach Wiegand 2013b, S. 63) konzipiert, sodass jedes Teil in seiner Gesamtheit die Totalität darstellen kann. Wiegand stellt bezüglich der relationalen Konzeption von gesellschaftlicher Totalität fest, dass diese sich sowohl von Vorstellungen abgrenzt, die im gesellschaftlichen Ganzen nicht mehr als die Summe ihrer Einzelteile sehen, als auch von deterministischen Verständnissen, die eine Existenz gesellschaftlicher Totalität unabhängig ihrer Einzelteile und deren Entwicklungen setzen (ebd.). Dabei werden aus dialektischer Perspektive weder die gesellschaftliche Totalität noch ihre einzelnen Teile an sich untersucht, sondern vielmehr die Prozesse und Beziehungen, die die Dinge und Strukturen erst konstituieren oder aufrechterhalten:

Dialectical thinking emphasizes the understanding of processes, flows, fluxes, and relations over the analysis of elements, things, structures and organized systems. There is a deep ontological principle involved here, for dialecticians in effect hold that elements, things, structures, and systems do not exist outside of or prior to the processes, flows, and relations that create, sustain, or undermine them. For example,

in our contemporary world, flows of capital (goods, and money) and of people give rise to, sustain, or undermine places such as factories, neighborhoods, and cities understood as things. (Harvey 2010 [1996], S. 49)

Bertell Ollman betont diesbezüglich, dass die Betrachtung der Prozesse nicht nur die verschiedenen Beziehungen zwischen Gesamtheit und Einzelteilen fokussiert, sondern auch den Blick für historische, aber auch mögliche zukünftige Entwicklungen öffnet:

Dialectics restructures our thinking about reality by replacing the common sense notion of 'thing', as something that has a history and has external connections to other things, with a notion of 'process', which contains its history and possible futures, and 'relation', which contains as part of what it is its ties with other relations. (Ollman 2003, S. 11)

Erik Swyngedouw (2008, S. 94) verdeutlicht diese Denkweise anhand des Raumes, der als Ding oder Container erst in vielfältigen Prozessen und Beziehungen seine Bedeutung, Signifikanz und besondere geographische Form erhält. Etwa wird die konkrete gebaute Umwelt von Nachbarschaften durch historische und sozialräumliche Prozesse der Aneignung, Kapitalakkumulation oder der Imagination von Raum realisiert. Erst durch die Einordnung in diese Prozesse können gesellschaftliche Entwicklungen in ihrer Gänze nachvollzogen werden.

Die Dialektik löst damit die Unabhängigkeit von einzelnen Teilen und Ganzem und betrachtet stattdessen das Ganze als die strukturierte Interdependenz seiner Teile und unterscheidet sich damit im Forschungsansatz von nicht-dialektischen Ansätzen:

Unlike nondialectical research, where one starts with some small part and through establishing its connections to other parts tries to reconstruct the larger whole, dialectical research begins with the whole, the system, or as much as of it as one understands, and then proceeds to an examination of the part to see where it fits and how it functions, leading eventually to a fuller understanding of the whole from which one begun. (Ollman 2003, S. 140)

Der dialektische Materialismus zerlegt die Wirklichkeit nicht in eine „unzusammenhängende Reihe atomarer Einzelteile“ (Sayers 1991 zit. nach Chatterjee und Ahmed 2019, S. 374), hebt Dinge aus ihrem Kontext, um diese isoliert zu betrachten und daraus ein Gesamtbild zusammzusetzen, sondern begreift Wirklichkeit als dynamisch, widersprüchlich sowie total und beginnt daher mit der Betrachtung des Ganzen, um sich dann zu einer tieferen Konzeptualisierung zu graben. Das Setzen der Totalität von Wirklichkeit verweist dabei nicht auf ein geschlossenes oder determiniertes Gefüge, sondern auf die

Beziehungen und Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Elementen, wie sich diese innerhalb des Ganzen zueinander verhalten, gegenseitig verändern und somit mutual konstituieren (Swyngedouw 2008, S. 95). Die Totalitäten sind damit zutiefst heterogen und notwendigerweise differenziert, die Elemente und Beziehungen widersprüchlich (Chatterjee und Ahmed 2019, S. 375). Mit Blick auf die gebaute Umwelt bedeutet dies etwa, dass eine Untersuchung der Entwicklung von Stadtteilen nicht einfach isoliert und außerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse betrachtet werden kann, sondern in historische sozialräumliche Prozesse eingebettet werden muss. Gleichzeitig kann dies nicht bedeuten, die Entwicklung einfach als Ableitung von Kapitalakkumulationsprozessen zu betrachten, sondern den widersprüchlichen Charakter in diesen Entwicklungen hervorzuheben (z. B. Widerstand durch Anwohner\*innen oder limitierende Gesetzgebungen, die das Ergebnis der materiellen Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sind). Aus diesen Differenzen und Widersprüchen können Konflikte entstehen, die zu „besonderen Knotenpunkten für weitere Muster transformativer Aktivitäten“ (Harvey 1996, S. 54) werden. Ziel der (historisch-geographischen) materialistischen Analyse ist es demnach, sowohl Aspekte dieser Totalität zu erfassen und innerhalb des systemischen Gefüges zu erklären als auch darüber hinaus die Widersprüche in den Beziehungen und mögliche transformatorische Knotenpunkte zur Erforschung aufzuspüren:

The theoretical and empirical research task is to identify those characteristic ‘moments’ and ‘forms’ (i.e., ‘things’) embedded within continuous flows which can produce radical transformations or where, conversely, ‘gatekeeping’ or other mechanisms might be constructed so as to give a ‘thing’ or a system (such as a person, a city, a region, a nation state) qualities of identity, integrity, and relative stability. (Harvey 1996, S. 55)

Zur Betrachtung verschiedener Aspekte der Totalität müssen unterschiedliche Perspektiven eingenommen werden, oder mit Ollman gesprochen, muss durch separate Fenster auf die innere Struktur des Kapitalismus geblickt werden (Ollman 2003, S. 100). Denn der Blick aus einem Fenster ist eingeschränkt bzw. gibt nur Aufschluss über einen bestimmten Aspekt. Wenn wir wiederum das Fenster wechseln, kann das Gesehene aus dem ersten Fenster neu interpretiert und mittels dieser Einsichten das Verständnis über die Totalität der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer inhärenten Widersprüche erweitert und vertieft werden (Harvey 2006, S. 2). Diese beständige „Perspektiverweiterung durch die Einnahme und das In-Beziehung-Setzen unterschiedlicher solcher ‚Fenster‘ und die Erarbeitung neuer Blickwinkel entlang vorhandener Widersprüche“ (Wiegand 2013b, S. 71) ist zentrales Prinzip der Marxschen dialektischen Methode. Marx selbst hat in seinen Werken den Fokus auf die Momente Produktion, Tausch, Konsumtion, Distribution und deren Beziehungen zueinander gelegt und vor allem in der Rolle der Arbeit in der Produktion den Schlüssel für die Transformation der sozialen Realität gesehen (Harvey 1996, S. 13f.).

Mit Blick auf das Verhältnis von Theorie und Empirie ist ein weiteres zentrales Charakteristikum der dialektischen Methode die Theorie- und Begriffsbildung im gegenseitigen Wechselspiel von konkreten Erfahrungen und Abstraktion. Ausgehend von Alltagsbeobachtungen (z. B. Verkaufsstand auf einem Markt) werden diese sichtbaren Erfahrungen in einem Zwischenschritt zu alltagsnahen konkreten Abstraktionen (Geld, Ware, Arbeit), um dann theoretisch-abstrakte Konzepte (Mehrwert, Klassenverhältnisse oder Produktivkräfte) abzuleiten. Diesem „Abstieg“ vom Konkreten zum Abstrakten steht in einer entgegengesetzten Bewegung der „Aufstieg“ vom Abstrakten zum Konkreten gegenüber, d. h. die „schrittweise aufsteigende Konkretisierung, Komplexifizierung und Aktualisierung dieser Theorien, Kategorien und Begriffe im Zuge der Analyse einer sich fortwährend verändernden, widersprüchlichen und dynamischen Realität“ (Wiegand 2013b, S. 69).

Der dialektische Ansatz bestimmt die Forschungsagenda der vorliegenden Arbeit in drei Punkten. Erstens werden die Untersuchungsgegenstände immer im Kontext der Wirklichkeit übergeordneter sozialräumlicher Prozesse analysiert und dabei sowohl historische als auch mögliche zukünftige Entwicklungen mitgedacht. Ein Fokus liegt dabei auf der Suche nach inhärenten Widersprüchen und möglichen Knotenpunkte der Veränderung, der Selbstverwirklichung, des Aufbaus neuer kollektiver Identitäten und sozialer Ordnungen. Zweitens wird durch unterschiedliche – theoretisch begründete – Fenster auf die Beziehungen der kapitalistischen Totalität geblickt. Momente der kapitalistischen Urbanisierung, der sozialen Reproduktion sowie des institutionell-staatlichen Arrangements sollen neue Erkenntnisse über das Innere des Ganzen offenbaren und dadurch Widersprüche offenlegen. Drittens sollen mittels der im ersten Abschnitt der Arbeit vorgenommenen theoretischen Ausführungen die empirischen Beobachtungen abstrahiert werden, um in der Gegenbewegung die Theorien entlang der Realitäten zu aktualisieren.

Daran schließt sich die Frage an, wie dieser dialektische Ansatz konkret operationalisiert und damit Marx ins „Feld“ gebracht und das Verhältnis von Theorie zu Empirie adäquat konzipiert wird. Alessandra Mezzadri (2021b) sieht dafür mindestens drei Wege: Ganz generell kann die Relevanz des Marxschen Forschungsprogramms für die Analyse heutiger polit-ökonomischer Entwicklungen anhand der zentralen Konzepte, Kategorien und Prozesse aufgezeigt werden. Ein weiterer Weg ist die Untersuchung, wie die Marxschen Hauptkategorien in der Praxis konkret erscheinen können. Diese können sich aufgrund der historischen Situiertheit auf den ersten Blick unterscheiden, aber analytisch und logisch vereinbar sein. Und schließlich drittens stellt sie die Frage nach den tatsächlichen Untersuchungsmethoden, um eine Analyse zu erstellen, die mit der dialektischen Methode übereinstimmt (ebd., S. 203). Letzteres umfasst zentrale Aspekte des Forschungsdesigns – Fragestellung, Fallstudienauswahl, Methoden der Erhebung und Auswertung – aber auch Fragen nach der Positionalität der Forschenden.

## 8.2 Fragestellung, Fallauswahl und Forschungsverlauf

Im Prozess der empirischen Operationalisierung hat der materialistische Ansatz für die Ausarbeitung der Fragestellung direkte Implikationen. Harvey (1996, S. 16) hält dazu fest, dass der Zweck materialistischer Untersuchung nicht darin bestehe, in positivistischer Manier zu bestätigen, dass die Kapitalzirkulation existiere – da dies bereits hinreichend begründet wurde –, sondern zu untersuchen, in welchen Bereichen und mit welchen Konsequenzen diese wirkt und welche transformatorischen Möglichkeiten es gibt. Die Auseinandersetzung mit der Thematik muss die spezifischen Prozesse und Kontexte mit einbeziehen, diese in einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort innerhalb der ungleichen Geschichte des Kapitalismus verorten und zudem mit einer Auswahl von materialistischen Kategorien und Begriffen sowie damit zusammenhängenden Debatten zusammenbringen (Bernstein 2021, S. 21ff.). Aus geographisch-materialistischer Perspektive muss in diesem Zusammenhang nach den räumlichen Dynamiken von Akkumulation und Widerstand gefragt werden und wie diese lokale, nationale oder globale Skalen mitkonstituieren bzw. sich über diese erstrecken. Zudem soll die Fragestellung ergründen, wie die abstrakten materiellen Strukturen und Beziehungen der kapitalistischen Wirklichkeit(en) im Alltag konkret gesehen und erlebt werden und wie diese das Handeln beeinflussen. Im Sinne der Spiralbewegung wird dadurch auch die Rückwirkung vom Konkreten auf das Abstrakte und die Komplexifizierung der Theorie ermöglicht (ebd., S. 24).

### Wie werden urbane Räume in einer verstetigten Krise produziert?

So lautet die zentrale Leitfrage der vorliegenden Arbeit, die ausgehend von den eingangs genannten Promissen konzipiert wurde, und an die sich die folgenden drei Frageblöcke knüpfen:

- Wie sind Prozesse der (kapitalistischen) Urbanisierung mit Krisen (und deren Lösung) verbunden? Verstärken oder verschränken sich verschiedene Formen der Krise in solchen Prozessen?
- Inwieweit wurde die soziale Reproduktion durch Krise und Austeritätspolitik rekonfiguriert? Was bedeutet es konkret, unter diesen Bedingungen zu leben? Können solidarische Strukturen die alltäglichen Folgen der Krise kompensieren und darüber hinaus einen Moment der Selbstermächtigung des Subjekts schaffen?
- Welche Handlungskorridore gibt es für progressive Stadtregierungen zwischen institutionellen Sachzwängen und kapitalistischen Verwertungsdruck? Welches Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen/Selbstorganisation und Parteipolitik/repräsentativer Demokratie können ein soziales Kräfteverhältnis aufbauen und realpolitische Veränderungen begünstigen? Ermöglichen municipalistische Ansätze eine Demokratisierung (lokaler) Institutionen?



Die Fragestellungen sind von den in den Kapiteln 2-6 erarbeiteten theoretischen Konzepten abgeleitet worden (Raumproduktion, kapitalistische Urbanisierung, soziale Reproduktion, Staatstheorie, Munizipalismus) und haben in ihrer Anwendung mehrere Funktionen. Zum einen soll die in Kapitel 5 formulierte theoretische Synthese der Konzepte überprüft und mögliche Aktualisierungen der Begriffe und Kategorien durch ein In-Beziehung setzen mit der Empirie entwickelt werden. Abstrakte Beziehungen und Wirkungszusammenhänge zwischen Prozessen der kapitalistischen Urbanisierung, der sozialen Reproduktion und der Staatstheorie sollen unter der theoretisch-konzeptuellen Klammer der Raumproduktion (Matrix Kap. 5.4) zusammengebracht und am Fallbeispiel konkret erforscht und operationalisiert werden. Zum anderen zielen die Fragen auf die mehrfach benannten transformatorischen Knotenpunkte (Aufbau solidarischer Strukturen und Selbstermächtigung des Subjekts; Begünstigung realpolitischer Veränderungen; Demokratisierung der Institutionen). Dabei werden subjektive Wahrnehmungen, Erfahrungen und Bedingungen sowohl im Alltag der Stadtbewohner\*innen (Was bedeutet es unter den Bedingungen zu leben?) als auch im institutionellen Gefüge (Handlungskorridor unter institutionellen Sachzwängen) als Ausgangspunkt der Analyse genommen, um diese mittels der Konzepte zu abstrahieren. Weiterhin ist eine Einbettung in historische und räumliche Prozesse auch zentral gegeben.

Wie betont, ist die empirische Befassung mit einer Fallstudie trotz des ontologischen Charakters der dialektischen Methode also keineswegs überflüssig, sondern bedarf der konkreten Auseinandersetzung, um Tendenzen und Widersprüche innerhalb der dynamischen Realität aufzuzeigen. Chatterjee und Ahmed (2019) stellen bezüglich der Fallauswahl fest, dass es nach diesem Verständnis keine übergeordnete Rolle spielt, auf welcher Ebene die Empirie angesiedelt ist, sondern vor allem die Untersuchung der Einflechtung der Fallstudie in die genannten Wechselbeziehungen zählt:

In a dialectical materialist human geography, capitalism cannot be conceived as the larger scale (the global, the higher, the top-down) within which our study of a city, or a nation, or a neighborhood is smaller, or lower-order, or bottom-up. This again would be an exercise in Cartesian abstraction and analytical fragmentation.

Because parts and wholes are mutually constitutive, these Cartesian distinctions are irrelevant. This means our research has tremendous possibilities – they are not a smaller view, an isolated case, or a small fragment, they, in their interrelations and connections, are reality incarnate. (Chatterjee und Ahmed 2019, S. 381)

Die konkrete Fallauswahl wurde von der Prämisse geleitet, das „Besondere zum Thema“ (Merkens 2010, S. 287) zu haben. Parallel zur theoretischen Annäherung an das Thema habe ich auf Grundlage von Literaturrecherchen in wissenschaftlichen aber auch (bewegungs-)politischen Quellen (z.B. Zeitung Luxemburg, Mosaik-Blog) nach pas-

senden Fallstudien recherchiert. Bereits nach kurzer Suche drückte sich das Besondere zum Thema im Fall Barcelona aus. Dies folgte zum einen aus den schweren Krisenverläufen, den offensichtlich dramatischen Folgen für die soziale Reproduktion, v. a. sichtbar durch die Zwangsräumungen von Wohnungen und Häusern und zum anderen aus den breiten zivilgesellschaftlichen Protesten gegen die Sparmaßnahmen (Platzbesetzungen), den alltäglichen Widerständen gegen die Krisenfolgen (Verhinderung von Zwangsräumungen durch die PAH (Plataforma de Afectados por la Hipoteca) und insbesondere durch die Bildung und den Erfolg der municipalistischen Liste Barcelona en Comú bei den Kommunalwahlen 2015 (Kap. 7.2). Auch wenn ebenso in anderen Städten des spanischen Staates solche Listen in die Rathäuser einzogen und teilweise das Bürgermeister\*innenamt besetzen konnten, hatte (und hat) das Projekt in Barcelona in seiner Zusammensetzung und Strahlkraft eine Art Vorreiter\*innenrolle. Die Forschungsfragen sind entsprechend an das gewählte Fallbeispiel konkretisiert und angepasst worden, etwa mit dem Bezug staatstheoretischer Annahmen auf die progressive Stadtregierung in Barcelona.

Gleichzeitig bringt diese Fallauswahl auch die Gefahr mit sich, dass es zu Barcelona als Fallstudie eine sehr aktive und breite Forschung gibt – sowohl hinsichtlich der neueren Entwicklungen rund um den Munizipalismus als auch um die Themen Stadtentwicklung und soziale Kämpfe/Bewegungen – und es dadurch möglicherweise bereits eine gewisse Sättigung gibt. Weiterhin ist zu bedenken, dass die Stadtebene für eine Untersuchung der Alltagsebene als Zugang zu breit ist. Diesen Herausforderungen wird unterschiedlich begegnet. Zum einen soll die Einbettung in den übergeordneten theoretischen Rahmen die Arbeit von der bisherigen Forschung abheben und neue Erkenntnisse gewährleisten. Zum anderen wird ein stärkerer räumlicher Fokus gewählt, der es ermöglicht, die Alltagsebene deutlicher zu greifen und der bis dato in seiner Gesamtheit noch nicht so zentral im Forschungsfokus stand. Und zusätzlich sollte sich die Wahl der befochtenen Akteur\*innen von den bisherigen Fallstudien abheben<sup>1</sup>. Entlang dieser Kriterien hat sich die Fallauswahl in Folge einer thematisch nahe liegenden Exkursion der Rosa Luxemburg Stiftung unter dem Titel „Katalonien – Unabhängigkeitsbewegung, Munizipalismus und Selbstorganisation“ im September 2018 konkretisiert, in deren Rahmen ich unter anderem Aktivist\*innen und Politiker\*innen von Barcelona en Comú und der CUP getroffen und einen Schwerpunkttag in den Stadtteilen Sants und La Bordeta verbracht habe, wo es um die Geschichte, selbstorganisierte Strukturen, deren Verhältnis zu den municipalistischen Listen und die Folgen der Krise ging.

Daran anschließend habe ich von Ende Februar bis Mitte Mai 2019 meinen ersten längeren Forschungsaufenthalt in Barcelona absolviert<sup>2</sup>. Zu Beginn des Aufenthaltes habe

1 Ein sehr breiter Forschungsfundus existiert zur PAH. Daher wurde diese nicht näher befochten.

2 Vom 01.03.2018 bis 30.04.2021 wurde ich als Promotionsstudierender durch die Hans-Böckler-Stiftung gefördert, die auch meine Forschungsaufenthalte finanziell unterstützt hat.

ich den Forschungsfokus und das Feld weiter eingegrenzt. Basierend auf den Erfahrungen der Exkursion und einer Recherche nach möglichen Akteur\*innen (Bewohner\*innen, politische Aktivist\*innen, Bezirkspolitiker\*innen), (institutionellen) Strukturen (lokale Gruppen von Barcelona en Comú und der CUP, politische Gruppen, selbstorganisierte Strukturen) und Ereignissen (Demonstrationen, Partizipationsveranstaltungen, Wahlkampfveranstaltungen von Barcelona en Comú und der CUP, politische Gruppentreffen und Diskussionsveranstaltungen) sowie geschichtlichen Hintergründen habe ich mich letztendlich für eine Eingrenzung auf die Stadtteile Sants, La Bordeta und Hostafrancs<sup>3</sup> entschlossen. Anschließend habe ich erste Kontakte und Zugänge zum Forschungsfeld geknüpft (Christmann und Baur 2021, S.123). Neben Online- und Literaturrecherche habe ich diese Zugänge vor allem über die Partizipation an kulturellen oder politischen Veranstaltungen erlangt. Zudem habe ich die *Barris* Sants, Hostafrancs und La Bordeta eigenständig kartiert und dabei selbstorganisierte Projekte (Kooperativen, politischen Gruppen und Initiativen, soziale Zentren und *Ateneus*) und mögliche Anzeichen für (kriseninduzierte) Investitionen in die gebaute Umwelt (Hinweise auf Investitionsprojekte, Baustellen, Neubauten) aufgezeichnet und mögliche daraus entstehende urbane Konfliktfelder (Plakate, Graffitis oder Aufkleber gegen bestimmte Projekte) dokumentiert (Abb. 4).

Darauf aufbauend habe ich im zweiten Teil meines Aufenthaltes mit der vertiefenden Datenerhebung begonnen und in diesem Zuge 19 leitfadengestützte Interviews und 26 teilnehmende Beobachtungen durchgeführt. Dieser Zeitraum (April/Mai 2019) fiel genau in den Wahlkampf für die Kommunalwahlen 2019, was den Vorteil mit sich brachte, dass viele öffentliche Veranstaltungen von Barcelona en Comú und der CUP stattfanden und sich auch politische Gruppen in öffentlichen Events verstärkt auf die aktuelle Stadtpolitik bezogen und dabei Probleme thematisierten und Forderungen an die zukünftige Stadtregierung formulierten. Gleichzeitig war in dieser Periode von Nachteil, dass die involvierten Akteur\*innen sehr auf den Wahlkampf fokussiert waren und dadurch merklich weniger Zeit für Interviews hatten und Termine eher auf einen nicht festgelegten Zeitpunkt in die Zukunft verschieben wollten.

Nach Beendigung dieses ersten längeren Forschungsaufenthaltes Mitte Mai 2019 habe ich das gesammelte Material ausgewertet und reflektiert. Die (ersten) Ergebnisse habe ich in Form von Vorträgen und Veröffentlichungen aufgearbeitet, etwa auf dem Deutschen Kongress für Geographie im September 2019 in Kiel („Wir können nicht mehr, deswegen können wir jetzt alles“ – Kämpfe um soziale Infrastruktur und neue solidarische Beziehungsweisen in Katalonien) oder für einen Artikel in der Geographischen Zeitschrift

3 Da „aus der Perspektive eines sozialen Prozesses [...] Institutionen und soziale Bewegungen keine absoluten räumlichen Grenzen, keinen absoluten Anfang und kein absolutes Ende“ (Schatzman und Strauss 1973 nach Przyborski und Wohlrab-Sahr 2014, S. 39) haben, wurde die Forschung außerhalb dieser administrativen Grenzen natürlich nicht eingestellt. Einige der teilnehmenden Beobachtungen fanden auch in anderen Stadtteilen wie Poble Sec oder Gràcia statt, standen aber mit Akteur\*innen aus dem Untersuchungsgebiet in Verbindung.



Abb. 4: „Wir zeigen auf die Schuldigen“ – Plakate thematisieren das Problem der Immobilienspekulation in Sants  
 Quelle: Eigene Aufnahme 2019

(Sarnow 2021). Dies waren jeweils wichtige Zwischenschritte, um Rückmeldungen und konstruktive Kritik für meinen Forschungszwischenstand zu erlangen und Impulse für meine weitere Forschung zu erhalten.

Die Forschung wollte ich im Frühjahr 2020 mit einem zweiten längeren Forschungsaufenthalt von Ende Februar bis Mai in Barcelona fortführen. Mit Beginn des Pandemiegeschehens, welches die Stadt in voller Härte betraf und letztendlich zu einem *lockdown* und einer Ausgangssperre führte, musste ich diesen Aufenthalt allerdings nach nur knapp zwei Wochen abbrechen. Angepasst an die Situation, habe ich vorerst die Verschriftlichung des theoretischen Teils fortgesetzt und die Fortführung der Empirie für Spätherbst/Winter 2020 geplant. Dies hat sich durch die erneute Verstärkung des Pandemiegeschehens weiter verschoben, sodass ich den Aufenthalt erst von Mai bis August 2021 durchführen konnte. Mit diesem Aufenthalt sollten die in der Dissertation aufgeworfenen Leitfragen empirisch vertieft, Erkenntnisse, die sich aus dem ersten längeren Forschungsaufenthalt ergeben haben, weiterverfolgt und zudem Veränderungen der letzten zwei Jahre nachgezeichnet werden. Gerade Letzteres schien im Kontext der Arbeit unabdingbar, da sich mit den Kommunalwahlen 2019 eine veränderte politische Situation ergab – die CUP ist nicht mehr im Stadtparlament vertreten und auch Barcelona en Comú muss seitdem unter veränderten Machtverhältnissen regieren. So konnte es in einem auf den ersten Blick recht kurzen Zeitraum bei relativ jungen bzw. dynamischen Projekten wie Barcelona en Comú und der CUP zu empfindlichen Veränderungen und Reflexionsprozessen über deren Entwicklung kommen. Gleiches gilt für den Blick auf soziale Bewegungen und Kämpfe, sowohl in Be-

zug auf deren personelle Zusammensetzung als auch deren Bewertungen, Ziele, Resultate und Verhältnissen zu anderen Akteur\*innen innerhalb, ebenso wie außerhalb der Institutionen. Gerade über die sozialen Kämpfe, v. a. den Kampf um Wohnraum und damit zusammenhängend die Struktur der Grup d'Habitatge de Sants, wurden auch Veränderungen in alltäglichen Lebenswelten sichtbar gemacht. Die Veränderungen müssen in den jeweiligen Entwicklungen unter der Covid-Pandemie mitbetrachtet und -bedacht werden, etwa wie diese auf Akteur\*innen und Strukturen und bestehende gesellschaftliche Widersprüche wirken. Diese Veränderungen wurden im Zuge der Forschung eher inhärent analysiert und nicht als ihr Schwerpunkt gesetzt. Das Ziel bestand schließlich darin, bereits bestehende empirische Ergebnisse zu überprüfen und zu vertiefen, um ein möglichst konsistentes Bild zu zeichnen. In der Umsetzung des zweiten Aufenthaltes wurde zum einen an bestehende Kontakte angeknüpft, in dem ich zur teilnehmenden Beobachtung wieder an den Treffen und Aktionen der Grup d'Habitatge de Sants teilgenommen und weitere Mitglieder interviewt habe. Zum anderen habe ich den Zugang zu weiteren Akteur\*innen und Strukturen gesucht. Damit wurde auch auf neuere Entwicklungen reagiert, wie etwa die Umsetzung des Bürger\*innenpartizipationsverfahrens, welches im Juli 2021 abgeschlossen wurde und wozu ich explizit beteiligte Akteur\*innen befragt habe. So konnte ich 20 leitfadengestützte Interviews und 19 teilnehmende Beobachtungen durchführen. Mit Beendigung des Forschungsaufenthaltes habe ich die gesammelten Daten ausgewertet und für die Verschriftlichung der Dissertation aufbereitet.

Damit wurden sowohl beim ersten als auch beim zweiten Aufenthalt zwei unterschiedliche Ebenen des Feldes angesprochen: Der institutionelle Kontext und damit verknüpft die Fragen nach der Beschaffenheit und Veränderbarkeit von Institutionen und den Handlungskorridoren für progressive Regierungen sind eher auf der Ebene der Stadt Barcelona angesiedelt, während die Fragen nach den alltäglichen Folgen von Krise und möglichen solidarischen Beziehungsweisen primär auf Stadtteilebene verhandelt werden. Diese Ebenen stehen sich nicht unverbunden gegenüber, sondern bedingen sich. Etwa bei den Fragen, wie die kommunalen Politiken und die politische Vermittlung der Krise auf der untersten Ebene des Stadtteils wirken (z. B. konkrete soziale Verbesserungen oder Verschlechterungen, Haushaltskürzungen, bessere Partizipationsangebote, institutionelle Dezentralisierung) und wie im Gegenzug die Bewohner\*innen die kommunale Politik wahrnehmen und bewerten, wie sie auf Stadtteilebene darauf reagieren und diese gegebenenfalls beeinflussen (z. B. durch Protest, direkte Aktionen gegen Maßnahmen oder aktive Zusammenarbeit und Teilnahme bei den lokalen Strukturen der kommunalistischen Gruppen). Des Weiteren wurden dieser Konzeption folgend vor allem drei unterschiedliche Akteursgruppen in den Blick genommen: Bewohner\*innen, Aktivist\*innen selbstorganisierter Strukturen und außerparlamentarische Gruppen sowie Aktive bzw. Politiker\*innen der kommunalistischen Listen (Barcelona en Comú, CUP). Dies wurde gezielt gemacht, um die verschiedenen Wahrnehmungen der jeweiligen Akteursgruppen (die in sich nicht homogen sind) auf bestimmte Aspekte sowie deren Verhältnis unterein-

ander zu erfahren. So war es etwa wichtig herauszufinden, wie bestimmte außerparlamentarische Gruppen die Politik der municipalistischen Listen, v. a. von Barcelona en Comú als Regierungspartei, sowie deren jeweilige Entwicklung bewerten. Dies ermöglichte es, durch verschiedene Perspektiven oder Fenster auf Konflikte zu blicken und ein vollständigeres und differenzierteres Bild nachzuzeichnen.

### 8.3 Untersuchungsgebiet: Der Stadtbezirk Sants-Montjuïc und die *Barris* Sants, La Bordeta und Hostafrancs

Sants-Montjuïc liegt am südlichen Rand Barcelonas und ist mit einer Fläche von knapp 23 km<sup>2</sup> der größte Stadtbezirk (Abb. 5). Mit der Stadtgebietsreform von 1974 unterteilt sich Sants-Montjuïc in zehn Stadtteile (*Barris*) (Abb. 6) : Hostafrancs, La Bordeta, Sants-Badal und Sants, die jeweils nördlich der zentralen Verkehrsachse Gran Via liegen sowie Poble-sec, La Marina del Prat Vermell, La Marina de Port, La Font de la Guatlla, südlich der von Südwest nach Nordost verlaufenden Hauptstraße. Im Rahmen der Forschung wurde sich auf die Stadtteile Bordeta, Sants und Hostafrancs fokussiert, da diese räumlich angrenzend und gemeinsam als Industrieorte gewachsen sind, und heute eine ähnliche Sozialstruktur aufweisen. Alle drei *Barris* waren Teil der unabhängigen Gemeinde Santa Maria de Sants und wurden erst im Laufe des 19. Jahrhunderts an die Stadt Barcelona angegliedert (Sants und La Bordeta 1897, Hostafrancs 1839), was sich vor allem in Sants und La Bordeta auch heute noch in einer starken eigenen Identität niederschlägt (Gran enciclopèdia catalana o. J.).

Diese speist sich auch aus ihrer Geschichte als Zentrum der Industrialisierung. Große Textilfabriken siedelten sich in diesem Gebiet an, z. B. Vapor Vell in Sants, Espanya Industrial in Hostafrancs und Can Batlló in La Bordeta. Anfang des 20. Jahrhunderts waren 14 000 Arbeiter\*innen in 50 Fabriken angestellt (Fernández und Miró 2016, S. 153). Vor allem durch die damit verbundene Einwanderung verzeichneten diese Viertel ein schnelles Bevölkerungswachstum<sup>4</sup>, stark geprägt durch eine sich konstituierende Arbeiter\*innenklasse, was zur Entstehung vieler populärer Kultur- und Bildungsvereine (*Ateneus*) führte (Ayuntamiento Barcelona o. J. a). Ganz im Sinne der Doppelbewegung von Akkumulation und Klassenkampf wurden die Proletarisierungs- und Urbanisierungsprozesse in dem Gebiet durch starken Widerstand der Arbeiter\*innen gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen begleitet, der sich durch „eine hybride Praxis aus Arbeiter\*innenselbstverteidigung und mutualer Hilfe“ (Fernández und Miró 2016, S. 153) kennzeichnete und neben gewerkschaftlicher Organisierung<sup>5</sup> und direkten Aktionen auch ein starkes Kooperativenwesen hervorbrachte. Während progressive populäre Bewegun-

4 Alleine in Sants versiebenfachte sich die Einwohner\*innenzahl innerhalb von etwas mehr als fünfzig Jahren (1844: 3 229 Einwohner\*innen, 1897: 25 085 Einwohner\*innen) (Fernández und Miró 2016, S. 153).

5 Im Sommer 1918 fand etwa ein bedeutender Kongress des regionalen Ablegers der anarchosyndikalistischen CNT in Sants statt. Auf dem Kongress waren fast 74 000 Arbeiter\*innen vertreten, was ca. 30 % der katalanischen Industriearbeitskraft entsprach. Das Event erhielt vor allem dadurch Berühmtheit, dass dort Unternehmensorganisationen durch Gewerkschaften der Industriezweige ersetzt wurden (Christie 2009, S. 6).



Abb. 5: Übersichtskarte von Barcelona

Quelle: Eigener Entwurf

gen mit Ende des Spanischen Bürgerkrieges und unter der Franco-Diktatur systematisch mit Repression konfrontiert waren und unterdrückt wurden, führte die wirtschaftliche Krise ab den 1960er Jahren zu einem Niedergang der Textilindustrie. Um die großflächigen Leerstände entstanden Auseinandersetzungen zwischen Anwohner\*innen, die die Umwandlung der Flächen zu notwendiger Infrastruktur wie Grünflächen, Schulen oder Gemeindezentren forderten, während die Kapitalseite eine zunehmende Immobilienspekulation mit den Grundstücken forcierte, z. B. um den ehemaligen Industriekomplex Can Battló. Angeführt von starken zivilgesellschaftlichen Strukturen wie dem 1972 legalisier-



Abb. 6: Übersichtskarte des Bezirks Sants-Montjuïc

Quelle: Eigener Entwurf

ten Centro Social de Sants konnten bedeutende Orte zur öffentlichen Nutzung unter Mitbestimmung der Bewohner\*innen gewonnen und gestaltet werden<sup>6</sup>, gleichzeitig waren diese Prozesse immer schwer umkämpft und von entgegengesetzten Bewegungen von Stadtpolitik und Wirtschaft kontestiert (ebd., S. 156 ff.).

In den 1990er Jahren wurde eine stärkere Einbindung des Gebiets in die Gesamtstadtentwicklung in Gang gesetzt. Mit den durch die Olympischen Spiele 1992 losgetretenen Stadtumstrukturierungsprozessen wurden großflächig Verkehrs- und Elektrizitätsinfrastruktur ausgebaut und vor allem rund um den angrenzenden Montjuïc zentrale Wettkampfstätten errichtet. Darüber hinaus waren die Olympischen Spiele der Türöffner für eine beschleunigte Neoliberalisierung der Stadtpolitik, durch die Barcelona den Sprung zur globalen Metropole und eine zentrale Stellung im globalen Städtewettbewerb for-

6 Vapor Vell, Cotxeres de Sants, Parque Industrial de Sants



cierte (Degen und García 2012, S. 1026). Dies geschah über die Deklaration stadtweiter strategischer Umstrukturierungsprozesse und die Einbindung privater Akteur\*innen und ihrer Interessen in die Stadtpolitik, was sich besonders in der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt niederschlug. Die von der nationalen Politik angestoßenen Deregulierungen der Wohnungspolitik wie die Transformation des Kreditmarktes, die Ausweitung des privaten Wohnungseigentums (Ley del Mercado Hipotecario, 1981) und die (mieter\*innenfeindliche) Liberalisierung des Mietrechtes (Decreto Boyer, 1985) sowie der Rückzug des Staates aus der Wohnungspolitik führten in Barcelona zusammen mit dem zunehmenden Einfluss öffentlich-privater Kooperationen zu einer immobilienwirtschaftlichen Spekulationswelle und einer Vervielfachung der Quadratmeterpreise im Zeitraum von 1986 bis Ende der 1990er Jahre (Kuhn 2014, S. 111ff.). 1998 wurde der Bahnhof Sants als Hochgeschwindigkeitsbahnhof ausgewiesen und damit zu einem zentralen Verkehrsknotenpunkt Barcelonas, der die physische und sozioökonomische Entwicklung des Gebiets stark beeinflusste. Zwischen der Estación Sants und dem Messegelände der Fira Montjuïc am Plaça d'España entstand eine Verbindungsachse, die durch den Neubau von Hochhäusern mit Hotels und Apartments begleitet wurde und auf Kosten des sozialen Wohnungsbaus und der altstädtischen Struktur ging. Insgesamt wurde damit vor allem dem Gebiet um Sants und Hostafrancs eine neue Zentralität im erweiterten Gefüge der Metropole Barcelona gegeben (Fernández und Miró 2016, S. 159f.).

Die zunehmende Transformation des urbanen Territoriums zur Triebfeder eines finanzierten Akkumulationsmodells durch Immobilienspekulation und die Kommodifizierung öffentlicher Plätze führten in Barcelona und Sants zu widerständigen Gegenbewegungen, v. a. durch nachbarschaftliche Initiativen und die erstarkte *Okupa*-Bewegung<sup>7</sup>, die oftmals breite gesellschaftliche Sympathien genossen. Zwischen 1989 und 2008 wurden über 440 Gebäude oder Wohnungen besetzt und zumeist in soziale Zentren umgewandelt (ebd., S. 158). Neben Gracia war vor allem Sants ein Zentrum der *Okupa*-Bewegung, wo selbstverwaltete Räume durch verschiedene politische Strömungen (Anarchist\*innen, Kommunist\*innen, Unabhängigkeitsbewegung) als soziale Zentren und Wohnräume angeeignet wurden. Erwähnenswert ist etwa die im März 1996 besetzte und im April 2004 geräumte La Fàbrica Hamsa, die sich über eine Fläche von 10 000 m<sup>2</sup> einer ehemaligen Stahlfabrik in Hostafrancs erstreckte oder das immer noch existierende Centre Social Autogestionat Can Vies, welches 1997 besetzt wurde und trotz intensiver Räumungsversuche immer noch in zentraler Lage am Plaça de Sants existiert. Beide Projekte waren bzw. sind wichtige Teile der sozialen und kulturellen Fabrik der Viertel, eingebunden in ein breites Geflecht von sozialen Bewegungen, außerparlamentarischen Institutionen und Anwohner\*innen (Assemblea de Barri de Sants 2008, S. 3 ff.).

---

7 Hausbesetzungsbewegung

Die Finanzkrise 2008 führte zu einer Unterbrechung der Immobilienspekulation und in Sants wurden größere Stadtentwicklungsprojekte wie der weitere Ausbau des Bahnhofs, die Urbanisierung des Can Batlló-Geländes sowie die Expansion des Hotelwesens abrupt gestoppt und die Wohnungspreise sind in dem Jahrzehnt erstmalig wieder gesunken. Gleichzeitig waren viele Einwohner\*innen mit den sozialen Folgen der Krise konfrontiert, es kam zu hunderten Zwangsräumungen aufgrund nicht gezahlter Hypotheken, die Arbeitslosigkeit stieg an und das Haushaltseinkommen fiel stark ab (Fernández und Miró 2016, S. 160). Auch zu dieser Entwicklung gab es wieder eine Gegenbewegung. Nach vier Jahren der Krise bedeutete die 15M-Bewegung eine massive kollektive Antwort sozialer Bewegungen und die Entstehung neuer sozialer Beziehungen. Dabei war Sants eine der ersten Nachbarschaften, in denen sich die zentrale Versammlung des Plaça de Catalunya ausbreitete und der Widerstand gegen die Krise so Einzug in den Alltag erhielt. Zudem wurde 2011 auch das Can Batlló durch die Nachbarschaftsbewegung in La Bordeta besetzt und ist seitdem ein übergreifender Ort nachbarschaftlicher Selbstverwaltung für die Stadtviertel (Can Batlló 2022). Als konkrete ökonomische Antwort auf die Krise entwickelte sich in Sants in diesen Jahren ein vitales und stetig wachsendes Kooperativenwesen, welches Bereiche von Kultur- und Gastronomie, verschiedene Dienstleistungen, Wohnraum, soziale Infrastruktur und Finanzwesen abdeckt und untereinander gut vernetzt ist (Fernández und Miró 2016, S. 163 f.).

Diese bis heute anhaltende geographisch-historische Entwicklung des Gebiets durch die Dialektik von Akkumulation und Klassenkampf sowie die Dichte an aktiven Akteur\*innen eröffnen die Möglichkeit zur Bearbeitung der Fragestellungen. Gleichzeitig verhindert die im Vergleich zu Stadtteilen wie Gràcia oder Raval in der Zentralität immer noch etwas peripherere Lage die Überforschung des Gebiets. Die Fallstudienauswahl erfüllt somit die im Kontext des Forschungsdesigns aufgestellten Kriterien und stellt ein adäquates Gefüge zur Anwendung der empirischen Methoden dar.

#### **8.4 Methodische Umsetzung: Konzeption, Erhebung und Auswertung**

Mit dem Forschungsdesign der vorliegenden Arbeit wird versucht zum einen durch die Konzeption der Fragestellungen, zum anderen mittels der Methodenwahl materialistische Theorieansätze adäquat empirisch zu operationalisieren. Ziel dabei ist es, sowohl eine theoriegeleitete Forschung anzuleiten und gleichzeitig „Offenheit gegenüber dem Unerwarteten“ (Müller 2013, S. 196) zu bewahren und somit Theorie und Empirie, Struktur und Alltag sowie Abstraktes und Konkretes in einen gegenseitigen Dialog zu bringen. Zur Operationalisierung des theoretischen Gerüsts sowie der daraus abgeleiteten Forschungsfragen wurden Leitfadeninterviews und Ansätze der teilnehmenden Beobachtungen durchgeführt, was im Folgenden mit Blick auf die Beschaffenheit der Methoden, die konkrete Erhebung sowie die Dokumentation und Auswertung beschrieben wird.

**Leitfadeninterviews und teilnehmende Beobachtung**

Das erste methodische Standbein der Arbeit bilden semistrukturierte und problemzentrierte Leitfadeninterviews. Diese Methode ist „hervorragend geeignet für eine theoriegeleitete Forschung, da es keinen rein explorativen Charakter hat, sondern die Aspekte der vorrangigen Problemanalyse in das Interview Eingang finden“ (Mayring 2002, S. 70). Wie bereits erläutert, haben sich im Forschungsverlauf drei übergeordnete Akteursgruppen herausgebildet (Bewohner\*innen; außerparlamentarische politische Aktivist\*innen; Politiker\*innen auf Stadtteil-, Bezirks- und Stadtebene), auf die sich die Interviews verteilten. Je nach Akteursgruppe wurde so zum einen ein bestimmtes und situiertes (Expert\*innen-)Wissen abgefragt. Expert\*innen verfügen auf bestimmten Gebieten über ein Sonderwissen, welches andere Personen nicht haben. Dementsprechend bieten Expert\*inneninterviews in ihren jeweiligen Kontexten Zugang sowohl zu kodifiziertem als auch nicht-kodifiziertem Wissen, welches nach Przyborski et al. (2014, S. 121) in drei unterschiedliche Formen unterteilt werden kann: „(a) Betriebswissen über Abläufe, Regeln und Mechanismen in institutionalisierten Zusammenhängen; (b) Deutungswissen, in dem die Deutungsmacht der Experten als Akteure in einer bestimmten Diskursarena zum Ausdruck kommt“ sowie „(c) Kontextwissen über andere im Zentrum der Untersuchung stehende Bereiche“. Im Zusammenhang der vorliegenden Arbeit wurden z. B. Politiker\*innen als Expert\*innen über formelle und informelle Abläufe und Regeln institutioneller Zusammenhänge der Stadtpolitik oder erfahrene Aktivist\*innen außerparlamentarischer Gruppen über deren Strategien und Taktiken im Umgang mit stadtpolitischen Problemen und deren institutionellen Rahmenbedingungen (z. B. Gesetzgebungen) befragt. Die verschiedenen Wissensformen wurden darüber in verschränkter Weise abgerufen. Über immanente und exmanente Nachfragen sowie die Aufforderung zur Theoretisierung wurden die Expert\*innen animiert, den Wissensfundus, der über schriftlich dokumentiertes Wissen hinausgeht, zu öffnen sowie in einem adäquaten Detaillierungsgrad zu antworten (ebd., S. 123 ff.). Mit dem sich akkumulierenden Wissen wurden die Leitfäden im Forschungsverlauf stärker mit detaillierteren Fragen zu bestimmten Aspekten versehen, während generellere Fragen, die am Anfang der Forschung vor allem den Kontext abgesteckt haben, außen vorgelassen wurden.

Die Festlegung der Themenblöcke, die Formulierung der Haupt- und Unterfragen sowie die Komposition der Reihenfolge variierten je nach übergeordneten Akteursgruppen und individuellen Akteur\*innen. Aus der Theorie leiten sich etwa andere Fragen für Politiker\*innen und Aktivist\*innen municipalistischer Plattformen ab (etwa nach der Feminisierung und Veränderbarkeit von Institutionen oder internen Entwicklungen) als für Bewohner\*innen des Stadtteils (etwa nach wahrgenommenen Veränderungen des Stadtteils in den letzten Jahren). Innerhalb der Akteursgruppen gab es ähnliche, aber individuell angepasste Frageblöcke und auch zwischen den verschiedenen Gruppen wurden teils ähnliche Fragen gestellt, um eine Bezugnahme in der Auswertung zu ermöglichen (etwa die Bewertung stadtpolitischer Entwicklungen aus den unterschiedlichen Perspektiven).

Dadurch sollten nicht einfach die „verschiedenen Antworten auf diese Frage“ (ebd., S. 131) abgefragt werden, um diese später in der Analyse nebeneinanderzulegen, sondern vielmehr zielführend „bestimmte Sachverhalte und Problemsichten in ihrem situativen Kontext und ihrem Sinnzusammenhang“ (ebd.) verstanden bzw. rekonstruiert werden.

Das zweite methodische Standbein der Arbeit bilden teilnehmende Beobachtungen. Vor allem die Beobachtungen von Alltagssituationen sollten dabei die Öffnung „komplexer Zugänge zu einer kritischen Stadtforschung“ (Rolshoven und Schneider 2018, S. 28f. zitiert nach Genz 2020, S. 23) ermöglichen sowie „Alltage und Anliegen städtischer Akteursgruppen und die komplexen und mehrdimensionalen Prozesse städtischer Raumproduktion“ (Genz 2020, S. 11) in den Blick nehmen. Während Interviews nur einen spezifischen Zugang zur Alltagswelt ermöglichen, verlassen teilnehmende Beobachtungen den Pfad geplanter und isolierter Situationen und betreten die Alltagswelt der Forschungssubjekte, in der es zu nicht vorhersehbaren Begegnungen, Kontakten, Gesprächen und Situationen kommen kann. Christian Lüders fasst die damit verbundenen Vorteile wie folgt zusammen:

Keine noch so ausführlichen Interviews und Gruppendiskussionen oder detaillierten Analysen natürlicher Dokumente können dies [länger dauernde Teilnahme] ersetzen. Gerade das Interesse an der Insiderperspektive zwingt den Ethnographen dazu, sich den jeweils gelebten situativen Ordnungen und Praktiken gleichsam auszusetzen, anzupassen, in einem gewissen Sinn auch zu unterwerfen. (Lüders 2010, S. 225)

Das Teilnehmende bei der Beobachtung kann über das „Dabeisein, Mitmachen, Beteiligtsein, Teilnehmen am alltäglichen Leben der Untersuchten“ (Matissek et al. 2013, S. 149) bis hin zu Kollaboration mit Aktivist\*innen bei politischen Aktionen im Sinne der aktivistischen Stadtforschung reichen. Aus einer geographischen Perspektive bedeutet dies wiederum, den räumlichen Bezug dieser alltäglichen Handlungen und Situationen herzustellen, wie Watson und Till betonen:

Geographers have brought our discipline's theorizations of space, place, scale, landscape, and environment to develop further understandings of spatial processes and concepts in ethnography. We study how everyday social interactions create public and private spaces at multiple scales, including bodies, cities, neighborhoods, and tourism sites. (Watson und Till 2010, S. 122)

Der Fokus auf bzw. die Teilnahme an alltäglichen Geographien ermöglicht somit gelebte, empfundene, erlebte und emotionale Welten in der alltäglichen Produktion sozialer Räume besser verstehen zu können und so sozialräumliche Praxen und Beziehungen innerhalb und zwischen sozialen Lebenswelten zu untersuchen (Genz 2020, S. 228; Watson

und Till 2010, S. 125). Die teilnehmende Beobachtung als Teil ethnographischer Arbeit öffnet damit ein Spannungsfeld, welches Theorie und Empirie in einen Dialog treten lässt und mittels der „Offenheit gegenüber dem Unerwarteten und der Erfassung der mikrosozialen Aushandlung von Bedeutung“ (Müller 2013, S. 196) die Erklärungskraft von Theorien überprüft, revidiert und erweitert.

Für die vorliegende Arbeit sollten mittels der teilnehmenden Beobachtung vertiefend die alltäglichen Folgen der Krise und die damit zusammenhängende Rekonfiguration der sozialen Reproduktion durch die Austeritätspolitik aufgespürt und untersucht werden. Damit zusammenhängend sollte auch das mögliche Aufkommen, Bestehen oder Zerbrechen solidarischer Strukturen bzw. – im Anschluss des theoretischen Konzeptes – solidarischer Beziehungsweisen als Antwort auf die kriseninduzierte Rekonfiguration der sozialen Reproduktion untersuchbar gemacht werden. Neben dem expliziten Bezug zu dieser Fragestellung wurde die Methode auch genutzt, um etwa das (Kontext-)Wissen über die Funktionsweise und Zusammensetzung municipalistischer Strukturen, den Ablauf stadtpolitischer Prozesse und die Beziehung zwischen verschiedenen Akteur\*innen zu erweitern bzw. zu verdichten und darüber mögliche wichtige Punkte für die Forschung oder Interviewpartner\*innen zu lokalisieren.

### **Umsetzung**

Die Kontaktaufnahme mit den Interviewpartner\*innen erfolgte im Großteil der Fälle per E-Mail, manchmal auch im direkten Kontakt vor Ort. In den E-Mails habe ich mein Forschungsprojekt und das dahinterliegende Erkenntnisinteresse kurz verdeutlicht, anschließend habe ich geschildert, warum die kontaktierte Person von Interesse für das Projekt ist und welche inhaltlichen Themen übergeordnet in dem Interview thematisiert werden sollten. Außerdem habe ich meist auch meine Rolle als Forscher und Aktivist transparent gemacht. Vor allem auf die konkrete Begründung für das Interesse an der Person als Interviewpartner\*in und meinen aktivistischen Hintergrund haben viele Angefragte sehr positiv und aufgeschlossen reagiert und sich für einen Termin bereit erklärt. Am Ende habe ich 39 Interviews (Tab. 4) in den verschiedenen Forschungsphasen durchgeführt, diese wurden meist mit einer Person, in Ausnahmefällen aber auch mit mehreren Personen geführt. Letzteres beruhte nicht auf der gezielten Intention, Gruppeninterviews zu führen, sondern auf der teilweise spontanen Absicht meiner angefragten Interviewpartner\*innen, noch weitere Gesprächspersonen einer gleichen Gruppe (z. B. Mitglieder der CUP oder Bewohner\*innen eines Wohnprojektes) mit einzubinden. Die Interviews wurden vornehmlich in Präsenz an öffentlichen Orten wie Cafés durchgeführt, vereinzelt auch in Büros oder Privatwohnungen. Vor allem durch das intensiviertere Pandemiegesehen wurden im zweiten längeren Untersuchungszeitraum auch vermehrt Online-Interviews durchgeführt. Die Interviews wurden jeweils mit einer kurzen Vorstellung von mir und meiner Forschung und einer kurzen Skizzierung der zu behandelnden Themenblöcke begonnen. Anschließend habe ich um eine kurze Vorstellung der inter-

Tab. 4: Übersicht Interviews

Datum	Rolle
01.04.2019	Aktivist Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH) Barcelona
02.04.2019	Forscherin Schwerpunkt Stadtentwicklung, Bewohnerin Sants
02.04.2019	Aktivist Candidatura d'Unitat Popular (CUP) Sants, Bewohner Sants
08.04.2019	Stadtratmitglieder CUP Barcelona
09.04.2019	Aktivist Centro Social de Sants, Bewohner Sants
11.04.2019	Aktivistin La Ciutat Invisible Sants, Bewohnerin Sants
12.04.2019	Aktivist La Lleialtat Santsenca Sants, Bewohner Sants
15.04.2019	Aktivist Casal Independentista de Sants Jaume Compte Sants, Bewohner Sants
24.04.2019	Politiker Barcelona en Comú (BeC) Sants, Bewohner Sants
25.04.2019	Kollektivmitglied Zumzeig Cinema Sants, Bewohner Sants
29.04.2019	Politikerin Partit dels Socialistes de Catalunya (PSC)
08.05.2019	Mitglied Lacol arquitectura cooperativa
10.05.2019	Aktivist Can Batlló Sants, Bewohner Sants
16.05.2019	Aktivist CUP Vilanova
17.05.2019	Aktivistin Grup d'Habitatge de Sants (GHAS), Bewohnerin Sants
21.05.2019	Aktivist BeC Sants, Bewohner Sants
23.05.2019	Mitglied Coòpolis – Ateneu Cooperatiu de Barcelona
23.05.2019	Bewohner*innen Wohnprojekt La Diversa Sants
24.05.2019	Aktivist GHAS, Bewohner Sants
16.03.2021	Ex-Beraterin der Stadträtin für Partizipation Barcelona, Mitglied La Hidra Cooperativa
23.03.2021	Aktivistin BeC, Teil der Coordinadora General
14.04.2021	Chefarchitekt Barcelona
27.04.2021	Politiker BeC, Partizipation
03.06.2021	Forscherin Schwerpunkt Stadtentwicklung
04.06.2021	Politikerin BeC Sants, Bewohnerin Sants
08.06.2021	Aktivist BeC Sants, Bewohner Sants
16.06.2021	Aktivist*innen CUP Sants-Montjuïc, Bewohner*innen Sants
25.06.2021	Bürgermeisterkandidatin CUP Barcelona 2019
29.06.2021	Aktivist PAH Barcelona
30.06.2021	Mitglied Wohnungsgenossenschaft Sostre Civic Barcelona
07.07.2021	Ex-Stadträtin für Mobilität Barcelona, BeC
21.07.2021	Aktivistin GHAS

Datum	Rolle
22.07.2021	Verantwortliche Servei d'Intervenció en la Pèrdua d'Habitatge i Ocupació (SIPH) Barcelona
27.07.2021	Ex-Bezirksrätin Ciutat Vella und Beraterin für Feminismus und LGBTI im Stadtrat von Barcelona, BeC
18.08.2021	Ex-Bezirksrätin Sants, CUP
19.08.2021	Assemblea de Barris pel Decreixement Turístic Barcelona (schriftlich)
26.08.2021	Vorsitzende Castellers de Sants
26.08.2021	Aktivist*innen GHAS, Bewohner*innen Sants
27.08.2021	Forscher Schwerpunkt Munizipalismus

*Quelle: Eigene Darstellung*

viewten Person gebeten und dann zu den inhaltlichen Schwerpunkten übergeleitet. Die Reihenfolge und das Stellen der vorbereiteten Fragen sind gezielt flexibel behandelt worden, um eine „Leitfadenbürokratie“ (Thierbach 2021, S 1.90) zu vermeiden. Nach vorheriger Einwilligung habe ich die Gespräche mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet und zusätzlich durch vereinzelt Notizen zum Gesprächsinhalt ergänzt.

Mit Bezug zur teilnehmenden Beobachtung ergaben sich in der Umsetzung verschiedene Formen, die durch unterschiedliche Kontexte und Grade der „Teilnahme“ charakterisiert waren. Wie bereits angeklungen, habe ich während zwei mehrmonatiger Forschungsaufenthalte bei der Grup d'Habitatge de Sants aktiv teilgenommen. Diese Gruppe wurde 2017 von Ex-Mitgliedern der Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH) gegründet, um sich im lokalen Maßstab des Bezirks mit der lang anhaltenden Wohnraumproblematik auseinanderzusetzen. Arbeitsschwerpunkte dieser außerparlamentarischen Struktur sind steigende Mieten, Zwangsräumungen, Wohnungsknappheit und schlechte Wohnbedingungen. Die Struktur ist offen und organisiert sich über eine wöchentliche Versammlung, zu der jede Person aus dem Stadtteil mit entsprechenden Problemen kommen kann. Auf dem Prinzip der mutualen Nachbarschaftshilfe wird dann in der Versammlung geprüft, wie man das Problem gemeinsam lösen kann. Zudem gehören direkte Aktionen, wie z. B. die Verhinderung von Zwangsräumungen durch Menschenblockaden, gemeinsame Freizeitaktivitäten sowie Diskussions- und Vernetzungsveranstaltungen zum organisatorischen Kanon der Gruppe. In den jeweiligen Zeiträumen habe ich quer zu diesen Bereichen an über 50 Aktivitäten der Gruppe teilgenommen (Tab. 5), vor allem an den regelmäßigen Treffen, Zwangsräumungsterminen aber etwa auch an einem vom Can Batlló ausgerichteten Fußballturnier mit Teams aus den Stadtteilen oder gemeinsamen Kochaktivitäten für Verkaufsstände, um Geld für Repressionskosten zu sammeln. Dabei waren die Grenzen zwischen „formellen Momenten“ offizieller Aktivitäten und „informellen Momenten“ oftmals fließend, z. B.,

Tab. 5: Übersicht Teilnehmende Beobachtung Wohnraumkrise

Datum	Aktivität	Ort
24.02.2019	Demonstration „Per un habitatge digne, fora els pisos rusc!“	Plaça de Sants
08.03.2019	Vorbereitung Essen Feministischer Generalstreik	Can Batlló
25.03.2019	Treffen Grup d’Habitatge de Sants (GHAS)	Bloc La Bordeta
01.04.2019	Treffen GHAS	Bloc La Bordeta
03.04.2019	Zwangsräumung I	Ventura Plaja
06.04.2019	Demonstration „Pinchemos la burbuja del alquiler“, Vorabtreffpunkt GHAS	Plaça de Sants; Jardinetes de Gràcia
08.04.2019	Treffen GHAS	Bloc La Bordeta
09.04.2019	Zwangsräumung II	C / d’Olzinelles
13.04.2019	Offenes Treffen zur Vorbeitung des „Congrés d’Habitatge de Catalunya“	Plaça de Sants
15.04.2019	Treffen GHAS	Bloc La Bordeta
01.05.2019	Besetzung Can Migra	C / de Galileu
06.05.2019	Treffen GHAS	Bloc La Bordeta
09.05.2019	Aktion GHAS (Besuch Anwaltskanzlei)	Gracia
10.05.2019	Zwangsräumung III	Carrer Creu
11.05.2019	Vorbereitung Essen Can Vies Geburtstag	Can Vies
13.05.2019	Treffen GHAS	Bloc La Bordeta
16.05.2019	Zwangsräumung IV	Rambla de Badal
17.05.2019	Räumung Can Migra	C / de Galileu
17.05.2019	Termin Habitatge	Carrer d’Antoni de Capmany
17.05.2019	Demonstration anlässlich Räumung Can Migra	Plaça de Sants
18.05.2019	Selbstorganisiertes Fussballturnier	Can Batlló
20.05.2019	Treffen GHAS	C / de Gayarre
22.05.2019	Pressekonferenz Bloc Gayarre	C / de Gayarre
22.05.2019	Termin Servicio Social	Plaça de Sants
28.02.2020	Zwangsräumung V	C / Tenor Massini
01.03.2020	Stand der GHAS bei einem lokalen Fest im Stadtteil	Parque d’Industrial
02.03.2020	Treffen GHAS	Bloc La Bordeta
03.03.2020	Zwangsräumung VI	C / Lleida
08.03.2020	Vorbereitung für den 8.März	Can Batlló
09.03.2020	Spontane Versammlung vor dem besetzten Ca la Cristina	C / Sagunt



Datum	Aktivität	Ort
09.03.2020	Treffen GHAS	C / Sagunt
10.03.2020	Zwangsräumung VII	C / Rector Triadó
12.03.2020	Presserunde und Prozess wegen angekündigter Zwangsräumung	Ciutat de la Justícia de Barcelona
17.05.2021	Treffen GHAS	Can Batlló
19.05.2021	Zwangsräumung VIII	C / Santiago Apostol
20.05.2021	Zwangsräumung XIV	C / de Sants
21.05.2021	Treffen Grup de Actividades der GHAS	Can Batlló
24.05.2021	Treffen GHAS	Can Batlló
25.05.2021	Zwangsräumung X	C / Lleida
31.05.2021	Treffen GHAS	Can Batlló
07.06.2021	Zwangsräumung XI	Avenida de Madrid
07.06.2021	Treffen GHAS	Can Batlló
13.06.2021	Präparation und Verkauf Soliessen	Can Batlló
14.06.2021	Treffen GHAS	Can Batlló
15.06.2021	Demonstration „No són suïcidis, són assassinsats“	Plaça de Sants
23.06.2021	Vorbereitung Essen und Feier San Joan	Can Vies; Plaça de Joan Corrades
05.07.2021	Treffen GHAS	Plaça de Joan Corrades
13.07.2021	Zwangsräumung XII	C / Llançà
19.07.2021	Treffen GHAS	Plaça de Joan Corrades
26.07.2021	Treffen GHAS	Plaça de Joan Corrades
27.07.2021	Zwangsräumung XIII	C / Begur

*Quelle: Eigene Darstellung*

wenn nach den Treffen noch gemeinsam etwas getrunken und erzählt wurde oder auch am Rande der Koch-Events, während der ich viele Einblicke in die privaten Biographien der Gruppenmitglieder erlangen konnte und diese auch von mir. Gegenüber den Mitgliedern habe ich im Gespräch meine Rolle als Forscher aktiv offengelegt, gleichzeitig auch meinen politischen Hintergrund betont.

Auf die Gruppe aufmerksam geworden bin ich über Plakate zu einer Demonstration im Februar 2019<sup>8</sup>, die sich gegen die Errichtung von Mikroapartments im Stadtteil wendete. Während der Demonstration wurde ein Haus besetzt und unangekündigt ein kleines Straßenfest veranstaltet. In diesem Zuge habe ich erste Gespräche geführt und wurde auf die wöchentlichen Versammlungen aufmerksam gemacht. Diese Treffen habe ich

<sup>8</sup> Demonstration „Per un habitatge digne, fora els pisos ruscs!“, 24. Februar 2019

ab Ende März regelmäßig besucht und bin Teil der Gruppe geworden. Mit meinem zweiten längeren Forschungsaufenthalt konnte ich relativ nahtlos an diesen Zugang anknüpfen und über die Teilnahme an den Treffen wieder zur Gruppe stoßen. Dadurch habe ich viele Einblicke in die Zusammensetzung und Aktivitäten der GHAS, politische Strategien, Taktiken und Bündnisse der Gruppe, die zwischenmenschlichen Beziehungen, die internen Dynamiken und Konflikte, die emotionale Belastung durch prekäre Wohnraumsituationen oder gar am nächsten Tag anstehende Zwangsräumungen, das Hochgefühl gemeinsamer Erfolge, genauso die Ohnmacht und das Unverständnis gegenüber der gewaltsamen Verdrängung von Nachbar\*innen erlangt und wurde zu einem Teil davon.

Für diese Arbeit sollen nicht alle dieser Einblicke verwertet werden. Etwa wird auf die detailliertere Offenlegung interner Strukturen und Kommunikationen sowie repressionsrelevanter Dinge verzichtet, auch mit Bezug auf das Statement von Aktivist\*innen des Hambacher Forst, wonach viele der Ergebnisse von aktivistischer Forschung der Bewegung selten weiterhelfen und im schlimmsten Fall kontraproduktiv und gefährlich sein können (Hambi bleibt 2021). Zudem wurden sämtliche Namen von Personen aus dem Bewegungskontext anonymisiert, sowie bei sensiblen Themen auf die Zuweisung bestimmter Untersuchungspersonen komplett verzichtet (Lamnek 2010, S. 352). Dies heißt im Umkehrschluss nicht, dass Widersprüche oder Konflikte innerhalb der Gruppe ausgespart oder geglättet werden sollen, da diese als wichtig für die Reflexion der politischen Aktivitäten angesehen werden. Vielmehr sollen diese mit der nötigen Sensibilität und thematisch angemessen präsentiert werden. Zudem ist der Schwerpunkt dieser Arbeit auch nicht die Analyse von Protestbewegungen an sich, sondern als Teil umkämpfter Raumproduktions- und Vergesellschaftungsprozesse.

Neben diesen expliziten Momenten der teilnehmenden Beobachtung habe ich zudem an einer größeren Anzahl von Veranstaltungen und Diskussionsrunden in Zusammenhang mit den municipalistischen Listen und der Stadtpolitik teilgenommen. Das reichte von Gruppendiskussionen mit Vertreter\*innen von Barcelona en Comú und der CUP im Rahmen der Bildungsreise mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Teilnahme an dem *Consell de Barri Sants* – einer lokalen Partizipationsplattform – bis zum Mitverfolgen des Kommunalwahlabends mit der CUP Barcelona. Im Gegensatz zu meiner Teilnahme bei der GHAS war meine Rolle als Beobachter jeweils nicht teilnehmend und ich nutzte die Veranstaltungen zur Einordnung der politischen Atmosphäre, der Verdichtung von Informationen und dem Ansprechen möglicher Interviewpartner\*innen. Weiterhin kam ich über meine temporäre Tätigkeit in der Bar des *Can Batlló* und der Teilnahme an politischen Aktionen immer wieder in Kontakt mit lokalen Aktivist\*innen der CUP und von Barcelona en Comú und darüber auch in den gegenseitigen Austausch.

Die zunehmende Vertrautheit mit dem Feld und darin verorteten Akteur\*innen sowie mein aktivistischer Hintergrund ließen mich teilweise eine enge Nähe zu den Forschungssubjekten herstellen und so deren Perspektive und Haltung nachvollziehen. Diese Vertrautheit und der Verlust an Distanz, die notwendig sind, um Zugang zu Personen zu erlangen und Situation zu verstehen, bringen die Gefahr mit sich, die Weltsicht der Forschungssubjekte zu übernehmen und das Vermögen einer kritischen Reflexion zu verlieren (Müller 2013, S. 182). Diese Gefahr des sogenannten *going native* (Przyborski und Wohlrab-Sah 2014, S. 45) wurde durchgehend reflektiert und im fachlichen Austausch mit Kolleg\*innen thematisiert. Innerhalb des Forschungsdesign wurde dem vorgebeugt, indem die erlebten Situationen in ausführlichen Beobachtungsprotokollen festgehalten wurden. Wenn möglich, wurden die Beobachtungen oder Gesprächsinhalte möglichst zeitnah mittels meines Smartphones aufgezeichnet und zu einem späteren Zeitpunkt transkribiert. Diese Aufzeichnungen beinhalteten eine ausführliche Schilderung der sozialen Situation<sup>9</sup> (Mattiscek et al. 2013, S. 199), der wörtlichen Rekonstruktion von Schlüsselaussagen, erste Interpretationen und Reflexionen der Situation sowie das Ausmachen möglicher Anknüpfungspunkte für die Forschung. Im Anschluss der Transkription wurden, wenn möglich, Kontextinformationen zu den jeweiligen Situationen zusammengetragen (Przyborski und Wohlrab-Sah 2014, S. 51). Teils waren dies Informationen aus anderen Beobachtungen, teils aber auch Presseartikel oder Posts in den sozialen Medien, z. B. auf dem Twitter-Account der GHAS. Vor allem mit einer zunehmenden Dichte an Beobachtungssituationen und Interviews konnten die Erfahrungen tiefergehender aufbereitet und stärker abstrahiert werden, wodurch eine systematische und differenzierte Generierung von Daten ermöglicht wurde.

### Auswertung

In einem nächsten Schritt wurden sowohl die Interviews als auch die Protokolle und die dazugehörigen Kontextinformationen der teilnehmenden Beobachtungen mit dem Programm Maxqda transkribiert. Die Transkripte der Interviews wurden in normaler Schriftsprache angefertigt (Dialekte bereinigt und stilistisch geglättet) und die jeweilige Interviewsprache beibehalten (Spanisch, Englisch, Deutsch), wobei es zu kleineren Problemen mit hineingerutschten katalanischen Textpassagen gekommen ist, die nicht vollständig transkribiert werden konnten. In einem nächsten Schritt habe ich das empirische Material mithilfe des Verfahrens der qualitativen Inhaltsanalyse (Kuckartz 2018) inhaltlich systematisiert und für weitergehende Analyseschritte aufbereitet. Die Entwicklung der Kategorien folgte einem deduktiv-induktivem Vorgehen, d. h. es wurden unabhängig vom erhobenen Datenmaterial a-priori Hauptkategorien aus der Theorieorientierung, den Leitfragen und dem Kontext gebildet, die im Verlauf der Analyse durch die Bildung von Kategorien bzw. Subkategorien direkt am Material ergänzt wurden (ebd., S. 95). Durch die Kombination der verschiedenen Verfahren sollte sowohl die Bezugnahme auf theo-

<sup>9</sup> Wo fand das Erlebte statt und wie lange hat es gedauert; wer hat teilgenommen, was wurde gesagt oder getan; wie haben die Teilnehmenden auf die Situation reagiert; war es eine einmalige oder regelmäßige Situation; welchen Normen oder Zwängen unterlag das Handeln der Beteiligten möglicherweise?

retische Wissensbestände und eine damit verbundene Nachvollziehbarkeit als auch eine explizite Verbindung zum untersuchten Fallbeispiel und deren Besonderheiten ermöglicht werden. Durch das induktive Moment kann zudem Unerwartetes offenbart werden und der theoretische Rahmen ausgeweitet werden (Kelle und Kluge 2010, S. 32). Durch die schritt- und zeilenweise Bearbeitung der Texte wurde ein komplexes Kategoriensystem entwickelt, welches ich im Durchlaufen mehrerer Iterationsschleifen immer wieder angepasst habe. Dabei sind sowohl Faktorkategorien, thematische und analytische Kategorien verschiedener Abstraktionsniveaus als auch In-Vivo-Codes, also direkte Terminologien oder Begriffe der Sprechenden oder Handelnden, gebildet worden (Kuckartz 2018, S. 34f.). Die Kategorien wurden in einem hierarchischen System von Hauptkategorien und mehrdimensionalen Subkategorien, die in gegenseitige Beziehung gesetzt werden, angeordnet. Angesichts der fast 1000 Seiten umfassenden Transkripte gestaltete sich der Kodierungsprozess alles andere als linear, sondern als „contingent, slippery and often messy practice“ (Cope 2017, S. 354). In diesem Prozess wurde deutlich, dass das Kategorisieren nicht einfach eine Reduzierung von Daten auf einen gemeinsamen Nenner ist, sondern vielmehr eine Methode, um das im Forschungsprozess generierte Material zu zerlegen, in Beziehung zu setzen, neu zu kombinieren und damit für neue und tiefere Interpretationen zu öffnen (Watson und Till 2010, S. 128). Die Ergebnisse der Analyse werden in den kommenden Kapiteln entlang der übergeordneten Fragestellungen aufgeschlüsselt und theoretisch eingeordnet.

## 8.5 Positionalität und aktivistische Stadtforschung

Adam Hanieh (2021, S. 79f.) benennt noch einen weiteren zentralen Punkt der Marxschen Methode, der wichtige Implikationen für den Forschungsprozess gibt. Hierbei handelt es sich um die Betonung der tiefen Verbindung zwischen Theorie und politischer Praxis, wie sie in den 11 Thesen über Feuerbach zum Ausdruck kommt: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kommt drauf an, sie zu *verändern*“ (Marx 1969 [1845], S. 7, Hervorhebung im Original). Dies ist allerdings nicht nur ein moralischer Aufruf zu politischem Aktivismus, sondern vielmehr schaffe die Einheit von Theorie und Praxis eine „revolutionäre Praxis“ (ebd.), die es ermöglicht, die Welt durch die Versuche sie zu verändern, erst richtig zu verstehen. Die Welt zu verändern, bedeutet in diesem Sinne, dass der\*die Forschende sich politisch positioniert und die Wissensproduktion, sowie die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ökologischen Ausbeutung- und Unterdrückungsverhältnisse in Frage stellt (Chatterjee und Ahmed 2019, S. 366).

Im Sinne der 11. Feuerbachthese hat sich seit den 2000er Jahren eine stärker aktivistische Geographie und Stadtforschung herausgebildet, die kritische Theoriebildung mit Aktivismus verbindet<sup>10</sup>. Diese versucht durch „kritische Kollaborationen“ und „gegenseitige

<sup>10</sup> Im internationalen Kontext werden solch aktivistisch orientierte Ansätze sowohl innerhalb universitärer Kontexte, als auch weit darüber hinausgehend, u. a. unter dem Konzept der *militant research* verhandelt. Diese definiert Halvorsen

Solidarität“ von Forschenden mit widerständigen Gruppen, sozialen Bewegungen oder Nichtregierungsorganisationen die unterdrückerischen Machtverhältnisse mittels Aktion, Reflexion und Ermächtigung in Frage zu stellen (Routledge 2009, S. 7). Daraus ergeben sich verschiedene Charakteristika für die Ansätze der aktivistischen Stadtforschung, die entsprechend beim Forschungsprozess einzubeziehen sind: 1) Ausgehend von der grundlegenden Kritik an einer positivistischen Wertneutralität wird die eigene Verwobenheit in gesellschaftliche Verhältnisse verortet und anerkannt, dass „jedes Wissen notwendigerweise von einem bestimmten Standpunkt innerhalb gesellschaftlicher Machtkonstellationen produziert“ (Schipper 2017, S. 15) wird. Anstelle der vermeintlichen Neutralität treten somit die bereits formulierten „politisch-moralischen Determinanten und normativen Grundlagen“ (ebd.). Damit ist die aktivistische Stadtforschung sichtbar parteiisch, was allerdings nicht zum wissenschaftlich unsauberen Arbeiten oder Ausblenden von Widersprüchen führen darf (Füllner 2018, S. 88). Vielmehr muss sich die eigene Forschung entlang der Qualitätsstandards „Wahrung logischer Stringenz, Verwendung nachvollziehbarer methodischer Verfahren, kritische Überprüfung empirischer Validität sowie Reflexion der eigenen normativen Grundlagen“ (Kuge et al. 2020, S. 224) messen. 2) Die Forschung wird nicht zu einem wissenschaftlichen Selbstzweck betrieben, der sich nur im wissenschaftlichen Rahmen verortet und diejenigen einbezieht, die traditionell als Wissenschaftler\*innen gelten, sondern aktivistische Forschende versuchen, Wissen im Kontext politischer Widersprüche und Auseinandersetzungen zu fördern (Russell 2015, S. 225). Vielmehr ist der Zweck aktivistischer Stadtforschung, über den akademischen Betrieb hinauszuwirken, gesellschaftlich relevante Probleme aufzugreifen und in diese zu intervenieren. 3) Dadurch soll die kritische Geographie stärker an die Erkenntnisinteressen sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen geknüpft werden (Kuge et al. 2020, S. 221). Etwa können wissenschaftliche Fragestellungen formuliert werden, die für Akteur\*innen sozialer Bewegung von Relevanz, aber nicht ohne weiteres mit den eigenen Ressourcen zu bearbeiten sind. Über reine Beschreibungen der Situation von Untersuchten hinaus, können konkrete Handlungsoptionen für bestimmte Problemstellungen innerhalb der untersuchten Strukturen gemeinsam erarbeitet oder kollektive Lernprozesse angestoßen werden (Halder und Schweizer 2020, S. 257). Damit sollen „durch die gezielte Vernetzung von wissenschaftlicher Beobachtung und Reflexion einerseits, und politischer Praxis in sozialen Auseinandersetzungen andererseits, emanzipatorische Transformationsprozesse angeregt, begleitet und verstärkt werden“ (Kuge et al. 2020, S. 224). 4) Es wird eine Erweiterung der theoretischen Perspektive um die Erfahrungen aus den (alltäglichen) Kämpfen gegen Unterdrückung angeregt (Halvorsen 2015, S. 470f.). Becksteiner (2011) konstatiert mit Blick auf die Tradition der international erprobten Ansätze der *militant research*, dass es darin um ein Wissen geht, „das die Subjekte ins Zentrum stellt, das ihre Selbstverortung in widersprüchlichen gesellschaftlichen Verhältnissen und ihren eigenen Standpunkt sowie Möglichkeiten der Intervention

---

(2015, S. 466) als „a committed and intense process of internal reflection from within particular struggle(s) that seeks to map out and discuss underlying antagonisms while pushing the movement forward.“

in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zum Ausgangs- und Zielpunkt der Wissensproduktion macht“. Dabei handele es sich um ein Wissen, welches „oft fragmentarisch bleibt, da es nicht zum Zwecke der theoretischen Ausformulierung entstand, sondern aus der Notwendigkeit, die eigenen Möglichkeiten des sich zur Wehr Setzens zu erkennen und kommunizierbar zu machen“ (ebd., o. S.) und somit „Spuren neuer Formen von Vergesellschaftung beinhalten kann“ (ebd.). Diese Ansätze erforschten die konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeiter\*innen etwa im Frankreich der 1930er Jahre (Simone Weil) oder im Zuge der operaistischen Bewegung im Italien der 1960 und 1970er Jahre (siehe zweite theoretische Synthese) und „immer wieder gab und gibt es Versuche, derartiges Wissen als strategiebildenden und organisatorischen Kern in der ArbeiterInnenbewegung (sic) zu positionieren“ (ebd.).

Bezüglich der neueren Ansätze der aktivistischen Stadtforschung stellt Carolin Genz vor allem mit Fokus auf ethnografische Methoden fest, dass die empirischen Erfahrungen permanent theoretisch rückgebunden werden müssen und sich so durch ein „ganzheitliches Zusammendenken von Theorie, Methode, Forschungspraxis und Positionalität“ Potenziale für eine „urbane Theoriegenese“ böten. Darüber hinaus begünstige die „Analyse räumlicher Praktiken und verkörperter Erfahrungen“ die „Herausbildung kritisch-materialistischer Theorien“ (Genz 2020, S. 16).

Auch wenn die Ansätze der aktivistischen Stadtforschung das Verhältnis von Forschenden und Beforschten in den Mittelpunkt stellen und die Absicht teilen, Forschung im Sinne sozial emanzipativer Prozesse zu betreiben, sind auch diese (in der Umsetzung) mit Widersprüchen und Fallstricken verbunden. So haben einige Klimaaktivist\*innen des Widerstands im Hambacher Forst<sup>11</sup> scharf die zunehmenden Beforschungsversuche der Bewegung durch Studierende und Wissenschaftler\*innen kritisiert, da die dadurch generierten Ergebnisse für die Aktivist\*innen vor Ort kaum Relevanz haben und auch potenziellen Gegner\*innen dieser Bewegung dienen könnten:

Uns ist bewusst, dass viele der Studierenden, die Protestbewegungen im weitesten Sinne erforschen wollen, es wirklich gut meinen. Aber: Gut gemeint ist oft nicht gut gemacht. Im Ergebnis hilft das der Bewegung fast nie weiter, ist im besten Fall belanglos und im schlimmsten kontraproduktiv und gefährlich. (Hambi bleibt 2021, o. S.)

Die Verfasser\*innen kritisierten weiter, dass die Analysen von gruppeninternen Strukturen, Problemen und Konflikten, das Abfragen über Positionen zu bestimmten Aktions-

<sup>11</sup> Der Hambacher Forst ist ein umkämpfter, noch mehrere hunderte Hektar großer Wald in Nordrhein-Westfalen zwischen Köln und Aachen. Der Energieversorgungskonzern RWE will ihn für den Abbau von Braunkohle abholzen. In den letzten 10 Jahren hat sich dagegen ein breiter Widerstand seitens der Klima- und Umweltbewegung organisiert. Aktivist\*innen besetzen immer wieder Teile des Waldgebietes, um die geplanten Rodungsarbeiten zu verhindern und sind dabei teils mit heftigster Repression konfrontiert (Kaufer und Lein 2018).

formen sowie zum Verhältnis zwischen verschiedenen Gruppen zur Spaltung und Schwächung von Bewegungen genutzt werden könnten. Vor allem Gruppen oder Akteur\*innen, deren Handlungen den rechtlichen Rahmen der bürgerlichen Gesetzesordnung gezielt überschreiten, könnten so im Zweifel von Repressionsbehörden lokalisiert und politisch isoliert werden (ebd.). Des Weiteren hinterfragen Aktivist\*innen (kritisch), warum gerade Wissenschaftler\*innen bestimmte interne Dynamiken oder Probleme innerhalb von Bewegungen und der damit verbundenen Frage, wie dies zu ändern sei, besser erfassen können. Zumeist, so die Aktivist\*innen weiter, scheitert es nicht an dem Wissen über die Probleme, sondern an den mangelnden Kapazitäten, diese zu beheben:

Ist es nicht so, dass wir viele Probleme da bereits kennen (oder kennen könnten, wenn wir uns drum kümmern) und es oft trotzdem einfach nicht hinbekommen, sie anzugehen? Und dass Ansätze, die wir miteinander entwickeln könnten, auch viel besser zu unserer Realität passen würden? Ist die Hoffnung, Antworten in ‚der Wissenschaft‘ zu finden vielleicht ein verzweifelter Versuch, das Scheitern bewegungsinterner Aufarbeitung anderswo kompensieren zu wollen [...]? (Hambi bleibt 2021, o.S.)

Einen weiteren möglichen Widerspruch eröffnet die eigene Position als Forscher\*in im Feld. Auch wenn die starre Unterteilung zwischen „Aktivist\*in und Geograph\*in“ aufgelöst werden kann, indem „man Forschung als ein Subjekt betreibt, das sich am Kampf orientiert, und nicht als ‚Akademiker\*in‘, die körperlose – ‚tote‘ – Informationen über Bewegungen produziert“ (Russel 2015, S. 227), werfen Machtungleichheiten im Prozess der Wissensgenerierung zentrale Fragen auf. Etwa formuliert Genz ausgehend von ihrer ethnografischen Forschung urbaner Protestpraktiken:

Wie verhalte ich mich beispielsweise gegenüber den Kämpfen marginalisierter Gruppen in stadtpolitischen Kontexten, die für manche Akteur\_innen mitunter existenzieller Natur sind? Wie bewahre ich ein Vertrauensverhältnis zu den Akteursgruppen, um den ‚Zugang‘ zum Forschungsfeld aufrecht zu erhalten? Wie fließen die persönlichen Bezüge zu den Akteur\_innen in die eigene Analyse und Wissensproduktion und damit in die Repräsentation des Forschungsfeldes ein? Was kann ich für die Akteur\_innen leisten und was nicht? (Genz 2020, S. 25)

Auch wenn eine Auflösung dieser Fragen im Forschungsprozess nicht immer möglich ist, so ist eine aktive Auseinandersetzung mit diesen Fragen im Sinne einer reflexiven Positionalität die Selbstkritik und politische Verantwortung des Forschenden einbezieht, grundlegendes Element kritischer Wissensproduktion (ebd.).

Die genannten Charakteristika und Diskussionsstränge der aktivistischen Stadtforschung hatten konkrete Implikationen für das Forschungsdesign und den Forschungsprozess

der vorliegenden Arbeit, wobei dies nicht als reibungsloser und linearer Vorgang zu verstehen ist, sondern als von den konkreten Erfahrungen, Widersprüchen und (Selbst-) Reflexionen geprägter Prozess. Bereits bei der Wahl des Themas und der theoretischen Ansätze lag eben jene Absicht zugrunde, aktuelle stadtpolitische Entwicklungen hinsichtlich ihrer Verwobenheiten mit Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen zu analysieren (Kapitalismus, Patriarchat) und darüber hinaus nach Widersprüchen, Brüchen und „Knotenpunkten transformativer Aktivitäten“ (Harvey 1996, S. 54) zu suchen, die über das Bestehende hinausweisen. Dafür lag ein Fokus meiner Untersuchung auf den sozialen Kämpfen, vorrangig der lokalen Wohnraumbewegung im Stadtteil Sants, wobei diese nicht als isoliertes Protestereignis, sondern als zentraler Teil von Vergesellschaftung betrachtet werden (Gomes de Matos und Mullis 2018, S. 101). Damit wird dem Vorschlag von Gomes de Matos und Mullis gefolgt, Protest nicht nur an sich zu untersuchen, sondern die „Analyse von Gesellschaft, deren Funktionsweise und Krisenmechanismen in den Mittelpunkt der Forschung zu stellen“ und somit soziale Kämpfe als „bedeutsame Indikatoren und Produktionsorte von Bruchlinien gesellschaftlicher Gefüge“ (ebd., S. 102f.) zu verstehen.

Dieses Forschungsinteresse ist durchaus auch mit meiner persönlichen Biografie und einem darin langjährig verankerten politischen Aktivismus verknüpft. Die Aufhebung der Distanz zwischen „Forschendem“ und „Aktivisten“ trifft in diesem Fall also insofern zu, dass der Anspruch der vorliegenden Arbeit war, politisch relevante Probleme zu bearbeiten, die Inhalte auch für den außeruniversitären Bereich aufzubereiten und für politische Bewegungen nutzbar zu machen. Allerdings war es nicht meine von Anfang an festgelegte Erwartung, den beforschten sozialen Bewegungen durch meinen wissenschaftlichen Zugang einen Reflexionsrahmen für kollektive Erkenntnisgewinne zur Verfügung zu stellen. Dies hat sich im Laufe des Forschungsprozesses auch nicht in übergeordneter Form ergeben, da die Strukturen oftmals über entsprechende Reflexions-Mechanismen verfügten und zum Teil auch im engen Austausch mit wissenschaftlichen Akteur\*innen standen bzw. diese Teile von ihnen sind. Vor allem durch die Interviews und Gespräche während der teilnehmenden Beobachtungen konnten aber individuelle Reflexionsprozesse bei den Beteiligten vor Ort angestoßen werden. Hingegen war es durchaus ein erklärtes Ziel der Arbeit, das Wissen und die Erfahrungen der in Barcelona verorteten Bewegungen zu verbreiten und vor allem für lokale politische Kontexte zugänglich zu machen. Dies konnte realisiert werden, indem Vorträge gehalten und Workshops für politische Aktivist\*innen organisiert wurden, aber auch dadurch, dass versucht wurde die Erfahrungen für die eigene politische Praxis, z. B. hinsichtlich lokaler Stadtteilpolitik zu transferieren. Ein weiterer Weg, um dem Forschungsprozess als einseitiges Abschöpfen von Wissen vorzubeugen, waren die konkrete Teilnahme an politischen Aktionen von Gruppen und die temporäre Unterstützung lokaler Strukturen. Dies gilt etwa für die Mitarbeit im Stadtteilzentrum Can Batlló, wo ich für einige Wochen unbezahlte Schichten in der Bar übernommen habe, mehr noch aber für die Partizipation bei der Grup d’Habitatge



de Sants. In einer Situation wurde meine Rolle als ausländischer Forscher gezielt genutzt, indem ich bei einem Treffen mit der Behörde von einer Person der GHAS spontan als „internationaler Journalist“ vorgestellt wurde, der über die Wohnraumsituation in Barcelona berichten möchte (22.05.2019). Nach kurzer Diskussion konnte ich an diesem persönlichen Gespräch teilnehmen, und die Terminhabende bemerkte im Anschluss, dass die anwesende Sachbearbeiterin ihr ohne meine Anwesenheit nicht so zugehört hätte. In anderen Situationen konnte ich eine solche mir zugeschriebene Rolle nicht erfüllen, wenn in mir z.B. eher ein Journalist als ein Forscher gesehen wurde und ich darum gebeten wurde, über erfahrene Polizeibrutalität bei einer zurückliegenden Zwangsräumung in den deutschen Medien zu berichten.

Während der Forschung kam es immer wieder zu Momenten, in denen die unterschiedlichen sozialen Stellungen in Verschränkung mit ungleichen Machtverhältnissen offensichtlich wurden, vor allem in der Situation von Zwangsräumungen. Hier ein Promotionsstudent mit vergleichsweise gutem Einkommen und festem Wohnsitz in Deutschland, der nach einigen Wochen Forschung wieder zurück in seinen Alltag kehrt und dort die Menschen, die bereits in extrem prekären Lebensverhältnissen stecken und denen jetzt noch der Wohnraum ohne Option genommen werden soll und damit auch noch zum Forschungsobjekt werden. Ich habe versucht, solche Situation mit einer entsprechenden Sensibilität und Zurückhaltung zu begegnen und mich nicht als Forscher aufzudrängen, in dem ich gezielt das Gespräch mit den betroffenen Personen suchte oder nach Interviews fragte. Erst wenn ich zu bestimmten Personen ein engeres Vertrauensverhältnis aufgebaut hatte und ungefähr einschätzen konnte, ob sie mentale und zeitliche Kapazitäten für tiefere Nachfragen oder Interviews haben, bin ich mit diesen Anliegen aktiver auf sie zugegangen. Dabei habe ich meine Rolle als Forscher wiederholt deutlich und transparent gemacht, dabei aber auch immer den Doppelcharakter betont, dass ich auch „lernender Aktivist“ bin. Dies habe ich auch in offizielleren Interviewfragen gegenüber Aktiven der municipalistischen Listen CUP und Barcelona en Comú kommuniziert. Über diese Position als politisch Verbündeter und der damit (abstrakt) geteilte Erfahrungshorizont konnte ich in vielen Situationen schneller Vertrauen zu Leuten herstellen und Zugang zu gewissen Strukturen bekommen (Nadler und Hörschelmann 2018, S. 108) sowie auch eine gewisse „field credibility“ (Wust und Meyer 2018, S. 90) aufbauen. Dieser geteilte Erfahrungshorizont erleichterte oftmals nicht nur den Feldzugang, sondern erweiterte zudem meinen Blick für mögliche forschungsrelevante Problemfelder, Konflikte und Akteur\*innen und half vor allem politische Handlungen und Funktionsweisen von politischen Strukturen nachzuvollziehen (Füllner 2018, S. 87). Zudem begünstigte die eigene Sozialisation in der außerparlamentarischen Linken und die damit stets verbundene Reflexion und Selbstkritik der politischen Aktivitäten trotz der Nähe zu Akteur\*innen und Strukturen während der Forschung eine kritische Reflexion des Gehörten, Beobachteten und Erlebten zu wahren.

## 9 Wohnraumkrise und Rekonfiguration der sozialen Reproduktion in Barcelona

Die Krise, die letzte Krise die du genannt hast, ist keine Krise. Es ist die normale Situation in Spanien. Dauerzustand. In Spanien besonders, Wohnung und Wohnrechte sind immer, von Anfang an, eine Sache von Geld machen. Einfach. (Int. 16.05.2019)

Das einleitende Zitat legt hinsichtlich der Wohnsituation im spanischen Staat drei Punkte offen: Die Wohnraumversorgung ist 1) extrem prekär, 2) von ökonomischen Interessen geleitet und 3) keine temporäre Ausnahmesituation, sondern eine auf Dauer gestellte Problematik. Daran anschließend sollen im folgenden Kapitel bestimmte Auswirkungen der Austeritätspolitik und der Wirtschaftskrise auf die soziale Reproduktion anhand der Wohnraumfrage in Barcelona schlaglichtartig dargelegt werden. Eingangs (Kap.9.1) wird dafür die Entwicklung der Wohnraumversorgung seit dem Platzen der Immobilienblase 2008 nachgezeichnet und argumentiert, dass als Antwort auf die Hypothekenkrise in den letzten Jahren eine Finanzialisierung des Mietwohnungsmarktes im spanischen Staat vorangeschritten ist, um neue Investitionsmöglichkeiten für überschüssiges Kapital zu schaffen. Grundlage für diese Finanzialisierung waren politische Maßnahmen auf der europäischen und zentralstaatlichen Ebene. Daran anschließend werden die damit verknüpften sozialen Folgen skizziert und die Prekarisierung der Wohnverhältnisse und die steigende Gefahr von Zwangsräumungen als Entsicherung der Lebensverhältnisse analysiert (Kap.9.2) sowie die Vergeschlechtlichung dieser Krise betont, in der Frauen überproportional betroffen sind (Kap.9.3). Andere Perspektiven auf die Krisenfolgen ab 2008 eröffnen Betrachtungen des Kooperativenwesens – sowohl hinsichtlich Arbeit als auch Wohnen – welches in den letzten Jahren als Alternative zum krisenhaften neoliberalen Kapitalismus erstarkt ist (Kap.9.4). Abschließend werden in diesem Kapitel entlang verschiedener Akteur\*innen und Interessen soziale Kräfteverhältnisse skizziert und in ein Verhältnis gebracht.

Dies ist nur ein sehr ausschnittthafter Blick auf das Thema Austerität und Krise, und genauso gut hätte der Schwerpunkt entlang der Bereiche Bildung, Arbeitsverhältnisse oder medizinische Grundversorgung gelegt werden können. Dennoch bietet die Wohnraumfrage das Potenzial, grundlegende ökonomische, politische und soziale Krisendynamiken aufzuzeigen und so Akteur\*innen und Entwicklungen auf Mikro- und Makroebene in ein relationales Verhältnis zu setzen. Während die genannten Punkte in diesem Kapitel etwas genereller auf Ebene der Stadt Barcelona gerahmt und analysiert werden, richtet Kapitel 11 den Blick stärker auf den Alltag und untersucht die gewonnenen Erkenntnisse auf Stadtteilebene.

## 9.1 Austerität und die Finanzialisierung des Mietwohnungsmarktes

Seit dem Platzen der Immobilienblase hat eine Umstrukturierung des Wohnangebots in Barcelona (und im spanischen Staat) eingesetzt, bei der entgegen des historischen Entwicklungspfades eine Verschiebung des Wohnangebots von Eigentum in Richtung Mieten fokussiert wird. Dies hat Auswirkungen auf die Entwicklung der Mieten und die Akteur\*innen auf dem Wohnungsmarkt sowie soziale Folgen in Form eines verstärkten Wohnungsnotstands.

Durch den Entwicklungspfad der Eigentumsförderung ab 1950 lag die entsprechende Quote bei Wohnraum im spanischen Staat relativ hoch und erreichte ihren Höchststand im Zuge des Immobilienbooms mit über 80 % Eigentumsquote im Jahr 2009. Zehn Jahre später ist die Quote um knapp 5 % gesunken, sodass im Landesschnitt jeder vierte Haushalt zur Miete wohnte (Statista Research Department 2022). Diese Zahlen variieren je nach Region, wobei ländlichere Gebiete und kleinere Städte einen geringeren Anteil an Mietwohnungen aufweisen, während in Städten wie Madrid und Barcelona die Quoten deutlich höher liegen. Nach Angaben des Stadtrates von Barcelona machten die 265 444 Mietwohnungen über 38 % des gesamtstädtischen Wohnungsbestandes aus (Observatori Metropolità de l’Habitatge de Barcelona 2020, S. 21)<sup>1</sup>. Vor allem in der jüngeren Bevölkerung ist der Anteil der Haushalte, die in Mietwohnungen leben, in den letzten 15 Jahren stärker angestiegen. So ist der Anteil der 16- bis 29-jährigen sowie der 30- bis 44-jährigen um jeweils über 10 % gewachsen (Atlas RE Analytics 2021, S. 10). Zudem haben im Vergleich zum Eigentum überproportional viele Mieter\*innen einen Migrationshintergrund (Ouasbaa und Viladecans Marsal 2021). Gründe für diese Entwicklung waren zum einen die mit der Wirtschaftskrise und der Austeritätspolitik verbundene ökonomische Prekarisierung – Jobverlust und hohe Jugendarbeitslosigkeit, Abbau von Arbeitsrechten, Senkung der Löhne – und zum anderen ein erschwerter Zugang zu Hypotheken für den Wohnungsbau oder -kauf. So wurden im Jahr 2019 weit über zwei Drittel weniger Hypotheken als noch 2006 abgeschlossen (Atlas RE Analytics 2021, S. 6).

Das Wachstum des Mietwohnungsbestands ging in den letzten Jahren einher mit einem Anstieg der Mietpreise. Nach dem krisenbedingten Tief verzeichneten die Mietpreise ab den Jahren 2013/2014 im gesamten spanischen Staat und vor allem in den wichtigen städtischen Zentren einen starken Anstieg. In Barcelona stiegen die durchschnittlichen Wohnungspreise innerhalb von sechs Jahren (2014–2019) um über 40 % auf 978,80 Euro respektive im Quadratmeterpreis um 36 % auf 13,60 Euro/m<sup>2</sup> an und überstiegen damit das zwischenzeitliche Rekordhoch von 2008 deutlich (Ayuntamiento Barcelona 2022b). In den letzten zwei Jahren war die Entwicklung leicht rückläufig, was vor allem auf die Corona-Krise und die temporär in Kraft getretene Mietpreisbremse in Katalonien

<sup>1</sup> Die Zahlen beruhen auf einer soziodemografischen Umfrage und können je nach Quelle variieren. Zum Beispiel spricht Incasòl von 212 000 Mietwohnungen.

zurückzuführen ist. Dennoch hat der rasante Anstieg der Preise dazu geführt, dass viele Menschen keinen regulären Zugang zu Wohnraum haben oder einen Großteil ihres Einkommens dafür aufwenden müssen. Dies ist auch eine zentrale Folge der Deregulierung des Arbeitsmarktes im Zuge von Krise und Austerität:

Es wurde uns verkauft, dass wir aus der Krise herausgekommen sind. Die Partido Popular brüstet sich seit Jahren damit, dass wir plötzlich aus der brutalen Krise herausgekommen sind, da sie alles zivilisiert. Sie gewähren den Unternehmen bestimmte Arten von Beihilfen in Form von Steuervorteilen. Aber für die Menschen generieren diese Müll-Jobs. Gleichzeitig sind die Preise für Wohnraum in den Großstädten gestiegen. (Int. 24.05.2019)

Im Verhältnis zu den Wohnungspreisen sind die Reallöhne im spanischen Staat in den letzten Jahren nur leicht gestiegen, sodass der Zugang erschwert und die Belastung durch Mietkosten deutlich angestiegen sind. Laut einer Studie der Stadtverwaltung sind über 25 % der Beschäftigten in Barcelona sogenannte *Mileuristas*, die ein Monatseinkommen unter 1.000 Euro haben. Bei unter 30-jährigen stieg diese Quote sogar auf über 50 %, sodass die Durchschnittsmiete bei einem Einpersonenhaushalt gerade durch das Einkommen gedeckt wäre (Ayuntamiento Barcelona 2018a, S. 3). Insgesamt mussten 2018-2019 in Barcelona über ein Drittel der Mieter\*innen (34,9 %) mehr als 40 % ihres Einkommens für die Miete ausgeben<sup>2</sup> (L'Institut d'Estudis Regionals i Metropolitans de Barcelona 2020, S. 11). Diese hohe Mietbelastungsquote und der generelle Mangel an Mietwohnungen führen zu einer klaffenden Wohnungsversorgungslücke, wonach gemessen an einer Mietbelastungsquote von 35 % im spanischen Staat über 1,5 Millionen Wohnungen fehlen. Davon fehlen alleine in Barcelona über 190 000 Wohnungen und selbst bei einer Belastungsquote von 40 % betrüge die Lücke immer noch knapp 130 000 Wohnungen (Atlas RE Analytics 2022, S. 28, S. 53).

Auf der Angebotsseite erhöht die Mietpreisentwicklung Anreize für Investitionen und führt zu einer zunehmend wichtigen Rolle von großen Unternehmen auf dem Mietwohnungsmarkt. Während die Kauf- und Verkaufspreise von Eigentum in den letzten zehn Jahren relativ stabil geblieben sind, bot der Kauf von Mietwohnungen bis zum Jahr 2020 eine steigende Rentabilität und lag trotz einer negativen Tendenz im Jahr 2021 je nach Studie zwischen 6,2<sup>3</sup> und 7,1 %. Die Sprecherin eines großen Immobilienportals unterstrich die attraktive Rentabilität in diesem Sektor: „Tatsächlich ist es derzeit fast unmöglich, auf dem Markt Finanzprodukte zu finden, die eine solche Rendite von annähernd 7 % bieten“ (Fotocasa 2021, o. S.). Während die Region Katalonien mit einer Rentabilität

2 Eine Mietbelastungsquote über 30 % gilt laut Sozialwissenschaftler\*innen als problematisch (Lebuhn et al. 2017, S. 69).

3 Gemessen wird die Bruttomietenrendite, die sich aus der Division der durchschnittlichen Kaufpreise durch die Mieten ergibt.

von 6,8% in diesem Schnitt liegt, ist die Stadt Barcelona mit 4,76% deutlich darunter. Dabei sind deutliche Variationen zwischen Bezirken zu beachten, so liegt die Rentabilität für Mietimmobilien in Nou Barris (5,76%) oder Sants-Montjuïc (5,2%) deutlich höher als in Les Corts (3,6%) oder Sarrià-Sant Gervasi (3,83%) (Torío 2021).

Mit der zunehmend wichtigen Rolle und der steigenden Rentabilität des Mietwohnungsmarktes in der Post-Wirtschaftskrisenphase änderte sich auch die Zusammensetzung der Eigentümer\*innenstruktur. Während zum Höhepunkt der Immobilienkrise vor allem private Vermieter\*innen mit wenigen Wohneinheiten den Mietmarkt ausmachten, sind in den letzten Jahren verstärkt professionelle Vermieter\*innen aktiv, darunter eine Vielzahl internationaler Kapitalgesellschaften. Laut dem Observatori Metropolità de l'Habitatge de Barcelona (OHB), ein gemeindeübergreifender *Thinktank* zur Wohnraumsituation im Großraum Barcelona, kann von einem stark dualisierten Mietwohnungspark in der katalanischen Hauptstadt gesprochen werden. Während 46,7% der Mietwohnungen (99401 Einheiten) auf 88,3% der Hausbesitzer\*innen mit ein oder zwei Mietwohnungen entfallen, kumulieren sich 32,4% der Mietwohnungen (69037) auf nur 2,3% Hausbesitzer\*innen, die mehr als zehn Einheiten besitzen. Wohnungseigentümer\*innen, die mehr als 15 Einheiten besitzen, zählen 1,3% und vereinen 26,4% der Mietwohnungen (56307) auf sich, was einem Durchschnitt von 42 Einheiten pro Eigentümer\*in entspricht (Observatori Metropolità de l'Habitatge de Barcelona 2020, S. 21). Diese Dualisierung des Mietwohnungsmarktes durch die divergierende Verteilung pro Eigentümer\*in wird durch Unterschiede in der Eigentümer\*innenform verstärkt. Während 63% des gesamten Mietwohnraumbestands im Eigentum von physischen Personen und 37% vorrangig von juristischen Personen sowie von öffentlicher Verwaltung, Genossenschaften oder religiösen Einrichtungen sind, kehrt sich diese Tendenz bei Großeigentümer\*innen um. Dort sind es bei den Eigentümer\*innen mit mehr als 10 Wohneinheiten nur knapp ein Viertel physische Personen und drei Viertel juristische Personen zusätzlich zu den anderen genannten Entitäten. Unter die juristischen Personen fallen unter anderem Aktiengesellschaften, GmbHs und Fonds (ebd., S. 27).

Die genaue Zusammensetzung der juristischen Personen kann aufgrund einer komplexen und unübersichtlichen Datenlage nicht genau bestimmt werden. Dennoch ist offensichtlich, dass unter den großen Mietwohnungseigentümer\*innen transnationale Firmen und Investmentfonds eine immer größere Rolle spielen (u. a. Int. 01.04.2019, Int. 16.06.2021, Int. 22.07.2021). Das wohl bekannteste Unternehmen ist die US-amerikanische Investmentgesellschaft Blackstone, welche über verschiedene Aktiengesellschaften wie Testa, Albirana Properties oder Fidere Patrimonio um die 40000 Mietwohnungseinheiten im spanischen Staat besitzt und darüber hinaus der zweitgrößte Hoteleigentümer (20000 Betten) ist, 100000 Hypotheken über Caixa Catalunya besitzt und eine zentrale Rolle im Logistikwesen spielt (162000 m<sup>2</sup> Industrie- und Gewerbefläche) (Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona 2019). Insgesamt gibt es im spanischen Staat 16 Un-

ternehmen mit mehr als 1 000 Mietwohnungseinheiten. Darin ist die Caixabank, die als Aktiengesellschaft geführte Privatkund\*innenbank mit Sitz in Valencia, mit 25 000 Mietwohnungseinheiten der zweitgrößte Akteur, dahinter folgend die *Bad Bank* Sareb mit knapp 15 000 Einheiten, Lazora mit 9 000 Wohnungen und das US-amerikanische Ares Management mit 7 021 Wohnungen. AXA IM, die Vermögensverwaltung des französischen Versicherungskonzerns AXA, besitzt 3 744 Wohnungen, gefolgt von Vivenio Residencial, dem *Real-Estate-Investment-Trust* des niederländischen Pensionsfonds APG, mit 3 500 (Atlas RE Analytics 2022, S. 30). Neben den genannten Firmen spielen u. a. auch das Investmentfonds-Managementunternehmen Cerberus, der finnische Investor Vauras oder MK Premium eine wichtige Rolle in Barcelona (u. a. TB 24.02.2019, TB 25.05.2021).

Die erhöhte Präsenz dieser Großeigentümer geht mit Spekulationsdynamiken auf dem Mietwohnungsmarkt einher, da viele dieser Unternehmen und Fonds den Wohnraum als reine Kapitalanlage betrachten und versuchen, damit im Windschatten der Krise in kürzester Zeit Profit zu erwirtschaften. Das *Sindicat de Llogateres* (dt. Mieter\*innengewerkschaft) beschreibt diesen *Modus Operandi* pointiert: „ankommen, wenn alles versenkt ist, billig kaufen und in einem kurzen Zyklus so teuer wie möglich verkaufen“ (*Sindicat de Llogateres* 2020, o. S.). Aufgrund dieser Geschäftspraktiken werden die entsprechenden Unternehmen als Geierfonds (span. *Fondo buitre*) bezeichnet. Diese entstanden mit der Krise 2008, kauften im großen Umfang sowohl privaten als auch öffentlichen Wohnraum und Sozialwohnraum und erwarben darüber hinaus zu verminderten Preisen Hypothekendarlehen bei den verschuldeten Banken. Schuldner\*innen, die ihrer Leistung nicht nachkommen konnten, wurden gekündigt und bei Widerstand zwangsgeräumt. Die leeren Wohnungen wurden entweder zu einem höheren Preis wiederevermietet oder direkt zu einem höheren Preis weiterverkauft. Mit der steigenden Rentabilität von Mietwohnungen über die letzten Jahre wurde diese Praxis weiter fortgeführt und Mieter\*innen entweder nach Ende ihres Mietvertrages – die Vertragslaufzeit ist auf drei bzw. fünf Jahre beschränkt – nicht verlängert oder vorzeitig aus dem Mietverhältnis gedrängt, entweder mittels Ausgleichzahlungen, aber auch mittels gewaltvoller Verdrängung durch Nichtrenovierung oder Mobbing. Im Raval wird etwa berichtet, dass Blackstone gezielt Drogendealer\*innen und -konsument\*innen in leeren Wohnungen einziehen lässt und toleriert, um Nachbar\*innen aus anliegenden Wohnungen und Häusern zu vertreiben (García 2020). In einem Interview mit der Nachbarschaftszeitung *Masala* beschreibt Daniel Leyva, Mitglied und Partner des 2012 gegründeten Unternehmens MK Premium die Strategie der Geierfonds und das Verhältnis zu den Mieter\*innen in brutaler Ehrlichkeit:

Unser Geschäft ist völlig legal, rechtmäßig. Wir kaufen Gebäude, sanieren und verkaufen, oder wir kaufen, sanieren und vermieten, und wir sehen nicht, wo der Konfliktpunkt liegt, oder? Uns wird vorgeworfen, unsere Nachbarn vertrieben zu haben, und was wir nicht verlängern, sind die Mietverträge, richtig? Wenn ein

Mietvertrag ausläuft, weil die Verträge ein Ablaufdatum haben, verlängern wir sie nicht, weil wir es vorziehen, die Immobilien zu sanieren, den Wert der Immobilien zu steigern und sie an einen Investor zu verkaufen, bei dem es sich meistens um ausländische Investoren handelt. Ist das eine Räumung der Nachbarn? *Bueno...* Wenn man eine Immobilie saniert und aufwertet, kann man die Wohnungen natürlich nicht für 250 oder 300 Euro im Monat weitervermieten wie vorher. Und ja, diese schlecht zahlende Person muss in eine andere Nachbarschaft ziehen. (Iglesias 2017, o. S.)

Im selben Interview erklärt Leyva, dass sich die Strategie des Unternehmens etwa ab dem Jahr 2014 geändert hat, der Schritt der Sanierung und Rehabilitation übersprungen wurde und die neu erworbenen Gebäude innerhalb weniger Wochen direkt an ausländische Investor\*innen weiterverkauft werden sollen:

Diese zweite Blase, die wir erleben – ich nenne sie so wie sie ist, die Blase – konzentriert sich auf ganz bestimmte Bereiche, weil es eine Blase ist, die nur für ausländische Investitionen da ist. In der ersten Blase gab es ausländische und lokale Investitionen, aber die Investitionen, die jetzt kommen, sind ausländische und mit dem Scheck in der Hand, mit Geld. Es konzentriert sich auf sehr spezifische Viertel [...]. (Iglesias 2017, o. S.)

Die steigende Rentabilität von Mietwohnungen bietet vielversprechende Investitionsmöglichkeiten für (internationales) anlagensuchendes Kapital und führt zu einer beschleunigten Spekulation, die in diesem Fall eher auf niedrigere Gewinne und kürzere Transaktionszeiträume, als auf höhere Gewinne durch längerfristige Sanierung setzt. Diese Spekulationsdynamiken haben einen entsprechenden Effekt auf die Mieten. Die überdurchschnittlichen Gewinne sind quasi erklärtes Ziel der Investitionen und gleichzeitig müssen bei steigenden Kaufpreisen die Mieten erhöht werden, um eine entsprechende Rentabilität der Wohnungen zu halten. So ist es zu erklären, dass Wohnungsbestände der Geierfonds bis zu 50% und teilweise sogar bis zu 100% über dem Durchschnittspreis in den entsprechenden Nachbarschaften liegen (García-Lamarca 2020, S. 1419). Neben Strategien der verkürzten Umschlagszeit setzen die großen Unternehmen auch auf spekulativen Leerstand. Nach Auszug der Mieter\*innen werden Wohnungen trotz hohen Mietniveaus leerstehend gelassen, um auf Wertsteigerungen in der Zukunft zu setzen. Allein Blackstone samt den dazugehörigen Unternehmen horten 13,2% des gesamten Leerstands Kataloniens (Garcia 2020).

Diese Entwicklung hin zu einem spekulativen Mietwohnungsmarkt im spanischen Staat wurde nach dem Platzen der Immobilienblase 2008 (siehe Exkurs: Finanzialisierung der Wohnungspolitik und Immobilienblase im spanischen Staat) gezielt durch politische Maßnahmen auf zentralstaatlicher und europäischer Ebene forciert und ist das Ergebnis

kapitalistischer Krisenlösungsstrategien. Der Staat in entscheidender Rolle hat mit der Finanzialisierung des Mietwohnungsmarktes die in der Krise deutlich gewordenen Grenzen der Kapitalakkumulation mittels Wohneigentum überwunden und über Änderungen in der Steuer-, Finanz- und Bodenregulierung neue Räume für die Absorption von anlagensuchendem Kapital geschaffen (Vives-Miró 2018, S. 8). Hinsichtlich der politischen Maßnahmen besonders hervorzuheben sind dabei die Schaffung einer „spanischen Variante“ der *Real-Estate-Investment-Trusts* (REITs), die Gründung der *Bad Bank Sareb* und damit verbunden der Verkauf ganzer Immobilienportfolios von Finanzunternehmen an Investmentfonds sowie die Deregulierung des Mietsektors durch die Änderung des städtischen Mietgesetzes. Mit dem Gesetz 11/2009 (und dessen Modifikation 16/2012) wurde die rechtliche Grundlage für die sogenannten *Sociedades Anónimas Cotizadas de Inversión Inmobiliaria* (dt. Börsennotierte Immobilien-Investmentgesellschaften), kurz SOCIMI, gelegt, welche dem internationalen Vorbild der REITs als Investitionsinstrument für den Mietmarkt folgten. Das in der Gesetzes-Präambel festgeschriebene Ziel der SOCIMIs ist es,

den Vermietungsmarkt in Spanien weiter voranzutreiben, seine Professionalisierung zu erhöhen, den Bürgern den Zugang zu Immobilien zu erleichtern, die Wettbewerbsfähigkeit auf den spanischen Aktienmärkten zu erhöhen und den Immobilienmarkt anzukurbeln. (Jefatura del Estado 28.10.2009, S. 3)

Hauptzweck der als Aktiengesellschaften angelegten SOCIMIs sind Investitionen in städtische Immobilienwerte, vorrangig über den Erwerb, die Förderung oder Sanierung von Mietobjekten oder die Kapitalbeteiligung an anderen SOCIMIs. Laut der Investitionsanforderungen müssen mindestens 80% der Vermögenswerte aus städtischen Immobilien zur Vermietung und aus Grundstücken, die innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren erschlossen werden sollen, bestehen. Zudem müssen mindestens 80% der Erträge aus der Vermietung von Immobilien und aus Dividenden oder Gewinnanteilen aus solchen Beteiligungen stammen und darüber hinaus müssen die Immobilien für mindestens drei Jahre im Portfolio sein. Im Gegenzug erhalten die Immobiliengesellschaften weitreichende Steuervorteile: Während im ursprünglichen Gesetz von 2009 eine reduzierte Körperschaftssteuer von 19% (statt 25%) festgeschrieben war, werden SOCIMIs ab 2012 unter bestimmten Voraussetzungen mit 0% Körperschaftssteuer belegt (ebd.). Über die SOCIMIs werden lokale Mietimmobilien auf den globalen Finanzmärkten handelbar und attraktiv gemacht und mit der Gesetzesnovellierung stieg die Anzahl der notierten Gesellschaften wie *Testa* oder *Albirana Properties* und deren Transaktionsteil auf dem Immobilienmarkt stetig an (Janoschka et al. 2020, S. 131). Dies hat oftmals weitreichende Folgen für die Mieter\*innen, da sich das erklärte Ziel der SOCIMIs „die Rentabilität für die Aktionäre zu steigern“ über höhere Mieten, schlechten Kund\*innenservice und mangelnde Qualität der Wohnung realisiert (García-Lamarca 2020, S. 1421).



Mit der Schaffung der *Bad Bank Sareb* auf Druck der Europäischen Troika wurde plötzlich ein neuer Akteur auf dem spanischen Immobilienmarkt geschaffen, der als „Marktmacher“ ein neues „institutionelles Umfeld schuf, das Immobilientransaktionen und -investitionen förderte und direkt verhandelte und so den Boden für neue Akkumulationsrunden auf dem Wohnungsmarkt bereitete“ (Janoschka et al. 2020, S. 129). Sareb wurde mit einem Startkapital von 4,8 Mrd. Euro gegründet, davon 45 % aus öffentlichen und 55 % aus privaten Mitteln, und hat über zusätzliche EU-Darlehen für fast knapp 50 Mrd. Euro toxische Vermögenswerte wie zwangsversteigerte Immobilien, halbfertige Häuser oder notleidende Kredite von den bedrohten Banken gekauft. Mit 4 000 Immobilien in der Metropolregion Barcelona ist Sareb an sich ein zentraler Marktakteur, der immer wieder mit Praktiken der Zwangsäumung, Mieterhöhungen, Nichtverlängerung von Mietverträgen und Verweigerung von Sozialmieten in Verbindung gebracht wird (Palmer 2022; TB 31.05.2021, 13.07.2021). Zudem haben Geierfonds, SOCIMIs und Banken tausende von Immobilienwerte zu niedrigen und de facto durch öffentliche Gelder rabattierten Preisen von Sareb gekauft und ebenfalls einem Spekulationskreislauf zugeführt. Sònia Vives-Miró (2018, S. 1932), spricht in diesem Zusammenhang von einem „toxic spatial fix“, der durch die subventionierte Schaffung von Liquidität eine neue Form der Kapitalmobilisierung ermöglichte. 2020 wurde der spanische Staat durch die Europäische Statistikbehörde EUROSTAT gezwungen, die aktuelle Verschuldung von Sareb über 35 Mrd. Euro als Staatsschulden zu übernehmen und nicht wie bis dato durch das Gesellschaftsgeflecht aus den öffentlichen Büchern herauszuhalten. Die Staatsschulden sind dadurch auf 120 % angestiegen und eine offizielle Verstaatlichung von Sareb wird durch die Zentralregierung angestrebt. Der bisherige Kurs von Sareb bedeutet hingegen keineswegs, dass die damit verstaatlichten Immobilien dann auch zu sozial verträglichen Preisen verwaltet werden würden. Die Krisenkosten werden damit, nach den Kosten für die Bankenrettung, erneut vergesellschaftet und auf die Bevölkerung übertragen.

Begünstigt wurde das Agieren der neuen großen Eigentümer\*innen auf dem Mietmarkt durch eine weitreichende gesetzliche Deregulierung des Mietsektors auf Kosten der Mieter\*innen. Mit der Reform des *Ley de Arrendamientos Urbanos* (LAU, dt. städtisches Mietrecht) im Jahr 2013 wurde etwa die Mindestdauer von Mietverträgen von fünf auf drei Jahre herabgesetzt<sup>4</sup> und die Kontrolle von Mieterhöhungen wurde vollständig aufgehoben (vor der Reform von 2013 waren die ersten 5 Jahre bis zum Verbraucherpreisindex gedeckelt). Weiterhin können nach der neuen Gesetzgebung Mieter\*innen nach einem Monat der Nichtzahlung der Miete durch eine ausdrückliche Räumungsklausel aus dem Mietvertrag entlassen werden und darüber hinaus ist ein Schuldnerregister eingerichtet worden, in dem Personen, die wegen Nichtzahlung der Miete verurteilt wurden, sechs Jahre lang geführt werden (Jefatura del Estado 06.06.2013).

---

4 Und damit quasi passend zu den Anforderungen der SOCIMIs gemacht, die eine Immobilie drei Jahre halten müssen.

Das Anwachsen des Mietmarktes, die veränderte Eigentümer\*innenstruktur mit einer immer stärkeren Gewichtung großer internationaler Unternehmen und die rasant steigenden Mietpreise sind demnach das Ergebnis verschiedener politischer Maßnahmen von europäischen und staatlichen Institutionen. Die Finanzialisierung des spanischen Mietmarktes kann als Versuch einer Krisenlösung in Antwort auf die geplatzte Immobilienblase interpretiert werden, die selbst das Ergebnis einer raumzeitlichen Verschiebung der Krise mittels massiver Ausweitung des Wohneigentums war. Die damit verbundene Überakkumulationskrise machte einen neuen *fix* notwendig:

[T]he advance in financialisation [...] represents a new solution to the need to absorb excess capital: a new spatial fix. This solution also does not bring with it a change of circuit that can absorb the excess capital. Instead, this capital will remain in the secondary circuit, and Spain will use new formulas that seek to extend the limits of this 'Spanish spatial fix'. (Vives-Miró 2018, S. 1935)

Dass auch diese Lösung nur temporären Charakter haben wird, machen die Entwicklungen auf dem Mietmarkt – steigende Preise, hohe Mietbelastung und extreme Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum – vor dem Hintergrund der ökonomischen Situation deutlich (Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, stagnierende Reallöhne und Arbeitslosigkeit). Die Austeritätspolitiken haben damit an beiden Enden dieser Entwicklung mitgewirkt, sowohl bei der Transformation des Wohnungsmarktes als auch bei der Ausgestaltung der sozial-ökonomischen Ausgangsbedingungen. Die sozialen Folgen dieser permanenten (Wohnraum-)Krise haben weitreichende Folgen für die soziale Reproduktion und die alltäglichen Lebensverhältnisse der Menschen.

## **9.2 Zwangsräumungen, der verbaute Zugang zu Wohnraum und die Entsicherung der Lebensverhältnisse**

Von 2008 bis 2019 haben im spanischen Staat mindestens 1 710 963 Menschen ihr Zuhause durch Zwangsräumungen verloren, davon allein in Katalonien 323 705. In den zwölf Jahren kam es im spanischen Staat zu 684 385 Räumungen, davon 130 002 Räumungen in Katalonien. In der Provinz Barcelona wurden in dieser Zeit 93 731 Zwangsräumungen durchgeführt, allein im Jahr 2019 durchschnittlich 30 Räumungen pro Arbeitstag (Observatori de Drets Econòmics, Socials i Culturals 2020, S. 8f.). Im Stadtgebiet von Barcelona kam es im Zeitraum von 2013 bis 2020 zu 20 375 Zwangsräumungen (ebd.; Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona 2021). Dabei ist sowohl auf staatlicher als auch auf lokaler Ebene eine deutliche Veränderung in der Zusammensetzung der Zwangsräumungen zu verzeichnen, wie ein Vertreter der PAH bestätigt:

Wenn man sich die Daten ansieht, sind die Zwangsräumungen von Hypotheken in den letzten Jahren zurückgegangen. Aber die Mieten sind gestiegen, und wenn man

sich die endgültigen Daten ansieht, sind die Zwangsräumungen nicht gesunken, gar nicht. Die Zusammensetzung hat sich geändert, aber das Niveau ist gleichgeblieben. Wenn man sich nur die Hypotheken anschaut, würde man sagen, dass sich die Situation verbessert hat, weil es rauf und runterging. Aber jetzt, wo es das Mietproblem gibt, ist alles gleich. (Int. 01.04.2019)

So machen nach dem Höhepunkt der Hypothekenkrise seit 2013 Räumungen im Zusammenhang mit Mieten über 80% der gesamten Fälle aus. Zudem ist in den letzten Jahren der Trend zu beobachten, dass Räumungen von Besetzungen einen immer größeren Teil ausmachen. Obwohl insgesamt ein leichter Abwärtstrend seit den Peaks 2012 (spanischer Staat) bzw. 2013 (Katalonien) zu verzeichnen ist, übersteigt die Gesamtanzahl der Zwangsräumungen im Zeitraum von 2013 bis 2019 (Spanischer Staat: 440 107, Katalonien: 100 935) die Zahlen rund um die Wirtschaftskrise deutlich (2008-2012 Spanischer Staat: 244 278, Katalonien: 29 067). Zwangsräumungen haben sich damit von einem temporären Krisenphänomen zum Hauptausdruck einer dauerhaften und konsolidierten Wohnraumkrise entwickelt.

Die unterschiedlichen Ausformungen dieser Krise – von der Hypotheken- zur Mietenkrise und jetzt der Trend zu den Räumungen von Besetzungen – sind auf die Transformation des spanischen Wohnungsmarktes (Kap. 9.1.), veränderte Gesetzesregularien und Politiken sowie den Druck sozialer Bewegungen zurückzuführen. Die steigende Anzahl an Besetzungen ist zum einen durch den erhöhten Leerstand im Zuge der Immobilienkrise und spekulative Wohnungspolitik zu erklären<sup>5</sup>, zum anderen verunmöglichen die steigenden Mieten und die noch vorhandenen finanziellen Belastungen aus der Hypothekenkrise vielen Menschen einen Zugang zu adäquatem formellen Wohnraum. So leben laut einer 2017 veröffentlichten Studie des Institut Cerdà im spanischen Staat 87 500 Familien in besetzten Wohnungen, was über 260 000 Menschen entspricht (Institut Cerdà 2017, S. 17). Besetzungen sind damit im spanischen Staat ein Massenphänomen und für immer weitere Teile der Bevölkerung überlebensnotwendig. Obra Social Barcelona, eine politische Basisinitiative, die für die Entkriminalisierung von Besetzungen kämpft und selbst aktiv Besetzungen unterstützt, hat 2018 einen Bericht veröffentlicht, in dem 626 (ehemalige) Besetzer\*innenhaushalte zu ihrer Motivation und Situation befragt wurden. Darin gaben 46% der Befragten an, dass sie besetzen, weil sie nicht genügend Einkommen haben, um eine Wohnung oder ein Zimmer zu bezahlen, 16% wurden vorher aus ihrer Mietwohnung und 13% aus ihrer Immobilie geräumt. Weitere 14% gaben Emanzipation als Hauptgrund an und 5% politische Ideologie (Obra Social 2018, S. 25). Neun von zehn Befragten bezifferten ihr Monatseinkommen unter 1 000 Euro, acht von zehn unter 705

<sup>5</sup> Laut einer Zählung des nationalen Statistikinstituts gab es 2011 im spanischen Staat knapp 3,5 Mio. leere Wohnungen oder Häuser, alleine 450 000 in Katalonien (Obra Social Barcelona 2018, 15). Einer neueren hochgerechneten Zählung der Stadtverwaltung zufolge, gibt es in Barcelona etwa 13.000 freie Wohnungen, was ca. 1,5% des Gesamtbestands entspricht (Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona 2018).

Euro und 37% unter 400 Euro bis kein Einkommen. Diese Situation spiegelt deutlich wider, dass Besetzungen als einzige Option gesehen werden, um unter den gegebenen Umständen eine Unterkunft zu bekommen – ebenfalls ein klarer Ausdruck des fehlenden öffentlichen Wohnungsangebotes. So haben sechs von zehn Befragten vor der Besetzung eine Sozialwohnung beantragt, wurden aber entweder abgelehnt oder auf eine Warteliste gesetzt. Das unterstreicht, dass keine generelle und politisch begründete Ablehnung von Eigentum oder staatlichen Strukturen (bzw. nur bei einer Minderheit) im Vordergrund der Besetzungen steht, sondern die Realität des strukturellen Ausschlusses aus dem Wohnungsmarkt und die damit verbundene Ungerechtigkeit. Viele der Besetzer\*innen sind bereit, einen bestimmten Betrag an Miete zu bezahlen, wie Angela<sup>6</sup> bestätigt, die nach längerer Wohnungssuche bis zur Räumung auch in einem besetzten Haus gewohnt hat:

Das ist es, für was hier in Barcelona und in ganz Spanien gekämpft wird. Denn niemand will umsonst wohnen, weil wir das Geld für die Sozialmiete aufbringen müssen, wo immer wir können. Aber nein, nein, sie verstehen uns nicht. Was niemand will, ist die Straße [...]. Wir sind hilfsbedürftige, bescheidene Menschen, die eine Sozialmiete zahlen wollen, und ich möchte, dass sie verstehen, dass kein Hausbesetzer umsonst leben will. Wenn Sie mir sagen, ich soll 300 für all das zahlen? Perfekt! Wo muss ich unterschreiben? Ich werde bezahlen. (Int. 21.07.2021)

Die Besetzungen werden in vielen Fällen von basisdemokratischen Wohnraumgruppen je nach Situation – etwa bei Räumungsklagen durch die Vermieter\*innen wegen nicht gezahlter Miete oder auslaufendem Vertrag sowie der Besetzung von leerstehenden Wohnungen oder Wohnblocks – theoretisch und praktisch mit rechtlichen Hinweisen, Begleitung bei Terminen mit offiziellen Stellen, öffentlichen Aktionen vor Geschäftsstellen der Wohnungseigentümer\*innen, der praktischen Verhinderung von Zwangsräumungen durch Menschenblockaden oder konkret beim Finden und Besetzen der Wohnung sowie der Inbetriebnahme notwendiger Infrastruktur wie Wasser und Strom unterstützt. Bei den Besetzungen werden vor allem Wohnungen von großen Eigentümer\*innen wie Finanzinstitute und deren Immobilientöchter, Investmentfonds oder Vermögensverwaltungsgesellschaften ausgewählt, um anschließend eine Sozialmiete mit den jeweiligen Unternehmen auszuhandeln (Kap. 9.5). Dies geschieht zum einen durch die bessere gesetzliche Ausgangssituation, zum anderen ist damit eine Kritik an der enthemmten Finanzialisierung des Wohnungsmarktes verknüpft. Die zunehmende Spekulation mit Wohnraum steht konträr zu einem (Menschen-)Recht auf Wohnen, worauf sich die verschiedenen Bewegungen immer wieder beziehen. „Zuerst kommen das Essen und der Unterhalt für die Familie, dann kommen die Zahlungen für Miete oder Hypotheken“ ist ein Satz, den man so oder so ähnlich immer wieder auf Versammlungen hört, der den Vorrang der menschlichen Grundbedürfnisse und den Gebrauchswert von Wohnraum gegenüber den Profitinteressen und dem Tauschwert betont (u. a. TB 13.05.2019). In Bezug auf Beset-

---

6 Name geändert

zungen sprechen die Bewegungen selbstverständlich von *recuperaciones*, Rückgewinnungen, da der Wohnraum wieder von Menschen bewohnt wird, die ihn benötigen und der damit seinem eigentlichen Zweck zugeführt wird (u. a. Int. 01.04.2019).

Unabhängig von der genauen Form hat die prekäre Wohnraumsituation mit der hohen Gefahr einer Zwangsäumung langfristig negative Effekte auf die betroffenen Personen und stellt nicht weniger als eine Entsicherung der Lebensverhältnisse dar. Verschiedene Studien und Aussagen machen deutlich, wie belastend diese Situationen für die Betroffenen sind und welche negativen Auswirkungen sie auf die mentale und physische Gesundheit und ihren Alltag haben. Einem Bericht zivilgesellschaftlicher Organisation über Wohnungsprobleme und Energiearmut in Barcelona zufolge haben nach Selbstwahrnehmung fast neun von zehn Frauen und sieben von zehn Männern in instabiler Wohnungssituation eine schlechte psychische Gesundheit. Bezüglich der physischen Gesundheit geben sechs von zehn Frauen und vier von zehn Männern an, sich schlecht zu fühlen. Beide Werte sind weit über denen der Allgemeinbevölkerung der Stadt, die jeweils zwischen 15 und 20% liegen (Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona et al. 2020, S. 104f.). Ein ähnlicher Bericht stellte fest, dass vor allem Depressionen und Angstzustände sowie chronische Schmerzen wie Migräne oder Rückenprobleme bei betroffenen Personen überrepräsentiert sind. Zudem gibt es gravierende Unterschiede bei den Schlafstunden, wobei 52,3% der Männer und 68,1% der Frauen angaben, weniger als sechs Stunden zu schlafen, im Vergleich zu jeweils etwa 30% in der Allgemeinbevölkerung. Besonders betroffen sind Kinder, bei denen sich nach Einschätzung der Eltern 15,8% der Jungen und 25,0% der Mädchen in einem schlechten Gesundheitszustand befinden, im Gegensatz zu 1,8% bzw. 1,5% in der Allgemeinbevölkerung (Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona et al. 2018a, S. 25ff.).

Den gesamten Akt der Zwangsäumung – von der Verhandlung bis zur Durchführung – beschreibt eine Mitarbeiterin des 2016 in Barcelona eingerichteten „Vermittlungsdienst für Personen, die sich in einem Räumungs- und Besetzungsverfahren befinden“ (SIPHO, Servei d’Intervenció en la Pèrdua d’Habitatge i Ocupació) als „strukturelle Gewalt“ (Int. 22.07.2021), die sich gegen die Betroffenen richtet. Demnach wird bereits beim Gerichtsprozess deutlich, dass die herrschende Justiz vor allem die Sicherung des Eigentums garantiert und die Lage der Betroffenen kaum eine Rolle spielt:

Das gesamte gerichtliche Verfahren einer Zwangsäumung ist sehr stark darauf ausgerichtet, dass man nicht viel zu sagen oder beizutragen hat. Wenn man seinen Vertrag nicht erfüllt hat oder keinen Besitztitel besitzt, wird einem der Richter nicht zuhören. Mit anderen Worten: Sie haben Ihren Vertrag nicht erfüllt und so weiter. Alle Rechte gehören dem Eigentümer. Selbst wenn man einen guten Anwalt hat, der sehr hart an dem Fall arbeitet, der sehr gut an dem Fall arbeitet, wird das letztendlich nicht berücksichtigt. Sie haben den Vertrag nicht erfüllt und das ist der erste Akt der strukturellen Gewalt. Und dann ist der Zeitpunkt der Räumung. (Int. 22.07.2021)

In der Regel müssen die von Zwangsräumungen Bedrohten aus finanziellen Gründen auf einen vom Gericht bestellten Anwalt zurückgreifen. Trotz der Tragweite des Gerichtsprozesses besteht also keine Wahl und bei Unzufriedenheit ist ein Wechsel des Anwalts nur schwer zu beantragen und kaum durchsetzbar (Int. 26.08.2021). Daraus kann schnell ein weiterer Nachteil für Angeklagte entstehen, sollte die\*der Anwält\*in gegenüber dem Fall negativ eingestellt sein oder nur „das Minimum tun“ (Int. 22.07.2021). Auch in den konkreten Situationen der Zwangsräumungen sind diese Pflichtverteidiger\*innen in der Regel nicht vor Ort, obwohl sich in diesen Momenten noch Gründe zur Aufschiebung der Räumung ergeben könnten, z. B. durch eine Verschlechterung des Gesundheitszustands der Betroffenen. Die Ankläger\*innen hingegen können in diesen Situationen auf ihre Anwält\*innen zurückgreifen und auch darüber hinaus ergibt sich eine ungleichgewichtige Situation:

Dann schalten sie den Schlüsseldienst ein, der das Eigentum öffnet, falls du nicht öffnest. Wenn sie deine Tür aufbrechen müssen und wenn du Widerstand leistet, haben sie die Mossos d'Esquadra. Die Guardia Urbana sperrt die Straße ab, und dann gibt es in der Regel zwei Gerichtsvollzieher, die den Auftrag haben, die Immobilie wieder in Besitz zu nehmen. Sie sehen also all dies. Sie können also all diese strukturelle Gewalt im Moment der Räumung sehen. Das ist sehr schockierend. (Int. 22.07.2021)

Zudem häufte sich in den letzten Jahren die Einmischung privater Sicherheitsunternehmen zugunsten der Eigentümer\*innen. Firmen wie Desokupa oder CityLock versuchen oftmals schon vor festgelegten Zwangsräumungsterminen bzw. während laufender Mietverhältnisse die bewohnenden Besetzer\*innen oder Mieter\*innen aus den Wohnungen zu drängen. Dabei kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Drohungen und unlauteren Geschäftspraktiken gegenüber den Bewohner\*innen. Auch bei den Zwangsräumungen selbst sind solche Unternehmen des Öfteren anwesend, um anschließend die Türschlösser auszutauschen, Sicherheitstüren einzubauen oder die geräumten Wohnungen zu bewachen. Dabei kommt es immer wieder zu (informellen) Kooperationen zwischen den privaten Unternehmen und offiziellen Sicherheitskräften (TB 20.05.2019, TB 25.05.2021, TB 31.05.2021). Auf Seiten der Betroffenen stehen in diesen Situationen primär Gruppen wie die PAH oder Stadtteilinitiativen, um vor Ort zu verhandeln oder falls nötig, die Tür zu blockieren. Weiterhin sind municipale Sozialdienste wie Servicio Social und in Barcelona vor allem der SIPHO vor Ort, um eine Räumung abzuwenden. Dennoch materialisiert sich das strukturelle Ungleichgewicht zuungunsten der Betroffenen in diesen Situationen und der institutionalisierten Überzahl zur Durchsetzung der privaten Eigentumsinteressen.

Die Folgen dieser Situationen sind weitreichend und Teil einer tieferen Problemlage. Mit der Wohnungsnot ist de facto eine negative Spirale in Gang gesetzt worden. Die Pro-

bleme und der Stress durch die prekäre Wohnsituation – das nicht zahlen können der Miete oder Hypothek, die drohende Zwangsäumung, die Unsicherheit durch ständige Umzüge – verstärken sich relational mit der finanziell schlechten Lage. In vielen Fällen gehen damit Energiearmut, Wohnungsprobleme und Ernährungsunsicherheit einher: Feuchte Wohnungen, Schimmel, im Winter keine angemessenen Temperaturen, weil nicht oder weniger geheizt wird, fehlende Elektrizität zur Essenszubereitung oder beengte Wohnverhältnisse verstärken die Belastung und führen zu den aufgezählten physischen und psychischen Problemen, die wiederum zu einer immer größeren und unüberwindbareren Barriere für die Lösung der Situation werden. Ein Vertreter der PAH beschreibt diese Situation mit dem spanischen Sprichwort „A perro flaco todo son pulgas“ – ein dünner Hund ist voller Flöhe:

Ich meine, so wie ein dünner Hund dünn ist, krank ist, und obendrein hat er Flöhe, die ihn beißen. Das ist so, als würde man sagen, jemand der krank ist, sei obendrein krank. Fast alle von ihnen haben neben familiären Problemen auch gesundheitliche Probleme, viele von ihnen können an Krebs oder anderen Krankheiten leiden, Depressionen. [...] Vielleicht ist es eine Art lange Armutsspirale, eine Frage der Ressourcen. Man hat keine Zeit für Sport, man hat keine Zeit für eine gesündere Ernährung. Es ist alles miteinander verknüpft. Alles ist miteinander verbunden. Aber, aber auch wie die Wohnunsicherheit, die dieser Sozialstaat erzeugt. Man entwickelt Krankheiten, viele Menschen haben Fibromyalgie. Eine Menge Leute sagen, dass das ziemlich viel miteinander zu tun hat. (Int. 29.06.2021)

Mit der Zwangsäumung wiederum geht nicht nur die Belastungskumulation einher, sondern auch der anschließende Verdrängungsmoment und das Verlieren des gewohnten sozialen Umfeldes. Zwangsäumungen ballen sich vor allem in den von Gentrifizierungsprozessen betroffenen Stadtteilen, wo gleichzeitig die Chance, dort eine Sozial- oder Ersatzwohnung zu finden, marginal ist. Oft müssen die „Geräumten“ in periphere Viertel ziehen, weil dort kostengünstige Wohnungen oder ein höheres Angebot an sozialem Wohnungsbau zu finden sind. Schul- und Kindergartenkinder müssen dadurch häufig die Einrichtungen wechseln und Netzwerke alltäglicher Gewohnheiten werden zertrennt (Int. 22.07.2021, TB 19.07.2021). Zudem kommt es im direkten Anschluss an die Räumungen oft zu temporären Unterbringungen in Pensionen, Herbergen oder auch Hotels, was weitere Einschränkungen für den Alltag bedeutet: Oftmals gibt es keine Küchen, Erwachsene und Kinder müssen sich ein Zimmer teilen und Haustiere sind verboten. In einigen Fällen werden die Betroffenen dort für Monate untergebracht, weil keine bessere Lösung gefunden wird (u. a. TB 23.06.2021, TB 26.07.2021).

Im schlimmsten Fall führt diese negative Spirale zum Tod, etwa durch Suizid. Eine genaue Zahl der Suizide wegen Wohnungsverlustes gibt es aufgrund mangelnder Datenerfassung nicht. Dennoch wird regelmäßig bekannt, dass Betroffene Selbstmord begehen

wie etwa der 45-jährige Jordi R. aus Cornellà de Llobregat (2018), die 65-jährige Alicia V.M. aus Madrid (2018) oder jüngst der 58-jährige Segundo F. aus Barcelona (2021), die sich allesamt in den Tod stürzten, als das Räumungskomitee bei ihnen klingelte. In diesem Zusammenhang sprechen soziale Bewegungen nicht von Suizid, sondern Mord (kat. *No són suïcidis, són assassinats*) und rücken damit die strukturelle Gewalt hinter diesen Handlungen und die Verantwortung von Immobilienspekulation und den mangelnden Schutz durch die Politik in den Fokus (TB 15.06.2021). Der katalanische Soziologe Sergi Raventós spricht im Zuge des Falles die Verbindung von Krise, Sozialausgaben und Suiziden an und verweist auf einen Bericht der Europäischen Union, wonach schon eine Erhöhung der Sozialausgaben um 190 US \$ pro Person (p.P.) den Anstieg von Suizidzahlen in einer ökonomischen Krise verhindern könne (Raventós 2021). Eine Senkung der Sozialausgaben hingegen führt zu einer höheren Suizidrate. Mit der Austeritätspolitik wurden die Sozialausgaben im spanischen Staat ab 2009 (8.954 US \$/p.P.) drastisch gesenkt, fielen bis 2013 auf einen Tiefstand (von 8.495 US \$/p.P.) und haben sich bis 2017 nicht konsolidiert (8.851 US \$/p.P.) (OECD 2022b). Die politische Aushöhlung des Sozialstaates verhindert demnach eine Abfederung der Problemlagen und ist im Gegenteil sogar einer der Gründe für die zunehmende Erschöpfung.

Die Immobilienblase, die Finanzialisierung des Mietmarktes und die Austeritätspolitiken haben demnach in den letzten Jahren zu einer verstärkten Entsicherung der Lebensverhältnisse im spanischen Staat und in Barcelona geführt. Die dauerhaft hohe Zahl von Zwangsräumungen ist ein zugespitzter Ausdruck struktureller Gewalt und die Verschränkung von gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Problemen steigert die Vulnerabilität der Betroffenen und führt zu einer zunehmenden Erschöpfung der Arbeiter\*innen, deren Ressourcen für die Verrichtung entlohnter und nicht-entlohnter Arbeit stark eingeschränkt werden.

### **9.3 Die Krise hat Geschlecht – Überbetroffenheit von Frauen hinsichtlich der Prekarisierung von Wohnraum**

Bei der Betrachtung der Wohnraumkrise ist die Überbetroffenheit von Frauen hinsichtlich des prekären Zugangs zu Wohnraum, der Gefahr von Zwangsräumungen oder Energiearmut offensichtlich. Auch wenn kaum belegbare Zahlen in dieser Hinsicht vorliegen, da offiziell keine geschlechtsspezifischen Daten erhoben werden, wird dies etwa in der Zusammensetzung der Basisinitiativen gegen Zwangsräumungen deutlich. Sowohl bei der PAH als auch bei den lokalen Stadtteilgruppen wie der Grup d'Habitatge de Sants kommen seit Beginn an teilweise deutlich mehr Frauen als Männer, die mit Wohnungsproblemen zu kämpfen haben. In 70% der bei der PAH behandelten Fälle sind Frauen von Zwangsräumungen bedroht (Plataforma de Afectadas por la Hipoteca Alcorcón 2020). Auch der SIPHO bestätigt auf Grundlage seiner Erfahrungen, dass zum einen alleinerziehende Mütter einer überhöhten Gefahr ausgesetzt sind und zum anderen, dass



vor allem Frauen die Verantwortung in der Verteidigung der Wohnung übernehmen (Int. 22.07.2021). Auch die Besetzungen sind weiblich geprägt: Laut dem Bericht von *Obra Social* sind 56% der Besetzer\*innen Frauen, 36% Männer und 8% ordnen sich keinem der Geschlechter zu (*Obra Social Barcelona* 2018, S. 18). Weiterhin sind vor allem alleinerziehende Frauen stärker von Energiearmut betroffen und öfter mit einem schlechten Wohnungszustand konfrontiert (*Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona et al.* 2018b, S. 59). Diese jeweiligen Überbetroffenheiten sind auch einer der Gründe für die stärkeren psychischen und physischen Gesundheitsbeschwerden von Frauen gegenüber Männern in prekären Wohnsituationen, welche im vorangegangenen Kapitel erörtert wurden.

Der stark gefährdete Wohnraumzugang von Frauen ist durch eine strukturelle Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt im spanischen Staat und übergeordnet durch die vergeschlechtlichte soziale Reproduktion zu erklären. Das Durchschnittseinkommen von in Barcelona lebenden Frauen lag im Jahr 2018 mit 27.203 Euro mehr als 21% unter dem Brutto-Durchschnittseinkommen von Männern (34.534 Euro)<sup>7</sup>, wobei diese Zahlen noch einmal stark nach Alter und Stadtteil variieren<sup>8</sup> (*Ayuntamiento Barcelona* 2019c). So ist die Lohnlücke bei den bis 24-Jährigen deutlich schmaler (Frauen: 12.102 Euro, Männer: 13.622 Euro) und bei den 60 bis 64-jährigen mit fast 29% am stärksten ausgeprägt (Frauen: 31.225 Euro, Männer: 43.822 Euro) (ebd.). Frauen weisen deutlich niedrigere Erwerbs- und Beschäftigungsquoten<sup>9</sup> und eine höhere Arbeitslosenquote gegenüber Männern auf. Gleichzeitig haben sie eine kürzere Verweildauer im Beruf und arbeiten häufiger mit befristeten Verträgen und in Teilzeit. Zwei von drei Teilzeitstellen in Barcelona sind von Frauen belegt, oft mit kaum mehr als 14.200 Euro pro Jahr vergütet (*Jesús Calvo und Mora* 2017). Zudem gibt es eine erhebliche Überrepräsentation von Frauen in unterdurchschnittlich entlohnten Berufen mit einem Jahreseinkommen unter 20.000 Euro, vor allem in den Bereichen Pflege, Einzelhandel und soziale Dienste. 90% der bezahlten Haus- und Pflegearbeit wird von weiblichen Angestellten geleistet, von denen 50-60% migrantische Arbeiter\*innen sind. Die Arbeitsbedingungen in diesen Berufen sind oftmals besonders prekär und insbesondere migrantische Arbeitskräfte haben oft keinen Zugang zu rechtlichem Schutz. Generell verdienen Frauen, die keinen spanischen Pass besitzen, in Barcelona durchschnittlich deutlich weniger, vor allem, wenn sie von außerhalb der Europäischen Union kommen (ebd.)<sup>10</sup>.

7 In Barcelona sind die durchschnittlichen Einkommen im Vergleich zu Katalonien (25.968 Euro pro Jahr) und dem spanischen Staat (24.395 Euro) deutlich geringer, bei ähnlichem *Gender Pay Gap*.

8 So ist *Sarrià-Sant Gervasi* mit 49.196 Euro (Frauen: 39.403, Männer: 59.827 Euro) der Bezirk mit den höchsten Durchschnittseinkommen und *Nou Barris* mit 22.844 Euro (Frauen: 20.552 Euro, Männer: 25.207 Euro) der Bezirk mit dem niedrigsten.

9 Erwerbsquoten Barcelona Stadt 2016 (68% Männer und 61,6% Frauen) und Beschäftigungsquoten Barcelona Stadt 2016 (60,3% Männer und 49,8% Frauen); Arbeitslosenquote 2021 für Provinz Barcelona 10,1% Männer und 12,4% Frauen (*Instituto de Estadística de Cataluña* 2022).

10 Der Durchschnittslohn für Frauen aus Lateinamerika lag 2014 bei 14.476 Euro.

Die rapide Integration von Frauen in den spanischen Arbeitsmarkt vollzog sich in den letzten Jahrzehnten – waren es 1977 noch 28% arbeitende Frauen, stieg die Zahl bis 2010 auf 63% an (Guner et al. 2014, S. 1) – zum Preis einer Feminisierung der Armut (Comisiones Obreras Catalunya 2016). Laut der Gewerkschaft Comisiones Obreras (CC.OO) liegt die Armutsgefährdungsquote von Frauen in Katalonien bei fast 50% und ist damit doppelt so hoch wie die der Männer (25,7%). Bei Arbeitslosigkeit sind sogar 80,3% der Frauen von Armut bedroht, bei der Rente 49,6% und selbst bei beruflicher Tätigkeit sind es noch 30,5% (ebd.). Diese Feminisierung der Armut erhöht die Barrieren für den Zugang zum Wohnungsmarkt für Frauen deutlich und verstärkt die Gefahr von Zwangs-räumungen aufgrund nicht gezahlter Mieten oder Hypotheken.

Deutlich erschwerend kommt die Rolle von Frauen in der vergeschlechtlichten sozialen Reproduktionsarbeit hinzu, vor allem in den Bereichen der Sorgearbeit, die Tätigkeiten wie Kindererziehung und -betreuung, Altenpflege oder familiäre und freundschaftliche Unterstützung mit einschließt, sowie der Hausarbeit. Auch in der katalanischen Gesellschaft werden diese Aufgaben vorrangig durch familiär organisierte Pflegenetzwerke aufgefangen, die vorrangig von Frauen betreut werden. Dies kann einschränkende Wirkung auf die Präsenz am Arbeitsmarkt haben, sodass Frauen aufgrund ihres hohen Zeitaufwands in der unentlohnten Reproduktionsarbeit häufiger auf Teilzeitstellen ausweichen müssen. Gleichzeitig sorgt die ökonomische Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt zusammen mit der sozialen Konstruktion der Sorgearbeit als etwas Weibliches dafür, dass vor allem Frauen bei familiärem Betreuungsbedarf beruflich kürzertreten. Zudem ist ein immer höherer Anteil der Familien in Katalonien alleinerziehend und auch hier sind Frauen deutlich überproportional in der Verantwortung. Durch diese Rolle als Familienversorgerin und Alleinerziehende übernehmen Frauen auch in Situationen von Zwangs-räumungen die Verantwortung:

Es stimmt, dass wir es oft mit Alleinerziehenden zu tun haben. Im Grunde Frauen mit Kindern, die eine große Last tragen. Denn unser Sozialschutznetz ist auch nicht das deutsche oder schwedische. Nein, wir sind ein mediterranes Land, in dem die Betreuung der Menschen von den Frauen ausgeht. [...] Und dann sind es auch die Kernfamilien, und es sind auch die Frauen, die die Macht in dieser Frage der Verteidigung der Familie, der Verteidigung des Wohnraums und der Suche nach Lösungen übernehmen. [...] Sie sind diejenigen, die in die Büros kommen. Sie bringen uns die Papiere. Ich denke, in Südeuropa kommt es häufig vor, dass Frauen sehr darauf bedacht sind, sich um die Familie zu kümmern. Traditionell arbeiteten die Männer und die Frauen kümmerten sich um diese Dinge. (Int. 22.07.2021)

Elba Mansilla, Forscherin und Aktivistin, fasst diese verstärkte Monoparentalisierung vor dem Hintergrund der skizzierten gesellschaftlichen Entwicklungen zusammen und verdeutlicht die weitreichenden Folgen:

Fünfundzwanzig Prozent der katalanischen Familien sind bereits Ein-Eltern-Familien. Wenn man also die Angst vor missbräuchlichen Wohnungspreisen mit prekären Arbeitsplätzen mit brutaler Arbeitsbelastung und den Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden kombiniert, können wir behaupten, dass die soziale Reproduktion bedroht ist und nicht stattfinden kann. (Int. 11.04.2019)

Weitergehend leitet Mansilla daraus die Zeitarmut als zentrale Form der Benachteiligung ab, die neben der ökonomischen Armut und den negativen gesundheitlichen Auswirkungen auf Frauen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung wirkt:

Abgesehen von der wirtschaftlichen Armut derjenigen Menschen, die am meisten unter diesen Pflegebelastungen leiden, gibt es auch eine Armut an Zeit. Wenn man viele Betreuungsaufgaben hat, kann man wenig Zeit aufwenden, um sich um sich selbst zu kümmern, zu trainieren, sich sozial zu fördern und politisch zu organisieren. Dies wären die drei Benachteiligungen, die sich daraus ergeben, dass man weniger Einkommen aus Zeit hat, wobei wir das Einkommen aus Zeit und das Einkommen aus Geld als zwei Variablen dieser Ungleichheit hinzufügen würden. (Int. 11.04.2019)

Die prekäre Wohnraumsituation ist mit all diesen Dimensionen verbunden, die sich gegenseitig verstärken und durch strukturelle Prozesse besonders negativ auf die Lebensverhältnisse von Frauen auswirken. Die ökonomische Armut und die Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt beschränken den Zugang zum Wohnungsmarkt, relational tragen die Finanzialisierung von Wohnraum und die damit verbundenen steigenden Miet- und Immobilienpreise zur ökonomischen Armut bei. Wohnungsnot, Energiearmut und die Bewohnung nicht adäquater Räume führen zu weitreichenden Problemen der psychischen und physischen Gesundheit. Gleichzeitig schränken solche Probleme und die dadurch entstehende zusätzliche Belastung die individuellen Handlungskapazitäten zur Lösung der prekären Situation stark ein. Überverantwortungen für nicht-entlohnte Reproduktionsaufgaben und prekäre Arbeitsbedingungen führen zu Zeitarmut, die sich in Situationen der Wohnungsnot zuspitzen, in der ökonomische, soziale und gesundheitliche Probleme kumulieren. In diesem Sinne sind Frauen von einer Entsicherung der Lebensverhältnisse strukturell stärker betroffen und die Erschöpfung der weiblichen Arbeiter\*innen findet durch diese geschlechtsspezifisch verschränkten Bedingungen statt. Weiter verstärkt werden diese Prozesse durch strukturellen Rassismus. Frauen ohne spanischen Pass sind mit Überausbeutung in einem rassistischen segmentierten Arbeitsmarkt konfrontiert, erfahren zusätzliche Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt sowie behördlichen Rassismus und werden durch rechtlich-politische Rahmenbedingungen wie dem Ley de Extranjería de España stärker gesellschaftlich exkludiert (Int. 11.04.2019).

Wie schon bei dem obigen Zitat bzgl. der Rolle von Frauen bei Zwangsräumungen angeklungen, ist ein Grund für die hohe Belastung von Frauen bei der Reproduktionsarbeit die Ausformung des spanischen Sozialsystems. Auch wenn es in jüngster Zeit vermehrt Anstrengungen auf zentralstaatlicher Ebene gab, Geschlechterdisparitäten über Reformen des Arbeitsmarktes und der Familienpolitik zu verringern, wurden die materiellen Lebensbedingungen von Familien und Frauen durch den politischen Pfad des spanischen Staates insgesamt prekarisiert. So wendet Spanien (1,192%) über einen Punkt ihres BIP weniger für die Unterstützung von Familien auf als der EU-Durchschnitt (2,3%) (OECD 2022a). Mit der Krise 2008 und der anschließenden Austeritätspolitik wurden weitere Bereiche attackiert, die direkten Einfluss auf die Reproduktionssphäre haben:

Die Sparpolitik war konzentrierter und die Dynamik der Privatisierung, des Outsourcings und der Vergabe von Unteraufträgen war in den Bereichen der sozialen Reproduktion, d. h. in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Pflege und Gleichstellungspolitik, besonders ausgeprägt. Dies sind auch vier wichtige Bereiche, in denen die feministische Bewegung großen Einfluss gewonnen hat. (Int. 11.04.2019)

Konkret wurden die öffentlichen Ausgaben für die Primär-, Sekundär- und Tertiärbildung zwischen 2009 und 2014 um 24% gesenkt. Damit einher gingen Maßnahmen wie die Anhebung der Klassengröße um 20%, eine Erhöhung der Stundenzahl der Lehrer\*innen und ein Anstieg der Universitätsgebühren. Das Ministerium für Gleichstellung wurde gänzlich abgeschafft, die 2011 beschlossene Verlängerung der Väterzeit von 13 auf 28 Tage wurde erst 2017 unter einer anderen Regierung umgesetzt, eine einmalige Zahlung von 2.500 Euro für Neugeborene wurde abgeschafft und die Schaffung von 300 000 Kita-Plätzen auf Eis gelegt (Campillo Poza 2018, S. 18). Ein Lehrer und Militanter der libertären Basisgewerkschaft Confederación General del Trabajo (CGT) betont, wie die Krisenpolitiken verstetigt wurden und wie sich die Folgen in den Alltag der Menschen gebrannt haben:

Es handelt sich also natürlich um eine Reihe von Maßnahmen, um Politiken, die auf einem Moment der Krise basierten. Die dann später, wie sie [die Regierung] sagten, wenn die Krise überwunden ist, wieder auf das Niveau steigen sollten. Aber es wurde nicht rückgängig gemacht. Mit anderen Worten, eine der Forderungen, die wir im Bereich der Bildung stellen: Wenn wir uns nicht mehr in der Krise befinden, sollte das, was vorher investiert wurde, wieder investiert werden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Das Gleiche geschieht im Gesundheitswesen. Die Warteschlangen sind das Schlimmste. So etwas habe ich in meinen 36 Jahren noch nicht erlebt. (Int. 24.05.2019)

Durch die Kürzungen im Gesundheits- und Bildungsbereich mussten Einrichtungen geschlossen werden. Der damit verbundene Abbau sozialer Infrastruktur fällt vor allem auf Menschen mit eingeschränkter Mobilität zurück: „Wenn man arm oder sehr jung ist

und 20 Minuten zum Gesundheitszentrum laufen muss, ist das keine gute Sache“ (Int. 02.04.2019). Durch die verlängerten Wege für die (vergeschlechtlichten) alltäglichen Reproduktionsaufgaben verstärkt sich auch die Zeitarmut weiter und wirkt auf die anderen genannten Benachteiligungsdimensionen zurück. Wenn also gesagt wird, dass Städte die Orte sind, an denen die Sparmaßnahmen beißen (Peck 2012, S.629), muss auch gesagt werden, dass dies oft eine geschlechtsspezifische Dimension hat, da es in der Regel Dienstleistungen betrifft, die in der derzeitigen sozialen Konfiguration hauptsächlich von Frauen erbracht werden.

Doch spiegelt diese Vergeschlechtlichung der Wohnraumkrise nicht nur eine Überbetroffenheit von Frauen, sondern auch die Zusammensetzung und Form des Widerstands wider. Wie oben erwähnt, sind Frauen (und Queers) bei den Versammlungen von Basisinitiativen gegen Zwangsräumungen überrepräsentiert und dabei keineswegs passive Hilfesuchende, sondern aktiver und tragender Teil des Kampfes um Wohnraum. Frauen übernehmen auf den Versammlungen zentrale Rollen wie Moderation oder das Anfertigen der Tagesordnung, sind Träger\*innen elementaren Wissens über Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt, juristische Richtlinien und Schlupflöcher sowie lokal-politische Vorgänge und Akteur\*innen. Frauen führen Demonstrationen an, halten Reden auf Kundgebungen und stellen sich Gerichtsvollzieher\*innen und Polizei bei Zwangsräumungen selbstverständlich in der ersten Reihe entgegen. „Zwangsräumungen zu stoppen ist feministisch“ (Pérez Colina 2020, o.S.), aber auch sehr international und heterogen in der Alters- und Sozialstruktur. Auf den Versammlungen sitzen betroffene Menschen und Unterstützer\*innen von 16 bis 86 Jahren, sowohl mit nationalen und internationalen Migrationsgeschichten, als auch schon immer in Barcelona oder in Katalonien ansässig. Durch diese Heterogenität unterscheidet sich diese neue Wohnraumbewegung von anderen sozialen Bewegungen, die laut dem CGT-Gewerkschafter deutlich homogener sind:

Ich denke, dass es mit den Stadtteilgruppen zum ersten Mal seit langer Zeit Nachbarschaftsorganisationen und soziale Bewegungen gibt, die eine sehr intergenerationale, interkulturelle und stark feminisierte Organisation haben. Es ist lange her, dass wir so etwas gesehen haben. In den Gewerkschaften passiert das nicht. In den sozialen Zentren, sowohl besetzt als auch nicht besetzt, passiert es auch nicht so oft. In den Nachbarschaftsverbänden der 1970er Jahre passierte das nicht. [...] Ich denke also, dass es sich um eine sehr interessante Bewegung handelt, wegen der Menschen, aus denen sie sich zusammensetzt. Interkulturell durch und durch. Abgesehen davon, dass ich mich für den Zugang zu Wohnraum einsetze, finde ich an diesen Gruppen erstaunlich, dass Menschen zusammenkommen und sich miteinander anfreunden, und ich spreche in der weiblichen Form, weil es sich um eine sehr feminisierte Bewegung handelt. Die Frauen, die für die Verteidigung und den Schutz des Hauses und der Familie zuständig sind. (Int. 24.05.2019)

Dies wirkt sich auch deutlich auf die Strukturen, Aktionen und Beziehungsweisen der Basisinitiativen aus. Emotionalität und emotionale Unterstützung spielen eine zentrale Rolle bei den Versammlungen. Die Unsicherheit, Angst und Belastung, die die jeweiligen Situationen mit sich bringen, werden oft offen artikuliert und aufgefangen und so versucht, sich gegenseitig zu stärken (u. a. TB 24.05.2021, TB 11.06.2021). Teilweise gibt es innerhalb der Strukturen zusätzliche Treffen für Frauen, um einen Raum für spezifisch vergeschlechtlichte Probleme zu schaffen. Parallel zu den Treffen wird eine selbstorganisierte Kinderbetreuung angeboten, um Eltern und vor allem Alleinerziehenden die Partizipation zu ermöglichen. Darüber hinaus werden verstärkt Verbindungen zwischen der feministischen Bewegung und der Wohnraumbewegung aufgebaut. Neben den sowieso bestehenden personellen Überschneidungen gibt es Veranstaltungen zur Wohnraumfrage aus feministischer Perspektive und die Mobilisierungen zum 8. März, dem feministischen Kampftag, werden inhaltlich von den Basisinitiativen unterstützt und damit wird sich eindeutig parteiisch zu Themen wie häuslicher Gewalt, körperliche Selbstbestimmung, *Gender Pay Gap*, finanzielle Kürzungen im Bereich der sozialen Reproduktion und generell der Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen (und Queers) positioniert. Und auch aktionistisch werden in dieser Hinsicht eigene Akzente gesetzt. Am 8. März 2020 wurden in einer koordinierten Aktion von drei lokalen Wohnraumgruppen Immobilien in den Stadtteilen Sants, Poble Sec und Gracia/Vallcarca besetzt, die für Frauen, alleinerziehende Mütter und Queers „zurückerober“ werden sollten. Die Besetzungen liefen unter der Parole „Machen wir feministische Häuser“ und richteten sich explizit gegen „kapitalistische und patriarchale Gewalt“ (TB 08.03.2019, TB 02.03.2020, TB 08.03.2020).

Neben diesen konkreten materiellen Kämpfen um Wohnraum werden in diesen Gruppen, ausgehend von der feministischen Prägung und internationalen Zusammensetzungen, neue Beziehungsweisen geknüpft. Menschen verschiedenster Hintergründe, die sich sonst nie begegnet wären, treffen in diesem Rahmen aufeinander und entwickeln über die geteilten Erfahrungen der Vulnerabilität und den gemeinsamen Kampf eine viel höhere Akzeptanz für abweichende Lebensrealitäten und -entwürfe. Dies stößt auch Reflexions- und Änderungsprozesse der eigenen Verhaltensweisen an, wie an diesem Beispiel der PAH deutlich wird:

Es gibt Menschen [bei der PAH], die noch nie in sozialen Bewegungen waren und sie verhalten sich anders, sie lernen auf andere Weise. Und ich glaube, das hilft ihnen, sich für all das zu öffnen. Vor Covid haben wir einen Workshop über *Mikromachismos* veranstaltet, der sehr erfolgreich war. Ein Herr sagte dann ‚Jetzt habe ich gemerkt, dass ich jeden Tag *Mikromachismo* mache‘. So hat er es gesagt und es war ihm nicht bewusst. Er war sich dessen nicht bewusst. [...] Wäre er nicht in eine soziale Bewegung gegangen, hätte er dieses Thema nicht gesehen. Er hätte die gleichen Witze gemacht, so wie es in der Gesellschaft üblich ist. Dies ist also eine Möglichkeit, sich zu öffnen. (Int. 29.06.2021)

Die Wohnraumkrise ist also in einer doppelten Weise vergeschlechtlicht. Zum einen sind Frauen, vor allem migrantische Frauen ohne spanischen Pass, durch die Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und die Überverantwortlichkeit bei der Reproduktionsarbeit besonders hart von den Folgen betroffen und haben einen deutlich erschwerten Zugang zu Wohnraum in Barcelona. Zum anderen sind Frauen aber auch Treiber\*innen des Widerstands gegen diese Krise, in denen Feminismus und der Zugang zu Wohnraum immer expliziter miteinander verwoben werden. Auf der einen Seite führt die Vergeschlechtlichung der Wohnraumkrise zu einer stärkeren Erschöpfung weiblicher Arbeiter\*innen und einer Vertiefung der Reproduktionskrise, die mit der Wohnraumkrise eng verbunden ist. Auf der anderen Seite tragen die zentral von Frauen geführten Kämpfe um Wohnraum das Potenzial in sich, gesellschaftliche Fragmentierungen entlang von Patriarchat und Sexismus durch die in den sozialen Kämpfen entstehenden solidarischen Beziehungsweisen zu überbrücken.

#### **9.4 Krise als Chance: Stärkung des kooperativen Wohnens**

Die Frage nach den Folgen der ökonomischen, Reproduktions- und Legitimierungskrise eröffnet, sowohl mit Bezug auf übergeordnete ökonomische Modelle, als auch mit dem Blick auf die Wohnraumfrage, die Perspektive auf ein alternatives Narrativ: die Krise als Chance. In diesem Zuge sind die breiten Widerstandsmomente zu nennen, die Platzbesetzungen rund um 15M, die das herrschende Regierungssystem und seine Akteure in Frage stellten und gleichzeitig neue Formen der direkten Demokratie und solidarischen Beziehungsweisen erprobte. Zudem ist mit Aufkommen von Podemos auf nationaler und den municipalistischen Listen auf lokaler Ebene das Zweiparteiensystem von Partido Popular und PSOE herausgefordert und aufgebrochen worden. Und nicht zuletzt haben alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle einen deutlichen Auftrieb erfahren, die in Form des Kooperativenwesens folgend näher betrachtet werden sollen.

Kooperativen sind Unternehmen, die sich laut der International Co-operative Alliance im Besitz ihrer Mitglieder befinden und von diesen geführt werden. Diese orientieren sich nicht (nur) am Gewinn, sondern an Grundsätzen wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Selbsthilfe und Eigenverantwortung und verorten sich damit im Bereich der sozialen und solidarischen Ökonomie. Die im deutschen primär als Genossenschaften<sup>11</sup> bezeichneten Unternehmen orientieren sich an einer demokratischen Grundausrichtung, wonach jedes Mitglied – egal ob Beschäftigte, Nutzer\*in oder Bewohner\*in – gleichberechtigt über Belange der Genossenschaft mitentscheiden kann (International Co-operative Alliance o. J.). In Katalonien wurden Kooperativen schon 1934 im Ley de bases de la cooperación para cooperativas, sindicatos agrícolas y mutualidades rechtlich festgeschrieben, wonach diese Zusammenschlüsse natürlicher oder juristischer Personen zu freien Gemeinshaf-

---

<sup>11</sup> Genossenschaften und Kooperativen werden daher fortfolgend synonym verwendet.

ten sind, die die wirtschaftliche und soziale Lage ihrer Mitglieder verbessern sollen und dabei kollektive Ideen über privaten Nutzen und Profit stellen (Fernández und Miró 2016, S.12). In Anlehnung an die sozialen Grundsätze wurde in Katalonien 2015 ein neues Kooperativengesetz verabschiedet, um das Kooperativenwesen zu stärken und an sozio-ökonomische Realitäten anzupassen (u. a. über Entbürokratisierungsmaßnahmen). Weiter wird in dem Gesetz zwischen verschiedenen Genossenschaftsformen unterschieden, z. B. Arbeits-, Wohn-, Kredit-, Konsum- oder Lehrkooperativen (Comunidad Autónoma de Cataluña 2015).

Stand 2015 gab es in Barcelona 861 Kooperativen, was sowohl einem Viertel der Kooperativen in Katalonien (4212; 41 323 Arbeitsplätze) als auch knapp einem Viertel des übergeordneten Sektors des sozialen und solidarischen Wirtschaftens in Barcelona entspricht. Mit über 4700 Initiativen und 53 000 Mitarbeiter\*innen, die sich dem sozialen und solidarischen Wirtschaften zurechnen und über 7% des städtischen BIPs ausmachen, spielt der Sektor in der Stadt eine wichtige ökonomische Rolle (Fernández und Miró 2016, S. 17). Während die Zahl der Genossenschaften zum Höhepunkt des hypothekengeführten Wirtschaftswachstums im spanischen Staat Anfang der 2000er Jahre drastisch zurückging, erhöhte sich die Zahl der Gründung antizyklisch zur Krise. Das Genossenschaftswesen zeichnete sich in dieser Phase durch eine erhöhte Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit gegenüber kapitalistischen Krisen aus. Tatsächlich fungierte die Krise als Katalysator für das Wachstum des Genossenschaftswesens (Int. 23.05.2019). Das Mitglied der 2013 gegründeten Kino-Kooperative Zumzeit deutet die Krise als Schwäche des hegemonialen Systems, in dem neue alternative Ansätze mehr Raum zum Entstehen haben:

Ja, natürlich denke ich, dass die Krise etwas damit zu tun hat. Die Krise hat auch etwas damit zu tun, denn wenn am Ende alles ungewiss ist, gibt es auch mehr Raum für Improvisation, wenn man alles verloren hat, und natürlich denke ich auch, dass es auch hilft, weil vielleicht, wenn es eine Krise gibt, die Realität formbarer und einfacher ist, als Dinge, die das System im Allgemeinen nicht haben möchte. Das System ist schwach und erlaubt ihnen zu existieren. Denn ich denke, es gibt sehr interessante Kooperationsvorschläge. In anderen Zeiten, mit einer viel stärkeren Lobby, hätte es sie vielleicht nicht gegeben. Da sich die Lobby in vielen Bereichen der Branche kaum noch behaupten kann, kann sie auch nicht verhindern, dass etwas Neues auftaucht, weil sie kaum noch überleben kann – ein guter Zeitpunkt also, um den Durchbruch zu schaffen. Ich glaube, die Krise hilft auch. (Int. 25.04.2019)

Dass gerade in Katalonien und Barcelona das Genossenschaftswesen gestärkt aus dem Krisenmoment hervorgegangen ist, lässt sich zum einen aus der lokalen und regionalen Geschichte erklären. Ab dem Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn der Franco-Diktatur spielten Genossenschaften sowohl im Konsum-, als auch im Produktionsbereich in



Katalonien eine starke Rolle. Die aktive Erinnerung an diese Ansätze konnte in der Krise genutzt werden, um eine Alternative zum krisenhaften Bestehenden anzubieten, wie ein Mitarbeiter des Kulturzentrum Lleialtat Santsenca feststellt:

Ich glaube, es hat sich viel verändert. Die Krise hat offensichtlich jeden getroffen, auch auf der Ebene der Nachbarschaft. Eine positive Sache ist, dass dadurch Modelle, die sich bereits bewährt hatten, zum Tragen gekommen sind. Es ist immer etwas seltsam, wenn man uns die gleiche alte Geschichte erzählt, aber wir müssen die Geschichte kennen, damit wir die Fehler nicht wiederholen. Aber nicht nur Fehler, denn manchmal gab es in der Vergangenheit auch Erfolge. Ich denke, eine Sache die seit der Krise sehr auffällig ist, und auch eine Folge der Arbeit, die bereits getan wurde, um das historische Gedächtnis (span. *memoria histórica*) der Genossenschaften wiederherzustellen, ist, dass das Genossenschaftsmodell in nur wenigen Jahren wieder auf der Tagesordnung steht. Und ich bin sicher, dass die Krise auch in dieser Hinsicht einen Einfluss hatte. (Int. 12.04.2019).

Das Lleialtat Santsenca selbst ist in dem Gebäude einer alten Arbeiter\*innengenossenschaft im Bezirk Sants untergebracht. Sowohl das Gebäude selbst, als auch die Aktivitäten des Kulturzentrums aktivieren immer wieder Erinnerungen an die Geschichte des Genossenschaftswesens und des Bezirks. Diese Aufarbeitung der Geschichte wird über Buchpublikationen, Veranstaltungen oder Fotoausstellungen aktiv gefördert und kann als ein intrinsischer Faktor für die Entwicklung des Genossenschaftswesens gefasst werden.

Zum anderen spielten die Erfahrungen während der 15M-Proteste und die Stärke sozialer Bewegungen eine entscheidende Rolle für die Erstarkung des Genossenschaftswesens. Die Momente der Selbstermächtigung während der Platzbesetzungen und der Widerstand gegen die Krisenpolitik sollten nicht nur temporär beschränkt bleiben, sondern auch in den Alltag der Menschen mitüberführt werden. Dies geschieht mittels alternativer Formen des Wirtschaftens, Zusammenlebens und -arbeitens, die stärker auf Kollektivität und Kooperation als auf Konkurrenz setzen und Ansätze der direkten Demokratie in verschiedenen Lebensbereichen zu praktizieren versuchen (Int. 25.04.2019).

Einer dieser Bereiche ist das Wohnen, wo Kooperativen angesichts der geschilderten Wohnraumsituation in Barcelona eine doppelte Funktion erfüllen: bezahlbaren Wohnraum schaffen und andere Formen des Zusammenlebens ermöglichen. Gemäß dem katalanischen Genossenschaftsgesetz können Wohnungsbaugenossenschaften Grundstücke erwerben, parzellieren und erschließen sowie Wohnraum und Gebäude für die Nutzung durch Mitglieder sanieren oder bauen. Im spanischen Staat gab es seit den 1960er Jahren ein ausgeprägtes Wohnungsbaugenossenschaftswesen, was sich aber vornehmlich auf das Bauen und nicht das Wohnen bezog. Nach der Fertigstellung der Wohnungen oder Häuser wurde die Genossenschaft aufgelöst und jedes Genossenschaftsmitglied wurde

individuelle\*r Eigentümer\*in und die Wohnungen nicht selten auch zum Spekulationsgut im Zuge des Immobilienbooms (Int. 30.06.2021). So waren Ende der 1980er Jahre zwar fast 10% des katalanischen Wohnungsbestands aus Baugenossenschaften finanziert worden, entsprachen darüber hinaus aber nicht dem Kooperativgedanken. In einer anschließenden Phase wurden in Katalonien von 1993 bis 2014 über 6500 Sozialwohnungen durch eine von der Gewerkschaft CC.OO initiierte Kooperative gebaut, welche sich aber 2014 aufgrund von Finanzierungsproblemen und mangelnder Nachfrage auflöste (Fernández und Miró 2016, S. 52f.).

Parallel sind seit den 2010er Jahren verschiedene Wohnraumkooperativen entstanden, die dem Modell der Nutzungsüberlassung folgen. Gemäß diesem Ansatz bleibt das Eigentum an der Immobilie immer bei der Genossenschaft. Die Bewohner\*innen sind Mitglieder und können dort lebenslang wohnen, allerdings die Wohnung nicht verkaufen oder vermieten. Über die Vergabe der Wohnungen entscheidet die Generalversammlung kollektiv, wodurch die Möglichkeit der Spekulation unterbunden und die Verpflichtung zum Gebrauchswert gestärkt wird (La Borda o.J.). Eine Kooperative, die dem Konzept der Nutzungsüberlassung folgt, ist *Sostre Civic*. Mit längerer Vorlaufzeit wurde *Sostre Civic* 2010 als Kooperative registriert und hat seitdem 15 aktive Projekte mit über 230 Wohneinheiten in Katalonien gefördert, davon vier in Barcelona. Um den Prozess zur Errichtung von Wohnprojekten nach dem Modell *Sostre Cívics* zu initiieren, gibt es zwei Wege: entweder, dass eine bereits bestehende Gruppe in einer Wohnkooperative leben möchte und dafür nach einem Grundstück oder Gebäude sowie nach einer Finanzierungsmöglichkeit sucht. Dieses Vorgehen wurde bis dato vor allem für kleine Projekte praktiziert, z. B. für Bauernhöfe auf dem katalanischen Land. Der weitaus gängigere Weg hingegen ist, dass in Kooperation mit den Stadtverwaltungen das Erbbaurecht (*Derecho de Superficie*) angewendet wird (Int. 30.06.2021). Dabei überträgt die Verwaltung das Recht zur Nutzung eines öffentlichen Grundstücks für einen festgelegten Zeitraum an eine\*n Bieter\*in, in diesem Fall *Sostre Civic*. Dies geschieht weit unter Marktwert, aber das Grundstück bleibt immer in den Händen der Verwaltung. In Barcelona beträgt der Nutzungszeitraum 75 Jahre und kann auf 90 Jahre verlängert werden. Zudem ist die Übertragung an soziale, preisliche und ökologische Nachhaltigkeitskriterien gebunden. Die Sozialwohnungen dürfen nicht verkauft oder umgewidmet werden und nur Genossenschaften können das Recht in dieser Form in Anspruch nehmen (Ayuntamiento Barcelona 2018b).

Ein Beispiel für dieses Vorgehen ist das Projekt *La Balma* im Stadtteil *Poblenou*. Das Projekt wurde auf einem öffentlichen Grundstück errichtet, welches das Städtische Wohnungsbauamt Barcelona (IMHAB) der Genossenschaft *Sostre Cívic* zunächst für einen Zeitraum von 75 Jahren zugewiesen hat. Das Grundstück wurde 2016 von der Stadt in einem Wettbewerb ausgeschrieben, den *Sostre Civic* in Zusammenarbeit mit zwei Architekturkooperativen gewann. *La Balma* ist ein intergenerationales Projekt mit 20 Wohneinheiten zwischen 49m<sup>2</sup> und 75m<sup>2</sup> auf fünf Stockwerken, davon ist eine

Wohnung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete vorgesehen. Letzteres geht auf eine Regelung von Sostre Civic zurück, wonach ein Minimum von 5% der Genossenschaftswohnungen an Menschen mit erhöhter Vulnerabilität (Frauen, die Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt wurden, Migrant\*innen, Menschen mit Behinderung) vergeben werden müssen (Int. 30.06.2021). Die Planung, Ausgestaltung und Durchführung des Projekts geschah unter enger Partizipation der zukünftigen Bewohner\*innen und über Gemeinschaftsräume soll eine kollektive Wohnweise gefördert werden. Für den Einzug musste jede Wohneinheit eine rückzahlbare Anfangseinlage zwischen 28.000 Euro und 38.000 Euro leisten. Die monatlichen Gebühren für das 2021 bezogene Gebäude reichen von 512 Euro bis 800 Euro pro Wohnung, was deutlich unter den durchschnittlichen Mietpreisen im gentrifizierten Poblenou liegt. Ein neueres Projekt der Sostre Civic ist Can 70, welches eine explizite Alternative für Wohnen und Zusammenleben im Alter darstellen soll. Im Can 70 sollen ungefähr 20 Leute zwischen 55 und 70 Jahren auf der Basis gegenseitiger Hilfe und Fürsorge leben. Die Projektgruppe hat sich bereits im Jahr 2015 zusammengeschlossen und 2021 im Rahmen einer größeren Ausschreibung den Zuschlag der Stadt Barcelona zur Nutzung öffentlicher Grundstücke bekommen. Die Bauarbeiten sollen Ende 2022 beginnen. Dieses Modell des genossenschaftlichen Wohnens im Alter soll die Erfahrung der „ungewollte Einsamkeit und die Arbeit für die Familie, insbesondere für die Töchter“ vermeiden und die spezifischen Bedürfnisse berücksichtigen (Corrons 2021, o. S.).

Über demokratische Partizipationsverfahren, die Schaffung von kollektiven Räumen zum Austausch und zur Reproduktion und das explizite Mitdenken von vulnerablen Gruppen sollen diese neueren Ansätze der Wohngenossenschaften demnach integrativere und kollektivere Formen des Wohnens schaffen und die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen fördern. Darüber hinaus wird durch das Prinzip der Nutzungsüberlassung der Warencharakter des Wohnens eingeschränkt, wie ein Mitglied der Architekturkooperative La Col unterstreicht:

Kollektives Wohnen an sich ist für mich ein Argument gegen individuelles Wohnen, gegen isolierte und zerstreute Wohnungen. Das Gegenargument lautet, dass privater kollektiver Wohnungsbau auf einem unregulierten kapitalistischen Markt schädlich ist und jedem Kampf für das Recht auf Wohnen entgegensteht. Es handelt sich also um Kollektivwohnungen, die aber auch mit Gemeinschaftseigentum verbunden sind. Ein nutzungsorientiertes Wohnkonzept, das auf dem Konzept des Wohnraums als Gebrauchsgegenstand und nicht als Ware beruht. (Int. 08.05.2019)

Dies steht im offenen Widerspruch zum skizzierten Modell der Wohnungspolitik im spanischen Staat und ist somit auch ein „kultureller Kampf“ (ebd.) gegen die hegemoniale Kultur des Wohneigentums, welche seit der Franco-Diktatur aktiv gefördert wurde. Dagegen soll das Genossenschaftswesen eine Kultur schaffen, die das Recht auf Wohnen für alle garantiert.

Dieser Ansatz ist auch mit Limitierungen konfrontiert, vor allem vor dem Hintergrund der Dynamiken des kapitalistischen Wohnungsmarktes. Ein generelles Problem ist die Frage der Finanzierung: Trotz der reduzierten Grundstückspreise kostet die Errichtung der Objekte mit den intensiven Planungsphasen, dem Anspruch des nachhaltigen Bauens und der bevorzugten Zusammenarbeit mit anderen Kooperativen viel Geld. Bei gleichzeitiger Gemeinnützigkeit mit sozialverträglichen Mieten und ohne die Aussicht auf Gewinne durch den vorzeitigen Verkauf der Wohnungen stellt dies eine Hürde für die Gewährung von Krediten dar. Zudem werden die Kosten oftmals nicht insgesamt durch einen Kredit gedeckt, sodass ein höherer Eigenanteil vonnöten ist. Eine weitere Finanzierungsquelle sind Subventionen durch die Stadtregierung und die katalanische Regionalregierung, die in den letzten Jahren – über die Zurverfügungstellung von Grundstücken hinaus – das Wohnungsgenossenschaftswesen stärker politisch und finanziell gefördert haben (Int. 30.06.2021) (Kap. 10.1.2). So liegen die privaten (rückzahlbaren) Anfangseinlagen bei den Projekten zwischen 9.000 und 30.000 Euro.

Neben dieser finanziellen Belastung für die Nutzer\*innen kommt ein erheblicher zeitlicher und organisatorischer Aufwand hinzu. Die Projekte müssen meist mehrere Jahre geplant werden, bevor – wenn es erfolgreich ist – der erste Spatenstich überhaupt erfolgen kann. Zudem erfordern die intensiven partizipativen Prozesse eine enge Begleitung durch die Nutzer\*innen. Auch die Organisation und Selbstverwaltung der Häuser selbst ist dann oftmals mit einem gewissen Zeitaufwand verbunden, wie regelmäßige Treffen und Plena, auf denen der Alltag und relevante Dinge rund um das Projekt geplant werden. All diese Phasen, von der Entstehung über den Bau bis zum gemeinsamen Wohnen, setzen ein gewisses organisatorisches und soziales Kapitel voraus (Int. 23.05.2019). Zudem bietet der Ansatz der Wohngenossenschaften aktuell weder eine kurzfristige, noch eine flächendeckende Antwort auf die Wohnraumkrise. Menschen in prekären Wohnungssituationen können kaum sieben bis acht Jahre auf eine Wohnung warten und die Belastung durch die Zeitarmut steht einer Partizipation in solchen genossenschaftlichen Organisationsprozessen im Weg. Gleichzeitig ist das Modell noch nicht sehr verbreitet und macht nur einen marginalen Anteil auf dem Wohnungsmarkt aus (Int. 30.06.2021).

Eine Gefahr für die zukünftige Entwicklung ist die mangelnde gesetzliche Regelung von genossenschaftlichem Wohnen bei der Nutzungsüberlassung, wonach eine Gemeinnützigkeit bis dato nicht festgeschrieben ist:

Wenn es größer und größer wird, wird es immer populärer, wir sind im Fernsehen und es gibt mehr Nachfrage danach. Es ist möglich, dass gewinnorientierte Unternehmen kommen, dass sie eine Genossenschaft gründen, dass auf dem Titel steht, dass sie nicht gewinnorientiert sind, aber dann, nein, wenn der rechtliche Rahmen nicht klar und nicht streng ist, dann weiß ich, dass jemand schummeln kann und dass es so enden kann. Hierfür gibt es keine klaren Regeln. Und nehmen wir an,

dass es die Genossenschaft selbst ist, die sich nicht an die Grundsätze der Spekulationsfreiheit und Gemeinnützigkeit hält. [...] Aber für uns ist es wichtig, dass es einen rechtlichen Rahmen gibt, eine klare Regelung. Und dass die verschiedenen Genossenschaften, sagen wir mal, nach demselben Muster vorgehen und dass es nicht nur ein Logo an der Tür ist, aber drinnen gibt es dann wieder neoliberale Praktiken. Und dass sie zwar den Titel einer Genossenschaft tragen, aber in der Art und Weise, wie sie arbeiten, keine Genossenschaft sind. (Int. 30.06.2019)

Trotz dieser Limitationen und auch Gefahren der neoliberalen Inkorporation tragen diese neuen Ansätze der Wohnungskooperativen auf Grundlage von Nutzungsüberlassungen ein transformatives Potenzial in doppelter Hinsicht in sich. Die Schaffung von kollektivem Wohnraum soll gezielt die gesellschaftliche Individualisierung überbrücken und solidarische Beziehungsweisen zwischen Menschen ermöglichen und stärken. Die Voraussetzung eines gewissen ökonomischen, sozialen und organisatorischen Kapitals schränkt den freien Zugang zu dieser Wohnform zwar ein. Gleichzeitig werden in diesem Rahmen vulnerable Gruppen adressiert, wie von Can 70, und die Frage nach dem Zusammenleben im Alter verdeutlicht, sowie gezielt versucht, diese Hürde über den quotierten Zugang für vulnerable Gruppen zu überbrücken. Dennoch bietet genossenschaftliches Wohnen keine kurzfristige Antwort auf die Wohnungskrise und spricht auch nicht in erster Linie die am stärksten Prekarisierten an, versucht aber eine Alternative zur neoliberalen Wohnraumpolitik – ob Eigentum oder Miete – aufzuzeigen und im Kulturkampf um die Wohnungsfrage hegemoniale Positionen offen in Frage zu stellen. Dabei verharnt dieser Ansatz nicht auf der diskursiven Ebene, sondern entwirft konkrete Politiken, die abseits von rein privaten Projekten oder öffentlich-privaten Partnerschaften auf eine neue Form der gemeinschaftlich-öffentlichen Zusammenarbeit und des kollektiven Eigentums verweisen.

## **9.5 Soziale Kräfteverhältnisse in der fortlaufenden Wohnraumkrise**

In den vorangegangenen Kapiteln sind verschiedene Akteur\*innen im Konflikt um die Wohnraumversorgung in Barcelona benannt worden. Diese sollen nachfolgend noch einmal skizziert und in ein Verhältnis gebracht werden. Dabei werden neben verschiedenen Kapitalfraktionen und Lobbys, Mieter\*innen und soziale Bewegungen auch Medien sowie legislative, judikative und exekutive Organe berücksichtigt.

Der Einfluss des Kapitals auf die Stadtentwicklung wurde in den ersten Kapiteln mit Blick auf den Wohnungsmarkt deutlich gemacht. Seit der Finanzkrise sucht vor allem internationales Kapital den Weg auf den Mietwohnungsmarkt bzw. wurde dieser Weg durch veränderte Gesetzgebungen durch die Zentralregierung erst geebnet. Börsennotierte Investmentgesellschaften, Versicherungs- und Pensionsfonds und Banken investieren anlagensuchendes Kapital in den renditeversprechenden Markt, woran aber auch die

spanische und katalanische Bourgeoisie ihren entscheidenden Anteil hat. Bei regionalen und nationalen Banken wie Caixabank oder Banco Sabadell, die eine lokale katalanische Gründungsgeschichte haben, halten, trotz des zunehmenden Einflusses von Unternehmen wie Blackstone, spanische und katalanische Unternehmer große Teile der Aktien. Ein weiterer Einflussbereich ist der Bausektor, in dem etwa der madrilénische Großunternehmer Florentino Pérez großen Einfluss besitzt und dessen Konzern Grupo ACS (Actividades de Construcción y Servicios) mitsamt unzähliger Tochterunternehmen zwischen 2009 und 2019 über 2 600 Aufträge mit einem Volumen von fast 755 Millionen Euro von der Generalitat de Catalunya und dem Stadtrat von Barcelona erhalten hat (Font 2020; Int. 24.05.2019). Zudem muss an dieser Stelle auch noch einmal darauf hingewiesen werden, dass trotz des steigenden Einflusses von Großunternehmen auf dem Mietwohnungsmarkt knapp 50% der Mietwohnungen in den Händen von Hausbesitzer\*innen mit ein oder zwei Wohnungen sind. An diesem kurzen Einblick in den Wohnungsmarkt, in dem sowohl Differenzierungen innerhalb der genannten Fraktionen, als auch der Miteinbezug weiterer Akteure an dieser Stelle nicht geleistet werden können, wird deutlich, dass auf Kapitaleseite verschiedene Fraktionen um ihren Einfluss auf dem (Miet-)Wohnungsmarkt konkurrieren.

Der Versuch der politischen Einflussnahme der verschiedenen Fraktionen übersetzt sich in ein starkes und breites Lobbywesen rund um die Wohnraumfrage. Generell üben Lobbys einen „bestialischen Druck“ (Int. 27.08.2021) auf die Stadtentwicklung in Barcelona aus und sind in Bereichen wie Wasser- und Energieversorgung, Kultur, Mobilität, Gastronomie, Gewerbe und Tourismus präsent um partikuläre Interessen zu vertreten und durchzusetzen. Allein in Katalonien gibt es fast 3 700 unterschiedliche Lobbys, die im regen Austausch mit der Politik stehen. So hat es im Zeitraum von Sommer 2016 bis September 2017 über 6 700 Treffen zwischen Lobbys und Vertreter\*innen der dreizehn Ministerien der katalanischen Regionalregierung gegeben (Solé 2020, S.3). Ein nennenswertes Beispiel im Bereich der Wohnpolitik-Lobbys ist der im Jahr 2019 gegründete Spanische Verband der börsennotierten Immobilien-Investmentgesellschaften Asocimi (Asociación Española de Sociedades Anónimas Cotizadas de Inversión en el Mercado Inmobiliario), der die Belange von mehr als 90 SOCIMIs vertritt und sich neben der Sicherung der steuerlichen Vorteile aktuell für die Anwerbung europäischer Fördergelder für energetische Sanierungen und nachhaltiges Wohnen in Stellung bringt (Guzmán 2021).

Die Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft werden offensichtlich, wenn Politiker\*innen durch die sogenannte Drehtür gehen (span. Puerta giratoria) und in den Vorsitz großer Unternehmen oder die Lobbyvertretung wechseln. Aktuellster Beleg dafür ist der PSC-Politiker Joan Clos, ehemaliger Bürgermeister von Barcelona (1997-2006) und Industrieminister (2006-2008) im ersten Kabinett von José Luis Rodríguez Zapatero. Clos wurde 2020 Präsident von zwei wichtigen Verbänden, dem Internationalen Verband der Immobilienberufe (FIABCI) sowie dem Verband der Eigentümer von

Mietimmobilien (ASVAL). Während ASVAL den Anspruch erhebt, sowohl kleine, als auch große Eigentümer\*innen zu vertreten, stehen laut Jaime Palomera, Mitglied der Mieter\*innengewerkschaft, vor allem die Interessen von Geierfonds im Allgemeinen und Blackstone im Besonderen im Vordergrund. Aufgrund seiner weitreichenden Verbindungen in die Politik und vor allem zur PSOE und der katalanischen PSC, die Clos zu seinen neuen Posten mitbringt, nennt Palomera ihn wiederum „El lobbista perfecto“, den perfekten Lobbyisten (Cúneo 2021). In seiner neuen Position torpedierte Clos die temporär eingeführte Mietpreisbremse in Katalonien und die Planungen der Zentralregierung von PSOE und Unidad Podemos, sie auf den gesamten spanischen Staat auszuweiten. In einer Erklärung von ASVAL heißt es dazu, „dass Preiskontrollen im derzeitigen sozioökonomischen Kontext keinen Sinn machen, da die Preise bereits sinken und diese Maßnahme den Markt nur verlangsamen würde“ (Asociación de Propietarios de Vivienda en Alquiler 2020, o. S.). Stattdessen fordert der Verband staatliche Subventionen um Zahlungslücken- und Rückstände seitens der Vermieter\*innen zu schließen, Steuererleichterungen für Vermieter\*innen und breite Wohnungsbauprogramme. Vor allem die PSOE hat die Festschreibung einer Mietpreisbremse auf zentralstaatlicher Ebene mehrfach blockiert. 2019 schaffte es eine entsprechende Regulierung nach massivem Druck von Blackstone und anderer Geierfonds, die damit drohten, sich aus dem spanischen Staat zurückzuziehen, nicht in das neue Gesetzesdekret über dringende Maßnahmen im Bereich Wohnen und Mieten (07/2019) und in der neuen Regierungskoalition mit Podemos zögerte die PSOE die Festschreibung einer Mietpreisbremse auf zentralstaatlicher Ebene trotz Nennung im Koalitionsvertrag heraus. Stattdessen betonte die PSOE, dass Wohnen zwar ein Recht sei, aber auch ein Marktgut, welches maximaler Rechtssicherheit bedürfe (Cúneo 2021). Erst nach massivem Druck sozialer Bewegungen und der Koalitionspartei Podemos wurde das Thema Ende 2021 wieder aktiv aufgenommen.

Die organisierte Vertretung und Verteidigung von Mieter\*inneninteressen wurde im Laufe der Arbeit schon mehrfach in Form der sozialen Bewegungen thematisiert, die sich gegen Zwangsräumungen, Kündigungen, Mieterhöhungen und letztendlich für das Recht auf Wohnen engagieren. Mit der Veränderung des Wohnungsmarktes im spanischen Staat, der Verschiebung von Zwangsräumungen wegen Hypothekenschulden zu Mietschulden oder Besetzungen haben sich auch die in diesen Feldern agierenden Bewegungen und Gruppen diversifiziert. Während bei den Konflikten um die Hypothekenschulden ab 2009 vor allem die PAH mit über 220 Gruppen im ganzen spanischen Staat Hauptakteurin war und die zentrale Forderung der Gesamtschuldentilgung durch Wohnungsübergabe vertritt und mittlerweile zum Großteil auch Fälle rund um Mietprobleme bearbeitet, gründete sich in Barcelona im Jahr 2017 die Mieter\*innengewerkschaft (Sindicat de Llogateres i Llogaters), die mittlerweile auch in anderen Städten im spanischen Staat Ableger hat und die Interessen von Mieter\*innen vertritt. Die dritte Strömung sind die ebenfalls in den letzten Jahren entstandenen stadtteilbezogenen Wohnraumgruppen oder Gewerkschaften (z. B. in Barcelona: Grup d'Habitatge de Sants, Sindicat de Barri del

Poble Sec, Sindicat d'Habitatge de Gràcia), die territorial kleinflächiger und politisch autonomer agieren. Alle drei Strömungen setzen auf horizontale Strukturen und das Prinzip der gegenseitigen Hilfe und organisieren sich über regelmäßige offene Versammlungen (Abb. 7). Die Mieter\*innengewerkschaft erhebt einen Mitgliedsbeitrag zwischen 20 und 200 Euro im Jahr, während die anderen Organisationen kostenfrei sind und sich vor allem über Spenden, Solidaritätsevents wie Essensstände oder Feiern sowie über Verkäufe von T-Shirts oder ähnlichem Material finanzieren (u. a. TB 11.05.2019, TB 01.03.2020, TB 13.06.2021). Gemeinsamkeiten gibt es auch bei den Handlungs- und Aktionsformen zur Durchsetzung der Mieter\*inneninteressen. Zentral sind die Verhandlung mit den Vermieter\*innen, etwa zur Abwendung einer Zwangsräumung oder zur Verlängerung eines Mietvertrages (Int. 24.05.2019). Dabei können, je nach Situation und Strategie, die Vermieter\*innen direkt durch die Mieter\*innen kontaktiert werden oder offiziell durch die Gruppe. Zudem können dritte Parteien wie lokale Politiker\*innen oder Sozialdienste in diese Verhandlungen mit eingebunden werden. Sollte die Vermieter\*innenseite nicht darauf reagieren, kann öffentlicher Druck über Pressekonferenzen, Kommunikationskampagnen (Plakate, Flyer, Hashtags, Telefonaktionen) oder Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Besetzungen von Firmen- und Bankenzentralen oder Anwalt\*innenbüros aufgebaut werden (u. a. TB 09.05.2019). Sollte ein Termin angesetzt werden, wird die Räumung über eine Blockade der Eingangstür, des Treppenhauses und der Wohnung zu verhindern versucht.

Innerhalb dieser Aktionsformen kommt es auch zu Unterschieden zwischen den Strömungen, vor allem der PAH und dem Sindicat auf der einen und den autonomen Stadt-



*Abb. 7: Versammlung der Mieter\*innengewerkschaft Barcelona  
Quelle: Eigene Aufnahme 2021*



teilgruppen auf der anderen Seite. Erstere erklären sich sehr deutlich als pazifistische bzw. gewaltfreie Gruppen, während es bei Aktionen der Stadtteilgruppen auch zu Sachbeschädigungen oder Konfrontation mit der Polizei kommen kann (TB 25.05.2021).

Es gibt Gruppen, von denen ich sagen kann, dass sie ein gewalttätigeres Verhalten an den Tag legen. Hinzu kommt das von den neuen Akteur\*innen die Sprache ‚Kriege gegen diese und jene‘ kommt. Abgesehen davon, dass die PAH auch in der Kampagne ‚Krieg gegen Cerberus‘ ist, versucht sie diese kriegerische Sprache nicht zu haben. Sie betrachtet sich selbst als pazifistisch. Ich weiß, dass die anderen Gruppen das zu Gunsten des sozialen Friedens auslegen. Aber einige von ihnen waren sehr entschieden und sehr gewalttätig in ihren Aktionen. Es kann auch sein, dass sie in ihrer Zusammensetzung jünger sind. Aber es ist auch dieser Geist, dass man alles um jeden Preis erreichen muss. Wenn die Tür bis zum Schluss gehalten wird, dann wird es so sein. Wenn man einzeln rausgehen muss oder was auch immer. Aber das, was einem Krieg immer näherkommt, ist eine Eskalation, an der die PAH nicht teilnimmt und nicht teilnehmen will. Denn das ist nicht ihre Art zu sein. Das wäre der Unterschied, nicht alle sind so, aber einige schon. Und hier gibt es wirklich einen Unterschied. (Int. 29.06.2021)

Diese Linie kann aber auch bereits entlang der Frage verlaufen, ob man eine Sitzblockade von der Polizei räumen lässt oder freiwillig nach mehrfacher Aufforderung aufsteht (TB 13.07.2021). Auch das Thema Besetzungen ist unter diesem Aspekt umstritten. Während einzelne Neubesetzungen von der PAH<sup>12</sup> oder dem Sindicat in der Regel nicht aktiv innerhalb der Struktur unterstützt werden, werden von Stadtteilgruppen sowohl Einzellösungen durch (stille) Besetzungen einzelner Wohnungen, als auch kollektive öffentliche Besetzungen begrüßt. Etwas genereller kann auch bei dem Verhältnis zu (lokal-)staatlichen oder institutionalisierten Akteur\*innen unterschieden werden. Während die Stadtteilgruppen mit ihrem autonomen Ansatz eine Skepsis gegenüber Politiker\*innen an den Tag legen – dabei dennoch im Sinne der Betroffenen pragmatische Bündnisse eingehen – und politischen Hintergrund zum Teil in der antikapitalistischen und revolutionären Linken haben, adressieren die PAH und die Mieter\*innengewerkschaft stärker und gezielter die institutionalisierte Politik auf lokaler, regionaler und staatlicher Ebene. Dennoch kommt es immer wieder zu Kooperation zwischen den verschiedenen Strömungen, etwa bei gemeinsamen Mobilisierungen zur Verhinderung von Zwangsräumungen oder der Koordination und strategischen Aufteilung von Zwangsräumungen im Stadtgebiet, bei Kampagnen gegen Geierfonds (z.B. Plan Sareb, Guerra a Cerberus), gemeinsamen Veranstaltungen und Diskussionsprozessen oder Gesetzesentwürfen (u. a. Int. 29.06.2021, TB 13.07.2021, TB 27.07.2021).

12 Das kann lokal von Gruppe zu Gruppe variieren, sowohl auf Seiten der PAH als auch bei den Stadtteilorganisationen.

Dabei beeinflussen die unterschiedlichen Bewegungen auf mehrfache Weise die Wohnraumfrage zugunsten der Mieter\*innen. Erstens über die Lösung der konkreten Problematiken, sei es über eine Übereinkunft mit den Vermieter\*innen oder die Verhinderung der Zwangsräumungen an der Tür, wodurch zumindest Zeit für die von der Räumung Bedrohten gewonnen wird und in vielen Fällen auch eine neue Verhandlungsgrundlage für die langfristige Aussetzung der Räumung geschaffen wird. Die PAH intervenierte im Jahr 2019 in Barcelona bei 230 Zwangsräumungen, was 9% aller Räumungen entspricht. Die GHAS hat seit ihrer Gründung 2017 über 200 Zwangsräumungen im Stadtteil verhindert, vier Wohnblocks und mehr als 30 Wohnungen „befreit“ bzw. „zurückgewonnen“. Die Gruppen erkämpfen also durch Druck von unten konkrete materielle Verbesserungen für akut von Wohnungsnot bedrohte Menschen. Ein weiterer Aspekt ist die Präsenz dieser Bewegungen im öffentlichen Diskurs. Vor allem die PAH, aber auch die Mieter\*innengewerkschaft kommen in bestimmten lokalen, regionalen aber auch nationalen Medien zu Wort und können darüber sowohl einzelne Fälle von Zwangsräumungen skandalisieren als auch übergeordnete Zusammenhänge der Wohnraumproblematik erklären. Zudem werden über Kampagnen bestimmte Immobilienakteure und deren Praktiken in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und darüber Druck aufgebaut. Weiterhin können damit Kontrapunkte zu einer Berichterstattung gesetzt werden, die die Interessen der Immobilieninhaber\*innen verteidigt und eine irrationale Angst vor Besetzungen schürt (Int. 29.06.2021). Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Generierung von Wissen und belegbaren Zahlen. Die Erfassung bestimmter Aspekte der Wohnraumversorgung und der damit zusammenhängenden Krise ist seitens offizieller Stellen äußerst lückenhaft. Die in Kapitel 10.2 und 10.3 aufgeschlüsselten Daten rund um Zwangsräumungen sowie deren Vergeschlechtlichung und gesundheitlichen Folgen basierten auf Berichten, welche die PAH und andere Gruppen und NGOs herausgegeben haben. Vor allem die stärker institutionalisierten Bewegungen der PAH und der Mieter\*innengewerkschaft bringen, sowohl auf katalanischer als auch auf staatlicher Ebene, immer wieder Gesetzesentwürfe auf den Weg, die eine längerfristige Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zugunsten der Mieter\*innen zum Ziel haben. Über diesen Weg eignen sich die Bewegungen offizielle Partizipationsmechanismen des Staates an, um über bestehende hegemoniale Ordnungen hinauszugehen:

Auf jeden Fall haben wir in den letzten 15-20 Jahren gelernt oder es gibt Teile der Bewegungen, die gelernt haben, dass dies eine Art des Kampfes ist. [...] Im Moment haben wir zum Beispiel eine große Anzahl von Anwälten, Leute, die Jura studiert haben. Das heißt, sie benutzen die Formen des Staates, sie sprechen zu uns mit den Mitteln des Staates, um uns zu schützen oder gegen den Staat zu kämpfen. In gewisser Weise versuchen die Bewegungen also, die Instrumente des Staates auf der rechtlichen Seite und auf der wirtschaftlichen Seite zu nutzen, so, dass wir eine kleine Alternative dazu bieten, wie das System funktioniert. (Int. 23.05.2019)

So hat die PAH im Jahr 2011 mit der Unterstützung von über 1,4 Mio. Unterschriften einen Entwurf zur Tilgung der Hypothekenschulden bei Überlassung des Eigentums in den Spanischen Kongress gebracht, der Entwurf des *Sindicat* für einen regionalen Mietdeckel konnte 2020 im katalanischen Parlament eine Mehrheit gewinnen und temporär in Kraft treten und die PAH sowie tausende andere Organisationen machen Druck, damit das neue Wohnungsgesetz der Zentralregierung möglichst wirksam ausfällt. Allerdings werden, wie weiter oben schon angeklungen, all diese Initiativen von anderer Seite angegriffen und konterkariert.

Weitere Akteur\*innen im sozialen und politischen Kräfteverhältnis Barcelonas durchkreuzen die genannten Einflüsse der sozialen Bewegungen auf verschiedenen Ebenen: Polizei und Justiz. Bezüglich der Repression gegen soziale Bewegungen ist an dieser Stelle vor allem das sogenannte Knebel- oder Maulkorbgesetz (*Ley Mordaza*) zur „Sicherheit der Bürger\*innen“ zu nennen, welches 2015 in Kraft getreten ist. Mit dem Gesetz werden Geldbußen zwischen 601 und 30.000 Euro für unkonkrete Tatbestände wie Behinderung der Justiz, Ungehorsam und Respektlosigkeit und fehlende Rücksichtnahme gegenüber Autoritäten legitimiert, das Abhalten spontaner Versammlungen erschwert und die Pressearbeit empfindlich eingeschränkt, da keine Fotos mehr von Polizist\*innen im Dienst gemacht werden dürfen. Das Stören und Verhindern von Zwangsräumungen wird damit genauso unter Strafe gestellt wie die Besetzung von Banken oder der Aufenthalt an besetzten Orten. Weiterhin wurden auch Sexarbeit und der Konsum von Marihuana weiter kriminalisiert. Vor allem die ersten Punkte richteten sich zu dem Zeitpunkt offensichtlich gegen die PAH und die starke Wohnraumbewegung und ihrer Strategie, Zwangsräumungen an der Tür zu stoppen: „Aber natürlich, es macht eine Menge Schaden und vor allem hat es alle Gruppen der Wohnraumbewegungen in allen Vierteln getroffen. Und es ist wie \*Geräusch einer Explosion\*“ (Int. 26.08.2021). Dieser Prozess der Repression ist flächendeckend und fortlaufend: „Weil das passiert im gesamten Territorium. Und diese Maschine läuft immer weiter. \*Geräusch einer laufenden Maschine\*“ (ebd.). Im Zeitraum zwischen 2015 und 2020 wurden durch das *Ley Mordaza* mehr als 815 Mio. Euro Bußgelder verhängt, vor allem für den Konsum von Betäubungsmitteln in der Öffentlichkeit und Ungehorsam, davon in Katalonien allerdings nur ein vergleichsweise geringer Anteil von 1,4 Mio. Euro. Doch allein zwischen März 2019 und Oktober 2021 kam es in Katalonien zu mindestens 351 Bußgeldern in Gesamthöhe von über 200.000 Euro gegen Personen, die sich Zwangsräumungen in den Weg gestellt haben (García 2021). Die 601 Euro als unterstes Ende der Bußgeldskala, auf die sich die Majorität der Strafen in diesen Fällen belief und der Gießkannencharakter, in dem diese hohe Anzahl in so kurzer Zeit verteilt wurde, lassen darauf schließen, dass nicht einzelne Personen und Delikte gezielt verurteilt, sondern kollektive Aktionen per se kriminalisiert werden sollen. Vor allem vor dem Hintergrund der Zusammensetzung der Gruppen, die zum Großteil aus vulnerablen Personen bestehen, und dass die Zwangsräumungen vor allem vormittags stattfinden, wo in der Regel hauptsächlich Studierende oder Arbeitslose Zeit haben, wird deutlich, dass diese Maßnahmen als Abschreckung und Einschüchterung dienen sollen.

Soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen protestieren im Grunde genommen seit der Einführung des Gesetzes für die Reform bzw. Aussetzung des Ley Mordaza, was es auch als ein wichtiger Punkt in den Koalitionsvertrag von PSOE und Podemos geschafft hat. Laut aktuellen Reformvorschlägen sollen u. a. das Filmen von Polizeikräften nicht mehr so einfach sanktioniert werden, spontane Versammlungen wieder erlaubt sein (wenn diese friedlichen Charakter haben), der Einsatz von Gummigeschossen limitiert respektive verboten und eine ausführliche Protokollierung und Legitimierung von Polizeieinsätzen gefordert werden. Polizeigewerkschaften und Bedienstete lokaler, regionaler und nationaler Einheiten mobilisieren massiv gegen die Änderungen des Gesetzes, unterstützt vom rechten Flügel der Politik, von der Partido Popular, Ciudadanos bis hin zur extrem rechten Partei Vox. Öffentliche Manifestationen polizeilicher Forderungen sind dabei kein Einzelfall. Organisiert über die starke Lobby der Polizeigewerkschaften gehen Sicherheitskräfte im spanischen Staat immer wieder für höhere Löhne und bessere Ausstattung oder gegen Gewalt gegen Polizeibeamt\*innen auf die Straße. Der Polizeiparapparat muss damit als eigenständiger politischer Akteur im Kräfteverhältnis gesehen werden, der seine eigenen Interessen durchzusetzen versucht: „Ja, die Sache mit den Polizeikräften ist, dass sie sich der politischen Kontrolle völlig entziehen. Dies zeigt sich auch auf der Ebene der Mossos d’Esquadra. Das ist auf der Ebene der Guardia Urbana klar.“ (Int. 25.06.2021). Die Mossos d’Esquadra ist die katalanische Polizei, welche die Exekutivgewalt von der spanischen Nationalpolizei übernahm und seit 2005 volle Verfügungsgewalt in Barcelona hat. Die Einheit stand und steht wegen diversen Fälle von Folter und Misshandlung sowie wiederholt brutalen Vorgehens auf Massenversammlungen und Demonstration in der Kritik, u. a. räumten Mossos die Besetzung des Plaça de Catalunya im Mai 2011 völlig unverhältnismäßig unter Gewaltnwendung mit Schlagstöcken und Gummigeschossen. Auch im Zuge des katalanischen Unabhängigkeitsreferendums am 1. Oktober 2017 gingen Mossos – entgegen der Anweisungen der spanischen Regierung – mit äußerster Brutalität gegen friedliche Wähler\*innen und Demonstrant\*innen vor und verletzten unzählige schwer. Hinter diesen Eskalationen kann auch eine politische Motivation vermutet werden, da vielen Polizeigewerkschaften und -einheiten im spanischen Staat ein nationalistischer bis teilweise faschistischer Charakter zugeschrieben wird, der sich entsprechend gegen linke Proteste und Unabhängigkeitsbewegungen richtet (Int. 16.06. 2019, Int. 08.06.2021). Eine ehemalige Bürgermeisterkandidatin der CUP beschreibt den nationalistischen Charakter der Mossos und den damit verbundenen Entzug politischer Kontrolle:

Und im Fall der Mossos ist es wohl ein bisschen dasselbe, oder? Das heißt, die Generalität wird dies niemals anerkennen, weil sie wohl glaubt, dass dies sie schwächt. Aber es gibt keine Kontrolle über die Polizeikräfte auf der autonomen Ebene, weil sie auch die Kriminalpolizei sind. Die Mossos d’Esquadra werden also auch vom Staat kontrolliert, denn viele Polizisten oder Mossos d’Esquadra kamen damals von der Nationalpolizei, und als die Mossos d’Esquadra 2005 hier einge-

setzt wurden, wechselten viele von ihnen von der Nationalpolizei zu den Mossos d'Esquadra, was bedeutet, dass es sich ideologisch gesehen bereits um eine spanische Truppe handelt, mit allem, was eine nationale Polizei ausmacht, die viel rechter ist, viel rechter als die Mossos. Nun, und die Kontrolle, ich denke, es ist ziemlich offensichtlich, dass sie sie nicht haben. (Int. 25.05.2021)

Mossos werden auch bei Zwangsräumungen eingesetzt und setzen diese je nach Lage letztendlich durch. Es sind Fälle bekannt, in denen Mossos den Eigentümer\*innen ohne eine endgültige Freigabe durch das Gericht den Weg in die Wohnung gebahnt und so die Zwangsräumung de facto mit den Füßen durchgesetzt haben (TB 10.03.2021). In anderen Fällen wurden Zwangsräumungen abgesagt, weil die Mossos den Protest nicht unterbinden und die Blockaden aufgrund selbsterklärten Personalmangels nicht räumen wollten (TB 27.06.2021). Die Regionalpolizei spielt also eine zentrale Rolle bei der Durchführung von Zwangsräumungen. Nach Einschätzung eines ehemaligen CUP-Stadtrates stellt der Sicherheitsapparat das möglichst widerspruchsfreie Funktionieren der Marke Barcelona sicher, zum einen wie oben erklärt über die Durchsetzung von Immobilieninteressen, zum anderen zur Sicherstellung des Tourismusmodells:

Und dann haben wir auch noch Polizeikräfte, die perfekt auf das Stadtmodell reagieren. Sie wollen, dass es erfüllt wird, und deshalb gibt es eine Absprache mit den privaten Unternehmen, die all diese öffentlichen Maßnahmen in der Realität der Nachbarn in Bezug auf den Tourismus, große Veranstaltungen usw. verwalten. Und sie agieren dann repressiv oder greifen in den öffentlichen Raum ein, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich dies entwickeln kann. (Int. 08.04.2019)

Die judikative Ebene ist bereits vor dem Hintergrund der versuchten Einflussnahme verschiedener Akteur\*innen auf die Gesetzgebung behandelt worden. Soziale Bewegungen nutzen das Instrument der Volksinitiativen (*Iniciativa legislativa popular*), um Gesetzesvorschläge auf regionaler und nationaler Ebene einzureichen, diese sind allerdings nicht bindend und können von den jeweiligen Regierungen verändert und auch abgelehnt werden. So wurde die von der PAH 2011 eingereichte Gesetzesinitiative zur Erlassung der Hypothekenschulden durch das Parlament inhaltlich so stark verändert, dass die PAH bei Vorlage der parlamentarischen Beschlussvorlage 2013 ihre Gesetzesinitiative zurückzog. Darüber hinaus können regionale Beschlüsse durch die nationale Ebene ausgehebelt werden. Eine 2015 vom katalanischen Parlament beschlossene Gesetzesinitiative der PAH (*Ley 24/2015*), der Allianz gegen Energiearmut und dem Observatorio DESC, die Großvermietern (Banken und juristische Personen, die mehr als 15 Wohnungen besitzen) auferlegte, bei Nichtzahlung von Mieten oder Hypotheken den Bewohner\*innen eine Sozialmiete anzubieten oder leerstehenden Wohnungen von Banken und Investmentfonds an gefährdete Personen oder Familien zu übergeben, wurde ein Jahr später nach einem Berufungsantrag der Partido Popular durch das Spanische Verfassungsgericht in großen

Teilen außer Kraft gesetzt. Auch zwei ergänzende Gesetzesdekrete (17/2019, 01/2020), welche die ursprüngliche Funktion des Gesetzes 24/2015 wiederherstellen sollten und vom katalanischen Parlament beschlossen wurden, sind von der PP angefochten und dem Verfassungsgericht in Teilen aufgehoben worden. Ebenso wurde ein im November 2020 vom katalanischen Parlament verabschiedeter Mietendeckel (Ley 11/2020) nach Einsprüchen der PP und der spanischen Regierung durch das Verfassungsgericht ausgesetzt. Das Gesetz wurde von der katalanischen Mieter\*innengewerkschaft initiiert, mit Unterstützung von über 4000 politischen und sozialen Organisationen und dem Druckmittel eines Mieter\*innenstreiks während des *Covid-Lockdowns*. Das Gesetz wurde weitflächig in Katalonien angewendet und hat zu effektiven Mietpreissenkungen und vermehrten Mietvertragsabschlüssen geführt. Damit wird diese Entscheidung seitens der Mieter\*innengewerkschaft eindeutig als Vertretung von Kapitalinteressen und gegen die Rechte der Mieter\*innen bewertet:

Nun verurteilt das Verfassungsgericht (nach den Einsprüchen der Volkspartei und der spanischen Regierung wegen Verfassungswidrigkeit) dieses Gesetz zum Scheitern. Damit wagt es, die Beschlüsse des katalanischen Parlaments zu ändern und versetzt damit dem Recht auf Wohnen einen Schlag. Sie verteidigt die Interessen und Gewinne der Immobilienlobby und der Geierfonds und erledigt deren Drecksarbeit für sie. Mit Mühe, Kampf und Organisation haben wir diese wichtige Verordnung durchgesetzt, und mit viel Beharrlichkeit und täglicher Arbeit haben wir es geschafft, dass sie aktiv angewandt wird und dass die Menschen davon wissen. Wir mussten uns mit den Strategien der Immobilienbranche auseinandersetzen, die darauf abzielen, falsch zu informieren und das Gesetz zu umgehen. Deshalb werden wir sie nun weiter verteidigen und durchsetzen. (Sindicat de Llogateres 2022)

Das Kapitel hat ausgehend von der Wohnraumfrage schlaglichtartig verschiedene Akteur\*innen und Strukturen aufgezeigt, die in den Kräfteverhältnissen mitzudenken sind. Die Auseinandersetzungen um die Durchsetzung der Interessen der unterschiedlichen Fraktionen finden dabei auf verschiedenen Ebenen statt. Auf dem Terrain der Legislative eignen sich soziale Bewegungen immer wieder Partizipationsmechanismen an, um die Interessen der Mieter\*innen gesetzlich stärker zu schützen, brauchen dabei aber auf regionaler und nationaler Ebene parteipolitische Unterstützung und Mehrheiten. Darüber können kurzfristige Erfolge entstehen, die allerdings durchgehend kontestiert werden. Regionale Gesetzgebungen werden durch Berufungen auf zentralstaatlicher Ebene ausgesetzt und gekippt und auch Entscheidungen des spanischen Parlaments können durch das Verfassungsgericht gestoppt werden. Themen- und akteursbezogene Lobbys versuchen über parteipolitische Verbindungen Druck auf parlamentarische Entscheidungen und Gesetzesbeschlüsse auszuüben und so bestimmte Interessen durchzusetzen. Neben Judikative und parlamentarischer Politik ist sprichwörtlich die Straße der Ort, wo Interessen artikuliert und durchgesetzt werden. Für die Gesetzesinitiativen aus den sozia-

len Bewegungen mussten über gesellschaftliche Mobilisierung zehntausende Unterschriften gesammelt und zudem der Druck aufrechterhalten werden, damit sich die jeweiligen Parlamente damit auseinandersetzen und im Sinne der Bewegungen entscheiden. Zwangsräumungen werden oftmals direkt an der Tür verhindert, wenn die Körper der Aktivist\*innen den Zugang zu den Wohnungen oder Häusern versperren oder Häuser werden, wenn nicht über den rechtsstaatlichen Weg, über Besetzungen „zurückerobert“. Genauso werden Zwangsräumungen aber auch durch Polizeieinheiten durchgesetzt, die aus ihrer Funktion heraus ebenfalls Interessen geltend machen und wichtige ökonomische Akteur\*innen drohen damit Investitionen einzustellen und die Stadt zu verlassen, wenn nicht Politik in ihrem Sinne gemacht wird.

Im folgenden empirischen Oberkapitel wird der Fokus auf die Lokalpolitik und den Ansatz des neuen Munizipalismus in Barcelona gelegt und dabei analysiert, wie sich die verschiedenen sozialen, ökonomischen und politischen Kräfte im Lokalstaat verdichten und welche „komplex-hierarchische Gliederung“ (Puller 2009, S.6) der Kräfte daraus entsteht. Dabei wird die Rolle und der Handlungsspielraum der Stadtpolitik in der Hierarchisierung der Kräfte analysiert und eruiert, ob die Politik (weiterhin) durch den Druck bestimmter wirtschaftlicher Sektoren und Eliten bestimmt ist (Int. 19.08.2021), ein Equilibrium zwischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft schafft und einen städtischen Konsens (wieder)herstellt (Int. 29.04.2021) oder den konfliktiven Charakter zwischen den Interessen der majoritären Bevölkerung und dem ökonomischen Entwicklungsmodell heraushebt und darin die Position der Bevölkerung in Bereichen wie Wohnraum, demokratische Mitbestimmung und generell Stadtentwicklung stärkt.

## 10 Neue politische Repräsentationen und munizipalistische Handlungskorridore

In seiner Rede sagte Fernández Díaz (Abgeordneter der PP) etwas in der Art, dass wir die prekärste Mehrheit in der Geschichte dieses Stadtrats haben, als ob er sagen wollte, was habt ihr gedacht? Mit anderen Worten: Sie verachteten Ada Colau auf jede erdenkliche Weise. Um ihr das Gefühl zu geben, ein Eindringling, ein Emporkömmling, eine Novizin, eine Person außerhalb der Institutionen zu sein, und dass ihre gesamte Regierung genauso war. Nun, als Fernández Díaz das sagte, hörte man das Geschrei auf dem Platz. Natürlich waren wir in einem mittelalterlichen Gebäude, die Türen waren geschlossen und so weiter. Aber der Lärm, der Lärm, das Geschrei der Leute, während Fernández Díaz das sagte, drang durch. Und ich dachte: Ja, wir müssen es tun. Aus meiner Sicht, aus meiner politischen Kultur heraus ist die Eroberung der institutionellen Macht nicht damit gleichbedeutend Macht zu haben, sondern man muss noch etwas Anderes haben. (Int. 07.07.2021)

Mit knapp über 25 % der Stimmen gewann Barcelona en Comú die Kommunalwahlen am 24. Mai 2015 mit leichtem Vorsprung vor der katalanischen Rechtspartei *Convergència i Unió* (CiU), die bis dato mit Xavier Trias den Bürgermeister stellte. In der Mitte Juni stattfindenden konstituierenden Sitzung des neuen Stadtrates von Barcelona wurde Ada Colau für die munizipalistische Liste mit insgesamt 21 von 41 Stimmen schließlich zur Bürgermeisterin gewählt. Unterstützung erhielt sie dabei von der sozialdemokratischen PSC, der Unabhängigkeitspartei ERC und der CUP. Während die ersten beiden Parteien ihre gesamten Stimmen für Colau einsetzten (vier bzw. fünf), gab die CUP nur eine ihrer drei Stimmen, sodass es zwar für eine Mehrheit reichte, aber gleichzeitig eine kritische Distanz zu Barcelona en Comú signalisiert wurde. Im Stadtrat reagierten die etablierten konservativen Parteien mit Spott und Abschätzung auf die Wahl Colaus, während draußen auf dem Plaça Sant Jaume 2500 Menschen frenetisch den Sieg von Barcelona en Comú feierten. In dem einleitenden Zitat erinnert Mercedes Vidal Lago, spätere Stadträtin für Mobilität, wie diese Momente aufeinandergeprallt sind und diese auch sinnbildlich für die Machtverhältnisse in der Stadt stehen. Fast genau vier Jahre später wurde Ada Colau erneut zur Bürgermeisterin von Barcelona gewählt, diesmal mit den Stimmen der PSC und dem von der rechten Partei *Ciudadanos* unterstützten Manuel Valls. Obwohl sich in Barcelona im Gegensatz zu vielen anderen Städten im spanischen Staat das munizipalistische Projekt im Amt halten konnte und Colau in die zweite Legislaturperiode als Bürgermeisterin ging, änderte sich auch hier das Szenario. Wichtige Stadträt\*innen, die 2015 in die Institutionen eingezogen sind, traten 2019 nicht mehr als Kandidierende an und der Plaça Sant Jaume war nicht von Unterstützer\*innen Colaus und Barcelona en Comús gefüllt, sondern von Kritiker\*innen, vor allem aus dem bürgerlich-konservativen Lager der Unabhängigkeitsbewegung. Mercedes Vidal Lago erinnert sich auch hier an die Situation: „Es war voll von progressiven Ultras und überdrehten Leuten, die Ada



Colau und alles andere kritisieren wollten. Nun, ich. Ich bin mitten durch diesen Mob gelaufen, der mich angeschrien hat, Schlampe, Hure. Nun, alles, was Sie sich vorstellen können. Ich meine, furchtbar, furchtbar“ (ebd.) und betont dabei, dass gleichzeitig die unterstützende Basis des Projektes weggebrochen ist:

Der Punkt ist. Diese Leute konnten den Platz besetzen, weil unsere Leute weg waren. Ich meine, selbst wenn diese Leute 2015 gekommen wären, sie hätten nicht hinaufgepasst. Sie hätten buchstäblich keinen physischen Platz gehabt, sie hätten 2015 nicht auf den Platz kommen können. 2019 war die kleine Gruppe von Leuten, die gekommen sind, um zu jubeln, ein paar Übriggebliebene. Und deshalb hatte diese Bande von Hooligans den ganzen Raum, den sie hatte, um alle, alle, alle als Verräter zu beschimpfen. (Int. 07.07.2021)

In diesen kurzen Ausschnitten werden verschiedene, für die vorliegende Arbeit relevante Punkte thematisiert: vom Weg der municipalistischen Projekte in die Institutionen und den damit verbundenen Hürden über die Situierung in den lokalen Machtverhältnissen und die daraus entstehenden konkreten Politiken, bis zum Verhältnis zwischen Barcelona en Comú und CUP und die Möglichkeit einen Fuß innerhalb und einen Fuß außerhalb der Institutionen zu haben. Dahingehend sollen im folgenden empirischen Kapitel die Entwicklungen, Politiken und Strategien sowohl von Barcelona en Comú als auch der CUP seit 2015 rekapituliert werden. Der größere Fokus wird dabei auf Barcelona en Comú liegen, da diese als Regierungspartei logischerweise eine stärkere institutionelle Präsenz und größere Rolle in der Stadtpolitik hat, während die CUP 2015 drei Stadträt\*innen stellte und 2019 den Einzug in den Stadtrat verpasste. Mit Blick auf die Stadtpolitik wird aus den verschiedenen institutionellen Stellungen der Projekte analysiert, inwiefern hegemoniale neoliberale Ordnungen herausgefordert wurden und progressive, am Gemeinwohl orientiertere Politiken gefördert und implementiert werden konnten. Daran schließen sich weitere Schwerpunkte rund um die Möglichkeiten der Demokratisierung sowie der Feminisierung der Politiken, die sich jeweils sowohl auf das Innerhalb der municipalistischen Projekte, als auch auf die gesamte Stadtpolitik beziehen. Daran anschließend werden die Entwicklungen der Projekte vor dem Hintergrund der institutionellen Gegebenheiten analysiert und auf Institutionalisierungsprozesse hin untersucht. In einem nächsten Schritt werden aus diesen Erfahrungen die Dynamiken und Trägheiten der Institutionen abgeleitet, um daraus im staatsrechtlichen Sinne die Materialität des (Lokal-)Staates und die daraus entstehenden Bedingungen für progressive Regierungsprojekte (Kap. 3.1) genauer beschreiben und analysieren zu können. Eng damit verbunden ist die Frage nach der Veränderbarkeit der Institutionen und was diese Materialität des Staates für das Verhältnis von sozialen Bewegungen oder Kämpfen und den Institutionen bedeutet, die im Ansatz der municipalistischen Praxen zusammengebracht werden sollen.

## 10.1 Barcelona en Comú: Politiken und Strategien

Ausschnittsweise werden nun im ersten Teil des Unterkapitels verschiedene übergeordnete stadtpolitische Strategien von Barcelona en Comú vorgestellt. Diese Beispiele decken selbstverständlich nicht die gesamten Maßnahmen und *policies* ab, sollen aber stellvertretend für die politischen Kerngedanken stehen und gleichzeitig Limitationen und Widersprüche innerhalb eines dynamischen Machtgefüges sichtbar machen.

### 10.1.1 Stadtplanung in „Kleinbuchstaben“

Während die Stadtplanung in Barcelona seit den Olympischen Spielen 1992 auf Großevents, Prestigeprojekte und großflächige und kostenintensive Stadtentwicklungsprojekte setzte, versuchte die neue Stadtregierung ab 2015 einen Paradigmenwechsel einzuleiten und fortan „Stadtplanung nicht mehr in Großbuchstaben, sondern in Kleinbuchstaben zu schreiben“ (Int. 07.07.2021). Ein planerisches Werkzeug, welches die Stadtregierung in diesem Zuge verstärkt anwendet, ist der sogenannte „Taktische Urbanismus“ (Int. 23.03.2021). Als Taktischer Urbanismus werden kostengünstige und teilweise nur temporäre Eingriffe in die gebaute Umwelt bezeichnet, die eine alternative Nutzung des Raumes ermöglichen. Drei in Barcelona angewendete Beispiele sind die Errichtung von sogenannten Superblocks (kat. Superilles), die temporäre Sperrung von Straßen für den Autoverkehr und der Ausbau von (*Pop Up*-)Radwegen. Superblocks bezeichnen eine verkehrsberuhigte Zone zwischen mehreren Häuserblöcken, die zu Aufenthaltsflächen für die Anwohner\*innen umgestaltet werden, z.B. Spielplätze oder Sitz- und Picknickflächen. Teils sind Bereiche innerhalb des Blocks durch Absperrungen für den Durchgangsverkehr komplett gesperrt, andere Bereiche sind vorrangig für Fahrzeuge von Anwohner\*innen und Händler\*innen sowie öffentliche Transportmöglichkeiten geöffnet aber auf eine Geschwindigkeit von 10 km/h begrenzt. Barcelona, als eine der dicht bebautesten Städte der Welt, eignet sich mit seinen schachbrettartig angeordneten Straßenzügen besonders für diese Form der Umnutzung, wodurch neue öffentliche und gemeinsam nutzbare Räume geschaffen werden (ebd.). Die Einrichtung solcher Blocks wurde schon im „Städtischen Mobilitätsplan Barcelona 2013-2018“ (PMU) festgelegt, aber erst im September 2016 begann wiederum die neue Stadtregierung mit der Einrichtung. Erstes Projekt war ein drei mal drei Häuserblocks umfassender Superblock im Stadtteil Poblenou, der anfangs auf viel Widerstand von ansässigen Händler\*innen und der Bevölkerung stieß:

Wie gesagt, weil jeder Quadratmeter in dieser Stadt so umkämpft ist, stieß es auf eine riesige Gegenbewegung und die lokalen Händler, die haben echt einmal irgendwie so verbreitet, dass das der Niedergang ist. Da geht überhaupt nichts mehr. Und in Poblenou, das ist so ein ziemlicher Hipster-Bezirk, aber auch noch industriell. Und da ging es halt ziemlich ab. (Int. 23.03.2021)

Obwohl es sich in Poblenou also um ein überschaubares Projekt handelte, war der Widerstand bei bestimmten Interessengruppen und die mediale Berichterstattung über den Konflikt vergleichsweise groß. Neben den Händler\*innen, die sich in einem temporären Interessenverband organisierten und artikulierten, waren es auch die Interessen von Autofahrer\*innen, die u. a. über den Real Club Catalunya de Automoviles (RACC) vertreten wurden (Int. 16.03.2021). Ein Kritikpunkt am Projekt war, dass das Verkehrsaufkommen und die damit verbundene Umweltbelastung durch den Block nicht gesenkt, sondern nur auf andere Teile der Stadt verschoben würde. Laut Mercedes Vidal Lago, die anfänglich mit dem Projekt betraut war, führte vor allem der Angriff auf die Privilegien einzelner Akteur\*innen zu diesem Aufschrei. Gleichzeitig setzt sie die Frage nach allgemeiner Gerechtigkeit dagegen: „Ich meine, wir leben in einer Stadt, in der 24% der täglichen Fahrten mit privaten Fahrzeugen zurückgelegt werden, und dennoch sind über 60 oder 70% des öffentlichen Raums Straßenraum. Ist das fair? Nein! Tut mir leid. Ich meine, wir haben die Mehrheit“ (Int. 07.07.2021). Mit dem Superblock in Poblenou wurde der öffentliche Raum ebenso wie die Grünflächen im Viertel quasi verdoppelt, der motorisierte Verkehr in den Wohnbereichen sank um mehr als die Hälfte, die von Autos belegten Flächen verringerten sich um 48% und mit der steigenden Attraktivität des Gebietes stieg die Zahl der Geschäfte im Erdgeschoss um 30% an (Ayuntamiento Barcelona 2018c). Sowohl in Poblenou als auch im darauffolgenden Projekt in Sant Antoni führten die Superblocks zu einer Verbesserung der Luftqualität und der Lärmbelastung innerhalb der Wohngebiete und die Flächen werden aktiv und vielfältig von den Anwohner\*innen genutzt und gestaltet (Kleff und Ochoa 2020, S. 42). Durch eine stärkere Einbindung der Bewohner\*innen im Laufe des Konsolidierungsprozesses konnte der Widerstand in Poblenou von dieser Seite abgebaut werden. Beim nächsten *Superilla*-Projekt im Sant Antoni wurde von vornherein stärker auf eine Einbindung der lokalen Bevölkerung und auch der Einzelhandelsstruktur gesetzt, sodass Konflikte zwischen diesen Parteien ausblieben (Int. 23.03.2021). Generell sollen Bürger\*innen somit eine aktive Rolle in der Raumgestaltung einnehmen und die neuen öffentlichen Flächen an ihre sozialen Bedürfnisse anpassen. In der ersten Amtszeit von Barcelona en Comú wurden fünf solcher Superblocks unterschiedlicher Größe in Barcelona angestoßen, neben den bereits genannten auch in den Stadtteilen Horta, Les Corts und Hostafrancs. Im November 2020 kündigte Ada Colau an, dass Superblock-Projekt „auf eine andere Stufe“ zu heben und die Stadt nach diesem Muster zu transformieren und so „einen Teil des derzeit von Privatfahrzeugen genutzten Raums für die Bürger\*innen zurückzugewinnen“ (Ayuntamiento Barcelona 2022c, o. S.). Dafür soll das Superblock-Modell abgeändert und mittels „Grüner Achsen“ in einem ersten Schritt auf weite Teile der Eixample ausgedehnt werden, ein Gebiet, das viel größer, dichter besiedelt und einer höheren Verkehrsbelastung ausgesetzt ist als die beiden Pilotprojekte. In dem Bereich sollen 21 „neue“ begrünte und verkehrsberuhigte Straßen mit einer Gesamtfläche von 6,6 Hektar entstehen und 21 Straßenkreuzungen zu öffentlichen Plätzen umgewandelt werden, was weiteren 4 Hektar neuer öffentlicher Fläche entspricht. Insgesamt sollen in dem Bereich 33,4 Hektar zusätzliche Fläche für

Fußgänger\*innen geschaffen werden. Die Umstrukturierung soll bis 2030 abgeschlossen sein und insgesamt knapp 40 Mio. Euro kosten (Ayuntamiento Barcelona 2020d).

„Barcelonas Superblock-Modell aktualisiert Cerdàs Straßenplan aus dem 19. Jahrhundert und bringt ihn in die Zukunft“ (ebd., o.S.) schreibt die Stadtregierung zu dem Projekt, in Anspielung an den berühmten Cerdà-Plan aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, der maßgeblich für die (Innen-)Stadtstruktur Barcelonas ist. Dabei wurde damals zwar die prägnante Blockstruktur umgesetzt, allerdings die Ausweitung von Gärten und Grünflächen innerhalb der Blöcke – fast als eine Art kompakte Gartenstadt – außenvorgelassen (Int. 23.03.2021). Die Anspielung auf Cerdà und der eindeutige Sprung in Größe und Finanzvolumen der Superblock-Pläne sprechen für eine Prestigisierung der Projekte. So beschreibt ein aktives Mitglied des Koordinierungskreises von Barcelona en Comú, dass die kleinen Projekte kaum wahr- oder ernst genommen werden:

Die wollen etwas ganz Anderes und wir so nee, nee, nee, klein wenig Nachbarschaft und irgendwie so ein paar Blöcke da hinsetzen und so ein Kiezblock schaffen. Also ich glaub unser Problem ist oft auch, dass unsers weniger und klein ist und nah und vollkommen unspektakulär. Das ist eben so. Und es sieht auch nicht immer perfekt aus, aber z. B. in diesen Kiez-Blocks. Aber so finden wir eben muss es sein. Das ist nicht einfach zu verkaufen, glaube ich. Gerade wenn so viel Geld gemacht werden kann mit spektakulären Sachen. Ich glaube, für mich die wichtigste Lektion war, dass man aushalten muss, kleine Sachen zu machen. Ich finde, dass es echt oft darum geht, weniger zu machen und dass es auf lange Sicht funktioniert. Das ist ja so eine sehr maskuline Dynamik, dass alles größer, schneller, besser und teurer glänzen muss. (Int. 23.03.2021)

Mercedes Vidal Lago hingegen wertet diese Entwicklung zu größeren Projekten als den Einfluss durch die koalierende PSC und eine Hinwendung zur Politik der Großprojekte: „Die grünen Achsen sind kein Urbanismus in Kleinbuchstaben“ (ebd.). Dabei betont sie auch, dass kleine Projekte des Taktischen Urbanismus kaum positive Resonanz in den öffentlichen Medien findet und zusätzlich die durch die Olympischen Spiele geprägte Kultur der großen, teuren und glanzvollen Projekte kleinteiligeren und günstigeren stadtpolitischen Maßnahmen im Wege stünden. So wäre etwa die Einrichtung des *Superilla* in Poblenou für einen Grundbetrag von 80.000 Euro möglich gewesen, kostete am Ende deutlich mehr – da es den Ansprüchen der Bewohner\*innen und etablierter Politik nicht genüge – was eine stärkere Verbreitung des Ansatzes verhindert: „Was ist das? Das ist meiner Stadt Barcelona nicht würdig“. Für den Poblenou-Superblock haben wir am Ende drei oder vier Millionen Euro ausgegeben. Mit anderen Worten, wenn jeder Superblock vier Millionen Euro kostet, dann sollten sie sich von ihren Möglichkeiten der Umgestaltung verabschieden“ (Int. 07.07.2021). Dazu ergänzt Vidal Lago, dass die Erfahrung von Kolleg\*innen in anderen Städten sich davon unterscheidet:

Ich hatte Beziehungen zu Mobilitätsbeauftragten in Städten, die über ein viel größeres Budget verfügten als Barcelona, und diese prahlten immer mit den Umgestaltungsmaßnahmen, die sie mit zwei Töpfen Farbe und drei Blumentöpfen erreicht hatten. Ich bin vor Neid gestorben, ich kann das nicht tun. (Int. 07.07.2021)

Trotz der unterschiedlichen Einordnung der Entwicklung des Taktischen Urbanismus werden durch die Maßnahmen öffentlicher und ökologisch nachhaltigerer Raum geschaffen, sowie die hegemoniale Stellung des Autos im städtischen Verkehr kontestiert. Weitere in dieser Hinsicht zu benennende Maßnahmen sind der Ausbau der Radwege, deren Streckennetz sich in der ersten Legislaturperiode von Barcelona en Comú verdoppelt hat (angestrebt war sogar eine Verdreifachung) (ebd.) und bis 2023 auf über 270 Kilometer ausgebaut werden soll (2015: 116 Kilometer). Eine weitere Maßnahme ist die temporäre Schließung von Straßen für den Autoverkehr, um diese für die Bevölkerung zu nutzen. Unter dem Titel *Obrim Carrers* (dt. Wir öffnen Straßen) werden seit Anfang 2020 in verschiedenen Stadtteilen zentrale Straßen an Wochenenden gesperrt und teilweise mit einem lokalen Kulturprogramm bespielt. Ähnlich wie das ursprüngliche Motto der Superillas „*Omplim de vida els carrers*“ (dt. Füllen wir die Straßen mit Leben) wird auch hier eine diskursive Verknüpfung mit dem Begriff einer gerechten Stadt hergestellt, deren Straßen nicht wie im Status Quo für die Autos, sondern für Menschen geöffnet werden sollten, was Parallelen zur diskursiven Strategie der Wohnraumbewegung und vor allem der PAH aufwirft, die etwa ähnlich von der Rückeroberung von Häusern gesprochen hat (Kap. 9.2). An dieser Stelle verbinden sich konkrete Eingriffe in die gebaute Umwelt mit diskursiven Weisungen über das Bestehende hinaus und kontestieren privilegierte Akteur\*innen.

### **10.1.2 Der Kampf um Wohnraum**

Der Zugang zu erschwinglichem und würdevollen Wohnraum war eines der Hauptthemen Barcelona en Comús im Wahlkampf und Ada Colau, als ehemalige Sprecherin der PAH, repräsentierte zu dieser Zeit wie keine Zweite den Kampf gegen Zwangsräumungen und Immobilienspekulation. Gleichzeitig waren die Ausgangsbedingungen zur Verbesserung der Wohnraumproblematik denkbar schlecht: die Liberalisierung und Finanzialisierung des Mietmarktes und deren immer stärkere Durchdringung profitorientierter und spekulativer Akteur\*innen, die Touristifizierung der Stadt und die fehlenden Ressourcen der öffentlichen Hand (etwa gibt es nur ungefähr 1,5 bis 2% sozialen Wohnungsbau in der Stadt und große Teile der öffentlichen Flächen wurden in den vorangegangenen Jahrzehnten privatisiert) schränkten die Handlungsoptionen der Stadtregierung stark ein.

Als einer der ersten – eher administrativen Maßnahmen – hat die Stadtregierung unter Barcelona en Comú die Zuständigkeit der Wohnungspolitik verschoben. Seit 2015 ist sie nicht mehr ein Bereich von *Hàbitat Urbano* (dt. städtischer Lebensraum), der sich auch mit ökologischen Fragen beschäftigt, sondern eine eigenständige Abteilung mit eigener

Leitung innerhalb des Bereiches Soziale Rechte, Globale Gerechtigkeit, Feminismus und LGBTI. Wohnen wird damit nicht nur unter einem rein planerischen Aspekt gesehen, sondern direkt unter Aspekten von sozialen Rechten und Geschlechter(-gerechtigkeit) betrachtet. Diese Maßnahme hat einen symbolischen oder diskursiven Aspekt, gleichzeitig wird die Zusammenarbeit zwischen diesen verschiedenen Bereichen gestärkt (Int. 02.04.2019). Auf Grundlage einer Zusammenarbeit mit Architekturgenossenschaften und einer stadtteilbezogenen Bürgerpartizipation wurde Anfang Januar 2017 vom Stadtrat der Plan für das Recht auf Wohnen 2016-2025 (*Plan por el Derecho a la Vivienda de Barcelona 2016-2025*) verabschiedet, der eine Reihe von Maßnahmen festlegt, um die soziale Funktion des Wohnraumes zu gewährleisten. In dem Plan wurden folgende vier übergeordnete strategischen Aktionslinien festgehalten: „Vorbeugung und Bewältigung von Wohnungsnotfällen, Sicherstellung der ordnungsgemäßen Nutzung von Wohnraum, Erhöhung der Zahl der erschwinglichen Wohnungen und Sanierung des aktuellen Wohnungsbestands“ (Ayuntamiento Barcelona 2016, o. S.). Die CUP hatte gegen die Verabschiedung des Plans gestimmt, weil ihr die darin vorgeschlagenen Maßnahmen nicht weit genug gingen und die „Grenzen des Anwendungsbereichs nicht erreicht“ wurden (Ayuntamiento Barcelona 2017a, o. S.).

Insgesamt sieht der Plan 59 spezifische Maßnahmen vor, um das Recht auf Wohnen in Barcelona wieder sicherzustellen, darunter fallen unter anderem der Bau neuer öffentlicher Wohnungen, der Ankauf privater Wohnungen mittels Vorkaufsrecht, die Stärkung des Wohnraumkooperativenwesens, die Eindämmung der Zweckentfremdung von Wohnraum, z. B. für touristische Zwecke oder die stärkere Überwachung und Begleitung von Zwangsräumungen im Sinne der Mieter\*innen durch den neu eingerichteten SIPHO. Bezüglich des Neubaus sollten laut Plan in dem Zeitraum von 2016 bis 2025 8.850 öffentliche Wohnungen entstehen, wohingegen in den fünf Jahren davor nur 968 öffentliche Wohnungen gebaut wurden. Von den angestrebten knapp 9 000 Wohnungen sollen 20% mittels Erbbaurecht an externe Akteur\*innen wie Genossenschaften, Stiftungen oder private Unternehmen übertragen und die restlichen 80% über städtische Wohnungsgesellschaften vermietet werden und nicht etwa wie in der Vergangenheit ab einem gewissen Zeitpunkt zum Verkauf stehen (Ayuntamiento 2016, S. 61). In der ersten Legislaturperiode von 2015 bis 2019 konnte die Stadtregierung 834 Wohnungen errichten – davon ist ein beachtlicher Teil aber schon unter der Vorgängerregierung geplant worden. Anfang 2022 waren knapp 1 000 Wohnungen fertig gebaut und zusätzlichen befinden sich über 4 000 Wohnungen in verschiedenen Planungs- bzw. Konstruktionsphasen<sup>1</sup>, sodass bis 2025 über 5 000 Wohnungen im Rahmen des Plans für das Recht auf Wohnen errichtet werden. Von den insgesamt 84 Bauprojekten werden 22 Projekte von externen Akteur\*innen

---

<sup>1</sup> Konkret sind zu diesem Zeitpunkt 995 Wohnungen fertig gebaut, 1847 Wohnungen befinden sich im Bau, 1876 Wohnungen sind in der Projektphase, d.h. die Projekte werden für die Ausarbeitung und anschließend für die konkrete Planungsphase ausgeschrieben und für 387 Wohnungen werden zu diesem Zeitpunkt die Grundstücke bereitgestellt (Ayuntamiento Barcelona 2022d).

bearbeitet. Der Großteil der Bauprojekte wird in den Bezirken Sant Andreu (20), Sants-Montjuïc (19) und Sant-Martí (17) errichtet, deren Durchschnittseinkommen leicht unter oder gerade im stadtweiten Durchschnitt liegen. In den ärmeren Randlagen Ciutat Vella und Nou Barris gibt es 13 Projekte und in den Oberschicht geprägten Vierteln Sarrià-Sant Gervasi und Les Corts nur vier Projekte mit 88 Wohneinheiten (Ayuntamiento Barcelona 2022d).

Bei der Ausgliederung von Projekten wurde die Zusammenarbeit mit dem Genossenschaftswesen intensiviert. Zwar wurden erste Genossenschaftsprojekte auf städtischen Grundstücken schon unter der rechten Trias-Regierung genehmigt, doch hat sich im Laufe der zwei Legislaturperioden von Barcelona en Comú generell der Stellenwert von Wohnungsgenossenschaften in der Stadtentwicklung verändert:

Es stimmt also, dass die Regierung und die Bürgermeisterin Ada Colau vieles einfacher machen. Aber man muss gerechterweise sagen, dass der vorherige Bürgermeister Trias, der dem rechten Flügel angehört, diesen ersten Pilotversuch durchgeführt hat. Er verstand das genossenschaftliche Wohnungsmodell der Nutzungsüberlassung als ein Randmodell. Jetzt sieht die Regierung, dass es ein Modell ist, das wirklich einen großen Teil des sozialen Wohnungsbaus übernehmen kann. (Int. 30.06.2021)

Dabei kam es zum regulären Austausch zwischen Vertreter\*innen des Genossenschaftswesens, z.B. von Sostre Civic und der Stadtregierung, wobei Anfangs Überzeugungsarbeit geleistet werden musste, dass Genossenschaften ein tragfähiger Partner in der Stadtentwicklung sein können, da die Stadt primär auf private Partner, Stiftungen oder Einrichtungen mit mehr Kapazitäten setzen wollte. Ein weiterer wichtiger Punkt war die finanzielle Unterstützung seitens der Stadtregierung für die Genossenschaftsprojekte, die für die Umsetzungskosten oftmals externe Unterstützung brauchen:

Nur weil es nicht gewinnorientiert ist, heißt das also nicht, dass es billig ist. Und so wurde es umgesetzt, und es hat uns viel gekostet. Wir mussten es also viele Male erklären und viele Treffen abhalten, aber sie haben es verstanden. Und auch Beispiele aus anderen Ländern wie Dänemark, Uruguay, Deutschland, wo die Verwaltung nicht nur Land zur Verfügung stellt, sondern auch Subventionen, Hilfen, über das Land selbst hinaus bereitstellt. (Int. 30.06.2021)

So unterstützte die Stadtverwaltung erstmals ein Genossenschaftsbauprojekt mit einem Zuschuss in Höhe von 7% der Gesamtkosten (ebd.) und in einer im Mai 2021 getroffenen Vereinbarung zwischen der Stadtverwaltung und verschiedenen gemeinnützigen Organisationen, Stiftungen und Genossenschaften wurde eine Intensivierung der Zusammenarbeit angekündigt und in einem ersten Schritt 12 Grundstücke zur Nutzungsüberlassung an Wohngenossenschaften übertragen, darunter auch eine Fläche im Bezirk Sarrià für

das Senior\*innenwohnprojekt Can 70. Während zwischen 2015 und 2021 insgesamt 10 Genossenschaftsbauprojekte abgeschlossen oder auf den Weg gebracht wurden (darunter noch zwei Projekte aus der Trias-Legislatur), hat sich diese Zahl mit der Vereinbarung mehr als verdoppelt.

Zusätzlich zum Neubau hat die Stadt im Zeitraum von Juni 2015 bis Dezember 2019 1 042 Wohnungen von privaten Eigentümer\*innen angekauft und in den öffentlichen Bestand überführt. Dabei konnte die Stadtregierung das Werkzeug des Vorkaufs- und Rückkaufsrechts (*Derecho de tanteo y retracto*) anwenden, durch das sie beim Kauf und Verkauf von Immobilien bevorzugt wird. Basierend auf Gesetz 18/2007 bzw. dessen Weiterentwicklung 01/2015 der katalanischen Generalität ist lokalen Verwaltungen die Möglichkeit vorbehalten, Immobilienverkäufe innerhalb von zwei Monaten rückgängig zu machen und den Verkauf zum gleichen Preis selber oder zugunsten eines Dritten auszuüben. Das Vorkaufsrecht kann nur in bestimmten, von der Stadtverwaltung abgegrenzten Gebieten ausgeübt werden, in denen der Wohnungsmarkt angespannt ist. Mit der Änderung des Plan General Metropolitano im Jahr 2018, wurde unter Zustimmung der katalanischen Generalität die gesamte Stadt Barcelona als Vorkaufsgebiet deklariert. Neben Mehrfamilienhäusern fallen zusätzlich auch unbebautes Land, Grundstücke mit baufälligen Gebäuden und über zwei Jahre leerstehende Wohnungen von juristischen Personen unter die Regelung. Durch das Vorkaufsrecht schafft die Stadt zwar keine neuen Wohnungen, tritt aber als eigenständige Akteurin in den Mietmarkt ein und versucht, spekulative Geschäfte, Mietpreissteigerungen und Gentrifizierungsprozesse zu unterbinden und somit die soziale Nutzung von Wohnraum sicherzustellen. Zum einen wird so in Bezirken mit sehr angespanntem Wohnungsmarkt wie in Gracia interveniert und zum anderen die hauptsächlich an Sozialmieten gekoppelten öffentlichen Wohnungen stärker in der Stadt verteilt. So hat die Stadt etwa in L'Eixample, wo bis dato kaum öffentlicher Wohnungsbau allokiert war, seit 2015 knapp 150 Wohnungen über das Vorkaufrecht erworben (Int. 22.07.2021, Ayuntamiento Barcelona 2022e). Negativ fällt dabei ins Gewicht, dass die Stadt sich bei den Vorkäufen an den Marktpreisen orientieren muss und so der Erhalt von bezahlbaren Wohnungen ohne die Schaffung von neuen Einheiten einen sehr kostenintensiven Prozess darstellt. Zusammen mit dem Neubau erweitert die Stadtregierung mit den gesamten Projekten den öffentlichen Wohnungsbestand bis 2025 um etwa 6 000 Wohnungen auf ca. 13 500 Wohnungen. Dies entspricht einer Steigerung um 80%, gleichzeitig wird das anvisierte Ziel von 8 800 errichteten Wohnungen durch die Stadtregierung so nicht erreicht.

Eine weitere Regelung, die ebenfalls mit der Änderung des Plan General Metropolitano festgeschrieben wurde, ist der Anteil von mindestens 30% Sozialwohnungen bei allen privaten Neubauten oder größeren Renovierungsprojekten von Gebäuden über 600m<sup>2</sup>. Die Initiative ist maßgeblich auf den Druck zivilgesellschaftlicher Gruppen wie der PAH, der Mieter\*innengewerkschaft und der Versammlung der Nachbarschaften für



einen Rückgang des Tourismus (kat. Assemblea de Barris pel Decreixement Turístic) entstanden und wurde im Stadtrat von Barcelona en Comú, der PSC, ERC und der CUP unterstützt, während die PP und Ciudadanos dagegenstimmten (Int. 29.06.2021, Int. 27.07.2021). Nennenswert sind zudem die Maßnahmen gegen Zweckentfremdung von Wohnraum, vor allem für touristische Nutzungen. Dafür werden großflächig Angebote in Online-Portalen und Anzeigen zur Vermietung von Ferienunterkünften auf entsprechende Genehmigungen überprüft und gegebenenfalls unterbunden. So wurden seit 2017 über 11 700 Anzeigen auf Plattformen deaktiviert, da Wohnungen ohne oder mit falscher Genehmigung angeboten wurden, davon fast 10 000 Anzeigen alleine bei AirBnb. Insgesamt wurden fast 17 000 Disziplinarverfahren eingeleitet, die in den meisten Fällen zu Unterlassungsklagen oder Geldstrafen führten und 2 176 Wohnungen, die als illegale Tourismusunterkünfte genutzt wurden, sind nun als Wohnungen verfügbar, entweder auf dem freien Mietmarkt oder als Hauptsitz der Eigentümer\*innen (Ayuntamiento Barcelona 2020c). Zudem wurde ein bereits 2014 genehmigtes Moratorium für neue Hotellizenzen verlängert und 2017 wurde der Plan Especial Urbanístico de Alojamientos Turísticos (dt. Besonderer Stadtentwicklungsplan für touristische Unterkünfte) vom Stadtrat verabschiedet, der die Eröffnung neuer Hotels und Ferienwohnungen in den Gebieten mit den höchsten Aufkommen von Tourismusunterkünften verbietet und Geldstrafen für Plattformen wie AirBnb für die Vermietung nicht lizenzierter Wohnungen ermöglicht. Die Versammlung der Nachbarschaften für einen Rückgang des Tourismus bewertet das Moratorium sowie die Ausarbeitung des neuen Stadtentwicklungsplanes für touristische Unterkünfte positiv, auch wenn dieser die Verteilung neuer Genehmigungen komplett hätte verweigern sollen (Int. 19.08.2021). Gleichzeitig kritisiert die Versammlung, dass die Beschränkungen zur Vermietung von touristischen Unterkünften oft nicht funktionieren, da die Kontrollmechanismen fehlen und so weiterhin in Vielzahl gegen die Vorschriften verstoßen wird (ebd.). Ein ehemaliges Bezirksratsmitglied von Barcelona en Comú in Ciutat Vella bestätigt, dass private Anbieter immer wieder nach Schlupflöchern suchen oder gezielt gegen die Anordnungen verstoßen, auch mit Blick auf die unzureichenden Kontrollmechanismen: „Der Privatsektor findet einen Weg, um die Touristenwohnungen wiederzubeleben, aber sie sind alle illegal. Sie müssen ein System zur Kontrolle illegaler Touristenwohnungen entwickeln. Wie garantiere ich Ihnen dann am Ende, dass sie nach sechs Monaten oder einem Jahr ein Bußgeld von der Tourismusbehörde bekommen?“ (Int. 27.07.2021). Für die adäquate Durchsetzung solcher Verordnungen fehlt oft das nötige Personal, sowohl zur Ahndung von Verstößen, als auch zur Bearbeitung. Zusätzlich werden oftmals Klagen gegen die Strafen eingereicht, sodass längerfristige Rechtsstreits weiteren Arbeitsaufwand für die Behörden bedeuten und die Umsetzung der Bußgelder aussetzen oder verzögern.

Ein weiterer wichtiger Bereich der Wohnungspolitik ist der Kampf gegen Zwangsräumungen. Eine zentrale Maßnahme in diesem Kontext war die Einführung des Interventionsdienstes in Situationen des Verlustes des Wohnraumes (Servei d'intervenció i

mediació davant situacions de pèrdua d'habitatge i/o ocupacions de Barcelona, SIPHO). Der Dienst ist 2015 ergänzend zu bestehenden Unterstützungsangeboten wie dem Servicio Social gegründet worden, um den traumatischen Moment einer Zwangsäumung zu verhindern. Der SIPHO greift dabei in der finalen Phase des Räumungsprozesses ein, konkret ab fünfzehn Tagen vor dem Räumungstermin, um die Mediation mit den Immobilienbesitzer\*innen wieder aufzunehmen und eine Einigung im Sinne der Mieter\*innen zu erzielen. Zentral ist dabei die Begleitung der von Räumung betroffenen Personen:

Das bedeutet, dass sich hier auch das Ziel verändert hat. Die Anforderungen sind anders, und wir müssen die Organisation an dieses Ziel anpassen, an die Bedürfnisse der Bürger\*innen. Und wir müssen auch den Blickwinkel ändern, um die Person in den Mittelpunkt der Intervention zu stellen und dies sehr transversal mit den Sozialdiensten (Servicio Social) zu tun. Denn das Wohnungswesen und insbesondere das SIPHO greifen in einen sehr wichtigen Teil des Lebens der Menschen ein. (Int. 22.07.2021)

Begleitung heißt in diesem Fall zum einen emotionale Unterstützung und Parteinahme für die Betroffenen, was von fachlicher Darlegung der Situation und möglichen Lösungen zur Abwendung der Zwangsäumung gegenüber den Betroffenen, über emotionale Betreuung und Care-Arbeit wie in den Arm nehmen und trösten bis zur konkreten Begleitung bei den Zwangsäumungen reicht. Zum anderen ist es Aufgabe des SIPHO die Zwangsäumung in den letzten Zügen noch zu verhindern und wenn dies nicht gelingt, temporäre und langfristige Wohnalternativen für die Geräumten zu organisieren. Nach Bekanntgabe der Räumungsverfügung tritt der SIPHO in den Dialog mit den Immobilienbesitzer\*innen, um die Räumung abzuwenden. Dafür können etwa Mietbeihilfen oder finanzielle Unterstützung zur Abzahlung von Mietschulden von der Stadtverwaltung aktiviert und gegenüber den Eigentümer\*innen zugesichert werden. Auf Grundlage des vom Verfassungsgericht außer Kraft gesetzten Gesetzes 24/2015 konnten außerdem große Immobilienbesitzer\*innen in bestimmten Situation verpflichtet werden, Sozialmieten oder Alternativobjekte für die Räumungsbedrohten anzubieten. Seit Ausbruch der Covid-Pandemie läuft ein staatliches Räumungsmoratorium, welches für vulnerable Personen und Familien gilt. In diesem Zuge ist die Aufklärung der Justizkommission über die Gefährdungslage der Räumungsbedrohten zur Aussetzung der Räumung eine wichtige Aufgabe. Viele der Räumungen werden direkt am Tag der Zwangsäumung selbst an der Tür verhindert oder aufgeschoben, wo der SIPHO mit den Eigentümer\*innen, den Betroffenen und oftmals Vertreter\*innen sozialer Bewegungen wie der PAH oder der GHAS verhandeln. Der SIPHO ist damit ein städtischer Akteur, um die in Kapitel 9.2. beschriebene ungleichgewichtige Situation der Zwangsäumung zugunsten der Betroffenen zu verschieben. Seit 2015 hat der SIPHO in ca. 13 000 Fällen Betroffene unterstützt und in bis zu 90% der Fälle definitive Lösungen aushandeln können, was sowohl den

Verbleib in der Wohnung als auch den Bezug einer Ersatzunterkunft miteinschließt. Zu Beginn des Jahres 2021 konnte auf Grundlage des staatlichen Moratoriums in 418 von 450 Zwangsräumungen eine Lösung für die Mieter\*innen gefunden werden. Dabei waren der Druck sozialer Bewegungen und die Intervention des SIPHO zentral, damit die Regelungen in über 93 % der Fälle eingehalten wurden (Ayuntamiento Barcelona 2021b).

Der SIPHO ist so etwas wie das „Star-Team“ (span. „equipo estrella“) (Int. 22.07.2021) von Barcelona en Comú und auch die sozialen Bewegungen bestätigen den Erfolg des SIPHO, wie eine Vertreterin der GHAS auf den Punkt bringt: „*Hombre*, die SIPHO-Sache funktioniert. Denn es gibt viele Zwangsräumungen, die deshalb nicht vollstreckt werden“ (Int. 26.08.2021). Diese Stellung des SIPHO und die mit der Einrichtung verbundenen administrativen Umorganisationsprozesse führten laut einer Vertreterin des SIPHO in der Vergangenheit durchaus zu Spannungen mit anderen Einrichtungen und internen Widerständen. Vor allem die Koordinierung von Zuständigkeiten mit bereits existierenden Diensten stellte dabei ein Problem dar. Eine weitere Einschränkung sind die knappen Ressourcen. So umfasst der Dienst nur 16 Mitarbeiterinnen – alles Frauen –, die auf die zehn Bezirke Barcelonas aufgeteilt sind. Bei der Anzahl an angesetzten Zwangsräumungen und der Intensität der Arbeit bedeutet dies eine (zu) hohe Arbeitsbelastung:

Wenn man bedenkt, dass alles, wovon ich Ihnen erzählt habe, von 16 Leuten gemacht wird, ist es, als würde man versuchen, das Meer mit den Händen zu fangen. Nein, das kann nicht sein. Das ist unmöglich. Und wir tun es mit viel, viel Willenskraft. Es dauert viele Stunden. Aber ich glaube nicht, dass das nachhaltig ist. (Int. 22.07.2021)

Anfang 2022 hat die Stadtregierung angekündigt, das SIPHO-Team von 16 auf 43 Fachkräfte aufzustocken und zusätzlich ein eigenes juristisches Team innerhalb des Dienstes zu etablieren (Ayuntamiento Barcelona 2022f.).

Die Stadtregierung um Barcelona en Comú hat in den letzten Jahren mit vielfältigen Maßnahmen versucht, die Wohnraumkrise in der Stadt einzudämmen. Dahinter steht ein anderer Ansatz von Wohnungspolitik, der im Gegensatz zu der Entwicklung in den vorangegangenen Jahren, nicht die ökonomische, sondern die soziale Funktion von Wohnraum in den Vordergrund stellt (Int. 02.04.2019). Die konkreten Politiken stellen auf die Dekommodifizierung von Wohnraum und die Einbindung neuer nicht-gewinnorientierter Akteure in neuen Formen der gemeinschaftlich-öffentlichen Zusammenarbeit sowie die stärkere Regulierung des finanzialisierten Wohnungsmarktes ab. Die Einrichtung des SIPHO weist zudem auf eine Feminisierung der Wohnraumpolitik, in der Zwangsräumungen nicht als bloße Zahlen, sondern als konkrete Schicksale mit damit verbundenen emotionalen Belastungen behandelt werden. Trotz dieser intensiven Arbeit zu diesem Thema

wirken die erlassenen Maßnahmen teilweise wie ein Substitut für die Krisenfolgen und globalen Entwicklungen. Trotz der verschiedenen Eingriffe in den Wohnungsmarkt ist die Wohnungssituation so prekär wie zu Zeiten der Krise 2008. Vor allem mangelnde Unterstützung durch die Generalität Katalonien und die zentralstaatliche Ebene sowie die Einschnitte auf der rechtlichen Ebene erschweren die weitreichendere Verbesserung der Wohnraumversorgung (Int. 29.04.2019, Int. 26.08.2021).

### **10.1.3 Ökonomische Alternativen**

Als ökonomische Alternative zur neoliberalen Stadtpolitik streben Barcelona en Comú den Ausbau lokaler Handlungssouveränität und die Schaffung von *Commons* an, die als gemeindeverwaltete Ressourcen die Dichotomie von mehr Staat oder mehr Wirtschaft untergraben sollen (Kap. 7.2). Diese formulierte Programmatik schlägt sich in verschiedenen Strategien und Politiken nieder, deren Umsetzung entsprechend der Kräfteverhältnisse mehr oder weniger erfolgreich in der praktischen Umsetzung waren.

Eine Strategie zur Ausweitung der lokalen Macht und zur Rückgewinnung der Kontrolle über die lokale Wirtschaft und Ressourcen ist die Remunicipalisierung von Infrastrukturen und Dienstleistungen. In der Amtszeit von Barcelona en Comú konnten verschiedene Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge wieder unter städtische Verwaltung gebracht werden. Darunter fallen z.B. die Beratungsstelle für Frauen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind, die Verwaltung von Kindertageseinrichtungen oder die Straßenbaumpflege. Ausgangspunkt dieser Maßnahmen war eine starke Externalisierung öffentlicher Dienste in den vorangegangenen Jahrzehnten, forciert durch ein neoliberales Stadtentwicklungsmodell sowie durch Kürzungen öffentlicher Gelder im Zuge der Austeritätsmaßnahmen ab 2009. Insgesamt konnte die Stadt Barcelona im Zeitraum von 2015 bis 2019 rund 13% der externalisierten Stellen rekommunalisieren (Martí 2019). Auch das Angebot der öffentlichen Daseinsfürsorge wurde ausgebaut, etwa durch die Einrichtung von zwei öffentlichen Zahnarztzentren für vulnerable Personen in Eixample und Nou Barris. Hingegen scheiterte die 2016 von Barcelona en Comú angekündigte Gründung eines öffentlichen Bestattungsunternehmens bis heute an einer fehlenden politischen Mehrheit im Stadtrat. Auch die Rekommunalisierung des häuslichen Pflegedienstes, welcher mit 4000 Beschäftigten der zweitwichtigste öffentliche Auftrag der Stadtverwaltung ist (nach dem Reinigungsdienst), scheiterte. Die Arbeitsbedingungen der privaten Unternehmen, welche die öffentlichen Aufgaben verwalten, wurden sowohl von der CUP, als auch von Mitarbeiter\*innen aufgrund von niedrigen Löhnen, Teilzeitverträgen und mangelndem Arbeitsschutz als prekär und profitorientiert kritisiert (Int. 08.04.2019). Die Stadtverwaltung von Barcelona veröffentlichte 2019 Pläne über die Teil-Rekommunalisierung der Dienste, welche von der katalanischen Generalität aufgrund bestehender Gesetzeslagen allerdings als nicht umsetzbar bewertet wurden, sodass es nicht zum konkreten Versuch kam (ebd.).

Die beiden ambitioniertesten Projekte der Stadtregierung waren die Rekommunalisierungen der Wasser- und Energieversorgung. Die Rekommunalisierung des Wassers scheiterte nach einem komplexen Rechtsstreit über die Gültigkeit einer 2012 ausgestellten und 35 Jahre gültigen Konzession für das öffentlich-private Unternehmen Aigües de Barcelona. An dem Unternehmen ist die Metropolregion Barcelona zu 15% und das private Unternehmen Agbar zu 70% beteiligt, weitere 15% entfallen auf eine Holdinggroup der Bank La Caixa. Während der Katalanische Gerichtshof im März 2016 den Vertrag über die Wasserversorgung – der ohne offene Ausschreibung verteilt wurde – aufgrund einer fehlenden Rechtsgrundlage kippte, hob der Spanische Gerichtshof das Urteil nach einer Klage von Agbar wieder auf und bestätigte die bis 2047 gültige Konzession. Im Hinblick auf die Energieversorgung wurde mit Barcelona Energia ein neuer kommunaler Stromdienst geschaffen, der neben den städtischen Einrichtungen auch bis zu 20000 private Haushalte mit nachhaltigem, lokal produziertem Strom versorgen soll. Zusammen mit der geplanten Remunizipalisierung der Wasserversorgung wäre so ein zentraler Schritt in Richtung Energie-Souveränität getan. Dabei soll Souveränität nicht nur munizipale Kontrolle bedeuten, sondern auch partizipative Elemente zur gesellschaftlichen Einflussnahme auf die Ausrichtung der Unternehmen verankern. Barcelona Energia ist der größte öffentliche Stromanbieter im spanischen Staat und lieferte zweieinhalb Jahre nach seiner Errichtung Strom an 36 Gemeinden, 2800 Haushalte und Unternehmen sowie 4700 kommunale Einrichtungen und Infrastrukturen in Barcelona, darunter Straßenlaternen, öffentliche Gebäude, Einrichtungen, Büros und Märkte. Laut Angaben der Stadtverwaltung konnten in den ersten zweieinhalb Jahren über Barcelona Energia 1,3 Mio. Euro an öffentlichen Ausgaben eingespart sowie 100000 Tonnen an CO<sub>2</sub>-Emissionen vermieden werden (Ayuntamiento Barcelona 2021a). Doch wird dieses Vorhaben durch unterschiedlich gelagerte Probleme erschwert. Nur ein kleiner Teil des Stroms wird direkt über auf städtischen Grundstücken errichtete Solaranlagen produziert, während der Großteil des Stroms von einer Müllverbrennungsanlage im Nachbarort von Barcelona bezogen wird. Die öffentlich betriebene Firma Tersa, deren Teilhaber die Stadt Barcelona sowie die Metropolregion Barcelona (AMB) sind, steht bei Anwohner\*innen und Umweltorganisationen wegen erhöhter Luft- und Umweltverschmutzung bei der Herstellung des Stroms in der Kritik (Bigues 2018). Zudem wird eine Ausweitung der Energiesouveränität durch nationales bzw. europäisches Recht begrenzt. Wegen europäischer Richtlinien zur Liberalisierung des Energiesektors ist die Erzeugung von Strom von dem Handel und der Distribution abgekoppelt. Während der Zugang zur Erzeugung für neue Unternehmen in dem Sektor vergleichsweise einfach ist, ist dies beim Handel deutlich schwieriger, bei der Distribution, die von privaten Unternehmen dominiert wird, fast unmöglich (Angel 2021, 537ff.). Zudem darf das Rathaus Barcelona Energia aufgrund europäischer Wettbewerbsgesetze nicht direkt unterstützen. Darüber hinaus schreibt die spanische Legislative vor, dass Barcelona Energia zwar ohne Ausschreibung zum Standardlieferanten öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen werden kann, aber im Gegenzug eine Geschäftsobergrenze von 20% Kund\*innen im privaten Sektor hat, was in diesem Falle 20000 private

Kund\*innen bedeutet. Mit den derzeit knapp 3 000 Kund\*innen ist das öffentliche Unternehmen noch weit von dieser Obergrenze entfernt, was zu Kritik in der politischen Opposition und Medien bzgl. unrealistischer und zu hoch gesteckter Erwartungen des Projektes führte (Trillas 2021).

An den genannten Beispielen zeigen sich exemplarisch die Herausforderungen, mit denen Remunizipalisierungen konfrontiert sind: Notwendige Infrastrukturen und Wissen müssen vorhanden sein bzw. aufgebaut werden, um komplexe Systeme wie die Wasser- oder Stromversorgung im Stadtmaßstab zu errichten. Zudem müssen auch munizipalisierte Betriebe innerhalb ökonomischer Wettbewerbslogiken agieren und stehen dabei in Konkurrenz zu privaten Betrieben. Und progressive lokale Initiativen können erheblich durch regionale, nationale oder supranationale Gesetze ausgebremst oder überschrieben werden.

Eine andere Facette in der Bildung von *Commons* ist die Symbiose von Stadtpolitik und selbstverwalteten Strukturen durch die Schaffung einer öffentlich-gemeinschaftlichen Nutzungsform (*público-comunitaria*). Administrativ gerahmt ist diese Nutzungsform im städtischen Programm des *patrimonio ciudadano de uso y gestión comunitarios* (dt. Güter zur Nutzung und Verwaltung durch die Gemeinschaft). Dieses sieht vor, dass über neue Formen der Governance öffentliche Güter zu gemeinschaftlichen Gütern der Bürger\*innen transformiert werden sollen. Infrage kommen dabei Grünflächen, Infrastrukturen oder Räumlichkeiten, die den Logiken von sozialer Verantwortung, alltäglichen Bedürfnissen und demokratischer Teilhabe folgen. Evaluiert wird ein Gemeingut anhand einer Gemeinschaftsbilanz, die über einen Fragenkatalog ermittelt wird (Ayuntamiento Barcelona 2020b).

In der Praxis wurde dieser Titel spanienweit zum ersten Mal beim selbstorganisierten Nachbarschaftszentrum Can Batlló im *Barrio La Bordeta* angewendet. Dieses befindet sich seit dem Sommer 2011 auf dem Grundstück und in den Räumlichkeiten einer ehemaligen Textilfabrik. Nach einer längeren Kampagne von ansässigen Initiativen mit der verknüpften Forderung, dass Can Batlló als soziale Infrastruktur bereitgestellt werden soll, und einer angekündigten Besetzung zum 11. Juni 2011 wurde das Gelände für die Nachbarschaft geöffnet. Seitdem sind dort auf 13 000<sup>2</sup> eine Bar, Werkstätten, eine Bibliothek, eine Schule und verschiedene solidarische Ökonomien in selbstorganisierten Räumen entstanden (Int. 10.05.2019) (Abb. 8). In der Gemeinschaftsbilanz wurde – unter Einbezug der Menge an freiwillig geleisteten Arbeiten für Renovierung, soziokulturelle Aktivitäten, Instandhaltung und Reinigung – errechnet, dass, wenn Can Batlló eine städtische Einrichtung wäre, es der Stadtverwaltung 1.430.810 Euro pro Jahr kosten würde (Ayuntamiento Barcelona 2019a). Durch die öffentlich-gemeinschaftliche Nutzungsform werden diese Kosten zum Vorteil des Rathauses eingespart. Im März 2019 hat das Can Batlló eine städtische Konzession zur öffentlich-gemeinschaftlichen Nutzung des Geländes über 30 Jahre mit optionaler Verlängerung auf insgesamt 50 Jahre bekommen.



Abb. 8: Karte des Can Batlló-Geländes  
Quelle: Eigene Aufnahme 2021

Dabei stellt die Stadt das Grundstück zur Verfügung und ist für große Wartungsarbeiten zuständig, während von Seiten des Can Batlló die Funktionsfähigkeit und die soziale Nachhaltigkeit der Aktivitäten sichergestellt werden muss (Int. 10.05.2019).

Den theoretischen Hintergedanken vor dem Spannungsfeld des Verhältnisses zwischen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Forderungen erklärt eine ehemalige Beraterin des Stadtrates, welche auch in verschiedenen außerparlamentarischen *Thinktanks* zum Thema *Urban Commons*, die sich im Anschluss an die 15M-Bewegung gründeten, gearbeitet hat:

Unter *Urban Commons* verstehen wir im Grunde kollektive Aktionsprojekte oder Gemeinschaftsorganisationen, die eine Art von Vermögenswerten verwalten. Mit nicht-kommerziellen Kriterien, d.h. nicht dem Profit, sondern die Gemeinschaft und mit Kriterien der Nachhaltigkeit, denn die Ressource basiert auf der Gemeinschaft und ihren eigenen Regeln. Dies ist das Beispiel von Can Batlló, einem Industriegebiet im Stadtteil Boreda. Nun, es gibt eine Gemeinschaft von Nachbar\*innen, die ein Erbe, in diesem Fall ein öffentliches, verwalten. Und durch das, was sie dort an Aktivitäten, kollektiver Organisation usw. hervorbringen, tragen sie zur Gemeinschaft und zu ihrem Umfeld bei und schaffen kollektive Praktiken, die den sozialen Zusammenhalt und eine andere Art der Verwaltung und Beteiligung der Bürger\*innen fördern. Mit anderen Worten, die Geschichte besagt, dass die Stadt auf der Grundlage von Eroberungen in den Vierteln aufgebaut wurde, die Rechte, die wir heute haben, die Infrastrukturen, die in den Vierteln dieser Stadt gebaut wurden, der Verkehr, die Schulen, die Einrichtungen sind das Ergebnis eines

Kampfes, der eine Verwaltung erfordert, die, sagen wir, ihre Aufgabe erfüllt. Und das ist die Spannung, die entsteht. Ich meine, man braucht eine organisierte Staatsbürgerschaft außerhalb der Institution, die kollektives Handeln aufbaut und durchführt und die in bestimmten Momenten Allianzen mit der öffentlichen Verwaltung finden kann, um einen öffentlichen Wert zu schaffen, um ein Gemeinwohl zu erzeugen. Und das erfordert auch eine Veränderung des Verhältnisses zwischen der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern. (Int. 16.03.2021)

Die Implementierung dieser neuen Governance-Form war mit Herausforderungen verbunden und in der Praxis kam es durchaus zu Konflikten zwischen den verschiedenen Akteur\*innen. Letztendlich führte dies aber zu einer erfolgreichen Übersetzung der politischen Idee in einen rechtlich-administrativen Rahmen:

Auf dieser Grundlage war es also ein langer Prozess, allerdings aus verschiedenen Gründen. Erstens, weil es zwar einen politischen Willen gab, dann aber auch einen rechtlichen Rahmen, und dann gibt es auch noch technische und juristische Angestellte, die daran gewöhnt sind, das zu tun, was sie bisher getan haben, und dass man sie jetzt um eine Konzession für 50 Jahre bittet, aber für eine Anwohnervereinigung, die nichts dafür bezahlen wird. Hier ist es also notwendig, eine andere Vorstellungswelt zu schaffen, die sie verstehen können und die sie dazu bringt, einen Weg zu finden, dies zu tun. Aber gut, das hat sehr gut funktioniert, am Ende waren die Techniker des *Patrimonio* von allen am meisten überzeugt und wir haben einen Weg gefunden, diese Abtretung zu machen, der darin bestand, die Abtretung von Can Batlló auf der Grundlage des wirtschaftlichen Wertes des sozialen Nutzens, den sie schaffen, zu rechtfertigen. Und dann war da noch... Nun, dann das Kleingedruckte. Nun, es gibt Probleme, die auftauchen und die man aushandeln muss, um sie zu lösen. (Int. 16.03.2021)

In dem Prozess wurden administrative Abläufe verändert und real neue Formen der Zusammenarbeit geschaffen, die eine nichtprofitorientierte Nutzung des Geländes sicherstellen. Ein weiterer Punkt war und ist die Frage nach Zuständigkeiten und Nutzungsrechten. Dabei wird von Seiten der Nutzer\*innen deutlich die Autonomie und Selbstverwaltung des Projektes gegenüber den Institutionen herausgestellt: „Mit Selbstverwaltung meinen wir, dass wir die Einzigen sind, die es autonom verwalten, ohne von jemand anderem abhängig zu sein. Wir sind diejenigen, die entscheiden, was wir tun, wie wir es tun und wann wir es tun“ (Int. 10.05.2019). Dieser politisch formulierte Anspruch trifft in der Praxis auf bestehende gesetzliche Vorschriften, die ein solches Verständnis von autonomer Selbstverwaltung nicht vorsehen. Etwa wurde im Zuge des Konzessionsabschlusses ein Arbeitskoordinationausschuss eingerichtet, in dem sich Vertreter\*innen des Stadtrates und des Can Batlló z.B. über Fragen der Sanierungen abstimmen. Doch obwohl Repräsentant\*innen der verschiedenen Seiten im Ausschuss vertreten sind, liegt die end-



gültige Entscheidungsbefugnis gesetzlich beim Stadtrat. „Wenn es keine Einigung gibt, gewinnt der Stadtrat. Und als wir Can Batlló davon erzählten, sagten die natürlich: „*Homebre*, das ist kein gleichrangiges Verhältnis. Wenn es zu einer Meinungsverschiedenheit kommt, wissen wir, dass wir verlieren werden, dann funktioniert das für uns nicht“ (Int. 16.03.2021). Trotz anfänglicher Bedenken des administrativen Personals aufgrund der gesetzlichen Festschreibung, wurde nach einer anderen Formel gesucht und schließlich eine Kommission mit externen Personen eingesetzt, die nicht direkt an einer der Parteien beteiligt war und die eine dritte Meinung zu Streitfragen einbringen sollte. Dies beinhaltet auch ein Wandel administrativer Logiken und einen „Wandel des Blickwinkels und der Beziehungen“ (ebd.) zwischen institutionellen und außerinstitutionellen Akteur\*innen. Damit ist das Can Batlló „eine Art Zwitter zwischen den Institutionen, denn es ist ein Raum des Widerstands, der aber glücklicherweise nicht von den Institutionen aufgefressen wurde und weiterhin von den Nachbarn und den Nachbarschaftsgenossenschaften verwaltet wird“ (Int. 24.05.2019). Doch kommt es immer wieder zu Widersprüchen in dem Verhältnis zwischen Stadtregierung und selbstverwalteten Strukturen, etwa im Zuge von Finanzierungsfragen. So wurde das Can Batlló entgegen einer Zusage der Stadtregierung nicht in den städtischen Budgetplanungen der zweiten Legislaturperiode von Barcelona en Comú berücksichtigt, sondern auf das Partizipationsprogramm *Presupuestos Participativos* (Kap. 10.2) verwiesen, was die Nutzer\*innen des Nachbarschaftszentrums als Wortbruch und gegeneinander ausspielen von sozialen und selbstverwalteten Infrastrukturen im Kampf um Ressourcen werteten (Int. 29.06.2021).

Generell kann konstatiert werden, dass Barcelona en Comú über die Schaffung innovativer stadtpolitischer Werkzeuge praktische Ansätze für die Schaffung von *Commons* und auch einen damit verbundenen Ausbau von Souveränitäten umsetzen konnten. Neben den genannten Hürden bei der Remunicipalisierung von Leistungen schließt sich allerdings auch die Frage an, wie nicht nur die lokalstaatliche Kontrolle, sondern im nächsten Schritt auch die Vergesellschaftung von Gütern dauerhaft ermöglicht werden kann. In der öffentlich-gemeinschaftlichen Nutzungsform findet sich eine interessante Symbiose von offizieller Stadtpolitik und selbstverwalteten Strukturen, die Letzterer praktisch die Anerkennung des gemeinschaftlichen Wertes bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Autonomie gewährt. Allerdings zeigen sich auch in der Aushandlung dieses Instruments bereits Konflikte zwischen den verschiedenen Akteur\*innen. Generell ist zu betonen, dass sowohl die Ansätze der Energiesouveränität und die damit verbundenen Remunicipalisierungsveruche, als auch das Can Batlló als Vorzeigeprojekt der öffentlich-gemeinschaftlichen Nutzungsform auf der Basis zivilgesellschaftlicher und nachbarschaftlicher Kämpfe fußen. Die Forderung nach Energiesouveränität wird in Katalonien von Organisationen und Bündnissen wie dem Netzwerk für Energiesouveränität (*Xarxa Sobirania Energètica*) oder Wasser ist Leben (*Aigua és Vida*) schon länger vertreten und immer wieder versucht in die Tat umzusetzen. Und auch das Viertel La Bordeta hat, wie oben in dem Zitat angeklungen ist, eine lange Geschichte als gut organisierte und kämpferische Nachbarschaft (Kap. 10.2.3).

#### 10.1.4 Souveränität der Nähe als Demokratisierungsmoment

Die Demokratisierung der Stadtpolitik war ein zentrales Anliegen und Versprechen von Barcelona en Comú. Dies betrifft sowohl Strukturen und Dynamiken innerhalb des municipalistischen Projektes, welches sich explizit von der „alten Politik“ und deren Parteien und damit verbundenen Eigenschaften wie Hierarchien, Korruption und Vertretung von Partikularinteressen abgrenzt, als auch die Einbeziehung der Stadtgesellschaft in stadtpolitische Entscheidungen, um die alltägliche Souveränität der Bürger\*innen über die eigenen Leben auszubauen. Diesen Anspruch überprüfend werden zuerst die innerorganisatorischen Demokratisierungsmomente untersucht und daran anschließend angewendete und neu eingeführte Partizipationsverfahren beleuchtet.

##### 10.1.4.1 Nachbarschaftsversammlungen und innerorganisatorische Demokratisierungsmomente

Um die Brücke zwischen dem Innerhalb und dem Außerhalb der Institutionen zu schlagen, teilt sich die Organisation von Barcelona en Comú in einen parlamentarisch-institutionellen Bereich, der die Mitglieder im Stadtrat sowie die technischen Angestellten umfasst, sowie den Espacio BComú, die gemeinsame außerparlamentarische Plattform, die auf der einen Seite Schnittstellen zum Stadtrat herstellt und auf der anderen Seite offene Partizipationsangebote in der Nachbarschaft schafft. Über diese Nachbarschaftsversammlungen sollen alltägliche Belange in das Rathaus gebracht und gleichzeitig politische Maßnahmen und Strategien in den Stadtteilen evaluiert werden. Das organisatorische Gerüst versucht somit eine aktive Umsetzung der Politik der Nähe und das Durchreichen der Interessen von unten nach oben zu ermöglichen. In allen zehn Bezirken sind offene Versammlungen vorgesehen, teilweise gibt es auch mehrere Nachbarschaftsversammlungen pro Bezirk, z.B. für Sants-Montjuïc in Poble Sec, La Marina und eine Versammlung für Sants, Hortafrancs und La Bordeta, die sich untereinander koordinieren (Int. 21.05.2019). Die Nachbarschaftsversammlungen sind komplett offen, das heißt man muss kein Mitglied von Barcelona en Comú sein um teilzunehmen. Die Treffen finden je nach Stärke und Verfasstheit ein- bis zweimal im Monat statt. Durchschnittlich dauern diese Veranstaltungen zwei Stunden und Redebeiträge sind nach Geschlecht quotiert und zeitlich beschränkt, wobei der Charakter dieser Versammlungen durchaus informeller als bei den höhergelagerten Strukturen ist. Die Anzahl der Teilnehmer\*innen variiert je nach politischer Gemengelage (z.B. Wahlkampf) und Bezirk, wobei z.B. in Ciutat Vella dauerhaft 20 Teilnehmende zu den Versammlungen kommen und in Sants 10 bis 20 Personen (Int. 23.03.2021, Int. 04.06.2021). Während der Covid-Pandemie sind die Versammlungen online abgehalten worden, wodurch die Partizipation zum Teil deutlich zurückgegangen ist (Int. 04.06.2021). Pro Bezirk geht wiederum eine vertretende Person in die *Coordinadora*, ein 40-köpfiges Organ, in dem außerparlamentarische und parlamentarische Akteur\*innen von Barcelona en Comú zusammenkommen und alle zentralen Entscheidungen getroffen werden (Int. 23.03.2021). Über diese Schnittstelle sollen

zentrale Belange der Nachbarschaften in die Entscheidungsstrukturen der municipalistischen Plattform gehen und Einfluss auf die parlamentarische Politik genommen werden. Dazu erklärt die Vertreterin für Ciutat Vella in der *Coordinara*:

Unsere Absicht ist immer, dass wir uns aus diesen Versammlungen ein Mandat mitnehmen für Dinge, die wir dann wiederum in den Entscheidungsorganen besprechen. Ich spreche da im Namen schon der *Asamblea*, der Nachbarschaftsversammlung. Und das nehme ich auch ziemlich ernst. Ich sage da schon was die entschieden haben, nicht was ich persönlich denke. Eines unserer Mottos ist ja *governar obedeciendo*, das heißt Regierung durch Gehorsam, und ich persönlich und meine Kollegin, die das mit mir zusammen macht, wir nehmen das echt mega ernst. Da geht's schon darum, dass die *Asamblea* entscheidet, was wir da weitergeben. (Int. 23.03.2021)

Genauso wird von den Vertreter\*innen dann in der Nachbarschaftsversammlung berichtet, was in der *Coordinadora* besprochen wurde und welche parlamentarischen Punkte gerade wichtig für den Stadtteil sind. Zudem kommen regelmäßig Repräsentant\*innen aus der parlamentarischen Gruppe zu den Nachbarschaftsversammlungen und erstatten Bericht, suchen die Diskussion und erklären auch politische Entscheidungen oder warum bestimmte politische Forderungen, z. B. aufgrund bestehender Regularien nicht umsetzbar waren. Bestimmte institutionelle Mechanismen werden dadurch transparenter und politische Handlungsfähigkeiten oder -unfähigkeiten nachvollziehbarer gemacht. Zudem gibt es durch die Versammlungen ein Feedback für die institutionelle Politik und andere Sichtweisen und Beurteilungen werden aufgezeigt, die manchmal in der institutionellen „Schleife“ verloren gehen (Int. 27.07.2021). Die Nachbarschaftsversammlungen schlagen damit eine Brücke zwischen den Institutionen und den Stadtteilen (Int. 27.04.2021). Gleichzeitig stellen die Dauer und Rhythmen der Treffen nur einen begrenzten Rahmen zum Austausch zur Verfügung, gerade vor dem Hintergrund, dass die institutionelle Plattform ein Vollzeitprojekt ist. Informationen müssen daher gezielt gefiltert werden.

Eine wichtige Funktion der *Asambleas* ist das Gestalten gemeinsamer Aktivitäten und eigener Inhalte entlang der Lebensrealitäten im Stadtteil, die elementar für die Aufrechterhaltung und Aktivierung der Gruppe sind:

Du musst dir gut überlegen, was. Was macht Sinn? Da kommen Leute hin, die da alle zwei Wochen Politik machen. Und diese Nachbarschaftsversammlung muss für die Sinn machen, sonst springen die dir irgendwann ab. Was wir machen und was wirklich gut funktioniert – und das weiß ich auch von anderen Nachbarschaftsversammlungen – ist, dass man *hacer barrio*, also Viertel machen oder leben. Also ich glaube was so eine Nachbarschaftsversammlung wirklich zusammenhält ist, dass du es schaffst wirklich mit den Leuten, die ja tatsächlich deine Nachbarn sind, so

eine Art Community aufbaust. Und viele von diesen Gruppen haben z. B. auch zwei Chat-Kanäle, zwei Kommunikationskanäle: einen, in dem es um Privates und ums Viertel geht, hast du schon dein Corona-Testergebnis und was auch immer sonst noch relevant ist. Und einen anderen, wo es um wo es auch um politische Inhalte geht. (Int. 23.03.2021)

Das Politische und das Soziale überschneiden sich durch die Versammlungen und über das *hacer barrio* wird die Anonymität zwischen Nachbar\*innen gebrochen und über gemeinsame Probleme und Interessen Nähe hergestellt. Dies bietet das Potenzial, neue kollektive Beziehungsweisen über die *Asambleas* zu knüpfen.

Neben der Rückkopplung zur parlamentarischen Politik bilden Diskussionen über die Organisationsform, Struktur und interne Prozesse von Barcelona en Comú eine wichtige Rolle in den Nachbarschaftsversammlungen. In den ersten zwei Legislaturperioden mussten viele grundlegende Entscheidungen getroffen werden, von der Besetzung bestimmter Ämter, über Koalitionen mit anderen Parteien, die Stellung zur katalanischen Unabhängigkeit und anderen wichtigen politischen Fragen, welche den jungen municipalistischen Organisationsansatz und auch den Anspruch von vertikalen Entscheidungsstrukturen stark strapaziert haben (Int. 08.06.2021). An der Basis waren die Nachbarschaftsversammlungen auch ein Ort, um Unzufriedenheit über bestimmte Entwicklungen zu äußern und mögliche Restrukturierungsprozesse einzufordern. Doch haben solche Diskussionen über Organisationsfragen den Raum für andere Themen genommen und dadurch Teilnehmer\*innen der Versammlungen ausgebremst, die etwa lieber über konkrete alltägliche Probleme im Stadtteil und mögliche Lösungen reden wollten. Eine Bezirksrätin von Barcelona en Comú in Sants-Montjuïc, die auch über die offenen Nachbarschaftstreffen zur municipalistischen Plattform gekommen ist, erklärt ihre Frustration wegen dieser Interessenwidersprüche:

Bei vielen Punkten geht es um die Organisation. Und das war für mich ziemlich frustrierend. Es ging viel darum, wie wir innerhalb der Versammlung und der Partei organisiert sind und wie wir Entscheidungen treffen. Und darum ging es in vielen Diskussionen. Ich verstehe das, weil es eine neue Partei ist. Es war eine andere Art der Politik von der Basis. Die Entscheidungen sollten also von der Basis getroffen werden, und jeder sollte seine Meinung sagen. Aber ich glaube, das war das große Hindernis, um etwas zu erreichen. Ich bin zu Barcelona en Comú gegangen, weil ich in meinem Viertel etwas verändern wollte und ich wollte Dinge verändern, Dinge in Aktionen verändern. Ich wollte wirklich sehen, dass sich etwas ändert. Und während wir darüber diskutierten, wie wir uns organisieren und wie wir Entscheidungen treffen und Entscheidungen über ‚blablabla‘, wurden die Dinge nicht umgesetzt. Und für mich war das sehr ‚ahhahhahh‘. (Int. 04.06.2021)

Verschiedene Wissensstände und Stellungen innerhalb der Versammlungen führten zu unterschiedlichen Bedürfnissen bezüglich der inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Nachbarschaftsversammlungen, was zu verschiedenen Unzufriedenheiten führte, eine gemeinsame und zielorientierte Arbeit an der Basis blockierte und schlussendlich auch neue Leute abschreckte:

Also, viele Leute, als sie anfangen, zur Versammlung zu kommen, besonders die neuen, und ich schließe mich selbst mit ein, in den ersten Wochen dachten sie: Was ist das? Das ist so langweilig. Sie reden die ganze Zeit über dieselben Dinge. Ich sehe nicht, dass sich etwas ändert. Und ich sehe nicht, wie ich dich ändern kann, wie ich etwas tun kann, um es zu ändern. Und ich frage mich: Was kann ich hier tun? Wenn man sich über Dinge streitet, die ich nicht wirklich verstehe. Und viele Leute gingen nach zwei Monaten, nach drei, vier Versammlungen, und sie gingen. (Int. 04.06.2021)

Ähnlich berichtet die Vertreterin aus Ciutat Vella, dass eine zentrale Herausforderung der Nachbarschaftsversammlungen und damit auch der Koordinierungsposition ist, dass „sich die Leute gehört fühlen“ (Int. 23.03.2021) und auch die Möglichkeit haben, wirklich etwas verändern zu können. Ansonsten verliert die Versammlung ihren Sinn und die „Leute denken, die können auch woanders hingehen und irgendwo direkter im Viertel aktiv werden“ (ebd.). Eine Vertreterin aus Sants stellt diesbezüglich die mangelnde Handlungsfähigkeit der *Asambleas* fest, wonach an der Basis über viele Ideen zur Verbesserung des Stadtteils diskutiert wird, am Ende aber das Rathaus entscheidet (Int. 04.06.2021).

In diesen Aussagen zeichnen sich strukturelle Schwierigkeiten ab, mit der ein hybrides Organisierungskonzept, welches zwischen Institutionen und Stadtteilen oder parlamentarischen und außerparlamentarischen Politiken vermittelt, konfrontiert ist. So soll zum einen die Autonomie der außerparlamentarischen Instanzen gewahrt, und zum anderen der Einfluss auf die parlamentarische Politik und der Informationsfluss zwischen den Instanzen gewährleistet werden. Dafür braucht es wiederum eine geeignete Struktur, die permanent überprüft und angepasst werden muss. Dieser Anspruch ist mit einer gewissen Offenheit und Niedrigschwelligkeit der Nachbarschaftsversammlungen und dem dadurch zeitlich sehr begrenzten Umfang sowie den dort präsenten Interessenschwerpunkten schwer in Einklang zu bringen. Zudem verlaufen zentrale politische Konflikte innerhalb von Barcelona en Comú auch durch die Nachbarschaftsversammlungen, wie z. B. die Positionierung zur Unabhängigkeitsfrage oder die umstrittenen Koalitionsbildungen mit der PSC und die Unterstützung von Manuel Valls bei der Bürgermeisterwahl 2019. Während Barcelona en Comú 2015 noch den Vorsitz in allen Bezirken hatte, wurden diese mit der Koalitionsvereinbarung 2019 mit der PSC aufgeteilt, was das politische Wirken der Nachbarschaftsversammlungen in den entsprechenden Bezirken deut-

lich erschwert. Weiterhin wurden im Zuge des politischen Abkommens auch Bezirke an die PSC gegeben, die eigentlich Barcelona en Comú gewonnen hat, was entsprechend zu politischer Frustration an der Basis führte: „Zum Beispiel Bezirke, die keine *Regidora* (Bezirksrätin) haben wie Sant Martí. Das war sehr schwer für sie. Denn sie haben einen sehr starken Wahlkampf geführt, und dies ist ein großer Bezirk. Und als sie die *Regidora* an die PSC abgaben, fragten sie: Warum wir? Warum gebt ihr das Amt ab?“ (ebd.). Nach Einschätzungen zweier Mitglieder der Nachbarschaftsversammlung in Sants sind wegen der genannten Gründe plus der zusätzlichen Pandemiesituation die Beteiligungen in den *Asambleas* deutlich zurückgegangen. Zudem hat sich im Laufe der Zeit die politische Rolle der Versammlungen im Verhältnis zur institutionellen Politik verändert. Während in den ersten Jahren die Nachbarschaftsversammlungen als Mechanismus genutzt wurden, um die „Vision der Straße der institutionellen Vision“ gegenüberzustellen und eine „Politik von unten nach oben“ zu machen, hat sich ein institutioneller Schwerpunkt durchgesetzt. Dadurch wurden Handlungsmöglichkeiten und bestimmte Formen der Wissensproduktion, welche nicht innerhalb eines abgesteckten institutionellen Rahmens konditioniert wurden, in Teilen vom „Inneren“ der Organisationsstruktur auch als störend empfunden (Int. 08.06.2021). Wodurch sich nach Empfinden eines Aktivisten aus Sants eine „Mono-Befehlsstruktur“ (ebd.) herausgebildet hat. Dies hat auch einen Effekt auf die personelle Zusammensetzung der Nachbarschaftsversammlungen, die stärker von Leuten geprägt ist, die einen Fokus auf die institutionelle Politik legen und einer klassischen Parteistruktur näherstehen. Dadurch werden Entscheidungen oder Dynamiken, die in der Anfangszeit durch das bestehende Spannungsfeld des Innerhalb und Außerhalb der Institution kritisiert worden wären, seltener angesprochen oder kontrovers diskutiert (ebd.).

Eine Vertikalisierung von Wissens- und Entscheidungsstrukturen wurde durch institutionelle Abläufe und Rhythmen bedingt, durch die es im Zusammenspiel zwischen dem institutionellen und außerparlamentarischen Teil, sowie innerhalb der Unterentitäten in der Praxis zu Problemen gekommen ist. Aus Perspektive der Institutionen reflektiert ein aktives Bezirksratsmitglied von Barcelona en Comú in Bezirk Sants dazu:

Das hat auch eine Distanz zwischen den Rhythmen der Institution und der Regierung und den Rhythmen einer Versammlung, die alle zwei Wochen zusammentritt, erzeugt und [damit] eine Trennung von Informationen und dem Wissen, was passiert, bewirkt. Und das schafft Distanz zur Idee einer kollektiven Entscheidungsfindung [und] wie man die Versammlung mit dem Tagesgeschäft einer Regierung kompatibel machen kann. (Int. 24.04.2019)

Ein ehemaliges Bezirksratsmitglied von Barcelona en Comú in Ciutat Vella unterstreicht die Belastung der institutionellen Arbeit, wonach „das Tempo des Stadtrates ein Killer ist“ (Int. 27.07.2021) und bei 14-stündigen Arbeitstagen kaum noch Zeit bleibt, den Kon-

takt zu den außerparlamentarischen Akteur\*innen zu suchen. Dieser neue institutionelle Zeit-Rhythmus forcierte ein Auseinanderdriften zwischen institutioneller und politischer Plattform. Die Übertragung eines neuen hierarchieärmeren Politikstils scheiterte zudem oft an der Menge der Aufgaben und Informationen sowie den zeitraubenden Lernprozessen innerhalb der Institutionen (Int. 24.04.2019). Ebenso führten die Einbindung in institutionelle Machtbeziehungen und die Konkurrenz anderer politischer Akteur\*innen zu einer stärkeren Schließung der Organisationsstruktur. Durch die erhöhte Gefahr, interne Informationen könnten nach außen dringen, wird stärker auf den Rahmen geachtet, in dem Sachverhalte besprochen werden, sodass diese vermehrt in geschlossenen Kreisen verhandelt werden (ebd.). Anekdotisch verdeutlicht das Mitglied von Sants en Comú eine in den letzten Jahren entstandene Distanz zwischen den institutionell und außerparlamentarisch Aktiven von Barcelona en Comú:

Gestern ging ich zum Hauptquartier [von Barcelona en Comú; Anm. d. Autors]. Vielleicht, weil ich schon eine Weile nicht mehr da war, aber ich fühlte mich wie ein Fremder. Viele Menschen die sich kannten, der Eingang mit einem Code und die, die ihn kennen, kommen rein. Jemand am Eingang, der mich nicht kannte, fragte ‚Hallo, was gibt’s?‘, als wäre ich ein Straßenkunde. Das ist etwas anekdotisch aber für mich war es eine Reflexion, dass Barcelona en Comú institutionalisiert wird. Es gibt Menschen, die bereits in der täglichen Arbeit sind. Sie sind im Alltag, im Kleinklein. Ich denke, dass wir Freiwillige oder Aktivist\*innen eine sehr neue Vision bringen. Und sehr wenig konditioniert. Ab und an möchte man uns an der Basis zuhören, aber oft werden wir eher als ein Verfahren betrachtet. Manchmal gibt es ein Plenum, um zu sehen, wie wir darüber abstimmen, was sie vorbringen wollen. (Int. 21.05.2019)

Verbunden mit der Schließung, Vertikalisierung und der zunehmenden Distanz zwischen den verschiedenen Bereichen bemängeln verschiedene Akteur\*innen von der Basis, aus den Institutionen oder aus dem Umfeld eine zunehmende Intransparenz in der Besetzung von Ämtern (Int. 08.06.2021) und eine deutliche Begrenzung oder Vorstrukturierung von Diskussion zu grundlegenden und wegweisenden Entscheidungen. Auch wenn solche Entscheidungen der Basis zur Abstimmung via Decidim gestellt werden, werden durch abgegebene Statements von führenden Mitgliedern oder Organen von Barcelona en Comú die Entscheidungen der Basismitglieder deutlich beeinflusst, bei einem gleichzeitigen Fehlen eines Raums für offene Debatten rund um die Abstimmungsthemen (Int. 03.06.2021, Int. 04.06.2021, Int. 08.06.2021). Eine ehemalige Ministerin von Barcelona en Comú aus der ersten Legislaturperiode bewertet diese Entwicklung drastisch: „Ein Raum, der als etwas sehr Horizontales begann, wurde zu einem Ort, an dem Entscheidungen in immer kleineren Räumen getroffen wurden, in Kreisen, die der Bürgermeisterin aus persönlicher Verbundenheit nahestanden“ (Int. 07.07.2021). Die Vertreterin aus Ciutat Vella, welche auch Teil der *Coordinadora* ist, wiederum verdeutlicht anhand einer un-

abgesprochenen Unterzeichnung eines Demonstrationsaufrufes durch die *Coordinadora*, dass die Basis sich bei Entscheidungen nicht einfach übergehen lässt:

Die (Basis) finden schon, dass wenn auf Stadtebene sowas stattfindet und es interessant ist, dass es relativ fifty-fifty ist, ob man teilnimmt. Wenn das dann so schnell in der *Coordinadora* beschlossen wird, da gibt's ziemlich Aufstand. Und es ist auch gut so. Find' ich ist ein gesunder demokratischer Prozess. (Int. 23.03.2021)

Aufbauend auf den jeweiligen Ausführungen kann festgehalten werden, dass die in der Organisationsstruktur von Barcelona en Comú geschaffenen Instrumente zur internen Demokratisierung durchaus in der Praxis vorhanden sind. Diese unterliegen verschiedenen Zyklen hinsichtlich der Partizipation, was interne und externe Gründe hat, dennoch kann generell eine Institutionalisierung im Sinne einer größeren Distanz zwischen Rathaus und Stadtteilen sowie zwischen Partei und Bewegung festgestellt werden. Demnach werden die Transversalität von Strukturen, kollektiven Entscheidungen und die Fokussierung des Alltäglichen durch ein institutionelles Zeit-Regime, dem Erfordernis pragmatischer Entscheidungsfindungen und einer Professionalisierung von Teilen der Parteistrukturen transformiert. Barcelona en Comú hat sich in diesem Punkt über die Jahre stärker in Richtung „einer klassischen Organisation“ (Int. 24.04.2019) mit einer stärkeren hierarchischen Gliederung entwickelt.

#### 10.1.4.2 Partizipationsmechanismen

Über die innere Struktur von Barcelona en Comú hinaus hat die Stadtregierung versucht, Demokratisierungsprozesse über neue Partizipationsverfahren anzustoßen, etwa mit dem Projekt Decidim Barcelona. Decidim versteht sich als freie und öffentlich-gemeinsame digitale Infrastruktur für partizipative Demokratie. Eine Plattform, die vollständig auf freier Software aufgebaut ist (Decidim 2018). Nach einfacher Registrierung können Bürger\*innen der Stadt über aktuelle Partizipationsprojekte diskutieren und Vorschläge einbringen. Da Decidim als *OpenSoftware* angelegt ist, ist die Stadtregierung und die Partizipation nicht abhängig von großen Technikkonzernen und nutzt gleichzeitig die kollektive Intelligenz zur Verbesserung der Plattform (Bria 2018). In den ersten drei Jahren haben sich über 32 000 Bürger\*innen bei der Plattform angemeldet und an 38 von der Stadt eingeleiteten Partizipationsprozessen teilgenommen. Darunter fallen Stadtentwicklungspläne, Nutzungspläne oder die funktionale Gestaltung von Einrichtungen und öffentlichen Räumen (Decidim 2022). Zudem können Bürger\*innen auch eigene offene Vorschläge einreichen, die bei einer gewissen Unterstützungszahl in der Bezirks- oder Stadtregierung besprochen und gegebenenfalls umgesetzt werden. Allein in diesem Zeitraum wurden 13 000 Vorschläge eingereicht, von denen 9 000 akzeptiert und in die Umsetzung gegeben wurden, z. B. die Einrichtung einer kostenlosen Servicehotline für Bürger\*innen oder die Umbenennung von Straßennamen (Ayuntamiento Barcelona



2019b). In diesem Zuge ereignete sich im Februar 2019 ein besonderer Moment, als Anna Romagosa, Direktorin eines lokalen Gesundheitszentrums im Raval, im Stadtrat von Barcelona die Forderung einer Bürgerinitiative für die Erweiterung der medizinischen Einrichtung vortrug (Int. 27.04.2021). Die Initiative sammelte für ihr Ersuchen mehr als 6.500 Unterschriften und Romagosa war die erste Bürgerin, die außerhalb der institutionalisierten Politik im Stadtrat sprechen konnte und so in gewisser Weise zur „Stadträtin 42“ wurde (Márquez Daniel 2019). Die anschließende Abstimmung über den Vorschlag im Plenum war nicht obligatorisch, zwang die Mitglieder aber dazu, Stellung zu beziehen. Über die Partizipationsmechanismen konnten Bürger\*innen ihre Position und damit soziale Konflikte direkt in den Stadtrat tragen und so „eine Debatte in Gang setzen, die letztendlich auch fruchtbar war“ (Int. 27.07.2021). Bis Ende 2020 ist die Anzahl der bei der Plattform registrierten Bürger\*innen auf über 44000 gestiegen und die Zahl der über Decidim durchgeführten städtischen Partizipationsverfahren hat sich bis heute mehr als verdoppelt.

Die Plattform ist zudem mit weiteren Partizipationsangeboten, dem partizipativen Stadtbudget (*Presupuestos participativos*), verbunden. Beim partizipativen Stadtbudget können Bürger\*innen Vorschläge zur Aufwertung ihrer Stadtteile einreichen, darüber diskutieren und letztendlich darüber abstimmen, sodass „die politische Entscheidung also zu 100% in den Händen der Bürger liegt“ (Int. 27.04.2021). Mithilfe technischer Angestellter sollten die Ideen der Bürger\*innen spezifiziert und an rechtliche, finanzielle und bauliche Anforderungen angepasst werden, um deren Durchführbarkeit sicherzustellen. Im Februar 2020 und auf drei Jahre angelegt, waren ursprünglich 75 Mio. Euro zum Verplanen angesetzt, was etwa 5% der Investitionen in den Bezirken entspricht. Die verschiedenen Vorschläge sollten im Rahmen des monatlich stattfindenden Nachbarschaftsrates sowie auf Extra-Treffen erarbeitet und diskutiert werden, um so ein kollektives Moment zu schaffen. Zudem waren Veranstaltungen an Schulen und in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung geplant, um „die Menschen zu finden, die nie eine Stimme haben“ (ebd.). Mit dem Ausbruch der Pandemie im März 2020 mussten die Präsenzveranstaltungen gestrichen werden, und darüber hinaus stand das gesamte Projekt in der Schwebe, da nicht klar war, wie weit der finanzielle Haushalt durch die Entwicklung beeinträchtigt würde. Am Ende wurde das Budget auf 30 Mio. Euro gekürzt und durch die verlorene Zeit blieben am Ende nur die Jahre 2022 und 2023 um die Investitionen zu tätigen und umzusetzen, und nicht wie geplant drei Jahre (ebd.).

Insgesamt wurden 822 Vorschläge mit realistischer Umsetzungsmöglichkeit für die gesamte Stadt eingereicht, von denen in einer ersten Abstimmung jeweils 20 pro Bezirk priorisiert wurden. Anschließend wurden die priorisierten Vorschläge in einem gemeinsamen Prozess von Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung und den Bürger\*innen weiter ausgearbeitet, um ihre Durchführbarkeit und Haushaltsanpassung konkret zu gewährleisten. Am Ende wurden 184 Projekte zur Endabstimmung vorgelegt, bei denen es sich vor

allem um Investitionen in Schuleinrichtungen und deren Umgebung, die Umgestaltung oder Befriedung von Straßen sowie die Einrichtung von Grünflächen und Kleingärten handelte (Ayuntamiento Barcelona 2021e). Vom 10. bis zum 20. Juni 2021 konnte über verschiedene Wege – sowohl online, als auch über mobile Wahllokale, die in den Bezirken verteilt waren – für die Projekte abgestimmt werden (TB 12.07.2021), woran sich knapp 40 000 Bürger\*innen beteiligten. Am Ende wurden 76 Projekte ausgewählt, die innerhalb des bestehenden Budgets umgesetzt werden können. Die Partizipationsquote ist im Vergleich mit ähnlichen Projekten in anderen Städten relativ hoch. Etwa haben in Madrid bei doppelter Einwohner\*innenzahl knapp 33 000 Menschen abgestimmt, in Paris waren es auf 2,2 Mio. Einwohner\*innen etwa 40 000 Partizipierende und in New York 51 000 Abstimmende bei über 8 Mio. Einwohner\*innen (Ayuntamiento Barcelona 2021f.). Durch die relativ niedrighschwellige Zugänglichkeit, den greifbaren Effekt und die Präsenz des Partizipationsangebotes in der Öffentlichkeit, welches über Flugblätter, Poster und Events in der Stadt breit beworben wurde, konnten Menschen angesprochen und zum Mitmachen animiert werden, die nicht zum klassischen Klientel gehören, das immer da ist:

Eines der am meisten gewählten Projekte im partizipativen Haushalten ist ein Projekt von einigen Mädchen, die Cricket spielen und ein Spielfeld restaurieren müssen, das jetzt ein Kartoffelacker ist, eine Katastrophe. Und sie haben viele Unterstützer aus dem Stadtteil Sants gesammelt. Sie haben viele Menschen indischer, pakistanischer und schwarz-angolanischer Herkunft mobilisiert, denn schließlich hat die Verbindung zum Cricket ihre Aufmerksamkeit erregt. Sie haben Plakate gemacht, sie haben sie in den Telefonzellen aufgehängt, an Orten, wo diese Gemeinschaften sich treffen und versammeln. Sie haben sich dafür eingesetzt, dass die Menschen bei der Stimmabgabe fotografiert werden, und sie haben Menschen mobilisiert, von denen ich auch überzeugt bin, dass der Stadtrat sie auf andere Weise nicht erreichen könnte, wenn die Mädchen nicht selbst mobilisiert worden wären. Ja, ja, ich glaube, da ist schon ein bisschen passiert. (Int. 27.04.2021)

Für die 1,6 Mio. Euro teuren Renovierungsarbeiten des Cricket-Feldes im Bezirk Sants-Montjuïc stimmten knapp 3 000 Einwohner\*innen, sodass diese Maßnahme umgesetzt wird. Daneben wurden weitere vier Projekte innerhalb des Budgets gewählt, darunter die Restauration des Parc de l'Espanya Industrial. Es gab auch verschiedene Kritik zum Verlauf des partizipativen Stadtbudgets. Schon im Kontext des Can Batlló wurde angesprochen, dass die Stadtverwaltung darauf hingewiesen hat, sich für dort notwendige Arbeiten beim partizipativen Stadtbudget zu bewerben. Ähnlich berichtet ein Vertreter des seit 1971 bestehenden Nachbarschaftszentrums Centro Social de Sants, dass eine mündliche Zusage der Stadtverwaltung zur Finanzierung der notwendigen Renovierung des Gebäudes nicht eingehalten und stattdessen auf den Bürger\*innenhaushalt verwiesen wurde (Int. 29.06.2021). Dabei kritisiert der Vertreter zum einen das nichteingehaltene Versprechen

der Stadtregierung, zum anderen aber auch das Inkonzurrenzsetzen des *Centros* mit den anderen Projekten aus der Nachbarschaft. Vielmehr sollten sowohl die Renovierung des *Centro Social de Sants* sowie auch die finanzielle Unterstützung des *Can Batlló* durch andere städtische Finanzmittel umgesetzt werden, da diese unverzichtbare nachbarschaftliche Infrastruktur seien (ebd.).

Von einem ähnlich gelagerten Fall berichten die *Castellers de Sants*<sup>2</sup>, ein traditioneller katalanischer Kulturverein. Diese hatten schon in der ersten Legislaturperiode von *Barcelona en Comú* eine Vereinbarung für die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten unterschrieben, allerdings musste das Gebäude erweitert werden, da es den benötigten Platzansprüchen des Kulturvereins nicht angemessen war. Auch hier wurde der Verein trotz anfangs anderer Absprache auf das partizipative Stadtbudget verwiesen:

Doch dann wurden wir auf die Bürgerhaushalte verwiesen. Wir befanden uns bereits im letzten Jahr in diesem Prozess und uns wurde gesagt, dass wir dafür sorgen müssen, dass es in den Investitionsplan des Bezirks aufgenommen wird, der vier Jahre im Voraus erstellt wird. Und dies wurde bereits im ersten Jahr des Mandats genehmigt. Wir hatten zugestimmt, das zu tun, und wir hatten ein Projekt und alles vorgelegt, damit das Budget zur Verfügung steht, um die Renovierung des Lagerhauses durchzuführen, was unser Ziel war. Aber dann wurden wir auf die Bürgerhaushalte verwiesen. (Int. 26.08.2021)

Innerhalb der Bewerbung wurde dann eine Diskrepanz zwischen den Versprechen aus der Politik und den Umsetzungsmöglichkeiten seitens der prozessbegleitenden Techniker\*innen deutlich. So stießen eine erste Machbarkeitsstudie und Entwürfe für die Restaurierung des bestehenden Objektes, die von Architekt\*innen aus den Reihen der *Castellers* vorgelegt wurden, bei der Stadtpolitik anfangs auf positiven Zuspruch:

[Der Projektvorschlag] wurde von den Politikern sehr gut angenommen, und sie sagten uns, dass wir ihnen die Arbeit erleichterten und so weiter. Aber das musste natürlich von der Stadtplanung und dem Denkmalschutz genehmigt werden, da es sich um eine Grünfläche handelt, die katalogisiert werden muss und so weiter. Und dann, als die Bürgerhaushalte kamen, haben die Politiker uns einen Freibrief für alles gegeben und gesagt, dass wir es so und mit einem Budget von mehr als einer Million Euro vorlegen würden und so weiter. (Int. 26.08.2021)

Im Zusammentreffen mit der Administration stellte sich dieses Versprechen aufgrund bestehender planungsrechtlicher Regularien als unmöglich heraus:

---

2 Castells sind Menschenpyramiden, die in Katalonien traditionell bei zahlreichen Festen errichtet werden.

Aber als sie dann mit den Technikern darüber diskutierten, schlugen die Techniker die Hände über dem Kopf zusammen und sagten, dass dies in drei Jahren nicht machbar sei. Die Frage des Denkmalschutzes, die Neueinstufung des Raums und all das, das gehe nur sehr langsam. Solange der Raum nicht erweitert werde, wenn er nur 25 % der Grünzone ausmache, könne man darauf verzichten, ohne eine Neueinstufung und all so etwas. Aber wenn man expandieren wollte, musste man auf die Neueinstufung warten, und das konnte ein Jahr, mehr als ein Jahr, dauern. Dann rief uns der Stadtrat an und sagte: ‚Es tut mir leid, aber wir haben mit den Technikern gesprochen, und die Techniker haben uns gesagt, dass sie, wenn wir sie von Anfang an konsultiert hätten, uns gesagt hätten, dass es sehr schwierig ist, dieses Projekt in den verbleibenden drei Jahren durchzuführen, weil es eine Menge bürokratische Arbeit und all das gibt‘. (Int. 26.08.2021)

Die Umsetzung hätte also nicht dem eigentlich geplanten und benötigten Umfang entsprochen und wäre gegebenenfalls nicht mehr rechtzeitig fertig geworden. Am Ende erreichte das Projekt der Castellers de Sants die finale Runde des partizipativen Stadtbudgets, bekam dann aber nicht genügend Stimmen für die Umsetzung.

Eine weitere deutliche Kritik artikuliert der Vertreter des Centro Social de Sants, wonach der Stadtrat für die Promotion eines eigenen Projektes das *Centro* sowie die Nachbarschaftsversammlung Hostafrancs als Vorschlaggeber vorgeschoben hätten:

Vor kurzem hat uns der Stadtrat mitgeteilt, dass unser Projekt in Sants den Zuschlag erhalten hat. ‚Unser? Was ist unser Projekt, *hijo*? Der für die Umgestaltung des Parc de l’Espanya Industrial? Wir haben keins vorgelegt!‘. Nun, wir haben das nicht vorgelegt. Der Stadtrat hatte ein Projekt zur Sanierung des Parc de l’Espanya Industrial. Aber sie haben sich nicht getraut, es als Stadtrat zu präsentieren, weil sie gesagt hätten, das sei keine Bürgerbeteiligung. Und so hatten sie in einer Sitzung mit einigen anwesenden Nachbarschaftsverbänden darüber diskutiert. ‚Nun, es ist gut, es zu reparieren‘. ‚Ja, ja, es ist gut‘. Also haben sie uns als Förderer der Idee eingesetzt. (Int. 26.08.2021)

Das Projekt wurde gewählt und der Park soll in der Folge für 850.000 Euro renoviert und neugestaltet werden. Auch wenn damit ein wichtiger Sozialisationspunkt der umliegenden Viertel aufgewertet wird, ist damit gemäß der Aussage des *Centro*-Vertreters die demokratische Legitimation und der Grundgedanke des Bürger\*innenhaushaltes nicht gegeben. Das Projekt wurde eher durch die Hintertür als Vorschlag wichtiger und alteingesessener Nachbarschaftsstrukturen verkauft, wodurch auch das Partizipationsverfahren im Umkehrschluss eine stärkere Legitimation durch lokale Akteur\*innen erfuhr. Für den Aktivist\*innen bleibt dieses Vorgehen „ein Schwindel“ (ebd.).

Das eigentliche Partizipationsvorzeigeprojekt von Barcelona en Comú waren die Bürger\*innenentscheide *Consultas Ciudadanas*, die allerdings nach kurzer Zeit wegen rechtlicher Anfechtungen zurückgezogen werden mussten. Die *Consultas* sahen Bürger\*innenentscheide über die Belange der Stadt vor, die entweder vom Stadtparlament oder durch Bürger\*innen angestoßen werden konnten. Letztere mussten für gesamtstädtisch relevante Themen 15 000 Unterschriften sammeln und anschließend hätte das Begehren durch das Stadtparlament mit einer einfachen Mehrheit genehmigt werden müssen. Die ersten Bürger\*innenentscheide lagen dem Stadtparlament am 10. April 2018 vor. In zwei verschiedenen Initiativen wurden jeweils die notwendige Anzahl an Unterschriften für die Umbenennung eines Platzes sowie für die Remunicipalisierung und gesellschaftliche Kontrolle der Wasserversorgung gesammelt. Beide Forderungen wurden nicht von der Mehrheit des Parlaments unterstützt und sind deshalb nicht zur Bürger\*innenabstimmung gebracht worden (Int. 24.04.2019). Die *Consultas* basierten in ihrer Ausarbeitung auf einem bis dahin noch nicht genutztem Recht, welches in der Charta von Barcelona festgeschrieben ist, die der Stadt verschiedene Sonderrechte in Bezug auf kommunale Befugnisse einräumt. Die Umsetzung der Verordnung war daher aus juristischer Perspektive ein Wagnis und wurde von verschiedenen Seiten angegriffen und schließlich in der ursprünglichen Form durch den Obersten Gerichtshof von Katalonien Ende 2019 für ungültig erklärt. Vor allem seitens des Wasserversorgungsunternehmens Agbar und ökonomischen Lobbys gab es zahlreiche Einsprüche zu verschiedenen Punkten des Verfahrens, da diese ihre ökonomische Macht in Gefahr sahen. Bei weniger relevanten Themen hätten die *Consultas* wohl für weniger Aufsehen gesorgt und eine Klagewelle in dieser Form wäre ausgeblieben (Int. 27.04.2021). Eine weitere entscheidende Begründung für die Umkämpftheit dieses Partizipationsinstruments sind die territorialen Auseinandersetzungen im spanischen Staat rund um die katalanische Unabhängigkeitsfrage:

[D]ie Situation in Katalonien und die Durchführung von Bürgerreferenden in Katalonien führt zu einer Menge Probleme aufgrund des nationalen Rahmens des Konflikts zwischen Katalonien und Spanien. Wenn Katalonien ein Volksentscheid durchführen will, führt das zu einer Menge Probleme. Wenn Katalonien ein Volksentscheid durchführen möchte und Barcelona eine Veranstaltung zur Durchführung von Referenden abhält, wird dies von der Regierung des Zentralstaates nicht gut aufgenommen, und es wird ein Einspruch gegen die Vorschriften eingelegt. Und dann haben die Regierung und eine Lobby von Anwälten auch noch gegen die gesamte Verordnung Einspruch erhoben. (Int. 27.04.2021)

Damit gerieten die *Consultas* in den „den Laser des spanischen Staates“ (ebd.) und wurden durch die juristischen Angriffe von politischer und ökonomischer Seite zerrieben. Ende des Jahres 2021 wurde eine neue Verordnung für die Bürger\*innenentscheide durch den Stadtrat gebilligt, deren Hürden allerdings ungleich höher sind als im ursprüngli-

chen Vorschlag. Die Anzahl der nötigen Unterschriften wurde versechsfacht, was den Vorschriften des katalanischen Rechts entspricht, und im Parlament ist nur eine absolute Mehrheit zur Verabschiedung der Entscheide notwendig. Diese Kriterien sind nach Einschätzungen von außerparlamentarischen Initiativen eine „unüberwindbare“ Hürde und ein „Sieg Agbars“ und der ökonomischen Lobbys (Ortega 2021).

Trotz dieser Rückschläge ist deutlich geworden, dass die Stadtregierung unter Barcelona en Comú weitreichende Anstrengungen unternommen hat, neue Partizipationsmechanismen zu entwickeln und zu implementieren. Auch über die übliche Partizipationsklientel hinaus konnten so mehr Menschen in demokratische Prozesse eingebunden werden. Dies liegt zum einen daran, dass die Hürden vor allem über die Onlineplattform Decidim stark abgebaut wurden, zum anderen, dass Entscheidungsbefugnisse über Belange der Stadtpolitik ausgebaut wurden. Der Kreis der legitimierten Akteur\*innen zur Mitbestimmung ist dadurch erweitert und das Verhältnis von Institution und Bürgerschaft zugunsten Letzterer verschoben worden (Int. 27.07.2021). Zudem eröffnen die Partizipationskanäle die Möglichkeit zur Artikulation und Organisation sozialer Konflikte und versuchen so mit der „klientelistischen, kontrollierten und institutionalisierten“ Partizipationspolitik des konsensorientierten Modell Barcelona zu brechen (Int. 16.03.2021). Doch finden diese Versuche unter ständigen Angriffen von Akteur\*innen statt, die andere ökonomische und politische Interessen vertreten und diese vor allem über den juristischen Weg zu verteidigen versuchen. Gleichzeitig bewegt sich auch die Stadtregierung innerhalb dieser Partizipationsmechanismen in Widersprüchen, etwa in dem sie obligatorische Verantwortlichkeiten durch die Partizipationsangebote aufwiegt und versucht, außerparlamentarische Akteur\*innen gezielt in Kampagnen einzubinden, um eine höhere Legitimität für die Anliegen zu gewinnen.

### **10.1.5 Feminisierung der Politik**

Unter dem Einfluss der in den letzten Jahren erstarkten feministischen Bewegung in Barcelona und im spanischen Staat ist die Feminisierung der Politik ein selbsterklärter Grundpfeiler von Barcelona en Comú, der sich ebenfalls nach außen in einer feministisch geprägten stadtpolitischen Agenda widerspiegelt und nach innen für eine neue Form der Politik stehen soll (Kap. 7.2.2).

Mit Blick auf die Feminisierung der (Stadt-)Politik wird deutlich, dass unter Barcelona en Comú eine starke diskursive Aufwertung und Sichtbarmachung von Pflege-, Haus- und Reproduktionsarbeit stattgefunden hat. Unter dem Stichwort *Ciudad cuidadora* (dt. pflegende Stadt) wird die öffentliche Politik auch auf unsichtbare Bereiche der häuslichen sozialen Reproduktion ausgeweitet (Ayuntamiento Barcelona o.J.b). Ansätzen der Feministischen Ökonomie folgend, sollen mit dem Programm der gesellschaftliche und sozioökonomische Wert von der meist unbezahlten Reproduktionsarbeit anerkannt und in einem nächsten Schritt konkrete Verbesserungen und eine Demokratisierung der Pflege

forciert werden. Eine Grundlage für diese Schritte ist die Studie „Ökonomie der Pflege und Kommunalpolitik: Auf dem Weg zu einer Demokratisierung der Pflege in der Stadt Barcelona“, die im Auftrag der Stadt von der Universität von Vic und der selbstverwalteten Kooperative La Ciutat Invisible ausgearbeitet wurde (Ezquerro und Mansilla 2018). Darin stellen die Autor\*innen für Barcelona fest, dass die vorrangig von Frauen betreuten und familiär organisierten Pflegenetzwerke durch die Verteilung der Reproduktionsaufgaben oftmals überlastet sind. Dies hat negative Folgen für die Pflegeleistenden, sowohl hinsichtlich einer ökonomischen und zeitlichen Prekarisierung, als auch in Auswirkungen auf die körperliche und geistige Gesundheit. Als Lösung für diese Probleme schlagen die Autor\*innen die Anerkennung der sozialen Bedeutung von Reproduktionsarbeit und damit verbunden eine Vergesellschaftung dieser Aufgaben vor. Grundlegend dafür seien die Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und die individuelle und kollektive Stärkung von Pflegeleistenden und -empfänger\*innen (ebd., S. 22). In einem „Maßnahmenpaket zur Demokratisierung der Sorgearbeit“ hat das Rathaus die Vorschläge aus dem Bericht in 68 konkrete Maßnahmen übersetzt, von der Schaffung neuer Kindergärten, der Stärkung feministischer Perspektiven im Sektor der solidarischen Wirtschaft bis hin zu Sensibilisierungskampagnen für gute Arbeitsbedingungen bei Familien, die Pflegekräfte einstellen (Ayuntamiento Barcelona 2017b). Ein Vorzeigeprojekt ist das *Espacio Barcelona Cuida* (dt. Barcelona kümmert sich), ein Informations- und Beratungszentrum für pflegende Angehörige, Pflegebedürftige und in der Pflege Arbeitende. In dem Zentrum sollen die in der Stadt vorhandenen Ressourcen im Bereich Pflege sichtbar und für die Bürger\*innen zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus soll das *Espacio* ein Ort des Wissens- und Erfahrungsaustausches sein sowie zur Vernetzung wichtiger Akteur\*innen und Einrichtungen im Pflegebereich dienen. Unter anderem gibt es eine Rechtsberatung für Pflegearbeiter\*innen sowie für Familien, die Pflegekräfte beschäftigen, um gute Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Seit der Eröffnung im Jahr 2019 haben knapp 4500 Menschen das Zentrum besucht und die verschiedenen Funktionen in Anspruch genommen, davon hauptsächlich Frauen im Alter zwischen 51 und 70 Jahren. Die Konsultationen drehten sich primär um Fragen über Abhängigkeiten, mentale Gesundheit und Ökonomie der Sorgetätigkeiten (Ayuntamiento Barcelona 2021c). Bis Anfang des Jahres 2019 waren 91 % aller geplanten Maßnahmen des Pakets eingeleitet und 38 % bereits umgesetzt (Ezquerro und Keller 2022, S. 17).

Die Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen unterlag in der ersten Legislaturperiode dem Dezernat für Feminismus und LGBTI und der Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft. Diese administrative Zuordnung unterstreicht, dass das Thema nicht nur aus einer sozial- oder geschlechterpolitischen Perspektive bearbeitet, sondern dass der ökonomische Einfluss der geleisteten unbezahlten Pflegearbeit für die Gesellschaft anerkannt und darüber die kommunale Wirtschaftspolitik geändert werden sollte. Mit der zweiten Legislaturperiode von Barcelona en Comú und der Koalition mit der PSC wurde die Umsetzung der Maßnahmen dem neu geschaffenen Amt für Gesundheit, Altern

und Sorgearbeit übertragen, welches wiederum dem neu gebildeten Dezernat für Soziale Rechte und Feminismus untersteht<sup>3</sup>. Diese Rückstufung des Themas in den Bereich der Sozialpolitik bedeutet „unter dem Gesichtspunkt des eingeleiteten Paradigmenwechsels ganz klar einen Rückschritt“ (ebd.) und die Gefahr, dass das Thema Sorgearbeit auf Aspekte der Gesundheitsförderung und Krankenpflege reduziert wird. Gleichzeitig argumentieren Ezquerro und Keller, dass in der ersten Legislaturperiode die Care-Ökonomie im Wirtschaftsdezernat nur eine untergeordnete Rolle spielte, da der Schwerpunkt weiterhin auf die produktive Wirtschaft und den regulären Arbeitsmarkt fokussierte und nur ein relativ kleines und unerfahrenes Team für die Umsetzung der Maßnahmen zuständig war (ebd., S. 17f.). Generell kam es immer wieder zu Widerständen in der Administration gegen die neuen Politikansätze und Vorgehensweisen, zudem waren die zugrundeliegenden theoretischen Konzepte für viele Verwaltungsmitarbeiter\*innen unbekannt und teilweise schwer nachvollziehbar. Dies konnte im Laufe der Jahre geändert werden und mit den zunehmenden praktischen Erfahrungen haben „Politik und Verwaltung den Ansatz, die Sorgearbeit zu demokratisieren, quasi verinnerlicht“ (ebd., S. 22). Durch die Maßnahmen wurde der transversale Charakter des Feminismus deutlich, der „alle Politikbereiche durchdringen muss, angefangen bei den Aufrufen zu partizipativen Prozessen bis hin zum Personal, das im Stadtrat eingestellt wird“ (Int. 27.04.2021). Bezüglich des letzten Punktes ist die Implementierung eines *Gender-Mainstreaming*-Plans zu nennen, durch den es z. B. einen deutlich höheren Anteil von Frauen in der öffentlichen Verwaltung gibt.

Solch weitreichende Veränderungen auch sind notwendig. So betont Elba Mansilla, eine Mitverfasserin der oben genannten Studie, dass die Demokratisierung von Pflege eine Grundlagenarbeit darstellt, die mit einer Veränderung gesellschaftlicher Logiken einhergehen muss und die noch weit am Anfang steht (Int. 11.04.2019). Dazu kommen Limitierungen der kommunalen Handlungsspielräume, etwa durch ein eingeschränktes Budget oder auf übergeordneten Skalen liegenden Kompetenzen, z. B. im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch in Bezug auf Wohnraumpolitiken oder Einwanderungsgesetze (ebd.). Dennoch, und das ist ein klarer Erfolg der feministischen Bewegung und auch ein Verdienst Barcelona en Comú, ist das Thema Feminismus in der institutionellen Politik deutlich in den Vordergrund getreten: „Das ist etwas, was vor vier Jahren niemand in seinem Wahlprogramm hatte und jetzt haben es alle“ (Int. 21.05.2019). Zum Verhältnis von außerparlamentarischen Initiativen und parlamentarischer Politik betont Mansilla wiederum das Problem einer möglichen Institutionalisierung feministischer Bewegungen durch die Politik und sieht die Gefahr der Kooptation. Demnach muss die Rolle sozialer Bewegungen und in diesem Fall des Feminismus darin bestehen, Themen auf die politische Tagesordnung zu bringen und Veränderungen durch politischen Druck zu erzwingen. Auch wenn unter der Stadtregierung eine „unglaubliche Arbeit“ hinsichtlich dieses Themas geleistet wurde, bedürfe es weiterhin eines Zusammenspiels aus Wissenschaft, Institutionen

<sup>3</sup> Das Dezernat für Soziale Rechte und Feminismus steht unter der politischen Führung von Barcelona en Comú, während das Ressort Ökonomie und Arbeit von der PSC geleitet wird.



und sozialen Mobilisierungen, um einer Assimilation vorzubeugen (Int. 11.04.2019).

Neben der Stärkung feministischer Themen in der Stadtpolitik soll die Feminisierung der Politik auch eine Änderung des Politikstils und damit der Frage „Wie Politik gemacht wird“ bedeuten, sowohl innerhalb der Organisationsstrukturen, als auch innerhalb der Institutionen. Erreicht werden soll dies über die paritätische Besetzung von Ämtern, die Infragestellung klassischer Repräsentationsmodelle und den Bruch mit Expert\*inentum:

Also ich glaube, ein zentraler Punkt nochmal dazu ist, was wir ja auch sagen *Feminizar la Política*. Ich glaube, dass das ist eine Sache, die wir ernst nehmen. Politik geht ja nicht nur um Gleichstellung und so weiter, sondern es darum geht, wirklich die Politik auch anders zu machen. Und ich ich glaube nicht alle, aber aber ganz viele von uns nehmen das ernst, dass z. B. in der *Asamblea* alle sich äußern müssen. Es geht einfach darum, dass manche Personen, keine Ahnung, etwas Ältere oder so, dass die einfach ein bisschen länger brauchen, um nachzudenken. Oder auch Leute, die gerade dazugekommen sind. Und ich glaube es ist echt unsere Mega-Herausforderung, dass alle sich äußern. Dass es z. B. auch klar ist, dass du auch deine Meinung sagen kannst, auch wenn du noch keine perfekte politische Position zu irgendwas hast, sondern dass du kannst einfach sagen was was du gerade denkst. Es ist ein genauso wertvoller Beitrag. Du kannst auch von außen sagen, dass oder du kannst auch einfach Fragen stellen oder sagen, wie sich das für dich anfühlt. Ich glaube, dass die Konversation, die wir haben, wirklich alle Stimmen beinhaltet, ist für mich eine der größten Herausforderungen. Und das sozusagen, wenn das in den *Asamblea* stattfindet und dafür auch Zeit gegeben wird, dann klappen alle inneren, also alle internen Prozesse ohne Probleme. Es gilt eigentlich für alle Versammlungen, gilt natürlich auch für die *Coordinadora*, aber da haben wir es relativ relativ gute Prozesse. Es müssen alle sprechen und nicht nur die üblichen Fünf, die immer ihren Senf dazugeben, das ist glaub ich für Demokratie super wichtig. (Int. 23.03.2021)

Innerhalb der Strukturen soll durch die Begrenzung von Redezeiten und paritätisch geführte Redelisten die Akzeptanz für Beiträge verschiedener Art und die Offenheit für Fehler oder Nachfragen eine möglichst gute Einbindung aller Beteiligten gelingen. Weiterhin werden Rahmenbedingungen geschaffen, um eine politische Partizipation auch für Personen mit sozialen Reproduktionsaufgaben möglich zu machen. So werden die Treffen zeitlich nach hinten beschränkt und bei Veranstaltungen wird der Kinderbetreuungsdienst *Canalla en Comú* angeboten. Erwähnenswert ist zudem die Reflexion patriarchaler Strukturen und Verhaltensweisen innerhalb der Organisation in Zusammenarbeit mit einer angestellten Fachkraft zum Thema Feminismus und die Förderung des Themas durch Konferenzen, Debatten und Aktivitäten (Int. 27.07.2021). Zudem gibt es bei Barcelona en Comú eine sogenannte *Grup de Cures*, in der Therapeut\*innen, Ärzt\*innen und Psycholog\*innen zusammenkommen und sich um die sozialen Beziehungen innerhalb der Organisation kümmern.

Neben der Schlichtung von Konflikten ist das auch die Betreuung von Aktivist\*innen mit psychischen Problemen, was vor allem während des Lockdowns in der Covid-Krise viel genutzt wurde (Int. 23.03.2021). In diesen verschiedenen Maßnahmen wird deutlich, dass Aktivismus und politische Arbeit nicht von Fragen sozialer Reproduktion abgekoppelt werden, wegen individueller Gesundheit oder familiären Betreuungsaufgaben, sondern dass diese Punkte zusammengedacht werden. Privates wird damit politisiert und „Barcelona en Comú ist halt auch echt für viele so eine Familie oder ist Familie“ (ebd.).

Innerhalb des Stadtparlaments und der dazugehörigen Organe waren die Politiker\*innen und Aktivist\*innen von Barcelona en Comú immer wieder mit der „Grammatik der Männlichkeit von Institutionen“ (Sauer 2001, S. 141) konfrontiert. Es spricht für sich, dass Ada Colau die erste Frau unter den 118 Bürgermeistern der Stadt ist. Maskulinitäten durchdringen die Materialität der Institution in einem doppelten Sinne. In architektonischer Hinsicht blockieren die dicken Mauern, langen Korridore und hohen Plenarsäle Intimität und Kollektivität (Zechner 2020, S. 126). Im Sinne der Materialität als sich wiederholende Handlungen gab es immer wieder Beschwerden über sexistisches Verhalten gegenüber Mitgliedern von Barcelona en Comú (Int. 27.07.2021). Laura Pérez, Ratsmitglied für Feminismus und LGBTI, berichtet von abfälligen Bemerkungen gegenüber jüngeren Frauen: „Mitten in der Sitzung nennen sie dich Schätzchen“ (Pérez in Faus 2017). Gala Pin, ehemalige Stadträtin für Partizipation, beschreibt eine Situation, in der sie vom Präsidenten eines Exekutivausschusses zur Begrüßung auf die Stirn geküsst wurde: „Er küsste mich auf die Stirn, ohne mit der Wimper zu zucken. Schlimmer hätte es nicht anfangen können. Ungleiche Behandlung aufgrund von Geschlecht, Alter und Klasse“ (Pin 2016). Während Pin diesen Vorfall in einer Zeitungskolumne skandalisierte, bestand Pérez darauf, ihren Amtstitel zu benennen, um eine geschlechtsspezifische Ansprache zu vermeiden: „Obwohl ich meinen Titel als Stadträtin anfangs nicht mochte, verteidige ich ihn jetzt. Ich ziehe Stadträtin den Begriffen Schätzchen, Schatz, Liebling vor“ (Pérez in Faus 2017). Ada Colau setzte ihre Aktivitäten bei Twitter aus, da ihr Account immer wieder mit beleidigenden und explizit sexistischen Kommentaren geflutet wurde. Und auch Mercedes Vidal Lago erinnert aus ihrer Zeit als Stadträtin für Mobilität und Präsidentin des öffentlichen Verkehrsbetreibers Transportes Metropolitanos de Barcelona (TMB), dass sie immer wieder „wegen Dingen angegriffen wurde, wegen denen sie einen Mann nie angreifen würden“, sowohl von Seiten der Mitarbeiter\*innen, Gewerkschaften und anderen Gremien, als auch in sozialen Medien:

Ich meine, als TMB-Präsidentin habe ich schreckliche Nachrichten über die sozialen Netzwerke bekommen. Der vorherige Präsident war Quim Forn, einer der derzeitigen politischen Gefangenen. Übrigens ein großer, dicker, fatter Mann. Das hätte man hier nicht gesagt, nicht einmal als Scherz. Und bei mir gab es ein sehr hartes Maß an Bösartigkeit. (Int. 27.07.2021)

Laut Vidal Lago wurden neben diesen offensichtlichen Beleidigungen immer wieder versucht, teilweise subtiler, ihre politische Kompetenz in Frage zu stellen. Neben den Anspielungen auf das Geschlecht wurden dabei auch das vergleichsweise junge Alter der neuen Politiker\*innen im Stadtrat und deren Herkunft aus der Arbeiter\*innenklasse gegen sie gewendet und als Nichteignung für die institutionelle Arbeit ausgelegt. Diese reagierte darauf mit einer selbstbewussten Bezugnahme auf ihren Arbeiter\*innenklasse-Hintergrund:

Abgesehen von der Mobilitätspolitik, auf die ich wirklich stolz bin, bin ich auch am meisten stolz darauf, dass es uns gelungen ist, eine Schlagzeile zu machen, die sich überhaupt nicht um Mobilität dreht. Ein Journalist hat uns Frauen in der Regierung einmal interviewt, um ein wenig über diesen Machismo zu sprechen und darüber, wie wir ihn erlebt haben. Und ich sagte so etwas wie, es gab einige Situationen. Und es gab irgendeinen, ich weiß nicht, irgendeinen Funktionär, der Ada Colau gesagt hat, sie solle Böden putzen oder schrubben oder so etwas, oder sie solle Fische verkaufen. Und Ada reagierte, indem sie am nächsten Tag Fotos mit den Fischhändlern machte. Wir repräsentieren nicht nur die Arbeiterklasse, wir sind die Arbeiterklasse. Meine Mutter hat ihr ganzes Leben lang Böden geputzt. (Int. 27.07.2021)

Neben diesen offensichtlichen Kämpfen gegen die patriarchalen Strukturen wirkten die maskulinen Grammatiken der Institutionen in anderen Bereichen auf indirektere Art, was vor allem zu Widersprüchen bei dem gewollten Bruch mit dem Expert\*innentum und klassischen Repräsentationsmodellen führte. Neben der skizzierten Distanzbildung zwischen institutionellem Flügel und Basis (Kap. 10.1.4.2) wirkt sich eine politische Professionalisierung auch auf die Amtsinhaber\*innen aus. So konstatiert ein Stadtrat aus Sants, dass es nicht geschafft wurde, die Feminisierung auf den eigenen politischen Aktivismus zu übertragen. Dies zeigt sich etwa, wenn die Akteur\*innen selbst, egal ob Bürgermeisterin oder Berater\*in, die eigene Gesundheit, das soziale Umfeld und die Familie zugunsten der Politik vernachlässigen. Diese Entwicklung wird als eigene Anpassung an das System gewertet:

Ich glaube nicht, dass wir in der Lage waren, unser Privatleben oder unsere persönlichen Lebenszeiten besser zu schützen, und das ist etwas, das noch aussteht, und das ist notwendig. Denn du wirst immer mehr zu einer politischen Maschine, innerhalb einer Institution oder innerhalb einer Organisation, und das trennt dich von der Realität, und du wirst am Ende genau das, was du kritisiert hast. (Int. 24.04.2019)

Der bereits angesprochene institutionelle Zeitrhythmus wirkt sich damit aktiv auf die Subjektivierung der Barcelona en Comú-Politiker\*innen aus und führt zu einer Professionalisierung und einer Annäherung an die den Institutionen zugeschriebenen Charakteristika. Damit erweiterte sich die Distanz nicht nur durch Prozesse der Entscheidungsfindungen

und Informationsflüsse, sondern auch im alltäglichen Leben, weil soziale Kontakte und politisches Engagement außerhalb der parlamentarischen Politik kaum mehr möglich sind und so eine Abkopplung sozialer Beziehungen stattfindet. Gründe für diese Entwicklung sind die hohe Arbeitsbelastung – vor allem Mitglieder, die neu in die Institutionen kamen, mussten sich über Monate mit den Vorgängen und Vorschriften vertraut machen – und es herrschte ein unglaublicher, auch selbstaufgelegter Druck. Die etablierten politischen und ökonomischen Akteur\*innen schauen genau auf das Projekt und die Politik von Barcelona en Comú warten nur auf Fehler, um diese zu diskreditieren. Gleichzeitig sehen sich die Teile der institutionellen Plattform von Barcelona en Comú in der Verantwortung gegenüber den Wähler\*innen und dem Versprechen, die Stadtpolitik und die Institutionen zu verändern und für die Bürger\*innen zu öffnen (ebd.). Zudem haben sie ein vergleichsweise kleines institutionelles Team mit „wenigen Leuten, die versuchen eine Menge Dinge zu machen“ (Int. 14.04.2021). Eine Kollegin des zitierten Stadtrates sagte zwei Jahre später, dass sich seine Situation verbessert hätte und er zwar noch viel arbeite, aber dennoch etwas Abstand gewinnen konnte (Int. 04.06.2021). Bezüglich der Arbeitsbelastung erklärt die Vertreterin der Nachbarschaftsversammlung Ciutat Vella in der *Coordinara*, dass vor allem die Führungspositionen „heftig“ seien und auch die Stadt- und Bezirksrät\*innen sehr viel arbeiten würden, die aber auch sonst „mega die Arbeitstiere“ (Int. 23.03.2021) seien. Wenn man aber außerhalb der Institution an der Basis aktiv sein und auch wichtige Posten wie in der *Coordinadora* übernehmen möchte, ist diese Arbeitsbelastung keine obligatorische Voraussetzung (ebd.). Aus der institutionellen Perspektive bestätigten aber verschiedene Abgeordnete und Mitarbeiter\*innen von Barcelona en Comú, dass trotz der internen Strukturen kein Gleichgewicht zwischen einem nachhaltigen sozialen Leben und der Arbeit in den Institutionen möglich ist (Int. 16.03.2021, Int. 14.04.2021, Int. 27.04.2021, Int. 04.06.2021, Int. 27.07.2021). Mercedes Vidal Lago findet klare Worte für diese Situation: „Die Ausgewogenheit und das Gleichgewicht des persönlichen Lebens sind eine Lüge. Mit anderen Worten: Die Menschen, die im Stadtrat sitzen, haben ihr Leben geopfert, und die, die aktiv sind auch.“ (Int. 27.07.2021). Ähnlich umschreibt es eine ehemalige Beraterin des Stadtrates und Mitglied von Barcelona en Comú: „Ich habe die anderen Bereiche meines Lebens zerstört. Es gibt kein Gleichgewicht. Das ist unmöglich.“ (Int. 16.03.2021). Dieses Desequilibrium hat gemäß einem Berater der Stadtverwaltung in der Abteilung Partizipation wiederum großen Einfluss auf die Zusammensetzung der Aktiven und Mitarbeiter\*innen:

Als ich im Bezirk war, waren meine Arbeitstage endlos. Und an den Wochenenden mit Veranstaltungen, [...] es war fast sieben Tage die Woche mit einem sehr hohen Maß an Intensität. Ich denke, das bedeutet, dass wir eine Altersvoreingenommenheit haben, dass wir hauptsächlich junge Leute sind. Bei den Menschen, die hauptsächlich teilnehmen, ändert sich auch die Geschlechterstruktur. Mit anderen Worten: Diejenigen, die weniger familiäre Verpflichtungen haben, sind eher in der Lage, das Arbeitstempo zu bewältigen, das wir haben. Ich glaube, wir sind davon sehr betroffen und wissen nicht, wie wir das Problem lösen können. (Int. 27.04.2021)

Auch im Bereich der Repräsentation spiegeln sich Prozesse der Institutionalisierung wider, die den eigentlichen Ambitionen der munizipalistischen Listen zuwiderlaufen. So ist die Repräsentation von Barcelona en Comú eindeutig zugeschnitten auf die Figur Ada Colau. Nicht nur, aber vor allem in Wahlkampfzeiten wird das munizipalistische Projekt mit dem Gesicht der Bürgermeisterin gleichgesetzt. Während eine Sprecherin von Barcelona en Comú diese Inszenierung als „notwendigen Widerspruch“ sieht, wonach es ein Aushängeschild brauche und es in diesem Fall immerhin kein weißer alter Mann sei (Gruppen-Diskussion 26.09.2018), spricht der Vertreter der Nachbarschaftsversammlung aus Sants kritischer darüber: „Ada ist Leo Messi. Sie ist wirklich sehr gut und du hast Leo Messi, aber du musst für ihn spielen. Aber Personalismus ist sehr gefährlich“ (Int. 21.05.2019).

Auch an diesem Untersuchungspunkt wurden verschiedene Widersprüche deutlich, die in der Umsetzung der politischen Leitlinien Barcelona en Comús aufgetreten sind. Im Zusammenspiel mit den sozialen Bewegungen stärkte die Stadtregierung feministische Anliegen diskursiv, materiell und innerhalb des lokalen Staatsapparats. Dies öffnete die lokale Ebene für feministische Interessen und verlagerte strategische Selektivitäten in Richtung Geschlechtergerechtigkeit. Der kommunale Handlungsspielraum ist nach wie vor stark eingeschränkt und so steht etwa die in Kapitel 9.3 geschilderte Überbetroffenheit von Frauen in der Wohnraumkrise den dargelegten Verbesserungen gegenüber. Die Feminisierung des Politikstils brachte verschiedene Maßnahmen innerhalb der Organisation mit sich, um die privaten Umstände der Aktivist\*innen im alltäglichen Politikmachen zu berücksichtigen, gleichzeitig sind die Mitglieder der institutionellen Plattform mit der maskulinen Grammatik der Institution konfrontiert. In vielen Momenten konnte diese Grammatik kontestiert werden, dennoch haben sich bestimmte Dynamiken auch auf die Politiker\*innen und Mitarbeiter\*innen von Barcelona en Comú übertragen, zuungunsten eines nachhaltigen Politikstils und sozialer Beziehungen. Diese Professionalisierung im Sinne einer stärkeren Anpassung an institutionelle Mechanismen führte zu einer Verstärkung des Auseinanderdriftens zwischen Partei und Bewegung (Kap. 10.4.1) und auch in Fragen der Repräsentation hat sich die Organisationsstruktur an eine institutionelle Pragmatik und eine damit einhergehende Ausrichtung auf Wahlergebnisse angepasst.

## **10.2 Barcelona en Comús Entwicklung in den Institutionen**

In den vorangegangenen Unterkapiteln sind Limitierungen der Politikansätze von Barcelona en Comú an verschiedenen Stellen kurz skizziert worden. Im Folgenden sollen diese Einschränkungen und auch Widerstände anderer stadtpolitischer Akteur\*innen ausschnittshaft dargelegt werden. In einem nächsten Schritt wird die Entwicklung von Barcelona en Comú in den Institutionen nachgezeichnet und konkret geschaut, ob es gelungen ist, die Institutionen zu verändern, oder ob nicht viel mehr die Institutionen die munizipalistische Plattform verändert haben. In einem abschließenden Schritt wird der Blick auf

das Verhältnis von sozialen Bewegungen zu Barcelona en Comú geworfen und wie die Bewertung der municipalistischen Politik aus Bewegungsperspektive ausfällt. Mit diesen verschiedenen Schwerpunkten sollen die Bedingungen konkretisiert werden, mit denen linke Projekte in gewachsenen institutionellen Strukturen des kapitalistischen (Lokal-) Staates konfrontiert sind und so deren Handlungsfähigkeit vermessen werden.

### **10.2.1 Neue Politik unter ständigem Widerstand – stadtpolitische Kräfteverhältnisse in Barcelona**

Die Handlungsfähigkeit von Barcelona en Comú in den letzten Jahren hing maßgeblich von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen in der Stadt ab. Recht schnell wurde klar, dass Barcelona en Comú zwar „die Wahlen gewonnen, aber nicht die Macht in der Stadt hat“ (Int. 02.04.2019) und viele Politiken nicht in der gewünschten Reichweite umgesetzt werden konnten. Ein maßgeblicher und offensichtlicher Grund ist die parlamentarpolitische Konstellation, in der Barcelona en Comú in der ersten Legislaturperiode zu großen Teilen eine Minderheitenregierung stellte und in der zweiten Legislaturperiode von Beginn an in einer Koalition mit der sozialdemokratischen PSC regiert. Mit 11 von 41 Sitzen mussten die Barcelona en Comú für jede Entscheidung Bündnisse schmieden und das im „stärksten zersplitterten Stadtrat in der Geschichte“ (Int. 07.07.2021):

Die großen Projekte müssen im Plenum genehmigt werden, so als ob das gesamte Parlament sie genehmigen müsste. Nicht nur Gesetze, sondern auch große Ausgaben, Verträge. Mit anderen Worten: Die Stadtversammlung entscheidet. Und in diesem Plenum hatten wir eine Minderheit, wir hatten keine Mehrheit. Es handelt sich also um eine ständige Verhandlung zwischen fünf und sechs Fraktionen. [...] Das heißt, nicht nur rechts und links, sondern auch pro-Unabhängigkeit und pro-Spanien. Allianzen sind also sehr, sehr kompliziert und dennoch wurde viel erreicht. Aber manchmal wurden Sachen so gemacht, was nicht heißt, dass es falsch gemacht wurde. Sondern, dass es einfach nicht geht, wenn die Zahlen nicht vorhanden sind. Denn ich weiß, dass auf die Regierung ein großer Druck ausgeübt wurde. Und oft wurde die Regierung unter Druck gesetzt, was auch zu großen Enttäuschungen führte. Ich meine, wie kann es sein, dass dies nicht geschieht? Was für eine Enttäuschung und so weiter. (Int. 27.07.2021)

Das Aufkommen von Barcelona en Comú als neue politische Kraft und ihre prekäre Mehrheit im Stadtparlament fielen zusammen mit der polarisierenden Frage um die Unabhängigkeit Kataloniens, die sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene verhandelt wurde, gleichzeitig aber auch und immer wieder auf stadtpolitische Entscheidungen zurückwirkte: „Mit anderen Worten, wir haben zu viele historische Momente auf einmal erlebt, und das hat auch das Regieren sehr schwierig gemacht.“ (Int. 07.07.2021). Bereits in der ersten Legislaturperiode wurde eine temporäre Koalition mit der PSC eingegangen, die aufgrund der weitgehenden Repression der nationalen Mutterpartei PSOE

gegen die katalanische Unabhängigkeitsbewegung wieder aufgekündigt wurde. Nach den Kommunalwahlen 2019 bildeten Barcelona en Comú und die PSC dann direkt eine Koalition. Diese wiederholte institutionelle Zusammenarbeit mit der PSC, die als fast durchgängige Regierungspartei maßgeblich für die Stadtentwicklung Barcelonas seit dem Ende der Franco-Diktatur verantwortlich gewesen ist, verhinderte die Konfrontation bestimmter ökonomischer und politischer Akteur\*innen und limitierte weitreichendere Veränderungen der Stadtpolitik und eine stärkere Verschiebung der lokalen Kräfteverhältnisse. Dabei hat sich mit der Verdopplung ihrer Sitze im Stadtrat von vier auf acht, die Rolle von der PSC in der zweiten Legislaturperiode verändert und die Sozialdemokraten konnten eine deutlich stärkere Position in der Koalition einnehmen. Mercedes Vidal Lago sieht die zweite Koalition mit der PSC als einen strategischen Fehler, der zu einer stärkeren Institutionalisierung der Politik von Barcelona en Comú respektive weniger Handlungsspielraum für Veränderungen führte. Stattdessen hätte man mit den Pro-Katalanischen Esquerra Republicana koalieren sollen, auch wenn diese Barcelona en Comú in den vorangegangenen Jahren „aus einer vermeintlich linken Position heraus das Leben schwer gemacht“ und „eine furchtbare, furchtbare Opposition gebildet“ (ebd.) hat:

Denn Esquerra Republicana hatte natürlich nie die Macht im Stadtrat von Barcelona inne, sodass keine Gefahr einer Institutionalisierung bestand. Es bestand die gleiche Gefahr wie bei Barcelona en Comú. Das heißt, viel oder wenig, das hängt davon ab, wie sehr man sich beeinflussen lässt. Die PSC blieb vollständig mit ihrem traditionellen Machtbereich verbunden, und der lässt sich nur sehr schwer abtrennen. Mit Esquerra wäre es viel einfacher gewesen, ihr politisches Handeln zu kontrollieren, weil sie all das nicht hatten. All dies steht in einfachem Zusammenhang mit den Entscheidungsräumen des Stadtrats. Nun, auf Kastilisch sagen wir: ‚wie ein Ei und eine Kastanie‘. Mit anderen Worten: Sie sind sich absolut nicht ähnlich. Das liegt daran, dass es den Sozialisten schon immer darum ging, zu senken, zu senken, zu senken. All diese Dynamiken, von denen ich Ihnen erzähle, die Angst vor dem, was die Leute sagen werden, die Angst vor den Nachbarn, die Angst vor den Medien, vor den Lobbys, vor allem. Die PSOE hat sich dem immer sehr gefügig gezeigt. (Int. 07.07.2021)

Dieses „Senken“ oder Anpassen stadtpolitischer Ideen und Maßnahmen an bestehende (Kräfte-)Verhältnisse wird in der neuen Koalition in verschiedenen Bereichen deutlich. In Fragen der Umsetzung des neuen Superblocks in Eixample versucht etwa die PSC-Stadträtin für Mobilität Laia Bonet Rull den Vorschlag von Barcelona en Comú (die den Vorsitz über das Gesamtressort Ökologie, Urbanismus, Infrastruktur und Mobilität hat) noch bis kurz vor Beginn der Umsetzung hinsichtlich des Ausmaßes der Verkehrsberuhigung einzudämmen und forderte im Einklang mit den Automobillobbys, dass dieses Projekt „kein Kampf gegen das Auto sein darf“ (o.A. 2022). Auch für die anderen von der PSC geführten Ressorts sind ähnliche Entwicklungen festzustellen. Während Barcelona

en Comú in der ersten Legislatur versuchte, das standardmäßig von konservativen und reaktionären Parteien aufgeladene Thema der Sicherheit aus einer anderen Perspektive zu betrachten und einen „radikalen Diskurs über die Umstrukturierung der Polizei und die Funktionsweise der Guardia Urbana“ (Int. 03.06.2021) führte, u. a. unter Einbeziehung von Geschlechterfragen, ist es für die „PSC fast unmöglich den gleichen Diskurs zu führen“ (ebd.). Die PSC setzte im Wahlkampf sehr stark auf einen Sicherheitsdiskurs und 2019 wurde der Sozialdemokrat und ehemalige Chef der Mossos d’Esquadra, Albert Batlle, zum neuen Stadtrat für Prävention und Sicherheit gewählt. Das Amt war bis dato direkt der Bürgermeisterin unterstellt und durch einen Kommissar verwaltet worden. Polizei-Gewerkschaften begrüßten diese Wahl deutlich, standen doch in der vorangegangenen Amtszeit vor allem Ada Colau, aber auch der verwaltende Kommissar Amadeu Recasens stark in der Kritik seitens der ausführenden Sicherheitsorgane. Vor allem die Guardia Urbana als machtvoller Staatsapparat hat sich als „änderungsfeindliche Lobby“ (Int. 25.06.2021) immer wieder gegen Maßnahmen zur Wehr gesetzt und einen starken „Anti-Colau-Diskurs“ (ebd.) geführt, wegen mangelnder Ressourcen, fehlender öffentlicher und juristischer Unterstützung und der Auflösung der Bereitschaftspolizei. Auch das Dezernat für Wirtschaft und Arbeit wird seit 2019 von der PSC geleitet, unter Vorsitz des Bürgermeisterkandidaten Jaume Collboni. Eine Angestellte von Barcelona Activa<sup>4</sup>, die gleichzeitig Promotionsstudentin am Institut für Regierung und öffentliche Politik (IGOP) der Autonomen Universität Barcelona ist, berichtet auch hier von einem deutlichen Kurswechsel durch die PSC:

Zum Beispiel in Barcelona Activa, dieses städtische Unternehmen, wo ich arbeite. Ich erinnere mich, dass sie am letzten Montag eine PowerPoint-Präsentation mit der strategischen Linie von Barcelona Activa für die nächsten vier Jahre geschickt haben. Jetzt mit der PSC. Und ich erinnere mich, als ich die erste Folie las, hieß es, man wolle die *Marca Barcelona* fördern. [...]. Wir sind also wieder im Jahr 1992. Das ist ein Beispiel für den Wandel, zumindest im Bereich der Wirtschaft. Jetzt hat die PSC die Kontrolle über den Wirtschaftsbereich und sie haben diesen Diskurs über die Förderung der Stadt, die Marke Barcelona, die technologischen Zentren und die Investitionen. (Int. 03.06.2021)

Während Barcelona en Comú in der vorangegangenen vier Jahren über den Wirtschaftsbereich eine sozial verantwortliche Auftragsvergabe zu stärken versucht hat, u. a. die Stärkung des Genossenschaftswesens oder geschlechtersensible Perspektiven, stehen nun wieder Konzepte oder Schlagwörter wie „Innovation, wirtschaftliche Zentren, Technologie und Investitionen“ (ebd.) und die Förderung der unternehmerischen Stadt auf der Agenda.

<sup>4</sup> Barcelona Activa ist eine Aktiengesellschaft mit kommunalem Kapital und für die Gestaltung und Umsetzung der Beschäftigungspolitik sowie für die Planung und Förderung von Unternehmensgründungen zuständig.



Wie immer wieder im Verlauf der Arbeit angedeutet, ist der Einfluss von ökonomischen und politischen Lobbys, die ihre partikularen Interessen in der Stadt durchsetzen wollen, sehr stark ausgeprägt. Und wie auch dargelegt, fehlen der Stadt oft die Kompetenzen, Werkzeuge und Ressourcen, diese Interessen zugunsten des Allgemeinwohls zurückzudrängen:

Es ist nicht einfach. Barcelona ist ein bisschen so wie ein Staat, aber ohne die Macht von einem Staat. Also administrative Macht. Voller Piraten von der ganzen Welt, die hier Geld machen wollen und du bist nichts als Rathaus. Du hast viel Geld aber kannst nicht viel verändern. Hast keine Souveränität als Stadt. (Int. 16.05.2019).

Vor allem über die juristische Anfechtung von Maßnahmen sowie mediale Kampagnen wird versucht die Arbeit von Barcelona en Comú zu blockieren und zu diffamieren (Int. 02.04.2019, Int. 27.07.2021). Große Unternehmen und Investmentfonds haben seit 2015 dutzende Klagen gegen Bürgermeisterin Ada Colau und mehrere Mitglieder ihrer Regierung eingereicht, vor allem im Bereich der Stadtplanung und des Gastgewerbes. Unter anderem verklagte ein Immobilienunternehmen Gala Pin, damals Bezirksrätin für Ciudad Vella wegen Verleumdung und übler Nachrede, weil Pin das Unternehmen im Fernsehen beschuldigt hat, Mieter\*innen gezielt aus Wohnungen zu mobben. Der Investmentfonds London Private Company verklagte die Stadträtin für Stadtplanung Janet Sanz nach ihrem Veto gegen ein Luxushotel u. a. wegen Falschaussage und Behinderung der Justiz. Das Unternehmen Vauras Investments verklagte Ada Colau, die Stadträte Marc Serra und Lucía Martín sowie einen Beamten der Wohnungsbaubehörde wegen der Verpflichtung eine Sozialmiete anzubieten bzw. einer verhängten Geldstrafe, weil sich das Unternehmen weigerte, diese anzubieten (Int. 21.05.2019, Int. 27.04.2021). Um die Rekommunalisierung der Wasserversorgung ist seitens des zuständigen multinationalen Unternehmens Agbar ein regelrechter „juristischer Krieg“ (27.04.2021) gestartet worden, um den Entzug der Konzession und den damit verbundenen Wegfall seines Millionengeschäftes zu vermeiden. Laut Aussage von Ada Colau hat Agbar bereits in etwa 40 Fällen rechtliche Schritte gegen die Stadtregierung von Barcelona en Comú eingereicht. Im Mittelpunkt steht ein mehrjähriges Verfahren gegen die Kommunalisierung der Wasserversorgung, die schließlich im Sinne Agbars vor dem Obersten Gerichtshof gekippt wurde. Weitere Klagen reichte Agbar gegen verschiedene Mitglieder der Stadtregierung wegen Verleumdung, Offenlegung von Geheimnissen und Veruntreuung ein, u. a. wegen der von der Stadtregierung in Auftrag gegebenen Berichte über die Kommunalisierung der Wasserwirtschaft und die Subventionierung von daran beteiligten NGOs und sozialen Organisationen wie der PAH, Ingenieure ohne Grenzen oder Observatori DESC (Solé Altimira 2021). Auch wenn diese Klagen und die oben geschilderten rechtlichen Attacken der Immobilienunternehmen aufgrund ihrer schwachen Rechtslage bis dato allesamt vom Gericht abgewiesen wurden bzw. nicht zu rechtlichen Konsequenzen führten, kosten diese Anschuldigen und Verfahren Zeit und Ressourcen und bauen einen hohen öffentlichen Druck auf die beschuldigten Personen

auf. Diese Form der juristischen Kriegsführung kann als gezielte Strategie ökonomischer Akteure identifiziert werden, um die Politik der Stadtregierung zu sabotieren und so eigene Privilegien und hegemoniale Stellungen in der Stadtpolitik zu bewahren. Wie im Falle der Wasserkommunalisierung führen diese Klagen auch zu einer konkreten Verhinderung einer transformativen Stadtpolitik. Als eine Folge der gemachten Erfahrungen sieht Xavier Matilla, der aktuelle Chefarchitekt des Stadtrates von Barcelona, die verstärkte Einsicht zur Einbindung von privaten Akteuren:

Und wie die Elektrizitätsunternehmen sind auch die Wasserversorgungsunternehmen und sie haben auch juristische Teams, sehr starke Teams, um gegen die öffentliche Verwaltung zu kämpfen. Und die Stadtverwaltung hat wichtige Ressourcen in Barcelona, aber nicht so stark wie die privaten Unternehmen, um immer vor einem Richter oder einem Gericht zu kämpfen. Denn das erlaubt es einem nicht, etwas zu ändern. Man muss also immer versuchen, einen Konsens zu finden und eine Einigung mit den Privaten zu erzielen. Wir nutzen also unsere Möglichkeiten, um Dinge zu verändern. (Int. 14.04.2021)

Dies geschieht vor dem Hintergrund der aktuellen Kräfteverhältnisse und der juristischen Ausgangssituation, wonach es auf Stadtebene an rechtlichen Kompetenzen für weitreichendere Änderungen fehle (ebd.). Begleitet wurden diese Angriffe auf juristischer Ebene von fehlender medialer Unterstützung für die Stadtregierung bzw. sogar durch die Medien forcierte Diffamierungskampagnen. So wurde Barcelona en Comú aufgrund seiner Wurzeln in den sozialen Bewegungen sowohl innerhalb der institutionellen Politik als auch in den Medien als „Außenseiter“ (Int. 27.07.2021) oder „politische Anomalie“ (Int. 24.04.2019) angesehen. Dies bedeutet zum einen, dass man andere neuere Parteien wie die rechten „Ciudadanos mit all ihrer Unterstützung durch die Medien, sei es in wirtschaftlicher oder anderer Hinsicht, in keinsten Weise mit Podemos und Barcelona en Comú vergleichen kann, die kein einziges Medienorgan haben, das sie in irgendeiner Weise streichelt“ (ebd.). Und zum anderen, dass Barcelona en Comú eine „Zielscheibe sind, die es zu besiegen gilt. Von Seiten vieler Lobbys und Organisationen, politischen Parteien, dass wir für diejenigen da sind, die sie zerstören wollen. Sodass Infiltration möglich ist, dass alles möglich ist“ (ebd.). Die medialen Angriffe führten so bewusst sowie unbewusst zu einer stärkeren Schließung der Organisationsstruktur (Kap. 10.1.4.1). Zudem wächst dadurch der Druck auf die Organisation und die im Fokus stehenden Personen, was sich auch auf den Stil und den Inhalt der Politik auswirkt, wie Mercedes Vidal Lago am Beispiel des Themas Mobilität verdeutlicht:

Ich meine, ich glaube nicht, dass Ada ein Gefühl dafür hatte, wie kontrovers die Mobilität sein würde. Ganz und gar nicht. Und ich glaube, sie war sehr überrascht, wie kontrovers es war, und das hat mich sehr belastet. Denn natürlich werden wir es am Ende sehen. Mit anderen Worten: Sie wurde von allen und überall belagert.

Und das ist eines der Dinge, die natürlich auch einen großen Teil der Dynamik ausmachen, wenn man als Politiker in dieser Situation solchen Belästigungen ausgesetzt ist. (Int. 07.07.2021)

Auch wenn Barcelona en Comú mittlerweile „ein viel institutionelleres Image bekommen“ (Int. 27.07.2021) hat, kommt es weiterhin zu gezielten Diffamierungskampagnen bis hin zur Verbreitung von *Fake News*, von Behauptungen, dass das kommunalen Energieversorgers Barcelona Energia viel teurer als private Anbieter sei (Barcelona en Comú 2021), bis hin zu Schlagzeilen, dass sich Ada Colau inmitten der Corona-Pandemie ein neues Auto für 47.000 Euro gekauft hätte (Barcelona en Comú 2020). Dem versucht die municipalistische Plattform mit Aufklärung entgegenzusteuern. Regelmäßig werden auf der Organisations-Website und den sozialen Medien solche Meldungen als *Fake News* titulierte und Richtigstellungen veröffentlicht. Doch kostet diese Arbeit auch eine Menge Ressourcen und teilweise sind bereits veröffentlichte Meldungen nur noch schwer richtigzustellen, zumal dann, wenn sie von etablierteren Medien oder anderen Parteien gestreut werden.

Ein weiterer Punkt, der in der Arbeit immer wieder deutlich wurde, ist die Limitierung der kommunalen Zuständigkeiten und die Überschreitung politischer Entscheidungen durch übergelagerte *scales*. Fehlende Unterstützung in Fragen der Wohnraumversorgung, mangelnde Kompetenzen bei arbeitsrechtlichen Themen oder Migrationsfragen und gekippte Entscheidungen durch den katalanischen Gerichtshof oder das Spanische Verfassungsgericht machen dieses Problem der Abhängigkeit von höheren Ebenen deutlich. Ein Barcelona en Comú-Bezirksrat aus Sants unterstreicht verschiedene Dimensionen dieses Spannungsfeldes:

Auch weil natürlich viele Fragen nicht in die kommunale Zuständigkeit fallen und wir uns in einer sehr schlechten Situation befinden. Mit anderen Worten: Die Kommunen in diesem Land sind so etwas wie ein Feuerlöscher für die Dramen, die sich aus den Strukturprozessen ergeben. In Verbindung mit der Wirtschaftskrise und dem Kapitalismus in seiner aggressivsten Form. Und letztendlich fungiert der Stadtrat als eine Art Schutzwall. Das heißt, das ist auch nicht transformativ, denn was man tut, ist zu versuchen, Brände zu löschen, oder als wenn man ein Pflaster auf eine Wunde macht. Man versucht eine kranke Person zu heilen, die in einem Körper lebt, der völlig von wirtschaftlichen Dynamiken durchsetzt ist, die die Ungleichheiten übersteigen, die weit über die Stadt hinausgehen, übertreffen. Wir können über das Ausländergesetz und die Wirtschaftskrise sprechen oder über die prekäre Situation von Migranten und Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen wurden oder sogar auf dem Arbeitsmarkt sind, aber in extrem prekären Verhältnissen leben, ganz zu schweigen vom Wohnungsmarkt und dem Anstieg der Wohnungspreise und all dem, worunter die Menschen in der Stadt letztendlich wirklich

leiden. Natürlich handelt es sich um eine lokale Verwaltung mit begrenzten Mitteln und sehr begrenzten Kompetenzen. In dieser Hinsicht gibt es viel Frustration, aber es gibt auch viel zu lernen. (Int. 24.04.2019)

Neben den fehlenden Kernkompetenzen des Lokalstaates wird hier auch die Rolle der Stadtverwaltungen in der Krise erwähnt. Mit der Einführung der Schuldenbremse und der Rationalisierung von Verwaltungskapazitäten durch das Ley Montoro sind die Handlungsspielräume der Städte und Kommunen im Zuge der austeritätspolitischen Verordnungen noch weiter eingeschränkt worden (Kap. 10.2.3.1). Gleichzeitig haben sich die strukturell mit dem Kapitalismus verbundenen stadtpolitischen Probleme verschärft, sodass dieser Widerspruch für die Bevölkerung immer stärker zu spüren ist. Unter diesen Umständen gibt es auf der lokalen Ebene im spanischen Staat „nicht die notwendigen Ressourcen und Kompetenzen, um die sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen in den Städten zu bewältigen“ (Int. 14.04.2021). Wichtig für eine progressive Stadtregierung wie Barcelona en Comú wäre es demnach, den Bürger\*innen und sozialen Bewegungen diese Probleme und Limitierungen kommunikativ darzulegen und so auch stärker bestimmte politische Entscheidungen oder Nicht-Handeln zu erklären (Int. 23.03.2021). Zentral ist der Aufbau von politischem Druck, um mehr Kompetenzen und Ressourcen für Städte und Kommunen zu erlangen und diese zu den tragenden Dimensionen in der Aushandlung von Konflikten unter demokratischer Einbindung der Bevölkerung zu machen. Für einen solchen Ausbau lokaler Handlungsfähigkeit forciert Barcelona en Comú gezielt die Vernetzung mit anderen Städten. Lokale Interessen sollen so stärker auf der nationalen und supranationalen Ebene artikuliert werden können (Int. 14.04.2021). In der Praxis hat Barcelona en Comú verschiedene nationale und internationale Netzwerke initiiert und unterstützt, etwa gegen die Schuldenbremse im spanischen Staat (Valencia-Erklärung), für das Recht auf Wohnen (Cities for Adequate Housing) und die Unterstützung von Geflüchteten (Refugee City). Zudem haben sich im Spanischen Staat Allianzen zu Fragen der Rekommunalisierung gebildet, und auf globaler Ebene tauschen sich municipalistische Projekte im Fearless City Network aus, worüber Räume für Austausch und Wissenstransfer zwischen Städten geschaffen werden. Roth und Russel (2018) grenzen diese Strategie des *Scaling-Out* explizit von *Scaling-Up*-Prozessen ab, da nicht einfach das Regieren auf einer höheren Ebene angestrebt wird, wie es hegemoniale Staatskonzeptionen verlangen. Vielmehr soll das transformative Potenzial von Souveränität und Nähe in sozialen, politischen und ökonomischen Fragen erhalten und global vernetzt werden und gemeinsam materieller Einfluss auf die übergeordneten Ebenen ausgeübt werden (ebd.). Somit geht diese Konzeption über die bloße Frage nach bestimmtem Kompetenzen auf der lokalen Ebene hinaus und versucht, im größeren Maßstab Staatlichkeit abseits der hegemonialen staatlichen Konzepte zu denken und zu entwickeln. Gleichzeitig wird aber auch die Strategie des *Scaling-Up* verfolgt. Anlässlich der Wahlen zum spanischen Parlament wurde Ende 2015 auf nationaler Ebene zusammen mit dem katalanischen Ableger von Podemos und anderen Linksparteien Kataloniens das regio-

nale Bündnis En Comú Podem gegründet und mit 25 % stärkste Kraft in der Region (was gerechnet auf das gesamtspanische Ergebnis 3,7 % entspricht). Bei den vorgezogenen Neuwahlen 2016 konnte das Ergebnis bestätigt, aber nicht wie prognostiziert ausgebaut werden. Bei den Doppel-Wahlen 2019 kam En Comú Podem nur noch auf jeweils knapp 15%. Im Rahmen der katalanischen Regionalwahlen war Barcelona en Comú Teil der Zusammenflüsse CatComú–Podem (2017, 7,5%) bzw. En Comú Podem (2021, 6,9%). Neben diesen enttäuschenden Wahlergebnissen, die auch in einer fehlenden Verankerung außerhalb der Metropolregion begründet liegen, waren diese *Scaling-Up*-Prozesse von diversen Konflikten begleitet. Zum einen führten brisante politische Fragen, vor allem über die Unabhängigkeit Kataloniens und das dafür angestrebte Referendum, zu Lagerbildungen und Spaltungen. Zum anderen brachten interne demokratische Prozesse wie die Erstellung von Wahllisten und die Sitz-Anteile sowie der generelle Einfluss der beteiligten Parteien (sehr unterschiedlicher Größe) immer wieder Probleme mit sich. Auch wenn vor allem der regionale Ansatz stärker dem *Confluencia*-Gedanken folgen sollte, der auch die Grundlage für die basisdemokratische Verankerung von Barcelona en Comú darstellte, waren diese *Scaling-Up*-Versuche stärker durch vertikale Strukturen und weniger demokratische Mitbestimmungsrechte der Basis geprägt (Int. 08.06.2021, Int. 07.07.2021). Diese unterschiedlichen Distanzen zwischen dem Lokalen und dem Regionalen bzw. dem Lokalen und dem Nationalen wirkten sich demnach auch negativ auf zentrale Grundkonzepte des municipalistischen Ansatzes aus oder blockierten diese:

Yet there was clearly a strong tension between the ‘top-down’ nature of the Catalan party’s design and construction and the municipalist experience of BComú, as well as major questions over whether the participative and feminist practices of the latter could be translated to the Catalan level, not least because of the difference of scale. (Gillespie 2020, S. 106)

Nur schlagartig wurde in diesem Unterkapitel Barcelona en Comús Position innerhalb der stadtpolitischen Kräfteverhältnisse und die damit einhergehenden Limitierungen und Widerstände aufgezeigt. Darin wurde deutlich, wie politische und ökonomische Akteur\*innen versuchen ihre Partikularinteressen zu verteidigen. Ein einfaches Vorbeiregieren an Lobbys, Unternehmen, Staatsapparaten und etablierten Parteien ist nicht möglich. Vielmehr müssen permanent Allianzen geschlossen werden, um durchsetzungsfähige Mehrheiten zu erlangen, Konflikte geführt werden, um etablierten Akteur\*innen Privilegien abzurufen und Wege gefunden werden, die Handlungsfähigkeit der lokalen Ebene im multiskalaren Staatsgefüge zu erweitern.

### 10.2.2 Prozesse der Institutionalisierung

Mit dem Einzug in das Rathaus waren die Mitglieder der institutionellen Plattform von Barcelona en Comú schlagartig mit den Spielregeln des Stadtrates und der institutionellen Stadtpolitik sowie den alltäglichen Realitäten der öffentlichen Administration

konfrontiert. Im Folgenden werden aus den Erfahrungen von Stadt- und Bezirksratsmitgliedern sowie technischen Angestellten charakteristische Punkte für die Materialität des Lokalstaates bestimmt und darüber hinausgehend überprüft, ob Barcelona en Comú die Institutionen verändern konnte.

#### 10.2.2.1 Materialität des Lokalstaates

Das Rathaus von Barcelona und die dazugehörige Verwaltungsstruktur sind „ein Wahnsinn“ (Int. 08.05.2019) in Sachen zu verarbeitender Informationen, formeller und informeller Regeln sowie der Komplexität von Abläufen und Strukturen. Apparate wie Feuerwehr und Guardia Urbana mit einberechnet, umfasst das Rathaus über 15 000 Mitarbeiter\*innen, Barcelona en Comú hatte in der ersten Legislaturperiode inklusive Bürgermeisterin Ada Colau aber nur 11 Stadträt\*innen. Diese mussten sowohl den Vorsitz in den Bezirken übernehmen, als auch die Verwaltung mindestens eines zusätzlichen Ressorts und zum Teil weitere Aufgaben. Beispielsweise war Mercedes Vidal Lago im Stadtrat Beauftragte für Mobilität, Vorsitzende Bezirksrätin in Horta-Guinardó und Präsidentin des öffentlichen Verkehrsbetreibers Transports Metropolitans de Barcelona (TMB). Hinzu kommen je eine Handvoll Bezirksrät\*innen und technische Mitarbeiter\*innen und Berater\*innen in verschiedenen Bereichen wie etwa Partizipation. Dennoch standen eigenes Personal von Barcelona en Comú und zu verwaltende Strukturen in einem starken Ungleichgewicht. Dazu kommen stark bürokratisierte Prozesse, eine hohe Trägheit bei Entscheidungsprozessen und stark vertikalisierten Strukturen, wodurch die Mitglieder von Barcelona en Comú die ersten zwei Jahre im Amt brauchten, um überhaupt zu verstehen, wie der Stadtrat funktioniert (Int. 03.06.2021). Trotz dieser Lern- und Gewöhnungsphase war es keineswegs so, dass keine institutionelle Erfahrung in den Reihen von Barcelona en Comú vorhanden war. Die von den katalanischen Grünen kommenden Janet Sanz und Laia Ortiz waren schon vorher Abgeordnete im Stadtrat bzw. im katalanischen und nationalen Parlament, viele der technischen Mitarbeiter\*innen und Berater\*innen wurden aufgrund ihrer Erfahrung in der öffentlichen Verwaltung ausgewählt (Int. 24.04.2019, Int. 16.03.2021, Int. 14.04.2021, Int. 27.07.2021). Diese hatten nicht nur Kenntnisse von den bestimmten Abläufen und verstanden „die Sprache der Verwaltung“ (Int. 27.07.2021), sondern auch ein realistischeres Bild von den kurzfristigen Veränderungsmöglichkeiten innerhalb dieser Institutionen:

Ich hatte auch in der öffentlichen Verwaltung gearbeitet und kannte ein wenig die Mechanismen der Verwaltung, was mich auch dazu brachte, mir bestimmte Einschränkungen vorzustellen, die ich von Anfang an angenommen hatte und die mir keine große Frustration bereiteten. Es stimmt, dass man mit der Erwartung anreist, in sehr kurzer Zeit viele Veränderungen vornehmen zu können oder zu wollen, und das ist nicht einfach. Und noch weniger in einer Organisation wie der Stadtverwaltung von Barcelona, die manchmal eine sehr starke Eigendynamik hat. (Int. 24.04.2019)

Diese Eigendynamiken der Stadtverwaltung prallten in der ersten Legislaturperiode auf die im Wahlkampf vermittelte Euphorie und Versprechungen, die bei genauerer Betrachtung nicht nur aufgrund fehlender Kräfteverhältnisse, sondern auch wegen institutioneller Barrieren in der Umsetzung scheitern können:

Aber es geht darum, wie die Parteimitglieder die Idee erleben, dass wir das öffentliche Auftragswesen und das Outsourcing verändern werden. Denn sie sagen das, ohne zu wissen, wie das Auftragswesen funktioniert. Das ist nicht einfach. 20-30 Jahre Outsourcing zu ändern, das ist nichts, was man einfach in einem Wahlprogramm sagt. Und dann beginnt ein Prozess, in dem man lernt, was man tatsächlich tun kann und was nicht. Es ist wichtig, mit privaten Unternehmen zusammenzuarbeiten, auch wenn wir private Unternehmen nicht mögen. Bei der Auslagerung von Internet- und Telefondiensten für die Stadtverwaltung gibt es zum Beispiel nur drei Unternehmen, die diese Dienste anbieten können: Movistar, Vodafone und die Telefongesellschaft für Energie. In diesem Moment sagen sie, nein, wir werden das Internet und die Verträge mit kooperativen Unternehmen ändern. Ja, aber nein. Das kooperative Unternehmen hat nicht die Kapazität, die Internetdienste der Stadtverwaltung zu liefern. Das ist etwas, was man lernt, wenn man in der Institution ist oder wie das Beschaffungswesen oder der Prozess des Outsourcings funktioniert. Ich denke also, dass es sehr komplex ist, denn vier Jahre sind ein sehr kurzer Zeitraum, um etwas zu lernen. (Int. 03.06.2021)

Vor allem hingegen für die aus den Bewegungen kommenden Stadträt\*innen und Mitarbeiter\*innen, die keine solche Erfahrungen mitbrachten und versuchten „eine radikale Politik in einem Stadtrat umzusetzen, dessen Struktur nicht auf radikale Politik vorbereitet ist“ (ebd.), erzeugte die Arbeitsweise des Stadtrates und die damit einhergehenden Barrieren viel Frustration. Zudem berichtet eine Aktivistin der Nachbarschaftsversammlung aus Sants, die relativ frisch und mit wenig politischer sowie keiner administrativen Erfahrung ab 2019 Bezirksrätin in Sants-Montjuïc wurde, wie schwer ihr der Lernprozess fiel und dass dieser auch nach zwei Jahren immer noch andauert:

Für mich war die erste Sache, zu verstehen, wie der Bezirk funktioniert. Er ist wie ein Rathaus in klein. Wie er funktioniert und was seine politische Rolle ist. Man hat all die Bürokraten, die Techniker, die schon immer dort gearbeitet haben. Sie machen ihren Job schon sehr lange und sie haben verschiedene Politiker erlebt, sie müssen sich also anpassen. Und dann haben Sie die Regierung. Und wir müssen die PSC-Leute berücksichtigen. Wir müssen sie informieren und mit einigen Dingen einverstanden sein. Und dann gibt es noch die Opposition. Ich war mir nicht ganz im Klaren und hatte viele Zweifel, was ich zu tun hatte. Was war z. B. meine Beziehung zu dem Kulturtechniker? Also, was kann ich anschieben? Wenn ich zum Beispiel mehr Straßenkunst in Sants haben möchte. Ich bevorzuge Straßenkunst anstel-

le dieser sehr hässlichen Graffiti. Wie kann ich das erreichen und welchen politischen Standpunkt muss ich vertreten? Denn wenn ich das tun will, muss es mit unserem Programm oder unseren Ideen und Werten übereinstimmen. Und was ist der Prozess, um das zu erreichen? Und woher bekommt man das Geld?

Und ich weiß nicht, ob ich das jetzt wirklich verstehe, aber nach und nach. Und niemand hat mir das wirklich gesagt. Nicht einmal der Stadtrat, der vor mir da war. Er war ein alter Mann, im Ruhestand, hatte so seine kulturellen Vorlieben für die Nachbarschaft hier. Er ist aus Sants, schon immer. Und ich nicht. Also, ja, man sieht zum Beispiel die Vorlieben, er hatte Vorlieben für die traditionelle Kultur, und ich war auf der Suche nach neuen Initiativen wie Leute, die versuchen, experimentelle Dinge zu machen. Ja, aber was hat das mit Barcelona en Comú zu tun und warum? Also, und dann gibt es da noch diesen Kulturbereich von Barcelona en Comú im Rathaus. Dann gibt es das IGOP-Institut für Kultur, und da muss man sich anschauen, was die für eine Politik verfolgen, und die sagen, dass die Kultur demokratischer sein muss. Die sagen, die Kultur muss von den Leuten kommen. Was kann man also in der Nachbarschaft, im Viertel machen? Was kann man dem Techniker sagen? Woher bekommt man das Geld? Verstehen Sie, was ich meine? Es ist ziemlich kompliziert. Ich bin also immer noch dabei, den Prozess zu verstehen. (Int. 04.06.2021)

In diesem Zitat wird die politisch-administrative Komplexität deutlich, in der sich die Lernprozesse vollziehen müssen. Entscheidungen müssen innerhalb der politischen Kräfteverhältnisse – zum einen die Koalition mit den Sozialdemokraten und zum anderen die Opposition, aber auch außerparlamentarische Akteur\*innen – umgesetzt werden. Zusätzlich spielt das Verhältnis zwischen Bezirken und Stadt eine wichtige Rolle, wobei in Barcelona generell wenig Befugnisse auf Bezirksebene liegen und die politischen Strukturen stärker zentralisiert sind. Auch kleinere Projekte müssen eine Kohärenz zu den Leitlinien der politischen Organisation aufweisen und an übergeordnete Konzepte wie Demokratisierung und Feminisierung rückgekoppelt werden. Zusätzlich ist das administrative Personal zu beachten, welches über das notwendige Wissen zur Umsetzung der Projekte verfügt und welches oftmals viel länger als die politischen Vertretungen im Amt ist.

Dieses Personal ist eine überaus wichtige Akteursgruppe in der Stadtpolitik, denn sie „haben die Macht“ (Int. 04.06.2021) die politischen Ideen innerhalb der stark bürokratisierten Strukturen und Vorgänge zu realisieren und sind somit oftmals der Schlüssel zum Gelingen institutioneller und politischer Veränderungen. Gleichzeitig ergibt sich für die Politik dadurch eine gewisse Abhängigkeit von diesem Personal:

Man muss mit den Technikern gut zurecht kommen. Du musst dir ihren Respekt verdienen. Du musst sie dazu bringen, dich zu mögen. Manche Techniker sind sehr, sehr uneffektiv. Dann hat man Pech. Denn wenn sie chaotisch sind, bekommen sie die Dinge nicht erledigt und du hast keine Waffen in der Verwaltung.“ (ebd.).



In der Zusammenarbeit mit der neuen Stadtregierung kam es immer wieder zu Missverständnissen oder Divergenzen sowohl bezüglich der Form, als auch des Inhaltes der Verwaltungsarbeit. Barcelona en Comú versuchte im Sinne der Demokratisierung von Institutionen auch einen hierarchieärmeren Arbeitsstil auf die Verwaltung zu übertragen, was allerdings mit den jahrzehntelangen Gewohnheiten des Verwaltungspersonals kollidierte. Ein Berater des des Amtes für Partizipation verdeutlicht dies anhand einer alltäglichen Anekdote:

Ich denke, der Instinkt ist sehr unterschiedlich, auch die Rhythmen, die Umgangsformen. Ich erzähle immer eine Anekdote: Als ich in den Bezirk kam, schimpften mich die beiden Sekretärinnen aus, weil ich Fotokopien machte. Aber in meinem Kopf konnte ich niemanden bitten, meine Fotokopien zu machen, nein. Aber ich glaube, ich habe mich daran gewöhnt, denn schließlich habe ich verstanden, dass es ihre Aufgabe ist und dass alles besser funktioniert, wenn wir es so machen, wie es eigentlich sein sollte. Und sie haben sich auch daran gewöhnt, anders zu arbeiten und dass alles ein bisschen offener und weniger hierarchisch ist. (Int. 27.04.2021)

Auch eine ehemalige Beraterin des Stadtrates im Bereich der Partizipation bestätigt die Ansicht, dass es gewisse Kompatibilitätsprobleme zwischen der Regierung und der Verwaltung gab und dadurch auch politische Prozesse gebremst wurden:

Und wenn man versucht, mit seinem Team verantwortungsvoller und kooperativer zu arbeiten, hat es eine Weile gedauert, bis wir die Sprache verstanden haben. Ich habe nicht nach Dingen gefragt, und sie haben nicht nach Bedeutung gefragt. Okay, ihr kümmert Euch darum, und ich sah, dass sie nichts aufgeschrieben hatten. Ich kam zum nächsten Treffen und sie hatten nichts getan. Und ich erkannte, dass die Botschaft nicht stimmte und dass die Organisationsformen unterschiedlich waren. (Int. 16.03.2021)

Konflikte entstanden, wenn sich das Personal hinsichtlich seiner Zuständigkeiten, Arbeitsweisen oder seines Wissens nicht genug respektiert fühlte, nicht die notwendigen – aber von Barcelona en Comú eigentlich nicht gewollten – stärker hierarchisierenden Führungskompetenzen aufgebracht wurden. Dabei hat das Verwaltungspersonal durch die linke Tradition der Stadt und den Einfluss der PSC eine gewisse Offenheit und Akzeptanz gegenüber der Politik von Barcelona en Comú, vor allem im Vergleich zu Städten wie Madrid, wo die Administration stark von langen Regierungsperioden der rechten Partido Popular geprägt ist. So loben verschiedene institutionelle Mitglieder von Barcelona en Comú das Engagement der Verwaltung und deren Versuche der Umsetzung (Int. 14.04.2021, Int. 27.04.2021, 07.07.2021). Gleichzeitig ist die neue Stadtregierung ein „pain in the ass“ (Int. 04.06.2021) der Verwaltung, weil neue Vorschriften, etwa bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen oder die Einführung neuer Partizipationsverfahren,

eine Änderung oder Verkomplizierung bekannter Arbeitsbeläufe bedeuten. Die Haltung des Personal zu solchen Änderungen hängt auch stark davon ab, inwiefern es Barcelona en Comú schafft, den Angestellten die politische Idee hinter solchen Maßnahmen zu vermitteln. Die oftmals theoretisch fundierten Diskurse rund um Souveränität, *Commons* oder Demokratisierung müssen in die Sprache der Angestellten übersetzt und deren Nutzen für die Stadtpolitik verdeutlicht werden, was laut einer Verwaltungsangestellten zumindest für den Bereich der gemeingüterorientieren Ökonomie nicht funktioniert hat:

Eine der Angestellten der Stadtverwaltung sagte mir nach zwei Jahren, sie wüsste nicht, was sozioökonomische Innovation bedeute. ‚Ich weiß nicht, was die *Commons* sind, was die Bedeutung der *Commons* ist. Aber wir machen Projekte mit dem Namen *La Commonificadora* und *blablaba* en Comú und wir wissen nicht, was das bedeutet‘. Sie machen einfach die Politik. Ich erinnere mich auch an eine Bemerkung einer Kollegin aus dem Stadtrat, die sagte: ‚Ich weiß, dass sich das in vier Jahren ändern wird und wir wieder alles ändern werden‘. Denn ja, sie ist diejenige, die seit 33 Jahren im Stadtrat arbeitet, und sie sagt: ‚Okay, ich habe hier alles gesehen, und Änderungen alle vier Jahre.‘ Ich denke also, dass es ihnen nicht gelungen ist, die Idee den Angestellten im öffentlichen Dienst oder den Stadtbediensteten zu verkaufen. (Int. 03.06.2021)

Entgegengesetzte Einschätzungen wurden in Kapitel 10.1.3 im Kontext der Überführung des Can Batlló in eine öffentlich-gemeinschaftlichen Nutzungsform dargelegt, wo das Verwaltungspersonal aus der Überzeugung der Idee heraus innovative Ansätze ermöglicht hat. Die Rolle des administrativen Personals kann also nicht generell festgelegt werden. Zum einen schreiben sich ‚Klassenwidersprüche auch mittels interner Spaltungen innerhalb des staatlichen Personals im weitesten Sinne fort‘ (Poulantzas 2002 [1978], S. 185), zum anderen kann ein gewisser alltäglicher Pragmatismus, der sich aus bekannten Arbeitsabläufen herausgebildet hat, die Offenheit für neue inhaltliche und organisatorische Formen beeinflussen. Es kann hinderlich in der Umsetzung neuer Politiken und institutioneller Veränderungen sein, aber auch neuen stadtpolitischen Ideen sehr entgegenkommend und diese letztendlich erst ermöglichend.

Ein andersgelagerter wichtiger Punkt ist die voranschreitende Aushöhlung der lokalen Verwaltung im Zuge der Austeritätspolitik. Durch Ley Montoro konnten keine neuen öffentlichen Angestellten eingestellt werden und Pensionierungen und Beurlaubungen nur zu einem kleinen Teil abgedeckt werden. Selbst wenn die Stadt oder Kommune liquide wäre, könnte nicht in neues Personal investiert werden, da Überschüsse zur nationalen Schuldentilgung nach der Krise 2008 eingesetzt werden mussten (Int. 27.07.2021). Dies führt zum einen zu eingeschränkten öffentlichen Leistungen und Unverständnis bei den Bürger\*innen über lange Bearbeitungszeiten und zum anderen zur verminderten Handlungsfähigkeit in Bezug auf stadtpolitische Veränderungen: ‚Dann stellen Sie fest, dass

es nicht mehr nur eine Frage des Willens ist, sondern eine Frage der materiellen Struktur, die Sie zur Verfügung haben, der Menschen, die Ihnen zur Verfügung stehen“ (Int. 24.04.2019), um neue Maßnahmen zu planen und umzusetzen. Die Folgen dieses jahrelangen Abbaus bis hin zur „Zerstörung der Verwaltung“ (Int. 07.07.2021) beschreibt die Ex-Stadträtin für Mobilität anhand ihres ersten Besuches im Amt für Stadtplanung: „Ich meine, es war ein Drama. Wenn man durch die Büros ging, waren die Tische leer. Der Tisch leer, der Tisch leer, der Tisch leer, der Tisch leer. Das war er auch, aber der Druck, der auf die Verwaltung ausgeübt wurde, war gewaltig.“ (ebd.). Gleichzeitig wird mit diesem politisch erzwungenen Zustand der Verwaltung ein neoliberaler Diskurs gestützt, der das Nichtfunktionieren der öffentlichen Verwaltung anprangert und weitere Outsourcing- und Privatisierungsmaßnahmen fordert (ebd.).

Die beschriebenen langen Bearbeitungszeiten sind aber nicht nur ein Ergebnis der ausserordentlichen Kürzungen, sondern ergeben sich aus einer generellen Trägheit der komplexen, hierarchisierten und stark bürokratisierten Struktur der öffentlichen Verwaltung und ihrer unterschiedlichen Apparate. Dies wirkt sich auf die Implementierung und Umsetzung geplanter Maßnahmen aus: „Die Verwaltungszeiten lassen einen verzweifeln. Alles ist sehr langsam und man muss alles ein Jahr im Voraus planen. Sie müssen eine Menge Baldrian nehmen“ (Int. 16.03.2021). Da die Legislaturperioden nur auf vier Jahre begrenzt sind, müssen Entscheidungen quasi direkt zu Beginn der Legislaturperiode getroffen werden, damit diese noch innerhalb der Amtszeit umgesetzt werden können (Int. 14.04.2021). Nur so kann die geplante Umsetzung sichergestellt, aber darüber hinaus auch die Reputation für die umgesetzten Projekte und Maßnahmen für die eigene politische Legitimation genutzt werden. Gemäß Mercedes Vidal schwingt darin auch eine starke Wahlkampflogik mit, vor allem, wenn dadurch Projekte, die erst in der kommenden Legislaturperiode abgeschlossen werden könnten, nicht umgesetzt würden (Int. 07.07.2021). Insgesamt hat diese Trägheit der Verwaltung zu viel Frustration beim Personal von Barcelona en Comú geführt, auch weil dieser Zeithorizont mit den Erfahrungen aus den sozialen Bewegungen kollidiert:

Eines der Dinge, die mich am meisten überrascht und anfangs frustriert haben, waren die Verwaltungsrhythmen. Die Zeit, die ganze Sache braucht Zeit und es ist schwer. Wenn man daran gewöhnt ist, in Bewegungen zu arbeiten, in Organisationen, in denen man fast jeden Tag diskutiert und entscheidet. In der Verwaltungsarbeit ist nichts in weniger als einem halben oder einem Jahr erledigt. Am Anfang war es sehr, sehr frustrierend. (Int. 27.04.2021)

Interessant ist diese Aussage vor allem vor dem Hintergrund des geschilderten Zeitrhythmus des Stadtrates (Kap. 10.1.4.1), der durch sein „Killer-Tempo“ eine kollektivere Zusammenarbeit mit der politischen Basis erschwerte bis verhinderte. In der Verwaltung ist es also eher der Gegensatz: ein sehr träger Rhythmus und langsame Umsetzungszeiten. Dieser Verwaltungsrhythmus kann einerseits die stärkere Einbindung von Bürger\*innen

oder der politischen Basis ermöglichen, wie im Falle der neuen Verwaltungsform des Can Batlló, andererseits führt dies aber auch zu Ungeduld und Unverständnis wegen ausbleibender Erfolge.

Barcelona en Comú hat auf verschiedenste Weise versucht, diese Verwaltungsstrukturen zu verändern. Vor allem der Abbau von Hierarchien wurde zwischen verschiedenen Akteuren und Entitäten versucht, sowohl innerhalb der Bezirke zwischen den Bezirksrät\*innen und dem technischen Personal, wo letztere teilweise Aufgaben und Funktionen der Rät\*innen übernahmen, da diese oftmals in Mehrfachrollen eingebunden waren (Int. 27.04.2021). Auch zwischen dem Rathaus und den Bezirken wurde versucht, eine horizontale Kommunikation herzustellen, z. B. hat Bürgermeisterin Ada Colau in ihrer zweiten Amtszeit alle zwei Wochen ihren Regierungssitz temporär in die Bezirke verlegt, um so die Stadtteile, die Arbeit der Bezirksregierungen und die Anliegen der Bürger\*innen besser greifen zu können (ebd.). Eine kollektivere Arbeitsstruktur (span. *Consellerías asamblearias*, Int. 24.04.2019) innerhalb der Bezirke unter Einbezug außerinstitutioneller Akteur\*innen ist aufgrund zu weniger Entscheidungsbefugnisse und an einer entstandenen Wissenshierarchie gescheitert:

Die Rhythmen der Informationen, wie man all diese Informationen, die man hier in vielen Stunden in Sitzungen mit einem technischen und politischen Team und natürlich mit all dieser Ausbildung erhält, an eine Versammlung weitergibt, ist sehr kompliziert. (Int. 24.04.2019)

Auch wenn etwa unter den Pandemiebedingungen neue Formen der projektbezogenen Zusammenarbeit ausprobiert wurden, die bis dato bestehende territoriale und sektorale Verwaltungsgrenzen und Zuständigkeiten aushebelten (Int. 27.07.2021), ist durch ein „eher konservatives“ (Int. 16.03.2021) Vorgehen der Stadtregierung eine weitreichende Umstrukturierung in der Verwaltung auch in der zweiten Amtszeit ausgeblieben.

Hinsichtlich politischer Schwerpunktsetzungen gab es verschiedene Impulse der Stadtregierung die Verwaltung zu ändern. Ansätze der Geschlechtergerechtigkeit und des Antirassismus wurden durch verschiedene Programme in den Bezirken verankert und den Verwaltungsmitarbeiter\*innen über Schulungen und Weiterbildungen vermittelt (Int. 27.07.2021). Das Thema Partizipation wurde auf Stadtebene und in den Bezirken auch in der Verwaltung stark vorangetrieben. Erstmals wurden die Posten der technischen Mitarbeiter\*innen für Partizipation geschaffen, was sonst nur eine unterbelichtete Teilbereichsaufgabe war und es wurden unter Mithilfe des Verwaltungspersonals die neuen Partizipationsverfahren umgesetzt (Int. 24.04.2019). Im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe wurden soziale, ökologische, arbeitsrechtliche und geschlechterspezifische Kriterien gestärkt, die immer häufiger Anwendung finden (Ayuntamiento Barcelona 2020a, Int. 03.06.2021). Damit konnte Barcelona en Comú die Perspektive auf verschie-

dene Prozesse verändern und nicht mehr die ökonomische Effizienz als handlungsleitendes Credo stellen, sondern eine politisch und soziale nachhaltigere Betrachtungsweise.

All das ist „Veränderung der Institutionen“ (Int. 24.04.2019), wenn auch in kleinen und für viele Beteiligte zu langsamen Schritten. Denn trotz einer relativen Offenheit der sozialdemokratisch geprägten Stadtverwaltung gegenüber dem municipalistischen Projekt sind die Strukturen und Zeiten der Verwaltungsapparate und die Arbeitsweisen der Beamten nach wie vor durch jahrelange neoliberale Wissensproduktion und Zeitabläufe geprägt und lassen sich nur schwer in kollektivere und horizontale Praxen übersetzen. Eine Veränderung dieser Strukturen ist in einer ersten Legislaturperiode kaum möglich, da erst einmal die Funktionsweisen der Verwaltung verinnerlicht und ein Verhältnis zum Personal aufgebaut werden muss. Kleinteiligere aber wichtige Verbesserungen konnten seit 2015 erreicht werden, dennoch ist auch deutlich geworden, dass radikalere Transformationen durch die gegebene Materialität des Lokalstaates kaum möglich sind. Im Umkehrschluss muss gefragt werden, inwiefern diese Erfahrungen zu einer Institutionalisierung der municipalistischen Politik geführt haben.

#### 10.2.2.2 Institutionen verändern oder von den Institutionen verändert werden?

In Anbetracht der geschilderten Verdichtung von stadtpolitischen Kräfteverhältnissen in Barcelona und der bestimmten Materialität des Lokalstaates soll die Entwicklung von Barcelona en Comú seit dem Eintritt in die Stadtregierung hinsichtlich des transformativen Potenzials des Projektes und möglicher Institutionalisierungsvorgänge skizziert werden. Schon in den bisherigen Ausführungen ist deutlich geworden, dass sich die Struktur von Barcelona en Comú in den letzten Jahren verändert und teilweise an institutionelle Dynamiken angepasst hat. Auch wenn die Begriffe der *Confluencia* (Int. 23.03.2021) oder der Bürger\*innenplattform (Plataforma ciudadana) noch als Selbstbeschreibung genutzt werden, hat sich Barcelona en Comú mit dem Schritt in die Institution immer stärker zu einer Partei im traditionelleren Sinne entwickelt. Damit verbundene Prozesse sind u. a. die stärkere Anpassung an kritische Mediendiskurse, die Tendenz zum Regieren anstelle von transformativen Brüchen und eine damit einhergehende politische Selbstlimitierung, die Reproduktion von Wahlkampflogiken, eine Schließung und Vertikalisierung der Strukturen, eine größere Distanz zur politischen Basis und personelle Veränderungen.

Etwa sind schlechte Medienberichte, vor allem der rechten Presse, innerhalb der Organisation anfänglich noch als Bestätigung gesehen worden, auf dem richtigen Weg zu sein und mit der Politik partikulare Interessen zu beschneiden. Doch mit der Zeit sorgte die Berichterstattung auch für Unruhe und Zweifel innerhalb von Barcelona en Comú. Zwar wurden die kritisierten Politiker\*innen und Maßnahmen nach außen hin verteidigt, aber letztendlich wirkte dieser Druck hemmend auf die Ausrichtung der Politik. Dies wird an der Kritik rund um den ersten Superblock in Poblenou verdeutlicht:

Das heißt, Ada hat das Thema wie eine Löwin verteidigt und sich dabei sehr gut geschlagen. Aber intern gab es immer mehr Fragen, immer mehr Bitten, etwas langsamer zu machen, weil wir bombardiert werden. Und all dies wurde langsam, langsam mit der institutionellen Dynamik zusammengeführt. (Int. 07.07.2021)

Aus Angst vor schlechter Presse wurde so ein transformativer Anspruch eingeschränkt und sich stärker angepasst. Diese Entwicklung passt sich ein in die Trägheit der Verwaltung und wird innerhalb der Kräfteverhältnisse, u. a. durch die Koalition mit PSC und dessen Status quo erhaltende und Interessen schützende Politik, noch weiter forciert bzw. wird das transformative Potenzial weiter gebremst.

Aber natürlich war ich auch schon in Regierungssitzungen, in denen sie nicht mehr begeistert von diesen Dingen waren [transformativere Ansätze], sondern sagten: ‚Könnt ihr nicht ein bisschen langsamer machen, damit wir weniger Probleme haben?‘ Und ich sah die Leute ungläubig an und fragte: ‚Was ist hier passiert? Aber wie können wir langsamer werden? Wir können nichts verlangsamen.‘ Und diese Dynamik nahm immer mehr an Gewicht zu. [...] Ich war verzweifelt. Ich sage, dass das nicht sein kann. Ich meine, wir können diesem Druck nicht nachgeben. Jedes Mal war es so, als würde man vorsichtiger vorgehen, alles war gemessener und so weiter. [...] Wir haben in vielerlei Hinsicht bahnbrechende Politik gemacht. Das Problem ist, dass sich dieser Wandel verlangsamt hat, und zwar viel schneller, als...So, so, so schnell. Das hätte ich nie, nie, nie gedacht. (Int. 07.07.2021)

So wurde der transformative Anspruch unter diesen Bedingungen zerrieben, was sich auch in dem Anspruch offenbarte, sich als Regierungspartei für alle Bürger\*innen zu sehen und so „die gesamte Bevölkerung repräsentieren zu müssen“ (Int. 24.04.2019). Nicht etwa der Kampf gegen partikulare Interessen und Privilegien ökonomischer und politischer Akteur\*innen wird damit kontestiert, sondern aufgrund der bestehenden Kräfteverhältnisse sehen sich Barcelona en Comú gezwungen, eine „entkoffeinierte Politik“ zu machen, die nicht „ideologisch rein“ ist (ebd.). Ein Grund dafür ist auch, dass die Stadtregierung beweisen musste, dass sie realpolitisch gute und konstruktive Sachen umsetzen kann, auch mit Blick auf die nächsten Wahlen (Int. 03.06.2021). Ein CGT-Gewerkschafter und Stadtteilaktivist aus Sants kritisiert, dass mit diesem Vorgehen eine klare Politik für die Interessen des Hauptteils der Bevölkerung zurückgestellt wird:

Denn am Ende des Tages, wenn Sie Ihr Vierjahresprojekt planen, werden Sie an vielen Orten wieder gewählt, und das ist wie Regieren für alle. Die Rechte regiert für die Eliten und die Linke scheint einen Komplex zu haben, weil sie für alle regiert. Ich würde für die Arbeiterklasse regieren, die den Großteil der Kosten trägt, und wir sind diejenigen, die das Land Tag für Tag aufbauen. (Int. 24.05.2019)

Der Fokus der Regierung liegt eher darauf, gute Politik zu machen, die Amtszeit zu legitimieren und sich für die nächsten Wahlen in Stellung zu bringen, ein Bruch mit der bestehenden Politik ist damit aber kaum möglich. Mit den Ursprüngen in der 15M-Bewegung, der Dynamik im Entstehungsprozess, dem klar formulierten Anspruch, die Stadt zurückzugewinnen und dem sensationellen Wahlsieg war Barcelona en Comú „die politische Kraft, die die Eliten erschreckte“ und „ihnen am Anfang sehr viel Angst machte“ (Int. 07.07.2021) und dafür wurde sie von den Eliten und etablierten Strukturen angegriffen. Mit der stärkeren Anpassung an die institutionellen Strukturen und der Entkoffeinierung der Politik sind Barcelona en Comú ist „nicht mehr beängstigend“ (ebd.), sondern eher „zu Managern geworden“ (Int. 27.07.2021).

Ein weiterer Aspekt in der Institutionalisierung ist die Anpassung an gewisse Wahlkampflogiken. In Kapitel 10.1.5 wurde bereits die Überrepräsentation von Ada Colau thematisiert, in den Wahlkämpfen 2015 und 2019 gab es seitens Barcelona en Comú und Sympathisant\*innen verschiedene Songs von und über Colau, poppige Grafiken mit einer stilisierten Colau als Kämpferin gegen die Immobilienspekulation kursierten durch Chatgruppen und soziale Medien. Im Juni 2022 wurde eine dritte Kandidatur Colaues für das Amt der Bürgermeister\*in bestätigt. Dafür wurde von einer Klausel im Ethik-Codex Gebrauch gemacht, die, entgegen der eigentlichen Beschränkung auf zwei Amtszeiten, eine dritte Legislatur ermöglicht, wenn die Mehrheit der Barcelona en Comú-Basis dieses Vorhaben unterstützt (Barcelona en Comú 2015d). Zwar findet in diesen Wahlkampfunterstützungen nicht direkt eine Reproduktion maskuliner Verhaltensweisen wie Stärke oder Führungskraft statt und es wird explizit ein gewisser Raum für Emotionalität gegeben, dennoch widersprechen diese Darstellung und der starke Fokus auf eine Person dem Ausdruck von Barcelona en Comú als kollektives Projekt. Weiterhin verhindert der ständige Blick auf die nächste Wahl eine stärkere Selbstreflexion. Das Eingestehen von Fehlern wird dadurch erheblich erschwert (Int. 03.06.2021).

Diese Entwicklungen haben sich auch auf der personellen Ebene widerspiegelt. Viele wichtige und kritische Köpfe, sowohl aus dem institutionellen als auch dem außerinstitutionellen Bereich, haben Barcelona en Comú im Laufe der Jahre verlassen: teilweise, weil sie durch die Anstrengungen und den Druck der institutionellen Politik ausgebrannt sind, teilweise durch die genannten Frustrationsmomente innerhalb der Institutionen und der Organisation (Int. 24.04.2019, Int. 03.06.2021). Durch diese Abgänge auch bewegungsnaher Personen veränderte sich das personelle Profil der Organisation. Die Momente von 15M und die Gründungsphase dienen nicht mehr als gemeinsame Grundlage und Personen mit anderen politischen Erfahrungen und Zielvorstellungen, die stärker an Barcelona en Comú als Partei und nicht als basisdemokratische Plattform interessiert sind, kommen in die Organisation (Int. 08.06.2021). Der wiederholte politische Erfolg von Barcelona en Comú und durch die personellen Veränderungen entstehende Machtvakua ziehen auch

immer mehr Mitglieder an, „die sich für eine Position, einen Sitz interessieren“ (ebd.) und ein stärker institutionelles Profil haben. Auch das *Coordinadora*-Mitglied aus Ciudad Vella wirft die Frage nach der Besetzung von Posten auf, zieht in dieser Hinsicht aber ein positives Zwischenfazit:

Du hast die Leute, die sitzen in den Institutionen und dann hast du ja immer eine politische Organisation und andere, die wollen sozusagen aufsteigen. Also die Frage ist auch sozusagen was für Personen fördere ich in meinem politischen Umfeld? Wen? Wer ist erfolgreich? Und ich glaube, dass es natürlich auch wirklich ganz wichtig ist, dass du das, dass du dir klarmachst, wenn ich wirklich Politik feminisieren möchte, was für Leute hol' ich mir da in die Institutionen? Und bisher ist es, glaube ich, wirklich gut gelungen, bei Barcelona en Comú, dass wir da schon darauf geachtet haben, dass die Leute, die die politischen Ämter übernehmen, dass das Leute sind, die wirklich basisdemokratisch sind. Aber wir werden sicherlich Nachwuchsprobleme bekommen. (Int. 23.03.2021)

Den Punkt mit dem Nachwuchsproblem teilt ein Ex-CUP-Mitglied in seiner Bewertung, weicht aber in der Interpretation der Situation ab und warnte schon 2019 vor einem zunehmenden Einfluss bestimmter Flügel:

Aber das Problem ist, sie haben ein Nachwuchsproblem. Nach vier Jahren sind sie dieselben und die Hälfte geht nach Hause. Da warten die Parteien wie die Grünen, die Grüne Iniciativa, die immer in den Institutionen waren und nicht auf der Straße. Sie warten einfach, dass sie müde sind und dann klick klick klick und einfach wieder institutionelle Politik zu machen. (Int. 16.05.2019)

Gemäß der Aussage liegt die Gefahr in solchen Zusammenschlüssen wie Barcelona en Comú darin, dass die Akteur\*innen mit vorhandener institutioneller Erfahrung und Verankerung eine Führungsrolle übernehmen und letztendlich den längeren Atem gegenüber den Aktivist\*innen haben, die von außen in die Institutionen kamen. Tatsächlich kritisierten verschiedene Interviewpartner\*innen den immer stärkeren Einfluss von Iniciativa per Catalunya, die aber auch schon bei der Gründung eine starke Rolle spielten, und dass sich darüber hinaus die Projekte in Form und Inhalten der Politik immer ähnlicher werden (Int. 21.05.2019, Int. 08.06.2021, Int. 07.07.2021).

Die stattgefundenen Institutionalisierung und stärkere Entwicklung von Barcelona en Comú weg von einer Bewegungspartei oder Bürger\*innenplattform hin zu einer Partei im eher traditionellen Sinne ist an verschiedenen Punkten deutlich geworden. Darüber hinaus sind aber auch strukturelle Ursachen für diese Entwicklung deutlich geworden. Zeiten und Rhythmen von Institutionen und Verwaltung, mangelnde Handlungsspielräume aufgrund der lokalen Kräfteverhältnisse und bestimmende Wahlkampflogiken führ-



ten zum Verlust politischer Dynamik und Kraft, dem Zurückschrecken vor politischen Konfrontationen und dem Ausscheiden und der Enttäuschung vieler Aktivist\*innen und Mitglieder, die seit 15M diesen Weg mitgegangen sind. Zwar macht Barcelona en Comú auch für kritische Stimmen immer noch eine deutlich bessere Realpolitik als die Vorgänger\*innen, aber mit der Übernahme der Regierungsverantwortung ging auch ein ruptives Moment verloren (Int. 27.07.2021).

### **10.2.3 Verhältnis zu sozialen Bewegungen**

Selbst zu großen Teilen aus sozialen Bewegungen und Organisationen kommend und den Anspruch vertretend, solche Kämpfe auf die parlamentarische Ebene zu heben und so die gläserne Decke der Institutionen zu durchbrechen, ist die Frage nach dem Verhältnis von sozialen Bewegungen zu Barcelona en Comú ein Gradmesser für den Erfolg und die Entwicklung der munizipalistischen Politik. Da es in Barcelona traditionell starke außerparlamentarische Bewegungen gibt und eine Vielzahl sozialer und politischer Kämpfe geführt werden, ist das Meinungsspektrum gegenüber der Politik der Stadtregierung entsprechend breit gefächert. Der Vertreter der Nachbarschaftsversammlung Sants, der gleichzeitig auch in anderen politischen Initiativen im Stadtteil aktiv ist, fasst das folgendermaßen zusammen:

Ich glaube, dass jeder, oder die große Mehrheit, weiß oder sagt oder fühlt, dass es mit dieser Regierung offensichtlich viel besser, viel besser ist. Und dass sie ihnen zumindest zuhört, wenn sie mit ihnen reden. Es gibt andere, die eine kämpferische Position der Konfrontation eingenommen haben, und andere, die auf Distanz gegangen sind, aber stillschweigend kooperiert haben. Wieder andere, stellen immer noch Forderungen. Und wenn es etwas gibt, das sie nicht sehen, fordern sie es, und wenn eine Demonstration notwendig ist. Doch wissen sie, dass sie gerade jetzt explizit oder implizit die Unterstützung dieser Regierung fordern. (Int. 21.05.2019)

Der erste Teil des Zitats verweist auf die positive Bewertung der Stadtregierung durch Bewegungs- und außerparlamentarische Akteur\*innen sowie eine Kommunikationsebene zwischen Barcelona en Comú und den Bewegungen. Ein Vertreter der Genossenschaftsbewegung bestätigt vor allem letzteren Punkt und betont, dass die Stadtregierung offen ist und aktiv Hilfe sucht beim Formulieren neuer Gesetze oder Gesetzesvorlagen in dem Bereich der sozialen und solidarischen Ökonomie und darüber eine „fließende Beziehung“ (Int. 25.05.2019) zu der Bewegung schafft. So etwas habe es vorher nie gegeben und außerparlamentarischen Akteur\*innen werde so das Gefühl gegeben, „etwas im Stadtrat zu machen, ohne dort zu sein“ und „Dinge zu [tun], die dazu beitragen, dass Gesetze geändert werden, die soziale Auswirkungen haben“ (ebd.). Die Stadtregierung bzw. die Bürgermeisterin tauschen sich regelmäßig mit Akteur\*innen verschiedenster Bewegungen und Bürger\*inneninitiativen aus, von Wohnraum, über feministische oder Nachbarschaftsbewegungen bis hin zur Solidarischen Ökonomie und sind offen für de-

ren Vorschläge und Kritik (Int. 02.04.2019). Es gibt demnach eine größere Offenheit gegenüber alternativen Akteur\*innen in der Stadtpolitik, in der „der Stadtrat keine geschlossene Gesellschaft ist“ (Int. 25.05.2019.) – und der Umfang legitimer stadtpolitischer Akteur\*innen wird erweitert (Int. 27.07.2021). Das ehemalige Bezirksratsmitglied von Barcelona en Comú in Ciutat Vella rekapituliert, wie Themen sozialer Bewegungen so auch auf den Verwaltungsapparat übertragen wurden:

Ich erinnere mich an ein Treffen, bei dem wir über Gentrifizierung sprachen und sie sagten: ‚Was ist das?‘ Wie kann es sein, dass ein Beamter in diesem Bezirk nicht weiß, was Gentrifizierung ist? Vor allem, weil es sich um eine Debatte handelt, die in der Nachbarschaftsbewegung seit Jahrzehnten geführt wird. (Int. 27.07.2021)

Soziale Bewegungen konnten so aus der Distanz Einfluss auf die Stadtpolitik nehmen, indem Barcelona en Comú dessen Forderungen und Diskurse in die Verwaltungen und das Rathaus brachten. Ein weiterer anerkannter Punkt ist der Ausbau der politischen Autonomie außerparlamentarischer Bewegungen und Initiativen mit Unterstützung der Stadtregierung. Nachbarschaftliche Projekte und Infrastrukturen, ob im kulturellen oder sozialen Bereich, wurden durch die Stadtregierung in vielen Fällen gestärkt und damit auch „partizipative, autarke, lokale und basisorientierte Strukturen“ (Int. 25.05.2019) geschaffen. Neben Subventionen wurden dabei wie im Fall von Can Batlló sogar neue Rechtsnormen geschaffen, um eine gewisse Autonomie zu gewähren. Der Mitarbeiter des öffentlichen Ateneus Lleialtat Santsenca in Sants, welches sich viel mit der Aufarbeitung der lokalen Geschichte im Stadtteil beschäftigt und einen vielfältigen Anlaufpunkt für die Nachbarschaft bietet, bestätigt, dass die Stadtregierung das Projekt unterstützt und die nachbarschaftliche Basisarbeit versteht, wie sie wahrscheinlich keine Regierung sonst verstanden hätte. Gleichzeitig betont er, dass die Stadtregierung in keiner Weise versucht hat, die Arbeit des *Ateneus* politisch zu beeinflussen (Int. 12.04.2019). Dieser Ausbau von Autonomie ist auch ein Schritt zur stärkeren Dezentralisierung stadtpolitischer Strukturen. Diese Dezentralisierung wird sowohl auf infrastruktureller Ebene forciert, durch die Stärkung der Ausstattung in den Stadtteilen und Nachbarschaften, als auch auf der Handlungsebene, durch steigende Entscheidungsbefugnisse bei den lokalen außerparlamentarischen Akteur\*innen. Dennoch warnte eine Vertreterin der Solidarischen Ökonomie an diesem Punkt, dass Subventionen nicht zu Abhängigkeiten führen dürften und die Projekte immer ihre Unabhängigkeit bewahren müssten (Int. 23.05.2019). Ähnliches äußerte Elba Mansilla in Bezug auf die feministische Bewegung (Kap. 10.1.5) und auch beim Can Batlló ist das Beharren auf die Unabhängigkeit des Zentrums gegenüber der Stadtregierung eine zentrale Aussage gewesen. In die gleiche Richtung betont ein Vertreter des Centro Social de Sants, dass in erster Linie die Bewohner\*innen für die Belange des Stadtteils und dessen Entwicklung zuständig sind: „Wenn es ein Problem gibt, machen wir zuerst die organisierte Versammlung, ohne das Rathaus und jemanden zu „brauchen“ (Int. 09.04.2019). So wird deutlich, dass es ein deutliches Spannungsfeld

zwischen Ausbau der Autonomie von Bewegungsakteur\*innen und der Gefahr von Inkorporation durch die Stadtregierung gibt. Mit Bezug zu der eingeforderten Autonomie die mit einer gewissen Distanz gegenüber der Stadtregierung einhergeht, sieht ein Bezirksrat aus Sants eine gewisse Kurzsichtigkeit seitens der Bewegungen oder außerparlamentarischen Akteur\*innen, die dadurch einen vorhandenen politischen Spielraum nicht ausnützen würden:

Aber ich denke manchmal weniger, dass die Notwendigkeit des Antagonismus mit der Institution für bestimmte Räume von Kollektiven ein Weg ist, sich selbst als einen gemeinsamen Raum als politisches Projekt zu stärken, und dass die Beziehung mit der Institution nicht gut gelebt wird. Das ist manchmal ein bisschen seltsam. Ich will damit nicht sagen, dass ich weiß, wie man eine Regierung ausnutzt. Die Bereitschaft, die Vorteile einer Regierung zu nutzen, die offener ist und bestimmten Vorschlägen zur Organisation des Gemeinschafts- und Soziallebens besser entspricht, wird nicht oder nicht ausreichend genutzt. (Int. 24.04.2019)

In diesem Zuge zeigte er sich etwa auch verwundert darüber, dass die Initiative zum langfristigen Schutz des Can Batlló als gemeinschaftliche Nutzungsform und der damit verbundenen Ausweitung der Selbstverwaltung von der Stadtregierung ausging und nicht von den Nutzer\*innen und der „Welt der Selbstverwaltung“ selbst (ebd.).

Wichtig in der Beziehung zwischen Bewegungen und Regierungen waren immer wieder personelle Bindeglieder oder Identifikationsfiguren wie eben Ada Colau, die ehemalige Sprecherin der PAH, oder Gala Pin, die ebenfalls in Nachbarschafts- und sozialen Bewegungen aktiv war, bevor sie 2015 Stadträtin für Barcelona en Comú wurde (Int. 27.08.2021). In solch bekanntem Personal mit ähnlicher politischen Vita und Erfahrung wie viele Bewegungsakteur\*innen kann man, wie die Bewohnerin eines genossenschaftlichen Wohnprojektes in Sants es in Bezug auf Gala Pin formulierte, „blindes Vertrauen haben, weil sie aus unseren Räumen kommt und weil sie die Entscheidungen von unten respektiert“ (Int. 23.05.2019). Gleichzeitig offenbarte die Bewohnerin damit einen Widerspruch bzw. eine Kritik, wonach die interne Struktur von Barcelona en Comú nach dem „Eifer des Gefechts 2015“ (ebd.) es nicht garantieren könne, dass der kollektive Wille der Menschen von unten auch umgesetzt würde. Während einzelne Personalien eine Nähe zu Bewegungsakteur\*innen herstellen können, führen interne Prozesse und mögliche Entdemokratisierungsprozesse innerhalb der Struktur zu einer Skepsis und stärkeren Distanz. Eine Vertreterin der GHAS hebt – neben viel Kritik – die Ethik in Bezug auf die politische Arbeit von Barcelona en Comú hervor, die sich nicht „verkaufen oder bestechen lassen“ (Int. 26.08.2021) und sich so von der restlichen Politik unterscheiden. Aus Perspektive der Stadtregierung schildert ein Barcelona en Comú-Bezirksrat aus Sants das Verhältnis:

Mit den Bewegungen gibt es eine Beziehung, die ich für richtig halte, mit anderen Worten, sie haben ihre Rolle und ihre Arbeit getan und wir haben unsere Rolle

übernommen, ich denke, es gibt eine gegenseitige Anerkennung. Die Bewegungen haben sozusagen auch aus dieser Reise gelernt. Überrascht in dem Sinne, dass wir sehr kommunikativ mit ihnen waren und sie die Grenzen der Institution gesehen haben, und in einigen Fällen haben sie ihre Position bekräftigt, dass die Institutionen nicht reformierbar sind. (Int. 24.04.2019)

Doch längst nicht alle haben die institutionellen Grenzen gesehen, sie führten auch oft zu Enttäuschung, Frust und Irritation bei außerparlamentarischen Akteur\*innen, die konkrete Verbesserungen durch die Stadtregierung erhofft und gefordert haben. Wenn fehlende politische Kräfteverhältnisse und die Trägheit von Institutionen politische Veränderungen blockieren oder verschleppen, kann oftmals nur schwer erklärt werden, was zu Spannungen führt. Ein Mitglied der *Coordinadora* von Barcelona en Comú verdeutlicht dies:

Ja, also ich glaube. Also wie gesagt, das ist unser großes Problem, wenn wir mit den sozialen Bewegungen in Kontakt sind. Dass die das nicht verstehen und dann auch sauer auf uns werden. Sozusagen, weil einfach die Reaktionszeiten länger sind. Und ich glaube, dass das ist, dass es auch eine der großen Herausforderungen, dass man da irgendwie einen Weg findet, das auch zu kommunizieren. Warum man oft einfach Schritt für Schritt gehen muss und warum. Warum es auch wichtig ist, dass die Dinge ihr, ihre ihren Zeitraum haben. Parallel dazu würde ich sagen klar, viele Dinge gehen nicht anders. (Int. 23.03.2021)

Die Materialität der Institutionen führt auch über die enttäuschte Erwartungshaltung zu einer stärkeren Distanz zu den sozialen Bewegungen und zerstörte Illusionen, die in Teilen der 15M-Bewegung vorhanden waren und zusätzlich in dem späteren Guanyem-Prozess geschürt wurden (Int. 27.08.2021). Während Barcelona en Comú dennoch für nicht Wenige die beste Stadtregierung aller Zeiten ist (Int. 25.04.2019, Int. 21.05.2019, Int. 27.08.2021), schränken zwei Vertreter\*innen der GHAS diese Aussage deutlich ein und bezeichnen die Stadtregierung als „das geringste Übel“ bzw. die „am wenigsten Schlechte unter den Schlechten“ (26.08.2021). Konkret meint dies, dass sie eine gewisse politische Integrität besitzt und mit innovativen Ideen immer wieder versucht Verbesserungen umzusetzen, dennoch nicht die „ganze Maschine in Gang gesetzt hat“ (ebd.), um tiefgreifende politische Änderungen auch gegen ungünstige Kräfteverhältnisse durchzusetzen, da die Angst vor einer Niederlage zu groß war. In eine ähnliche Richtung, aber mit kritischerem Ton, bewertet die Versammlung der Nachbarschaften für einen Rückgang des Tourismus die Politik von Barcelona en Comú in diesem Bereich. Demnach wolle Barcelona en Comú nach anfänglich aussichtsreichen Absichten, mittlerweile das Tourismusmodell nicht mehr nachhaltig verändern. Vielmehr werde durch die Zusammenarbeit mit der PSC als „historische Verwalterin der Marca Barcelona“, dieses auf Massentourismus basierende Wirtschaftsmodell fortgeführt (Int. 19.08.2021). Dabei beklagt die Versammlung auch eine Inkorporation seitens des Rathauses in diesem Punkt:

Die Stadtverwaltung hört uns gewöhnlich zu, aber sie hört nicht wirklich auf uns. Sie übernimmt gerne einige unserer Ideen, um im sprachlichen Bereich Neuerungen einzuführen, wendet sie aber in der Exekutive nicht wirksam an. Anstatt sich auszutauschen, sucht sie bei uns nach Selbstrechtfertigung, Unterstützung und Alibis. Sie versucht, uns zu benutzen, um ihre Politik zu rechtfertigen. (Int. 19.08.2021)

Dies verweist auf eine wichtige und generalisierbare Schwierigkeit in dem Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und einer municipalistischen Plattform, die in die Institutionen geht und in der Regierungsverantwortung steht. So bedeutete der Einzug von Barcelona en Comú in das Stadtparlament eine massive Schwächung sozialer Bewegungen. Bis zu 150 Aktivist\*innen aus verschiedenen Gruppen sind Teil des institutionellen Apparates geworden, wodurch die notwendige politische Mobilisierung auf der Straße gefehlt hat, um die institutionelle Politik unter Druck zu setzen und progressive Änderungen anzustoßen (Int. 24.05.2019). Erst nach einiger Zeit konnten sich außerparlamentarische Initiativen reorganisieren, etwa Gruppen, die gegen Zwangsräumungen aktiv sind, und wieder mehr politische Kraft entfalten (Int. 02.04.2019). Zudem werden bestimmten außerparlamentarischen Gruppen wie der PAH und der Mieter\*innengewerkschaft eine politische Nähe zu Barcelona en Comú nachgesagt, die sich auch aus personellen Überschneidungen ergibt und dazu führte, dass eine berechtigte Kritik teilweise zurückgehalten werde (Int. 25.06.2021, Int. 27.08.2021). Ein Vertreter der PAH hingegen betont die unterschiedlichen Rollen und damit eine Distanz zur Regierung:

Nun, Ada Colau ist Bürgermeisterin, sie ist nicht PAH. Und da die PAH überparteilich ist, verhält sie sich gegenüber dieser Regierung, wie zu anderen Regierungen auch. Wenn wir zu Sitzungen eingeladen werden, gehen wir hin, wenn wir verhandeln müssen, verhandeln wir, und manchmal muss protestiert und eine Erklärung abgegeben werden. (Int. 01.04.2019)

Dennoch ist der Ton und das Verhältnis in Bezug auf die Stadtregierung gerade in den Kämpfen um Wohnraum sehr unterschiedlich zwischen den größeren und zentralisierteren Gruppen wie der PAH und der Mieter\*innengewerkschaft und dezentralisierten Stadtteilgruppen, was sich aber auch in deren Zusammensetzung und dem generelleren Verhältnis zu staatlichen Institutionen begründet. Bei Letzteren scheint öfter eine stärker an Barcelona en Comú gerichtete Kritik durch, etwa wenn bestimmte Bezirks- und Regierungspolitiker\*innen bei Zwangsräumungen direkt adressiert und beschuldigt werden, nicht alles für die Verhinderung getan zu haben (Abb. 9<sup>5</sup>). Dabei wird Barcelona en Comú immer wieder an ihren Versprechungen gemessen, die Wohnraumfrage zu lösen und

5 Übersetzung: Marc Serra Solé: „Alle Zwangsräumungen sind hart, aber wenn es sich bei dem Antragsteller der Räumung um eine Einrichtung handelt, die mit öffentlichen Geldern geschaffen wurde, ist es ungeheuerlich. Morgen will

Zwangsräumungen zu stoppen. Durch die weiterhin höchst prekäre Wohnraumsituation verliert die Stadtregierung an Glaubwürdigkeit und wird darüber hinaus beschuldigt, dass Thema für den Wahlkampf zu instrumentalisieren und „die schwächsten Bürger\*innen zu benutzen, um für ihre Politik zu werben“ (Int. 17.05.2019). Die alltägliche Realität der Zwangsräumungen führt in den Gruppen zu einer gewissen Desillusionierung bzw. in Teilen auch Bestätigung über die Handlungsunfähigkeit der Stadtregierung die Interessen des Kapitals zu brechen. Vereinzelt wird Ada Colau auch als „Betrügerin“ bezeichnet (TB 13.06.2021).

Über die verschiedenen mehr oder weniger konfrontativen Ausrichtungen der Bewegungen gegenüber der Stadtregierung hinaus, wird immer wieder von Seiten Barcelona en Comú sowie der Bewegungen betont, dass es progressive Veränderungen nur bei genügend Druck von der Straße gibt (u. a. Int. 24.05.20219, Int. 23.03.2021, Int. 29.06.2021). Ein erfolgreiches Zusammenspiel schildert ein ehemaliges Bezirksratsmitglied von Barcelona en Comú hinsichtlich feministischer Themen:

Und dann haben wir natürlich zum Beispiel in Geschlechterfragen auch eine Menge Fortschritte gemacht, weil es mit einem Moment der Stärke der feministischen Bewegung zusammenfiel. Das Thema war also da, die Straße war überall, und das hilft einem, eine Agenda aufzustellen und sie effektiv zu gestalten. Und auch, weil sie eine Bürgermeisterin haben, die daran glaubt. (Int. 27.07.2021)



Avui tenim tres desnonaments més al barri! I ens hem despertat amb la ARRO a la porta de la nostra companya!

Els desnonaments els aturem el moviment popular organitzat i no els vostres tuits o les lleis que no es compleixen! 🙄

Abb. 9: Tweet der GHAS als Antwort auf Barcelona en Comú-Politiker Marc Serra Solé, der über Zwangsräumungen geschrieben hat.

Quelle: Screenshot – Serra Solé 2020

Gleichzeitig wurde in diesem Kapitel auch deutlich, dass im Prozess von Barcelona en Comú und mit dem Einzug in das Rathaus soziale Bewegungen geschwächt und entdynamisiert wurden. Mit der Absorption wichtiger Figuren aus den sozialen Bewegungen wurde auch die Legitimation zur Durchsetzung der eigenen Politik innerhalb der Institutionen geschwächt. Gleichzeitig werden damit Selbstorganisie-

die SAREB eine Frau mit einem Minderjährigen in Sants zwangsräumen. Solange sie nicht die staatlichen Gesetze ändern, die das Recht auf Wohnen nicht garantieren, informieren wir Sie: 11: 45h c / Burgos, 68.“

Antwort GHAS: „Heute haben wir drei weitere Zwangsräumungen in der Nachbarschaft! Und wir sind mit der ARRO (bestimmte Einheit der Mossos d’Esquadra, Anm. d. Verf.) vor der Tür unserer Freundin/Kollegin aufgewacht! Die Zwangsräumungen werden durch die organisierte Volksbewegung gestoppt und nicht durch ihre Tweets oder nicht eingehaltene Gesetze!“

rungsprozesse blockiert, die der Munizipalismus eigentlich mit dem Ziel des Aufbaus von Gegenmacht und alternativer Institutionen befördern sollte. Zudem wurde durch die Inkorporation politischer Themen und außerparlamentarischer Akteur\*innen eine antagonistische Kritik stärker gefiltert. Diese Entwicklung hängt mit internen Prozessen und Veränderungen in der Struktur von Barcelona en Comú zusammen, ist aber auch eng verzahnt mit der Materialität des Staates, die eine Distanz zwischen Institutionen/(Regierungs-)Parteien und Bewegungen/Bürger\*innen forciert. Barcelona en Comú ist es im Laufe der Jahre immer schwerer gefallen, die Spannung zwischen dem Innerhalb und dem Außerhalb der Institutionen aufrechtzuerhalten und darüber eine aktive politische Basis aufzubauen. Dies ist auch einer der Gründe, warum der Plaça Sant Jaume 2019 nicht von Anhänger\*innen von Ada Colau und Barcelona en Comú geflutet, sondern den politischen Gegner\*innen überlassen wurde.

### **10.3 CUP: Politiken und Strategien**

Nachfolgend sollen übergeordnete politische Schwerpunkte und Strategien der CUP skizziert werden. Wie auch im Kapitel zu Barcelona en Comú deckt dies nicht die gesamte politische Praxis der CUP ab, soll aber einen Eindruck über interne Dynamiken, politische Positionierungen und Handlungsmöglichkeiten im stadtpolitischen Kontext bieten. Im Gegensatz zu Barcelona en Comú, ermöglicht die Analyse der CUP dabei, das Thema Munizipalismus stärker aus einer oppositionellen und auf den Aufbau von außerparlamentarischen Strukturen ausgerichteten Perspektive zu betrachten. Neben den Politiken und Strategien der CUP soll auch hier in einem zweiten Schritt die Entwicklung der politischen Beteiligung der CUP innerhalb der Institutionen analysiert werden, um daraus Charakteristika der lokalstaatlichen Materialität abzuleiten.

#### **10.3.1 Stadtentwicklung aus Klassenperspektive und Konfrontation hegemonialer ökonomischer Akteur\*innen**

Durch ihre klare ideologische Fundierung als sozialistische Organisation nähert sich die CUP verschiedenen stadt- und gesellschaftspolitischen Themen stets aus einer Klassenperspektive und versucht auch aktuelle Themen aus dieser Warte zu betrachten und mit einer generelleren Systemkritik zu verbinden. Unter dem Schlagwort der *Marca Barcelona* fasst die CUP verschiedene Charakteristika der kapitalistisch-neoliberalen Stadtentwicklung Barcelonas der letzten Jahre und Jahrzehnte zusammen und kritisiert diese sowohl innerhalb, als auch außerhalb der Institutionen:

Wir haben an verschiedenen Fronten versucht, diese Marke Barcelona mit konkreten politischen Vorschlägen und auch durch Artikulation auf der Straße zu bekämpfen. Wir haben mit allen Plattformen zusammengearbeitet, die sich für die Eindämmung des Tourismus einsetzen. Wir haben auch bei all den Wohnungsbewegungen zusammengearbeitet, die wir in der Stadt haben. Wir haben auch mit femi-

nistischen Bewegungen zusammengearbeitet. Alles hat auch seinen Ausdruck auf der Straße, mit dem wir die Vorschläge, die wir hier ins Plenum oder in die Kommissionen eingebracht haben, artikuliert haben. (Int. 08.04.2019)

Wenn die CUP das Thema Tourismus aus Klassenperspektive aufgreift und in seiner jetzigen Form kritisiert, nimmt sie dabei die Arbeitsbedingungen der im Tourismussektor Angestellten, die Entwicklung der Wohnungspreise unter dem touristischen Druck und die Profiteure dieser Form des Tourismus in den Blick (Abb. 10). Bezogen auf die 2021 konkret aufgekommene Diskussion um den Bau eines dritten Flughafenterminals stellt ein Mitglied der CUP-Nachbarschaftsversammlung in Sants klar, dass eine Kritik des Massentourismus nicht heißt, dass nur Leute mit mehr Kaufkraft kommen sollen. Vielmehr sollen „Menschen aus der Arbeiterklasse“ gerne kommen und „eine Zeit lang hier leben“, dann aber „in einer öffentlichen Unterkunft, die gut geführt wird und in der

Menschen unter guten Bedingungen arbeiten“ (Int. 16.06.2021). Hingegen wolle die CUP nicht, „dass viele Menschen in Hotels wohnen, in denen die Arbeiter ausgebeutet werden, und zwar auf unverschämte Art und Weise“ (ebd.) und dass der Tourismus nur „Hotelbesitzer\*innen, Inhaber\*innen der Juweliergeschäfte und Nobelrestaurants oder der Vermietung von Barca-Logen“ diene (ebd.). 2017 startete die Stadtratsfraktion der CUP die Kampagne *Els Mites del Turisme* (dt. Die Mythen des Tourismus), in der sie verschiedene Fakten zum Wachstum und Ausmaß des Tourismusmodells, deren Profiteur\*innen, die damit entstandenen Arbeitsplätze- und Bedingungen sowie die Auswirkungen auf die Stadtteile analysierte und öffentlich machte. Darin kritisierten sie auch eine zunehmende Feminisierung der Armut durch dieses Modell, da viele der prekären Jobs im Hotel- und Reinigungssektor von Frauen ausgeübt werden (CUP Capgirem Barcelona 2017).



Abb. 10: Plakat der CUP zur Kommunalwahl 2019: „Gegen den Massentourismus – Erobern wir die Straßen und Plätze zurück“

Quelle: Eigene Aufnahme 2019

An die Kritik anschließend stellte die CUP verschiedene Forderungen für ein nachhaltiges Wachstum auf, die eine Munizi-



palisierung des Tourismussektors und damit eine Enteignung des Hotelwesens und die Verwaltung von Unterkünften und touristischen Einrichtungen durch die Stadt vorsah (Int. 25.06.2021), sowie die Kontrolle der Löhne der Arbeiter\*innen im Tourismussektor und die Regulierung der Mietpreise, um mit dem Tourismus verbundene Immobilienspekulation zu vermeiden. In der Stadtratssitzung forderte die CUP zudem die Auflösung des Konsortiums für Tourismus, eine 1993 vom Rathaus gegründete privat-öffentliche Einrichtung zur Promotion des Tourismus und Koordinierung verschiedener Interessen in diesem Sektor. In diesem Zuge wurde auch immer wieder die Stadtregierung kritisiert, die PSC für ihre personellen Verwicklungen mit Lobbys wie dem Konsortium und Barcelona en Comú dafür, dass sie diesen Stützpfiler der *Marca Barcelona* im Speziellen und das gesamte ökonomisch getriebene Stadtentwicklungsmodell generell nicht konfrontieren würden (ebd.). Parallel zu dieser Kampagne und der Konfrontation im Parlament, hat Arran, die Jugendorganisation der CUP, mehrere direkte Aktionen gegen touristische Infrastrukturen in der Stadt durchgeführt. Im Sommer 2017 haben einige Militante einen touristischen *Hop-On Hop-Off*-Bus gestoppt, ein Transparent mit der Aufschrift „Wir stoppen den Massentourismus in den katalanischen Ländern“ vom Oberdeck gelassen und die Reifen zerstochen. 2018 haben Mitglieder von Arran fünf touristische Leihfahräder eines privaten Unternehmens gestohlen bzw. wie Arran es nannte, „enteignet“ und später unter dem Hashtag #ArranFreeBikes im Internet verlost. Die Aktionen haben einen Sturm der Entrüstung in der bürgerlichen Presse losgetreten, in der immer wieder die Rede von „turismofobia“ war, während die CUP in diesem Kontext von „capitalismofobia“ sprach (González 2017, o. S.).

In diesem Beispiel finden sich verschiedene Facetten des Ansatzes der CUP wieder. Innerhalb des Stadtrates wird ein stadtpolitisch relevantes Thema aufgegriffen, zu dem außerhalb der Institutionen bereits soziale Bewegungen arbeiten. Mit den Ressourcen aus den Institutionen werden Informationen zusammengetragen und mittels einer Kampagne wird ein Gegen-Diskurs zum hegemonialen Wachstumsparadigma geschaffen. Innerhalb der Institutionen werden zudem politische Anträge gestellt und Kommuniqués verbreitet, die aufgrund ihrer extremen Forderungen zwar kaum parlamentarische Mehrheiten finden werden, aber zum einen die Privilegien polit-ökonomischer Akteur\*innen und den Klientelismus in der Stadt konfrontieren (Int. 09.04.2019) und zum anderen über den bestehenden Status-Quo hinausweisen, wie in diesem Fall auf „die öffentliche Kontrolle der Produktionsmittel, zumindest der vorteilhaftesten Sektoren der Wirtschaft“ (Int. 25.06.2021). Gleichzeitig sind solche Vorschläge keine reinen Gedankenspiele oder praktische Übersetzungen ideologischer Eckpfeiler, sondern auch Erfahrungswerte aus anderen Städten oder Munizipien, in denen die CUP oder deren Schwesterorganisationen schon länger erfolgreich aktiv sind:

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass es einfache Maßnahmen gibt, um die öffentliche Kontrolle und die Kontrolle der Nachbarschaft über die Dienstleistungen wie-

derzuerlangen. Sie können zum Beispiel das Tourismuskonsortium auflösen. Sie haben die Mittel, um das zu tun. Es gibt Stadtverwaltungen, in denen die CUP regiert, die die Politik des Klientelismus geändert haben. Das liegt daran, dass sie sie konfrontiert haben. Wir sind gekommen, um dies zu tun und zu sagen, dies ist mein politisches Programm und ich werde dieses Programm anwenden. (Int. 08.04.2019)

Dies ist durch die oppositionelle Rolle und die klare antikapitalistische Haltung möglich, aus der heraus bestehende Abläufe unterbrochen werden sollen. Außerhalb der Institutionen sehen sich Militante der CUP im Sinne einer „Plurimilitanz“ (Int. 16.06.2021) als selbstverständlicher Teil der sozialen Bewegungen und auch über Aktionen der eigenen Organisation sowie der Jugend werden die Themen auf der Straße aufgegriffen und über propagandistische Aktionen zugespitzt bzw. darüber der reibungslose Ablauf des kapitalistischen Alltags unterbrochen.

Um eine größere Souveränität und stärkere Selbstbestimmung über die Belange des Alltags herzustellen, betont die CUP die Notwendigkeit der Remunizipalisierung von Dienstleistungen und Energieversorgung. In ihrer Zeit im Stadtparlament hat sich die CUP aktiv für die Wiederherstellung öffentlicher Dienstleistungen eingesetzt und erfolgreich bei der Remunizipalisierung der Informationsstelle für die Betreuung von Frauen sowie des Dienstes für die Betreuung, Erholung und Unterbringung von Frauen mit insgesamt 55 Angestellten mitgewirkt (Int. 08.04.2019). In der gescheiterten Remunizipalisierung der Wasserversorgung spielte die CUP wiederum eine zwiespältige Rolle. Bereits 2016 hatte die CUP einen Antrag zur sofortigen Rekommunalisierung der Wasserversorgung eingereicht, der mit den Stimmen von Barcelona en Comú und ERC angenommen wurde. In der gleichen Sitzung hatte Barcelona en Comú ebenso einen Antrag zur Erarbeitung eines Plans zur Remunizipalisierung der Wasserversorgung eingereicht, woran weder ein Zeitplan noch konkrete Schritte gekoppelt waren. Dieser Antrag wurde mit den zusätzlichen Stimmen der PSC, von ERC und der CUP ebenfalls angenommen. Anträge dieser Form haben allerdings keine rechtliche oder exekutive Bedeutung, d.h. sie müssen nicht vom Stadtrat ausgeführt werden und darüber hinaus muss noch nicht einmal klargestellt sein, dass die Forderungen der Anträge in kommunale Handlungs- und Entscheidungsbefugnis fallen. Nach dieser Abstimmung ist zu dem Thema länger nichts passiert, bis im Dezember 2017 eine Bürger\*inneninitiative unter dem Namen „Remunizipalisieren wir das Wasser in Barcelona“ das Partizipationsverfahren der *Consultas* bemühte (Kap. 10.1.4) und innerhalb weniger Wochen 15 000 Unterschriften sammelte, damit das Thema im Stadtrat noch einmal zur (ebenso wenig bindenden) Abstimmung gebracht wird. Auch CUP-Militante beteiligten sich bei den Unterschriftensammlungen mit dem erklärten Ziel, den Rückhalt der Bevölkerung für dieses Vorhaben zu gewinnen und so stärkeren Druck ausüben zu können:

Ich bin ein altes Mitglied der CUP in Barcelona und ich habe Unterschriften gesammelt, weil ich so die Leute für die Idee gewinnen konnte, dass die Wasserverwal-

tung anders sein könnte. Sie muss nicht privat sein, sie kann anders sein. Und man muss nicht nur den Stadtrat überzeugen, sondern auch die Mehrheit der Bürger der Stadt, dafür zu kämpfen. Denn wenn nicht, werden Sie [die Lobbys] es immer tun. Vielleicht gewinnen Sie an einem Tag im Stadtrat und verlieren am zweiten Tag vor dem Gericht. Und dann braucht man eine Menge Leute, die dafür kämpfen. Und bei den Unterschriften geht es mir darum, mit den Leuten zu reden. (Int. 02.04.2019)

Bei der Abstimmung selbst hat die CUP dann überraschenderweise gegen den *Consulta* gestimmt, der am Ende mit 15 Für- und 24 Gegenstimmen bei einer Enthaltung abgewiesen wurde. Das sowohl in der Bevölkerung, als auch teilweise an der Basis der CUP für Verwirrung sorgende Abstimmungsverhalten wurde damit begründet, dass bereits 2016 ein Antrag der CUP für die sofortige Remunicipalisierung der Wasserversorgung eine Mehrheit im Stadtrat hatte und der *Consulta* nur zu einer weiteren Verzögerung des Prozesses führen würde (Jurado 2018). Auch wenn die Bürgerinitiative auch ohne die Gegenstimme der CUP am Ende abgelehnt worden wäre, stand diese mit rechten und liberalen Parteien wie der PP, CiU und Ciudadanos auf einer Seite und kippte die Konsultation einer zivilgesellschaftlichen Plattform mit, die sie eigentlich in den Institutionen vertreten will. Auch kann dieses Vorgehen als eine gewisse Abgrenzung zu Barcelona en Comú interpretiert werden, deren politisches Projekt die *Consultas* waren. Dennoch erwies sich dieses Vorgehen als kurzsichtig und schwer kommunizierbar, und am Ende wurden eher die politischen Akteur\*innen unterstützt, deren Privilegien man eigentlich bekämpfen will.

### 10.3.2 Unabhängigkeit, Territorialfrage und *Dual Power*

Zentrales politisches Ziel der CUP ist die Unabhängigkeit der katalanischen Länder. Dabei ist der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien eine Heterogenität zuzuschreiben, und bis etwa in die 1990er Jahre war die damals deutlich schwächere Bewegung stark von konservativen und nationalistischen Kräften geprägt. Linke Unabhängigkeitsbefürworter\*innen waren während und auch im Anschluss an die Diktatur Francos mit schwerer staatlicher Repression konfrontiert, dennoch konnte deren Einfluss sowie die generelle Artikulation der Unabhängigkeitsforderung im Laufe der 2000er und 2010er Jahre deutlich gesteigert werden. Katalysiert wurde dies auch durch Eingriffe des spanischen Staates in die Autonomiebefugnisse und die wirtschaftliche und soziale Krise ab 2008 (Zelik 2018b, 174ff.). Für die CUP ist die Unabhängigkeit weit mehr als einfach nur „die Flagge zu ändern“ (Int. 08.04.2019), sondern der „wirksamste Weg, um mit der Macht des spanischen Staates zu brechen“ (Int. 25.06.2021). Ausgehend von der These, dass es nach der Franco-Diktatur keinen richtigen Bruch gegeben hat und die Verfassung von 1978 eine Kontinuität der politischen und ökonomischen Eliten im Gegenzug für grundlegende liberale Freiheiten bedeutete, wird in der territorialen Frage ein Hebel für einen wirklichen Demokratisierungsprozess gesehen. Die Spuren der

Diktatur schreiben sich demnach in kulturellen, ökonomischen und politischen Dimensionen fort und sind ausschlaggebender Grund für die Ausformung der ökonomischen und politischen Krise ab 2008.

So spielen Bauunternehmen, die in der Franco-Zeit groß geworden sind (Entrecanales, ACS), noch heute eine wichtige Rolle und sind Treiber einer Betongold-Politik, die letztendlich zur Immobilienkrise geführt hat. An der Privatisierung von in der Franco-Zeit staatsmonopolisierter Sektoren und Unternehmen (u. a. Telefonica, Endesa) waren Politiker\*innen der PSOE und der PP sowie Staatsangestellte entscheidend beteiligt und wurden damit zu zentralen Akteur\*innen bei der Finanzialisierung der spanischen Wirtschaft. Und nicht zuletzt sorgte die Festschreibung des Artikels 135 in der spanischen Verfassung für die Verteilung der Krisenkosten von oben nach unten und stellte somit eine politisch ratifizierte Priorisierung der Interessen von Banken, nationalem und internationalem Kapital dar (Bernat und Whyte 2019, S. 35 ff.). Bernat und Whyte (2019, S. 42) sehen in der Austeritätspolitik den Bruch eines historischen Kompromisses zwischen der spanischen Zentralregierung und der peripheren katalanischen Bourgeoisie, deren Interessen nicht mehr länger geschützt wurden. Dabei analysieren sie einen Riss innerhalb der herrschenden Klasse, wonach kleinere und mittlere Unternehmen keine wirtschaftlichen Vorteile innerhalb des spanischen Staates mehr sahen und sich verstärkt für die Unabhängigkeit einsetzten, während die stärker international agierende „Hochbourgeoisie“ und die katalanischen transnationalen Unternehmen weiter die spanische Einheit und die Finanzialisierungspolitik Madrids unterstützten.

Politisch wird das Erbe des Diktators weiterhin gestützt und Franco hat noch viele Fürsprecher in Militär- und Polizeiapparaten. Eine konstitutionelle Kontinuität wird im 1978 eingeführten spanischen Verfassungsgericht gesehen, welches außerhalb der Hierarchie der spanischen Gerichte steht und deren Mitglieder direkt von der Regierung bestimmt werden. Eben dieses Gericht hat allein im Zeitraum von 2006 bis 2019 über 40 Gesetze des katalanischen Parlamentes geblockt, die vor allem soziale Rechte und Schutz gegen die Folgen der Austeritätspolitik bieten sollten. Zudem ist in der Konstitution der Artikel 155 festgeschrieben, über den die ausgehandelte Autonomie der Regionen entzogen und politische Befugnisse re-zentralisiert werden können. Diese verfassungsrechtliche Bestimmung wurde in den damaligen Verhandlungen vor allem von franquistischen Kräften gefordert. Dieser 2017 im Zuge des katalanischen Unabhängigkeitsreferendums das erste Mal angewandte Artikel 155 und die damit erzwungene Form von politischer Einheit ist laut Bernat und Whyte „eindeutig franquistisch“ (ebd., S. 50). Kulturell stärkt die Verfassung und die daran gekoppelten Politiken vor allem spanische Werte und Moralvorstellungen in Bereichen der Bildung, Künste, Sport und Musik, etwa über die Beibehaltung von Fahnen, Symbolen und Feiertagen aus der Franco-Zeit, einhergehend mit der Integration katalanischer Kultur in ein gesamtspanisches Narrativ sowie repressiven Elementen wie dem Ausschluss der katalanischen Sprache aus dem Schulunterricht (ebd. S. 31 ff.).

Davon ausgehend identifiziert die CUP die Territorialfrage als Achillesferse für die bestehende Ordnung und verknüpft diese mit alternativen ökonomischen und politischen Gesellschaftsmodellen. Zentral ist dabei auch hier der Begriff der Souveränität, der sich nicht nur auf der staatlichen Ebene erschöpft, sondern viel weiter bis in den Alltag der Menschen hineinreicht:

[E]s geht darum, die Souveränität unseres Volkes zu artikulieren, damit es entscheiden kann, welche Politik wir machen wollen und welche Politik sich auf die Lebensbedingungen der Menschen auswirkt. Auf keinen Fall wollen wir hier einen kleinen spanischen Staat haben. Wir wollen auch nicht reproduzieren, was in anderen Ländern passiert, sondern wir wollen, dass es einen ganzen Prozess der Ermächtigung der Menschen gibt, damit sie über unsere Zukunft entscheiden können. Es geht also um soziale Rechte, es geht um die Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen. (Int. 08.04.2019)

Die CUP hat die Frage der Unabhängigkeit im Stadtrat der katalanischen Hauptstadt und in unzähligen anderen Städten und Gemeinden sowie im katalanischen Parlament über die Jahre immer wieder thematisiert und forciert und auf der Straße die „Volksbewegung“ (kat. *poder popular*) (ebd.) organisiert. Den Höhepunkt fand die Bewegung mit dem Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens am 1. Oktober 2017. Dieses Referendum zur Frage „Wollen Sie, dass Katalonien ein unabhängiger Staat in Gestalt einer Republik wird?“ wurde gegen das Verbot der spanischen Zentralregierung und massive polizeiliche Repression von der katalanischen Regionalregierung und einer breiten Basisbewegung organisiert und durchgesetzt. Organisatorische Kerne dieser Bewegungen waren die sogenannten Komitees zur Verteidigung der Republik (*Comitès de Defensa de la República*, CDR). An dem Wahltag selbst wurden in ganz Katalonien 2400 Wahllokale eröffnet. Dafür wurden in vielen Fällen bereits 48 Stunden vor dem Referendum Schulgebäude von Aktivist\*innen und Elternversammlungen besetzt, um die Wahllokale vor der Polizei zu sichern (Int. 16.06.2021). Die Wahlurnen wurden von der französischen Seite Kataloniens in das Land geschmuggelt und Hacker\*innen sicherten das von der Regionalregierung aktivierte digitale Bürger\*innenverzeichnis zum Nachweis einer einmaligen Stimmabgabe, welches immer wieder von der Zentralregierung gesperrt wurde. An dem Referendum beteiligten sich knapp 43% der Wahlberechtigten mit einer Zustimmung von über 90% für die Unabhängigkeit. Am Ende beteiligten sich Zehntausende in den selbstorganisierten CDRs und machten damit die Durchführung der Abstimmung erst möglich. In vielen Fällen sind die CDRs aus Kernen der CUP entstanden und bauten auf bereits erfolgreiche Organisationsprozesse in Nachbarschaften auf:

Nun, ich denke, das CDR ist genau das. Zum Beispiel, wenn vor dem 1. Oktober bereits ein solches assoziative Gefüge in den Vierteln existierte. Und als wir die

Möglichkeit hatten, den Staat zu konfrontieren, und wir die Möglichkeit hatten, dieses Referendum von den Stadtvierteln aus zu organisieren, mit diesem assoziativen Gefüge, das bereits vorhanden war und das bereits existierte, wurden andere Vereinigungen gegründet, wie auch immer man sie nennen will, andere Räume. Das war etwas Besonderes für diesen Moment, aber es war einfach zu machen, weil es diesen Stoff schon gab. Also, die alltägliche Arbeit in den Vierteln der Leute, die sich darum kümmern, was in der Ecke los ist und was hier los ist, aber die Leute kennen sich und wenn es nötig ist, na ja, wir sind schon da und man sagt, lasst uns zu so einem Fall gehen, lasst uns eine Versammlung auf dem Platz haben. Alle Plätze in der Nachbarschaft waren voll von Menschen. Es herrschte eine großartige Atmosphäre. Und das hängt auch damit zusammen, dass der 1. Oktober nicht von oben, sondern von unten kam. Und ohne die CDRs und die Menschen auf den Plätzen wäre das nicht möglich gewesen. (Int. 16.06.2021)

Auf das Referendum folgte ein Generalstreik am 3. Oktober zur Durchsetzung der katalanischen Republik, am 27. Oktober stimmte das katalanische Parlament für die Ausrufung der Republik, woraufhin die spanische Zentralregierung über Artikel 155 den Autonomiestatus suspendierte und die katalanische Regierung absetzte. Es folgten Neuwahlen und eine breite Repressionswelle gegen am Referendum beteiligte katalanische Politiker\*innen sowie CDRs. In den Folgemonaten wurde der Unabhängigkeitsprozess dadurch entschleunigt und letztlich bis heute zurückgestellt.

Die CUP hat in diesen Prozessen sowohl in der außerparlamentarischen Organisation, als auch im Parlament eine Schlüsselrolle gespielt. Dabei kam es auf der parlamentarischen Ebene zu Widersprüchen, vor allem über taktische Koalitionen mit konservativen bis liberalen Kräften wie *Convergència Democràtica de Catalunya*, die sich zwar auch für die Unabhängigkeit aussprachen, aber gleichzeitig für einen neoliberalen Kurs der Regionalregierung in den vorangegangenen Jahren standen. Wiederum kritisierte eine Vertreterin der CUP die Rolle von *Barcelona en Comú* in der Territorialfrage, da sie sich nicht klar zu dem Referendum verhalten hätten, aber darüber hinaus auch deren zweifache Kooperation mit der PSC, wodurch sie zu einer Stabilisierung des spanischen Staates geworden seien (25.06.2021).

Bemerkenswert ist an dieser Stelle vor allem der Fokus der CUP auf die Selbstorganisationsprozesse in den Nachbarschaften und den Aufbau einer außerparlamentarischen Kraft, die Druck auf parlamentarische Prozesse und Entscheidungen ausüben und sich darüber hinaus mittels sozialen Ungehorsams über Verbote und Restriktionen hinwegsetzen kann. Über diesen *Dual-Power* Ansatz konnte die CUP zumindest temporär Kräfteverhältnisse verschieben und „hegemoniale (nationalstaatliche) Institutionen und herrschende kapitalistische Gesellschaftsordnungen“ (Thompson 2021, S. 319) herausfordern. Dies spiegelt den Municipalismusbegriff der CUP wider, der das Lokale als „ersten Graben des

Kampfes“ zur Überwindung bestehender Verhältnisse“ sieht (Int. 08.04.2019). Gleichzeitig verdeutlicht dies, wie die Frage der Unabhängigkeit auf nationaler Ebene mit der lokalen Ebene korrespondiert, sowohl im Kampf um nationale Unabhängigkeit aus der Organisierung der lokalen Ebene heraus, als auch über das Erlangen von Souveränitäten, wodurch die Handlungsmacht der Bevölkerung im lokalen Alltag vergrößert werden soll.

### **10.3.3 Demokratisierungsmomente**

Die Entstehung und das Wirken der CDRs stellen die Schaffung einer wichtigen und weitreichenden demokratischen Struktur dar. Wie in Kapitel 10.3.2 erwähnt, waren Kerne der CUP maßgebliche Treiber in der Entstehung dieser Strukturen. Ausgangspunkt der CUP wiederum sind die in ganz Katalonien verbreiteten Nachbarschaftsversammlungen sowie die *Casales* als „physische Sitze der Unabhängigkeitsorganisation in den Stadtteilen“ (Int. 15.04.2019) und Gemeinden. In Barcelona gibt es 12 lokale Kerne in den Stadtteilen, die wiederum in einer Territorialversammlung zusammenkommen. In den Kernen werden sowohl lokale Belange und eigene Aktivitäten in den Stadtteilen, als auch stadtweit relevante Themen besprochen oder abgestimmt, die dann mit in die Territorialversammlung genommen werden. Zusätzlich werden dort Dinge, die die nationale Ebene betreffen, (vor-)diskutiert, sowohl bezüglich der Organisationsstruktur, als auch politischer Fragen, die dann über den Territorialen Rat in den Politischen Rat getragen werden, in dem alle territoriale Gruppen aus den katalanischen Ländern zusammentreffen (Int. 16.06.2021). Zudem können auf territorialer Basis Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen wie Tourismus oder Wohnungspolitik gebildet werden, um Informationen zu dem Thema zu sammeln oder konkrete politische Vorschläge auszuarbeiten (zur Übersicht der Struktur siehe Kapitel 7.3.3). Daraus ergibt sich auf den regelmäßigen lokalen Treffen eine meist lange Tagesordnung mit zu besprechenden Themen und zudem weitere Verantwortungen zur Partizipation an den anderen Strukturen. Die Struktur folgt einer klaren Logik von unten nach oben und ist Ausdruck des *Asamblearismo*, der auf möglichst horizontale Basisorganisation setzt. Mit dem Wachstum der CUP in den letzten Jahren ist die Struktur komplexer geworden und muss neben den demokratischen Anforderungen eine politische Handlungsfähigkeit gewährleisten:

Wir sind gerade dabei, eine interne Debatte über unsere eigene Organisationsstruktur zu führen. Denn das, was geschehen ist, ist mehr als die Erwartung. Ich glaube, das Verfahren ist sehr bürokratisch geworden. Das Problem ist, dass Sie eine Versammlungsstruktur an der Basis haben, die ein ideologisches Bekenntnis ist und die sehr klar ist. Aber in dem Moment, in dem man ein sehr großes Wachstum und den *Asamblearismo* hat... oder mit anderen Worten: Es [*Asamblearismo*] muss immer möglich sein. Aber natürlich bedeutet das, dass eine Nationalversammlung heute einen Platz für 3 000 Personen finden muss, wenn sie ihre Militanz erhöhen. Und nicht nur das: Sie müssen eine Debatte mit 3 000 Teilnehmern leiten, was natürlich auch den Prozess miteinschließt. Letztendlich sind die Entscheidungsprozesse lo-

kale Versammlungen, die theoretisch einmal im Monat zu einer territorialen Versammlung zusammentreten, und diese territorialen Versammlungen ermöglichen Positionen mit Abstimmung für den Politischen Rat. (Int. 25.06.2021)

Dieses Wachstum und die damit einhergehende Bürokratisierung birgt die Gefahr, den Raum für Diskussionen zu schließen und dass die übergeordneten Einheiten der nationalen Ebene zu reinen Abstimmungsorganen werden:

Was geschieht? Hier wird abgestimmt, hier werden die Stimmen zusammengezählt und hier wird dieser politische Rat, der theoretisch ein politisches Gremium ist, zu einem Ort, an dem die Stimmen abgegeben werden. Nicht ganz, aber es gibt eine gewisse Tendenz zu dieser Bürokratisierung. Natürlich gibt es das. (Int. 25.06.2021)

Ein weiteres Problem ist, dass mit dem Ende des Kampfzyklus rund um die Unabhängigkeitsfrage und dem Ausscheiden der CUP aus dem Stadtrat Aktivist\*innen und Militante wegblieben. Dazu kommt, dass viele Aktivist\*innen „pluri-militant“ sind, das heißt in anderen sozialen Bewegungen oder Kämpfen wie Wohnraumgruppen oder Gewerkschaften aktiv sind und sich mehr darauf konzentrieren (Int. 16.06.2021). Zusätzlich sind wichtige Militante auf die nationale Ebene gewechselt und belegen dort nun permanente Posten. Verschärft wird diese Situation, wie auch bei Barcelona en Comú, durch die Covid-Pandemie, wodurch viele Treffen digital abgehalten werden mussten. So hatte etwa die Versammlung in Sants zu ihren Hochzeiten bis zu 30 Teilnehmer\*innen, wobei es Stand Frühjahr 2021 unter 10 regelmäßige waren (Int. 16.06.2021, Int. 18.08.2021).

Treffpunkt der Versammlung von Sants ist das Casal Independentista de Sants Jaume Compte. Das Casal als Struktur existiert bereits seit 30 Jahren, am jetzigen Standort gegenüber dem Parc de l’Espanya Industrial ist es seit 10 Jahren ansässig. Das Casal ist ein soziopolitischer Raum und Sitz verschiedener Unabhängigkeitsorganisationen wie der CUP, Endavant und der Jugendorganisation Arran (Int. 15.04.2019). Das Casal wird von einer offenen Versammlung geleitet und über die Beiträge von aktuell ca. 90 Mitgliedern finanziert. Dort finden kulturelle und politische Veranstaltungen mit inhaltlich-ideologischen Bezug zu den Zielen der Unabhängigkeitsbewegung statt. Zudem sind dort der lokale Petanque-Club und die Bastoneres<sup>6</sup>-Gruppe ansässig (ebd.). Einmal im Jahr richtet das Casal eine große *Calçotada*, ein traditionelles katalanisches Volksfest, bei dem Frühlingszwiebeln gegrillt werden, mit hunderten Teilnehmer\*innen im angrenzenden Park aus, bei denen über die Unabhängigkeitsbewegung hinaus auch Vertreter\*innen sozialer Bewegungen über ihre Kämpfe im Stadtteil berichten (TB 01.03.2020). Das Casal ist damit Ausgangspunkt für die lokale Organisation der Unabhängigkeitsbewegung, aber darüber hinaus auch Verbindungsglied zu anderen Kämpfen im Stadtteil.

---

6 Katalanischer Stocktanz



Eine direktere Verbindung zwischen der institutionellen Politik und den lokalen Kernen wird über CUP-Abgeordnete im Stadt- bzw. Bezirksrat hergestellt. Von 2015 bis 2019 hatte die CUP im Bezirksrat von Sants zwei Sitze, die in diesem Zeitraum von insgesamt fünf Personen gefüllt wurden. Im Gegensatz zum Stadtrat gibt es auf Bezirksebene wenig finanzielle Ressourcen, sodass keine zusätzlichen Kräfte zur Unterstützung der Ratsmitglieder angestellt werden konnten. Dennoch wurde ein technisches Büro mit lokalen Militanten eingerichtet, um die Ratsmitglieder zu unterstützen und gemeinsam zu beraten, wie der Bezirksrat genutzt werden könnte, um „sichtbar zu machen und als Lautsprecher zu fungieren, um von einer politischen Kampagne in der Nachbarschaft zu berichten“ (Int. 18.08.2021) und so das Beste daraus zu machen, „einen Fuß in die Institutionen zu setzen“ (ebd.). Doch letztendlich machten sich die unterschiedlichen Positionen – bezahlte Bezirksrät\*innen und Militante der CUP, die auch andere außerparlamentarische Themenfelder im Stadtteil bearbeiten – bemerkbar und das Büro wurde nur noch auf Abruf eingerichtet. Letztendlich trugen Bezirksrät\*innen die Hauptlast: „Es war hauptsächlich ich, der sie einberufen hat, weil ich ein Gehalt hatte. Ich habe mich ausschließlich dem Analysieren, Organisieren und Vorschlagen gewidmet. Und dann wird man als bezahlte Person allmächtig und ich multipliziere mich und bin an 10 Millionen Orten“ (ebd.). Auch die Rückkopplung von institutionell besprochenen Themen stellte sich aufgrund der mangelnden Ressourcen in der lokalen Versammlung als schwierig heraus, wie eine ehemalige CUP-Bezirksrätin aus Sants-Montjuïc berichtet:

Ich habe früher monatliche Berichte erstellt, oder ich weiß es gar nicht mehr. Ich glaube, es waren vierzehntägige Treffen, jede Woche oder alle zwei Wochen habe ich ein wenig über meine Arbeit berichtet. Dinge, von denen ich dachte, dass sie bearbeitet werden müssten, und ich habe auch versucht, sie auf die Tagesordnung der Versammlung zu setzen, zusammen mit den Koordinationskollegen, und ich habe gesagt, dass wir über dieses Thema sprechen müssen, dass wir anfangen müssen, politisch daran zu arbeiten, weil es eine Nachbarschaftsbewegung ist, von der wir noch nichts gehört haben, die ich aber im Bezirksrat aufgeschnappt habe. Und wir müssen anfangen, darüber zu sprechen, und wir müssen alle wissen, was los ist. Vielleicht werden wir nichts unternehmen, aber wir müssen uns Zeit nehmen, um darüber zu sprechen, denn, wenn wir im Bezirksrat sitzen und eine Gruppe von Nachbarn ein Problem hat, dann müssen wir es lösen. Wir alle müssen wissen, was mit diesem Thema los ist, und dann entscheiden, ob wir daraus eine politische Kampagne machen wollen und mit welchem Ziel und mit welchen Mitteln. Aber man muss sich Zeit dafür nehmen, und das war sehr kompliziert. Es war sehr kompliziert. (Int. 18.08.2021)

Dennoch schafften die CUP und ihre Abgeordneten sowohl auf Bezirks-, als auch auf Stadtebene verschiedene Demokratisierungsmomente, vor allem über die Thematisie-

rung der Belange der Bürger\*innen und Bewegungen sowie über die Beschaffung von Informationen und der Forcierung einer transparenten Politik. Ein ehemaliger CUP-Stadtrat stellt bezüglich der Thematisierung fest: „Ich würde es die Freiheit nennen, das ausdrücken zu können, was viele Menschen draußen nicht ausdrücken können. Und dass sie auf Sie hören müssen“ (Int. 08.04.2019). Eine Stadtratskandidatin der CUP von 2019 kritisiert daran, dass der Ansatz „des Lautsprechers der Bewegung“ allein nicht mehr gültig und ausreichend ist und die ehemalige Bezirksrätin knüpft daran an, dass über eine Kenntnis der Struktur dauerhafte Verbesserungen erkämpft werden müssten (Int. 18.08.2021). Erfolgreich wurden die Privilegien der institutionellen Vertreter\*innen genutzt, um Informationen über stadtpolitische Vorgänge zu erlangen und auch für außerparlamentarische Akteur\*innen transparent zu machen. Aus außerparlamentarischer Perspektive berichtet ein Militanter des lokalen CUP-Kerns aus Sants:

Und eines der guten Dinge daran, Vertreter im Rathaus zu haben, ist, dass man, wenn man Informationen braucht, die man zuordnen kann, dorthin gehen und fragen kann: ‚Hey, ich brauche diesen Vertrag für, ich weiß nicht was‘. Und dort, wo es Menschen gibt, die drinnen sind, bekommen sie es sofort für dich. Ein Vertrag, um zu sehen, wie der Vertrag für was auch immer ist. Sie erklären viele Dinge, die von innerhalb des Stadtrats viel einfacher sind als von außerhalb. Und von innen kann man Dinge erforschen, die von außen nicht so leicht zu erforschen sind. Und die Ratsmitglieder können nicht abgewiesen werden, wenn sie um etwas bitten. Sie können an der Nase herumgeführt werden, aber sie können nicht Nein sagen, wenn sie darum bitten, ein Dokument zu sehen. (Int. 16.06.2021)

Aus institutioneller Perspektive wiederum schildert die ehemalige Bezirksrätin aus Sants diesen Vorgang:

Es gibt Dinge, die, wenn man sie über die offiziellen Kanäle beantragt, tatsächlich ewig dauern. Sie gehen zum Bezirk und können dort einen Antrag auf Zugang zu diesen Unterlagen stellen. Und das ist legal. Es gibt eine sechsmonatige Frist, innerhalb derer sie Ihnen antworten müssen, wenn Sie diese Informationen über das Register anfordern. Und wenn ich als Vertreter einer Fraktion, die im Stadtrat vertreten ist, zu der Dienststelle gehe, bei der diese Informationen angefordert wurden, bekomme ich sie sofort. Sie geben sie mir sofort. (Int. 18.08.2021)

Die Abgeordneten dienten in dieser Hinsicht als „Transmissionsriemen“ (Int. 08.04.2019), die wichtige Informationen an die Bürger\*innen und Bewegungen weitergaben und so für mehr Transparenz sorgten. Damit setzen sie auch andere Parteien unter Druck, die sich sonst nie über bestimmte, durch die institutionellen Abläufe verdeckte Themen, hätten äußern müssen (ebd.). Wie auch bei Barcelona en Comú problematisiert, bringt dies wiederum eine große Menge an Informationen mit sich, die für außerparlamentarische

Strukturen gefiltert werden muss (ebd.).

Während die CUP also innerhalb der organisatorischen Strukturen versucht, dem Wachstum gerecht zu werden und eine nicht einfache Balance zwischen Handlungsfähigkeit und dem Prinzip der Basisorganisation zu finden, agiert sie aus der oppositionellen Rolle in den Institutionen als Informationsbeschafferin und setzt damit auch andere Parteien unter Zugzwang für mehr Transparenz. Gleichzeitig versucht sie, Interessen der Bürger\*innen und soziale Konflikte der Stadt in die Parlamente zu tragen. Dabei setzt sie gezielt auf Denunziation bestehender politischer Parteien und Abläufe, um sowohl stadtpolitische Entwicklungen, als auch parlamentarische Machtstrukturen in Frage zu stellen.

### **10.4.3 Feminisierung der Politik**

Eine weitere grundlegende Achse in der Politik der CUP ist der Feminismus. Dieser wird innerhalb der CUP „eng mit den materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse“ (Int. 25.06.2021) zusammen gedacht, wonach sich die Verschlechterungen dieser Lebensbedingungen insbesondere für Frauen nachteilig auswirken (ebd.). Die konkreten politischen Vorschläge zielen demnach auf eine Verbesserung dieser materiellen Bedingungen ab und denken diese aus einer feministischen Perspektive. So wird die Einführung einer Basisrente gefordert, um einer Feminisierung der Armut (Kap. 9.3) entgegenzuwirken und eine ökonomische Autonomie von Frauen zu gewährleisten. Genauso wird für den Ausbau des öffentlichen Wohnungsbestandes argumentiert, um Frauen vor häuslicher Gewalt zu schützen und die für Frauen und vor allem alleinerziehende Mütter überhohe Gefahr der Wohnungsprekarität zu lösen (CUP Països Catalans 2022). Aus einer ähnlichen Perspektive wird das Outsourcing öffentlicher Leistungen in Barcelona kritisiert:

Viele der öffentlichen Dienstleistungen, die von privaten Unternehmen verwaltet werden, sind Dienstleistungen, die mit der Pflege und der Reproduktion des Lebens zu tun haben, und daher sind es Frauen, die diese Aufgaben übernehmen. Wir sagen, dass das angesichts einer Regierung, die behauptet, sie sei superfeministisch und schaffe Bewusstsein und so weiter, es nicht sein kann, dass Arbeiterinnen im Reinigungssektor usw. unter solchen Bedingungen arbeiten. (Int. 08.04.2019)

Als Antwort auf diese Problematik wurde die Remunizipalisierung verschiedener Dienste gefordert und unterstützt, wie oben beschrieben, teilweise mit Erfolg.

Innerhalb der CUP-Strukturen gibt es eine nationale Frauenversammlung, die strategische Richtlinien zum Thema Feminismus innerhalb und außerhalb der Organisation festlegt. 2019 wurde ein offizielles Protokoll zum Umgang mit sexualisierter Gewalt innerhalb der CUP verabschiedet, auf deren Grundlage geschlechtsspezifische Gewalt innerhalb der Organisation identifiziert und ein Umgang damit gefunden werden soll. Dieses soll nicht als rein strafendes Instrument funktionieren, sondern kollektive Verantwortung für

„sexistische Aggressionen als das Produkt einer zutiefst patriarchalen, kapitalistischen und rassistischen Gesellschaft“ (CUP Països Catalans 2019b, o.S.) schaffen. Ein Auslöser für die Einführung dieses Protokoll war der Rücktritt der Militanten Mireia Boya aus dem nationalen Sekretariat aufgrund psychischer Aggressionen durch einen Kollegen. Das Protokoll enthält auch präventive Maßnahmen wie Schulungen zu *Micromachismo*, worunter alltägliches sexistisches Verhalten und Demonstrationen patriarchaler Macht gefasst werden. Mit dem Protokoll sollen „sichere Räume für Militanz und insbesondere für Frauen geschaffen werden und gleichzeitig ein Werkzeug für die Transformation der Organisation“ gegeben sein (ebd.). Andere Mechanismen zur Feminisierung der Strukturen sind Geschlechterquoten in den verschiedenen Organen, die nicht immer paritätisch sind, aber einen Anteil von mindestens 33% Frauen vorschreiben. Wenn diese Quote nicht eingehalten werden kann, bleiben die Ämter unbesetzt und werden nicht von Männern aufgefüllt. Auf Wahllisten der CUP sollen Frauen durch Quotierungen sichtbar gemacht werden und bei nationalen und municipalen Wahlen der Kopf der Liste eine Frau sein (Int. 16.06.2021). Bei den Versammlungen wird zudem auf die Verteilung der Redezeiten aus einer geschlechtersensiblen Perspektive geachtet, „[d]enn es kommt häufig vor, dass in den Versammlungen die Männer in der Öffentlichkeit mehr zu Wort kommen“ und die Frauen „eher zu Hause sprechen, aber nicht auf der Straße“ (ebd.). Dennoch können diese Ziele nicht immer eingehalten werden und auch bei der Nachbarschaftsversammlung „glänzte die Parität durch Abwesenheit“ (ebd.). Dieses Problem wird erkannt und in der Analyse an gesellschaftliche Dynamiken rückgekoppelt: „Wir haben das Problem der mangelnden Parität, weil die Gesellschaft so ist, wie sie ist, und Frauen viel mehr Betreuungsarbeit leisten müssen, sowohl bei Kindern als auch bei älteren Menschen“ (ebd.). Dennoch kritisiert eine CUP-Militante, dass auch der nicht-nachhaltige Politikstil auf die Dauer erschöpft, und vor allem von Frauen, die im materiellen Kontext strukturell schlechter gestellt sind, überhäufig Reproduktionsaufgaben leisten und so einen „doppelten Arbeitstag haben“ (Int. 18.08.2021), viel fordert und oftmals negative Folgen hat:

Wenn wir uns auf diese Weise um uns selbst kümmern, werden wir nichts aufbauen, was auf Dauer Bestand hat oder ein echtes Gegengewicht darstellt. Weil wir nicht in der Lage sind, es aufrechtzuerhalten, weil wir uns selbst ausbrennen werden. Der deutlichste Ausdruck dafür ist, dass ich mich selbst ausgebrannt habe. (Int. 18.08.2021)

Dagegen müsse in einem „gesünderen Militanzprojekt“ die Zeit gefunden werden, „das Leben in den Mittelpunkt zu stellen“ (ebd.). Aber dieses Ziel kollidiert in der Praxis oftmals mit den Zielen und Ansprüchen, politische Veränderungen zu bewirken und mit einer Realität von zu vielen Aufgaben und Treffen, bei zu wenig Militanten und Aktivist\*innen. Vor allem in den Institutionen kulminiert die Belastung für die Militanten, die sich an die institutionellen Regeln und Dynamiken gewöhnen müssen, dem öffentlichen Druck ausgesetzt sind und gleichzeitig die Verbindung zu den außerparlamentarischen Strukturen

halten wollen. Im Sommer 2021 trat die CUP-Abgeordnete Montse Venturós aufgrund von Depressionen als Bürgermeisterin von Berga zurück. In einer dazu veröffentlichten Erklärung der CUP Berga wird die Krankheit in den Kontext dieser institutionellen Belastungen gesetzt:

Es kommt zu Druck- und Stresssituationen, die unser Wohlbefinden an Grenzen bringen, die wir oft nicht tolerieren sollten und die wir nicht immer kontrollieren können [...]. Es ist wichtig, über institutionelle Gewalt zu sprechen und darüber, wie sie uns betrifft. Der ständige Druck, unter dem wir stehen, (...) wie die ständigen Machtkämpfe uns zermürben und uns unsere Rolle in Frage stellen lassen. Und wir müssen auch über die Macho-Gewalt sprechen, die der Welt der Politik innewohnt, und über die ständige Infragestellung, der wir ausgesetzt sind, nur, weil wir Frauen sind. (Libertad Digital 2021, o. S.)

Feminismus wird in der CUP nicht als ein Themenfeld betrachtet, sondern als Leitlinie, die in allen Bereichen mitgedacht werden soll. Politische Forderungen werden immer auch aus einer Geschlechterperspektive und der mehrfachen Ausbeutung von Frauen im Kapitalismus betrachtet und entsprechend konkrete Verbesserungen der materiellen Lage von Frauen gefordert. Darüber hinaus werden aber auch Rechte sexueller und geschlechtlicher Selbstbestimmung vertreten, die mit binären und heteronormativen Logiken brechen. Patriarchale oder sexistische Strukturen innerhalb der CUP sollen über verschiedene Mechanismen identifiziert und zurückgedrängt werden. Eine stärkere Feminisierung der politischen Arbeit im Sinne einer stärkeren Rücksicht auf die eigene Gesundheit und die soziale Situation wird vor allem durch die hohe Belastung der Militanten und institutionelle Dynamiken verhindert.

#### **10.4 Die CUP in den Institutionen**

Auch die CUP zog bei den Kommunalwahlen 2015 in das Stadtparlament von Barcelona ein. Mit knapp 7,5% konnte sie drei Sitze erlangen, die von María José Lecha González, Josep Garganté Closa und Maria Rovira Torrens eingenommen wurden. Erstere wurden im Verlauf der Legislatur von Eulàlia Reguant und Pere Casas Zarzuela ersetzt. In den zehn Bezirksräten war die CUP mit keinem bis zwei Vertreter\*innen vertreten<sup>7</sup>. Die Vertreter\*innen werden im Verhältnis zu den bei den Kommunalwahlen in den einzelnen Bezirken erzielten Wahlergebnissen benannt, bei mindestens 5% der Stimmen im Bezirk. Andersherum ziehen Parteien, die mehr als 5% im Bezirk erlangen, aber nicht im Stadtrat vertreten sind, auch nicht in den Bezirksrat ein. Mit nicht einmal 4% hat die CUP 2019 den erneuten Einzug in das Stadtparlament deutlich verpasst und aufgrund der genannten Regelung auch keinen Sitz in den Bezirken erlangt, obwohl sie in Gracia über 6%

<sup>7</sup> Kein Sitz: Nou Barris und Sarrià-Sant Gervasi; ein Sitz: Ciutat Vella, Les Corts, Horta-Guinardó, Sant Andreu und Sant Martí; zwei Sitze: Gràcia, L'Eixample und Sants-Montjuïc.

bekommen hat. Im Folgenden werden Erfahrungen im Stadtrat sowie im Bezirksrat von Sants aus institutioneller und außerinstitutioneller Perspektive vor dem Hintergrund der Frage nach Wirkungsweisen und Veränderbarkeit der Institutionen dargestellt.

#### **10.4.1 Materialität der Institutionen**

Wie auch schon im Falle von Barcelona en Comú geschildert, war auch die Arbeit der CUP innerhalb der Institutionen von einer längeren Lern- und Gewöhnungsphase geprägt. Entscheidend ist dabei, dass der Stadtrat nicht in erster Linie als Parlament funktioniert, in dem politische Positionen ausgetauscht und verhandelt werden, sondern „eine Einrichtung ist, die zu 90 oder 95% aus Verwaltung besteht“ (Int. 08.04.2019). In den vier Jahren ging es für die CUP im Stadtrat darum, „sich zurechtzufinden, zu verstehen, wie die Mechanismen innerhalb der Organisation funktioniert, wie wir uns organisieren, wie wir Informationen abrufen und wie wir in den Stadtvierteln weiterarbeiten“ (ebd.). Die Position als Neuling innerhalb der Opposition hat dieses Verstehen und Organisieren sichtlich erschwert:

Nun, die Regierung hat Vorschläge gemacht, die genehmigt werden müssen, und die Opposition hat das Recht, Vorschläge zu machen, Fragen zu stellen, zu antworten und Anträge zu stellen. Ja, ja, als ob du in der Messe beten würdest. Das ist das Gleiche. Ausgehend von dieser Struktur sehen wir also die Möglichkeit, eine Vertretung zu haben und im Bezirk zu sein, Zugang zu einer sehr bürokratischen Struktur zu haben, die es sehr schwierig macht, Informationen zu erhalten und effektiv zu sein, nicht nur für uns als Bewegung, sondern auch für die anderen Bewegungen in der Nachbarschaft, in den Vierteln. (Int. 18.08.2021)

Die Lernprozesse waren auch im Vergleich zu Barcelona en Comú schwierig, weil es mit den drei Sitzen im Stadtrat deutlich weniger Ressourcen gab. Zudem verfolgte die CUP einen stärkeren Ethik-Kodex, der die Gehälter der Ratsmitglieder auf 1.800 Euro limitierte und das überschüssige Geld in soziale Bewegungen und nicht in fest angestelltes Personal zur Unterstützung der Stadtratsarbeit leitete (ebd.). Gleichzeitig führten „undurchsichtige Formeln“ (ebd.) innerhalb der bürokratischen Struktur des Rathauses dazu, dass es an der Unterstützung durch öffentlich finanzierte Berater\*innen mit spezifischen Kenntnissen mangelte. Zudem hatte die CUP deutlich weniger Erfahrung in der institutionellen Arbeit, auch im Gegensatz zu Barcelona en Comú, mit ihrer personellen Zusammensetzung und der Zusammenarbeit mit der erfahreneren *Iniciativa per Catalunya Verds*. Trotz des Wachstums der CUP in diesen Jahren und dem Versuch der Hilfe aus den lokalen Kernen konnte sich mit der steigenden institutionellen Belastung auf regionaler, Stadt- und Bezirksebene und der Organisation außerparlamentarischer Kämpfe keine institutionelle Basis herausbilden, die die Aktiven in den Parlamenten stärker unterstützen und kollektive Lernprozesse vorantreiben konnte, was politische Fehler wie etwa in der Abstimmung um die Kommunalisierung der Wasserversorgung begünstigte:

Es fehlte an Kadern, politischen Kadern und technischen Kadern, und dann kam es zur Katastrophe. Mit anderen Worten: Das Ziel war klar, das Wie war ein Fehler. Man kann nicht spielen, wenn man die Bedingungen, die Spielregeln nicht kennt, und wir wussten bereits, dass wir die Institution nicht kannten und es lange dauern würde, bis wir wussten, wie sie funktioniert. Der Punkt ist, dass man dafür eine gute Infrastruktur und ein tiefes Wissen darüber braucht, wie Kommunikation funktioniert. Und das ist auf der Ebene von Barcelona etwas, das nicht gut gemacht wurde. (Int. 18.08.2021)

An dieser Stelle prallt der radikale anti-systemische Ansatz der CUP, der die Stärkung der politischen Basis fokussiert, auf die Professionalität, die das institutionelle Gefüge vorgibt und abverlangt. Sich nicht an diese Spielregeln zu halten oder gezielt dagegen zu verstoßen, kann einerseits, im positiven Fall, dazu führen, diese zu delegitimieren und gegebenenfalls zu ändern, z.B. in Bezug auf intransparente Abläufe und vorenthaltene Informationen. Andererseits können diese institutionellen Mechanismen die Arbeit und den Ansatz der CUP auch als unprofessionell oder schlecht informiert dastehen lassen, was zu den benannten kommunikativen Problemen führt. Die Bürgermeister-Kandidatin der CUP zu den Wahlen 2019, Anna Saliente, beschreibt diesen Widerspruch auch hinsichtlich ihrer Rolle als Listenkopf und den damit verbundenen Erwartungen:

Das heißt, es ist schön und gut, eine ideologische Basis zu haben oder... oder die letzten vier Jahre der Kandidatur erlebt zu haben. Aber abgesehen davon muss man wissen, wie man in der Öffentlichkeit spricht, mit der Presse redet, bereit ist, Druck auszuhalten und meine Fakten über die Realität in Barcelona im Kopf zu haben. Sie können dieses Profil also wahrscheinlich nicht erstellen, wenn Sie keine Dynamik und keine Struktur haben, die in gewisser Weise eine gewisse Professionalität aufweist. [...]. Aber wenn man Wahlen gewinnen will, muss man nicht nur etwas haben oder sehr klar sein, sondern auch Charisma haben. Und das ist etwas, das mit den Schwierigkeiten einer bestimmten Art von Kandidatur verbunden ist. (Int. 25.06.2021)

Bestimmten Mechanismen oder Dynamiken dieser Institutionen kann man sich also kaum entziehen, wenn man eine institutionelle Vertretung darstellen möchte, unabhängig von der Rolle in der Opposition oder der Regierung. Auch die unterschiedlichen Zeiten und Rhythmen innerhalb der Institutionen wurden an verschiedenen Stellen durch die CUP-Vertreter\*innen erwähnt. Die Dynamik und die Verwaltungszeiten, die einen „leicht auffressen“ (Int. 18.08.2021), und die gleichzeitige Menge an bürokratisch kodifizierten Informationen verunmöglichen de facto die Zusammenarbeit mit den Kräften außerhalb der Institutionen (Int. 08.04.2019). Gleichzeitig verhindert die Trägheit der Institutionen und ein Konservatismus der Verwaltung eine kurzfristige Veränderung der Strukturen

und Abläufe. So hat die CUP zusammen mit Barcelona en Comú versucht, eine Dezentralisierung des Wahlsystems zu erreichen, sodass Bezirksratsmitglieder auch in den Stadtrat gewählt werden können, wenn ihre Partei nicht genügend Stimmen bekommen hat. Trotz „vielen Ausschusssitzungen und einer Menge harter Arbeit“ (Int. 18.08.2021) wurde das Projekt mit dem Ausscheiden der CUP und der zweiten Legislaturperiode von Barcelona en Comú nicht weiterverfolgt.

Bezüglich der Maskulinität der Institutionen gehen die Wahrnehmungen auf unterschiedlichen Ebenen auseinander. Bürgermeisterkandidatin Anna Saliente spricht eher von einer erfahrenen Diskriminierung aufgrund ihres jungen Alters von 27 Jahren, welche sie in den Medien oder sozialen Netzwerke zur Zielscheibe machte. Sexistische Äußerungen oder abwertende Kommentare aufgrund des Geschlechtes wiederum seien durch einen starken kulturellen Wandel eher unpopulär und Politik und Medien diesbezüglich sehr wachsam (Int. 25.06.2021). Ein Bezirksratsmitglied aus Sants-Montjuïc berichtet hingegen von einer „Menge Paternalismus und einer Menge strukturellem *Machismo*“ in der „öffentlichen Verwaltung, den Kommissionen, den Nachbarschaftsausschüssen, sowie von Technikern und politischen Vertretern des Stadtrates“ (Int. 18.08.2021). Dies verdeutlicht sie an dem Auszug einer Bezirksratssitzung:

Ich erinnere mich noch sehr gut an die ersten Interventionen in den Bezirksplenarsitzungen, um mit Vorschlägen für Sportgeräte in Montjuïc zu kämpfen. Das Gefühl, dass sie wissen, dass ich nicht weiß, wie Verhandlungen und Vereinbarungen funktionieren. Und die Regierung hat mich dazu gebracht, Dinge zu akzeptieren. Zu ihrem Nutzen und gegen mein politisches Ziel. Denn sie wissen, dass ich nicht weiß, wie es funktioniert, und sie haben es aus einem paternalistischen Blickwinkel herausgetan. Und als wir uns im Plenum, dem öffentlichen Raum, getroffen haben, haben sie mich mit *Machismo* angegriffen, um zu zeigen, dass ich keine Ahnung von irgendetwas habe. (Int. 18.08.2021)

Offensichtlich traf die CUP auch aus der Opposition heraus auf strategische Selektivitäten rund um Funktionsweisen, Zeiten und Maskulinitäten des Lokalstaates und war auf unterschiedliche Weise mit diesen konfrontiert. Inwiefern diese Konfrontation zu einer stärkeren Institutionalisierung der CUP oder einer Veränderung der Institutionen geführt hat und wie sich dieser Fuß innerhalb der Institutionen auf den Fuß außerhalb ausgewirkt haben, wird im folgenden Kapitel eruiert.

#### 10.4.2 Institutionalisierung oder Veränderung der Institutionen

Auch die CUP konnte kleinteilig bestimmte institutionelle Abläufe stören oder unterbrechen. Durch die redundante Betonung der *Marca Barcelona* wurden ein neoliberales Stadtentwicklungsmodell und prekäre Arbeitsverhältnisse innerhalb des öffentlichen Verwaltungsapparates ganzheitlich thematisiert und denunziert. Im Stadtrat wäre nie über be-



stimmte Themen gesprochen oder gewisse Dokumente weitergegeben worden, hätte die CUP es nicht angestoßen (Int. 08.04.2019). Manche Rhythmen wurden verändert, indem die CUP darauf bestand, wichtige Entscheidungen an die außerparlamentarischen Strukturen weiterzugeben. Dies konnte die CUP aufgrund der unterschiedlichen Kräfteverhältnisse aber deutlich stärker im Regionalparlament von Katalonien, vor allem in Bezug auf den Unabhängigkeitsprozess rund um den 1. Oktober 2017, ausspielen. Obwohl die komplexere Struktur der CUP gerade auf nationaler Ebene auch zur Schließung kollektiver Diskussionsräume führte, hat das Beharren auf dem Basis- und Versammlungscharakter der CUP-Politik auf die anderen Parteien rückgewirkt:

Ich denke, wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir uns ein wenig verändert haben. Auch die Politik der anderen Parteien, zu sagen: ‚OK, wir wissen, dass ihr diese Tempi habt‘. Wir werden Ihnen also die Informationen im Voraus zukommen lassen oder wir warten, bis Ihre Versammlung eine Entscheidung getroffen hat. Und das war auch bis zu einem gewissen Grad eine Folge davon, dass wir gesagt haben, dass wir einige interne Prozesse haben, nein, bestimmte Prozesse, die wir auf keinen Fall durch einige Arten der Politik verdrängt sehen wollen, die für uns nicht die Versammlungspolitik darstellen, die wir verteidigen. (Int. 08.04.2019)

Sinnbildlich dafür ist die auf Druck der CUP verhinderte Einsetzung von Artur Mas als katalanischer Ministerpräsident im Januar 2016. Nach drei Monaten zäher Verhandlung, in der die CUP dem bürgerlich-neoliberalen Kandidaten demokratische und soziale Verbesserungen abzurufen versuchte, wurde die Entscheidung auf die Basisversammlung der CUP verlegt und nach einem dortigen Unentschieden im politischen Sekretariat für eine Nicht-Einsetzung Mas‘ gestimmt. Zwei Stunden vor Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Frist einigten sich die verschiedenen Unabhängigkeitskräfte noch auf den Kandidaten Carles Puigdemont. Die gewöhnlichen parlamentarischen Normen wurden so bis zu einem gewissen Grad von der Logik der Basisorganisation herausgefordert und die CUP konnte trotz deutlicher Minderheitenposition ihre politische Kraft ausspielen.

Aber, wichtiger, als durch den Blick auf diese strategischen Schritte, ist die Frage nach der Veränderbarkeit der Institutionen aus der municipalistischen Logik der CUP heraus zu begegnen. Ein Militanter der CUP-Gruppe in Sants erläuterte diese Möglichkeit der Veränderbarkeit von Institutionen und des Bruchs neoliberaler Stadtentwicklungsmodelle aus der institutionellen Logik heraus:

Ich denke, es ist anders. Ich meine, die Frage ist, kann der Stadtrat mit den Lobbys brechen? Die Antwort ist nein. Aber man kann die Lobbys auch nicht ohne den Stadtrat brechen. Aber der Stadtrat allein macht es nicht. Mit anderen Worten: Solange Sie eine organisierte Volksmacht (kat. poder popular) haben, die Ihnen die Stimmen gibt, um eine Kraft, einen Stadtrat, zu haben, können Sie die Lobbys

brechen. Aber mit Stimmen allein macht man nichts kaputt. Anders gesagt: Can Vies ist nicht nur so, wie es ist, weil der Stadtrat beschlossen hat, die Räumung zu stoppen, sondern weil Tausende von Menschen auf der Straße waren, alles verbrannten und dem Stadtrat sagten: Entweder ihr stoppt die Räumung oder sie verbrennt euch die Stadt. Der Stadtrat selbst stoppt die Räumung nicht, aber die organisierten Leute sind diejenigen, die sagen, entweder ihr stoppt das oder .... Jedes Mal, wenn man im popularen Moment ausreichend organisiert ist, bedingt es eine Institution. (Int. 16.06.2021)

Das langjährig besetzte soziale Nachbarschaftszentrum Can Vies in Sants sollte 2014 geräumt werden, woraufhin es in mehreren aufeinanderfolgenden Nächten zu schweren *Riots* in Barcelona und anderen Städten Kataloniens kam. Fünf Tage später gab die Stadt den Stopp der Abrissarbeiten bekannt, woraufhin Nachbar\*innen und Sympathisant\*innen mit dem selbstorganisierten Wiederaufbau des teilabgerissenen Gebäudes begannen – eine Geschichte, die noch bis heute unter dem *Efecto Can Vies* (dt. Can Vies-Effekt) beschworen wird und für die Durchsetzung alternativer Stadtpolitik von unten durch den Druck von der Straße steht. Davon ausgehend spinnt der Militante den Gedanken auf die Geschehnisse rund um das Unabhängigkeitsreferendum weiter:

Im Großen und Ganzen ist es also der 1. Oktober, nicht wahr? Die Generalität könnte also selbst ein Referendum durchführen? Das glaube ich nicht. Und sie wollten es auch nicht. Wenn du den Moment der popularen Organisation hast, machst du entweder das Referendum oder bei den nächsten Wahlen wird niemand für dich stimmen. Das ist es ja gerade. Mit anderen Worten: Die Generalität kann den Staat kurzschließen. Nicht von selbst. Durch den gemeinsamen Kampf der Gesellschaft. Der Kampf zwischen den Volksschichten oder der organisierten Arbeiterklasse und der Institution dauert schon lange an und führte am 1. Oktober zu einem brutalen Zusammenstoß mit dem Staat. Allein geht das nicht. Aber in Begleitung, ja. Ich denke, dass die Institution noch einen Weg vor sich hat, sie ist kein Allheilmittel, nein ... Wenn man den Winterpalast stürmt, tut man das schließlich nicht friedlich, sondern man muss einen Fuß hineinsetzen, um zu wissen, wo sich die Türen der einzelnen Büros befinden. (Int. 16.06.2021)

Im Gegensatz zum Can Vies-Beispiel wurde der Kampf um den Unabhängigkeitsprozess nicht nur auf Distanz zum Staat geführt, sondern gezielt durch die Unabhängigkeitskräfte im katalanischen Parlament forciert. Auch dies war erst möglich durch eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb der katalanischen Unabhängigkeitslinken, in der ein ruptistischer Ansatz der CUP zusammen mit den darin formulierten sozialen und feministischen Forderungen zur treibenden Kraft werden konnte. Dies war wiederum nur möglich über den Druck der Straße, entstehend aus der zunehmenden Repression gegen die Unabhängigkeitsbewegung durch den Zentralstaat und die ökonomische und soziale

Krise, für die auch der spanische Staat bzw. die Verfassung von 1978 verantwortlich gemacht wurde. Die konkrete Umsetzung des Referendums erfolgte dann aber über den außerparlamentarischen Selbstorganisationsprozess, der maßgeblich von der CUP vorangetrieben wurde. Dieser Kurzschluss der bestehenden Ordnung (auf Grundlage der Verfassung von 1978) durch das katalanische Parlament wurde somit durch die organisierte Unabhängigkeitsbewegung erzwungen, was dem *Dual Power*-Gedanken des Munizipalismus entspricht.

Gleichzeitig sind diese Momente des Bruches flüchtig und unterliegen ebenfalls gewissen Mobilisierungszyklen, die aus verschiedenen Gründen wieder abflauen. Zu Momenten der Kontinuität kam es der CUP in verschiedenen institutionellen Arrangements, die wiederum vor allem im Zusammenhang mit einer gewissen Regierungsverantwortung zu stärkeren Institutionalisierungsprozessen führten. Am Beispiel von Berga, wo die CUP seit 2015 das Bürgermeister\*innenamt bekleidet, beschreibt eine CUP-Militante aus Barcelona, wie sich der Fokus von rupturistischer Politik auf Regierungsverwaltung verschieben kann:

Von daher denke ich, dass es einen gewissen Unterschied in dem Moment gibt, wenn man anfängt, in mehreren Gemeinden zu wachsen, in einigen die Übernahme von Regierungsverantwortung und dadurch eine gewisse Desorientierung. Der logische Schritt führt dazu, dass sie mehr und mehr Verantwortung übernehmen. Aber gleichzeitig sind sie mit diesen Aufgaben in ein Management eingebunden, das nichts mit Rupturismus zu tun hat. Und im Fall von Berga zum Beispiel geht es bei aller Zuneigung immer noch um den Eintritt in die Regierung. Sie machen vier Jahre lang reines Management, sie schaffen es wahrscheinlich besser als die anderen. Sie kommen besser zurecht, und am Ende, wenn die nächste Wahl ansteht, führen sie eine Kampagne, in der sie sagen, was wir vor vier Jahren versprochen haben. Jetzt werden wir es tun, weil wir den Mist, den sie vorher gemacht haben, in Ordnung gebracht haben. (Int. 25.06.2021)

So ein Fokus auf die gute Regierung innerhalb der Institutionen kann Kräfte binden, offene Räume schließen und Perspektiven für weitergehende Verbesserungen versperren (Int. 18.08.2021), was die Gefahr birgt, zu einer „Sozialdemokratisierung“ (Int. 25.06.2021) der CUP zu führen. Aus Sicht der zitierten Militanten lebt der Munizipalismus der CUP hingegen von der Bewegung und „wenn eine Bewegung auf der Straße lebendig ist, kann die CUP interessante Dinge tun und sie begleiten“ (ebd.).

Dennoch offenbart sich die Problematik des Aufrechterhaltens dieser Spannung zwischen dem Innerhalb und Außerhalb der Institutionen. Je mehr taktische Vereinbarungen innerhalb der Institutionen zuungunsten politischer und ideologischer Leitlinien getroffen werden, desto stärker muss die Verbindungen zu Bewegungen auf der Straße hergestellt

werden, um den geschilderten Gefahren vorzubeugen (ebd.). Dafür wird immer wieder der Zusammenschluss mit sozialen Bewegungen und Kämpfen gesucht. Nicht im Sinne der Kooption, sondern als Teil der nachbarschaftlichen und sozialpolitischen Bewegungen, über die geteilten Infrastrukturen, die Multi-Militanz und als deren natürlicher Bestandteil. Wenn so eine Verbindung nicht bestand, versuchte die CUP über die Beschaffung von Informationen, die Dispersion von sozialpolitischen Anliegen durch die Sprecher\*innenposition der CUP oder materielle Leistungen, Unterstützung zu leisten. Ein weiterer Weg ist die Besetzung von Wahllistenplätzen mit Akteur\*innen sozialer Kämpfe und Bewegungen. Bei der Kommunalwahl 2019 in Barcelona standen hinter Militanten der CUP bzw. den darin verbundenen Organisationen wie Endavant zu großen Teilen Aktivist\*innen bzw. Militante aus sozialen Bewegungen, Arbeitskämpfen und Nachbarschaftsorganisationen auf der Wahlliste, wie z. B. der Vizepräsident einer Taxifahrer\*innengewerkschaft, eine Vertreterin der Nachbarschaftsversammlung für den Rückgang des Tourismus, eine Transaktivist\*in, eine Militante der Wohnraumbewegung oder der ehemalige Sprecher der katalanischen Studierendengewerkschaft (SEPC) (TB 26.04.2019). Ohne dass diese zwingend Militante der CUP bzw. Ausdruck der konkreten Militanz der CUP waren und die Wahrscheinlichkeit zum Einzug in den Stadtrat kaum vorhanden war, sollte darüber die Verbundenheit zu den verschiedenen Bewegungen dargestellt und den Kämpfen Raum gegeben werden. Gleichzeitig wurde damit betont, dass der Aktivismus über Professionalität und die notwendigen Kenntnisse der Institutionen steht. An anderer Stelle räumten verschiedene CUP-Militante aber auch ein, dass die Verbindungen zwischen den verschiedenen Flügeln der CUP und sozialen Bewegungen nicht immer reibungslos funktionierten, etwa, weil die Unabhängigkeitsfrage sehr deutlich in den Vordergrund und dadurch andere Themen und Bewegungen in den Hintergrund gerückt wurden. Zudem ist das politische Leben unter den Covid-Bedingungen stark eingeschränkt worden, was sich sowohl auf die CUP, die sozialen Bewegungen sowie deren Verbindungen ausgewirkt hat (Int. 18.08.2021).

## **10.5 Zusammenfassung**

In dem vorangegangenen Kapitel sind die Unterschiede zwischen den municipalistischen Ansätzen von Barcelona en Comú und der CUP deutlich geworden, sowohl im Hinblick auf deren Verhältnis zum (Lokal-)Staat und die jeweilige Rolle in den politischen Institutionen, die damit verknüpften Strategien und Praxen, als auch deren politische und organisatorische Entwicklungen. Barcelona en Comú versucht aus einer Regierungsposition heraus sukzessive lokale Kräfteverhältnisse zu verschieben und die Spielregeln innerhalb der Institutionen zu verändern. Im Sinne eines Plattform-Municipalismus (Thompson 2021, S. 326) wird versucht, die Zivilgesellschaft über neu geschaffene und oftmals an digitale Plattformtechnologie gebundene Partizipationsmechanismen zu aktivieren und ökologische und demokratische Souveränitäten auf lokalstaatlicher Ebene auszubauen. Damit versucht Barcelona en Comú subalterne und feministische Interessen im Lokal-

staat zu verdichten und diesen über materielle Zugeständnisse stärker in Richtung eines Sozialstaates mit weitreichenden sozialen und demokratischen Rechten für die Zivilgesellschaft zu verschieben. Die CUP organisiert und inszeniert sich als antagonistische Kraft innerhalb der Institutionen und der Stadtpolitik. Mit einem rupturistischen Ansatz denunzierte und konfrontierte sie bestehende ökonomische, politische und territoriale Kräfteverhältnisse – zu denen auch Barcelona en Comú gezählt wird – und versuchte diese Verhältnisse über die Bewegung für eine katalanische Unabhängigkeit herauszufordern und zu überwinden. Trotz der Präsenz in politischen Institutionen wird der Fokus im Sinne eines *Dual Power*-Ansatzes auf den Aufbau von lokalen Basis- oder Volksversammlungen als Grundlage eines autonomen Munizipalismus (ebd., S. 327) alternativ zum (Lokal-)Staat und dessen materielles Gerüst gelegt. Nicht die Spielregeln der Institutionen sollen verändert werden, sondern der Staat unterbrochen und kurzgeschlossen werden. Beide Ansätze versuchen damit raum-zeitliche Matrizen und die damit verbundene Organisation von Politik und Ökonomie zu rekonstituieren (Jessop 2008, S. 189). Während Barcelona en Comú innerhalb des Staates versucht, über diesen in bestehender Form hinauszugehen, konzentriert sich die CUP auf den Kampf gegen den kapitalistischen Staat und versucht darüber, das bestehende Verhältnis zu überwinden (Kap. 13.2).

## 11 Zum Verhältnis von Krise, Selbstorganisation und Institutionen in Barcelona-Sants

Generell ist die GHAS (Grup d’Habitatge de Sants) eine große Familie, in der alle zum Wohle der GHAS zusammenarbeiten, weil die Menschen ihre Lebensbedingungen in der Nachbarschaft verbessern wollen. (Int. 24.05.2019)

An dieser Stelle werden in einem dritten empirischen Schritt die Stadtteile Sants, La Bordeta und Hostafrancs fokussiert, um die auf der Mesoebene Barcelonas analysierten Stadtentwicklungsprozesse sowie die damit verknüpften politischen Mobilisierungs- und Organisationsprozesse auf der Mikroebene zu verorten und zu vertiefen. Diese Mikro-perspektive soll ermöglichen, die Folgen der nachgezeichneten Krisen und die damit verbundene Rekonfiguration der sozialen Reproduktion im Alltag der Menschen sichtbar zu machen und konkreter zu fassen. Zugleich werden durch das Kapitel Formen außerparlamentarischer Widerstands- und Organisationsmomente stärker in den Blick genommen und im Sinne des Eingangszitates nach den Möglichkeiten materieller Verbesserungen sowie der Entstehung neuer solidarischer Beziehungsweisen durch die Kämpfe gefragt.

Die Entwicklung des Stadtteils ist durch die von Harvey benannte Doppelbewegung von Kapitalakkumulation und Klassenkampf geprägt, von der kapitalistischen Industrialisierungs- und Urbanisierungsphase und der Arbeiter\*innenorganisation Anfang des 20. Jahrhunderts über nachbarschaftlichen Widerstand gegen großflächige Stadtteilumstrukturierungen bis zu den heutigen Kämpfen gegen das neoliberale Stadtmodell und die Wohnraumkrise (Kap. 8.4). Diese widerständige Geschichte wird bis heute aufrechterhalten und hat sich fest in die Identität von Sants als ein „unabhängiger, populärer und rebellischer Stadtteil“<sup>1</sup> eingeschrieben.

Im folgenden Kapitel werden verschiedene Aspekte dieses „rebellischen“ Stadtteils aufgezeigt, angefangen bei der jüngsten Stadtteilentwicklung aus Perspektive der Bewohner\*innen (Kap. 11.1). Davon ausgehend werden verschiedene Formen der Selbstorganisation – von ökonomischen, kulturellen, sozialen bis zu nachbarschaftlichen Strukturen – sowie deren Verbindungen innerhalb des Stadtteils vorgestellt (Kap. 11.2). Anschließend wird auf das Konzept der *Memoria Histórica* als einer Form der Geschichtsschreibung von unten eingegangen und analysiert, wie sich darüber die genannten Punkte zu einer gemeinsamen rebellischen Identität verbinden (Kap. 11.3). Im vierten Abschnitt wird der Fokus auf den Aktivitäten der Grup d’Habitatge de Sants liegen, die sich seit 2017 gegen die alltäglichen Ausformungen der Wohnraumkrise im Stadtteil richten (Kap. 11.4). Neben der Zusammensetzung, den Prinzipien und Strategien der Gruppe wird entlang konkreter Fälle auch die Entsicherung der Lebensverhältnisse in Fällen von

---

1 Immer wieder in der Nachbarschaft genutzter Slogan.

Wohnungsnot und (drohenden) Zwangsräumungen sowie die Selbstermächtigung der Subjekte in diesen Kämpfen untersucht. Abschließend (Kap. 11.5) wird aus den nachgezeichneten Erfahrungen aus dem Stadtteil noch einmal das Verhältnis zwischen Nachbarschaftsbewegungen bzw. Bewegungen aus der Nachbarschaft und Institutionen abgeleitet und eine stärkere außerinstitutionelle Perspektive auf den Munizipalismus eingenommen.

## 11.1 Aktuelle Stadtentwicklungsdynamiken in Sants

Wie weite Teil der Stadt haben sich auch die im Bezirk Sants-Montjuïc gelegenen Barrios La Bordeta, Hostafrancs und Sants<sup>2</sup> im Zuge der Stadtentwicklungsdynamiken und -krisen in den letzten Jahren verändert (Abb. 11). Ein deutlicher Indikator dafür sind die Mietpreise, die teilweise noch über den städtischen Durchschnitt angestiegen sind. So betrug der durchschnittliche Quadratmeterpreis für eine Mietwohnung in La Bordeta im Jahr 2020 13 Euro, was einen Anstieg um 40% im Vergleich zum Jahr 2014 bedeutet. Deutlich teurer sind die Quadratmeterpreise mit 14 Euro in Hostafrancs (2014: 10,30 Euro, Anstieg: 36%) und 13,90 Euro in Sants (2014: 10,10 Euro, Anstieg: 37,6%), die damit über dem Stadtdurchschnitt von 13,60 Euro liegen. Bei den durchschnittlichen Wohnungsmieten liegen die Preise zwar deutlich unter dem Mittelwert der Stadt (978,8 Euro), doch sind auch in diesem Bereich seit 2014 die Preise um 40% in Sants (874,5 Euro), 41% in La Bordeta (861,8 Euro) und sogar 43,5% in Hostafrancs (852,3 Euro) angestiegen (Ayuntamiento Barcelona 2022b). Wie sich diese Dynamiken auf die Bewohner\*innen in Sants auswirken, verdeutlichen zwei Nachbar\*innen aus Hostafrancs:

A: „In Hostafrancs geschieht sie [die Gentrifizierung].“

B: „Es ist nicht so stark wie in Raval oder Ciutat Vella, aber die Preise steigen deutlich an. Und auch in unserer Nachbarschaft Hostafrancs, die überhaupt keine noble oder schicke Nachbarschaft ist. Die Straßen sind schmutzig, aber die Preise steigen.“

A: „Es gibt einen *Gipsy*-Sänger namens Muchacho y Los Sobrinos und der hat ein Lied über die Mietpreise gemacht. Es gibt *Gipsies* aus Hostafrancs, die hier seit Generationen leben, aber heute steigen die Preise und der Druck wächst. Früher wurde gesagt: Okay, wir wollen nicht in Hostafrancs leben, weil es voller *Gipsies* ist. Und jetzt gibt es diese neuen Führungskräfte, die in Barcelona leben. Alle Leute wollen in Barcelona wohnen. Und hier wohnst du in der Nähe des Plaça d’Espanya, mehr oder weniger in der Nähe von Las Ramblas, dem Meer, Montjuïc. Es ist ein sehr gut gelegenes Viertel. Es gibt viele alte und billige Gebäude zu kaufen und die Mieten steigen und die Leute, die hier seit Jahren leben, sind aus dem Viertel vertrieben worden.“

A: „Ja, und es geht ganz einfach. Denn die Investmentfonds und jetzt diese neuen

2 Die Barrios werden im Folgenden, wenn nicht näher spezifiziert, synonym als Sants zusammengefasst.

Investoren suchen eigentlich nach günstigen Gebäuden, die sie hier haben können und die nah am Zentrum sind.“ (Int. 02.04.2019)

In dem Song „El Alquiler“ (dt. „Die Miete“) beschreibt der Sänger Muchacho, wie er eine neue Wohnung in seiner jetzigen Nachbarschaft sucht, die offerierten Objekte allerdings nicht in Frage kommen, entweder aufgrund eines desaströsen Zustands („Und die erste Wohnung, die ich mir ansah, als ich reinkam, bin ich fast gestorben. Es fehlte eine Wand, die halbe Decke und der halbe Boden.“), übersteuerten Preisen („Ich musste mich schlapp lachen. Ist das ein Scherz oder eine Lüge? Viertausend Euro pro Monat und die Treppe ist nicht inbegriffen.“) oder Beidem in Kombination. Nach den Gentrifizierungs-Hotspots wie dem Altstadtgebiet um El Raval und dem Barri Gòtic, den angesagten und kulturell anziehenden Gracia sowie Sant Antoni sind in den letzten Jahren auch verstärkt Verdrängungsprozesse in Sants zu verzeichnen (Int. 08.05.2019, Int. 29.06.2021, Int. 26.08.2021). Bewohner\*innen, die sich die Miete nicht mehr leisten können oder keine adäquate Wohnung mehr finden, ziehen an den Rand von Sants-Montjuïc oder in die direkt angrenzende Nachbarstadt L’Hospitalet de Llobregat (Int. 15.04.2019, Int. 23.05.2019). Eine weitere Folge dieser Dynamiken ist eine zunehmende Veränderung des Einzelhandels. Viele der traditionellen inhaber\*innengeführten Geschäfte aus dem Stadtteil mussten im Laufe der ökonomischen Krise schließen und die Erdgeschossflächen wurden aufgrund einer höheren Rentabilität oftmals in Wohnungen umgewandelt. Mit einer zunehmenden Touristifizierung der Gegend veränderte sich die Struktur und das Angebot des Einzelhandels hin zu Franchise-Angeboten und „nicht sehr persönlichen Läden ohne jeglichen Geschmack oder Sorgfalt“ (Int. 26.08.2021). Nach Ansicht einer langjährigen Bewohnerin



*Abb. 11: Neubauprojekt in Barcelona-Sants  
Quelle: Eigene Aufnahme 2021*



des Stadtteils war die Eröffnung des Einkaufszentrums Las Arenas in einer ehemaligen Stierkampfarena am Plaça d'Espanya im Jahr 2011 in dieser Hinsicht wie „eine Invasion“ (ebd.). Zudem wurden öffentliche Flächen kommodifiziert und für Restaurant- und Barterrassen lizenziert, wodurch zentrale Plätze „wo man Fußball spielt, auf den Bänken sitzt und auf der Straße trinkt“ (Int. 24.05.2019) verloren gegangen sind. Obwohl Sants etwa im Gegensatz zu den genannten Gracia oder Ciutat Vella den Vorteil hat, dass es aus den Augen von Tourist\*innen „ein hässliches Viertel ist“ (Int. 29.06.2021) und wenig an direkten touristischen Attraktionen zu bieten hat, breitet sich der Tourismus aus den Innenstadtgebieten „wie ein Ölteppich“ (Int. 09.04.2019) auch auf Sants aus.

Damit verbunden ist die Verknappung von verfügbarem Wohnraum durch die vermehrte Umwandlung zu Ferienappartements und der Anstieg der Mietpreise. Hinzu kommt die verstärkte Finanzialisierung von Wohnraum und das auch im oberen Zitat angesprochene Agieren internationaler Investmentfonds auf dem Immobilienmarkt, wie zum Beispiel das finnische Vauras Investment, die auch in Sants „ihre Krallen ausfahren“ (Int. 26.08.2021). Ein Mitglied der Architekturkooperative La Col bringt diese Entwicklungen wie folgt auf den Punkt: „Der Immobilienmarkt in Sants ist im Kommen. Die Menschen werden vertrieben, die Dynamik der Gentrifizierung kommt auch in Sants an“ (Int. 08.05.2019). Damit verändert sich auch die Zusammensetzung der Bewohner\*innen und das Profil der Nachbarschaften zunehmend von einem Bezirk der Arbeiter\*innenklasse hin zu einer immer stärkeren Prägung durch die Mittelschicht (Int. 23.05.2019). Durch diese Verdrängungsprozesse beobachten Bewohner\*innen eine zunehmende Erosion des gewachsenen sozialen Gefüges des Stadtteils und damit der Basis für eine organisierte Nachbarschaftsbewegung (Int. 15.04.2019). Diese Prozesse gehen jedoch keineswegs reibungslos vonstatten, sondern prallen in Sants auf eine Soziale Fabrik, die sich durch eine tradierte Widerständigkeit auszeichnet. Nach Aussagen verschiedener Bewohner\*innen konnten durch diese nahen sozialen Beziehungen und den damit oftmals verbundenen Anspruch einer gewissen Selbstorganisation des Alltages bis dato stärkere Verdrängungsdynamiken verhindert werden:

Wir haben das Gefühl, dass dieses Sants sehr stark zu den Menschen in Sants gehört. Aber wir bewegen uns auch in Umgebungen, die sehr engagiert sind und in denen sich viele Organisationen und Menschen aus der Nachbarschaft befinden, die sich sehr für die Nachbarschaft engagieren, und deshalb sind sie wahrscheinlich diejenigen, die später gehen werden, wenn überhaupt jemand geht. (Int. 08.05.2019)

Darüber hinaus konnte Sants so seine ursprüngliche Identität als *Barrio Obrero* (dt. Arbeiterstadtteil) aufrechterhalten und wurde so „in Beziehung zu dem, was in ganz Europa in den Großstädten passiert, den gentrifizierten Stadtteilen, der Gewalt des Tourismus“ (ebd.) noch nicht vollends erfasst. Dem folgend soll nun ein vertiefender Blick in diese Soziale Fabrik von Sants geworfen und Momente und Orte der Selbstorganisation und des Widerstands kartiert werden.

## **11.2 Selbstorganisierte Infrastrukturen als Knotenpunkte des Widerstands in der Sozialen Fabrik Sants**

Und in Sants haben wir eine Menge gewonnen. Du lebst in einer alternativen Welt oder in einem alternativen System innerhalb der Welt. Du gehst zur Arbeit und dann gehst du ins Kino Zumzeig und dann trinkst du ein Bier im Casal oder ein *Kanyote* im Kop de Mà oder Terra d'Escudella. Dann kann man nach Can Battló zu einer Ausstellung oder zum Zirkus gehen. Dann kannst du in deine eigene Bibliothek gehen und die Bücher haben, die du willst. Du kannst leben wie die sozialdemokratische Partei in Deutschland in den 1920er Jahren. Du kannst in einer eher linken Welt leben. Man muss nur außerhalb dieser Welt arbeiten. Wobei einige Leute arbeiten auch innerhalb dieser Welt. (Int. 02.04.2019)

An verschiedenen Stellen dieser Arbeit ist bereits deutlich geworden, dass Sants „immer sehr organisiert, sehr aktivistisch und sehr nachbarschaftlich war“ (Int. 25.04.2019) und eine solche Tradition vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis heute aufrechterhalten und fortgeführt wird. Dies drückt sich in einem vielfältigen alternativen Kulturangebot und einer damit zusammenhängenden selbstorganisierten Infrastruktur aus, die zugleich Ausdruck und Ausgangspunkt von politischen Organisationsprozessen ist. In, um und zwischen diesen Infrastrukturen organisieren sich soziale Bewegungen und Kämpfe als temporäre oder permanente Akteure im Stadtteil wie die CDRs (Kap. 11.3.2) oder die GHAS. Des Weiteren wird ein Fokus auf den Aufbau kollektiver und kooperativer Strukturen des Arbeitens und Wohnens gelegt. Aus diesem, mal mehr, mal weniger offensichtlich gewollten Zusammenspiel verschiedener Kämpfe und Bewegungen wird eine alternative Form der territorialen Organisation gemacht, welche die Bedürfnisse des Stadtteils abdeckt, eine gewisse Widerstandsfähigkeit gegen die hegemoniale Produktionsweise und deren Krisenhaftigkeit entwickelt und neue Beziehungsweisen ermöglicht (Int. 11.04.2019). In einem kleinen literarischen Spaziergang durch Sants werden Knotenpunkte dieser territorialen Organisation vorgestellt (Abb. 12).

Wir starten unsere Tour in dem direkt an der Bahnstation Sants gelegenen Parc de l'Espanya Industrial, der 1985 auf dem Gelände der ehemaligen Textilfabrik Vapour Nou errichtet wurde. Im Park befinden sich Sportmöglichkeiten, Flächen zum Verweilen und ein kleiner künstlicher See sowie angrenzend ein Sportzentrum, das im Zuge der Olympischen Spiele 1992 gebaut wurde. Neben dem ehemaligen Fabrikgebäude Casa del Mig im Herzen des Parks verweist vor allem ein großes Wandgemälde in Erinnerung an den Kongress von Sants auf die ehemalige Industriegeschichte. Nur zwei Minuten entfernt vom Park in der Carrer Vallespir fand 1918 im Ateneu Racionalista dieser von der anarcho-syndikalistischen CNT organisierte Kongress statt, welcher maßgeblich zum Erstarren der Gewerkschaft und deren führende Rolle im Kampf gegen Franco im Spanischen Bürgerkrieg beitrug. Rund um den Park und die ehemalige Fabrik siedelten sich mit der



Abb. 12: Selbstorganisierte Infrastrukturen und Memoria Histórica in Barcelona-Sants  
Quelle: Eigener Entwurf 2022

Industrialisierung tausende Arbeiter\*innen aus dem katalanischen Umland in der näheren Umgebung an und mit den Urbanisierungsprozessen weiteten sich auch die Kämpfe gegen schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen und alternative Räume der Kultur und der Wirtschaft aus, die Sants bis heute prägen:

Denn schließlich gibt es eine Art historisches Gedächtnis (*memoria històrica*), das besagt, dass all die Dinge, die in der Nachbarschaft im Allgemeinen benötigt wurden, auf der Strecke geblieben sind, da die Verwaltung sie oft nicht in Angriff genommen hat. Letztendlich war es die Nachbarschaft selbst, die sie gefördert hat. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es zum Beispiel im Schulwesen einen sehr wichtigen Kampf um den Bau öffentlicher Schulen. Es gibt Fotos von Sants im Jahr 1909, wo es zu Demonstrationen in Richtung Plaça Sant Jaume kam.

Und natürlich denke ich, dass dies zum Beispiel sehr gut die Genossenschaften und die *Ateneus* erklärt. Wir schaffen eine alternative Gesellschaft, in der wir eigene kulturelle Räume haben. Das wird das Ateneu in Sants sein, das wichtig sein wird. Und die Räume für eine alternative Wirtschaft, wie die Genossenschaften, die sehr stark sein werden. Natürlich denke ich, dass dies in gewisser Weise die Bedeutung der Zusammenschlüsse erklärt. In Sants war das schon immer sehr wichtig. (Int. 12.04.2019)

Auf dem Wandbild sind links die Fabriken und rauchenden Schornsteine von Sants unter dem Verweis auf den stattgefundenen Kongress zu sehen und in der Mitte prangt ein Zahnrad als Zeichen für Technik, Fortschritt und Arbeit und die Arbeiter\*innenklasse über der Inschrift: „Es ging also darum, eine Bürgerschaft aufzubauen, die sich aus arbeitsfähigen Arbeitern zusammensetzt, die gleichzeitig entscheidendes Wissen auf wissenschaftlicher, künstlerischer, kultureller und sozialer Ebene entwickeln würden“<sup>3</sup>. Auf der rechten Seite der großflächigen Malerei ist eine Gruppe von Frauen und Kindern zu sehen, die aus einem Buch lesen, als Ausdruck für die genannte kulturelle und soziale Ebene sowie für die wichtige Rolle von Frauen im sozialen Gefüge (Abb. 13).

Neben dieser Funktion als historisches Gedächtnis ist der Park ein wichtiger sozialer Treffpunkt für die Nachbarschaft, der auch regelmäßig von linken Gruppen aus dem Stadtteil mit Aktivitäten bespielt wird. Etwa veranstaltet das CUP-nahe Casal Independentista de Sants Jaume Compte, welches seine Räumlichkeit in der Carrer de Muntadats genau gegenüber vom Park hat, einmal im Jahr eine sogenannte *Calçotada Popular de Sants* auf der Fläche. Bei dem katalanischen Volksfest werden Frühlingszwiebeln über offenem Feuer gegrillt und mit der typischen *Botifarra*-Wurst und Brot mit Tomate serviert. Dazu gibt es den klassischen *Vermut*, der in Katalonien nicht nur einen mit Gewürzen und Kräutern aromatisierten Wein beschreibt, sondern ein soziales Ereignis. Umrahmt von politischen Bannern und *Esteladas Vermellas*<sup>4</sup> kommen so hunderte Nachbar\*innen und Anhänger\*innen der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung im Park zusammen. Das Kulinarische wird gerahmt von einem Kulturprogramm mit Volkstänzen, Livemusik und politischen Reden. Dabei werden auch Akteur\*innen aus dem Stadtteil eingebunden. Bei der *Calçotada* im März 2020 wurde etwa die GHAS eingeladen, an einem Stand Kaffee zu verkaufen, um Geld für die Gruppe zu sammeln. Zudem hat eine Vertreterin der GHAS eine Rede auf dem Fest gehalten, wo sie über die Wohnungssituation im Stadtteil und den Kampf der Gruppe gegen Zwangsräumungen und Verdrängung berichtete, was mit großem Beifall der Anwesenden quittiert wurde (TB 01.03.2020).

Ein anderes Beispiel für die zentrale Nutzung des Parks ist die regelmäßige *Festa Major Alternativa de Sants* am letzten August-Wochenende des Jahres. Die *Festes Majors* sind traditionelle Stadtteilstefte, die sich über ganz Barcelona verteilen und von den Nachbarschaften organisiert werden. Viele Straßen haben eigene Festkomitees, die sich das Jahr über auf diese eine Woche vorbereiten, ein Kulturprogramm mit Konzerten und Aufführungen sowie das Schmücken der Straße planen. In einigen Stadtteilen wie Sants oder Gracia gibt es zudem alternative Stadtteilstefte, die sich ein stärkeres politisches Programm geben und von verschiedenen Strukturen aus den Stadtteilen organisiert werden. Die *Festa Major Alternativa de Sants 2021* etwa stand unter dem Motto „100 Jahre Kampf, 25 Jahre Alternativen“, was sich zum einen auf das 100-jährige Jubiläum des *Canadenca-General-*

3 Es tractava donce, de construir una ciutadania feta d'obers i obreres amb qualificació per treballar, que, alhora, desenvolupessin coneixements crítics a nivell científic, artístic, cultural i social.

4 Flagge der (revolutionären) katalanischen Unabhängigkeitsbewegung.



Abb. 13: Mural im Parc de l'Espanya Industrial in Erinnerung an den Congr s de Sants  
Quelle: Eigene Aufnahme 2019

streiks<sup>5</sup> und zum anderen auf den 25. Geburtstag der Festa Alternativa bezieht. Zentral ist dabei die Betonung einer feministischen Perspektive. Mit Flyern und Postern, Ansprachen von der Bühne und nächtlichen Demonstrationen von Frauen und Queers sollen machistische Aggressionen verhindert und ein möglichst sicherer Ort für alle geschaffen werden.

Feste wie die Calçotada Popular oder die Festa Major Alternativa dienen somit zur Stärkung der popularen katalanischen Kultur, die in diesem Sinne auch immer eine deutliche politische Komponente hat. Oftmals werden Verbindungen zur kämpferischen Geschichte und der Arbeiter\*innen-Identität des Stadtteils hergestellt und mit aktuellen Entwicklungen und Kämpfen verbunden. Neben der aktiven Schaffung von sozialer Nähe über die Bespielung des öffentlichen Raumes werden mit dieser Praxis zudem politische Initiativen in der Nachbarschaft vernetzt.

Wenn man den Park durch den südlichen Hauptausgang verlässt, kommt man über die Carrer de l'Autonomia in die Carrer de Riego, in der lange Jahre die Räumlichkeiten der selbstverwalteten Genossenschaft La Ciutat Invisible ansässig waren. Das 2005 gegründete Projekt ist zum einen auf den Schwerpunkt Wissensgenerierung und -diffusion in den Bereichen der solidarischen und feministischen Ökonomie sowie der sozialen

5 Der Vaga de la Canadenca war ein Generalstreik in Katalonien, der am 5. Februar 1919 in Barcelona begann und 44 Tage dauerte. Getragen von der anarcho-syndikalistischen CNT wurden zu H chstzeiten fast drei Viertel der katalanischen Industrie paralyisiert. Aus dem Generalstreik gingen weitgehende Erfolge der Arbeiter\*innenbewegung wie der Achtstundentag in ganz Spanien hervor.

Transformation (kommunale Selbstverwaltung, soziale Bewegungen, Kooperativismus) fokussiert, zum anderen wird von der Genossenschaft ein Buchladen betrieben, in dem es neben Literatur auch eigene Kleidungsangebote mit politischen und lokalen Motiven zu kaufen gibt. In diesem Sinne ist La Ciutat Invisible ein autonomer *Think Tank*, der vor allem das Thema des Genossenschaftswesens und die Aneignung der lokalen Geschichte von Sants gezielt vorangetrieben hat. Eine Gründerin des Projekts sagt dazu:

Wir fühlen uns als Teil einer Genealogie sozialer Bewegungen, die in diesem Gebiet lokalisiert ist. Hier sind wir in den 90er Jahren, als sich die Trägergruppe der Ciutat Invisible vor der Gründung der Genossenschaft traf, aufgewachsen und haben uns in sozialen Zentren politisiert. Dort sind wir mit der libertären und populären Bewegungen sowie der Selbstverwaltung in Kontakt gekommen, was zwei unserer wichtigsten Einflüsse sind. Zum einen, um ein territoriales Projekt der sozialen Bewegung in der Nachbarschaft zu schaffen. Ausgehend von den besetzten sozialen Zentren. Zum anderen auch als Strategie zur Lösung der territorialen Bedürfnisse. Wir haben die Gründung der ersten moderneren selbstverwalteten Genossenschaften gefördert. Bei der Förderung dieser Genossenschaften untersuchten wir auch unsere eigenen Ursprünge, und dabei entdeckten wir die Genealogie der Genossenschaftsbewegung in unserer Nachbarschaft von Sants. (Int. 11.04.2019)

Von dem Projekt La Ciutat Invisible geht seit 20 Jahren eine Nachbarschaftsarbeit aus, die lange Zeit „als Lokalpatriotismus ohne Perspektive“ (ebd.) kritisiert wurde, aber in diesem Zeitraum eine territoriale Organisation vorangetrieben und dabei ein Netzwerk „eroberter“ (ebd.) selbstorganisierter Räume wie Can Vies, Can Batlló oder Lleialtatsantsenca und lokaler Genossenschaften mit aufgebaut hat. Letzteres ist in den vergangenen Jahren in Sants massiv gewachsen und umfasst mittlerweile 40 Projekte in den Bereichen Kultur, Bildung und Pflege, Gastronomie, Technik und Kommunikation sowie Wohnen und Energieversorgung, die in vielen Fällen untereinander zusammenarbeiten (Impuls. Cooperatiu de Sants 2022). Begünstigt wird diese Entwicklung durch fördernde Strukturen wie eine Bank für solidarische Ökonomie oder beratende Organisationen. La Ciutat Invisible hat in dieser Entwicklung eine wichtige Stellung eingenommen und sowohl theoretische als auch praktische Impulse über Veröffentlichungen, Bildungs- und Vernetzungsarbeit sowie als Scharnier zu institutionellen Akteur\*innen auf städtischer und regionaler Ebene geleistet, was die solidarische und feministische Ökonomie auch auf dieser Ebene präsenter machte. Im Jahr 2019 hat La Ciutat Invisible zusammen mit sieben anderen Projekten der solidarischen Ökonomie den naheliegenden kooperativen Kulturraum La Comunal eröffnet, „um Fähigkeiten und Kräfte zu bündeln, interkooperative Beziehungen untereinander zu stärken und so den Umfang und die gemeinschaftliche Wirkung der transformativen sozioökonomischen Praktiken zu multiplizieren“ (La Comunal 2022, o. S.).

In diesem Projekt in der Carrer Riera d'Escuder ist auch die Architekturkooperative La Col untergebracht. Die Wurzeln von La Col reichen bis in das Jahr 2009 zurück und offiziell hat sich die Kooperative im Jahr 2014 mit dem Ziel gegründet, um Architektur stärker als „Instrument für soziale und stadtbezogene Kämpfe“ (Int. 08.05.2019) zu nutzen. Seitdem hat die Kooperative immer wieder mit Studien und Aktivitäten in die lokale Stadtplanung von Sants interveniert und sich kontinuierlich mit anderen Projekten vernetzt und dort eingebracht. So war La Col in der planerischen und architektonischen Umsetzung von Can Batlló sowie vom Lleialtat Santsenca intensiv beteiligt. Aus Perspektive des Lleialtat beschreibt ein Vertreter, wie wichtig dieses professionelle Wissen in der Umsetzung des Projektes war:

Ich denke, es ist sehr wichtig, dass es in Zeiten, in denen große Fortschritte gemacht wurden und Nachbarschaftssiege errungen wurden, immer einen doppelten Aspekt gibt. Die Leute, die die Projekte vorantreiben, sollten dabei sein, aber immer mit professionellem Wissen. Natürlich können die Nachbarn vieles erreichen, indem sie einfach nur Forderungen stellen, aber irgendwann wird die Verwaltung sagen: ‚Okay, gut, wir kümmern uns darum‘, aber die Realität ist so, wie sie ist, weil zum Beispiel die Leute von La Col und die Architekten dabei waren. Sie verfügen über das gesamte technische Wissen, waren in der Nachbarschaft tätig und wissen, wie Sants funktioniert. Also ist es viel einfacher, zum Rathaus zu gehen und zu sagen: ‚Schaut, wir haben einen Plan für die Nutzung des Gebäudes gemacht‘, als zu sagen, wir wollen einen Raum für die Nachbarschaft. So können sie bei Verhandlungen darauf zurückgreifen, weil es ihnen letztendlich auch bei den Verhandlungen mit dem Stadtrat hilft. Wenn man kein technisches Wissen hat, kann man ein bisschen durcheinanderkommen, aber es gibt Leute, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, die aufgrund ihres Fachwissens wissen, wovon sie reden. (Int. 12.04.2019)

Diese Doppelbewegung aus Nachbarschaftsbewegung als Druck von der Straße und den professionellen Vorschlägen zur Umsetzung verschafft eine bessere Ausgangsposition gegenüber Institutionen und Verwaltung und kann gegebenenfalls auch mangelnde personelle Ressourcen innerhalb der Verwaltungsstrukturen überbrücken. Somit schreibt sich in gewisser Weise eine Stadtplanung von Unten in die Stadtpolitik ein, wobei Akteure wie La Col oder auch die in vorangegangenen Kapiteln benannten La Hidra Cooperativa eine Scharnierfunktion zwischen Nachbarschaften und Institutionen einnehmen.

Weiter geht es auf der Carrer de Riego, auf der wir den Plaça d'Osca und das dahinterliegende der Unabhängigkeitsbewegung nahestehende Kooperativrestaurant Terra d'Escudella passieren. Wenige Meter weiter können wir das oben beschriebene *Kanyote* (Glas Bier) in der Kollektivkneipe Kop de Mà trinken. Wenn wir die zentrale Carrer de

Sants überqueren, kommen wir in den südlichen Teil vom *Barrio Sants* mit dem selbstverwalteten Zentrum Can Vies und den umliegenden öffentlichen Plätzen, wo regelmäßig selbstorganisierte Veranstaltungen wie der Can Vies-Geburtstag (TB 11.05.2019) oder politische Diskussionsrunden z.B. zur Wohnungsfrage abgehalten werden (TB 13.04.2019). Wir halten allerdings auf die Carrer d'Olzinelles zu, in der das erwähnte Lleiatal Santsenca (Abb. 14) und das Centro Social de Sants direkt gegenüberliegen.

Das Lleiatal Santsenca ist in dem Gebäude einer ehemaligen Arbeiter\*innengenossenschaft aus den 1920 und -30er Jahren untergebracht, die sowohl eine Einzelhandelsfunktion hatte, als auch kulturelle und soziale Aktivitäten anbot. Nach Ende des Spanischen Bürgerkrieges wurde das Gebäude von der faschistischen *Falange* kontrolliert, später wurde das Gebäude zu einer Diskothek umgenutzt und ging 2006 schließlich in städtischen Besitz über. Nach mehreren Jahren Leerstand wurde auf Druck der Nachbarschaftsbewegung 2012 mit der Sanierung des Gebäudes begonnen, aber aufgrund der Wirtschaftskrise wieder unterbrochen. Erst 2017 wurden die Arbeiten abgeschlossen und seitdem wird das kommunale Gebäude von einer selbstverwalteten Koordinierungsstruktur geleitet (Int. 12.04.2019). In Erinnerung an das historische Gebäude wurde der ursprüngliche Name übernommen und auch die ehemalige Doppelfunktion der Arbeiter\*innengenossenschaft als soziokulturelles Angebot und solidarische Ökonomie soll sich im heutigen Lleiatal widerspiegeln. Das Lleiatal sieht sich als „Werkzeug für die Nachbarschaft“ (ebd.) und will einen offenen Raum zur Verfügung stellen, der von der Nachbarschaft genutzt und gefüllt wird. Aktuell nutzen 65 Entitäten die Räumlichkeiten für geschlossene und offene Aktivitäten, von Theater-, Tanz- und Chorgruppen, über politische Initiativen, Lebens-



Abb. 14: Das Nachbarschaftszentrum Lleiatal Santsenca in Barcelona-Sants  
Quelle: Eigene Aufnahme 2019



mittelkooperativen bis hin zu einer Zeitbank (Lleialtat Santsenca 2022). Eine explizite Aufgabe des Lleialtat ist die Vernetzung dieser verschiedenen Gruppen und Angebote, um ein „Hotel von Entitäten“ (Int. 12.04.2019) zu vermeiden, in dem jede Struktur einen Schlüssel hat und einfach nur ihre Sache macht und dann wieder geht. Daneben werden auch eigene Aktivitäten entfaltet. Etwa rief das Lleialtat 2018 ein partizipatives Projekt aus, bei dem Bewohner\*innen des Stadtteils historische Fotos und mündliche Erinnerungen einreichen sollten. Unter dem Titel *Familiar del Barri* (dt. Familie aus der Nachbarschaft) sollte so das kollektive Gedächtnis des Stadtteils gestärkt werden (ebd.). Auf den Aufruf wurden 400 Fotografien und über 17 Stunden persönliche Berichte gesammelt, die im Jahr 2021 Teil des Stadtarchives des Bezirkes Sants-Montjuïc wurden. Das Lleialtat dient in seinen verschiedenen Funktionen als wichtige soziale Infrastruktur im Stadtteil und forciert dabei auch einen Vernetzungsaspekt zwischen verschiedenen Strukturen. Gleichzeitig werden über die Wiederaneignung dieses historischen Gebäudes samt Namen und die verschiedenen Angebote ein Bewusstsein für die Geschichte des Stadtteils geschaffen, der eng mit der Geschichte der Arbeiter\*innenbewegung verknüpft ist.

Wenn wir der kleinen Carrer d'Olzinelles bis zum Ende folgen, kommen wir direkt auf das Gebäude der Sant Medir-Kirche und deren vorgelagerte Stufen zu. Diese Kirche spielt eine wichtige Rolle in der Geschichte Sants zu Zeiten der Franco-Diktatur und bildet damit einen Knotenpunkt in dem historischen Gedächtnis des Stadtteils (Int. 23.05.2019). Während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Kirche ein Zentrum kultureller, sozialer und politischer Aktivitäten in der Nachbarschaft. Vor allem in den letzten Jahren der Diktatur diente das Gebäude als Zufluchtsort für politische Verfolgte und Treffpunkt für verbotene und klandestin agierende Gruppen. In den 1960er Jahren gründete sich dort die erste Arbeiter\*innenkommission in Katalonien unter der Diktatur und im Februar 1976 wurde dort die CNT neu gegründet, die schließlich eineinhalb Jahre später legalisiert wurde. Durch ein Abkommen zwischen Franco und dem Vatikan war Ersterem das Einmischen in kirchliche Belange und die repressive Intervention in den Betrieb verboten, wodurch neue Räume für anti-diktatorische Aktivitäten entstanden sind. Damit einher ging auch die „Figur der roten Priester“, die aus der Arbeiter\*innenklasse stammten, Kommunisten waren und die Kirche als Ort für die demokratische Opposition nutzten (Int. 12.04.2019).

Direkt nebenan befindet sich das Gelände des Can Batlló, welches 2011 durch die Nachbarschaftsbewegung erkämpft wurde. Damals wurde als Reaktion auf den Mangel an sozialer Infrastruktur im Stadtteil, im Rahmen einer längeren Kampagne die Besetzung des Geländes angekündigt, was zu einer Übereinkunft zwischen Stadt, Eigentümer und Nachbarschaftsbewegung führte. Seitdem füllt das Can Batlló eine solche Funktion für den Stadtteil aus. Das Projekt beherbergt eine selbstverwaltete Bar, vielseitige Kultur- und Freizeitangebote, eine Bibliothek, eine Schule und verschiedene Werkstätten. Diese Infrastrukturen sollen dabei explizit der Nachbarschaft offenstehen. So können etwa die

Werkstätten von den Anwohner\*innen genutzt werden, wenn z. B. „Frau Maria, die 80 Jahre alt ist, herkommt und sagt ‚Hey, das ist kaputt‘ und wir schauen, ob wir das wieder hinkriegen“ (Int. 10.05.2019). Aber dieses Angebot soll nicht nur als eine Dienstleistung verstanden werden, sondern die Leute sollen vielmehr animiert werden, die Einrichtungen und Arbeitsmittel zu nutzen und die Probleme selbst zu lösen bzw. dies zu erlernen: „Die Idee ist, zu sagen, dass wir nichts tun werden, sondern wir euch die Mittel überlassen, um es zu tun“ (ebd.). Zudem bestehen zahlreiche Verbindungen zum Bereich der solidarischen Ökonomie. Neben dort ansässigen genossenschaftlich organisierten Betrieben werden über Veranstaltungen und Messen die Ideen der sozialen, solidarischen und feministischen Ökonomie verbreitet und Räume zur Generierung kollektiven Wissens und der Vernetzung geschaffen. Ebenso ist auf dem Can Batlló-Gelände das Projekt Coopolis angesiedelt, welches die Förderung der Sozial- und Solidarwirtschaft in Barcelona und die Gründung neuer Genossenschaften sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen in bestehenden Kooperativen zum Ziel hat (Int. 23.05.2019). Des Weiteren gehört zum Can Batlló das genossenschaftliche Wohnprojekt La Borda, welches nach dem Modell der Nutzungsüberlassung auf öffentlicher Fläche, aber unter Verwaltung der Genossenschaft, errichtet wurde.

Die Infrastruktur des Can Batlló wird zudem aktiv von anderen politischen Strukturen aus dem Stadtteil genutzt und generell bestehen enge Bindungen und Überschneidungen, so etwa auch mit der GHAS. Diese traf sich dort während der Covid-Pandemie, da die eigenen Räumlichkeiten unter Aspekten des Pandemieschutzes zu klein waren. Zum zehnjährigen Can Batlló-Geburtstag wurde die GHAS eingeladen dort Essen zu verkaufen, um Geld für Repressionskosten zu sammeln. In einem anschließenden Tweet schrieb die GHAS:

Can Batlló hat uns willkommen geheißen, damit wir uns auch inmitten der Covid-Krise treffen können und die Freund\*innen der *kafetaqueer* haben uns die Möglichkeit gegeben, *Pintxos* auf ihren Partys zu verkaufen. Wir freuen uns sehr, diese Bindungen zu stärken, danken euch, Freund\*innen. Liebe für die Nachbar\*innen, vorwärts GHAS und es lebe Can Batlló! (Grup d’Habitatge de Sants 2021b, o. S.)

Auch für Aktivitäten rund um den feministischen Kampftag am 8. März war das Can Batlló wiederholt Ausgangspunkt. 2019 und 2020 organisierten dort solidarische Unterstützer\*innen Kinderbetreuung und Essen für feministische Aktionen und Streiks. Männer verschiedener politischer Gruppen und aus der Nachbarschaft bereiteten in der Can Batlló-Küche Frühstück und Mittagessen zu, und 2019 trafen sich die streikenden Frauen und Queers dort zum kollektiven Essen. Das Jahr darauf wurde das präparierte Essen in die Carrer Sagunt gebracht, wo ein Haus für ein feministisches Wohnprojekt besetzt wurde.

Wenig überraschend treten bei einem Projekt mit solch einer Reichweite Konflikte und Widersprüche auf. Der Fokus auf die soziale und solidarische Ökonomie wird durchaus auch von am Projekt beteiligten Personen kritisiert, da dieses nicht vor Wettbewerbsmechanismen und der Konkurrenz des kapitalistischen Marktes geschützt sei und was dazu führen könne, dass sich die Angestellten einen unzureichenden Lohn zahlen und am Ende selbst ausbeuten. Gleichzeitig müsse verhindert werden, dass die genossenschaftlichen Unternehmen bei Erfolg und Wachstum stärker in hierarchische Strukturen übergehen (Int. 10.05.2019). Ähnliche Fallstricke werden in der Rolle des Can Batlló in der Stadtentwicklung gesehen, da durch die kulturelle Ausstrahlungskraft des Projektes auch Gentrifizierungsprozesse beschleunigt werden könnten (Int. 08.05.2019). Auch in den institutionellen Verbindungen über die Kooperation mit der Stadt hinsichtlich der Nutzungsüberlassung, aber auch in Verbindung mit den Projekten der genossenschaftlichen Ökonomie, wird vor der Gefahr einer möglichen Inkorporierung gewarnt.

Vom Can Batlló geht es Richtung Hostafrancs auf die Carretera de la Bordeta. Auf dem Weg begegnen wir vielen Bekannten, „jeder kennt jeden, [...] wir grüßen 30 Leute und mit jedem dieser 30 Leute haben wir gemeinsame Geschichten“ (Int. 29.06.2021). Vorbei am besetzten Wohnblock La Bordeta, in dem sich auch das Lokal der GHAS befindet (Kap. 12.2), stehen wir kurz dahinter vor dem genossenschaftlichen Wohnprojekt La Diversa. Im Erdgeschoss des Gebäudes befinden sich zwei Lokale, darüber türmen sich fünf balkonierte Stockwerke mit insgesamt zehn Wohnungen. Grundstück und Gebäude gehören der Stiftung La Dinamo und wurden über das Prinzip der Nutzungsüberlassung 30 Jahre an die Genossenschaft La Diversa übertragen<sup>6</sup>. Pro Wohnung musste eine Genossenschaftseinlage von 5.000 Euro gezahlt werden. Die monatliche Miete beträgt zwischen 620 und 670 Euro, inklusive eines Solidaritätsfonds für den Fall, dass ein Mitglied aus gegebenen Gründen die Miete einmal nicht bezahlen kann. Die Mitglieder der Kooperative verbinden politische Affinitäten, ein gewisses soziales und organisatorisches Kapital und ihre Verbundenheit zu Sants, wobei einige der Bewohner\*innen den Stadtteil aufgrund der prekären Wohnsituation verlassen mussten und nun mit langfristiger Perspektive zurückkehren konnten. Dabei werden diese Verbindungen, vor allem die Eingebundenheit in das soziale Gefüge von Sants und die benannten Kapitalformen, auch als Zugangsbeschränkungen zu dem Projekt gesehen (Int. 23.05.2019). Verwaltet wird das Haus durch die Bewohner\*innen komplett selbst, von anstehenden Reparaturen, regelmäßigen Reinigungsarbeiten bis zur Vermietung der Lokale. Dies bringt eine erhöhte Arbeitsbelastung und einen Versammlungsrhythmus, der mitunter „pflegefeindlich“ (ebd.) ist, mit sich. Gleichzeitig werden dadurch die sozialen Beziehungen untereinander gestärkt:

Ich finde es wirklich toll, dass es mit der Logik des Individualismus bricht, nicht in einem Viertel zu leben, in dem man niemanden kennt. Weil wir uns nicht nur ken-

<sup>6</sup> Dafür zahlt die Genossenschaft monatlich 1.300 Euro an die Stiftung La Dinamo.

nen, sondern auch ein Band der Solidarität zwischen uns haben. Die neue Satzung sieht auch Solidaritätsmechanismen zwischen Nachbarn vor, die es ermöglichen, dass die Genossenschaft bei Arbeits- oder Einkommenslosigkeit eines Nachbarn dessen Anteil an der Wohnung mitfinanziert. Sie geht über die menschliche Gruppe hinaus und stellt auch wirtschaftliche oder geschäftliche Beziehungen her, die sich von denen in konventionellen Wohnungen unterscheiden, in denen jeder für sein eigenes Wasser, seinen eigenen Strom usw. zahlt. Dort kennen sie die Nachbarn im Block nicht. (Int. 23.05.2019)

Das genossenschaftliche Wohnen erfüllt damit eine Doppelfunktion. Zum einen wird auf einer materiellen Ebene der Zugang zu Wohnraum ermöglicht und längerfristig sichergestellt, zum anderen werden Nähe und neue Beziehungsweisen zwischen den Menschen aufgebaut:

Aber für mich ist mein Ziel, in der Kooperative zu leben, und ich glaube, für die meisten von uns, weil wir alle von unten kommen und mehr oder weniger ähnliche Geschichten haben, das Leben in einer sehr anonymen Stadt zu vermenschlichen, die Nachbarschaft kennen zu lernen. (Int. 23.05.2019)

Da das Gebäude nicht neu gebaut wurde, spiegelt sich dieser Wunsch nach einem kollektiveren Miteinander nicht in der Architektur wider, d. h. es gibt keine Gemeinschaftsräume oder gemeinsam genutzte Küchen oder Waschräume wie in dem Projekt La Borda. Auch eine explizit kollektive Re-Organisation der sozialen Reproduktion wie etwa der Pflege- oder Hausarbeit steht nicht im Fokus der Bewohner\*innen. Wie oben angedeutet, kann das auf regelmäßigen Versammlungen basierende Modell der Selbstverwaltung aufgrund seiner Zeit- und Arbeitsintensität auch negative Auswirkungen auf Reproduktionsaufgaben haben und auch Zugangsbeschränkungen für Eltern – vor allem Mütter – oder Pflegende mit sich bringen. Eine Bewohnerin führt in diesem Kontext kleinere Beispiele aus dem Alltag an, wo sich die Solidarität auch auf die Reproduktionsaufgaben auswirken: „Für die Kindertagesstätte meines Sohnes habe ich zwei Personen aus unserem Wohnblock autorisiert, ihn abholen zu können, z. B., wenn er krank wird und weder ich ihn abholen kann, noch sein Vater, der am anderen Ende von Barcelona lebt“ (ebd.). Genauso kann sie darauf bauen, dass, wenn die Kindertagesstätte mal geschlossen hat und sie arbeiten muss, ein Nachbar das Kind aufnehmen wird, „was in einem normalen Block normalerweise nicht vorkommt“ (ebd.).

Unsere letzte Station führt uns in den nördlichen Teil von Hostafrancs in das Kino Zumzeit. Das Zumzeit ist eine gemeinnützige Kulturgenossenschaft, die unabhängige Filmvorführungen in Originalfassungen sowie verschiedene künstlerische, soziale und solidarische Initiativen anbietet. 2013 als Kulturprojekt einer Einzelperson gestartet, wurde das Zumzeit wegen einer ökonomischen Krise später in eine Genossenschaft umgewandelt,

die mittlerweile fast 30 feste Mitglieder und 300 Unterstützer\*innen hat. Die Genossenschaft basiert auf dem Prinzip des *Asamblearismo*, wonach in Versammlungen kollektive Diskussionen stattfinden und Entscheidungen getroffen werden, anstelle einer hierarchisierten Zentrierung der Entscheidungsmacht bei Einzelpersonen. Dies hat gemäß einem Mitglied des Zumzeigs weitreichende Folgen für die gesamte gesellschaftliche Organisation:

Ich glaube, dass der Kooperativismus immer ein Affront gegen das System ist. Jetzt, da er sich auch bewusst ist, dass er völlig links ist, ist der Kooperativismus im Grunde antikapitalistisch. Erstens, weil er den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht das Geld, was in der Welt, in der wir leben, ein Novum ist. Zweitens, weil es um Ethik, Transparenz, Respekt, Empathie, Solidarität und Werte im Allgemeinen geht, Werte, von denen die Geschäftswelt seit Jahrzehnten nicht einmal weiß, dass sie existieren. Es handelt sich also natürlich um einen Modellwechsel. Es handelt sich um einen Wechsel der Produktions- und Wirtschaftsmodelle, um einen Wechsel des Modells der sozialen Organisation, um einen Wechsel des Kulturmodells. Es ist eine Veränderung von allem. (Int. 25.05.2019)

Neben diesem normativ-politischen Anspruch bewegen sich Genossenschaften in der politisch-ökonomischen Realität in einem System, das auf Wettbewerb und Konkurrenz fußt und können sich diesem auch nur schwer entziehen. Zudem „muss man auch über die Runden kommen und die Rechnungen bezahlen“ (ebd.), sodass eine widerspruchsfreie Praxis kaum möglich ist. Einen Weg, diese Widersprüche auszuhalten, ist die Kooperation mit anderen Genossenschaften, um so gute Arbeitsbedingungen und ökologische Nachhaltigkeit sicherzustellen. Zudem kann auch in solch existenziellen Fragen das Netz der Sozial- und Solidarwirtschaft zu mehr Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen führen und das organische und kollektive Gefüge zur besseren Lösung von Problemen beitragen (ebd.)

Mit Blick auf die Lage sieht sich das Zumzeig in einer langen Tradition der Genossenschaftsbewegung in Sants-Montjuïc und der Anspruch ist es, Bündnisse mit anderen Kollektiven, Genossenschaften und Organisationen zu schließen. Neben der ökonomischen Seite wird auch hier die soziale Funktion der Genossenschaften betont. Das Kino soll ein „soziales Zentrum des Viertels sein, ein Treffpunkt für die Menschen des Viertels, um Kultur anzubieten“ (ebd.), um sich auszutauschen, zu organisieren und über Dinge im Stadtteil zu entscheiden.

### 11.3 Vernetzung, solidarische Beziehungsweisen und *Memoria Histórica* als Netzwerke der Sozialen Fabrik Sants

Zwischen den verschiedenen Knotenpunkten wird in Sants ein komplexes Beziehungsnetzwerk gesponnen, welches die Bewohner\*innen des Stadtteils, verschiedene politische Strömungen und Strukturen sowie Vergangenheit und Gegenwart verbindet. Der Vertreter des Zumzeig-Kinos verdeutlicht dies aus der genossenschaftlichen Perspektive:

Es handelt sich also um einen Raum, der mit anderen, bereits in der Nachbarschaft geschaffenen Räumen verknüpft ist und der Teil einer noch größeren Struktur ist, als nur die Genossenschaften in Sants. Wir sind also Teil eines Netzwerks von Räumen, in denen Entscheidungen getroffen werden, die dann in der Nachbarschaft umgesetzt werden. Am Ende handelt es sich um einen größeren Raum, nämlich die ganze verdammte Nachbarschaft. (Int. 25.05.2019)

Bereiche der Ökonomie, Soziales und Kultur werden innerhalb des nachbarschaftlichen Territoriums über gemeinsame Feste, Veranstaltungen, Austausch, Kämpfe und die geteilte Identität verbunden. Ein solch bestehendes Netzwerk begünstigt den Aufbau neuer Strukturen, etwa im Bereich des Genossenschaftswesens, wo es viel Erfahrung und Wissen sowie die nötige Infrastruktur wie Genossenschaftsbanken und potenzielle Kooperationspartner\*innen vor Ort gibt (Int. 23.05.2019). Die Vernetzung bezieht sich zwar sehr stark, aber nicht nur, auf selbstorganisierte Strukturen. Etwa kooperiert das Lleialtat Santcenca mit lokalen Schulen und anderen städtischen Einrichtungen und populäre Kulturvereine wie die Castellers de Sants – die traditionellen Turmbauer\*innen – sind wichtiger Referenzpunkt der katalanischen Gesellschaft, haben aber klare Haltungen zu sozialen Themen im Stadtteil und sie solidarisierten sich etwa 2014 mit dem besetzten Zentrum Can Vies, als dieses geräumt werden sollte (Int. 12.04.2019, Int. 26.08.2021). Gleichzeitig verläuft das Netzwerk auch zwischen verschiedenen Generationen, deren Verbindungen in der jüngeren Geschichte durch Schlüsselmomente oder Räume hergestellt wurden. Ende der 1990er Jahre waren das die antifaschistischen Proteste gegen den Nationalfeiertag Día de la Hispanidad, zu dem sich in Barcelona viele Rechte und Faschisten regelmäßig in Sants versammelten und dabei Bewohner\*innen des Stadtteils bedrohten und angriffen. Gegen diese Veranstaltung kam es vor allem von jüngeren Antifaschist\*innen zu militanten Gegenprotesten, wobei viele der linken Demonstrierenden festgenommen oder verletzt wurden und es im Nachgang zu einer medialen Denunzierungskampagne kam. Daraufhin solidarisierte sich die Nachbarschaftsbewegung mit den Antifaschist\*innen und organisierte in den nächsten Jahren gemeinsam mit ihnen breite antifaschistische Aktionen, womit sie die rechten Aktivitäten zurückdrängten (Int. 29.06.2021). So entstand eine längerfristige Zusammenarbeit zwischen verschiedenen politischen Strömungen und Generationen, aus der die noch heute bestehende Asambleu de Barri Sants mit hervorgehen sollte, auf der sich über zwanzig verschiedene politische

Gruppen aus dem Stadtteil austauschen und koordinieren<sup>7</sup> (ebd.). Zehn Jahre später war vor allem die Entstehung des Can Batlló ein weiterer zentraler Punkt in der intergenerationalen Assoziation:

Natürlich ist es eine der Stärken von Sants, dass hier zwei Generationen zusammenkommen: Die Älteren, die in den siebziger Jahren aus der Anti-Franco-Bewegung kamen, und die Jüngeren, die in den neunziger Jahren mit den Hausbesetzungen begannen. Es hätten auch zwei verschiedene Dinge sein können, aber dank des sozialen Zentrums gab es Kontakte, und das ist es, was Can Batlló vermittelt. Im Can Batlló gibt es die Veteranen, die ihr ganzes Leben lang dabei waren und für Can Batlló gekämpft haben, und die Leute, die aus eher alternativen oder besetzenden Bewegungen kommen. Und das ist auf all jene zurückzuführen, die sich der Wiederherstellung der historischen Erinnerung verschrieben haben. (Int. 12.04.2019)

Am Beispiel der Verhinderung der rechten Aktivitäten und des Gewinns des Nachbarschaftszentrums Can Batlló wird deutlich, wie sich dieses engmaschige soziale und politische Netzwerk auch in konkrete Erfolge überträgt. Diese langfristig bestehende Handlungsfähigkeit verdeutlichen zwei Bewohner\*innen aus Sants:

A: „Aber es stimmt, dass wir dieses Netzwerk haben. Und ich denke, es war wirklich beeindruckend, wie z. B. vor einigen Jahren... jetzt ist es wirklich üblich, Kanäle von Telegram oder was auch immer zu haben, aber als wir noch keine Smartphones hatten, gab es eine Nachbarschaftstelefonkette. Und wenn etwas passierte, konnte man jemanden anrufen, und der andere wusste, wen er als nächstes anrufen musste. Wenn es zum Beispiel eine Zwangsräumung gab oder die Polizei jemanden verhaftet hat. Du hast dazu aufgerufen und es zirkulierte in den sozialen Bewegungen.“

B: „In einer Stunde waren es etwa 50 Leute.“

A: „50 Leute, die versuchen, was auch immer zu verteidigen. Für mich war das beeindruckend, weil ich noch sehr jung war. Dieser Moment. Wow.“ (Int. 02.04.2019)

Dieses bestehende und sich kontinuierlich weiterentwickelnde Netzwerk in Sants charakterisiert sich nicht nur durch einen hohen Grad an Organisation und Selbstverwaltung sowie eine daraus entstehende Handlungsfähigkeit, sondern auch durch ein „soziales Gewissen“ (Int. 10.05.2019), welches als politischer Kompass des Stadtteils dient:

Wir sind hier in Sants. Es ist nicht so, als würden wir die Glocken läuten ... wir sind hier nicht in der sozialen Revolution. Aber hier hat man das Gefühl, dass man ein

<sup>7</sup> Darunter auch viele der hier bereits genannten Gruppen wie die GHAS, La Col, Endavant Sants, La Ciutat Invisible.

Netz hat und das man nicht allein ist. Dass die Dinge auf der Straße laufen. Faschisten können nicht einfach hierherkommen, wie sie wollen. Es gibt soziale Beziehungen auf der Grundlage von Solidarität, nicht von Egoismus, den es in anderen Städten gibt. Natürlich gibt es auch hier Egoismus und all die schlechten Dinge, aber wir haben hier ein Netz der Solidarität. Verschiedene Solidaritäten. Eine Sache, die wir im Großen und Ganzen vergessen: Uns fehlt dieses große Netz der Solidarität an den meisten Arbeitsplätzen und so weiter. Aber hier bauen wir es gemeinsam auf. Mit unterschiedlichen Traditionen: Es gibt Kommunisten, Unabhängigkeitsbefürworter\*innen, Anarchisten, Sozialdemokraten. Alle können sich in Can Batlló oder bei der Calçotada de Sants treffen und wir sind vereint. (Int. 02.04.2019)

Über die Nähe und die Verbindungen werden aktiv Beziehungsweisen beruhend auf Werten wie Solidarität und Egalität produziert, die für eine Handlungsfähigkeit in sozialen Kämpfen sorgen und dort gleichzeitig reproduziert werden. In diesem Sinne spielt die Soziale Fabrik einen aktiven Part in der Entwicklung des Stadtteils, indem eigene Strukturen wie das Genossenschaftswesen geschaffen und übergeordnete Dynamiken wie Gentrifizierungsprozesse und Verdrängung aufgehalten oder zumindest abgefedert werden können.

Ein Eckpfeiler dieser Sozialen Fabrik ist die *Memoria Histórica* – die aktive Schaffung einer Erinnerung an die Vergangenheit des Stadtteils und die damit verbundene Tradition der Kämpfe und Organisierung von Arbeiter\*innen. Die unzähligen Murals im Stadtbild von Sants, die Nachbarschaftszentren, die sich in der Namensgebung sowie der sozialen und ökonomischen Funktion in einer historischen Tradition bewegen, Initiativen für die Umbenennung von Straßennamen, Gedenkveranstaltungen für politische Persönlichkeiten aus dem Stadtteil und kulturelle Initiativen zur Erinnerung an den historischen Alltag im Stadtteil sollen Nähe zwischen der Gegenwart und der Vergangenheit herstellen, den widerständigen und unabhängigen Charakter des Stadtteils festigen und die Bedeutung der lokalen Ebene der Nachbarschaft und damit verbunden der Souveränität des Handelns auf dieser Ebene behaupten. Nicht zuletzt speisen sich aus der Geschichte und deren Bewahrung „der Stolz, aus der Nachbarschaft zu kommen“ (Int. 26.08.2021), aber auch die Richtung des heutigen politischen und sozialen Kompasses.

Diese Schaffung des historischen Gedächtnisses führt dabei nicht nur zu einer stärkeren Bewusstseinsbildung der Bewohner\*innen, sondern trägt auch die Idee einer alternativen Produktionsweise, die sich ökonomisch in dem starken Genossenschaftswesen niederschlägt:

Ich denke, dass Sants historisch gesehen, zusammen mit einigen anderen Vierteln in Barcelona, der Ort ist, an dem die Genossenschaftsbewegung am stärksten war. Sie hat also nicht aufgehört zu existieren. Denn an einigen Orten war sie auch stark,



wie z.B. Barceloneta, das heute aber völlig aus jedem Genossenschaftsnetz verschwunden ist. In Sants hingegen wurden die Genossenschaften mit einem Organisationsgeist aufrechterhalten, der dazu geführt hat, dass wir heute auf die Blütezeit der Genossenschaft blicken können. Überall tauchen Genossenschaften auf. (Int. 23.05.2019).

Wenn sich im Gegensatz zu anderen Stadtteilen Barcelonas das Netz von Genossenschaften kontinuierlich ausweitet, ist das auch das Ergebnis der kontinuierlichen Wiederaneignung der Stadtteil-Geschichte durch lokale Akteur\*innen. Durch das Konzept der *Memoria Histórica* wird nicht nur die Geschichte Sants' als Stadtteil der Arbeiter\*innenklasse rekonstruiert, sondern auch versucht, Alternativen zu den bestehenden hegemonialen Verhältnissen zu eröffnen.

Inwieweit die hier skizzierte Soziale Fabrik von Sants in der Lage ist, sich gegen übergeordnete Dynamiken zur Wehr zu setzen und diese alternativen Entwicklungen und solidarischen Beziehungsweisen zu verteidigen, soll nun mit einem näheren Blick auf die Erfahrungen der Grup d'Habitatge de Sants analysiert werden. Gleichzeitig wird daran verdeutlicht, wie tief sich die Folgen der Krisen in den Alltag der Stadtteilbewohner\*innen und die Nachbarschaften einschreiben.

#### **11.4 Der tägliche Kampf gegen Zwangsräumungen und neue Formen der Familie – die Grup d'Habitatge de Sants**

Die Grup d'Habitatge de Sants startete im April 2017, ins Leben gerufen von einer Gruppe Frauen aus dem Stadtteil. Teile dieser Gründungsmitglieder waren vorher in der Obra Social der PAH aktiv, verließen die Gruppe aber nach internen Streitigkeiten. In diesem Zeitraum kam es zu einer stärkeren Dezentralisierung der Wohnraumbewegung in Barcelona, in verschiedenen Stadtteilen wurden, teilweise mit Unterstützung der PAH, Workshops zur Gründung nachbarschaftlicher Gruppen veranstaltet. So auch in Sants, wo sich verschiedenen Gruppen und Aktivist\*innen aus der Nachbarschaft im Can Vies trafen und die GHAS gründeten (Int. 26.08.2021). Daraufhin wurden ab Anfang April 2017 wöchentliche Treffen abgehalten. Dazu hieß es in der öffentlichen Einladung zu den Treffen:

Hast du Wohnungsprobleme? Leidest du unter den steigenden Mietpreisen und willst nicht aus dem Viertel wegziehen? Läuft dein Vertrag aus und du weißt nicht, wie es weitergehen soll? Wollen sie dich aus deiner Wohnung werfen wegen Miete, Hypotheken, Besetzung, usw.? Kannst du dich nicht emanzipieren? Gemeinsam werden wir das Problem lösen! Komm zu uns! Gemeinsam sind wir stärker! (Grup d'Habitatge de Sants 2017)

Diese Treffen werden nun mit kleineren Veränderungen seit über fünf Jahren kontinuierlich durchgeführt. In den wärmeren Monaten ist das Treffen draußen auf dem Plaça Joan Corrades in Hostafrancs, bei kälteren Temperaturen wurde anfangs das Casal Independentista Jaume Compte und später die Räumlichkeiten im besetzten Bloc La Bordeta direkt gegenüber des Plaças genutzt. Aus Gründen des Pandemieschutzes wurde während der Covid-Hochphasen wieder auf das geräumigere Casal und später auf das Can Batlló als Versammlungsort zurückgegriffenen. Zwischenzeitlich fanden die Treffen auch nur online statt. Der Bloc La Bordeta wurde 2015 durch die Obra Social besetzt bzw. zurückerobert und ist in den letzten Jahren zum zentralen Raum der GHAS geworden. Der Block wurde inmitten der Finanz- und Immobilienkrise gebaut und nie richtig in Betrieb genommen. Später wurden die angehäuften Hypothekenschulden an die *Bad Bank* Sareb verkauft. Seit der Besetzung 2015 leben über 20 Personen in dem Block, zudem dient ein Lokal im Erdgeschoß als Treffpunkt für verschiedene Gruppen und Kollektive wie die selbstorganisierte Schule Escola Popular La Bordeta, eine Sprachschule, eine Lebensmittelverteilung, eine feministische Gruppe und eben die GHAS. Aktuell strebt Sareb ein Räumungsverfahren gegen die Bewohner\*innen des Blocks an, die wiederum von der Stadt die Überführung in den öffentlichen Bestand und die Möglichkeit der Selbstverwaltung fordern.

In den fünf Jahren des Bestehens ist die Anzahl der Partizipierenden von anfangs um die 20 Versammlungsteilnehmenden auf bis zu 45-50 beständig gestiegen. Zudem hat sich eine Jugendgruppe gegründet, die die oben aufgeführten Fragen und Problemlagen aus einer entsprechenden Perspektive bearbeitet. Dieser Anstieg ist durch die kontinuierliche Arbeit und die steigende Bekanntheit der Gruppe zu erklären, aber auch durch die drängende Wohnraumproblematik. Dabei setzt sich die Gruppe in doppelter Hinsicht unterschiedlich zusammen. Neben einem größeren Kern, der immer zu den Versammlungen kommt und kontinuierliche Aufgaben innerhalb der Gruppe übernimmt, gibt es Mitglieder, die eine Zeit lang aktiver mitmachen und sich dann wieder zurückziehen, sowie zeitlich begrenzte Teilnehmer\*innen, die nur für die Dauer ihres Problems partizipieren und danach wegbleiben (Int. 17.05.2019, Int. 26.08.2021). Mit dem Wachstum ist nicht nur die Anzahl der Teilnehmenden gestiegen, sondern es gibt auch „mehr Leute, die den Wagen ziehen“ und Verantwortung übernehmen (Int. 26.08.2021). Schließlich unterscheiden sich die Teilnehmenden noch durch die Interessenlage und Positionalität. Es gibt Teilnehmende, die aufgrund konkreter Wohnungsproblematiken, etwa angekündigte Zwangsräumungen, zu den Treffen kommen. Des Weiteren gibt es Aktivist\*innen aus der Nachbarschaft und von politischen Gruppen wie der CUP und Endavant oder auch aus dem libertären und anarchosyndikalistischen Spektrum, die den Kampf aus Solidarität unterstützen und teilweise die Gruppe speziell und die Wohnraumfrage generell als politisches Werkzeug für übergeordnete Ziele betrachten. Dabei ist die Trennung nicht scharf in dem Sinne, dass die politisch auch in anderen Strukturen organisierten Teilnehmenden nicht auch von der Wohnraumproblematik betroffen wären (u. a. TB 06.05.2019, TB 09.03.2020, TB 31.05.2021).

In ihrer Zusammensetzung ist die Gruppe „generationenübergreifend, stark feminisiert und interkulturell“ (Int. 24.05.2019). So kommen bei den Treffen und Aktivitäten der GHAS regelmäßig „Menschen von acht oder neun verschiedenen Nationalitäten, viele Rentner, Hausfrauen und prekär Beschäftigte“ (ebd.) zusammen. Frauen und Queers stellen sowohl in der Zusammensetzung der Versammlungen die Mehrzahl, als auch bei der Übernahme von Aufgaben. Daraus entsteht eine Mischung „aus Aktivisten, die aus anderen sozialen Bewegungen kommen, und Leuten, die nie daran gedacht hätten, aktiv zu werden oder zu einer linken Bewegung zu gehören“ (ebd.). Die diversen sozialen Hintergründe und Positionen spiegeln sich auch in den unterschiedlichen Zugängen zur Gruppe wider. So berichtet ein bereits politisierter CNT-Militanter:

Nun, ich beobachte die Gruppe seit letztem Jahr. Ich kenne Leute aus meinem Freundeskreis, ich habe Freunde, Leute, mit denen ich andere politische Räume geteilt habe, und ich habe gesehen, dass sie eine sehr interessante Arbeit in der Nachbarschaft leisten. Aber ich konnte nicht teilnehmen, weil ich mich aufgrund meiner Arbeitszeiten nicht einbringen konnte. Und da ich dieses Jahr arbeitslos bin, habe ich beschlossen, so viel wie möglich zu unterstützen und teilzunehmen. Ich bin der Meinung, dass ich nicht zu den aktivsten Militanten gehöre, und es stimmt, dass ich GHAS nicht wegen der Wohnungsnot beigetreten bin. In der GHAS gibt es Leute, die sagen, dass wir alle von der Frage der Mieten oder der Hypothek betroffen sind. Aber es ist wahr, dass es Menschen gibt, die ein sehr konkretes Problem haben. Ich bin hierhergekommen, um zu helfen, so gut ich kann. Um bei einigen Räumungen zu intervenieren, um Aktivitäten zu organisieren oder was auch immer. (Int. 24.05.2019)

Angela wiederum ist eher zufällig zur GHAS gekommen. Auf der Suche nach einer Wohnung ist sie auf einen Flyer der GHAS aufmerksam geworden – besonders die gelbe Farbe des Papiers hat sie damals angesprochen –, hat eine dort angegebene Kontaktnummer angerufen und wurde darüber zu den Treffen eingeladen. Eigentlich dachte sie, dass es sich um eine Wohnungsvermittlung und nicht um eine politische Gruppe handelt, wurde dann aber fester Teil der Gruppe und besetzte später mit anderen Mitgliedern der Gruppe einen Wohnblock in Sants. Einen anderen Zugang hatte Edna, die am Rande einer Zwangsräumung auf die GHAS stieß. Als sie von ihren Wohnungsproblemen erzählte, wurde sie zu den Treffen eingeladen. Doch durch ein Missverständnis landete sie stattdessen bei der PAH, deren Räumlichkeit sich in unmittelbarer Nähe befindet und sich zur selben Uhrzeit trifft. Erst nach einiger Zeit klärte sich dieses Versehen auf und da sie sich bei der PAH nicht gut aufgehoben fühlte, stieß sie zur GHAS dazu<sup>8</sup>.

<sup>8</sup> Genereller zum Verhältnis verschiedener Gruppen und Strömungen innerhalb der Bewegung siehe Kapitel 9.5.

### **11.4.1 Prinzipien, Organisation und Aktionsformen**

Das übergeordnete Ziel der GHAS ist so einfach wie schwer: den Zugang zu würdigen und bezahlbaren Wohnraum für Menschen in der Nachbarschaft sicherzustellen. In erster Linie heißt das, die Zwangsräumungen zu stoppen und dafür zu sorgen, dass die Nachbar\*innen „ein Dach über dem Kopf haben“ (Int. 17.05.2021). In diesem Sinne ist die GHAS eine Plattform zur Organisation des alltäglichen Kampfes um Wohnraum. Angela fasst das wie folgt zusammen:

Sie sagten mir, dass es ein Kampf ist, ein Nachbarschaftskampf, eine Gruppe, die sich gegenseitig unterstützt, eine gegenseitige Unterstützung. Dass wir verstehen, dass es nicht von heute auf morgen geht, dass es ein Kampf ist und dass es um Überleben, Widerstand und Durchhaltevermögen geht. (Int. 21.07.2021)

Die Aktivitäten der GHAS sind demnach unmittelbar an die verstärkte Wohnraumkrise und deren lokalen Ausdruck geknüpft (Int. 24.05.2021). Bei der GHAS handelt es sich nicht um eine professionelle Struktur, es gibt keine ausgebildeten Anwälte, die sich mit Wohnrecht auskennen (TB 20.05.2019), sondern alle Mitglieder sind „freiwillig“ und „ehrenamtlich“ dabei, aus moralischer und politischer Überzeugung sowie der Notwendigkeit, sich gegen die prekäre Wohnraumsituation zu wehren. Wie immer wieder betont wird, ist die GHAS genauso wenig ein „Dienstleistungsunternehmen“ (TB 06.05.2019), welches für die Betroffenen kämpft, sondern mit ihnen. Die Einbindung, Aktivierung und Ermächtigung der Betroffenen von Wohnungsnot ist zentrales Anliegen der Gruppe (Int. 24.05.2019, Int. 21.07.2021). Das Wissen über rechtliche Fragen und praktische Vorgänge rund um das Thema Wohnraum kommt dabei vor allem aus den vorher bei der PAH oder in anderen Gruppen gemachten Erfahrungen, wird aber stets kollektiv erweitert, über gemeinsame Diskussionsprozesse anhand konkreter Fälle auf den Versammlungen oder im Austausch mit anderen Gruppen (Int. 26.08.2021). Neben dem Kampf um die materiellen Verbesserungen spielen die Beziehungen und das Miteinander innerhalb der Gruppe eine wichtige Rolle. Angela hält diesbezüglich in einer weitergefassten Beschreibung der Gruppe fest:

Für mich ist die GHAS in erster Linie eine Gruppe von Jungen, Mädchen, Damen und Herren unterschiedlichen Alters, die sich gegenseitig verteidigen, die sich gegenseitig Kraft geben. Es ist eine Zusammenkunft, die uns kämpfen lässt und uns stark macht. Denn die GHAS ist eine Gruppe von Freundinnen und Freunden, die mal das eine und mal das andere denken, und daraus lernen wir. Und mehr als alles andere schätzen wir das Zusammenleben, weil wir uns gegenseitig unterstützen und von dort aus viele, viele Aktionen, viele Feste, viele Aktivitäten veranstalten. Nicht nur Wohnen. Manchmal ist es auch eine Art psychologische Unterstützung, weil man depressiv wird. Wie kann ich mein Problem lösen? Ich meine, das ist die

GHAS. Es ist eine gegenseitige Verbindung, etwas, das uns die Kraft gibt, weiter zu kämpfen und ein bisschen ruhig zu sein. Mehr als alles andere. Das ist es, was GHAS ist. (Int. 21.07.2021)

Die materielle Komponente wird ergänzt durch eine Sozialstruktur, die durch ein aktives Gruppenleben gefördert wird und die Unterstützung auch auf andere Bereiche des Lebens ausweitet. Die Verschiedenheit der Mitglieder wird durch die geteilten Probleme, den gemeinsamen Kampf und das Prinzip der mutualen Unterstützung verbunden. Für ein rücksichtsvolles Verhalten untereinander und in Anerkennung der Verschiedenheit wird in Aussagen und Hinweisgrafiken in internen Kommunikationsstrukturen zudem immer wieder darauf hingewiesen, dass rassistisches, machistisches, sexistisches Verhalten weder in der Gruppe noch bei Aktionen geduldet werden. In diesem Zuge wird ebenso klargestellt, dass Leute, die für besetzte Wohnungen Geld nehmen oder Schlüssel von besetzten Wohnungen verkaufen, ebenso wenig willkommen sind.

Organisatorisches Herzstück der Gruppe ist die wöchentliche offene Versammlung. Zu Beginn jedes Treffens wird die GHAS kurz von einer Person vorgestellt, was sie macht und wofür sie steht. Dann wird die Tagesordnung präsentiert, die vorher in einer internen WhatsApp-Gruppe erstellt und gegebenenfalls durch weitere Punkte ergänzt wird. Das Treffen ist in zwei größere Blöcke geteilt. Im ersten Teil werden die Fälle behandelt, in denen Personen konkret von einer Zwangsräumung oder anderen Formen der Wohnungsnot bedroht sind. Dies wird unterteilt in dringende Fälle, bei denen teilweise eine Zwangsräumung in derselben Woche angesetzt ist, zurückliegende Fälle der letzten Woche, die rekapituliert und reflektiert werden, bestehende Fälle, die über einen längeren Zeitraum behandelt werden und neue Fälle. Im zweiten Teil der Versammlung werden technische und strategische Punkte besprochen, z. B. Anfragen zur Teilnahme an politischen Veranstaltungen und Kampagnen, die Organisation des Putzdienstes im Lokal La Bordeta oder das Planen anderweitiger Aktivitäten. Das Treffen wird moderiert und eine Person schreibt Protokoll. Zudem wird aus der Gruppe heraus eine Kinderbetreuung organisiert.

Den Hauptteil des Treffens nehmen die Vorstellung und Diskussionen über die Fälle ein (u. a. TB 13.06.2019, TB 20.06.2019, TB 17.05.2021). Diese sind je nach Situation sehr unterschiedlich gelagert. Dabei sind die häufigsten Szenarien, dass Personen aktuell eine Wohnung besetzen oder gekündigt wurden und nun geräumt werden sollen. Bei den Kündigungsgründen handelt es sich meist um nicht oder zu spät gezahlte Mieten oder Stromrechnungen. Oft soll auch ein Mietvertrag nicht verlängert werden oder die Wohnverhältnisse sind wegen Schimmel, mangelnder Ausstattung oder Größe inadäquat. Neue Personen stellen sich und ihre Fälle kurz vor, dabei variiert der Wissensstand über die eigene Situation stark. Einige der Personen teilen ihre Situation nur rudimentär mit, z. B., dass der Mietvertrag ausläuft und sie Angst haben geräumt zu werden. In anderen Fällen soll an einem bestimmten Tag wegen eines bestimmten Grundes geräumt wer-

den, die Betroffenen haben aber keine offiziellen Dokumente mit und kennen grundlegende Informationen nicht, etwa über den Vermieter. In solchen Fällen werden kurz generelle Erfahrungen der Versammlung mit ähnlich gelagerten Fällen ausgetauscht und die Person aufgefordert, mehr Information herauszubekommen. Dafür werden entsprechende Tipps gegeben, z.B. wie und wo man weitergehende Informationen über die Vermieter\*innen oder Eigentümer\*innen der Immobilie herausfinden kann (u. a. TB 06.05.2019, TB 19.07.2021). Dieser Schritt ist die Grundlage für das weitere Vorgehen. Das Sammeln von Informationen über Vermieter und deren Bestand sowie deren Geschäftspraktiken zählten zu den wichtigen Praxen, um zu wissen, mit wem man es zu tun hat und so gegebenenfalls ein weiteres Vorgehen anpassen zu können. Im Zweifel können Vermieter\*innen oder Eigentümer\*innen mit Informationen unter Druck gesetzt oder die Regierung zum Handeln aufgefordert werden. Dies kann der Fall sein, wenn es sich um Vermieter mit mehr als 15 Wohneinheiten handelt, die bei einer Räumung ein Ersatzobjekt mit Sozialmiete anbieten müssen (Kap. 9.5). In einer Situation wurde beim Treffen berichtet, dass in dem Haus einer räumungsbedrohten Person offensichtlich mehrere Wohnungen in Ferienwohnungen umgewandelt wurden, ohne dass es die nötige Lizenz dafür gegeben hätte. Daraufhin wurde angemerkt, dass die Person den Verdacht untermauern und möglicherweise Fotos machen soll, um den Vermieter mit den illegalen Aktivitäten unter Druck setzen zu können (TB 20.05.2019).

In Fällen, in denen mehr Informationen bekannt sind, werden je nach Zeitpunkt verschiedene Schritte eingeleitet, um eine drohende Zwangsräumung zu stoppen. Zum einen werden Immobilieneigentümer\*innen im Namen der GHAS kontaktiert und unter Schilderung der Vulnerabilität der Person aufgefordert, die Räumung zu stoppen und eine einvernehmliche Lösung zu finden (TB 02.03.2020, TB 31.05.2021). Daraus können sich Verhandlungen mit den Eigentümer\*innen oder deren anwaltlicher Vertretung ergeben, bei denen zum Teil gesammelte Informationen als Druckmittel eingesetzt werden. Ein anderer Weg ist, institutionelle Akteur\*innen über den Fall zu informieren und in die Verhandlungen miteinzubeziehen. Hier werden das Rathaus auf gesamtstädtischer oder Bezirksebene oder die Sozialdienste mit der Forderung kontaktiert, die Räumung auszusetzen und bei den Verhandlungen in einer vermittelnden Rolle zu helfen (TB 19.07.2021). Die Zusammenarbeit mit Regierungsvertreter\*innen ist dabei nicht unumstritten, wird aber pragmatisch im Sinne der zu lösenden Fälle gehandhabt: „Wir setzen sie ein, wenn es uns passt, wir üben Druck auf sie aus und arbeiten mit ihnen. Es gab auch einen Teil der Menschen, die die Verwaltung ablehnten, aber wir glauben, dass sie da ist und wir zahlen Steuern“ (Int. 26.08.2021). Zum Beispiel konnte Servicio Social auf Grundlage eines Räumungsmoratoriums während der Corona-Pandemie in so einer Situation den Vulnerabilitätsstatus der räumungsbedrohten Person überprüfen und bei entsprechender Gefährdung eine Aussetzung der Räumung vor Gericht beantragen. Bei Nichtreaktion kann den Forderungen mit offensiveren Aktionen Nachdruck verliehen und mehr Öffent-

lichkeit für den Fall geschaffen werden. Etwa wurden im Fall einer Nachbarin, der wegen einer drei Tage zu späten Mietzahlung nach 34 Jahren die Wohnung gekündigt wurde, in einer Überraschungsaktion der Anwalt des Eigentümers von einer Abordnung der GHAS in seiner Kanzlei besucht und in einem Gespräch die Verlängerung des Mietvertrages gefordert (TB 09.05.2019). Ähnliche Aktionen finden auch vor und in öffentlichen Einrichtungen statt. Personen mit Terminen beim Sozialamt oder der Wohnungsbehörde werden von Unterstützer\*innen der Gruppe mit Kundgebungen oder *walk-ins* begleitet (u. a. TB 17.05.2019, TB 22.05.2019). Ebenso wurde in den letzten Jahren aufgrund angedrohter oder durchgeführter Räumungen mehrfach das Bezirksrathaus besetzt. Zudem wird bei solchen Anlässen oftmals versucht, über Pressearbeit Druck in der Öffentlichkeit aufzubauen. Über einberufende Pressekonferenzen und Kontakte zur lokalen Presse kommen Sprecher\*innen der GHAS regelmäßig in Fernsehberichten und Zeitungsartikeln zu Wort (u. a. TB 22.05.2019, TB 12.03.2020) (Abb. 15).

Wenn eine Räumung unmittelbar bevorsteht, wird zu dem Termin vor die entsprechende Adresse mobilisiert. Dafür wird eine Grafik mit dem Namen der betroffenen Person sowie Uhrzeit und Adresse angefertigt und über soziale Medien sowie verschiedene Messenger-Gruppen für Barcelona und Sants gestreut. Erklärtes Ziel ist es dann, im Ernstfall mit genügend Personen die Tür zu blockieren, die angesetzte Räumung so zu stoppen und vor Ort eine Lösung mit dem Eigentümer zu verhandeln. Innerhalb der Gruppe werden verschiedene Aufgaben für diese Situation verteilt: Zwei Personen verhandeln mit dem Eigentümer und den städtischen Angestellten (*Servicio Social*, *SIPHON*) und auch für den Kontakt mit der anwesenden Polizei werden Leute abgestellt (u. a. TB 28.02.2020,



Abb. 15: Pressekonferenz der GHAS anlässlich der Besetzung des Bloc Gayarre  
Quelle: Eigene Aufnahme 2019

TB 19.05.2021). Dabei wird versucht, jeweils eine erfahrene Person und eine Person mit weniger Kenntnissen auf die Aufgaben anzusetzen, damit Erfahrungen und Wissen weitergegeben und Verantwortungen besser verteilt werden können: „Wir haben die Veteranen. Sie sind diejenigen, die wissen, wie man verhandelt. Ich bin immer noch dabei, mich zu bessern, ich sehe, ich höre und all das. Ich weiß immer noch nicht, wie ich es machen soll. Aber sie verhandeln einen Deal“ (Int. 24.05.2019). Veranschaulichend für den Ablauf einer solchen Situation folgt ein Auszug aus dem Forschungstagebuch über eine angesetzte Zwangsäumung auf der Rambla Badal:

Als ich um kurz nach 10 Uhr ankomme, war noch verhältnismäßig wenig los. Ca. 15 Leute, die auf der Rambla Badal, vor Enriques Wohnung warten. Es gibt Tee und geschmierte Brote. Zudem ist ein Plakat zwischen zwei Masten gespannt, auf dem „Stopp Zwangsäumungen“ steht. Diesmal gibt es eine kleine portable Anlage mit Mikrofon. Monika macht Ansagen über die Anlage, die allerdings aufgrund der geringen Lautstärke nicht allzu weit zu hören sind. Inhaltlich variieren die Ansagen zwischen Aufforderungen, sich dem Protest gegen Zwangsäumungen anzuschließen, witzigen Sprüchen und Fragen oder Dialogen mit anderen Teilnehmer\*innen (die dann ohne Mikrofon antworten). Zwischendurch werden Parolen wie „Vecina, despierta, desahucian en tu puerta“ (Nachbar wach auf, sie räumen vor deiner Haustür) gerufen. Ich begrüße Enrique, den ich von den vorangegangenen Aktionen kenne und er bedankt sich für mein Kommen. In den nächsten Minuten hat sich der Platz gefüllt, etwas über 40 Leute stehen und sitzen verteilt vor Enriques Wohnung. Teilweise sitzen die Leute an den Tischen des benachbarten Cafés, auf den Bänken auf dem Platz oder stehen in kleineren Gruppen zusammen und unterhalten sich. Die Gespräche, die ich mitbekomme, drehen sich um die unterschiedlichsten Themen. Es wird viel über persönliche Sachen gesprochen, z. B. wie es der Familie geht, was die Kinder machen, etc. Auch Sachen, die die Gruppe betreffen, werden informell besprochen. Sehr auffällig ist, dass die Beziehungen zwischen den Leuten sehr eng sind. Es wird oft körperlicher Kontakt gesucht, z. B. Umarmungen, es wird mit den Kindern gespielt, etc.

Gegen halb elf kommt der Eigentümer der Wohnung, dessen Anwalt und Beamte des Gerichts (*comitiva judicial*). Ein Auto mit zwei Mossos ist zudem auch vor Ort. Der Servicio Social plus zwei Leute der GHAS beginnen Verhandlungen mit Eigentümer und Anwalt abseits der Kundgebung. Davon bekomme ich im Detail aber nichts mit. Nach einer Stunde kommt Monika von den Verhandlungen mit der Nachricht, dass Enrique vorerst in seiner Wohnung bleiben kann. Alle Anwesenden jubeln und klatschen. Enrique zeigt eine unterschriebene Vereinbarung, die einen zeitlichen Aufschub gewährt, aber keine langfristige Lösung darstellt. Enrique bedankt sich bei den Anwesenden und umarmt viele Leute.



Wir machen zum Abschluss, wie immer bei erfolgreicher Verhandlung, ein Gruppenfoto und zudem wird ein kurzes Video gedreht, bei dem alle Anwesenden ‚GHAS‘ in die Kamera rufen. Abschließend wendet sich Monika noch einmal an alle und sagt, dass das heute ein temporärer Erfolg war, der Kampf für ein würdevolles Wohnen für Enrique und alle anderen aber weitergehen muss und weitergehen wird, bis es keine Zwangsräumungen mehr gibt. Das Transparent wird abgenommen, der Müll wird entsorgt, die Sachen zusammengepackt und nach und nach gehen die Leute in verschiedene Richtungen weg. Um 12.17 Uhr ist die Aktion beendet. (TB 16.05.2019)

Trotz des kurzfristigen Erfolges hat sich die prekäre Situation für die betroffene Person nicht gelöst, zwei Monate später ist sie in eine andere Wohnung umgezogen. Das Stoppen der Zwangsräumung an der „Tür“ öffnet oftmals eher den Raum und verschafft weitere Zeit für Verhandlungen, als dass es direkt Lösungen bringt. Teilweise kommt es zu drei oder mehr Räumungsankündigungen und -versuchen pro Fall. Der Ablauf und der Ausgang von Zwangsräumungen variiert in verschiedenen Punkten. In anderen Situationen waren Polizeikräfte und Einsatzwagen der speziellen Einheit BRIMO (Brigada Mòbil) vor Ort, die entweder während der Verhandlungen kamen (TB 13.07.2021) oder die Straßen bereits weit im Vorfeld absperrten (TB 03.03.2020, TB 10.03.2020), sodass deutlich wurde, dass die Räumung durchgeführt werden soll. In anderen Situationen standen bereits vom Servicio Social gerufene Möbelwagen bereit, um das Hab und Gut des geräumten Haushaltes abzutransportieren und einzulagern. Ebenso waren des Öfteren Arbeiter einer Schlüsseldienstfirma anwesend, die mit Werkzeug bereitstanden, um bei einer erfolgten Räumung die Schlösser der Wohnung direkt auszutauschen. Dies führte immer wieder zu verbalen Konfrontationen mit den Aktivist\*innen der GHAS (TB 10.03.2020, TB 07.06.2021). Auf die Präsenz der Aktivist\*innen zur Verhinderung der Zwangsräumungen gab es häufig positive Resonanz bei anderen Nachbar\*innen und vorbeigehenden Passant\*innen und in verschiedenen Situationen offenbarte sich das im Alltagsverstand eingeschriebene Wissen um die Immobilienspekulation und daran beteiligte Akteur\*innen. So kam es bei einer abgesagten Räumung im Westen Sants‘ zu folgender Situation:

Nahebei stand das Umzugsunternehmen, das im Zweifel die Sachen der geräumten Personen wegfahren soll. Denen wurde dann gesagt, dass die Räumung abgesagt ist und sie wieder fahren könnten. Darüber haben sich die zwei Arbeiter sehr gefreut und der räumungsbedrohten Person gratuliert. Dann haben sie noch gefragt, ob die Gruppe die PAH sei und darauf wurde geantwortet, dass es die GHAS, ein *Sindacato* aus dem Stadtteil ist. Dann haben sie noch kurz über den Eigentümer Blackstone gesprochen, was der Fahrer mit „*Ahh como un fondo buitre?*“ kommentierte, also von diesem System bzw. Akteuren der Immobilienspekulation wusste. Daraufhin hat sich einer der Fahrer den Namen und die Kontaktdaten plus den Ort des Treffens aufgeschrieben, weil er meinte, dass er immer wieder mit Person in Kontakt

kommt, die räumungsbedroht sind. Die räumungsbedrohte Person musste dann noch unterschreiben, dass sie das Unternehmen nicht in Anspruch nimmt. Dann haben sie noch einmal gratuliert und sind los. (TB 07.06.2021)

Ob eine Räumung durchgeführt wird oder nicht, hängt auch vom Zustand der räumungsbedrohten Personen und der Zusammensetzung des Haushaltes zusammen. Bereits erwähnt wurden die vom Servicio Social angefertigten Vulnerabilitätsberichte, die den psychischen und physischen Zustand sowie die soziale und ökonomische Situation der Räumungsbedrohten feststellen und eine Einschätzung dazu abgeben, ob eine Räumung hinsichtlich dieser Indikatoren zu verantworten ist. Während des landesweiten Moratoriums (Real Decreto-ley 11/2020) konnten auf dieser Grundlage ein Großteil der Räumungen temporär ausgesetzt werden. In anderen Fällen hat sich das Gericht aber auch über diesen Bericht hinweggesetzt und den Räumungsbescheid ausgestellt (TB 10.03.2020). Andererseits wurden Räumungen vor Ort abgesagt, weil betroffene Personen zu dem Zeitpunkt im Krankenhaus lagen oder weil Haustiere zum Haushalt gehörten, für die keine Herberge nach der Räumung zur Verfügung gestanden hätte (TB 26.07.2021). Eine Aktivistin der GHAS kommentierte dies ironisch mit den Worten, dass in Spanien Tiere mehr geschätzt würden als Menschen (Int. 21.07.2021). Um die Räumung zu verhindern, werden solche Punkte in den Verhandlungen vor Ort mit angeführt und stark gemacht. Unterstützung bekommen die Betroffenen und Aktivist\*innen dabei in der Regel vom SIPHO.

Wenn die Delegation des Gerichts erscheint, werden die Unterstützer\*innen unter der Parole „Puerta“ (dt. Tür) zusammengerufen, um den Eingang zum Wohnhaus zu versperren. Ebenso sammeln sie sich vor der Tür, wenn die Verhandlungen vor Ort keinen Erfolg haben und sich Polizeikräfte zusammenziehen, sich also eine Räumung abzeichnet. In dieser Situation kommt es auf die konkreten Kräfteverhältnisse vor Ort und den Räumungswillen des Polizeiapparates an. In vielen Fällen bilden sich Sitzblockaden vor den Eingangstüren, die bei Durchsetzung der Räumung von Polizeikräften weggetragen werden (TB 13.07.2021). Dies geschah etwa bei einem Fall in der Carrer Llançà, wo zwei besetzte Sareb-Wohnungen geräumt werden sollten. Die eine Wohnung wurde von einer Frau mit ihrer Tochter und einem vier Jahre alten Enkelkind bewohnt, die andere Wohnung von einem Mann. Grundlage für die Räumungsanordnungen war die Aufhebung des Dekrets 17/2019 im Januar 2020, wonach Sareb den Besetzer\*innen Ersatzwohnungen zu Sozialmieten hätte anbieten müssen. Trotz des bestehenden Moratoriums hat das Gericht eine Räumung der Wohnung angeordnet, da angeblich keine ausreichenden Belege über die Vulnerabilität vorhanden waren, obwohl die Sozialdienste vor dem Gericht mehrfach auf diesen Status verwiesen.

So riefen die PAH und die GHAS für den 13.07.2021 um 10.30 Uhr dazu auf, die Räumungen von Vivi und Roberto auf der Straße zu stoppen, konnten diese aber nur bei einer Wohnung verhindern (Abb. 16):



Abb. 16: Polizeiaufgebot bei einer Zwangsräumung in Barcelona-Sants  
Quelle: Eigene Aufnahme 2021

Die Mobilisierung lief über die PAH, wurde aber innerhalb der GHAS-Gruppe geteilt. Am Ende waren es etwa 20-25 Leute von der PAH und 10-12 von der GHAS. Die Anwälte des Eigentümers und das *Comitiva* kamen gegen 11.30 Uhr. Es war schon ein wiederholter Räumungstermin und die Gerichtsvertreter haben wohl durchblicken lassen, dass sie räumen wollen. Die Verhandlung haben erst v.a. Leute von der PAH übernommen, aber im Laufe der Zeit kamen auch zwei Leute von der GHAS dazu. Es war eine Person des SIPHO da und zusätzlich zwei Leute von der Abteilung psychische Betreuung (blaue Hemden/Shirts) des Servicio Social. Gegen 12 Uhr kamen dann Mossos und in den folgenden Minuten insgesamt fünf *Lecheras*<sup>9</sup> (Polizeitrasporter). Wir sind dann zur Tür („Puerta!“), zum zweiten Mal, auch schon als das *Comitiva* kam, und haben uns mit etwa 20 Leuten davorgestellt. Währenddessen wurde in verschiedenen Messenger-Gruppen dazu aufgerufen, dringend zu dem Haus zu kommen, um die sich anbahnende Räumung zu verhindern. Die Mossos haben dann langsam angefangen den Platz abzusperren, während gleichzeitig über verschiedene Wege verhandelt wurde. Es wurde direkt auf die Anwälte und das *Comitiva* eingeredet und telefonisch versucht, mit jemandem von Sareb verhandeln zu können.

Während sich die Räumung immer weiter abzeichnete, gab ein Aktivist der GHAS, der Verhandlungen über Telefon versuchte, noch einmal das Update, dass wohl gleich jemand von Sareb ans Telefon kommen würde. Vor der Tür hatte sich inzwi-

<sup>9</sup> Lechera (Milchkanne) ist die umgangssprachliche Bezeichnung für Polizeitrasporter, da diese in den 1970er Jahren das gleiche Automodell wie die Milchlieferanten genutzt haben.

schen eine Sitzblockade formiert. Die telefonische Kontaktaufnahme hat nicht funktioniert und die Mossos begannen die Räumung und trugen die Leute langsam weg. Im Anschluss kontrollierten sie die Ausweise. Leute ohne Ausweise oder feste Aufenthalte hatten sich vorher von der Aktion entfernt und standen jetzt am Rand. Dann vollstreckte das *Comitiva* die Zwangsräumung in einer der beiden Wohnungen (von Vivi). Von Roberto nicht, weil dieser gleichzeitig mit Covid im Krankenhaus lag. Bei Vivi wurde die Aufhebung bzw. der Stopp der Räumung versagt, da der Vulnerabilitätsstatus nicht ausreichend sei. Nach dem offiziellen Vollzug der Räumung begann die Person ihre Sachen zu packen und gleichzeitig hat ein Schlüsseldienst eine „Anti-Okupa“-Tür eingebaut, die man nicht so leicht aufbrechen kann.

Ich fragte dann Monika, ob sie wisse, wo Vivi jetzt unterkomme und sie lachte nur, schüttelte den Kopf und sagte, dass es ja keine Wohnungen gäbe. Ich antworte dann ironisch „außer in Nou Barris“<sup>10</sup>, was sie dann zynisch lachend wiederholte. Sie nannte dann zwei Pensionen in der Nähe, wo die Leute gewöhnlich für die ersten Nächte unterkommen und dann müssten sie weiterschauen. *Servicio Social* hätte dann meistens auch keine längerfristigen Lösungen parat und die Leute müssten länger in Pensionen bleiben. (TB 13.07.2021)

Nach eigenen Angaben konnte die GHAS in den letzten fünf Jahren mehr als 200 Zwangsräumungen stoppen sowie unzählige Sozialmieten verhandeln (Abb. 17). Darüber hinaus wurden vier Wohnblöcke und mehr als 30 Wohnungen „zurückerobert“ (Grup d’Habitatge de Sants 2021a). Neben dem Stopp von Räumungen ist also das Besetzen bzw. Zurückerobern eine wichtige Taktik der Gruppe. Dies umfasst sowohl stille Besetzungen, die nicht öffentlich gemacht werden und bei denen kein Kontakt zum Eigentümer aufgenommen wird, als auch offene Besetzungen wie der Bloc Gayarre. Dieser wurde am Rande einer Demonstration für das Recht auf Wohnen im Stadtteil am 24. Februar 2019 besetzt (TB 24.02.2019). Das Haus in der Carrer Gayarre 42 wurde kurz zuvor von der Firma MK Premium an das Unternehmen Bardon Service Bcn SL verkauft. Offensichtlich wurde das Haus dabei zu einem Spekulationsobjekt: MK Premium selbst hatte das Haus nur wenige Monate nach dem Erwerb direkt weiterverkauft. Der neue Eigentümer wollte das Haus nach einer Renovierung zu einem höheren Preis wieder auf den Markt bringen. Mit der Besetzung zogen elf Erwachsene und sechs Kinder in die sechs Wohnungen des Hauses ein, Bardon Service blockte allerdings jegliche Verhandlungsversuche seitens der GHAS ab und schickte die Firma Desokupa, um die neuen Bewohner\*innen zu vertreiben. Zwei Familien verließen gegen Geldzahlungen durch den Eigentümer das Haus, sodass nur noch vier der sechs Wohnungen bewohnt wurden. Eine vorzeitige Räumung konnte durch politischen Druck aber vorerst abgewendet werden. Im Dezember 2020 wurde dann eine offene Zwangsräumung angeordnet – d. h. ohne einen festen Ter-

10 Nou Barris ist ein im Nordosten der Stadt gelegener Bezirk. .



Abb. 17: Proteste der GHAS gegen eine Zwangsräumung in Barcelona-Sants  
Quelle: Eigene Aufnahme 2019

min, was Aktionen dagegen und eine Verhinderung wesentlich schwieriger macht. Am 15. Dezember 2020 wurden die übrigen vier Familien, darunter ein Baby, durch die Spezialeinheit der Mossos geräumt. Die Familien wurden daraufhin in Pensionen untergebracht und auf die Warteliste für eine Sozialwohnung gesetzt.

Bezüglich der Frage nach Erfolgen der GHAS fällt die Bewertung dementsprechend auch sehr gespalten aus. Auf der einen Seite wird die kontinuierliche Organisationsarbeit hervorgehoben: die knapp 50 Personen, die regelmäßig an den Versammlungen teilnehmen und ca. 400 Fälle, die in den Jahren behandelt wurden. Doch obwohl oftmals Lösungen im Sinne der betroffenen Personen erkämpft werden konnten, ist die Wohnraumsituation generell weiter hoch prekär und viele Lösungen sind nur auf Zeit. Ein Mitglied der Gruppe reflektiert diesbezüglich:

Aber es stimmt, dass viele Menschen, die einen Räumungsbefehl erhalten, nicht wissen, dass sie Rechtsmittel einlegen können und dass sie versuchen können, zu verhandeln. Es gibt also kleine Siege, die erzielt wurden. In der letzten Zeit konnten viele Räumungen gestoppt oder verzögert werden. Du kannst eine Verhandlung erreichen, eine Sozialmiete finden, dass sie dir eine Wohnung in der Notunterkunft geben oder dass du Zeit gewinnst, um etwas zu besetzen. Wenn du es schaffst, eine Zwangsräumung zu stoppen, ist es kein richtiger Sieg, sondern ein Gewinn an Zeit. Das ist eine Realität. Aber man muss es als einen Sieg erklären, denn wenn diese Person allein wäre, würde sie es sicher nicht verhindern. Dies ist ein Sieg für die Gruppe. (Int. 24.05.2019)

Ähnlich betrachtet es ein Gründungsmitglied der Gruppe:

Und die Siege, das ist nicht gut, das ist ein Wort, das viel verkauft wird, es kommuniziert aktiv, aber ich würde sagen, dass das keine großen Siege sind, sondern kleine Siege, und es ist eine Summe von kleinen Siegen und so weiter. Und der große, große Sieg wäre der, dass wir verschwinden werden. Das wäre ein großer Sieg. (Int. 26.08.2021)

Da sich die Aktionen der GHAS bewusst gegen bestehende Gesetze richten, die vor allem das Eigentum und nicht das Recht auf Wohnen schützen, führt dies unweigerlich zu Konflikten mit Polizeiapparaten und Justiz. Von der landesweit zunehmenden Repression gegen die Wohnraumbewegung ist auch die Gruppe stark betroffen. Wegen Verstößen gegen das Ley Mordaza wurden über 30.000 Euro Strafen gegen Mitglieder der GHAS verhängt, gegen 18 Mitglieder der GHAS und solidarische Unterstützer\*innen liefen im Herbst 2021 juristische Verfahren und für zwei von ihnen fordert die Staatsanwaltschaft sechs Jahre Gefängnis (Grup d'Habitatge de Sants 2021a).

Um der scheinbaren Übermacht des strukturellen Wohnungsproblems perspektivisch etwas entgegenzusetzen, wird über die geschilderte alltägliche Arbeit hinaus versucht, Strategien zur politischen Bearbeitung des Themas sowie zur stärkeren Organisation der Wohnraumbewegung zu entwickeln. Die GHAS beteiligt sich regelmäßig an städteübergreifenden politischen Kampagnen, etwa gegen die Praktiken bestimmter Immobilienfonds wie Sareb und Cerberus, die als Gewinner der Wohnraumkrise markiert und denunziert werden. Neben den regulären Treffen gibt es zudem extra Strategietreffen der GHAS, um übergeordneten Fragen nachgehen zu können. Zudem war die GHAS aktiv an der Vorbereitung des ersten *Congrés d'Habitatge de Catalunya* (Wohnraumkongress Katalonien) im November 2019 beteiligt, zu dem Wohnraum- und Nachbarschaftsstrukturen aus ganz Katalonien zusammenkamen, um Wissen und Erfahrungen auszutauschen und sich stärker gemeinsam zu organisieren (TB 13.04.2019). In verschiedenen Workshops und Vorträgen wurden die aktuelle Konjunktur der Wohnraumfrage im Kontext gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen analysiert und darin involvierte und zentrale Akteure benannt sowie notwendige und mögliche Schritte zu einer kurz- und langfristigen Durchsetzung des Rechts auf Wohnen ausgelotet. Die Wohnraumbewegung und die GHAS als Teil davon versucht so eine transformative Perspektive zu entwickeln, die über den alltäglichen Kampf gegen Zwangsräumungen hinausgeht und auf politischer und juristischer Ebene eine Dekommodifizierung von Wohnraum ermöglicht (*Congrés d'Habitatge de Catalunya* 2019). Doch muss an dieser Stelle vor dem Hintergrund der Heterogenität der Gruppe auch festgestellt werden, dass solch übergeordnete strategische und organisatorische Fragen nicht von allen Mitgliedern gleich intensiv verfolgt werden (können) (TB 17.05.2021).

Neben dem alltäglichen Kampf gegen die Wohnungsnot, dessen politische Bearbeitung und den damit verbundenen Organisations- und Vernetzungsanstrengungen sind gemeinsame soziale Aktivitäten eine weitere Säule in der Arbeit der GHAS. Dazu gehören die Zubereitung und der Verkauf von Essen und Getränken auf Veranstaltungen, die gemeinsame Teilnahme an Events wie Fußballturnieren oder das Organisieren von Festen. Bei solchen kollektiven Aktivitäten kann sich abseits der wöchentlichen Treffen intensiver ausgetauscht und kennengelernt und so die gegenseitige Verbindung gestärkt werden. Oft wird bei den Essensvorbereitungen in lockerer Atmosphäre gemeinsam gekocht, gelacht, Bier getrunken und diskutiert und die erlebten Momente werden narrativ in den Alltag der Gruppe übertragen, z. B. wenn bestimmte Rollen oder Gerichte nach Mitgliedern benannt (z. B. „Kartoffeln a lá Angela“) und immer wieder abgerufen werden. Zudem werden soziale Angebote und Orte des Zusammenkommens ohne größere ökonomische Hürden geschaffen, an denen Menschen niedrigschwellig teilnehmen und ihrer Vereinzelung entfliehen können (Int. 24.05.2019, Int. 21.07.2021). Gleichzeitig haben diese Aktivitäten einen Vernetzungsaspekt nach außen, weil mit anderen Strukturen aus dem Stadtteil zusammengearbeitet wird. Und letztlich haben viele der Aktivitäten einen praktischen Nutzen für die Herausforderungen der Gruppe, da über die Essensverkäufe Geld für die Repressionskosten gesammelt wird.

Im Folgenden wird noch einmal verdeutlicht, wie verschiedene der aufgezeigten Punkte im Alltag der Gruppe zusammenlaufen und dies mit der Bildung neuer Beziehungsweisen zusammenspielt. Dafür wird zum einen die Biographie von Angela, die fester Bestandteil der GHAS ist, etwas eingehender beschrieben und zum anderen der Effekt von Zwangsräumungssituationen auf die betroffenen Subjekte näher untersucht.

#### **11.4.2 Zwangsräumungen: Zwischen Erschöpfung und Selbstermächtigung**

Die Bedrohung durch Zwangsräumungen und eine prekäre Wohnungssituation sowie die Kämpfe um Wohnraum haben tiefgreifenden Einfluss auf Betroffene sowie Unterstützer\*innen. Einer zunehmenden Erschöpfung durch die permanente Belastung stehen Selbstermächtigung und kleine Siege durch die kollektiven Kämpfe gegenüber. Wirken und Zusammenspiel dieser Momente kann eindrücklich an der Biographie von Angela verdeutlicht werden. Angela ist um die Jahrtausendwende aufgrund finanzieller Probleme und patriarchaler häuslicher Gewalt von Ecuador nach Barcelona migriert und seitdem immer wieder mit Problemen bei der Wohnungssuche konfrontiert gewesen. Mithilfe der ecuadorianischen Community hatte sie nach Ankunft auf informellem Wege Arbeit und Unterkunft gefunden, musste den Job aber kündigen, da der Arbeitgeber sich weigerte, einen offiziellen Arbeitsvertrag auszustellen, den sie für die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus brauchte. In den nächsten Jahren musste sie mehrfach die Wohnung wechseln, entweder, weil der Mietvertrag nicht verlängert wurde, die Wohnumstände hinsichtlich Ausstattung, Zustand oder Mitbewohner\*innen der Wohnungen inadäquat waren oder sich die Besitzverhältnisse änderten:

Dann trat eine Frau in mein Leben und gab mir eine Wohnung hier in Urquinaona, an der Linie 4. Aber es war eine sehr kleine, sehr alte Wohnung. Ich wohnte dort in einer sehr kleinen Wohnung, ich wohnte dort mit zwei anderen Frauen, weil ich Angst hatte, denn es war ein verlassenes Gebäude, in dem Männer wohnten, die, wie ich jetzt erkannte, Hausbesetzer waren. Also lebte ich dort und arbeitete weiter, ich arbeitete weiter und nach vier oder fünf Jahren musste ich weg. Die Frau stirbt und die Erben haben mir gesagt, ich solle gehen, denn das Erbe sei bereits übergeben. Und ich musste diesen Ort verlassen und wurde mit meinen Kleidern in der Luft zurückgelassen und konnte nirgendwo hin. (Int. 21.07.2021)

In der Zeit wurden ihr auch mehrfach Zimmer in besetzten Häusern und Wohnungen vermietet, was sie teilweise erst später erfuhr. Trotz Arbeit konnte Angela mit dem Lohn kaum geeignete Wohnungen finden und nach mehreren Operationen am Kopf und der Wirbelsäule verschlechterte sich ihre finanzielle Situation und damit auch die Wohnraumsituation. Sie lebte einige Zeit bei einer Hausbesetzerin, litt dort stark unter der mangelnden Hygiene in der Wohnung und war schließlich von der anhaltenden prekären Situation erschöpft und ist „zu einer sehr weinerlichen, einer sehr deprimierten Person geworden“ (ebd.), als sie im Jahr 2017 zufällig auf einen Flyer der GHAS stieß:

Ich war müde und habe gesagt, ich halte es nicht mehr aus. Mit anderen Worten: Ich habe ein schlechtes Leben. Und eines Tages ging ich hinaus, um ein Zimmer zu suchen. Ich bin in Sants herumgelaufen, bin in Callshops gegangen, um mir ein anderes Zimmer zu suchen, um dorthin umzuziehen. Dann fand ich eine Anzeige mit der Aufschrift Grup d’Habitatge de Sants, gelb. Ich war von der Farbe des Papiers beeindruckt. Ich habe es gesehen und mich ihm genähert, es gelesen und ein \*Fotogeräusch\* gemacht. Und dann war da noch eine Telefonnummer. (Int. 21.07.2021)

Sie nahm den Kontakt zur GHAS auf, bei der sie dann regelmäßig an den Treffen teilnahm und dann auf einmal die Nachricht kam: „Angela, hier ist ein Haus für dich!“ (ebd.). Gemeint war der Bloc Gaiarre, der im Februar 2019 besetzt wurde. Sie zog dort in eine der sechs Wohnungen ein und renovierte und richtete mit Hilfe der Gruppe das Haus ein, das vorher „geschlossen und unbewohnbar“ (ebd.) war. Angela hat sich während der Zeit in der Gaiarre einer schweren Operation unterzogen und hatte eine diagnostizierte Behinderung von 60%, zudem lebten in den anderen drei noch bewohnten Wohnungen Familien mit minderjährigen Kindern. Trotz der offensichtlichen Vulnerabilität und der anhaltenden Covid-Pandemie ordnete das Gericht wegen der Gefahr von „Konfliktsituationen und einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung“ einen offenen Räumungstermin zwischen dem 7. und 22. Dezember 2020 an (Cardona 2021, o. S.). Laut Marc Serra, Barcelona en Comú-Politiker und Bezirksrat von Sants, wurden die Sozialdienste im Vorfeld nicht informiert. Zudem gab es ein Angebot der Stadt, die Zahlung einer Sozialmiete für



die Wohnungen zu garantieren, wenn die Familien dadurch bleiben könnten, was nicht vom Eigentümer erwidert wurde (Serra Solé 2020). Trotz 150 Unterstützer\*innen vor der Tür räumte ein großes Polizeiaufgebot den Bloc Gayarre am 15. Dezember 2020. Eine Situation, die bei Angela noch heute sehr präsent ist:

Und dann bin ich dorthin gegangen, um dort mit weiteren Gefährten als Hausbesetzerin zu leben, aber sie haben uns dort mit viel Polizeigewalt rausgeholt. Sie hatten neunzehn Polizeitransporter, etwa zweihundert Mossos d'Esquadra. Sie brachten Krankenwagen, sie brachten Anti-Aufruhr-Polizei. Außerdem war die Guardia Urbana überall präsent. Wir wurden von vielen Polizisten in die Enge getrieben. Überall waren Leute, als ob wir eine Bombe legen wollten. Sie holten uns raus, gefährdete Menschen, Menschen, die keine Arbeit hatten, Menschen, die keine Wohnung hatten, Menschen, die keine Papiere hatten, Menschen mit Kindern. Das war etwas, mehr als alles andere war es, so etwas wie eine Wut gegen die Verletzlichen, würde ich sagen. Und ich sage, es gibt ein vor und ein nach der der Räumung. Vor der Räumung litten wir unter Depressionen, wir litten. Wir haben nicht alleine geschlafen, sondern sind immer zum Fenster gegangen, um zu sehen, ob unten etwas Verdächtiges ist, denn wir waren immer in Bereitschaft. Das ist also, wenn wir vor einer Räumung stehen und wenn wir eine Räumung hinter uns haben, dann sind wir auf der Straße. Weil wir vertrieben worden sind. (Int. 21.07.2021)

Weiter beschreibt Angela die weitreichenden Folgen rund um die Räumungssituation: „Es ist also ein Leiden, bei dem man nicht isst, nicht schläft und nicht in Ruhe arbeiten kann. Ein Leiden. Etwas Psychologisches. Ein Schmerz, den nur derjenige hat, der eine Zwangsräumung durchmacht“ (ebd.). Die Entsicherung der Lebensverhältnisse führt zu einer Erschöpfung der von Zwangsräumungen und Wohnungsnot Betroffenen. Gleichzeitig ist eine Zwangsräumung kein singuläres Ereignis und kann in Wohnungsnot geratene Menschen immer wieder treffen. Die Angst vor dem Verlust der Wohnung ist daher omnipräsent bei der GHAS, sowohl bei neuen Partizipierenden, als auch bei erfahrenen Militanten. Bei der Vorstellung der neuen Fälle wird immer wieder betont, wieviel Angst die Menschen haben, ihr Dach über den Kopf zu verlieren und kein Zuhause für ihre Familie mehr zu haben. Aber auch bei den stärksten Persönlichkeiten der Gruppe brechen in belastenden oder stressigen Situationen wie Terminen beim Sozialamt die Angst und die Erschöpfung immer wieder durch (TB 17.05.2019, TB 23.06.2021). Viele der Aktiven leiden ausgesprochen unter Depressionen und anderen Krankheiten, was deutlich macht, wie tiefe und langwierige Spuren diese permanente Unsicherheit hinterlässt (Int. 21.07.2021, Int. 26.08.2021). Die Aktivistin Cristina, die bei der GHAS und der Mieter\*innengewerkschaft aktiv war, verstarb im Juni 2019 überraschend. Kurz vorher erzählte sie noch, dass ihr ihre aktuelle Wohnungssituation sehr zu schaffen mache. Durch einen Vermieterwechsel befürchtete sie, dass sie aus ihrer Wohnung in Sants verdrängt werden könnte (TB 24.05.2019). Ihr Tod ist nicht von ihrer belasteten Situation zu trennen.

Am 14. Juni 2021 suizidierte sich der 58-jährige Ecuadorianer Segundo aufgrund einer anstehenden Zwangsäumung. Als das Räumungskomitee bei seiner Wohnung in der Carrer Bacardi klingelte, sah er keinen anderen Ausweg mehr, als sich in den Innenhof des Wohnhauses zu stürzen. An diesem Tag waren morgens in Sants noch drei weitere Zwangsäumungen angesetzt, die allesamt durch Blockaden und Verhandlungen verhindert oder ausgesetzt werden konnten. Im Laufe des Abends kam dann die schockierende Nachricht des Suizids. Segundo hatte seit seiner Arbeitslosigkeit 2018 zunehmend Probleme, die Miete zu begleichen und musste die Zahlungen im Juni 2020 – zum Höhepunkt der Covid-Pandemie – schließlich einstellen. Der Eigentümer, ein kleiner Privatvermieter, kündigte ihm und meldete das Zahlungsver säumnis. Obwohl der Sozialdienst auf Grundlage eines Vulnerabilitätsberichts die Aussetzung der Zwangsäumung vor dem Gericht beantragte, stellte der Oberste Gerichtshof Kataloniens den Räumungsbefehl für Mitte Juni aus. Die in dem Bericht genannte Begründung der Vulnerabilität entspräche nicht den Kriterien des Moratoriums, welches von der Zentralregierung während der Pandemie erlassen wurde, so das Gericht (Cugat 2021). Einen Tag später klagten mehr als 1 000 Nachbar\*innen aus Sants und die Wohnraumbewegung das Geschehene mit einer Demonstration unter dem Motto „Das war kein Selbstmord, das war Mord“ (Abb. 18) an. Vor dem Haus von Segundo rief eine Nachbarin der Demonstration zu, dass er umgebracht worden wäre (TB 15.06.2021).

Die Stadtverwaltung kritisierte die Gerichte für die Räumungsentscheidung als „sehr schweren Fehler“, der „ein tiefgreifendes Nachdenken auf juristischer Ebene“ nach sich ziehen müsse (Calderón 2021, o.S.). Ada Colau betonte in einer Nachricht in sozialen Netzwerken, dass es ein Tod sei, der nicht hätte passieren dürfen (Cugat 2021). Das Gericht erwiderte daraufhin, dass der Bericht nicht der von der Zentralregierung verabschiedeten Verordnung für das Räumungsmoratorium entsprochen habe, an deren Ausarbeitung und Billigung auch Podemos beteiligt war. Weiter betonte das Gericht, dass

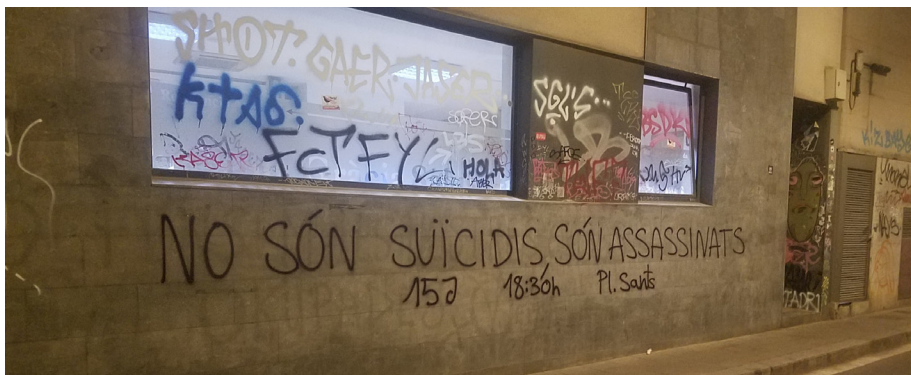


Abb. 18: Graffiti in Barcelona-Sants „Es sind keine Suizide, es sind Morde“  
Quelle: Eigene Aufnahme 2021

die Sozialdienste nicht nur vermitteln, sondern Alternativen anbieten müssten (Calderón 2021). Angela wiederum kritisiert aus ihren eigenen Erfahrungen die Parteilichkeit von Polizei- und Justizapparaten für die Immobilieneigentümer\*innen und gegen die Betroffenen von Zwangsräumungen:

Die Polizei verteidigt nicht dich, sondern die Reichen. Das heißt, als ob sie zugunsten der großen Immobiliengesellschaften wären. [...] Es ist die Art und Weise, wie die korrupte Polizei und die Richter, die das Gesetz der Regierung ignorieren, tun, was sie wollen. Sie setzen sich rücksichtslos über das Gesetz hinweg. Und was ist mit uns, den gefährdeten prekären Menschen? Wir werden mit Füßen getreten, von den Richtern, von allem was Gesetz ist. (Int. 21.07.2021)

Nach der Räumung des Bloc Gayarre begannen für Angela und die anderen drei Familien eine Odyssee mit unzureichenden Zwischenlösungen. Während die Familien direkt nach der Räumung in Touristenappartements mit nur einem Zimmer untergebracht wurden, verbrachte Angela die Nacht in einem Studentenwohnheim in Sants. Nach Protesten der GHAS, bei denen das Bezirksamt in Sants besetzt wurde, sind Angela und die Familien zusammen in einem Hotel in L'Hospitalet de Llobregat untergebracht worden, doch auch dort fehlte es an grundlegender Ausstattung wie Waschmaschine oder Ofen (Int. 21.07.2021). Nach über einem halben Jahr in dem Hotel bekam Angela von der Stadt eine Wohnung in L'Eixample zugewiesen, welche einer Stiftung gehört. Doch auch dort wurde der Vertrag auf ein Jahr begrenzt. Wie es dann weitergeht, ist ungewiss:

Und nun, im Moment geht es mir hier gut, im Moment, weil es vorübergehend ist. Und deshalb sage ich dir, eine Zwangsräumung ist ein Albtraum, weil man einschläft, aber dann verliert man, wenn man aufwacht und denkt: Wo soll ich denn jetzt hin? Wo werden sie mich hinschicken? Was wird mit mir geschehen? Ich meine, das sind eine Menge Dinge, die all das betrifft, und eine Menge Leute, und ich sehe und erkenne und weiß am eigenen Leib, dass es einen zu sehr betrifft und wir sehr gestresst leben. Ja, psychisch und physisch sind wir einfach völlig erschöpft. (Int. 21.07.2021)

Die Situation der Zwangsräumung und die permanente Prekarisierung der Wohnungssituation sind in der alltäglichen Auseinandersetzung mit Leid, Angst, Stress, Erkrankung und Erschöpfung verbunden und „hinterlassen einen Schaden, der im Kopf bleibt“ (ebd.). Menschen werden aus ihrer gewohnten Umwelt verdrängt – sowohl in Bezug auf die Wohnung als intimen Raum und Rückzugsort als auch auf das soziale Umfeld der Nachbarschaft – und soziale Beziehungen durch die Logik des Privateigentums gekappt. Doch generieren die Kämpfe gegen Zwangsräumungen und für den Zugang zu würdevollen Wohnraum auch neue Beziehungen und Beziehungsweisen, die über bestehende Formen hinausgehen.

Die GHAS bildet einen kollektiven Raum, indem die einzelnen Sorgen und Ängste artikuliert und nachvollzogen werden können. Wenn neue Leute von ihrer Situation berichten und sagen, wieviel Angst sie vor einer Zwangsäumung haben, wird von Personen der Gruppe entgegnet: „Willkommen im Club. Jetzt bist du nicht mehr alleine!“ (TB 20.05.2019). Den Neuankömmlingen wird klargemacht, dass es nicht ihr individuelles Verschulden, sondern ein systemisches Versagen ist, dass so viele Leute von der Wohnungsnot bedroht sind und dass es sich lohnt dagegen zu kämpfen. Angela beschreibt, wie sie sich durch die Zeit und Kämpfe mit der Gruppe verändert hat: „Ich habe wegen allem geweint, weil ich eine Depression hatte. Meine Gruppe hat mich langsam stark gemacht und jetzt habe ich keine Angst mehr vor den Mossos d’Esquadra. Ich habe vor niemandem mehr Angst“ (Int. 21.07.2021). Die Gruppe nimmt den Individuen die Angst und gibt ihnen gleichzeitig Stärke, was sich auf die Dynamik innerhalb der GHAS sowie auf andere Bereiche des Lebens überträgt. So berichtet Angela, wie sie eigenständiger geworden ist und etwa weniger Hilfe bei Reparaturarbeiten braucht: „Ich trage mein Werkzeug, weil ich keinen Mann brauche. Das ist Befähigung“ (ebd.). Gleichzeitig hat sich ihre Rolle in der GHAS stark verändert. Während sie anfangs sehr zurückhaltend und passiv war, hat sie im Laufe der Zeit bei den Versammlungen immer öfter das Wort ergriffen und dabei auch Kritik geäußert, z. B., wenn Personen wenig Eigeninitiative zur Lösung der eigenen Notlage zeigen und die Gruppe als Dienstleister betrachten (TB 19.07.2021). Vor allem die Besetzung des Bloc Gayarre markierte einen Wendepunkt, der zur Selbstermächtigung von Angela führte, wie auch zwei Mitglieder der GHAS rekapitulieren: „Nun, sieh dir Angela an. Sie kam hierher und hatte keine Stimme. Und am Ende, als sie Gayarre besetzte...“ (Int. 26.08.2021, A). „Ploop!“ (ebd., B). „Sie stand oben auf dem Balkon und sah aus wie eine Bürgermeisterin“ (ebd., A). „Wirklich!“ (ebd., B.). Ein anderes Mitglied der Gruppe, welches in den 1980er Jahren von Marokko nach Barcelona migriert war, beschreibt, wie sie diesen Moment der Selbstermächtigung als Befreiung erlebt hat: „Die GHAS? Freiheit. Einfach so. Kampf und Freiheit. Es ist ein Kampf für die Freiheit. Als ich an der spanischen Grenze ankam, dachte ich, ich bin frei. Und ich war mehr denn je ein Sklave. Mit GHAS fühle ich mich jetzt frei“ (Int. 17.05.2019).

Eine solche Selbstermächtigung der Subjekte ist durch die kollektiven Erfahrungen innerhalb der Gruppe ermöglicht worden. Das Verhindern einer Zwangsäumung, ob nun durch ein Schreiben an den Vermieter oder die Blockade der Tür, ist nur möglich durch gegenseitige Unterstützung. Der Kampf um die materiellen Verbesserungen verbindet Betroffene und Nicht-Betroffene und „plötzlich sehen sie, dass es Menschen gibt, die nichts über sie wissen, die vielleicht nicht diese Probleme haben, die ihnen helfen, ohne eine Gegenleistung zu verlangen. Dies führt dazu, dass die Gruppen eine nicht-kapitalistische Dynamik haben, die nicht auf Tausch“ (Int. 24.05.2019) beruht. Angela beschreibt, wie die gemeinsame Betroffenheit und die gegenseitige Unterstützung zu einem verbindenden Element der heterogenen Gruppe wird:

Es ist eine Familie, ja, die Gruppe ist wie eine Familie. Weil Sie mit Traurigkeit ankommen, wie ich gesagt habe. Und dann sprichst du mit dem einen oder der anderen und du vergisst eine Weile [die Traurigkeit]. Und sie sehen keine Rasse, kein Geschlecht, kein Nichts. Mit anderen Worten: Wir sind alle am selben Ort. Homosexuelle, Transvestiten. Mit anderen Worten: Wir sind alle eine Person. Wir wählen nicht aus, nein, ich gebe nicht nur demjenigen die Hand, der zu mir passt, sondern alle sind für mich gleich. (Int. 21.07.2021)

Die Offenheit der GHAS führt nicht nur dazu, dass unterschiedliche soziale Positionalitäten und Identitäten unter einem gemeinsamen Bewusstsein miteinander in Berührung und Austausch kommen, sondern weitergehend Verständnis und Respekt füreinander entwickeln und sich gegenseitig unterstützen. Als die Gruppe Essen bei einer Queer-Karaokeparty im Can Batlló verkaufte, tanzten und sangen mit fortgeschrittener Zeit verschiedene Mitglieder auf der Bühne, fernab von Alter oder Herkunft (TB 13.06.2021). Zudem ruft die GHAS innerhalb der Gruppe regelmäßig zu Demonstrationen in Solidarität mit Migrant\*innen respektive gegen rassistische Gesetzgebungen oder für die Rechte von Frauen oder LGBTQI auf (TB 02.03.2020).

Der von Angela aufgestellte Vergleich mit der Familie fällt immer wieder in den Beschreibungen der GHAS (u. a. TB 13.04.2019, TB 11.05.2019, TB 23.06.2021) und kann unterschiedlich interpretiert werden. Ein zentrales Element in der Zuschreibung ist, dass die Gruppe ein Ort ist, wo die Leute mit ihren Problemen gesehen werden und Vertrauen und Zuneigung erfahren. Innerhalb der GHAS wird sehr darauf geachtet, dass sich umeinander gekümmert wird. Artikulierte Gefühle und Emotionen werden wahrgenommen und es wird darauf reagiert, Zuneigung und Nähe werden aktiv ausgetauscht. Dies ist nicht auf die offiziellen Termine der Gruppe begrenzt, sondern geht weit darüber hinaus in den Alltag. Über die Messenger-Gruppe wird auf zu verschenkende Möbelstücke hingewiesen, sich über den Zustand erkrankter Mitglieder erkundigt und gute Besserung gewünscht oder Kinderbetreuung organisiert. Gleichzeitig entspricht die Altersspanne auf den Treffen und Aktivitäten fast fünf Generationen, von Babys und Kleinkindern bis zu Senior\*innen, und die anfallenden Aufgaben decken weite Teile der Reproduktionsaufgaben ab. Doch in diesem Fall sollen die Kindererziehung, das Putzen und Kochen nicht vergeschlechtlicht und unsichtbar gemacht werden, sondern kollektiv und sichtbar bearbeitet werden. Dies ermöglicht, sich auf vielfältige Weise produktiv einzubringen und zum Funktionieren der Gruppe beizutragen: „Du kannst eine Tätigkeit ausüben: Kochen, Putzen, Möbel umstellen oder was auch immer, du kannst ein Auto besorgen, es mitbringen und damit fahren. Mit anderen Worten: Du bist Teil dieser kleinen Armee“ (Int. 24.05.2019).

Damit ist deutlich geworden, wie die Gruppe den Kampf um die materiellen Lebensbedingungen mit präfigurativen Praxen einer alternativen Form der sozialen Reproduktion

und einer Neudefinition des Konzepts Familie verbindet. Das Bewusstsein einer kollektiven Betroffenheit und die aus den Kämpfen entstehende Solidarität sind dabei die Bindeglieder, um nach Innen eine Gemeinsamkeit zwischen den vielen unterschiedlichen Lebensrealitäten zu erzeugen und nach außen eine Handlungsfähigkeit zur Erkämpfung der materiellen Verbesserungen herzustellen. Ein Gründungsmitglied der GHAS bringt diesen Effekt des Kampfes gegen Zwangsräumungen auf den Punkt:

Eine Zwangsräumung zu stoppen, ist eine Aktion, bei der man sich solidarisch fühlt, bei der man die Leute berührt, bei der man da ist, bei der man eine Konfrontation hat, bei der man einige Emotionen hat, die funktionieren. Wenn man die Zwangsräumung stoppt, weil man sie stoppt. Und wenn sie wen rauswerfen, weil sie wen rauswerfen. (Int. 26.08.2021)

Das heißt nicht, dass es keine Konflikte oder Widersprüche innerhalb der Gruppe gibt. Auch wenn eine Selbstermächtigung der Subjekte stattfindet und sich der aktivistische Stamm der Gruppe in den letzten Jahren verbreitert hat, konzentrieren sich bestimmte Aufgaben und Verantwortungen immer wieder bei erfahrenen Personen. Zwar werden bei den Treffen zu allen Punkten, ob konkrete Fälle oder strategische Überlegungen, kurze Einführungen gegeben und versucht die Leute aktiv einzubinden, doch auch hier hängt sowohl die Vorstellung der Punkte auch die Diskussion an einzelnen Personen. Diese sind meist länger in der Gruppe und haben dadurch entsprechend Erfahrung gesammelt (z.B. in rechtlichen Fragen) oder politische Aktivist\*innen mit entsprechender Erfahrung, die darauf basierend politisch-strategische Überlegungen anstellen (TB 13.04.2019, 20.05.2019, TB 21.05.2021, TB 31.05.2021). Zudem kommt es immer wieder zu Situationen, in denen Betroffene ihrer aktiven Rolle in der Lösung der Wohnungsnot nicht nachkommen, etwa, wenn bestimmte Informationen oder Unterlagen nicht beschafft respektive Termine oder Aufgaben nicht wahrgenommen werden. Dies kann zu Unmut in der Gruppe führen, die sich explizit von der Rolle des Dienstleisters abgrenzt (TB 31.05.2021). Gleichzeitig können Konflikte darum entstehen, inwieweit solche Fälle durch die Gruppe weiter unterstützt werden sollen (TB 19.07.2021, TB 26.07.2021, Int. 21.07.2021). Auch werden auf den Treffen oder bei den Aktivitäten hegemoniale Modi der vergeschlechtlichen Arbeitsteilung reproduziert und es kann auch zu sexistischen Bemerkungen kommen (TB 11.05.2019). Doch kann dies unter anderen Kräfte- und Beziehungsverhältnissen verhandelt werden.

Darüber hinaus ist die alltägliche Arbeit der GHAS von Widersprüchen und Rückschlägen durchfurcht. Innerhalb der Gruppe müssen schwierige emotionale Situationen verarbeitet werden und die Verantwortung der Struktur ist sehr groß, da es um elementare Fragen geht (TB 17.05.2019). Das strukturelle Wohnungsproblem als Ausdruck der herrschenden Ordnung kann nicht auf der lokalen Ebene gelöst, sondern höchstens abgefedert werden. Gestoppte Zwangsräumungen verschaffen oftmals nur Zeit, sodass der Kampf

um Wohnraum für viele Betroffene permanent ist. Trotz der unermüdlichen Arbeit der Gruppen werden weiterhin unzählige Zwangsräumungen durchgesetzt. Zudem hat sich die Pandemie auf das soziale Gefüge der Gruppe ausgewirkt und zu mehr Vereinzelung geführt. Zwar fanden unter bestimmten Voraussetzungen weiterhin Treffen statt, doch aus Angst vor dem Virus kamen vor allem ältere Leute nicht mehr (Int. 21.07.2021, TB 10.03.2020, TB 31.05.2021).

## 11.5 Nachbarschaftsbewegung und Selbstorganisation im Verhältnis zu den Institutionen

Der Aufbau und die Vernetzung selbstverwalteter Infrastrukturen – von Arbeits- und Wohngenossenschaften bis zu den sozialen Zentren – sowie die Organisation und Aktivitäten der GHAS teilen die doppelte Ebene der Verteidigung bzw. Verbesserung der materiellen Lebensgrundlage der Stadtteilbewohner\*innen sowie den Aufbau neuer, solidarischerer Beziehungsweisen. Auf Grundlage einer alternativen territorialen Organisation, der Herstellung eines gemeinsamen Bewusstseins und der Selbstermächtigung wird so versucht, über die Soziale Fabrik des Stadtteils, übergeordnete Entwicklungen der Krise, Verdrängung und Vereinzelung zurückzudrängen. Diese Soziale Fabrik könnte im Sinne des munizipalistischen *Dual Power*-Ansatzes als eine „Konföderation demokratischer und selbstverwalteter Strukturen, die Gegenmacht aufbauen“ (Bookchin und van Outryve 2019, o. S.) bezeichnet werden. Dabei bleibt die Frage offen, wie sich diese Strukturen und deren Konföderation zur institutionellen Politik ins Verhältnis setzen.

Dabei spielt bei einigen der Akteur\*innen dieser Strukturen bei der Bewertung oder Offenheit gegenüber dem Neuen Munizipalismus der geschichtliche Hintergrund der *Transición* eine wichtige Rolle. Die Erinnerung der Nachbarschaftsbewegung an die ersten demokratischen Wahlen nach der Franco-Diktatur und die anschließende Inkorporation sozialer und Nachbarschaftsbewegungen sind etwa beim Vertreter des Can Batlló noch sehr präsent:

Es war eine Zeit, in der Nachbarn einen großen Aufschwung erlebten. Im Wesentlichen deshalb, weil die linke Militanz über die Nachbarschaftsvereine als einziges legales Element, das ihnen einen gewissen Spielraum bot, gruppiert war. Und sie waren sehr wichtig, bis Franco starb und die Demokratie eingeführt wurde, und dann bestand das Problem darin, dass die politischen Parteien ihre Nachbarn entmachteten. Sie haben viele Kämpfer für öffentliche Ämter abgezogen und so weiter. Außerdem gaben sie vor, dass die historische Rolle der Nachbarschaftsverbände nicht mehr notwendig sei. Ich erinnere mich an Narcís Serra, einen ehemaligen Minister, den ersten Bürgermeister von Barcelona nach der Diktatur. Bei einem Treffen sagte er uns: „Nein, nein, wir brauchen sie nicht, wir haben schon welche.“

Jetzt könnt ihr euch auflösen, löst euch auf und wir tun, was wir tun müssen'. (Int. 10.05.2019)

Die Regierung hat zu der Zeit die wichtigen Köpfe der Bewegungen mit in die Institutionen genommen, sich dann von den Bewegungen abgekoppelt und diese für überflüssig erklärt, sodass bei anhalten den außerparlamentarischen Forderungen diese „Nachbarn“ wieder zu einem „Ärgernis wie zu Zeiten der Diktatur“ erklärt wurden (09.04.2019). Bei den neuen munizipalistischen Bewegungen wird diesbezüglich vor allem bei Barcelona en Comú die Gefahr gesehen, dass sich diese Vorgänge wiederholen, sie sich von den „sozialen Bewegungen nähren“ (Int. 23.05.2019), diese dadurch schwächen und sich schlussendlich von ihnen abwenden. Bei Gründungsveranstaltungen von Guanyem Barcelona in Sants beklagten selbstorganisierte Strukturen die Vertikalisierung des Projekts und distanzieren sich (Int. 29.06.2021). Entgegen dieser Tendenz gibt es auch innerhalb der Strukturen Fürsprecher\*innen und Unterstützer\*innen für das Projekt Barcelona en Comú sowie positive Bewertungen ihrer Politiken, sowie Kooperationen verschiedener Intensität (Int. 25.04.2019, Int. 26.08.2021) (Kap. 10.2.3). Dennoch bringt die rebellische Geschichte Sants' und die hohe Dichte an selbstverwalteten Strukturen einen Blickwinkel auf politische Veränderung mit sich, der einen starken Fokus auf die Autonomie und die Wirkungsmacht außerinstitutioneller Akteur\*innen legt.

Die Errichtung und Erhaltung von Projekten wie Can Batlló werden als „Erfolge eines Nachbarschaftskampfes“ (Int. 10.05.2019) gewertet. Die Besetzung des Geländes wurde gleichzeitig mit der Amtseinführung des konservativen Bürgermeisters Xavier Trias durchgeführt, der mit seiner Partei *Convergència i Unió* nach über drei Jahrzehnten die sozialdemokratische *PSC* an der Spitze des Rathauses ablöste. Obwohl die institutionelle Politik augenscheinlich nach rechts gerückt ist, konnte mit einer gut vorbereiteten Kampagne und einer organisierten Nachbarschaft im Rücken Can Batlló durchgesetzt und eine konservative Regierung zu progressiver Politik gedrängt werden. Wie im Verlaufe der Arbeit dargelegt, gibt es in Sants eine „Kontinuität dieser Kämpfe“ (Int. 02.04.2019), welche die infrastrukturelle Ausstattung des Viertels maßgeblich geprägt hat, sodass dieser Ansatz, der auch das gezielte Übertreten des rechtlichen Rahmens beinhaltet, eine breite Legitimität erfährt. Eine Vertreterin der *Castellers de Sants*, die in ihrer sozialen Zusammensetzung eine sehr breit gefächerte Organisation sind, verdeutlicht dies anhand eines Konflikts mit der Stadtregierung um die Nutzung einer angrenzenden Fläche und die Teilnahme der *Castellers* am partizipativen Stadtbudget (Kap. 10.1.4):

Auch von Seiten der *Colla* [Gruppe] gibt es natürlich viele Leute, die uns sagen, dass wir naiv sind, dass wir alles glauben, dass wir uns nicht an dem partizipativen Projekt hätten beteiligen sollen. [...] [V]iele Leute in der *Colla* denken, wir müssten jeden Tag die Straße von Sants blockieren und nicht verhandeln, weil wir nichts erreichen würden. Aber natürlich ist es nicht so einfach, jeden Tag die Straße von



Sants zu sperren, es gibt viele Leute, die jeden Tag demonstrieren und die Avinguda Meridiana blockieren, gegen die Repressalien, die es für den ganzen Prozess des 1. Oktober gibt, und sie haben nichts erreicht. Aber es sind unterschiedliche Sensibilitäten und unterschiedliche Sichtweisen. (Int. 26.08.2021)

Dieses Zitat zeigt am Beispiel der Proteste gegen die Repression auch, dass ein solches Vorgehen nicht immer zum Erfolg führt. Zudem verstärkt es den Punkt, dass bei Forderungen an die institutionelle Politik die lokale Ebene und die damit verbundenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse einfacher im Sinne der Nachbarschaften und Bewegungen zu beeinflussen sind, als wie in diesem Fall die übergeordnete nationale Ebene. Den Effekt einer gut „organisierten Staatsbürgerschaft außerhalb der Institution, die kollektives Handeln aufbaut und durchführt“ (Int. 16.03.21) auf die parlamentarische Politik beschreibt eine ehemalige Beraterin von Barcelona en Comú, die in dem Prozess um die Überführung des Can Batlló in eine öffentlich-gemeinschaftliche Nutzungsform beteiligt war:

Die Institution braucht die Außenwelt, um Veränderungen zu bewirken. Und wenn man drinnen ist, braucht man jemanden, der einen drängt und fordert und von einem fordert, oder man hat weniger Kapazitäten, um die Maschine von innen in Bewegung zu setzen. Ich wusste das, aber ich sah es noch einmal sehr deutlich. (Int. 16.03.21)

Dies verdeutlicht die Unabdingbarkeit organisierter außerparlamentarischer Strukturen für die Durchsetzung progressiver Politiken. Gleichzeitig führt diese Stärke und Rolle zu einem Autonomie-Anspruch und einer Distanz der selbstverwalteten Organe gegenüber den Institutionen. „Wenn du zur Bürgermeisterin gewählt wirst, seid ihr die Macht. Wir werden die Straße sein“ (Int. 10.05.2019) fasst ein Vertreter des Can Batlló deren damalige Position gegenüber Barcelona en Comú hinsichtlich eines möglichen Wahlsieges zusammen.

Dies schlägt sich auch in der Perspektive auf den Begriff des Munizipalismus nieder, der in Sants stark auf die territoriale Nähe, Horizontalität und die außerinstitutionelle Organisation der Nachbarschaftsbewegung abzielt (Int. 11.04.2019, Int. 12.04.2019, Int. 26.08.2021). Eine Vertreterin von La Ciutat Invisible, die seit 20 Jahren Projekte und Netzwerke im Stadtteil anschieben, erklärt in dieser Hinsicht, dass „die Menschen, die Munizipalismus außerhalb der Institution machen, sagen nicht, dass sie Munizipalismus machen. Zumindest wir nicht.“ (Int. 11.04.2019). Auch wenn die Nachbarschaftsbewegung in dem Sinne munizipalistisch ist, dass auf lokaler Ebene kollektive Handlungsmacht aufgebaut wird, ist der Munizipalismus keine Referenz für eine übergeordnete Strategie. Der Vertreter des Casales Independentista Jaume Compte betont ebenfalls, dass der Kern des Munizipalismus nicht die institutionelle Arbeit sei, sondern vor allem der Aufbau einer populären Bewegung auf Basis einer lokalen räumlichen Einheit:

Es geht darum zu verstehen, wie die nächste Umgebung der Menschen der Ort ist, von dem aus sie in ihrem Leben Politik machen. Sowohl innerhalb als auch außerhalb der Institution. Ich verstehe Munizipalismus ebenso als Möglichkeit, sich einen Rahmen zu schaffen, um zu arbeiten und das Leben der Menschen um einen herum zu verbessern. Und das wichtigste ist, die Hierarchie geht von unten nach oben und nicht umgekehrt. Das Wichtigste ist nicht der Staat oder die Regionalregierung, sondern umgekehrt. Hier können Sie Änderungen vornehmen. Hier zwingt die populäre Bewegung die Institutionen, etwas zu tun. (Int. 15.04.2019)

Die Rolle von selbstorganisierten Infrastrukturen im Munizipalismus beschreibt ein Aktiver der Kino-Kooperative Zumzeit:

Munizipalismus bedeutet, dass wir einen Raum schaffen, der nicht nur Kultur produziert, sondern auch soziale Organisation. Zu Beginn wurde es als Begegnungsstätte verstanden. Ein Raum, in dem sich Menschen treffen können, um frei zu reden, sich zu organisieren und eine Infrastruktur zu haben, mit der sie Aktivitäten durchführen können. Es handelt sich bereits um Munizipalismus. Es ist auch mit den Versammlungen verbunden, die ebenfalls Entscheidungsräume sind, ein Raum für die Ermächtigung und für das Verständnis, dass es eine populäre Struktur gibt, um sich zu organisieren. Wir haben auch eine sehr klare Vorstellung davon, dass wir einen echten Einfluss auf die Politik des Viertels selbst haben müssen, in diesem Fall im kulturellen Bereich. (Int. 25.05.2019)

Die verschiedenen Aussagen zum Munizipalismus variieren hinsichtlich des Verhältnisses zu den Institutionen und der Frage, ob diese einen aktiven Resonanzkörper darstellen. Durchweg wird die Bedeutung der nachbarschaftlichen und außerinstitutionellen Organisation betont, die aus Sicht der Akteur\*innen aus dem Stadtteil das politische Standbein außerhalb der Institutionen ist. Das Innerhalb der Institutionen spielt zumindest aus dieser nachbarschaftlichen Perspektive in dem Sinne eine untergeordnete Rolle, dass nur der Vertreter des Casales (und damit der CUP), den konkreten Aufbau dieses innerinstitutionellen Standbeins erwähnt. Dennoch wirken die organisierten Bewegungen und „ständige Versammlungen“ (Int. 27.08.2021) – ob nun mit positiven, negativem oder nicht existenten Bezug zu institutionellen Akteur\*innen – auf die Institutionen und können als lokale Bewegungen im lokalen Rahmen progressivere Politiken forcieren oder sich eine gewisse Autonomie zur Selbstverwaltung und so eine Demokratisierung des Lokalen erkämpfen. Diese Perspektive verschiebt die Diskussion, vor allem um die Neuen Munizipalisten, insofern, dass die Entwicklung des institutionellen Standbeins stärker mit außerinstitutionellen Politiken und Strukturen ins Verhältnis gesetzt wird. Letztere müssen dabei nicht zwangsläufig an das institutionelle munizipalistische Projekt angebunden sein, sondern können auch auf Distanz den Druck aufbauen und so dazu beitragen, Kapazitäten für politische Veränderungen zu schaffen.



## 12 Empirische Synthese

In einem abschließenden Schritt werden nun die Erkenntnisse aus den empirischen Kapiteln stärker untereinander sowie mit den theoretischen Teilen verschränkt. Zugleich soll damit die Vermittlung zwischen makrotheoretischen Konzepten und alltäglichen Erfahrungen ermöglicht werden. Als Orientierung dient dafür die theoretische Synthese (Kap. 5), die im Umkehrschluss empirisch überprüft und gegebenenfalls erweitert werden soll. Dementsprechend wird das Kapitel einem Vierschritt folgen, in dem eingangs die Verschränkung der Krisen und die Auswirkungen auf die soziale Reproduktion nachgezeichnet werden. Daran anschließend werden die alltäglichen Erfahrungen aus der Sozialen Fabrik Sants stärker mit den postoperaistischen Konzepten der politischen und technischen räumlichen Konfiguration zusammengebracht. Im Anschluss wird das in den vorangegangenen Kapiteln mehrfach angesprochene Feld der Beziehungsweisen intensiviert, um abschließend mittels der Perspektive einer vertiefenden Raumproduktion die verschiedenen theoretischen und empirischen Erkenntnisse in Relation zu setzen.

### 12.1 Erste empirische Synthese: Die Verschränkung von Krisen und die Erschöpfung der Arbeiter\*innen in Barcelona

Die Folgen der Finanzkrise ab 2008 wurden im spanischen Staat durch eine Austeritätspolitik prozessiert, die eine Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Kürzungen von Sozialausgaben sowie eine strikte Einschränkung der lokalstaatlichen Ausgaben qua einer in der Verfassung festgeschriebenen Schuldenbremse zur Folge hatte. Diese Maßnahmen wiesen eine vergeschlechtlichte Dimension auf, die die materiellen Lebensbedingungen von Familien und vor allem Frauen deutlich verschlechterten. Zum einen führten die weitreichenden Sparmaßnahmen in Bereichen der sozialen Reproduktion zu zusätzlichen Betreuungs- und Pflegeaufgaben, die in der Regel von Frauen in der privaten Sphäre geleistet werden müssen (Kap. 9.3). Zum anderen gibt es eine deutliche Überrepräsentation vor allem von migrantischen Frauen in prekären und unterdurchschnittlich bezahlten Berufen, wodurch diese vulnerabler gegenüber den Krisenfolgen sind. Ein Hauptausdruck – und Auslöser – der Krise im spanischen Staat war die Wohnungssituation. Vornehmlich aufgrund nicht gezahlter Hypotheken verlor fast eine Viertelmillion Menschen in den ersten fünf Jahren der Krise durch Zwangsräumungen ihr Zuhause.

Diese Wohnraumkrise wurde unter veränderten Vorzeichen auf Dauer gestellt, und Zwangsräumungen sind von einem temporären zu einem permanenten Krisenphänomen geworden. Ab 2012 öffnete die staatlich forcierte Finanzialisierung des Mietwohnungsmarktes den Weg für eine kriseninduzierte Investitionsverlagerung vom ersten in den zweiten Kapitalkreislauf. Investitionen des anlagesuchenden nationalen und noch mehr des internationalen Kapitals in den renditeversprechenden Markt führten zu verstärkten Spekulationsaktivitäten und steigenden (Miet-)Preisen in diesem Sektor. Die

Folge ist eine höhere Mietbelastung und eine immer weiter auseinanderklaffende Wohnraumversorgungslücke von fast 200 000 fehlenden Wohnungen in Barcelona<sup>1</sup> (Kap. 9.1). Damit bedingte die Finanzialisierung nicht nur einen stärkeren Einfluss globaler Finanzakteur\*innen auf die lokalen Mietimmobilien, sondern auch auf das alltägliche Leben der Stadtbewohner\*innen und deren Reproduktionsbedingungen. Zusammen mit den verschlechterten Arbeitsbedingungen und stagnierenden Löhnen führen die steigenden Mietpreise dazu, dass immer mehr Menschen keine oder nicht adäquate Wohnungen in ihrem sozialen Umfeld finden, einen immer größeren Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden oder Wohnungen besetzen müssen und mit einer omnipräsenten Gefahr von Kündigungen und Zwangsräumungen konfrontiert sind. David Madden und Peter Marcuse bezeichnen diese zunehmende Orientierung von Wohnraum am Tauschwert und die damit verbundenen Folgen der Prekarisierung, Verdrängung und Entmündigung der Mieter\*innen als „residential alienation“ (Wohnentfremdung), die zu einer steigenden Divergenz zwischen dem materiellen Wohnraum und dem Gefühl des Wohnens als Rückzugspunkt und Ort der sozialen Sicherheit und Reproduktion führen (Madden und Marcuse 2016, S. 39). Diese Entsicherung der Lebensverhältnisse hat weitreichende Folgen für die psychische und physische Gesundheit der Betroffenen (Kap. 9.2). Hinzu kommt eine Zeitarmut, von der vor allem Menschen mit unentlohnten Pflege- und Betreuungsaufgaben betroffen sind, wodurch wenig oder kaum Zeit für die eigene Regeneration und Verwirklichung bleibt. Dabei stehen ökonomische Armut, prekäre Wohnungssituation, gesundheitliche Probleme und Zeitarmut in einem relationalen und sich gegenseitig verstärkenden Verhältnis. Dies wirkt sich strukturell bedingt besonders negativ auf die Lebensverhältnisse von Frauen aus.

Damit verstärkt sich die Kluft zwischen den reproduktiven Bedürfnissen und den vorhandenen Kapazitäten und Fähigkeiten, was in einer individuellen und gesellschaftlichen Krise der Reproduktion mündet. Weitreichende Folge ist eine „Erschöpfung der Arbeiter\*innen“ (Moore 2020, S. 343), die aufgrund der psychischen und physischen Belastung und der Zeitarmut nicht mehr in der Lage sind, bezahlte oder unbezahlte Arbeit innerhalb dieses Systems bereitzustellen. „Es ist ein Leiden, bei dem man nicht isst, nicht schläft und nicht in Ruhe arbeiten kann“ (Int. 21.07.2021) schildert Angela als Betroffene die Situation und Folgen einer Zwangsräumung (Kap. 12.4.2) und verdeutlicht damit diesen Moment der Erschöpfung. Ein noch gravierenderes Moment dieser Krise ist die „Vernichtung der Arbeiter\*innen“ (Moore 2020, S. 343), wie im extremsten Fall durch die von Zwangsräumungen verursachten Suizide (Kap. 9.2, Kap. 12.4.2), als absoluten Niedergang der dem Produktionsgefüge zugeführten unbezahlten Arbeit. Dies hat weitreichende Folgen für die Reproduktion in und von Städten. Etwa konstatiert David Madden vor dem Hintergrund der Reproduktionskrise und der Wohnungsversorgungslücke hinsichtlich der gegebenen Funktionsfähigkeit von Städten:

---

<sup>1</sup> Bei einer Mietbelastungsquote von 35%.

One answer is that they don't actually function. Neoliberal capitalist cities are already in a state of unrecognized collapse, the consequences of which are perpetually deferred only by depleting the social resources of the powerless. It's not the hedge fund managers who need to take three buses to work. It's not their progeny who lack childcare and live in a small apartment with multiple other families. The secret of the survival of neoliberal urbanism is that it finds ways to ensure that the least powerful city-dwellers are the only ones who bear the harms that stem from its contradictions. If elites were made to feel the consequences, the political balance of power might well be different. (Madden 2020, o. S.).

Die Verschränkung verschiedener Krisenformen wird damit offensichtlich. Sowohl die Strategie, ökonomische Krisen durch Investitionen in die gebaute Umwelt zu verschieben – in den 1990er und Anfang der 2000er Jahre in Form des hypothekenfinanzierten Immobilienbooms und infolge der Finanzkrise durch die Finanzialisierung des Mietwohnungsmarktes – als auch die Durchsetzung der europäischen Sparpolitik wirkten auf die Reproduktion und führten zu der zunehmenden Erschöpfung und im extremsten Fall der Vernichtung der Arbeiter\*innen. Diese werden durch ökonomische Armut und steigende Wohnungspreise bedingt, gleichzeitig können Stresssituationen und Problemlagen durch gekürzte Sozialausgaben nicht adäquat abgefedert werden. Die Krise der Reproduktion ist damit auch eine Krise der Stadt und die Krise der Stadt eine Krise der Reproduktion.

Mit den 15M-Protesten im Jahr 2011 haben sich die ökonomische und reproduktive Krise zu einer tiefgreifenden politischen Krise und der Forderung nach mehr Demokratie verschränkt. Als Ergebnis dieser Krise sind mit Podemos auf der nationalen Ebene und den munizipalistischen *confluencias* auf der lokalen Ebene neue politische Akteur\*innen hervorgegangen, die das seit dem Ende der Diktatur bestehende Zweiparteiensystem im spanischen Staat erodierten. Dennoch konnten die Krisenfolgen und der Widerspruch zwischen der langfristigen Sicherstellung der Reproduktion adäquater Arbeitskräfte und den Profitinteressen der Kapitalist\*innen nicht im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses prozessiert werden. Vor allem die auf Dauer gestellte Wohnraumkrise und die Reproduktionskrise führen weiterhin zu konstanten Protesten und Organisationen, in denen sich auch die Vergeschlechtlichung dieser Krisen in einem doppelten Sinne widerspiegelt: zum einen in der zentralen Rolle von Frauen und Queers in den Wohnraumbewegungen, zum anderen im generellen Erstarren der feministischen Bewegung in den letzten Jahren, die ihren stärksten Ausdruck in den Demonstrationen und Streiks rund um den 8. März finden. Sollte die Reproduktionskrise nicht zeitnah stärker politisch bearbeitet und abgemildert werden, kann sich diese in Verschränkung mit einer ökonomischen Krise somit wieder zu einer größeren politischen Krise entwickeln.

## **12.2 Zweite empirische Synthese: Barcelona-Sants als Soziale Fabrik und Küche**

Mit der Bezeichnung der Stadt als Soziale Fabrik rekurriert die Arbeit auf ein operaistisches Konzept, das die Bedingungen der Kapitalakkumulation und Ausbeutungsverhältnisse nicht auf Produktionsprozesse beschränkt, sondern das Zusammenspiel von Produktion, Zirkulation, Konsumtion und Reproduktion in der Stadt in den Blick nimmt. Entwicklungen der kapitalistischen Produktionsweise wirken auf diese Sphären und versuchen zum Zwecke der Mehrwertmaximierung immer weitere Teile der (urbanen) Gesellschaft unter Kontrolle zu bringen, gleichzeitig können Kämpfe und Widerstandshandlungen in den unterschiedlichen Sphären versuchen, sich dieser Kontrolle zu entziehen und auf die Kapitalakkumulation rückwirken (Kap. 5.2). Daran anschließend wurden die Stadtteile Sants, Hostafrancs und La Bordeta in Barcelona auf ihre technische und politische räumliche Zusammensetzung und die Organisation der sozial-räumlichen Beziehungen untersucht.

Mit der technischen räumlichen Zusammensetzung wird die räumliche Organisation der kapitalistischen Akkumulation gegriffen. In dieser Hinsicht ist deutlich geworden, wie Investitionen in Wohnraum und Boden – als zentrale Stützen der Kapitalakkumulation – auf die sozial-räumlichen Beziehungen im Untersuchungsgebiet gewirkt haben (Kap. 11.1). Die Finanzialisierung des Mietwohnungsmarktes führte zu deutlich steigenden Mietpreisen und Immobilienspekulation sowie einem stärkeren Einfluss internationaler Kapitalfraktionen. Damit konnotiert sind Prozesse der Touristifizierung, Gentrifizierung und Verdrängung, die die soziale und ökonomische Struktur des Stadtteils zunehmend verändern. Zentral in der Durchsetzung dieser technisch räumlichen Zusammensetzung ist das Instrument der Zwangsräumungen, die von judikativen und exekutiven Staatsapparaten prozessiert werden. Wiederum hatten der Pfad der neoliberalen Stadtpolitik und die austeritären Sparmaßnahmen negativen Einfluss auf die infrastrukturelle Ausstattung in den Stadtteilen, weil durch Kürzungs- oder Privatisierungsmaßnahmen grundlegende Versorgungsangebote weggebrochen sind und fehlen.

Aus diesen spezifischen technischen räumlichen Zusammensetzungen gehen wiederum politische räumliche Zusammensetzungen als Formen urbaner sozialer Bewegungen und Kämpfe hervor, die sowohl zur De-, als auch zur Rekomposition von Klasse beitragen können (Clare 2018, S. 261). Darunter können die Kämpfe der Grup d’Habitatge de Sants gegen Zwangsräumungen und Wohnungsnot, das breite Netzwerk an sozialen und Nachbarschaftszentren sowie die selbstverwalteten Infrastrukturen in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Kultur gezählt werden (Kap. 11.2). Dabei ist deutlich geworden, dass diese Kämpfe und Strukturen sowohl auf die konkrete Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Stadtteilbewohner\*innen abzielen, als auch auf den Aufbau kollektiver und solidarischer Beziehungsweisen (Kap. 11.3). Ausgehend von Sants als alternative

Territorialisierung wird so eine kollektive politische Subjektivität erzeugt, die sich gegen die hegemoniale technisch räumliche Zusammensetzung, basierend auf Immobilienspekulation, Zwangsräumungen, Tauschwert und Privateigentum, organisiert und bis zu einem gewissen Grad wehren kann. Dies äußert sich etwa in der Verhinderung von Zwangsräumungen, der Erkämpfung selbstverwalteter Zentren wie Can Batlló und Can Vies oder der Dekommodifizierung von Wohnraum durch genossenschaftliche Wohnprojekte.

Zentral für diese politische räumliche Zusammensetzung ist ein Klassenbewusstsein, das an die Geschichte und Territorialität von Sants gebunden ist. Mit der *Memoria Histórica* wird eine aktive Geschichtsschreibung von unten betrieben, die an die von Kämpfen und Arbeiter\*innenorganisation durchgezogene Geschichte des Stadtteils erinnert und gleichzeitig die Autonomie des ehemaligen Dorfes Sants gegenüber der Stadt Barcelona betont. Die im Stadtteil gut organisierte Unabhängigkeitsbewegung baut wiederum eine katalanische territoriale Identität als Gegenstück zum spanischen Staat auf, die ebenfalls auf die Betonung des Lokalen im Sinne des Munizipalismus setzt. Diese zwei alternativen Ansätze der Territorialisierung sind nicht zwangsläufig als gegensätzlich zu denken, sondern laufen in konkreten Kämpfen immer wieder zusammen. Dabei verbinden die organisierten Strukturen diese alternativen Territorialisierungen mit einem Klassenstandpunkt (span. Barrio obrero) und verstärkt auch mit einer feministischen Perspektive, die sich in den aktuellen Kämpfen, beispielsweise um Wohnraum, immer wiederfinden lassen. Dies spiegelt auch die Vergeschlechtlichung bestimmter Krisenmomente bzw. der daraus entstehenden technisch räumlichen Zusammensetzung, wie etwa der Überrepräsentation von Frauen bei Zwangsräumungen, wider und trägt dem Rechnung.

Dieser Stand der politischen räumlichen Zusammensetzung steht, wie aufgezeigt, in Relation zu der technisch räumlichen Zusammensetzung und ist das Ergebnis einer kontinuierlichen Aufbauarbeit in den letzten zwei Jahrzehnten. Dabei wurde bewusst die lokale Maßstabebene der Nachbarschaft als Gegenstück zur Stadt fokussiert, um ein politisches Projekt mit den verschiedenen genannten Facetten aufzubauen. So hieß es bereits im Jahr 2000 in einem Aufruf aus dem Umfeld der Asambleu de Barri Sants:

Die territoriale Einheit Nachbarschaft ist ein Versuch, die Ausbreitung, der uns die kapitalistische Metropole unterwirft, zu reterritorialisieren. Die Entpersönlichung, die Isolation, die Einsamkeit und der Mangel an kollektiven Bezügen können überwunden werden, wenn wir Identitäten in der Nähe von Menschen aufbauen, Identitäten, die unmittelbar mit dem populären Kampf verbunden sind. Die Nachbarschaft ist ein Umfeld, das soziale Beziehungen ermöglicht, man kennt viele Menschen und kann die Kommunikation des antagonistischen sozialen Gefüges leichter artikulieren und vertiefen. Der Bezirk, der die Gegenpole organisiert, muss die Vielfalt der Erfahrungen des grundlegenden Kampfes (Gruppen, Versamm-



lungen, Verbände ...) sammeln, die die Vielfalt der Interessen und die verschiedenen Arten widerspiegeln, mit denen heute der soziale Konflikt ausgedrückt wird [...]. Wir müssen dazu neigen, einen Raum für die kollektive Entscheidung und Kommunikation zu konsolidieren (Nachbarschaft Volksversammlung, Rat, Gruppen, etc.), wo man Erfahrungen der Kritiker eines Nachbarschaftskampfes austauschen würde und wo man, wo nötig, weitreichendere Initiativen anschiebt. Es ist wichtig, gemeinsame Bezugspunkte für soziale Kämpfe in einem kleinen und überschaubaren Gebiet, wie einem Viertel, zu schaffen, einen Ort, an dem sich Kollektive zusammenfinden, wo die Menschen informiert werden, Vorschläge erhalten und sich beteiligen können. Gemeinsame Entscheidungs- und Kommunikationsräume schaffen, die über spezifische Kämpfe hinausgehen, Bereiche direkter kollektiver Demokratie, die zu einem breiteren Rahmen der Diskussion und der politischen Entscheidung führen, die Gegenmacht zu den lokalen Institutionen bilden, ihnen Macht und Legitimität entziehen und definitiv eine alternative soziale und horizontale Organisation aufbauen. (Cap a la creacion de contrapoders col·lectius 2000 in Asamblea de Barri Sants 2008, S. 26f.)

Die Nähe der Nachbarschaft wird als zentrales Element gesehen, um Individualisierung und Entfremdung entgegenzutreten und direktdemokratische Ansätze auszuprobieren. Hierin wird deutlich, dass einige Akteur\*innen gezielt verschiedene Ansätze der Selbstverwaltung angeschoben und vernetzt haben, um im Sinne Bookchins (1992) die Stadt bzw. Nachbarschaft zu (re)demokratisieren sowie (re)politisieren und Bürger\*innen zu aktiven Subjekten in der Verwaltung ihres alltäglichen Lebens zu machen (Kap. 6.3.3). Mit dem Aufbau solcher außerparlamentarischer Strukturen werden die Hegemonien von Nationalstaaten und Kapital und deren reibungslose Prozessierung herausgefordert.

Die municipalistischen Projekte nehmen unterschiedliche Stellungen in dieser Sozialen Fabrik von Sants ein. Sowohl Barcelona en Comú als auch die CUP stärken die Selbstverwaltung des Stadtteils, erstere eher indirekt und zweitere auf direktere Weise. So schafft Barcelona en Comú über verschiedene Politiken eher einen Rahmen für eine verstetigte Selbstverwaltung, etwa in Form der öffentlich-gemeinschaftlichen Nutzungsform für das Can Batlló oder von Nutzungsüberlassungen für Wohnungsgenossenschaften (Kap. 10.1.2, Kap. 10.1.3). Zudem versucht Barcelona en Comú über die neuen Partizipationswerkzeuge die Mitbestimmung über stadtplanerische Aspekte auszuweiten und die Souveränität zu stärken (Kap. 10.1.4). Andere politische Maßnahmen zielen darauf ab, Prozesse der Kapitalakkumulation einzuschränken und so die soziale Zusammensetzung des Stadtteils vor der voranschreitenden Erosion zu schützen, z. B. mit der Einführung des SIPHO zur Eindämmung von Zwangsräumungen. Die CUP ist direkter an Selbstorganisationsprozessen beteiligt, so bei der Entstehung der CDRs zur Durchführung des Unabhängigkeitsreferendums, der Unterhaltung des Casal Independentista de Sants Jaume Compte als infrastrukturellen Knotenpunkt im Stadtteil oder der Durchführung von kulturellen und

politischen Aktivitäten (Kap. 10.3.2, Kap. 10.3.3). Zudem sind viele Aktive der CUP im Sinne einer „Plurimilitanz“ auch in anderen lokalen Strukturen oder Gruppen im Stadtteil organisiert. Ebenso versuchen beide Projekte den Organisationsgrad der Sozialen Fabrik über deren lokale Versammlungen zu stärken. Aus verschiedenen Gründen waren die Handlungsfähigkeit und die personelle Stärke dieser Versammlungen zum Zeitpunkt der Forschung jedoch eher eingeschränkt.

### **12.3 Dritte empirische Synthese: Die Trennung, Verbindung und Verschiebung von Beziehungsweisen**

Mittels der theoretisch-konzeptionellen Perspektive der technischen und politischen räumlichen Zusammensetzung können die Sphären von Produktionsweise, räumlicher Konfiguration und Subjektivierungsprozessen in ein dialektisches Verhältnis gesetzt werden. Daran anschließend wird an dieser Stelle die Frage der Subjektivierung mittels des Konzeptes der Beziehungsweisen vertieft, welches Gesellschaft als „Ensemble von Beziehungsweisen“ (Adamczak 2021, o. S.) denkt und sowohl für „Nahbeziehungen der Freund\*innenschaft, Bekanntschaft, Familie usw. als auch für die Fernbeziehungen von Ware, Kredit, Bürokratie usw. gilt“ (ebd.). Dadurch können Prozesse zwischen der Makro- und Mikroebene und somit zwischen Struktur und Subjekt verstärkt vermittelt und in Bezug gesetzt und darüber die Veränderbarkeit von Gesellschaft als Verschiebung von Beziehungen analysiert werden (Kap. 5.3). Für das untersuchte Fallbeispiel können diesbezüglich folgende umkämpfte und verschobene Beziehungsweisen ausgemacht werden: Tauschwert und Eigentum – Gebrauchswert und Gemeinschaftsnutzung, Individualisierung und Konkurrenz – Kollektivität und Solidarität, Vergeschlechtlichte Reproduktion und private Sphäre – Kollektive Reproduktion und öffentliche Sphäre, Distanz und spaltende Fernbeziehungen – Nähe und Souveränität.

Die forcierte Finanzialisierung des Mietwohnungsmarktes hat die Funktion von Wohnraum deutlich in Richtung der Maximierung des Tauschwertes verschoben und so den Interessengegensatz zwischen dem Gebrauchs- und dem Tauschwert von Wohnraum weiter verschärft. Die erhöhte Präsenz von Großeigentümer\*innen und internationalen Kapitalfraktionen auf dem Mietmarkt, die verstärkte Spekulation über neu geschaffene Werkzeuge wie den SOCIMIs und die erhöhte Rentabilität von Investitionen in die gebaute Umwelt gegenüber dem ersten Kapitalkreislauf machen Wohnraum zu einer Kapitalanlage und trennen diesen immer stärker von der Reproduktionsfunktion für die Bewohner\*innen ab. Demgegenüber betonen soziale Bewegungen und Gruppen wie die PAH oder die GHAS den Gebrauchswert von Wohnraum gegenüber dem Tauschwert und versuchen ihn mittels der Verhinderung von Zwangsräumungen, der Forderung von Sozialmieten und Besetzungen durchzusetzen. Einen anderen Weg gehen Wohnungsgenossenschaften, die Wohnraum dekommodifizieren und die Beziehungsweise des Privateigentums und damit verbundene Profitinteressen über das Konzept des Gemeinschafts-

eigentums und der Festschreibung einer gebrauchorientierten Nutzung zurückdrängen wollen.

In den Kämpfen um einen gerechten und egalitären Zugang zu Wohnraum und den Ansätzen der Selbstverwaltung des Wohnens, Arbeitens und der Kultur in der Sozialen Fabrik Sants werden mit der Warenbeziehung und dem Gewinnstreben verknüpfte Beziehungsweisen wie Individualisierung und Konkurrenz durch die Beziehungsweisen des Gemeinsamen und der Solidarität kontestiert (Kap. 12.2, Kap. 12.4). Kollektive Wohnprojekte wollen explizit mit dem Konzept des individuellen Wohnens brechen und genossenschaftliche Betriebe arbeiten mit horizontalen Strukturen und in Kooperation mit anderen Genossenschaften. In den alltäglichen Kämpfen der GHAS verlieren die Menschen „ihre Angst – vor den Autoritäten wie voreinander, erlernen Selbstvertrauen und ungekannte Fähigkeiten“ (Adamczak 2017, S. 262). Dabei ist die GHAS keineswegs als homogene Gruppe zu begreifen, noch ist der Alltag konfliktfrei. Die Treffen und Aktivitäten bringen immer wieder eine extrem heterogene Gruppe zusammen, die in einer solchen Form sonst nicht in politischen oder sozialen Organismen (auch nicht in Gewerkschaften) zu finden ist. Möglicherweise trennende Beziehungsweisen wie Herkunft oder Geschlecht werden durch eine geteilte Betroffenheit sowie im gemeinsamen Kampf um bessere materielle Lebensbedingungen überwunden und durch verbindende solidarische Beziehungsweisen überschrieben. Die Selbstermächtigung und Befähigung der Subjekte ist ein zentraler Effekt dieser neu verknüpften Beziehungsweisen und „dort, wo sie zuvor Befehle an- und eine undurchsichtige Arbeitsteilung hinnahmen, verweigern sie nun den ihnen zugewiesenen Platz und entwerfen miteinander einen neuen“ (ebd.). Der Respekt vor der Beziehungsweise Eigentum schwindet aufgrund der gemachten Erfahrungen und Ungerechtigkeiten. Mit den Besetzungen von Wohnungen oder Flächen wird ein Bruch mit der damit verbundenen Ordnung vollzogen.

Mit der Rekonfiguration der Arbeitsteilung kann auch die Trennung der Beziehung zwischen Reproduktionsarbeit und Geschlecht sowie zwischen der privaten Sphäre und (vergeschlechtlichter) Reproduktionsarbeit gegriffen werden. Emotionalität und emotionale Unterstützungsarbeit sind fester und anerkannter Teil der öffentlichen Versammlungen der GHAS. Weitere Reproduktionsaufgaben wie Kinderbetreuung, Putzen oder Kochen werden bei gemeinsamen Aktivitäten ebenso kollektiv getragen und die Nahbeziehung der Familie wird nicht mehr auf Grundlage einer Verwandtschaftsbeziehung definiert, sondern ebenso durch freundschaftliche und solidarische Beziehungen. Auch in diesen Punkten kommt es immer wieder zu Widersprüchen. Fernbeziehungen wie das Patriarchat können nicht in Kürze durch die neu geknüpften Nahbeziehungen getrennt werden, sondern wirken auch in solchen Momenten sozialer Transformation. In Konflikten können diese aber thematisiert und im besten Fall weiter gelockert werden.

Die Verbindung neuer Beziehungsweisen in der Sozialen Fabrik Sants werden maßgeblich durch räumliche Nähe begünstigt. Durch das Zusammenleben, den nachbarschaftlichen Kontakt, gemeinsame Identitäten und geteilte Problemlagen entstehen relationale Güter wie Vertrauen und Solidarität, woraus mutuale Hilfe und gemeinsames Handeln entstehen können. Solidarisierung wird durch den hohen Organisationsgrad des Stadtteiles begünstigt, „denn diese entsteht nicht aus dem Nichts, sondern hat selbst Beziehungen zur Bedingung, an die sie anknüpfen, auf deren Kommunikationswegen sie sich ausbreiten kann“ (ebd., S. 258). Doch „[z]ugleich aber transformiert die Bewegung der Solidarisierung diese Beziehungen, indem sie sie intensiviert, verdichtet und ihre Abstände verringern kann“ (ebd.). Daraus entstehen ein dichtes Beziehungsnetzwerk und Handlungsfähigkeit, wodurch Nähe mit Souveränität und Entscheidungsmöglichkeit über das alltägliche Leben und neue Formen der direkten Demokratie verknüpft werden. Doch stehen auch diese Verknüpfungen der Nähe im Konflikt zu Fernbeziehungen wie Ware, Privateigentum oder Staat und können durch diese getrennt werden. Wegen steigender Wohnungspreise ausgelöste Verdrängungsprozesse und Zwangsräumungen führen zu einer sozialen und räumlichen Distanz, wodurch vertraute Beziehungen samt den relationalen Gütern nicht aufrecht erhalten bleiben. Bei der Suche nach einer neuen Unterkunft gerät man wieder in eine Konkurrenzbeziehung zu anderen Bewerber\*innen auf den verknappten (*relational evil*), noch leistbaren Wohnraum oder auf der Warteliste für öffentliche Notfallwohnungen.

Hinsichtlich der Rolle von Barcelona en Comú und der CUP kann festgestellt werden, dass diese über ihre Politiken und Organisationsansätze bestimmte Formen der Fernbeziehungen zu schwächen und Nahbeziehungen zu stärken versuchen und damit das Ensemble von Beziehungsweisen zu verändern. Beide Ansätze wollen über Nachbarschaftsversammlungen eine Brücke zwischen den Institutionen und den Stadtteilen schlagen und so die Artikulation der nachbarschaftlichen Bedürfnisse in der Stadtpolitik stärken. Dieses Primat der Nähe wird allerdings durch eine Beziehung der Distanz geschwächt, im Sinne einer mangelnden Handlungsfähigkeit auf Bezirk- und Stadtteilebene gegenüber den stadtpolitisch zentralisierten Strukturen Barcelonas. Darüber hinaus verhindern bestimmte Rhythmen und Abläufe der institutionellen Politik die Übertragung demokratischerer Beziehungsweisen auf das Rathaus (Kap. 10.2, Kap. 10.4). Durch die Stärkung selbstverwalteter Strukturen, der Bestrebungen der Dekommodifizierung von Wohnraum und der Remunizipalisierung öffentlicher Infrastruktur sollen die Fernbeziehung von Ware und Privateigentum gelöst und stattdessen gemeinnützige, kooperative und souveräne Beziehungen gestärkt werden. Während dadurch in einigen Fällen die Stärkung der Sozialen Fabrik Sants und damit der Aufbau von Beziehungen der Nähe und die Erzeugung relationaler Güter gelang, scheiterten verschiedene dieser Versuche an der Stärke der Fernbeziehungen und damit verknüpften judikativen Praxen. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht noch der Ansatz Barcelona en Comú, Reproduktionsarbeit sichtbarer zu machen und über die Anerkennung eines gesellschaftlichen und sozioökonomischen

Wertes für die Stadtgesellschaft zumindest diskursiv die Trennung von öffentlich und privat herauszufordern. Dies gilt ebenso für das Wirken in den Institutionen, wo patriarchale Beziehungsweisen und hegemonial männliche Verhaltensformen durch eine Feminisierung der Politik praktisch und inhaltlich geschwächt werden (Kap. 10.1.5, Kap. 10.3.4).

## **12.4 Vierte empirische Synthese: Krisenhafte und umkämpfte Raumproduktion in Barcelona-Sants**

In einer abschließenden Synthese werden die genannten Aspekte unter einer theoretischen Perspektive der Raumproduktion zusammengebracht, um zu verdeutlichen, wie urbane Räume in einer verstetigten Krise produziert werden. In diese Analyse werden sowohl Produktionsverhältnisse, die soziale Reproduktion, als auch die Rolle des Staates – als nicht voneinander zu trennende Verhältnisse – aufeinander bezogen. Dafür wird die in Kapitel 5.4 dargelegte „Matrix der räumlichen Re-Komposition kapitalistischer Urbanisierung“ auf die empirischen Ergebnisse aus Barcelona und Sants (Kap. 9-11) angewendet (Tab. 6).

Als ein zentrales Krisenphänomen wurden Zwangsräumungen ausgemacht, die in den letzten Jahren vor allem aufgrund nicht gezahlter Mieten oder Besetzungen angeordnet und durchgeführt wurden. Zwangsräumungen finden als ein Prozess im absoluten erfahrenen Raum statt, in dem Menschen ein physisches Gebäude verlassen müssen, welches sie als Wohnung gebrauchen. Die in den letzten Jahren ansteigenden Mieten (relationaler materieller Raum) sind gezielt durch eine Deregulierung des Mietmarktes auf zentralstaatlicher und europäischer Ebene forciert worden. Dafür wurde die relative Repräsentation des (Wohn-)Raumes als Tauschwert durch Gesetze festgeschrieben und damit ein Modell einer akkumulationsgetriebenen Stadtentwicklung ermöglicht. Darunter fallen die Änderung des Mietrechts zuungunsten der Mieter\*innen oder die Schaffung des Gesetzes 11/2009 als rechtliche Grundlage für die sogenannten SOCIMIs mit dem expliziten Ziel, die Attraktivität des Vermietungsmarktes für Investoren zu erhöhen (Kap. 9.1). Mit der letztgenannten Maßnahme wurde die Grundlage für den Einstieg globaler Akteur\*innen in den lokalen Mietmarkt geschaffen und dadurch – im Sinne einer Raum-Zeit-Verdichtung – die Bedingungen der Kapitalzirkulation im relativen erfahrenen Raum beeinflusst. Dies bot eine attraktive Gelegenheit für börsennotierte Investmentgesellschaften, Versicherungs- und Pensionsfonds und Banken, anlagensuchendes Kapital in die Finanzanlage Wohnraum zu investieren und mit fiktivem Kapital, also noch nicht realisiertem Wert, zu spekulieren (relationaler erfahrener Raum). Repräsentiert und konzeptualisiert wird diese Art von Raum im Sinne des Wohnraums als Spekulationsobjekt durch Werbeanzeigen, Immobilienbüros und Internetseiten, die Anleitungen für die möglichst schnelle und reibungslose Vermehrung von Kapital via Immobilien bereitstellen, wodurch ein gelebter Geldfetisch bei den Subjekten angerufen wird. Diese Prozesse der Raumproduktion sind als Prozessierung der Finanzkrise ab 2008. auf nationalstaatlicher

Ebene (absoluter erfahrener Raum) zu verstehen und können unter Bezugnahme materialistischer Theorie als Krisenlösung durch einen *spatio-temporal fix* interpretiert werden (relativer repräsentierter Raum).

Ebenso sind in der vorliegenden Arbeit die Folgen der Wohnraumkrise für die Bewohner\*innen Barcelonas und Sants sowie die Auswirkungen von Zwangsräumungen für die Betroffenen deutlich geworden. Diese sind direkt und relational mit den geschilderten Prozessen der akkumulationsgetriebenen Raumproduktion verknüpft. Eine prekäre Wohnungssituation löst Stress und Belastung im absoluten gelebten Raum aus und eine Zwangsäumung kann zu einem „Schmerz“ führen, den nur derjenige hat, „der eine Zwangsäumung durchmacht“ (Int. 21.07.2021). Die Folgen der Verdrängung sind das Gefühl der Wohnraumentfremdung (gelebter Raum) (Kap. 12.1) und eine zunehmende soziale und räumliche Distanz (erfahrener Raum) auf der relativen Ebene. Ebenso wie der austeritätsbedingte Rückbau sozialer Infrastruktur (absoluter erfahrener Raum) kann dies zu einer Prekarisierung der Reproduktionsbedingungen und so zu einer Erschöpfung der Arbeiter\*innen führen und negativen Einfluss auf die Zirkulation von Waren und Arbeitskräften (absoluter relativer Raum) haben. Dass der Gebrauchswert des Wohnraumes und damit seine notwendige Funktion als Rückzugs- und Reproduktionsort (absolute Repräsentation des Raumes) gegenüber dem Tauschwert entwertet wird, muss auch im Zusammenhang mit der strukturellen Entwertung der Reproduktionsarbeit (relationale Repräsentation des Raumes) interpretiert werden. Die Vergeschlechtlichung der Reproduktionsarbeit (relationaler erfahrener Raum) schreibt sich so in die Raum-Zeit Matrix des Kapitalismus ein.

Genauso schreiben sich aber auch Momente des Widerstands in diese Matrix ein. Während die 15M-Bewegung nach der Krise ab 2008. zu einem Aufschwung der PAH und einer nationalen Protestwelle gegen Zwangsäumungen (vornehmlich aufgrund nicht gezahlter Hypotheken) geführt hat, entwickelten sich in den letzten Jahren dezentrale Strukturen wie die GHAS, die auf lokaler und nachbarschaftlicher Ebene gegen die prekäre Wohnungssituation kämpfen. In Relation zu der Vergeschlechtlichung der Krise und Krisenpolitiken (Kap. 9.3) spielen Frauen (und Queers) eine entscheidende Rolle in diesen Bewegungen. Somit ist dieser Widerstand ebenso vergeschlechtlicht (relationaler erfahrener Raum). Im absoluten erfahrenen Raum versuchen die Bewegungen, Zwangsäumungen an der Tür zu stoppen oder mit Besetzungsaktionen politische und ökonomische Akteur\*innen unter Druck zu setzen. Ebenso wird versucht, die Repräsentation des Raumes auf absoluter Ebene durch alternative Kartierungen der Nachbarschaft (z. B. Karte mit Akteur\*innen der Immobilienspekulation) und auf relativer Ebene durch Gesetzesinitiativen zu einer stärkeren Gebrauchswertorientierung zu verschieben und so die Zirkulation von Wohnraum als Ware einzuschränken. Diese verschiedenen Momente haben weitreichenden Einfluss auf die Ebene des gelebten Raumes. Durch die gegenseitige Unterstützung in der Wohnungsnot bemerken die Betroffenen in der konkreten Situation,

Tab. 6: Matrix der räumlichen Re-Komposition kapitalistischer Urbanisierung in Barcelona(-Sants)

	<b>Materieller Raum (erfahrener Raum)</b>	<b>Repräsentation des Raums (konzipierter Raum)</b>	<b>Räume der Repräsen- tation (gelebter Raum)</b>
<b>Absoluter Raum</b>	Nationalstaat, Europäische Union, Lokalstaat und Nachbarschaft; Unabhängigkeit Kataloniens gegen die in den Staat eingeschriebene moderne Nation; austerritätsbedingter Rückbau sozialer Infrastruktur; Stoppen der Zwangsräumung an der Tür, Demonstrationen und Besetzungen gegen Wohnungsnot; dichte Infrastruktur des Arbeitens, Wohnens, Sozialen und Kultur in Sants (z. B. Can Batlló); dicke Mauern der Institutionen, alltägliche diskriminierende Praxen gegenüber Vertreter*innen von Barcelona en Comú und der CUP	Wohnraum als Rückzugs- und Reproduktionsort (Gebrauchswert); alternative Kartierung der Nachbarschaft (z. B. Karte mit Akteur*innen der Immobilienspekulation); katalanische Fahne am Balkon	Stress, Belastung und „Schmerz, den nur diejenige hat, die eine Zwangsräumung durchmacht“; Gefühl der Unterstützung/nicht allein sein in Situation der Wohnungsnot; Identität als Spanier*in, Katalan*in, Einwohner*in von Sants; Fremdkörper/Eindringling in das Parlament
<b>Relativer Raum (Zeit)</b>	globales Kapital auf lokalem Mietmarkt; räumliche Distanz zu sozialem Umfeld durch Verdrängung; Reproduktionslücke führt zu Problemen bei Produktion und Zirkulation; Einschränkung der Zirkulation von Wohnraum als Ware; Genossenschaftswesen und stärkere Gebrauchswertorientierung; Nähe/Distanz zwischen politischen Institutionen und Bevölkerung	Wohnraum als Ware (Tauschwert); Gesetze zur Deregulierung des Mietmarktes, Gesetzesinitiativen zur stärkeren Regulierung/De-Kommodifizierung von Wohnraum; Modell einer akkumulationsgetriebenen Stadtentwicklung; Theorie des <i>spatio-temporal fix</i> ; Sants als „territoriales Projekt der sozialen Bewegung in der Nachbarschaft“; das Lokale als „erster Graben des Kampfes zur Überwindung bestehender Verhältnisse“	Waren- und Geldfisch; Wohnraumentfremdung ( <i>residential alienation</i> ); Zeitnot, Erschöpfung der Arbeiter*innen; Gefühl der Nähe/Distanz zu politischen Institutionen

	<b>Materieller Raum (erfahrener Raum)</b>	<b>Repräsentation des Raums (konzipierter Raum)</b>	<b>Räume der Repräsen- tation (gelebter Raum)</b>
<b>Relationa- ler Raum (Zeit)</b>	Kapitalismus, Patriarchat und Staat als soziale Verhältnisse; Grammatik der Männlichkeit der Institutionen; fiktives Kapital; Vergeschlechtlichung der Reproduktionsarbeit; Widerstand (von Frauen und Queers) gegen Zwangsräumungen und Wohnungsnot; Veränderung der Familie als grundlegende Einheit der kapitalistischen Reproduktion; Aufhebung vergeschlechtlichter Trennung privat/öffentlich; Unabhängigkeitsreferendum 2017 als ausdrucksstarke Unterbrechung der politischen-territorialen Hegemonie	Entwertung der Reproduktionsarbeit; Wertzuschreibung für Reproduktionsarbeit; Territorialfrage als Achillesferse für die bestehende Ordnung	Solidarität als Beziehungsweise vs. Warenbeziehung und Konkurrenz; <i>Memoria Histórica</i> ; Klassenbewusstsein; internationale Solidarität zwischen Unabhängigkeitsbewegungen

*Quelle: Eigener Entwurf*

dass sie nicht alleine sind (absoluter erlebter Raum) und die Erschöpfung kann durch Momente der Selbstermächtigung und des Verlierens der Angst abgefedert und überschrieben werden. Darüberhinausgehend ist Solidarität aber nicht nur ein einseitiges Erlebnis oder Gefühl, sondern vielmehr eine Beziehungsweise (relationaler erlebter Raum). Diese Beziehungsweise und deren emergente Kräfte gehen über kapitalistische Profitlogiken und die vermittelte Warenbeziehung (relationaler gelebter Raum) hinaus und können diese sowie die damit verbundenen hegemonialen Raum-Zeit Matrizes verändern.

Neben dem direkten Eingriff in die Warenzirkulation von Wohnraum durch die Verhinderung von Zwangsräumungen und die Besetzung von leerstehenden Wohnungen wird dies im Aufbrechen der räumlichen Trennung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten und den damit zugeteilten und vergeschlechtlichten alltäglichen räumlichen Praxen deutlich. Öffentliche Räume werden darin als Räume der Kollektivität, Emotionalität, gegenseitiger Unterstützung und Pflege repräsentiert und erfahren sowie darüber auch hegemoniale Konzepte der Familie als grundlegende Einheit der kapitalistischen Reproduktion verändert (relationaler erfahrener Raum).



Im Untersuchungsgebiet Sants sind die Aktivitäten und das Wirken der GHAS in ein breiteres und historisch gewachsenes Netzwerk eingewoben, welches auf die Produktion einer alternativen gesellschaftlichen und räumlichen Ordnung zielt. In Abgrenzung zum spanischen Staat und zur kapitalistischen Metropole Barcelona ist dabei der Stadtteil Sants Bezugspunkt als gemeinsames Territorium (absoluter erfahrener Raum) und gemeinsame Identität (absoluter gelebter Raum). Diese Repräsentation des Raumes Sants als „territoriales Projekt der sozialen Bewegung in der Nachbarschaft“ (Int. 11.04.2019) wurde in den letzten zwei Jahrzehnten mittels einer „Genealogie der sozialen Bewegungen“ (ebd.) und populärer Kämpfe aktiv und strategisch produziert. Der Bezug auf die Geschichte von Sants als proletarischem Stadtteil, der von Klassenkämpfen geprägt ist, spielt eine Schlüsselrolle. Damit wird nicht nur eine Geschichte von Sants – im Sinne eines relativen Zeitkonzepts, welches die Kämpfe historisieren und abschließen würde – rekapituliert, sondern ein kollektives Gedächtnis erschaffen, welches „in Krisenzeiten gelegentlich unkontrollierbar aufblitzen kann, um neue Möglichkeiten freizulegen“ (Harvey 2007a, S. 145f.) und eine „wichtige Rolle bei der Belebung politischer und sozialer Bewegungen spielen“ (ebd.) kann (relativer gelebter Raum). Somit kontestieren diese Repräsentation und Praxen des Raumes „die Herrschaft der bürgerlichen Variante der Raum- und Zeitmatrix über die Arbeitervariante, die Herrschaft der bürgerlichen Historizität über die Historizität der Arbeiterklasse“ (Poulantzas 2002 [1978], S. 152). Darüber hinaus materialisieren sich territoriale Strategien in einer dichten Infrastruktur (absoluter erfahrener Raum) des Arbeitens, des Wohnens, des Sozialen und der Kultur, die auf Werten der Solidarität und Kollektivität sowie dem Prinzip der Selbstorganisation aufbauen (relationaler Raum) und eine stärkere Gebrauchswertorientierung forcieren (relativer erfahrener Raum).

Die munizipalistischen Projekte wirken innerhalb und außerhalb der Institutionen auf unterschiedliche Weise auf die räumliche Konfiguration. Die Bestrebungen der CUP für die Unabhängigkeit der Katalanischen Länder richtet sich gegen die in den Staat eingeschriebene moderne Nation als hegemoniale territoriale Ordnung (absoluter erfahrener Raum) und die damit verknüpften sozialen Verhältnisse Kapitalismus und Patriarchat (relativer erfahrener Raum). Die katalanische Identität wirkt im absoluten gelebten Raum, etwa beim Anblick einer vom Balkon hängenden *Estelada Vermella* – als Repräsentation des unabhängigen Kataloniens – aber auch im relationalen Raum, wenn daraus eine internationale Solidarität mit anderen Unabhängigkeitsbewegungen entsteht. Die Geschehnisse rund um das Unabhängigkeitsreferendum 2017 waren eine „ausdrucksstarke Unterbrechung“ (Harvey 2007a, S. 151) der politischen-territorialen Hegemonie (absoluter relationaler Raum), getragen durch Demonstrationen, Generalstreiks und die selbstorganisierte Abstimmung (absoluter erfahrener Raum). Trotz des Bezugs zur alternativen Form des Nationalen sieht die CUP das Lokale als „ersten Graben des Kampfes“ (Int. 08.04.2019) zur Überwindung bestehender Verhältnisse. Genauso ist für Barcelona en Comú das Lokale bzw. der Lokalstaat der Eintrittspunkt für politische Veränderungen. Durch die stär-

kere politische Verankerung in den Nachbarschaften und eine Stärkung der Souveränität der Nähe soll die politische Distanz zwischen den Institutionen und der Bevölkerung verringert werden. Dies kann sich im absolut erfahrenen Raum in Form von Nachbarschaftsversammlungen niederschlagen, im relativ erfahrenen Raum als struktureller Ausbau der Handlungs- und Entscheidungsmacht der Bevölkerung sowie im gelebten Raum als das Gefühl politischer Nähe. Vor allem die Entstehung und der Aufstieg von Barcelona en Comú waren auch eine Reaktion auf die zunehmende Aushöhlung demokratischer Entscheidungsmechanismen und Vertretungen durch die Austeritätspolitik und verstärkte Korruption im spanischen Staat, wodurch sich die politische Distanz zwischen der institutionellen Politik und der Bevölkerung vergrößerte und sich letztere nicht mehr vertreten fühlte (relativer gelebter Raum). Ziel war es deshalb, nicht nur einzelne Politiken zu verbessern, sondern das soziale Verhältnis Staat zu verändern (absoluter relationaler Raum). In den Institutionen blockierte die Ausgestaltung des absoluten Raumes mit den dicken Mauern und großen Hallen kollektive und intime Erfahrungen und Praxen (gelebter Raum) und eine strukturelle Grammatik der Männlichkeit der Institutionen wurde u. a. durch alltägliche diskriminierende Praxen gegenüber Vertreter\*innen von Barcelona en Comú und der CUP reproduziert. Diese wurden wie „Eindringlinge“ (Int. 07.07.2021) in einem fremden Territorium bzw. „Anomalien“ (Int. 24.04.2019) in einem System behandelt (absoluter gelebter Raum). Konkrete Politiken wie die Dekommodifizierung von Wohnraum oder die Schaffung öffentlicher Flächen veränderten den absoluten Raum und transportierten eine alternative Repräsentation des Raumes – Betonung des Gebrauchswerts von Wohnraum, Kontestierung der hegemonialen Stellung des Individualverkehrs – und schufen so einen Rahmen für Momente der Kollektivität und Nähe. Zudem wurde der reproduktiven Sphäre in der Repräsentation des Raumes aktiv Wert zugeschrieben und deren Vergeschlechtlichung anerkannt und über politische Maßnahmen die Bedingungen für die Reproduktion (relativer erfahrener Raum) verbessert.

## 12.5 Zusammenfassung

Die Ausführungen in diesem Synthesekapitel haben verdeutlicht, wie verschiedene Verhältnisse, Akteur\*innen, Praxen und Beziehungsweisen in der Produktion von Räumen zusammen- und gegeneinander wirken. Die (Re-)Konfiguration der kapitalistischen Urbanisierung wird durch relationale Prozesse der technischen räumlichen und der politisch räumlichen Komposition produziert. Die etablierte kapitalistische Produktionsweise konstituiert eine bestimmte Raum-Zeit-Matrix entlang ihrer reproduktiven Bedürfnisse und strukturiert so eine auf Akkumulation ausgerichtete – als Tauschwert und Kommodifizierung durchsetzende –, vergeschlechtlichte – als das Private und Öffentliche trennende – und individualisierende – als auf Warenbeziehung und Nationalstaat beruhende – räumliche Ordnung. Eine Verschiebung dieser Ordnung kann durch Krisen der Produktionsweise ausgelöst werden, die über tiefgreifende räumliche Re-Konfiguration gelöst werden sollen. Dieser Moment kann aber gleichzeitig der Ausgangs- oder Kulminations-

punkt für neue Krisen in Sphären der Produktion und Reproduktion sein. Die mit der Produktionsweise konnektierten Raumkonzeptionen sind strukturierend für soziale Prozesse, aber nicht determinierend. Alltägliche räumliche Praxen, Erfahrungen und Deutungen sowie alternative Repräsentationen des Raumes können hegemoniale räumliche Ordnungen auf verschiedenen Ebenen (absolut, relativ, relational) unterlaufen, infrage stellen und rekonfigurieren. Dies kann sowohl über institutionelle als auch außerinstitutionelle Kämpfe und jeweils damit verbundene Prozesse der Raumproduktion forciert werden. Damit einher geht, dass die Produktion von Räumen mit der Trennung und Verbindung bestimmter gesellschaftlicher Beziehungsweisen verknüpft ist und Subjektivierungsprozesse beeinflusst.

## 13 Schlussfolgerungen

Die Menschen machen ihre eigenen Räume, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. (Nach Marx 1972 [1852], S. 115)

Abschließend werden die Fragestellungen nach der Produktion urbaner Räume in einer verstetigten Krise, den alltäglichen Folgen der rekonfigurierten sozialen Reproduktion und Formen des Widerstands beantwortet (Kap. 13.1). Im Kontext der Handlungskorridore für progressive Stadtregierungen wird anhand der Erfahrungen der municipalistischen Projekte Barcelona en Comú und der CUP zudem ein tieferer Blick in die Maschine Staat und dessen Funktionsweise geworfen (Kap. 13.2). Darüber hinaus sollen weiterreichende Erkenntnisse der Arbeit für wissenschaftliche (und politische) Debatten sowie mögliche theoretische, empirische und methodologische Anschlüsse für weitere Forschungen respektive notwendige Vertiefungen festgehalten werden (Kap. 13.3).

### 13.1 Krise, Rekonfiguration der sozialen Reproduktion und Widerstand in Barcelona

In der vorliegenden Arbeit wurde aus drei unterschiedlichen Fenstern auf die Beziehungen der kapitalistischen Totalität geblickt. Ausgehend von einer übergeordneten raumtheoretischen Perspektive wurden die Momente der kapitalistischen Urbanisierung, der sozialen Reproduktion und des institutionell-staatlichen Arrangements in Barcelona(-Sants) analysiert, um damit verbundene Beziehungen, Prozesse und mögliche inhärente Widersprüche im Inneren des Ganzen offenzulegen. Das Forschungsinteresse leitete sich dabei zum einen aus theoretischen Leer- bzw. Anschlussstellen in den Ausführungen David Harveys zur kapitalistischen Urbanisierung und dem Wechselverhältnis von städtischen Entwicklungsprozessen und der krisenhaften Dynamik des Kapitalismus ab. Zum anderen aus der Suche nach transformatorischen Knotenpunkten, sowohl im Alltag der unter diesen Bedingungen lebenden Stadtbewohner\*innen, deren subjektiven Erfahrungen und Selbstorganisationsprozessen, als auch im institutionellen Gefüge des Lokalstaates. Einer dialektischen Bewegung folgend, wurden die Verbindung und das in Beziehungsetzen der verschiedenen Fenster und die formulierte Suche nach Widersprüchen, in einem ersten Schritt theoretisch-abstrakt unter Einbindung materialistischer Ansätze der sozialen Reproduktion und der Staatstheorie (Kap. 2-5) und in einem zweiten Schritt praktisch-konkret anhand des Beispiels Barcelona(-Sants) umgesetzt (Kap. 9-12) und prozesshaft weiterentwickelt.

Der Auffassung Harveys folgend, dass kapitalistische Stadtentwicklung maßgeblich durch Kapitalakkumulation und Klassenkampf – als „verschiedene Fenster, von denen aus man die Gesamtheit der kapitalistischen Aktivitäten betrachten kann“ (Harvey 1989, S. 59) –

geprägt ist, wurde dieses Verhältnis als Ausgangspunkt für die vertiefende theoretische und empirische Analyse zugrunde gelegt. Mittels der Synthese der Verschränkung von Krisen konnte deutlich gemacht werden, wie eine kriseninduzierte Investitionsverlagerung vom ersten in den zweiten Kapitalkreislauf als Reaktion auf eine Krise im Produktionssektor (*spatio-temporal-fix*) zu einer tiefgreifenden Krise in der Sphäre der sozialen Reproduktion führen kann (Kap. 9, Kap. 12.1). Eine solche Krise hat aufgrund der strukturellen Anordnung und Funktion der Reproduktionssphäre im Kapitalismus (Kap. 3) einen stark vergeschlechtlichten Charakter. Zudem können eine Ausweitung der Reproduktionslücke und die dadurch verstärkte Erschöpfung der Arbeiter\*innen negativ auf die Verwertungsbedingungen des Kapitals wirken sowie zu einer politischen Krise führen. Verstärkt werden diese Effekte im untersuchten Fallbeispiel durch die europäischen und nationalen Austeritätspolitiken, die im Sinne einer Akkumulation durch Enteignung (Kap. 2.4), mittels Kürzungen von Sozialausgaben, politischen Deregulierungen des Arbeits- und Wohnungsmarktes sowie einer strikten Einschränkung der lokalstaatlichen Ausgaben bei gleichzeitiger Rettung von verschuldeten Banken auf Kosten des Staatshaushaltes die Folgen der Krise ab 2008. auf die Allgemeinheit umverteilt und die sozial-ökonomischen Bedingungen der Reproduktion deutlich verschärft haben (Kap. 9.1).

Diese Verschränkung kapitalistischer Krisendynamiken im urbanen Raum eröffnet eine feministische Perspektive, einerseits durch die Betonung des grundlegenden vergeschlechtlichten Charakters der Krise(n), andererseits, weil dadurch aktiv die alltäglichen Folgen der Krise und „the fleshy, messy, and indeterminate stuff of everyday life“ (Katz 2001, S. 711) in den Blick genommen werden. Dadurch können soziale Verhältnisse und dazugehörige Subjektivierungsprozesse zwischen der Makro- und Mikroebene, zwischen globalen, finanzialisierten Wohnungsmärkten und körperlichen oder psychischen Folgen von Wohnungsnot und Zwangsräumungen, in ein Verhältnis gebracht und nachvollzogen werden. Dieses Verhältnis wird nicht als unidirektional betrachtet, in dem Sinne, dass Prozesse und Strukturen auf der Makroebene untergeordnete Prozesse und Handlungen determinieren, sondern als strukturiert aber relational, offen für Abweichungen, Widerstand und Beziehungsweisen, die über eine kapitalistische Profitorientierung und Konkurrenz hinausgehen.

Über die Konzepte der Sozialen Fabrik sowie der technischen räumlichen und politischen räumlichen Zusammensetzung wurden wiederum die Re-Organisierung der Produktionsweise, die damit verknüpfte Rekonfiguration der sozialen Reproduktion und die De- und Rekomposition von Klasse mit Prozessen der Raumproduktion verwoben (Kap. 5.2, Kap. 12.2). Eine solche Konzeption eröffnet das Potenzial, den Zusammenhang zwischen Produktionsweise, räumlichen Konfigurationen und Subjektivierungsprozessen in ein relationales Verhältnis zu setzen, eine Klassenanalyse mehr durch die Perspektive der sozialen Reproduktion zu betrachten und diese stärker mit der Produktionssphäre zusammenzudenken. Durch diese Perspektive kann sowohl analysiert werden, wie sich

Versuche einer voranschreitenden Subsumtion der Lebensverhältnisse unter kapitalistische Verwertungslogiken im urbanen Raum ausrollen, in welchen Formen und auf welchen Ebenen es zu Widerstand dagegen kommt und welche Subjektivierungsprozesse mit diesen Kämpfen einhergehen. Gleichzeitig wird einer totalisierenden Kapitallogik vorgebeugt, indem Reproduktionsbedingungen und Orte der Reproduktion politisiert werden und etwa Haushalte oder Nachbarschaften als politisch strukturierte Räume und damit verbundene soziale, affektive, emotionale und materielle Praxen anerkannt werden. Jene Räume der Reproduktion können Orte des individuelleren Widerstands sein, wenn Haushalte ausgehend von ihren jeweiligen Bedürfnissen und Möglichkeiten bestimmte Entscheidungen treffen, wie das Nichtfolgeleisten einer Wohnungskündigung oder das „leise“ Besetzen von Wohnungen aufgrund der Wohnungsversorgungslücke (Kap. 9.2). Räume der Reproduktion sind aber auch Ausgangspunkte des kollektiven Widerstands, wie anhand der *Grup d’Habitatge de Sants* deutlich wurde, die sich im Stadtteil zur Verhinderung von Zwangsräumungen und der Bekämpfung der Wohnungsnot organisiert (Kap. 11.4). Diese Organisirungen und Kämpfe entlang der Wohnungsfrage und damit entlang dem tiefer liegenden Verhältnis von Tausch- und Gebrauchswert können als eine Re-Komposition von Klasse in Antwort auf eine forcierte Finanzialisierung des Wohnungsmarktes als technisch räumliche Zusammensetzung der Kapitalakkumulation begriffen werden. Die Zusammensetzung dieser Kämpfe ist Ausdruck einer internationalen, stark feminisierten und prekarierten Arbeiter\*innenklasse.

Die Folgen der verschränkten kapitalistischen Krisendynamiken können innerhalb der Gruppenorganisierung sowie in dem übergeordneten territorialen Netzwerk der Sozialen Fabrik Sants und den dazugehörigen selbstverwalteten Strukturen durch mutuale Hilfe, Akte des kollektiven Widerstands und des Bruchs mit der Eigentumslogik sowie Einschreibungen subalternen Interesses in den Lokalstaat (Kap. 11.2) abgefedert werden. Dies kann eine Veränderung der technischen räumlichen Zusammensetzung vorantreiben, etwa durch die Dekommodifizierung von Wohnraum durch institutionelle Akteur\*innen (politische Regulierung der Marktmechanismen, Bau von Sozialwohnungen) oder selbstorganisierte Ansätze (Besetzung, Genossenschaftswesen). Damit einher gehen können Momente der Selbstermächtigung, die Bildung eines Klassenbewusstseins und die Entstehung solidarischer Beziehungsweisen (Kap. 11.3, Kap. 11.4).

In diesem Sinne ist die Produktion urbaner Räume in einer verstetigten Krise auf verschiedenen Ebenen umkämpft. Das Kapital forciert die Produktion und Objektivierung einer räumlichen Ordnung, die für seine eigene Reproduktion günstig und notwendig ist. Doch diese Produktion urbaner Räume wird prozessiert, mitgestaltet und angefochten von „Bürger\*innen, die in und durch eine Vielzahl alternativer möglicher Identitäten und Institutionen handeln, die von Klasse, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Territorium und Lokalität geprägt sind“ (Katznelson 1992, S. 133), von organisierteren Gruppen wie politischen Parteien, sozialen Bewegungen, Lobbys und Interessenverbänden und

dem kapitalistischen Staat mit seiner Materialität, den Selektivitäten, Apparaten und dem Staatspersonal. Gemäß des Eingangszitates produzieren Menschen damit ihre eigenen Räume, aber nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar gegebenen Umständen. Aus raumtheoretischer Perspektive wurde dies in einem abschließenden Schritt anhand einer Matrix der räumlichen Re-Komposition kapitalistischer Urbanisierung in Barcelona(-Sants) (Kap. 12.4) verdeutlicht. Diese Matrix ist gleichzeitig das Ergebnis der in der Arbeit verfolgten dialektischen Methode, mittels derer die Theorie- und Begriffsbildung als Wechselspiel zwischen Erfahrungen und Abstraktion begriffen wird. Die konkreten und sichtbaren Erfahrungen aus dem empirischen Teil wurden dabei auf die im Theorieteil entwickelten abstrakten Konzepte gebracht und anschließend in einer entgegengesetzten Bewegung die theoretischen Begriffe anhand der empirischen Ergebnisse und der darin abgebildeten dynamischen und widersprüchlichen Realität überprüft und komplexifiziert. Mit der Matrix wird das Potenzial raumtheoretischer Ansätze verdeutlicht, verschiedene soziale Verhältnisse wie in diesem Fall die kapitalistische Urbanisierung, die soziale Reproduktion und den kapitalistischen Staat sowie damit verbundene Strukturen, Praxen, Imaginationen und Subjektivierungsweisen in Relation zu setzen und zwischen makrotheoretischen Erkenntnissen, mesotheoretischen Konzepten und alltäglichen Erfahrungen zu vermitteln.

### 13.2 Munizipalismus – In, against and beyond the state

Eine zentrale Stellung in der Arbeit nahm der Blick durch das staatstheoretische Fenster auf die Maschine des kapitalistischen Staates ein. Auf Grundlage materialistischer Ansätze sollten so Fragen nach den Handlungsmöglichkeiten progressiver Stadtregierungen und möglichen Demokratisierungsmomente lokaler Institutionen sowie den dafür benötigten sozialen Kräfteverhältnissen beantwortet werden. Ausgangspunkt dieses Blickwinkels war das Aufkommen neuer munizipalistischer Projekte als „gegenwärtige partielle Experimente“ (Poulantzas 2002 [1978], S. 293) in Reaktion auf die autoritäre Durchsetzung der Krisenpolitiken und damit verbundene Entdemokratisierungstendenzen im spanischen Staat. Mit der CUP und Barcelona en Comú wurden zwei Akteur\*innen untersucht, die sich hinsichtlich ihres Entwicklungspfad, ihrer politischen Schwerpunktsetzung und ihres Verhältnisses zum Staat unterscheiden. Während Barcelona en Comú innerhalb des (Lokal-)Staates versucht, über diesen in bestehender Form hinauszugehen (Kap. 10.1), konzentriert sich die CUP auf den Kampf gegen den kapitalistischen Staat und versucht über die Stärkung außerparlamentarischer Strukturen die bestehenden Verhältnisse zu überwinden (Kap. 10.3). Dennoch folgen beide Projekte einem übergeordneten munizipalistischen Ansatz, der das Lokale als *scale* für politische Veränderung und die Souveränität der Nähe als Demokratisierungsmomente begreift.

Trotz der differierenden politischen Linien und der unterschiedlichen Positionen in den Institutionen konnten bei der Untersuchung der CUP und von Barcelona en Comú

die Materialität des kapitalistischen (Lokal-)Staates genauer bestimmt werden. Damit verbunden sind strategische Selektivitäten der Neoliberalisierung und Zentralisierung, männliche Grammatiken und ein bestimmtes Set an Zeitlichkeiten und Rhythmen, mit denen municipalistische Projekte in den Institutionen konfrontiert sind. Diese Selektivitäten sind miteinander verbunden und verstärken sich gegenseitig. Während die Zeitlichkeit ein Hindernis für Demokratisierung und Dezentralisierung darstellt, wird sie durch Prozesse der Zentralisierung und Neoliberalisierung erzeugt. Lokale Machtverhältnisse, z. B. langfristige öffentlich-private Partnerschaften, Staatsapparate wie Militär und Polizei oder „Drehtüren“ zwischen Politik und Wirtschaft machen es vor allem aus Regierungsperspektive unmöglich, konsequent gegen die materielle Verdichtung kapitalistischer Imperative und die den Status quo verteidigenden politischen und wirtschaftlichen Eliten zu regieren (Kap. 9.5, Kapitel 10.2.1). Darüber hinaus blockieren im Sinne bestehender räumlicher Selektivitäten nationale oder supranationale Gesetze progressive lokale (und regionale) Initiativen. Der zeitliche Rhythmus, die Menge an Informationen, das damit verbundene Fachwissen und die Art der Entscheidungsfindung in den Institutionen verhindern eine stärkere Verknüpfung der parlamentarischen Prozesse mit den eher horizontalen Strukturen der municipalistischen Bewegungen. Die Selektivität des kapitalistischen (Lokal-)Staates entwertet systematisch das kollektive Kapital der sozialen Bewegungen und schafft eine Distanz zwischen dem (kollektiven) Außen und dem (eher hierarchischen, männlichen) Innen. Auf individueller Ebene zerreiben Stress und Verantwortung die Verantwortlichen in den Institutionen und erschweren eine nachhaltige Politik. Die entstehenden Distanzen und eine gewissermaßen notwendige Professionalisierung der Politik führen zu einem bestimmten Grad der Institutionalisierung, die sich sowohl auf organisatorische Strukturen, als auch den Charakter der Politik – zwischen Management und Rupturismus – auswirkt (Kap. 10.2.2, Kap. 10.4).

Mit ihren unterschiedlichen Ausgangslagen haben sowohl Barcelona en Comú als auch die CUP in den letzten Jahren versucht, diesen Selektivitäten entgegenzuwirken und die Bedingungen für eine demokratischere und feministischere Politik innerhalb der Institution zu schaffen. Barcelona en Comú hat als Regierungspartei den Diskurs über die Stadt als Wachstumsmaschine unterbrochen und subalterne und feministische Belange aufgegriffen, die teilweise in die strategischen Selektivitäten des lokalen Staates eingeschrieben wurden. Zur Absicherung dieser Veränderungen versucht Barcelona en Comú neue (aber nicht konfliktfreie) Formen der Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und alternative Formen der administrativen Wissensproduktion zu etablieren, Rekommunalisierung umzusetzen und das Gemeinwohl zu stärken (Kap. 10.1). Auf diese Weise konnten die municipalistischen Projekte an verschiedenen Stellen ihre Spuren in der Materialität des (lokalen) Staates hinterlassen. All dies verändert die Dynamik der Institutionen und das Verhältnis der Kräfte, die das Ensemble der staatlichen Institutionen reproduziert. Die CUP hat trotz ihrer vergleichsweise kleinen Rolle immer wieder Akzente in der Stadtpolitik gesetzt und über Skandalisierungen bestehende Machtverhältnisse in Frage gestellt.



Vor allem über die außerinstitutionelle Verankerung und die Organisierung in den Stadtteilen und Nachbarschaften Barcelonas sowie Kataloniens konnten zumindest kurzzeitig die räumlichen Selektivitäten des spanischen Staates und damit zusammenhängend die hegemoniale Produktionsweise in Frage gestellt werden (Kap. 10.3.2).

Doch zeigt sich an diesen Beispielen auch die „Widerstandsfähigkeit kapitalistischer Staatsapparate gegenüber Gegenpolitiken“ (Davies 2021, S. 177). Die Materialität des Staates kann in diesem Sinne als ein „Übersetzungscode“ (Demirovic 2021, o. S.) begriffen werden, der benötigt wird, um Interessen in den Staat einzuschreiben. Dies beinhaltet zum einen das benötigte Wissen über bürokratische Abläufe, Zeiten und Rhythmen und „ungeschriebene Gesetze“ innerhalb der Institutionen. Darin offenbart sich Poulantzas Übertragung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und die damit verbundene Trennung des unmittelbar Produzierenden von den Produktionsmitteln auf den Staat. Subalterne Akteur\*innen und Produzierende sind von der geistigen, anleitenden Arbeit des Staates abgetrennt und haben wenig Wissen über diese Codes, die sich dadurch als widerständig erweisen. Dies wurde in den Fallbeispielen an den längeren Lernprozessen deutlich, die vor allem für die aus Bewegungen kommenden Aktivist\*innen mit dem Einzug in die Institutionen notwendig waren. Zum anderen ist die Materialität durch eingeschriebene Kräfteverhältnisse geprägt, die wiederum auf diese Codierung wirken. Die Struktur des kapitalistischen Staates, deren strategische Selektivität durch Jahrzehnte der Neoliberalisierung geprägt wurde, kann daher weder von heute auf morgen, noch rein aus der institutionellen Logik heraus verändert werden. Dies offenbart sich darin, wie der radikalere Ansatz von Barcelona en Comú aus der Bewegungsphase und die damit verbundene Euphorie in den letzten Jahren durch den institutionellen Rahmen stark gebremst wurden und zu einer „entkoffinierten Politik“ (Int. 24.04.2019) geführt haben. Ähnliche Tendenzen sind zu beobachten, wenn die CUP in kleineren Städten oder Gemeinden Kataloniens in stärkerer Regierungsverantwortung steht. Die Repression gegen den staatskritischen Ansatz der CUP und die Unabhängigkeitsbewegung verdeutlicht eine andere Facette dieser Widerstandsfähigkeit. Doch zeigt sich auch, dass es unter dem Druck organisierter außerinstitutioneller Kräfte und sozialer Bewegungen, im (lokalen) Staat – begriffen als Ensemble von Institutionen mit einer relativen Autonomie gegenüber partikularen Interessen – Spielraum für gegenhegemoniale Kräfte und progressive Veränderungen gibt.

Einer Konzeption von *scale* als „räumlich-institutionelle Verdichtungen von sozialen Kräfteverhältnissen“ (Brand et al. 2007, S. 220) folgend, versuchen die municipalistischen Projekte die lokale *scale* zur tragenden Dimension der Aushandlung von Konflikten zu machen. Diese strategische Stärkung der lokalen Ebene ist eine Folge der Reskalierungsprozesse als Teil der Austeritätspolitik, in deren Zuge Verantwortlichkeiten auf die lokale Ebene verlagert wurden, während gleichzeitig steuerliche und politische Entscheidungsbefugnisse auf nationalstaatlicher und supranationaler Ebene zentralisiert wurden. Durch die damit eingeschriebene räumliche Selektivität des Staates, die über-

geordnete räumliche Ebenen gegenüber untergeordneten räumlichen Ebenen bevorzugt, wurde die Handlungsfähigkeit der municipalistischen Projekte (und auch der katalanischen Regionalregierung) etwa im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch in Bezug auf Wohnraumpolitiken, Einwanderungsgesetze sowie der Remunicipalisierung von Wasser- und Energieversorgung deutlich eingeschränkt. Gleichzeitig wurde die lokalstaatliche Handlungsmacht in dem Sinne ausgeweitet, dass bestehende Kompetenzen stärker genutzt oder konfiguriert wurden, z. B. durch die Änderung von Stadtentwicklungsplänen oder strikter angewendete dekommodifizierende Politiken im Bereich Wohnraum oder Energieversorgung. Zudem wurde Barcelona en Comú in den letzten Jahren zum Motor einer internationalen municipalistischen Bewegung, die die Möglichkeiten und Bedürfnisse einer gerechteren und demokratischeren Stadtpolitik hervorhebt und praktisch umzusetzen versucht. Die daraus entstehenden Netzwerke können im Sinne einer *Scaling-Out*-Strategie Grundlage für eine stärkere Verschiebung der räumlichen Selektivitäten zugunsten der lokalen Ebene sein.

Räumliche Selektivität als Verdichtung von sozialen Kräfteverhältnissen beschreibt nicht nur die Privilegierung einer bestimmten *scale*, sondern auch die Einschreibung bestimmter politischer Einflüsse und Interessen auf dieser Ebene. Hinsichtlich der sozialen Kräfteverhältnisse wurde sowohl theoretisch (Kap. 3.1), als auch empirisch (Kap. 10) deutlich gemacht, dass progressive Kräfte nicht einfach die Regierungsmacht übernehmen können und dann freie Verfügungsgewalt haben. Mit Blick auf die Frage nach politischer Veränderung und der Verschiebung sozialer Kräfteverhältnisse ist ebenso deutlich geworden, dass es gegenhegemoniale Bewegungen und Strukturen außerhalb der Institutionen braucht, die die institutionelle Politik für Veränderungen unter Druck setzen. Zwar sind municipalistische Projekte oder linke Parteien innerhalb der Institutionen deutlich bessere Ansprechpartner\*innen für Subalterne und befördern eine Einschreibung ihrer Interessen in die strategischen Selektivitäten des Lokalstaates, doch ohne gesellschaftlichen Druck lassen sich in strategische Selektivitäten eingeschriebene Partikularinteressen kaum verändern und politische Maßnahmen gegen ökonomische Eliten und Machtnetzwerke kaum durchsetzen. Wenn der Staat als ein zentrales Terrain zur Austragung sozialer Kämpfe begriffen wird, müssen die sozialen Kämpfe eine zentrale Stellung in der Frage nach Veränderung einnehmen. Das Verhältnis zwischen municipalistischen Projekten und sozialen Kämpfen oder Bewegungen kann dabei verschiedene, auch konfliktive, Formen annehmen. Diese municipalistischen Projekte können selbst treibende Kraft in außerparlamentarischen Selbstorganisationsprozessen sein, was eine gewisse Organisationsstärke und eine Verankerung in bestimmten Bewegungen voraussetzt. Dies war etwa die Rolle der CUP bei der Organisation des Unabhängigkeitsreferendums. Municipalistische Politiken können ebenso die Autonomie und Selbstverwaltung von Akteur\*innen und Bewegungen anerkennen oder stärken, z. B. im Falle des Can Batlló, und den Bewegungen so im wahrsten Sinne des Wortes Raum zum Organisieren geben. Mindestens aber müssen politisch vertretende Partikularinteressen und städtische Konflikte benannt und nicht

zugunsten eines Konsenses ausgeklammert werden, sodass Bewegungen, Forderungen und Druck einen institutionellen Resonanzkörper bekommen.

### 13.3 Ausblick

Die stärkeren Verbindungen der kapitalistischen Urbanisierungen mit den übergeordneten sozialen Verhältnissen der sozialen Reproduktion und des kapitalistischen Staates haben sich theoretisch und empirisch als gewinnbringend erwiesen, müssen aber in beiden Dimensionen weiter ausgearbeitet werden. Dies bezieht sich sowohl auf eine engere Verknüpfung der verschiedenen Verhältnisse untereinander, als auch auf anders fokussierte empirische Analysen. Denkbar wäre in diesem Zuge eine stärkere Berücksichtigung der Relation von Veränderungen im primären Kapitalkreislauf zu Prozessen der kapitalistischen Urbanisierung, etwa zum Zusammenhang von Plattform-Kapitalismus und sozialer Reproduktion wie am Beispiel des Verhältnisses vom Aufkommen prekärer Arbeitsverhältnisse wie der *Rider* (Lebensmittelfahrer\*innen) und der sich zuspitzenden Wohnungsfrage (z.B. Metawala et al. 2021). Zudem müssen die übergeordneten und strukturierenden sozialen (Macht-)Verhältnisse Rassifizierung/Kolonialismus und Naturverhältnisse stärker in die Konzeption eingebunden werden. Durch diese Fenster wird ein Blick auf die Frage ermöglicht, wie diese Verhältnisse und damit verbundene Ungleichheiten vom Kapital objektiviert und mobilisiert werden und welche räumlichen Ordnungen sich daraus ergeben.

Bezüglich der Methodologie kann festgestellt werden, dass die Teilnehmenden Beobachtungen sowie die Interviews mit Anwohner\*innen und lokalen Akteur\*innen die Folgen und Alltäglichkeiten der Krise(n) und der Rekonfiguration der sozialen Reproduktion greifbar gemacht haben. Ebenso konnten dadurch „kleinteilige und fragmentarische Formen von Politik“ (Wiegand et al. 2016, 308) und widerständigem Handeln sichtbar gemacht werden. Durch die Einbettung in ein multiskalares Korsett und die theoretische Rückbindung konnte so analysiert werden, wie abstrakte materielle Strukturen und Beziehungen der kapitalistischen Wirklichkeit(en) im alltäglichen Leben erfahren und erlebt werden, auf das Handeln wirken sowie im Wechselverhältnis von diesen Alltäglichkeiten beeinflusst werden. Entsprechend kann so eine multiskalare Perspektive und der Einbezug von Alltäglichkeit wichtige Impulse für historisch-(geographische) materialistische Analysen und Theoriebildungen und gleichzeitig eine stärkere Vermittelbarkeit geben.

Weiterhin können die sehr lebhaften und auch aus einem aktivistischen Blickwinkel geführten Diskussion um einen (Neuen) Munizipalismus und die Möglichkeitsräume progressiver städtischer Regierungen von weiteren detaillierten Untersuchungen der Staatsmaschinerie profitieren. Die in der Arbeit bewusst gewählte materialistisch-staatstheoretische Perspektive hat sich in dieser Hinsicht als sehr fruchtbar erwiesen, da darüber individuelle Erfahrungen und spezifische Entwicklungen nicht nur auf lokale

Besonderheiten oder strategische Fehler reduziert, sondern in eine Struktur des Staates und seine strategischen Selektivitäten eingeordnet werden konnten. Über eine solche Theoretisierung können verallgemeinerbare Ergebnisse erzielt werden, die als Grundlage für Lernprozesse über die Materialität des Staates dienen können. Um die Trennung der Hand- und Kopfarbeit im Staat (Kap. 13.2) zu kompensieren, sollten die von den municipalistischen Aktivist\*innen gemachten unzähligen Erfahrungen stärker systematisiert und auf theoretische Begriffe gebracht und so die Übersetzungscodes für die Institutionen offengelegt werden. Daran anschließend empfiehlt sich eine detaillierte Untersuchung der Funktion, Beschaffenheit und Position einzelner Staatsapparate, etwa hinsichtlich der Ermöglichung oder Blockierung sozial- und geschlechtergerechterer Stadtpolitiken, Demokratisierung von Institutionen oder skalarer Rekonfiguration.

Ein zweiter Anschlusspunkt hinsichtlich der municipalistischen Debatte wäre eine stärkere Erforschung der Spannung zwischen dem Innen der Institutionen und dem Außen der Bürger\*innen und Bewegungen. Das bedeutet, unter Munizipalismus nicht nur die Wahlerfolge und Politiken municipalistischer Projekte in den Rathäusern zu fokussieren und die Möglichkeit von Veränderungen auf die institutionelle Ebene zu beschränken. Vielmehr sollte stärker von den notwendigen gegenhegemonialen außerparlamentarischen Bewegungen gedacht werden, die die Einzüge in die Rathäuser erst möglich gemacht haben. Deren Organisationsformen und Forderungen können sich den institutionellen Limitierungen entziehen und ihr gesellschaftlicher Druck ist unabdingbar für politische Veränderungen. Das bedeutet wiederum nicht, den Blick von den Institutionen abzuwenden, sondern vor dem Hintergrund lokaler Kräfteverhältnisse deren Relation zu sozialen Bewegungen und Kämpfen hinsichtlich der Frage zu eruieren, wie außerparlamentarische Selbstorganisationsprozesse im Sinne eines *Dual Power*-Ansatzes gestärkt und solche Kämpfe auf Distanz in den Lokalstaat eingeschrieben werden können.



## Literaturverzeichnis

- Adamczak, B. (2017): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Berlin.
- Adamczak, B. (2021): *Bewegung und Ziel. Revolutionen, Machtfragen und Beziehungsweisen*. In: *Arranca 55*. URL: <https://arranca.org/ausgaben/ein-drittel-heiz%C3%B6l-zwei-drittel-benzin/bewegung-und-ziel> (aufgerufen am 25.08.2022).
- Adcock, M. (1996): *Remaking Urban Space. Baron Haussmann and the Rebuilding of Paris, 1851-1870*. In: *University of Melbourne Library Journal 2 (2)*, S. 25-35.
- Akuno, K. (2017a): *Build and Fight. The Program and Strategy of Cooperation Jackson*. In: Akuno, K. und A. Nangwaya (Hrsg.): *Jackson Rising. The Struggle for Economic Democracy and Black Self-Determination in Jackson, Mississippi*. Montreal, S. 3-41.
- Akuno, K. (2017b): *Casting Shadows. Chokwe Lumumba and the Struggle for Racial Justice and Economic Democracy in Jackson, Mississippi*. In: Akuno, K. und A. Nangwaya (Hrsg.): *Jackson Rising. The Struggle for Economic Democracy and Black Self-Determination in Jackson, Mississippi*. Montreal, S. 227-255.
- Akuno, K. (2017c): *People's Assembly Overview. The Jackson People's Assembly Model*. In: Akuno, K. und A. Nangwaya (Hrsg.): *Jackson Rising. The Struggle for Economic Democracy and Black Self-Determination in Jackson, Mississippi*. Montreal, S. 87-97.
- Andés Aldama, A.M. de (2019): *Políticas públicas municipalistas y acción de gobierno en las ciudades del cambio*. In: Roth, L., A. Monterde und A. Calleja-López (Hrsg.): *Ciudades democráticas. La revuelta municipalista en el ciclo post-15M*. Barcelona, S. 113-140.
- Angel, J. (2021): *New Municipalism and the State. Remunicipalising Energy in Barcelona, from Prosaics to Process*. In: *Antipode. A Radical Journal of Geography 53 (2)*, S. 524-545.
- Asociación de Propietarios de Vivienda en Alquiler (2020): *Cinco claves para entender las consecuencias de limitar por ley el precio de los alquileres*. URL: <https://www.asval.com/cinco-claves-para-entender-las-consecuencias-de-limitar-por-ley-el-precio-de-los-alquileres/> (aufgerufen am 13.04.2022).
- Asamblea de Barri de Sants (2008): *Més d'una dècada revolucionant el barri*. Barcelona.
- Atlas RE Analytics (2021): *Vivienda asequible en España. Estudio de situación y desglose de planes actuales de vivienda*. Madrid.
- Atlas RE Analytics (2022): *Estado y tendencias del build to rent en España 2022*. Madrid.
- Ayuntamiento Barcelona (o.J.a): *Historia Sants-Montjuïc*. URL: <https://ajuntament.barcelona.cat/sants-montjuic/es/conozca-el-distrito/historia> (aufgerufen am 20.01.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (o.J.b): *Ciutat cuidadora*. URL: <https://www.barcelona.cat/ciutatcuidadora/es/ciudad-cuidadora/presentacion> (aufgerufen am 22.07.2022).

- Ayuntamiento Barcelona (2016): Plan por el derecho a la vivienda de Barcelona 2016-2025. URL: <https://www.habitatge.barcelona/es/estrategia/plan-derecho-vivienda> (aufgerufen am 22.09.2021).
- Ayuntamiento Barcelona (2017a): El pleno aprueba el plan por el derecho a la vivienda. URL: [https://www.habitatge.barcelona/es/noticia/el-ple-aprova-el-pla-pel-dret-a-lhabitatge\\_458976](https://www.habitatge.barcelona/es/noticia/el-ple-aprova-el-pla-pel-dret-a-lhabitatge_458976) (aufgerufen am 30.04.2021).
- Ayuntamiento Barcelona (2017b): Medida de gobierno por una democratización del cuidado. URL: [ajuntament.barcelona.cat/dones/sites/default/files/documentacio/mgdcures.pdf](http://ajuntament.barcelona.cat/dones/sites/default/files/documentacio/mgdcures.pdf) (aufgerufen am 30.04.2021).
- Ayuntamiento Barcelona (2018a): Els salaris a Barcelona 2018. URL: [https://ajuntament.barcelona.cat/barcelonaeconomia/sites/default/files/Salaris\\_2018.pdf](https://ajuntament.barcelona.cat/barcelonaeconomia/sites/default/files/Salaris_2018.pdf) (aufgerufen am 22.05.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2018b): La covivienda – el cohabitatge. La vivienda cooperativa en cesión de uso en Barcelona. URL: <https://viviendagc.org/wp-content/uploads/2018/11/20181211-LPGC-COVIVIENDA-BCN-Iv%C3%A1n-Gallardo.pdf> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2018c): Amb la Superilla, el Poblenou ha guanyat més de 25.000 metres quadrats d'espai per a les persones. URL: <https://ajuntament.barcelona.cat/superilles/ca/noticia/amb-la-superilla-el-poblenou-ha-guanyat-mzss-de-25000-metres-quadrats-despai-per-a-les-persones> (aufgerufen am 12.05.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2019a): Bienes comunes: Hacia el uso y la gestión comunitaria de lo público. URL: <https://docplayer.es/157837970-Bienes-comunes-hacia-el-uso-y-la-gestion-comunitaria-de-lo-publico.html> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2019b): Decidim, la plataforma digital oberta i lliure per la participació i la innovació democràtica. Informe 2016-2019. URL: [https://media-edg.barcelona.cat/wp-content/uploads/2019/03/02185426/Informe\\_Decidim\\_20191.pdf](https://media-edg.barcelona.cat/wp-content/uploads/2019/03/02185426/Informe_Decidim_20191.pdf) (aufgerufen am 30.08.2021).
- Ayuntamiento Barcelona (2019c): Salarios medios de los residentes en Barcelona por distrito y sexo 2019. URL: [https://ajuntament.barcelona.cat/estadistica/castella/Estadistiques\\_per\\_temes/Treball\\_i\\_teixit\\_productiu/Treball/Salaris/a2019/C1006080.htm](https://ajuntament.barcelona.cat/estadistica/castella/Estadistiques_per_temes/Treball_i_teixit_productiu/Treball/Salaris/a2019/C1006080.htm) (aufgerufen am 30.04.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2020a): Consolidation of sustainable public procurement in municipal tendering. URL: [https://ajuntament.barcelona.cat/contractaciopublica/en/news/consolidation-of-sustainable-public-procurement-in-municipal-tendering-2\\_1060747](https://ajuntament.barcelona.cat/contractaciopublica/en/news/consolidation-of-sustainable-public-procurement-in-municipal-tendering-2_1060747) (aufgerufen am 25.07.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2020b): Patrimonio ciudadano. URL: <https://ajuntament.barcelona.cat/participaciociudadana/es/patrimonio-ciudadano/presentacion> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2020c): Requerimiento a Airbnb para retirar un millar de anuncios de pisos turísticos ilegales. URL: [https://ajuntament.barcelona.cat/gracia/es/noticia/requerimiento-en-airbnb-para-retirar-un-millar-de-anuncios-de-pisos-turisticos-ilegales\\_1015879](https://ajuntament.barcelona.cat/gracia/es/noticia/requerimiento-en-airbnb-para-retirar-un-millar-de-anuncios-de-pisos-turisticos-ilegales_1015879) (aufgerufen am 13.04.2022).

- Ayuntamiento Barcelona (2020d): Turning Barcelona into a big superblock. URL: [https://www.barcelona.cat/infobarcelona/en/tema/urban-planning-and-infrastructures/turning-barcelona-into-a-big-superblock\\_1005852.html](https://www.barcelona.cat/infobarcelona/en/tema/urban-planning-and-infrastructures/turning-barcelona-into-a-big-superblock_1005852.html) (aufgerufen am 16.04.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2021a): Barcelona Energia, public distributor of 100% certified renewable energy. URL: [https://www.barcelona.cat/infobarcelona/en/tema/environment-and-sustainability/barcelona-energia-public-distributor-of-100-certified-renewable-energy\\_1029138.html](https://www.barcelona.cat/infobarcelona/en/tema/environment-and-sustainability/barcelona-energia-public-distributor-of-100-certified-renewable-energy_1029138.html) (aufgerufen am 25.05.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2021b): Barcelona para 9 de cada 10 desahucios en la ciudad. URL: [https://ajuntament.barcelona.cat/casalsgentgransantmarti/es/noticia/barcelona-para-9-de-cada-10-desahucios-en-la-ciudad\\_1053147](https://ajuntament.barcelona.cat/casalsgentgransantmarti/es/noticia/barcelona-para-9-de-cada-10-desahucios-en-la-ciudad_1053147) (aufgerufen am 25.04.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2021c): Barcelona, ciudad cuidadora. URL: [https://ajuntament.barcelona.cat/sanitatissalut/es/noticia/barcelona-ciudad-cuidadora\\_1116980](https://ajuntament.barcelona.cat/sanitatissalut/es/noticia/barcelona-ciudad-cuidadora_1116980) (aufgerufen am 22.07.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2021d): Evolución de la deuda. URL: <https://ajuntament.barcelona.cat/estrategiaifinances/es/deute> (aufgerufen am 04.03.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2021e): Los presupuestos participativos llegan a la fase de votación. URL: [https://www.barcelona.cat/infobarcelona/es/tema/participacion/los-presupuestos-participativos-llegan-a-la-fase-de-votacion-2\\_1075333.html](https://www.barcelona.cat/infobarcelona/es/tema/participacion/los-presupuestos-participativos-llegan-a-la-fase-de-votacion-2_1075333.html) (aufgerufen am 25.05.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2021f): Pressupostos participatius 2020-2023. Resultats de la fase de votació. URL: <https://ajbcn-decidim-barcelona.s3.amazonaws.com/decidim-barcelona/uploads/decidim/attachment/file/14189/Presentacio-Presupostos-Resultats-votacio.pdf> (aufgerufen am 25.05.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2022a): Presupuestos anteriores liquidados. URL: <https://ajuntament.barcelona.cat/estrategiaifinances/es/presupuestos-anteriores-liquidados-0> (aufgerufen am 18.08.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2022b): Alquiler de viviendas. URL: [https://ajuntament.barcelona.cat/estadistica/castella/Estadistiques\\_per\\_temes/Habitatge\\_i\\_mercat\\_immobiliari/Mercat\\_immobiliari/Habitatges\\_lloguer/index.htm](https://ajuntament.barcelona.cat/estadistica/castella/Estadistiques_per_temes/Habitatge_i_mercat_immobiliari/Mercat_immobiliari/Habitatges_lloguer/index.htm) (aufgerufen am 03.07.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2022c): Barcelona Superblock: new stage. URL: <https://ajuntament.barcelona.cat/superilles/en/> (aufgerufen am 15.05.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2022d): Map of the new public-housing promotions in Barcelona. URL: <https://www.habitatge.barcelona/en/access-to-housing/public-housing-stock> (aufgerufen am 15.05.2022).
- Ayuntamiento Barcelona (2022e): El parque público de viviendas en la ciudad crece con la compra de un edificio en el Eixample. URL: [https://www.habitatge.barcelona/es/noticia/el-parc-public-dhabitatges-a-la-ciutat-creix-amb-la-compra-dun-edifici-a-leixample\\_1140971](https://www.habitatge.barcelona/es/noticia/el-parc-public-dhabitatges-a-la-ciutat-creix-amb-la-compra-dun-edifici-a-leixample_1140971) (aufgerufen am 22.07.2022).



- Ayuntamiento Barcelona (2022f): La Unitat Antidesnonaments municipal triplica l'equip per reforçar la prevenció en situacions de pèrdua de l'habitatge. Ayuntamiento Barcelona. URL: <https://ajuntament.barcelona.cat/premsa/2022/02/14/la-unitat-antidesnonaments-municipal-triplica-lequip-per-reforcar-la-prevencio-en-situacions-de-perdua-de-lhabitatge/> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Bailey, D.J., M. Clua-Losada, N. Huke und O. Ribera-Almandoz (2018): Beyond Defeat and Austerity. Disrupting (the Critical Political Economy of) Neoliberal Europe. London/New York.
- Baiocchi, G. und H. Gies (2019): Radical Cities in Latin America: Past and Present. In: NACLA Report on the Americas 51 (4), S. 313-315.
- Bakker, I. (2003): Neo-liberal Governance and the Reprivatization of Social Reproduction. Social Provisioning and Shifting Gender Orders. In: Bakker, I. und S. Gill (Hrsg.): Power, Production and Social Reproduction. Human In/security in the Global Political Economy. Basingstoke, S. 66-82.
- Barcelona en Comú (o.J.): Grupos en los barrios. URL: <https://barcelonaencomu.cat/es/grupos-en-los-barrios> (aufgerufen am 08.07.2022).
- Barcelona en Comú (2015a): Un programa en común. URL: <https://barcelonaencomu.cat/es/programa> (aufgerufen am 01.04.2022).
- Barcelona en Comú (2015b): Estructura organizativa de Barcelona en Comú Fase D: postelecciones municipales. URL: [https://barcelonaencomu.cat/sites/default/files/document/doc\\_fase\\_d\\_cast.pdf](https://barcelonaencomu.cat/sites/default/files/document/doc_fase_d_cast.pdf) (aufgerufen am 01.04.2022).
- Barcelona en Comú (2015c): Organigrama. URL: <https://barcelonaencomu.cat/es/organigrama> (aufgerufen am 15.07.2022).
- Barcelona en Comú (2015d): Eje Gobernar obedeciendo. Código de ética política. URL: <https://barcelonaencomu.cat/sites/default/files/pdf/codi-etic-eng.pdf> (aufgerufen am 01.04.2022).
- Barcelona en Comú (2016): Las bases de BComú apoyan la propuesta de acuerdo de gobierno de izquierdas para Barcelona con PSC. URL: <https://barcelonaencomu.cat/es/prensa/las-bases-de-bcomu-apoyan-la-propuesta-de-acuerdo-de-gobierno-de-izquierdas-para-barcelona> (aufgerufen am 30.09.2021).
- Barcelona en Comú (2019): L'acord de govern entre Barcelona en Comú i PSC amb Ada Colau d'alcaldesa guanya la consulta amb un 71% dels vots. URL: <https://barcelonaencomu.cat/es/node/3668> (aufgerufen am 14.06.2022).
- Barcelona en Comú (2020): No, Ada Colau no s'ha comprat un cotxe oficial de 47.000 euros en plena crisi. URL: <https://barcelonaencomu.cat/es/node/4160> (aufgerufen am 15.07.2022).
- Barcelona en Comú (2021): No, Barcelona Energia no ven la llum més cara. URL: <https://barcelonaencomu.cat/ca/post/no-barcelona-energia-no-ven-la-llum-mes-cara> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Beck, M. und I. Stützle (2018): Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen. Berlin.

- Becker, L., M. Candeias, J. Niggemann und A. Steckner (2017): Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte. 4. Auflage. Hamburg.
- Becksteiner, M. (2011): Militant Research and Research Militancy. In: Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte (39). URL: [https://www.grundrisse.net/grundrisse39/militant\\_research.htm](https://www.grundrisse.net/grundrisse39/militant_research.htm) (aufgerufen am 01.04.2022).
- Beier, F. (2018): Soziale Reproduktion, doppelte Landnahme und internationale Politik. In: Beier, F., L.Y. Haller und L. Haneberg (Hrsg.): Materializing Feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität. Münster. S. 95-118.
- Beier, F., L.Y. Haller und L. Haneberg (2018): Materializing Feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität. Münster.
- Belina, B. (2010): Krise und gebaute Umwelt. Zum Begriff des „sekundären Kapitalkreislaufs“ und zur Zirkulation des fixen Kapitals. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung (83), S. 8-19.
- Belina, B. (2013): Staat und Raum im Anschluss an Marx – Positionen in Radical Geography und materialistischer Staatstheorie. In: Belina, B. (Hrsg.): Staat und Raum. Stuttgart, S. 161-186.
- Belina, B. (2017): Raum. Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus. 2. Auflage. Münster.
- Berardi, F. (1980): Anatomy of Autonomy. In: Semiotext(e) 3 (3), S. 148-171.
- Bernat, I. und D. Whyte (2019): Catalonia, postfascism, and popular sovereignty. In: Bernat, I. und D. Whyte (Hrsg.): Building a new Catalonia. Self-determination and emancipation. Barcelona, S. 23-70.
- Bernstein, H. (2021): Into the Field with Marx. Some Observations on Researching Class. In: Mezzadri, A. (Hrsg.): Marx in the Field. London/New York, S. 17-30.
- Bertran, L. (2019): El trabajo en red del nuevo municipalismo. In: Roth, L., A. Monterde und A. Calleja-López (Hrsg.): Ciudades democráticas. La revuelta municipalista en el ciclo post-15M. Barcelona, S. 271-292.
- Besussi, E. (2016): Extracting Value from the Public City. Urban Strategies and the State-market Mix in the Disposal of Municipal Assets. In: Schipper, S. und B. Schönig (Hrsg.): Urban Austerity. Impacts of the Global Financial Crisis on Cities in Europe. Berlin, S. 89-102.
- Bhattacharya, T. (2017): Introduction: Mapping Social Reproduction Theory. In: Bhattacharya, T. und L. Vogel (Hrsg.): Social Reproduction Theory. Remapping Class, Recentring Oppression. London, S. 1-21.
- Bianchi, I. (2018): In, against, beyond and through the state. Limits and possibilities of urban commons in Barcelona. Dissertation, Barcelona. DOI:10.13140/RG.2.2.16532.76169
- Bianchi, I. (2019): Urban alternatives, to what degree? Parallelisms between Commons and Municipalism. In: Spatial Justice and the Commons 6, S. 79-84.
- Bianchi, I. (2022): The commonification of the public under new municipalism. Commons-state institutions in Naples and Barcelona. In: Urban Studies (Online first),

DOI 10.1177/00420980221101460.

- Bigues, J. (2018): Una trentena d'organitzacions denuncien que la nova elèctrica de Barcelona no només distribueix energia verda. In: *Directa*, 09.07.2018. URL: <https://directa.cat/associacions-veinals-denuncien-que-la-nova-comercialitzadora-electrica-municipal-barcelona-energia-no-nomes-distribueix-energia-verda/> (aufgerufen am 01.08.2022).
- Blanco, I. (2015): Between democratic network governance and neoliberalism. A regime-theoretical analysis of collaboration in Barcelona. In: *Cities. The International Journal of Urban Policy and Planning* 44, S. 123-130.
- Blanco, I. und R. Gomà (2019): Nuevo municipalismo, movimientos urbanos e impactos políticos. In: *Desacatos* 61, S. 56-69.
- Blanco, I., Y. Salazar und I. Bianchi (2018): *El Diagnóstico del cambio en Barcelona. Contested Cities*. Madrid.
- Blanco, I., Y. Salazar und I. Bianchi (2020): Urban governance and political change under a radical left government. The case of Barcelona. In: *Journal of Urban Affairs* 42 (1), S. 18-38.
- Blanco-Romero, A., M. Blázquez-Salom und G. Cànoves (2018): Barcelona, Housing Rent Bubble in a Tourist City. Social Responses and Local Policies. In: *Sustainability* 10 (6), S. 1-18.
- Blyth, M. (2013): *Austerity. The History of a Dangerous Idea*. Oxford.
- Bologna, S. (2007): The Tribe of Moles. In: Lotringer, S., C. Marazzi, und H. El Kholti (Hrsg.): *Autonomia. Post-political politics*. 2. Auflage. Los Angeles, S. 36-61.
- Bologna, S. (2017): Der italienische Operaismus. Vortrag auf der Marx-Herbstschule vom 26. Oktober 2017. URL: [https://marx200.org/sites/default/files/sergio\\_bologna.pdf](https://marx200.org/sites/default/files/sergio_bologna.pdf) (aufgerufen am 01.04.2021).
- Bookchin, D. (2018): Libertarian Municipalism & Murray Bookchin's Legacy. In: *Green European Journal*. URL: <https://www.greeneuropeanjournal.eu/content/uploads/pdf/municipalism-murray-bookchins-legacy.pdf> (aufgerufen am 22.05.2022).
- Bookchin, D. und A. Colau (Hrsg.) (2019): *Fearless Cities. A Guide to the Global Municipalist Movement*. Oxford.
- Bookchin, D. und S. van Outryve (2019): The Confederation as the Commune of Communes. In: *RoarMag* 9. URL: <https://roarmag.org/magazine/confederation-commune-of-communes/> (aufgerufen am 24.06.2022).
- Bookchin, M. (1986): *Municipalization. Community Ownership of the Economy*. URL: <https://libcom.org/article/municipalization-community-ownership-economy> (aufgerufen am 26.06.2022).
- Bookchin, M. (1992): *Urbanization without Cities. The Rise and Decline of Citizenship*. Montréal/New York.
- Bookchin, M. (1999a): The New Municipal Agenda. In: Biehl, J. (Hrsg.): *The Murray Bookchin reader*. Montréal/New York/London, S. 136-152.
- Bookchin, M. (1999b): *Thoughts on Libertarian Municipalism*. In: *Institute for Social*

- Ecology. URL: <https://social-ecology.org/wp/1999/08/thoughts-on-libertarian-municipalism/> (aufgerufen am 01.08.2022).
- Bookchin, M. (2006): *Social Ecology and Communalism*. Oakland.
- Bookchin, M. (2015a [1991]): *Libertärer Munizipalismus. Eine Politik der direkten Demokratie*. In: Bookchin, M. (Hrsg.): *Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken*. Münster, S. 105-118.
- Bookchin, M. (2015b [1995]): *Städte: Die Entfaltung der Vernunft in der Geschichte*. In: Bookchin, M. (Hrsg.): *Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken*. Münster, S. 119-129.
- Botran, A. (2015): „A nadie se le pregunta el origen para sumarse al proyecto independentista“. URL: <https://kaosenlared.net/a-nadie-se-le-pregunta-el-origen-para-sumarse-al-proyecto-independentista/> (aufgerufen am 01.04.2022).
- Brand, U., C. Görg und M. Wissen (2007): *Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive*. In: PRO-KLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 37 (147), S. 217-234.
- Bria, F. (2018): *Wie Barcelona eine offene „Smart City“ im Dienste des Gemeinwohls plant*. In: *Netzpolitik.org*. URL: <https://netzpolitik.org/2018/freie-software-als-oeffentliches-gut-und-was-rathaeuser-dafuer-tun-koennen/> (aufgerufen am 22.05.2022).
- Brodie, J. (2004): *Die Re-Formierung des Geschlechterverhältnisses. Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen*. In: *Widerspruch* 46 (24), S. 19-32.
- Brown, W. (1992): *Finding the Man in the State*. In: *Feminist Studies* 18 (1), S. 7-34.
- Bruff, I. und S. Wöhl (2016): *Constitutionalizing Austerity, Disciplining the Household: Masculine Norms of Competitiveness and the Crisis of Social Reproduction in the Eurozone*. In: Hozic, A.A. und J. True (Hrsg.): *Scandalous Economics: Gender and the Politics of Financial Crises*. Oxford/New York, S. 92-108.
- Brunner, C., N. Kubaczek, K. Mulvaney und G. Raunig (Hrsg.) (2017): *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegung und die Regierung der Städte*. Wien.
- Bua, A. und S. Bussu (2021): *Between governance-driven democratisation and democracy-driven governance: Explaining changes in participatory governance in the case of Barcelona*. In: *European Journal of Political Research* 60 (3), S. 716-737.
- Buckel, S. (2017): *Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute*. In: Eberl, O. und D. Salomon (Hrsg.): *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*. Wiesbaden, S. 19-41.
- Butler, J. (2011): *Bodies in Alliance and the Politics of the Street*. URL: <https://transversal.at/transversal/1011/butler/en> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Calafat, X. und X. Granell (2020): *Pi i Margall y la tradición republicana democrática española*. In: *Sin permiso. República y socialismo, también para el siglo XXI*. URL: <https://www.sinpermiso.info/textos/pi-i-margall-y-la-tradicion-republicana-democratica-espanola> (aufgerufen am 16.05.2021).
- Calderón, J. (2021): *La muerte del hombre que iba a ser desahuciado en Sants aviva el*

- debate sobre la actuación de la Justicia. In: 20 Minutos, 15.06.2021. URL: <https://www.20minutos.es/noticia/4730887/0/caso-hombre-suicido-antes-ser-desahuciado-aviva-debate-sobre-actuacion-justicia/> (aufgerufen am 07.07.2022).
- Calle Collado, Á. und R. Vilaregut (2015): Territorios en democracia. El municipalismo a debate. Barcelona.
- Calleja-López, A. und J. Toret (2019): El ciclo 15M: Cinco años de democracia y tecnológica. In: Roth, L., A. Monterde und A. Calleja-López (Hrsg.): Ciudades democráticas. La revuelta municipalista en el ciclo post-15M. Barcelona, S. 83-110.
- Campillo Poza, I. (Hrsg.) (2018): Economic Boom, Recession and Recovery in Spain: the Permanent Care Crisis and Its Effects on Gender Equality: The Search for Feminist Alternatives. Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin.
- Can Batlló (2022): Can Batlló. URL: <https://canbatllo.org/can-batllo/> (aufgerufen am 24.01.2022).
- Cardona, E. (2021): „Desde que me desahuciaron tengo ansiedad y crisis nerviosas“. In: Ara, 13.01.2021. URL: [https://es.ara.cat/sociedad/desahucios-sants-barcelona-ansiedad-crisis-nerviosas-precariedad-vivienda-social\\_1\\_3030608.html](https://es.ara.cat/sociedad/desahucios-sants-barcelona-ansiedad-crisis-nerviosas-precariedad-vivienda-social_1_3030608.html) (aufgerufen am 07.07.2022).
- Castree, N. (2009): The Spatio-temporality of Capitalism. In: Time and Society 18 (1), S. 26-61.
- Charnock, G., H. March und R. Ribera-Fumaz (2021): From smart to rebel city? Worlding, provincialising and the Barcelona Model. In: Urban Studies 58 (3), S. 581-600.
- Charnock, G., T. Purcell und R. Ribera-Fumaz (2014): The Limits to Capital in Spain. Crisis and Revolt in the European South. London.
- Chatterjee, I. und W. Ahmed (2019): Dialectical materialism. Marx's method in human geography? In: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies 18 (2), S. 364-393.
- Christie, S. (2009): We, the anarchists! A study of the Iberian Anarchist Federation (FAI), 1927-1937. Edinburgh.
- Christmann, G. und N. Baur (2021): Fall, Kontext und Kultur in der Raumforschung. Eine begriffliche Abgrenzung. In: Heinrich, A.J., S. Marguin, A. Million und J. Stollmann (Hrsg.): Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. Bielefeld, S. 107-119.
- Clare, N. (2018): Composing the social factory: An autonomist urban geography of Buenos Aires. In: Environment and Planning D: Society and Space 37 (2), S. 255-275.
- Clark, J. und J. Newman (2012): The alchemy of austerity. In: Critical Social Policy 32 (3), S. 299-319.
- Cleaver, H. (2000): Reading Capital Politically. Edinburgh.
- Col·lectiu Punt 6 (2019): Urbanismo feminista. Por una transformación radical de los espacios de vida. Barcelona.
- Colau, A. (2015): Discurso de investidura de Ada Colau como alcaldesa, 2015. URL: <https://ajuntament.barcelona.cat/alcaldessa/es/conoce-mejor-la-alcaldesa/dis->

- cursos/discurso-de-investigación-de-ada-colau-como-alcaldesa (aufgerufen am 30.07.2022).
- Collins Dictionary (2022): Municipalism. URL: <https://www.collinsdictionary.com/de/worterbuch/englisch/municipalism> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Comisiones Obreras Catalunya (2016): Estudi sobre feminització de la pobresa. La invivibilitat de la pobresa femenina. Barcelona.
- Comunidad Autónoma de Cataluña (09.07.2015): Ley 12/2015, de 9 de julio, de cooperativas.
- Congrés d'Habitatge de Catalunya (2019): Un congrés per guanyar! Ponència final. Barcelona.
- Cooper, D. (2017a): Prefiguring the state. In: *Antipode. A Radical Journal of Geography* 49 (2), S. 335-356.
- Cooper, V. und K. Paton (2017): The new urban frontier of everyday evictions. Contemporary state practices of revanchism. In: Albet, A. und N. Benach (Hrsg.): *Gentrification as a Global Strategy. Neil Smith and Beyond*. London, S. 142-151.
- Cope, M. (2017): Transcripts. Coding and analysis. In: Richardson, D., N. Castree, M.F. Goodchild, A. Kobayashi, W. Liu und R.A. Marston (Hrsg.): *International Encyclopedia of Geography. People, the Earth, Environment and Technology*. Malden, S. 350-354.
- Corriere della Sera Dizionario (2022): Municipalismo. URL: [https://dizionario.corriere.it/dizionario\\_italiano/M/municipalismo.shtml](https://dizionario.corriere.it/dizionario_italiano/M/municipalismo.shtml) (aufgerufen am 22.07.2022).
- Corrons, A. (2021): Envellir amb companyia de gent coneguda i sense ser una càrrega per a ningú – Entrevista a Can 70. *La Realitat*, 06.05.2021. URL: <https://www.realitat.cat/2021/05/envellir-amb-companyia-de-gent-coneguda-i-sense-ser-una-carrega-per-a-ningu-entrevista-a-can-70/> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Cortina-Oriol, M. und G. Ubasart-González (o.J.): *Municipalismo alternativo y popular, hacia una definición del concepto*. Barcelona.
- Cugat, R. (2021): Colau exige a los jueces revisar „criterios“ tras el suicidio del hombre al que iban a desahuciar. In: *El Periódico*, 15.06.2021. URL: <https://www.elperiodico.com/es/barcelona/20210615/colau-suicidio-desahucio-barcelona-sants-11824263> (aufgerufen am 12.06.2022).
- Cumbers, A. und S. Becker (2018): Making sense of remunicipalisation. Theoretical reflections on and political possibilities from Germany's Rekommunalisierung process. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11 (3), S. 503-517.
- Cúneo, M. (2021): La regulación de los alquileres vuelve a chocar con el lobby inmobiliario en el Gobierno. In: *El Salto*, 23.02.2021. URL: <https://www.elsaltodiario.com/especulacion-urbanistica/psoe-sindicato-inquilinos-presion-ley-de-vivienda-abalos-regulacion-alquileres-choca-lobby-inmobiliario-gobierno> (aufgerufen am 24.04.2022).
- CUP Capgirem Barcelona (2017): Mites sobre el turisme. URL: <http://turisme.capgirembarcelona.cat/> (aufgerufen am 20.05.2022).

- CUP Països Catalans (o.J.): Història i naixement de la CUP. URL: <http://cup.cat/historia> (aufgerufen am 01.08.2022).
- CUP Països Catalans (2018a): Pack de benvinguda. URL: <https://instruimnos.cup.cat/descarregues/CUP-pack-benvinguda-20180705.pdf> (aufgerufen am 22.05.2022).
- CUP Països Catalans (2018b): Ponència estratègica. Asaembla nacional 13 Maig 2018. URL: [http://cup.cat/sites/default/files/ponencia\\_an\\_2018\\_cup.pdf](http://cup.cat/sites/default/files/ponencia_an_2018_cup.pdf) (aufgerufen am 22.05.2022).
- CUP Països Catalans (2019a): Agenda municipalista 2019-2023. URL: <https://documenta.cup.cat/programa/> (aufgerufen am 14.05.2022).
- CUP Països Catalans (2019b): Protocol per la prevenció i abordatge de les violències masclistes a la CUP. URL: <https://feminisme.cup.cat/protocol-de-violencias-masclistes/> (aufgerufen am 14.05.2022).
- CUP Països Catalans (2022): Horitzó feminista. URL: <https://feminisme.cup.cat/> (aufgerufen am 08.07.2022).
- Curcio, A. (2020): Marxist Feminism of Rupture. In: Viewpoint Magazin. URL: <https://www.viewpointmag.com/2020/01/14/marxist-feminism-of-rupture/> (aufgerufen am 12.04.2021).
- Dahlerup, D. (2018): Confusing concepts – confusing reality. A theoretical discussion of the patriarchal state. In: Sassoon, A. S. (Hrsg.): Women and the State. The Shifting Boundaries of Public and Private. London, S. 93-127.
- Dalla Costa, M. (2019a): On the General Strike. In: Dalla Costa, M. (Hrsg.): Women and the Subversion of the Community. A Mariarosa Dalla Costa reader. Oakland, S. 51-54.
- Dalla Costa, M. (2019b): The Door to the garden. In: Dalla Costa, M. (Hrsg.): Women and the Subversion of the Community. A Mariarosa Dalla Costa reader. Oakland, S. 229-247.
- Dalla Costa, M. und S. James (2019): Women and the Subversion of the Community. In: Dalla Costa, M. (Hrsg.): Women and the Subversion of the Community. A Mariarosa Dalla Costa reader. Oakland, S. 17-50.
- Davies, J. (2021): Between Realism and Revolt. Governing Cities in the Crisis of Neoliberal Globalism. Bristol.
- Davies, J. und I. Blanco (2017): Austerity urbanism. Patterns of neo-liberalisation and resistance in six cities of Spain and the UK. In: Environment and Planning A: Economy and Space 49 (7), S. 1517-1536.
- Decidim (2018): Decidim. A brief overview. URL: <https://docs.decidim.org/en/whitepaper/decidim-a-brief-overview> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Decidim (2022): Processos participatius. URL: [decidim.barcelona/processes](https://decidim.barcelona/processes) (aufgerufen am 25.07.2022).
- Degen, M. und M. García (2012): The Transformation of the ‘Barcelona Model’: An Analysis of Culture, Urban Regeneration and Governance In: International Journal of Urban and Regional Research 36 (5), S. 1022-1038.

- Delclós, C. und L. Oikonomakis (2017): RoarMag Special Issue: The City Rises. In: RoarMag. URL: <https://roarmag.org/issues/the-city-rises/> (aufgerufen am 27.07.2022).
- Delgado, M. (2017): La ciudad mentirosa. Fraude y miseria del modelo Barcelona. Madrid.
- Demirović, A. (2017): Kapitalistischer Staat, Hegemonie und demokratische Transformation zum Sozialismus. In: Boos, T., H. Lichtenberger und A. Puller (Hrsg.): Mit Poulantzas arbeiten ... um aktuelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu verstehen. Hamburg, S. 51-76.
- Demirović, A. (2021): tl;dr #8: Nicos Poulantzas – Staatstheorie. Audio-Podcast. URL: <https://www.rosalux.de/theoriepodcast> (aufgerufen am 22.08.2022).
- Desmond, M. und R.T. Kimbro (2015): Eviction's fallout: Housing, hardship, and health. In: Social Forces 94 (1), S. 295-324.
- Di Felicianantonio, C. und M.B. Aalbers (2018): The Prehistories of Neoliberal Housing Policies in Italy and Spain and Their Reification in Times of Crisis. In: Housing Policy Debate 28, S. 135-151.
- Díaz-Montiel, A. (2018): La Candidatura de Unidad Popular (CUP): Origen, estructura y modelo originario. In: Política y Gobernanza. Revista de Investigaciones y Análisis Político 2, S. 101-127.
- Die Feministische Autorinnengruppe (2013): Das Theorem der Neuen Landnahme: Eine feministische Rückeroberung. In: Baumann, H., I. Bischel, M. Gemperle, U. Knobloch, B. Ringger und H. Schatz (Hrsg.): Jahrbuch 2013: Care statt Crash. Sorgeökonomie und die Überwindung des Kapitalismus. Zürich, S. 99-118.
- Donald, B., A. Glasmeier, M. Gray und L. Lobao (2014): Austerity in the city: Economic crisis and urban service decline? In: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 7 (1), S. 3-15.
- Donati, P. und M. Scotford Archer (Hrsg.) (2015): The Relational Subject. Cambridge.
- Dücker, J. und K. Hajek (2018): ‚Intime Verhältnisse‘. Eine gesellschaftstheoretische Erweiterung der Debatte um soziale Reproduktion. In: Scheele, A. und S. Wöhl (Hrsg.): Feminismus und Marxismus. Weinheim, S. 218-231.
- Dücker, J. und K. Hajek (2019a): Editorial: Krisen der Reproduktion. „A woman's work is never done“ – Soziale Reproduktion in der Debatte. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 49 (197), S. 500-514.
- Dücker, J. und K. Hajek (2019b): Über die Kapitallogik hinaus – feministische Klassenpolitiken denken. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 49 (197), S. 591-595.
- Duden (2022): Kommunalismus. URL: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Kommunalismus> (aufgerufen am 08.07.2022).
- Dutchak, O. (2018): Crisis, War and Austerity: Devaluation of Female Labor and Retreating of the State. Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin.
- Ealham, C. (2010): Anarchism and the City. Revolution and Counter-Revolution in Barcelona, 1898-1937. Edinburgh.



- Eckhardt, F. (2018): Austerity Urbanism. In: Rink, D. und A. Haase (Hrsg.): Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart, S. 23-42.
- Eizaguirre Anglada, S., M. Pradel und S. García (2017): Citizenship practices and democratic governance. 'Barcelona en Comú' as an urban citizenship confluence promoting a renewed policy agenda. In: Citizenship Studies 21 (4), S. 425-439.
- Engels, F. (1962 [1884]): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: Marx-Engels-Werke 21. Berlin, S. 25-173.
- Ezquerro, S. und C. Keller (2022): Für eine Demokratisierung der Sorgearbeit. Erfahrungen mit feministischen Care-Politiken auf kommunaler Ebene in Barcelona, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.
- Ezquerro, S. und E. Mansilla (2018): Economía de los cuidados y política municipal. Hacia una democratización de los cuidados en la ciudad de Barcelona. Barcelona.
- Faus, P. (2017): Dos anys després. URL: [https://www.youtube.com/watch?v=\\_D3y-JYS460](https://www.youtube.com/watch?v=_D3y-JYS460) (aufgerufen am 22.07.2022).
- Federació d'Associacions de Veïns de Barcelona (2021): Història de la Favb. URL: <https://www.favb.cat/hist%C3%B2ria-de-la-favb> (aufgerufen am 22.04.2022).
- Federici, S. (1975): Wages against housework. Bristol.
- Federici, S. (2015): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. 2. Auflage. Münster.
- Federici, S. (2019): Hexenjagd. Die Angst vor der Macht der Frauen. Münster.
- Federici, S. und N. Cox (2015): Counter-planning from the kitchen. In: Federici, S. (Hrsg.): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. 2. Auflage. Münster, S. 106-127.
- Ferguson, S. und D. McNally (2019): Kapital, Arbeitskraft und Geschlechterverhältnisse. Einführung in die Historical Materialism-Ausgabe von Marxismus und Frauenunterdrückung. In: Vogel, L. (Hrsg.): Marxismus und Frauenunterdrückung. Auf dem Weg zu einer umfassenden Theorie. Münster, S. 274-307.
- Fernández, A. und I. Miró (2016): La economía social y solidaria en Barcelona. Barcelona.
- Fernández, D. und J. de Jòdar (2016): CUP. Viaje a las raíces y razones de las Candidaturas de Unidad Popular. Madrid.
- Ferreri, M. (2021): Politicising vacancy and commoning housing in municipalist Barcelona. In: O'Callaghan, C. und C. Di Feliciano (Hrsg.): The New Urban Ruins. Vacancy, Urban Politics and International Experiments in the Post-Crisis City. Bristol, S. 181-196.
- Fischer, A. (2008): Von gesellschaftlicher Arbeitsteilung über Geschlecht zum Staat. Eine geschlechtertheoretische Auseinandersetzung mit dem Staat bei Nicos Poulantzas. In: Wissel, J. und S. Wöhl (Hrsg.): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen. Analyse und Kritik. Münster, S. 50-69.
- Flach, A., E. Ayboğa und M. Knapp (2016): Revolution in Rojava. Frauenbefreiung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo. 3. Auflage. Hamburg.

- Flanders, L. (2017): After Death of Radical Mayor, Mississippi's Capital Wrestles With His Economic Vision. In: Akuno, K. und A. Nangwaya (Hrsg.): *Jackson Rising. The Struggle for Economic Democracy and Black Self-Determination in Jackson, Mississippi*. Montreal, S. 207-216.
- Flesher Fominaya, C. (2017): European anti-austerity and pro-democracy protests in the wake of the global financial crisis. In: *Social Movement Studies* 16 (1), S. 1-20.
- Flesher Fominaya, C. (2020): *Democracy Reloaded. Inside Spain's Political Laboratory from 15-M to Podemos*. New York.
- Font, M. (2020): Els negocis de Florentino Pérez amb la Generalitat i l'Ajuntament, al descobert. In: *Crític*, 26.01.2020. URL: <https://www.elcritic.cat/investigacio/els-negocis-de-florentino-perez-amb-la-generalitat-i-ajuntament-al-descobert-47629> (aufgerufen am 22.04.2022).
- Forné, L. (2020): Public-Community Municipalism in Defence of the Commons. URL: <https://corpwatchers.eu/en/investigations/cities-versus-multinationals/public-community-municipalism-in-defence-of-the-commons?lang=en> (aufgerufen am 25.08.2021).
- Fotocasa (2021): La rentabilidad de la vivienda en España se sitúa en un 6,8% en 2020. URL: <https://www.fotocasa.es/fotocasa-life/compraventa/la-rentabilidad-de-la-vivienda-en-espana/> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Fraser, N. (2017a): Crisis of care? On the social-reproductive contradictions on contemporary capitalism. In: Bhattacharya, T. und L. Vogel (Hrsg.): *Social Reproduction Theory. Remapping Class, Recentring Oppression*. London, S. 21-36.
- Fraser, N. (2017b): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62 (2), S. 71-76.
- Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft (2016): Abseits des Spülbeckens: Fragmentarisches über Geschlechter und Kapital. URL: <https://kosmoprolet.org/de/abseits-des-spuelbeckens-fragmentarisches-ueber-geschlechter-und-kapital> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Fuller, C. (2017): City government in an age of austerity. Discursive institutions and critique. In: *Environment and Planning A. Economy and Space* 49 (4), S. 745-766.
- Füllner, J. (2018): Aktivistische Stadtforschung. In: Belina, B., M. Naumann und A. Strüver (Hrsg.): *Handbuch kritische Stadtgeographie*. 3. Auflage. Münster, S. 86-91.
- Gabriel Sirvent, P. (2001): Republicanos y federalismos en la España del siglo XIX. El federalismo catalán. In: *Historia y política: Ideas, procesos y movimientos sociales* 6, S. 31-56.
- Gabriel Sirvent, P. (2004): Pi y Margall y el federalismo popular y democrático. El mármol del pueblo. In: *Historia Social* 48, S. 49-68.
- Galcerán Huguet, M. und P. Carmona Pascual (2017): Die Zukünfte des Munizipalismus. Feminisierung der Politik und demokratische Radikalisierung. In: Brunner, C., N. Kubaczek, K. Mulvaney und G. Raunig (Hrsg.): *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegung und die Regierung der Städte*. Wien, S. 105-111.

- Garcés, M. (2018): Ciudad Princesa. Barcelona.
- Garcés-Mascareñas, B. und D. Gebhardt (2020): Barcelona. Municipalist policy entrepreneurship in a centralist refugee reception system. In: *Comparative Migration Studies* 8 (1), S. 1-15.
- García, G. (2020): Bancs, Sareb i fons d'inversió acaparen milers de pisos buits. In: *Directa*, 29.09.2020. URL: <https://directa.cat/bancs-sareb-i-fons-dinversio-acaparen-milers-de-pisos-buits/> (aufgerufen am 16.06.2022).
- García, G. (2021): Más de 206.000 euros en sanciones per llei mordassa per intentar aturar desnonaments. In: *Directa*, 13.10.2021. URL: <https://directa.cat/mes-de-206-000-euros-en-sancions-per-llei-mordassa-per-intentar-aturar-desnonaments/> (aufgerufen am 07.07.2022).
- García, M. (2010): The Breakdown of the Spanish Urban Growth Model. Social and Territorial Effects of the Global Crisis. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 34 (4), S. 967-980.
- García, M. (2017): State-led real-estate boosterism and the breakdown of the Spanish urban model. In: Pinson, G. und C. Morel (Hrsg.): *Debating the Neoliberal City*. London, S. 174-197.
- García-Lamarca, M. (2020): Real estate crisis resolution regimes and residential REITs. Emerging socio-spatial impacts in Barcelona. In: *Housing Studies* 36 (9), S. 1407-1426.
- Genetti, E. (2002): Staat, Kapital und Geschlecht. Eine Bestandsaufnahme feministischer Kritik. In: *Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte* (4), S. 6-13.
- Genetti, E. (2015): Geschlechterverhältnisse im bürgerlichen Staat. Feministische Denkarten materialistischer Staatstheorien. In: Hirsch, J., J. Kannankulam und J. Wisel (Hrsg.): *Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx*. 2. Auflage. Baden-Baden, S. 135-154.
- Genz, C. (2020): Stadt ethnographisch erforschen. Potenziale reflexiver Positionalität. In: *sub'urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8 (3), S. 11-30.
- Gerstenberger, H. (2007): Fixierung und Entgrenzung. Theoretische Annäherungen an die politische Form des Kapitalismus. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 37 (147), S. 173-197.
- Gibson-Graham, J.K. (2006): *The End of Capitalism (As We Knew It). A Feminist Critique of Political Economy*. Minneapolis.
- Gillespie, R. (2020): *Barcelona, the Left and the Independence Movement in Catalonia*. London/New York.
- Giménez Azagra, F. (2019): *Movimientos sociales y construcción de subjetividades. Los casos de la PAH y de la CUP*. Madrid.
- Gomes de Matos, C. und D. Mullis (2018): Protest. Bewegungs- und Gesellschaftsforschung aus kritisch-materialistischer Perspektive. In: Vogelpohl, A., B. Michel, H. Lebuhn, J. Hoerining und B. Belina (Hrsg.): *Raumproduktionen II: Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen*. Münster, S. 100-119.

- Gómez Müller, A., S. Pagès Serarols und P. Medina (2019): Hacer política desde abajo: El municipalismo de la CUP en los Países Catalanes. *Palabras al Margen*. URL: <http://palabrasalmargen.com/articulos-recientes/hacer-politica-desde-abajo-el-municipalismo-de-la-cup-en-los-paises-catalanes/> (aufgerufen am 24.05.2022).
- González, G. (2017): Arran cambia el bus turístico por las bicicletas. In: *elmundo.es*, 01.08.2017. URL: <https://www.elmundo.es/cataluna/2017/08/01/59803ed9268e3e37118b463f.html> (aufgerufen am 20.05.2022).
- Gottdiener, M. (1994): *The Social Production of Urban Space*. 2. Auflage. Austin.
- Grams, F. (2014): *Die Pariser Kommune*. Köln.
- Gramsci, A. (1996): *Gefängnishefte*. Bd. 7 (Hefte 12-15). Hamburg.
- Gran enciclopèdia catalana (o.J.): Sants. URL: <https://www.enciclopedia.cat/ec-gec-0060680.xml> (aufgerufen am 01.06.2022).
- Gray, N. (2018a): Beyond the Right to the City. Territorial Autogestion and the Take over the City Movement in 1970s Italy. In: *Antipode. A Radical Journal of Geography* 50 (2), S. 319-339.
- Gray, N. (2018b): Spatial Composition and the Urbanization of Capital. The 1915 Glasgow Rent Strikes and the Housing Question Reconsidered. In: Gray, N. (Hrsg.): *Rent and Its Discontents. A Century of Housing Struggle*. London/New York, S. 49-67.
- Gregory, D. (2006): Introduction: Troubling geographies. In: Castree, N. und D. Gregory (Hrsg.): *David Harvey. A Critical Reader*. Malden, S. 1-25.
- Grup d'Habitatge de Sants (2017): *Grup d'Habitatge de Sants*. Flugblatt. Barcelona
- Grup d'Habitatge de Sants (2021a): *Barri organitzat, barri cuidat*. Flugblatt. Barcelona.
- Grup d'Habitatge de Sants (2021b): *Estem a Can Batlló celebrant el seu desè aniversari, i lluitarem per molts més construint comunitat i generant espais autogestionats al barri*. URL: <https://twitter.com/HabitatgeSants/status/1404098700717211648> (aufgerufen am 07.07.2022).
- Guanyem Barcelona (2014): *Manifesto*. URL: <https://barcelonaencomu.cat/es/manifesto-guanyem-barcelona> (aufgerufen am 01.04.2022).
- Guner, N., E. Kaya und V. Sánchez-Marcos (2014): Gender gaps in Spain. Policies and outcomes over the last three decades. In: *Series* 5 (1), 61-103.
- Guzmán, J. (2021): La patronal inmobiliaria: El lobby contra la regulación de los alquileres. In: *ctxt. contexto y acción*, 12.07.2021. URL: <https://ctxt.es/es/20210701/Firmas/36606/patronal-inmobiliaria-alquileres-socimis-fernando-encinar.htm> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Hadjimichalis, C. (2019): Geographies of the State. Nicos Poulantzas and Contemporary Approaches to State/Space. In: Ducange, J.-N. und R. Keucheyan (Hrsg.): *The End of the Democratic State. Nicos Poulantzas, a Marxism for the 21st Century*. Cham, S. 135-144.
- Halder, S. und P. Schweizer (2020): Von Aktivismus, Geographien und dem Dazwischen – Überlegungen anhand der Praxis von Kollektiv Orangotango. In: *Standort* 44 (4),

- S. 255-261.
- Hall, S. (2017): *Coming Full Circle. The Intersection of Gender Justice and the Solidarity Economy*. In: Akuno, K. und A. Nangwaya (Hrsg.): *Jackson Rising. The Struggle for Economic Democracy and Black Self-Determination in Jackson, Mississippi*. Montreal, S. 197-204.
- Haller, L. Y. (2018): *Kapital – Staat – Geschlecht. Eine theoretische Analyse der Vermittlungszusammenhänge*. In: Beier, F., L.Y. Haller und L. Haneberg (Hrsg.): *Materializing feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität*. Münster, S. 69-94.
- Halvorsen, S. (2015): *Militant research against-and-beyond itself. Critical perspectives from the university and Occupy London*. In: *Area* 47 (4), S. 466-472.
- Hambi bleibt (2021): *Im besten Fall belanglos: Gedanken zu Forschung über Aktivismus*. URL: <https://www.anarchistischefoderation.de/im-besten-fall-belanglos-gedanken-zu-forschung-ueber-aktivismus/> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Hanieh, A. (2021): *Thinking about Capital and Class in the Gulf Arab States*. In: Mezzadri, A. (Hrsg.): *Marx in the Field*. London/New York, S. 77-90.
- Haraway, D. und D. Harvey (1995): *Nature, politics, and possibilities. A debate and discussion with David Harvey and Donna Haraway*. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 13 (5), S. 507-527.
- Hartmann, H. (1979): *The unhappy marriage of Marxism and feminism. Towards a more progressive union*. In: *Capital & Class* 3 (2), S. 1-33.
- Hartsock, N. (2006): *Globalization and Primitive Accumulation: The Contributions of David Harvey's Dialectical Marxism*. In: Castree, N. und D. Gregory (Hrsg.): *David Harvey. A Critical Reader*. Malden, S. 167-191.
- Harvey, D. (1979): *On Planning the Ideology of Planning*. In: Burchell, R.W., Sternlieb, G. und R.A. Beauregard (Hrsg.): *Planning Theory in the 1980s. A search for future directions*. 3. Auflage. New Brunswick, S. 213-233.
- Harvey, D. (1985): *Consciousness and the Urban Experience*. Oxford.
- Harvey, D. (1988): *Social Justice and the city*. Oxford.
- Harvey, D. (1989): *The Urban Experience*. Oxford.
- Harvey, D. (2001): *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*. New York.
- Harvey, D. (2003a): *Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung*. Hamburg.
- Harvey, D. (2003b): *Paris, Capital of Modernity*. New York.
- Harvey, D. (2003c): *The Condition of Postmodernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change*. Cambridge.
- Harvey, D. (2003d): *The New Imperialism*. Oxford.
- Harvey, D. (2006 [1982]): *The Limits to Capital*. London.
- Harvey, D. (2007a): *Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung*. Hamburg.
- Harvey, D. (2007b [1990]): *Zwischen Raum und Zeit: Reflektionen zur geographischen*

- Imagination. In: Belina, B. und B. Michel (Hrsg.): Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster, S. 36-60.
- Harvey, D. (2010 [1996]): Justice, Nature & the Geography of Difference. Cambridge.
- Harvey, D. (2011): Roepke Lecture in Economic Geography. Crises, Geographic Disruptions and the Uneven Development of Political Responses. In: Economic Geography 87 (1), S. 1-22.
- Harvey, D. (2012): Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution. London.
- Harvey, D. (2015): Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus. Berlin.
- Hayden, D. (2017): Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen? Überlegungen zum Wohnen, zur städtischen Umwelt und zur menschlichen Arbeit. In: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 5 (3), S. 69-86.
- Hayes, G. (2016): Regimes of austerity. In: Social Movement Studies 16 (1), S. 21-35.
- Heeg, S. und M. Rosol (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 37 (4), S. 491-510.
- Hirsch, J. (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg.
- Hirsch, J. (2013): Radikaler Reformismus. Zur Rolle des Staates in gesellschaftlichen Emanzipationsprozessen. In: Zelik, R. und A. Tauss (Hrsg.): Andere mögliche Welten? Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen: Eine lateinamerikanisch-europäische Debatte. Hamburg, S. 95-107.
- hooks, b. (1990): Homeplace (a site of resistance). In: hooks, b. (Hrsg.): Yearning. Race, gender, and cultural politics. Boston, S. 41-50.
- Hopkins, C.T. (2017): Mostly Work, Little Play. Social Reproduction, Migration, and Paid Domestic Work in Montreal. In: Bhattacharya, T. und L. Vogel (Hrsg.): Social Reproduction Theory. Remapping Class, Recentring Oppression. London, S. 131-147.
- Huke, N. (2016): Krisenproteste in Spanien. Zwischen Selbstorganisation und Überfall auf die Institutionen. Münster.
- Huke, N. und S. Wöhl (2018): Feminisierung der Politik. Soziale Bewegungen gegen Austeritätspolitik in Spanien als Katalysator der politischen Partizipation von Frauen. In: Momentum Quarterly. Zeitschrift für Sozialen Fortschritt. 7 (1), S. 29-41.
- Iglesias, M. (2017): Daniel Leyva: „Nosaltres farem el que més ens convingui, com qualsevol propietari del món“. In: Masala (74). URL: <https://masala.cat/daniel-leyva-nosaltres-farem-el-que-mes-ens-convingui-com-qualsevol-propietari-del-mon/> (aufgerufen am 01.07.2022).
- Iglesias-Onofrio, M., D. Rodrigo-Cano und L. Benítez-Eyzaguirre (2018): Marea Verde y Marea Blanca: Nuevas formas de comunicación y acción colectiva. In: Revista Científica de Información y Comunicación 15, S. 193-221.
- Impuls. Coerpatiu de Sants (2022): Mapa de cooperatives del barri. URL: <https://sants.>

- coop/mapa/ (aufgerufen am 08.07.2022).
- Institut Cerdà (2017): *La ocupación ilegal: Realidad social, urbana y económica...un problema que necesita solución*. Barcelona.
- Instituto de Estadística de Cataluña (2022): Tasa de paro. Por sexo. Provincias. URL: <https://www.idescat.cat/pub/?id=aec&n=318&lang=es> (aufgerufen am 08.07.2022).
- International Co-operative Alliance (o.J.): What is a cooperative? URL: <https://www.ica.coop/en/cooperatives/what-is-a-cooperative> (aufgerufen am 09.04.2022).
- Islar, M. und E. Irgil (2018): Grassroots practices of citizenship and politicization in the urban. The case of right to the city initiatives in Barcelona. In: *Citizenship Studies* 22 (5), S. 491-506.
- Janoschka, M., G. Alexandri, H. Orozco Ramos und S. Vives-Miró (2020): Tracing the socio-spatial logics of transnational landlords' real estate investment. *Blackstone in Madrid*. In: *European Urban and Regional Studies* 27 (2), S. 125-141.
- Janoschka, M. und F. Mota (2021): An analysis of governance change, stability and path dependence in Madrid (2015-2019). In: *Urban Studies* 58 (13), S. 2814-2830.
- Jefatura del Estado (28.10.2009): Ley 11/2009, de 26 de octubre, por la que se regulan las Sociedades Anónimas Cotizadas de Inversión en el Mercado Inmobiliario. URL: <https://www.boe.es/buscar/act.php?id=BOE-A-2009-17000> (aufgerufen am 04.06.2022).
- Jefatura del Estado (06.06.2013): Ley 4/2013, de 4 de junio, de medidas de flexibilización y fomento del mercado de alquiler. URL: <https://www.boe.es/buscar/act.php?id=BOE-A-2013-5941> (aufgerufen am 01.04.2022).
- Jessop, B. (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*. University Park.
- Jessop, B. (1999): The Strategic Selectivity of the State. Reflections on a Theme of Poulantzas. In: *Journal of the Hellenic Diaspora* 25 (1-2), S. 41-77.
- Jessop, B. (2006): Spatial Fixes, Temporal Fixes and Spatio-Temporal Fixes. In: Castree, N. und D. Gregory (Hrsg.): *David Harvey. A Critical Reader*. Malden, S. 142-166.
- Jessop, B. (2008): *State Power. A Strategic-Relational Approach*. Cambridge.
- Jessop, B. (2016): The heartlands of neoliberalism and the rise of the austerity state. In: Springer, S., K. Birch und J. MacLeavy (Hrsg.): *The Handbook of Neoliberalism*. Abingdon/New York, S. 410-421.
- Jesus Calvo, M. und C. Mora (2017): Gender Wage Gap in Barcelona. In: *Barcelona Societat. Journal on social knowledge and analysis* (21), S. 1-14.
- Jones, M. (2019): *Cities and Regions in Crisis. The Political Economy of Sub-National Economic Development*. Cheltenham.
- Jones, M. und K. Ward (2004): Capitalist Development and Crisis Theory: Towards a "Fourth Cut". In: *Antipode. A Radical Journal of Geography* 36 (3), S. 497-511.
- Jordan, D.P. (1996): *Transforming Paris. The Life and Labors of Baron Haussmann*. Chicago.
- Josep, G. d. (2017): *La CUP. El poder de ser antisistema*. Barcelona.
- Jurado, F. (2018): *La CUP y el agua de Barcelona. ¿Cómo es posible que un partido*

- que defiende el derecho a decidir se oponga a la realización de cualquier consulta? In: *ctxt. contexto y acción*, 18.04.2018. URL: <https://ctxt.es/es/20180418/Firmas/19053/agbar-cup-en-comu-remunicipalizacion-agua-democracia-participativa-francisco-jurado.htm> (aufgerufen am 23.04.2022).
- Kannankulam, J. (2019): Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Zur Aktualität des Autoritären Etatismus im Kontext der Finanz- und „Eurokrise“. In: Keil, D. und J. Wissel (Hrsg.): *Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union*. Baden-Baden, S. 83-96.
- Katz, C. (2001): Vagabond Capitalism and the Necessity of Social Reproduction. *A Radical Journal of Geography* 33 (4), S. 709-728.
- Katz, C. (2006): Messing with 'the project'. In: Castree, N. und D. Gregory (Hrsg.): *David Harvey. A Critical Reader*. Malden, S. 234-246.
- Katznelson, I. (1992): *Marxism and the City*. Oxford.
- Kaufer, R. und P. Lein (2018): Widerstand im Hambacher Forst. Analyse einer anarchistischen Waldbesetzung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31 (4).
- Kelle, U. und S. Kluge (2010): *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. 2. Auflage, Wiesbaden.
- Kelly-Gadol, J. (1976): The Social Relation of the Sexes. Methodological Implications of Women's History. In: *Signs* 1 (4), S. 809-823.
- Kemper, J. und A. Mösgen (2017): Die ungleiche Geographie des Elterngelds. Zur familienpolitischen Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheit. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 5 (3), S. 43-68.
- Khosla, P. (2005): Privatization, Segregation and Dispossession in Western Urban Space. An Antiracist, Marxist-Feminist Reading of David Harvey. Ontario.
- Kim, Y. und M. Warner (2021): Pragmatic municipalism or austerity urbanism? Understanding local government responses to fiscal stress. In: *Local Government Studies* 47 (2), S. 234-252.
- Kipka, R. (2019): Der Staat mischt mit: Reproduktion, Krise und Widerstand. In: Kipka, R. und V. Streichhahn (Hrsg.): *Kapital gegen Leben. Beiträge zur Theorie der Sozialen Reproduktion im Kapitalismus*. Berlin, S. 42-76.
- Kipka, R. und V. Streichhahn (2019): Kapital gegen Leben. Plädoyer für einen politikökonomischen Reproduktionsbegriff. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 49 (197), S. 585-590.
- Klatzer, E. und C. Schlager (2019): HERRschaft herstellen: Die geschlechterpolitischen Kosten des Umbaus der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU als Kern eines maskulin-autoritären Herrschaftsprojektes. In: Keil, D. und J. Wissel (Hrsg.): *Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union*. Baden-Baden, S. 97-116.
- Kleff, A und C. Ochoa (2020): Supperblocks und taktischer Urbanismus in Barcelona. In: *Común – Magazin für stadtpolitischen Interventionen* (4), S. 40-42.
- Koppetsch, C. und S. Speck (Hrsg.) (2015): *Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist. Ge-*



- schlechterkonflikte in Krisenzeiten. Berlin.
- Kosyfologou, A. (2018): *Gendered Aspects of the Austerity Regime in Greece 2010-2017*. Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin.
- Kreisky, E. (1995): *Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung*. In: Kreisky, E. und B. Sauer (Hrsg.): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*. Frankfurt am Main, S. 203-222.
- Kubaczek, N. und G. Raunig (2017): *Die politische Neuerfindung der Stadt. Eine Einführung zu den aktuellen munizipalistischen Bewegungen in Spanien*. In: Brunner, C., N. Kubaczek, K. Mulvaney und G. Raunig (Hrsg.): *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegung und die Regierung der Städte*. Wien, S. 7-28.
- Kuckartz, U. (2018): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*, 4. Auflage, Weinheim/Basel.
- Kuge, J., M. Naumann, H. Nuissl und S. Schipper (2020): *Angewandte und Kritische Geographie. Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Perspektiven?* In: *Standort 44*, S. 219-225.
- Kuhn, A. (2014): *Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt. Besetzungsbewegungen und Stadterneuerung in Berlin und Barcelona*. Münster.
- La Borda (o.J.): *Cesión de uso*. URL: <http://www.laborda.coop/es/proyecto/cesion-de-uso/> (aufgerufen am 08.07.2022).
- La Comunal (2022): *Qui Som*. URL: <https://lacomunal.coop/la-comunal-sants/> (aufgerufen am 08.07.2022).
- La Hidra Cooperativa (2019): *Bienes comunes y municipalismo. Pasado y presente de una conquista popular*. In: Roth, L., A. Monterde und A. Calleja-López (Hrsg.): *Ciudades democráticas. La revuelta municipalista en el ciclo post-15M*. Barcelona, S. 141-168.
- Lamnek, S. (2010): *Qualitative Sozialforschung*. 5. Auflage. Weinheim.
- Larousse (2022): *Municipalisme*. URL: <https://www.larousse.fr/dictionnaires/francais/municipalisme/53271> (aufgerufen am 22.04.2022).
- Laslett, B. und J. Brenner (1989): *Gender and Social Reproduction. Historical Perspectives*. In: *Annual Review of Sociology* 15, S. 381-404.
- Lebuhn, H., A. Holm, S. Junker und K. Neitzel (2017): *Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten*. Hans Böckler Stiftung, Berlin/Düsseldorf.
- Le Goff, J. (1980): *Time, Work, & Culture in the Middle Ages*. Chicago/London.
- Lefebvre, H. (1991 [1974]): *The Production of Space*. Oxford.
- Lefebvre, H. (2009 [1978]): *Space and the State*. In: Brenner, N. und S. Elden (Hrsg.): *State, Space, World. Selected essays*. Minneapolis, S. 223-253.
- Lexico (2022): *Municipalism*. URL: <https://www.lexico.com/definicion/municipalism> (aufgerufen am 22.04.2022).
- Libertad Digital (2021): *La alcaldesa de la CUP en Berga dimite por depresión: „Si*

- fuese por maternidad no me cuestionarían“. *Libertad Digital*, 06.07.2021. URL: <https://www.libertaddigital.com/espana/politica/2021-07-06/la-alcaldesa-de-la-cup-en-berga-dimite-por-depresion-si-fuese-por-maternidad-no-me-cuestionarian-6798247/> (aufgerufen am 25.07.2022).
- L’Institut d’Estudis Regionals i Metropolitans de Barcelona (2020): *Estadístiques metropolitanas sobre condicions de vida, 2018-2019. Resultats sintètics Àrea Metropolitana de Barcelona*. URL: <https://bcnroc.ajuntament.barcelona.cat/jspui/bitstream/11703/119869/1/EMCV-2018-2019.pdf> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Lleialtat Santsenca (2022): *Entitats i col·lectius*. URL: <https://lleialtat.cat/entitats-i-coll-lectius/> (aufgerufen am 08.07.2022).
- Lotta Continua (1974): *Take over the city. Community struggle in Italy*. URL: <https://libcom.org/article/take-over-city-community-struggle-italy-lotta-continua> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Lüders, C. (2010): *Beobachten im Feld und Ethnographie*. In: Flick, U., Kardorff, E. v. und I. Steinke (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. 8. Auflage. Reinbek bei Hamburg, S. 384-401.
- Ludwig, G. und B. Sauer (2010): *Engendering Poulantzas oder: Sinn und Zweck feministischer Anrufung materialistischer Staatstheorie*. In: Demirović, A., S. Adolphs und S. Karakayali (Hrsg.): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*. Baden-Baden, S. 173-188.
- MacKinnon, C.A. (1989): *Toward a Feminist Theory of the State*. Cambridge.
- Madden, D. (2020): *Housing and the Crisis of Social Reproduction*. URL: <https://www.e-flux.com/architecture/housing/333718/housing-and-the-crisis-of-social-reproduction/> (aufgerufen am 15.07.2022).
- Madden, D. und P. Marcuse (2016): *In Defense of Housing. The Politics of Crisis*. London/New York.
- Mahon, R. und R. Keil (2008): *Space, Place, Scale. Zur politischen Ökonomie räumlich-gesellschaftlicher Redimensionierung – ein Überblick*. In: Wissen, M. (Hrsg.): *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster, S. 34-56.
- March, H., M. Satorras, D. Sauri und E.A. Swyngedouw (2019): *The Deadlock of Metropolitan Remunicipalisation of Water Services Management in Barcelona*. In: *Water Alternatives* 12 (2), S. 360-379.
- Márquez Daniel, C. (2019): *La regidora número 42*. In: *El Periodico*, 22.02.2019. URL: <https://www.elperiodico.cat/ca/barcelona/20190222/ple-municipal-barcelona-debat-cap-raval-nord-7318044> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Marston, S. (2004): *A Long Way from Home. Domesticating the Social Production of Scale*. In: Sheppard, E. und R.B. McMaster (Hrsg.): *Scale and Geographic Inquiry. Nature, Society, and Method*. Malden, S. 170-191.
- Martí, G. (2019): *El Ayuntamiento incrementa sus recursos humanos para mejorar los servicios*. In: *La Vanguardia*, 01.02.2019. URL: <https://www.lavanguardia.com/>

- lv/monograficos/barcelona-recupera-serveis-i-personal-externalitzats-ajuntament-bcn/article\_1b.html (aufgerufen am 22.07.2022).
- Martínez, M. und B. Wissink (2022): Urban movements and municipalist governments in Spain. Alliances, tensions, and achievements. In: *Social Movement Studies* 21 (5), S. 659-676.
- Martínez Alonso, L. (2022): Barcelona's housing policy under austerity urbanism. A contribution to the debate on degrowth and urban planning. In: *Local Environment. The International Journal of Justice and Sustainability* 27 (4), S. 487-501.
- Marx, K. (1962 [1867]): *Das Kapital*. Band 1. In: *Marx-Engels-Werke* 23. Berlin, S. 11-802.
- Marx, K. (1963 [1885]): *Das Kapital*. Band 2. In: *Marx-Engels-Werke* 24. Berlin, S. 7-518.
- Marx, K. (1968 [1844]): *Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844*. In: *Marx-Engels-Werke* 40. Berlin, S. 465-588.
- Marx, K. (1969 [1845]): *Thesen über Feuerbach*. In: *Marx-Engels-Werke* 3. Berlin, S. 3-8.
- Marx, K. (1972 [1852]): *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*. In: *Marx-Engels-Werke* 8. Berlin, S. 111-207.
- Marx, K. (1973 [1871]): *Der Bürgerkrieg in Frankreich*. In: *Marx-Engels-Werke* 17. Berlin, S. 313-365.
- Marx, K. (1983 [1857/1858]): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*. In: *Marx-Engels-Werke* 42. Berlin, S. 47-959.
- Massey, D. (1991): *Flexible Sexism*. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 9 (1), S. 31-57.
- Mattissek, A., C. Pfaffenbach und P. Reuber (2013): *Methoden der empirischen Human-geographie*. 2. Auflage. Braunschweig.
- Mayer, M. (2008): *Multiskalare Praxen städtischer sozialer Bewegungen*. In: *Wissen, M.* (Hrsg.): *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster, S. 268-289.
- Mayring, P. (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken*. 5. Auflage. Weinheim/Basel.
- McDowell, L. (2001): *Linking scales: or how research about gender and organizations raises new issues foreconomic geography*. In: *Journal of Economic Geography* 1 (2), S. 227-250.
- McIntosh, M. (2013): *The state and the oppression of women*. In: *Kuhn, A. und A. Wolpe* (Hrsg.): *Feminism and Materialism. Women and Modes of Production*. London, S. 254-289.
- Medir, L., J. Magre und M. Tomàs (2018): *Mayors' perceptions on local government reforms and decentralization in Spain*. In: *Revista Española de Ciencia Política* (46), S. 129-155.
- Medir, L., E. Pano, A. Viñas und J. Magre (2017): *Dealing with Austerity. A case of local resilience in Southern Europe*. In: *Local Government Studies* 43 (4), S. 1-24.
- Meehan, R., P. Kennet, G. Jones und J. Croft (2014): *Global economic crisis, austerity*

- and neoliberal urban governance in England. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 7 (1), S. 137-153.
- Merkens, H. (2010): Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In: Flick, U., Kardorff, E. v. und I. Steinke (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. 8. Auflage. Reinbek bei Hamburg, S. 286-298.
- Merrifield, A. (2002): *Metromarxism. A Marxist Tale of the City*. New York.
- Metawala, P., K. Golda-Pongrat und C. Irazábal (2021): Revisiting Engels' 'housing question'. Work and housing conditions of immigrant platform delivery riders in Barcelona. In: *Human Geography* 14 (2), S. 243-257.
- Mezzadri, A. (2021): Introduction. Marx's Field as Our Global Present. In: Mezzadri, A. (Hrsg.): *Marx in the Field*. London/New York, S. 1-16.
- Mies, M. (2019): Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung. In: Thomas, T. und U. Wischermann (Hrsg.): *Feministische Theorie und Kritische Medienkultur-analyse. Ausgangspunkte und Perspektiven*. Bielefeld, S. 47-58.
- Mitchell, K., S. Marston und C. Katz (2003): Life's Work. An Introduction, Review and Critique. In: *Antipode. A Radical Journal of Geography* 35 (3), S. 415-442.
- Monterde, A. (2019): De la emergencia municipalista a la ciudad democrática. In: Roth, L., A. Monterde und A. Calleja-López (Hrsg.): *Ciudades democráticas. La revuelta municipalista en el ciclo post-15M*. Barcelona, S. 25-54.
- Moore, J. W. (2020): *Kapitalismus im Lebensnetz. Ökologie und die Akkumulation des Kapitals*. Berlin.
- Müller, M. (2013): Mittendrin statt nur dabei: Ethnographie als Methodologie in der Humangeographie. In: *Geographica Helvetica* 67 (4), S. 179-184.
- Mulvaney, K. (2013): For what it's worth: An examination of the persistent devaluation of women's work in capitalism and considerations for feminist politics. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 5 (2), S. 27-44.
- Muñiz, Í.O. (2016): Geographic Analysis of Evictions in Spain. In: Schipper, S. und B. Schönig (Hrsg.): *Urban Austerity. Impacts of the Global Financial Crisis on Cities in Europe*. Berlin, S. 207-217.
- Murphy, M. und P. Cullen (2018): *Irish Feminist Approaches Against Austerity Regimes*. Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin.
- Nadler, R. und K. Hörschelmann (2018): Ein schmaler Grat: Neutralität und Positionierung in der wissenschaftlichen Praxis. In: Meyer, F., J. Miggelbrink und K. Beurskens (Hrsg.): *Ins Feld und zurück – Praktische Probleme qualitativer Forschung in der Sozialgeographie*. Berlin/Heidelberg, S. 103-110.
- Nangwaya, A. (2017): Seek ye first the worker self-management kingdom. Toward the solidarity economy in Jackson, MS. In: Akuno, K. und A. Nangwaya (Hrsg.): *Jackson Rising. The Struggle for Economic Democracy and Black Self-Determination in Jackson, Mississippi*. Montreal, S. 109-119.
- Novello, R., S. Mohammad und K. Buckland (2019): Creating non-state institutions. In: Bookchin, D. und A. Colau (Hrsg.): *Fearless Cities. A Guide to the Global Muni-*

cialist Movement. Oxford, S. 76-82.

- Novoa, A.M., J. Bosch, F. Díaz, D. Malmusi, M. Darnell und C. Trilla (2014): El impacto de la crisis en la relación entre vivienda y salud. Políticas de buenas prácticas para reducir las desigualdades en salud asociadas con las condiciones de vivienda. In: Gaceta Sanitaria 28 (1), S. 44-50.
- Nowak, J. (2009): Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien, Münster.
- o.A. (2022): El PSC pide repensar la superilla del Eixample de Barcelona antes de aplicar los cambios en Consell de Cent. In: El Periodico, 17.02.2022. URL: <https://www.elperiodico.com/es/barcelona/20220217/psc-pide-repensar-superilla-eixample-13250708> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Oberndorfer, L. (2012): Hegemoniekrise in Europa. Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus? In: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hrsg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Münster, S. 50-72.
- Oberndorfer, L. (2017): Demokratie in der Krise. Der Autoritäre Wettbewerbsetatismus und das linke Regierungsprojekt in Griechenland. In: Boos, T., Lichtenberger, H. und A. Puller (Hrsg.): Mit Poulantzas arbeiten. ... um aktuelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu verstehen. Hamburg, S. 178-206.
- Oberndorfer, L. (2019): Grenze, innere Sicherheit, Rüstung – Von der Krise zum Europäischen Ensemble repressiver Staatsapparate? In: Keil, D. und J. Wissel (Hrsg.): Staatsprojekt Europa. Eine staats-theoretische Perspektive auf die Europäische Union. Baden-Baden, S. 229-252.
- Obra Social Barcelona (2018): La vivienda para quien la habita! URL: [https://obrasocialbcn.net/wp-content/uploads/2018/10/Informe\\_castellano\\_portada.pdf](https://obrasocialbcn.net/wp-content/uploads/2018/10/Informe_castellano_portada.pdf) (aufgerufen am 23.04.2022).
- Observatori de Drets Econòmics, Socials i Culturals (2020): L'evolució dels desnonaments 2008-2019: de l'emergència a la consolidació d'una crisi habitacional. URL: <http://observatoridesc.org/es/node/4626> (aufgerufen am 14.04.2022).
- Observatori Metropolità de l'Habitatge de Barcelona (2020): Estructura i concentració de la propietat d'habitatge a la ciutat de Barcelona. 2019-2020. URL: [https://www.ohb.cat/wp-content/uploads/2020/07/Lab\\_Propietat\\_2019-2020-VF.pdf](https://www.ohb.cat/wp-content/uploads/2020/07/Lab_Propietat_2019-2020-VF.pdf) (aufgerufen am 22.07.2022).
- Observatorio Metropolitano (2014): La apuesta municipalista. La democracia empieza por lo cercano. Madrid.
- OECD (2022a): Family benefits public spending. URL: <https://data.oecd.org/socialexp/family-benefits-public-spending.htm#indicator-chart> (aufgerufen am 25.07.2022).
- OECD (2022b): Social spending. URL: <https://data.oecd.org/socialexp/social-spending.htm> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Oelßner, F. (1949): Die Wirtschaftskrisen. 3. Auflage. Berlin.
- Ollman, B. (2003): Dance of the Dialectic. Steps in Marx's Method. Urbana.

- Ortega, M. (2021): Los nuevos criterios alejan a Barcelona de las consultas ciudadanas. In: Ara, 22.11.2021. URL: [https://es.ara.cat/misc/nuevos-criterios-alejan-barcelona-consultas-ciudadanas\\_1\\_4190312.html](https://es.ara.cat/misc/nuevos-criterios-alejan-barcelona-consultas-ciudadanas_1_4190312.html) (aufgerufen am 07.07.2022).
- Ouasbaa, G. und E. Viladecans Marsal (2021): Spain's once-substantial rental market is now one of the smallest in Europe. In: Brookings, 20.04.2020. URL: <https://www.brookings.edu/essay/spain-rental-housing-markets/> (aufgerufen am 19.04.2022).
- Palazzo, D. (2014): The „social factory“ In postwar italian radical thought from Operaiismo to Autonomia. New York.
- Palmer, J. (2022): Barcelona pide al estado la transferencia de más de 1.000 inmuebles de la Sareb. El Ayuntamiento de Barcelona acepta un ruego de ERC para reclamar un millar de inmuebles en manos de la Sareb. In: El Nacional.cat, 15.02.2022. URL: [https://www.elnacional.cat/es/barcelona/barcelona-pide-al-estado-la-transferencia-de-mas-de-1-000-inmuebles-de-la-sareb\\_711594\\_102.html](https://www.elnacional.cat/es/barcelona/barcelona-pide-al-estado-la-transferencia-de-mas-de-1-000-inmuebles-de-la-sareb_711594_102.html) (aufgerufen am 15.02.2022).
- Peck, J. (2012): Austerity urbanism. American cities under extreme economy. In: City: Analysis of Urban Trends, Culture, Theory, Policy, Action 16 (6), S. 626-655.
- Peck, J. und A. Tickell (2002): Neoliberalizing Space. In: Antipode. A Radical Journal of Geography 34 (3), S. 380-404.
- Pérez, L. (2019): Feminizing politics through municipalism. In: Bookchin, D. und A. Colau (Hrsg.): Fearless Cities. A Guide to the Global Municipalist Movement. Oxford, S. 21-25.
- Pérez Colina, M. (2020): Feminismo y derecho a la vivienda: Una alianza imprescindible. In: El Salto, 27.03.2020. URL: <https://www.elsaltodiario.com/palabras-en-movimiento/por-que-parar-desahucios-es-feminista-el-movimiento-feminista-tiene-que-hacer-suya-la-lucha-de-los-movimientos-de-vivienda> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Petzold, T. (2018): Austerity Forever?! Die Normalisierung der Austerität in der BRD. Münster.
- Pi y Margall, F. (1982): La reacción y la revolución. Estudios políticos y sociales. Barcelona.
- Pin, G. (2016): Hombres de más de 40 con corbata. In: El Diario, 01.12.2016. URL: [https://www.eldiario.es/opinion/tribuna-abierta/hombres-corbata\\_129\\_3701084.html](https://www.eldiario.es/opinion/tribuna-abierta/hombres-corbata_129_3701084.html) (aufgerufen am 11.08.2021).
- Piqueras Arenas, J. A. (2014): El federalismo. La libertad protegida, la convivencia pactada. Madrid.
- Pisarello, G. (2019): Introduction. In: Bookchin, D. und A. Colau (Hrsg.): Fearless Cities. A Guide to the Global Municipalist Movement. Oxford, S. 7-11.
- Plataforma de Afectadas por la Hipoteca Alcorcón (2020): El 70% de los desahucios los sufren mujeres, especialmente las que ... URL: [https://mobile.twitter.com/pah\\_alcorcon/status/1235527322700300290](https://mobile.twitter.com/pah_alcorcon/status/1235527322700300290) (aufgerufen am 25.07.2022).
- Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona (2018): El censo de pisos vacíos debe

- ser una herramienta para la emergencia habitacional en Barcelona. URL: <https://pahbarcelona.org/es/comunicat-3-609-habitatges-buits-a-barcelona-que-estan-incomplint-la-seva-funcio-social-2/> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona (2019): Blackstone mata. URL: <https://pahbarcelona.org/es/blackstone-mata-3/> (aufgerufen am 24.05.2022).
- Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona (2021): 1.028 familias que han sido desahuciadas en Barcelona en plena crisis del coronavirus. URL: <https://pahbarcelona.org/es/1-028-familias-que-han-sido-desahuciadas-en-barcelona-en-plena-criisis-del-coronavirus/> (aufgerufen am 24.04.2022).
- Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona, Alianza contra la Pobreza Energética, Observatori de Drets Econòmics, Socials i Culturals, Asociación Catalana de Ingeniería Sin Fronteras und Agencia de Salud Pública de Barcelona (2018a): Radiografies de la situació del dret a l'habitatge, la pobresa energètica i el seu impacte en la salut a Barcelona. III. Una mirada en profunditat a la salut de les persones afectades per l'accés a l'habitatge i la pobresa energètica. Barcelona.
- Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona, Alianza contra la Pobreza Energética, Observatori de Drets Econòmics, Socials i Culturals, Asociación Catalana de Ingeniería Sin Fronteras und Agencia de Salud Pública de Barcelona (2018b): Radiografies de la situació del dret a l'habitatge, la pobresa energètica i el seu impacte en la salut a Barcelona. II. Perspectiva de gènere sobre el dret a l'habitatge i la pobresa energètica a Barcelona. Barcelona.
- Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona, Alianza contra la Pobreza Energética, Observatori de Drets Econòmics, Socials i Culturals, Asociación Catalana de Ingeniería Sin Fronteras und Agencia de Salud Pública de Barcelona (2020): Emergencia habitacional, pobreza energética y salud: Inseguridad residencial en Barcelona 2017-2020. Barcelona.
- Poulantzas, N. (1978): *Political Power and Social Classes*. London.
- Poulantzas, N. (2002 [1978]): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*. Hamburg.
- Poulantzas, N. (2008 [1979]): The political crisis and the crisis of the state. In: Poulantzas, N. und J. Martin (Hrsg.): *The Poulantzas Reader. Marxism, Law, and the State*. London. S. 294-322.
- Pringle, R. und S. Watson (1992): 'Women's interests' and the Post-Structuralist State. In: Barrett, M. und A. Phillips (Hrsg.): *Destabilizing Theory. Contemporary Feminist Debates*. Stanford, S. 53-73.
- Przyborski, A. und M. Wohlrab-Sahr (2014): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. 4. Auflage. München.
- Pühretmayer, H. (2017): Zur materialistischen Wissenschaftstheorie in Nicos Poulantzas' Gesellschafts- und Staatstheorie. In: Boos, T., H. Lichtenberger und A. Puller (Hrsg.): *Mit Poulantzas arbeiten ... um aktuelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu verstehen*. Hamburg, S. 104-126.

- Puller, A. (2009): Das Konzept der materiellen Verdichtung von Kräfteverhältnissen in der Reproduktionsproblematik bei Nicos Poulantzas und in formanalytischen Staatstheorien. Paper für die gemeinsame Tagung „Kapitalismustheorien“ von ÖGPW und DVPW, Sektion Politik und Ökonomie am 24. und 25. April 2009 in Wien.
- Raventós, S. (2021): No son suicidios, son asesinatos. In: Sin Permiso. República y socialismo, también para el siglo XXI, 19.06.2021. URL: <https://www.sinpermiso.info/textos/no-son-suicidios-son-asesinatos> (aufgerufen am 15.07.2022).
- Real Academia Española (2022): Municipalismo. URL: <https://dle.rae.es/municipalismo?m=form> (aufgerufen am 08.07.2022).
- Redecker, E. v. (2020): Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen. Frankfurt am Main.
- Rendueles, César (2011): „Como una catarsis co lectiva“. In: GARA, S.30-38.
- Rendueles, C. und J. Subirats (2016): Los (bienes) comunes. ¿oportunidad o espejismo? Barcelona.
- Rioux, S. (2015): Embodied contradictions: Capitalism, social reproduction and body formation. In: Women's Studies International Forum 48, S. 194-202.
- Rivera García, A. (2000): La idea federal en Pi y Maragall. In: Araucaria (4), S. 113-141.
- Roth, L. (2019): Democracia y municipalismo. In: Roth, L., A. Monterde und A. Calleja-López (Hrsg.): Ciudades democráticas. La revuelta municipalista en el ciclo post-15M. Barcelona, S. 55-82.
- Roth, L., A. Monterde und A. Calleja-López (Hrsg.) (2019): Ciudades democráticas. La revuelta municipalista en el ciclo post-15M. Barcelona.
- Roth, L. und L. Rosich (2019): Feminización de la política. In: Roth, L., Monterde, A. und A. Calleja-López (Hrsg.): Ciudades democráticas. La revuelta municipalista en el ciclo post-15M. Barcelona, S. 251-270.
- Roth, L. und B. Russell (2018): Internationalism and the new municipalism. ROAR Magazine. URL: <https://www.resilience.org/stories/2018-10-09/internationalism-and-the-new-municipalism/> (aufgerufen am 30.09.2021).
- Roth, L. und K. Shea Baird (2017): Left-wing populism and the feminization of politics. In: Popular Resistance. URL: <https://popularresistance.org/left-wing-populism-and-the-feminization-of-politics/> (aufgerufen am 04.03.2020).
- Roth, L., I. Zugasti Hervás, und A. de Diego Baciero (2021): Feminise Politics Now! Rosa Luxemburg Stiftung, Madrid.
- Routledge, P. (2009): Activist geographies. In: Kitchin, R. und N.J. Thrift (Hrsg.): International Encyclopedia of Human Geography. Amsterdam, S. 7-14.
- Rubio-Pueyo, V. (2017): Municipalismo en España: Barcelona, Madrid, y las ciudades del cambio. Rosa Luxemburg Stiftung, New York.
- Russell, B. (2015): Beyond activism/academia. Militant research and the radical climate and climate justice movement(s). In: Area 47 (3), S. 222-229.
- Russell, B. (2019): Beyond the Local Trap. New Municipalism and the Rise of the



- Fearless Cities. In: *Antipode. A Radical Journal of Geography* 51 (3), S. 989-1010.
- Sablowski, T. (2006): Krise und Staatlichkeit bei Poulantzas. In: Bretthauer, L. und N. Poulantzas (Hrsg.): *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie.* Hamburg, S. 257-273.
- Sanz, J. und Ó. Mateos (2011): 15-M. Apuntes para el análisis de un movimiento en construcción. In: *Revista de Fomento Social* 66, S. 517-544.
- Sarnow, M. (2021): Demokratische Revolution oder im Treibsand der Institutionen? Entwicklungen, Widersprüche und Perspektiven der neuen munizipalistischen Bewegung in Barcelona. In: *Geographische Zeitschrift* 109 (1), S. 23-43.
- Sarnow, M. und N. Tiedemann (2019): Rebel the Crisis? Neue Munizipalisten in Süd- und Südosteuropa. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33 (2), S. 279-285.
- Sarnow, M. und N. Tiedemann (2022): Interrupting the neoliberal masculine state machinery? Strategic selectivities and municipalist practice in Barcelona and Zagreb. In: *Urban Studies* (Online first). URL: <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/00420980221101454>. DOI 10.1177/00420980221101454.
- Sauer, B. (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte.* Frankfurt am Main.
- Sauer, B. (2018): Feminismus und Staat. In: Voigt, R. (Hrsg.): *Handbuch Staat.* Wiesbaden, S. 177-187.
- Schindler, A. (2015): Stadt statt Staat? In: *Muscovado Magazin* (2), S. 10-14.
- Schipper, S. (2017): *Wohnraum dem Markt entziehen? Wohnungspolitik und städtische soziale Bewegungen in Frankfurt und Tel Aviv.* Wiesbaden.
- Schipper, S. und B. Schönig (Hrsg.) (2016): *Urban Austerity. Impacts of the Global Financial Crisis on Cities in Europe.* Berlin.
- Schmid, C. (2003): Raum und Regulation. Henri Lefebvre und der Regulationsansatz. In: Brand, U. und W. Raza (Hrsg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes.* Münster, S. 217-242.
- Serra Solé, M. (2020): Tots els desnonaments són durs, però quan qui desnona és una entitat creada amb diners públics és indignant... URL: <https://twitter.com/MarcSerraSole/status/1229510664370126856> (aufgerufen am 07.07.2022).
- Sindicat de Llogateres (2020): *La trama del fondo buit Cerberus: especulación inmobiliaria y ERES.* URL: <https://sindicatdellogateres.org/es/la-trama-del-fondo-buitre-cerberus-especulacion-inmobiliaria-y-eres/> (aufgerufen am 06.06.2022).
- Sindicat de Llogateres (2022): *Comunicado: El Tribunal Constitucional tumba la ley 11/2020, que regula los alquileres en Cataluña.* URL: <https://sindicatdellogateres.org/es/comunicat-el-tribunal-constitucional-tomba-la-llei-11-2020-que-regula-els-lloguers-a-catalunya/> (aufgerufen am 06.06.2022).
- Smith, B.E. und J. Winders (2015): Whose Lives, Which Work? Class discrepancies of life's work. In: Meehan, K. und K. Strauss (Hrsg.): *Precarious Worlds. Contested Geographies of Social Reproduction.* Athens, S. 101-117.
- Soiland, T. (2017): *Landnahme der individuellen und sozialen Reproduktion: Eine fe-*

- ministische Perspektive auf die Transformation des Sozialen. In: *theoriekritik.ch*. URL: <http://www.theoriekritik.ch/?p=3180> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Soiland, T. (2018): Innere Kolonien. Care als Feld einer neuen Landnahme. In: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* (3), S. 72-77.
- Solé, J.P. (2020): Grupos de interés en Cataluña y elaboración de normas. Universidad de Barcelona. URL: <https://www.antifrau.cat/sites/default/files/Documents/Recursos/grupos-interes-cataluna-elaboracion-normas.pdf> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Solé Altimira, O. (2021): Querellas por vetar hoteles y la denuncia por la municipalización del agua amplían el frente judicial de Colau. In: *El Diario*, 19.04.2021. URL: [https://www.eldiario.es/catalunya/multinacionales-tribunales-hoteleros-fondos-buitre-llevan-conflictos-colau\\_1\\_7835979.html](https://www.eldiario.es/catalunya/multinacionales-tribunales-hoteleros-fondos-buitre-llevan-conflictos-colau_1_7835979.html) (aufgerufen am 25.07.2022).
- Sörensen, P. (2019): Widerstand findet Stadt. Präfigurative Praxis als transnationale Politik rebellischer Städte. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 10 (1), S. 29-48.
- Soundings (2020): New municipal alternatives. Special issue. In: *Soundings. A journal of politics and culture* 74.
- Speck, S. (2016): „Unterschiedliche Sauberkeitsstandards“. Wie heterosexuelle Paare sich über die ungleich verteilte Hausarbeit belügen. In: *ak – analyse & kritik – zeitung für linke Debatte und Praxis* 615, 19.04.2016. URL: [https://archiv.akweb.de/ak\\_s/ak615/24.htm](https://archiv.akweb.de/ak_s/ak615/24.htm) (aufgerufen am 22.07.2022).
- Statista Research Department (2022): Home ownership rate in Spain from 2004 to 2019. URL: <https://www.statista.com/statistics/1185377/housing-ownership-ratein-spain-by-type/> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Stobart, L. (2018): The Commons Experiment in Barcelona. URL: <https://commons.sehak.org/2018/12/01/the-commons-experiment-in-barcelona-luke-stobart/> (aufgerufen am 22.07.2022).
- Strauss, K. und K. Meehan (2015): New Frontiers in Life’s Work. In: Meehan, K. und K. Strauss (Hrsg.): *Precarious Worlds. Contested Geographies of Social Reproduction*. Athens, S. 1-22.
- Streichhahn, V. (2019): Kapital gegen Leben: Eine Einführung in die Soziale Reproduktionstheorie. In: Kipka, R. und V. Streichhahn (Hrsg.): *Kapital gegen Leben. Beiträge zur Theorie der Sozialen Reproduktion im Kapitalismus*. Berlin, S. 18-41.
- Strüver, A. (2013): Raum, Staat und Geschlechterkonstruktionen in feministischen Zugängen zur p/Politischen Geographie. In: Belina, B. (Hrsg.): *Staat und Raum*. Stuttgart, S. 37-58.
- Strüver, A. (2020): Geschlechterordnung des Wohnens. In: Eckhardt, F. und S. Meier (Hrsg.): *Handbuch Wohnsoziologie*. Wiesbaden, S. 1-17.
- Subirats, A. (2020): Opening the urban ‘black box’. The role of the local context in the mobilisation of urban movements. Dissertation. Florenz.
- Subirats, J. (2016): El poder de lo próximo. Las virtudes del municipalismo, Madrid.
- Sunkara, B. (2017): Free the land. An Interview with Chokwe Lumumba. In: Akuno, K. und A. Nangwaya (Hrsg.): *Jackson Rising. The Struggle for Economic Democra-*

- cy and Black Self-Determination in Jackson, Mississippi. Montreal, S. 123-133.
- Swyngedouw, E. A. (2008): Marxism and historical-geographical materialism. A Spectre is haunting geography. In: *Scottish Geographical Journal* 115 (2), S. 91-102.
- Tabb, W. (2014): The wider context of austerity urbanism. In: *City. An analysis of urban trends, culture, theory, policy, action* 18 (2), S. 87-100.
- Theodore, N. (2020): Governing through austerity: (Il)logics of neoliberal urbanism after the global financial crisis. In: *Journal of Urban Affairs* 47 (1), S. 1-17.
- Thierbach, C. (2021): Zum Einsatz von Leitfadeninterviews in der Raumforschung. In: Heinrich, A.J., S. Marguin, A. Million und J. Stollmann (Hrsg.): *Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung*. Bielefeld, S. 183-194.
- Thompson, M. (2021): What's so new about New Municipalism? In: *Progress in Human Geography* 45 (2), S. 317-342.
- Thompson, M., V. Nowak, A. Southern, J. Davies und P. Furmedge (2020): Re-grounding the city with Polanyi: From urban entrepreneurialism to entrepreneurial municipalism. In: *Environment and Planning A. Economy and Space* 52 (6), S. 1171-1194.
- Thompson, M., B. Russell und L. Roth (2021): Call for papers. Municipalist strategy in crisis? An Urban Studies special issue. URL://[minim-municipalism.org/wp-content/uploads/2020/09/CfP-Municipalist-strategy-in-crisis\\_.pdf](http://minim-municipalism.org/wp-content/uploads/2020/09/CfP-Municipalist-strategy-in-crisis_.pdf) (aufgerufen am 01.05.2022).
- Thorburn, E. (2017): Cyborg witches. Class composition and social reproduction in the GynePunk collective. In: *Feminist Media Studies* 17 (2), S. 153-167.
- Tomàs, M. (2017): Explaining Metropolitan Governance. The Case of Spain. In: *Raumforschung und Raumordnung* 75 (3), S. 243-252.
- Tonkiss, F. (2013): Austerity urbanism and the makeshift city. In: *City. Analysis of urban trends, culture, theory, policy, action* 17 (3), S. 312-324.
- Torío, L. (2021): Los distritos más rentables de Madrid y Barcelona para invertir en vivienda. In: *ElEconomista.es*, 20.11.2021. URL: <https://www.eleconomista.es/vivienda/noticias/11485777/11/21/Los-distritos-mas-rentables-de-Madrid-y-Barcelona-para-invertir-en-vivienda-.html> (aufgerufen am 24.04.2022).
- Toscano, A. (2004): Factory, territory, metropolis, empire. In: *Angelaki. Journal of the Theoretical Humanities* 9 (2), S. 197-216.
- Trillas, A. (2021): A first step towards energy sovereignty. In: *Barcelona Metròpolis*, 21.04.2021. URL: <https://www.barcelona.cat/metropolis/en/contents/first-step-towards-energy-sovereignty> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Ubasart-González, G. (2012): Municipalismo alternativo y popular: ¿Hacia una consolidación de las tesis del nuevo localismo y la politización del mundo local? In: *Revista de Estudios Políticos* (157), S. 135-162.
- Viquipèdia (2022): Candidatura d'Unitat Popular. URL: [https://ca.wikipedia.org/wiki/Candidatura\\_d%27Unitat\\_Popular](https://ca.wikipedia.org/wiki/Candidatura_d%27Unitat_Popular) (aufgerufen am 08.07.2022).
- Vives-Miró, S. (2018): New rent seeking strategies in housing in Spain after the bubble

- burst. In: *European Planning Studies* 26 (10), S. 1920-1938.
- Vogel, L. (Hrsg.) (2019): *Marxismus und Frauenunterdrückung. Auf dem Weg zu einer umfassenden Theorie*. Münster.
- Vollmer, L. (2017): Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. Über den Kongress „Fearless Cities“, Barcelona 10./11. Juni 2017. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 5 (3), S. 147-156.
- Watson, A. und K.E. Till (2010): *Ethnography and Participant Observation*. In: DeLyster, D., S. Herbert, S. Aitken, M. Crang und L. McDowll (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Qualitative Geography*. Los Angeles, S. 121-137.
- Weber, M. (2009): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. 5. Auflage. Tübingen.
- Wiegand, F. (2013a): David Harveys urbane Politische Ökonomie. In: *emanzipation. zeitschrift für sozialistische theorie und praxis* 3 (2), S. 35-56.
- Wiegand, F. (2013b): David Harveys urbane Politische Ökonomie. Ausgrabungen der Zukunft marxistischer Stadtforschung. Münster.
- Wiegand, F., Petzold, D. Mullis und B. Belina (2016): Durch Athen auf Frankfurt blicken Austerity Urbanism, Uneven Development und Alltäglichkeit – Reflektionen aus zwei Workshops. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4 (2/3), S. 303-312.
- Winders, J. und B. Ellen Smith (2019): Social reproduction and capitalist production. A genealogy of dominant imaginaries. In: *Progress in Human Geography* 43 (5), S. 871-889.
- Winker, G. (2012): Erschöpfung des Sozialen. In: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* (4), S. 6-13.
- Winker, G. (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld.
- Wischniewski, A. (2018): Wer ist hier „Krisengewinner“? Auswirkungen von neoliberalen Staatsumbau und politischem Rechtsruck auf das Leben von Frauen in Deutschland. Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin.
- Wissen, M. (2006): Territorium und Historizität. Raum und Zeit in der Staatstheorie von Nicos Poulantzas. In: Bretthauer, L. und N.A. Poulantzas (Hrsg.): *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*. Hamburg, S. 206-222.
- Wissen, M. (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen. Münster.
- Wissen, M. und M. Naumann (2008): Die Dialektik von räumlicher Angleichung und Differenzierung: Zum uneven-development-Konzept in der Radical Geography. In: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 7 (3), S. 377-407.
- Wright, M. (2006): Differences that Matter. In: Castree, N. und D. Gregory (Hrsg.): *David Harvey. A Critical Reader*. Malden, S. 80-101.
- Wright, S. (2005): *Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus*. Berlin.

- Wust, A. und F. Meyer (2018): Zutritt verboten? Mit Hürden beim Feldzugang konstruktiv umgehen. In: Meyer, F., J. Miggelbrink und K. Beurskens (Hrsg.): *Ins Feld und zurück – Praktische Probleme qualitativer Forschung in der Sozialgeographie*. Berlin/Heidelberg, S. 87-93.
- Young, I. (1998): *Harvey's Complaint with Race and Gender Struggles. A Critical Response*. In: *Antipode. A Radical Journal of Geography* 30 (1), S. 36-42.
- Zechner, M. (2015): *Barcelona en Comú: Die Stadt als Horizont für radikale Demokratie*. In: *Mosaik – Politik neu zusammensetzen*, 19.05.2015. URL: <https://mosaik-blog.at/barcelona-en-comu-kommunalwahlen/> (aufgerufen am 30.09.2020).
- Zechner, M. (2020): *Childcare Commons and the Micropolitics of Municipalismo*. URL: <http://heteropolitics.net/wp-content/uploads/2020/12/Case-Studies-in-Spain.pdf> (aufgerufen am 25.07.2022).
- Zechner, M. und B. Rübner Hansen (2018): *Let's use cities as spaces of experimentation*. In: *Attac Austria* (Hrsg.): *The European Illusion: Why We Need New Strategies Towards the EU and Beyond*. Wien.
- Zelik, R. (2016a): *Rebellische Städte – Erfolg oder Frust?* In: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 2016 (2), S. 98-103.
- Zelik, R. (2016b): *Staatskrise in Spanien – Wird Katalonien unabhängig?* Rosa Luxemburg Stiftung. Berlin.
- Zelik, R. (2018a): *Marx! Warum den kritischen Gesellschaftswissenschaften ein materialistic turn guttun würde und was sich sonst noch von Marx lernen ließe*. In: Lucas, R., R. Pfriem und C. Thomasberger (Hrsg.): *Auf der Suche nach dem Ökonomischen – Karl Marx zum 200. Geburtstag*. Marburg, S. 289-309.
- Zelik, R. (2018b): *Spanien. Eine politische Geschichte der Gegenwart*. Berlin.
- Zelik, R. (2020): *Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus*. Frankfurt am Main.
- Zelinka, A. (2018): *Examining Barcelona en Comú's attempt to be a movement-party*. In: *State of power*. URL: <https://www.tni.org/files/publication-downloads/tni-examining-barcelona-en-comus-attempt-to-be-a-movement-party-1.pdf> (aufgerufen am 11.08.2021).

## Glossar

**15M:** Protestbewegung gegen die Folgen der ökonomischen Krise, die autoritäre Durchsetzung der Austeritätspolitik, Entdemokratisierungstendenzen sowie Wohnungsnot im spanischen Staat. Die landesweiten Proteste begannen am 15. Mai 2011 und zeichneten sich durch die dauerhafte Besetzung zentraler Plätze in verschiedenen Städten aus.

**ARRAN:** Jugendorganisation der linken katalanischen Unabhängigkeitsbewegung.

**Ateneu/Casal:** Katalanische Kulturvereine bzw. soziale Zentren der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung.

**Barcelona en Comú** (dt. Barcelona gemeinsam): 2015 gegründete municipalistische Kandidatur in Barcelona. Stellt seit 2015 mit Ada Colau die Bürgermeisterin der katalanischen Hauptstadt.

**Barris/Barrios:** Katalanisch/Spanisch für Stadtteile.

**Candidatura d'Unitat Popular, CUP** (dt. Kandidatur der Volkseinheit): Antikapitalistische, municipalistische Kandidaturen der Unabhängigkeitslinken in Katalonien.

**Ciudadanos** (dt. Bürger): 2006 als Regionalpartei in Barcelona gegründete und seit 2015 in ganz Spanien aktive rechtsliberale Partei, die für eine Stärkung des Zentralstaates und neoliberale Politik eintritt.

**Colau, Ada:** Ehemalige Sprecherin der PAH, Gründungsmitglied von Barcelona en Comú und seit 2015 Bürgermeisterin der katalanischen Hauptstadt.

**Comisiones Obreras, CC.OO** (dt. Arbeiterkommissionen): Führende Gewerkschaft im spanischen Staat mit knapp einer Million Mitgliedern.

**Comitès de Defensa de la República, CDR** (dt. Komitees zur Verteidigung der Republik): Im Herbst 2017 gegründete lokale Komitees zur Durchsetzung und Verteidigung des am 1. Oktober 2017 stattfindenden katalanischen Unabhängigkeitsreferendums

**Confederación General del Trabajo, CGT** (dt. Allgemeiner Gewerkschaftsbund): 1979 gegründete anarcho-syndikalistische-linksozialistische spanische Gewerkschaft, die aus der CNT entstand; etwa 85 000 Mitglieder.

**Confederación Nacional del Trabajo, CNT** (dt. Nationaler Gewerkschaftsbund): Konföderation anarcho-syndikalistischer Gewerkschaften in Spanien, die wichtige Rolle im Spanischen Bürgerkrieg spielte (damals ca. zwei Millionen Mitglieder). Unter Franco verboten und 1976 neu gegründet, heute noch etwa 8 000 Mitglieder.

**Convergència i Unió, CIU** (dt. Konvergenz und Einheit): Rechtes katalanisches Parteienbündnis, stellte von 2011 bis 2015 mit Xavier Trias den Bürgermeister von Barcelona und von 2010 bis 2015 die Autonomieregierung von Katalonien. Wurde 2015 aufgelöst.

**En Comú Podem** (dt. Zusammen können wir): Gemeinschaftskandidatur verschiedener Linksparteien Kataloniens (u.a. Barcelona en Comú, Podemos), die seit den Wahlen zum spanischen Parlament vom 20. Dezember 2015 ein Wahlbündnis bilden. Bei der Parlamentswahl in Katalonien 2017 trat das Bündnis unter dem Namen Catalunya en Comú-Podem an.

**Endavant – Organització Socialista d’Alliberament Nacional, OSAN** (dt. Vorwärts - Sozialistische Organisation der nationalen Befreiung): Unabhängige, sozialistische und feministische politische Partei in den katalanischen Ländern; ist Teil der CUP.

**Esquerra Republicana de Catalunya, ERC** (dt. Republikanische Linke Kataloniens): Linksliberale Unabhängigkeitspartei Kataloniens. Stellte 2003 bis 2010 die katalanische Regierung (in einer Koalition mit PSC und ICV) und ist aktuell seit 2015 an der katalanischen Regierung beteiligt.

**Esquerra Unida i Alternativa** (dt. Vereinigte und Alternative Linke): Katalanischer Ableger des linkssozialistischen nationalen Parteienbündnisses Izquierda Unida (dt. Vereinigte Linke). Wurde 2015 auf lokaler Ebene Teil von Barcelona en Comú.

**Federació d’Associacions Veïnals de Barcelona, FAVB** (dt. Vereinigung der Nachbarschaftsvereine Barcelonas): 1972 gegründeter Dachverband, der über 100 Nachbarschaftsorganisationen in Barcelona vereint.

**Grup d’Habitatge de Sants, GHAS**: Basisdemokratisch organisierte Gruppe, die sich gegen Zwangsräumungen und für bessere Wohnbedingungen in Barcelona-Sants einsetzt.

**Guardia Urbana**: Städtische Polizei Barcelonas.

**Iniciativa per Catalunya Verds, ICV** (dt. Initiative für die Grünen Kataloniens): Ehemalige links-ökologische Partei in Katalonien. Stellte 2003 bis 2010 die katalanische Regierung (in Koalition mit PSC und ERC) und von 1997 bis 2011 als Koalitionspartner

der PSC (und temporär ERC) in der Stadtregierung von Barcelona. Ist 2015 Teil von Barcelona en Comú geworden. ICV als eigenständige Struktur wurde 2019 aufgrund einer Insolvenz aufgelöst und teilweise in andere Projekte überführt.

**Ley Mordaza:** 2015 vom rechten Ministerpräsidenten Mariano Rajoy (PP) auf den Weg gebrachtes Gesetz zur Einschränkung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts. Umgangssprachlich auch Maulkorb-Gesetz genannt.

**Mossos d'Esquadra:** Polizei von Katalonien.

**Partido Popular, PP** (dt. Volkspartei): Konservative und christdemokratische politische Partei Spaniens. Stellte 1996 bis 2004 und 2011 bis 2018 die spanische Regierung.

**Partido Socialista Obrero Español, PSOE** (dt. Spanische Sozialistische Arbeiterpartei): Sozialdemokratische Partei Spaniens. Stellt(e) 1982 bis 1996, 2004 bis 2011 und seit 2018 die spanische Regierung.

**Partit dels Socialistes de Catalunya, PSC** (dt. Partei der Sozialisten Kataloniens): Katalanische Schwesterpartei der PSOE. Stellte von 1979 bis 2011 den Bürgermeister von Barcelona. Seit 2019 in einer Koalition mit Barcelona en Comú.

**Partit Socialista Unificat de Catalunya, PSUC** (dt. Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens): Kommunistische Partei, die zwischen 1936 und 1997 in Katalonien aktiv war. Ging Ende der 1980er Jahre in der Iniciativa per Catalunya Verds auf.

**Plataforma de Afectados por la Hipoteca, PAH** (dt. Plattform der von Hypotheken betroffenen Personen): 2009 gegründete Basisorganisation zur Verhinderung von Zwangsräumungen im spanischen Staat.

**Poble Lliure (dt. Freies Volk):** 2014 gegründete Organisation der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung; ist Teil der CUP.

**Podemos:** 2014 gegründete Linkspartei. Auf nationaler Ebene seit 2019 in einer Regierungskoalition mit der PSOE. Auf lokaler Ebene Teil von Barcelona en Comú.

**Servei d'Intervenció en la Pèrdua d'Habitatge i Ocupació, SIPHO** (dt. Interventionsdienst bei Wohnungsverlust und Wohnungsbesetzung): 2016 eingerichteter städtischer Dienst zur Unterstützung von Menschen, die in Barcelona von Räumungen und Obdachlosigkeit bedroht sind.



**Sindicat de Llogateres i Llogaters** (dt. Mieter\*innengewerkschaft): 2017 in Barcelona gegründete Basisorganisation, die sich gegen steigende Mietpreise und Immobilienspekulation und für die Rechte von Mieter\*innen einsetzt.

**Sociedades Anónimas Cotizadas de Inversión Inmobiliaria, SOCIMI**: Börsennotierte Immobilien-Investmentgesellschaften. Spanische Variante der *Real-Estate-Investment-Trusts* (REIT).

Ältere Bände der  
**Schriften des Geographischen Instituts der Universität Kiel**

(Band I, 1932 - Band 43, 1975)

sowie der

**Kieler Geographischen Schriften**

(Band 44, 1976 - Band 88, 1993)

sind teilweise noch auf Anfrage im Geographischen Institut der CAU erhältlich.

Das vollständige Verzeichnis finden Sie auf der Homepage des Instituts.

**Band 89**

Wehrhahn, Rainer: Konflikte zwischen Naturschutz und Entwicklung im Bereich des Atlantischen Regenwaldes im Bundesstaat São Paulo, Brasilien. Untersuchungen zur Wahrnehmung von Umweltproblemen und zur Umsetzung von Schutzkonzepten. 1994. XIV, 293 S., 72 Tab., 41 Abb. und 20 Fotos. ISBN 3-923887-31-0. 17,50 €

**Band 90**

Stewig, Reinhard (Hrsg.): Entstehung und Entwicklung der Industriegesellschaft auf den Britischen Inseln. 1995. XII, 367 S., 20 Tab., 54 Abb. und 5 Graphiken. ISBN 3-923887-32-9. 16,60 €

**Band 91**

Bock, Steffen: Ein Ansatz zur polygonbasierten Klassifikation von Luft- und Satellitenbildern mittels künstlicher neuronaler Netze. 1995. XI, 152 S., 4 Tab. und 48 Abb. ISBN 3-923887-33-7. 8,60 €

**Band 92**

Matuschewski, Anke: Stadtentwicklung durch Public-Private-Partnership in Schweden. Kooperationsansätze der achtziger und neunziger Jahre im Vergleich. 1996. XI, 246 S., 16 Tab., 34 Abb., und 20 Fotos. ISBN 3-923887-34-5. 12,20 €

**Band 93**

Ulrich, Johannes und Kortum, Gerhard.: Otto Krümmel (1854-1912): Geograph und Wegbereiter der modernen Ozeanographie. 1997. VIII, 340 S. ISBN 3-923887-35-3. 24,00 €

**Band 94**

Schenck, Freya S.: Strukturveränderungen spanisch-amerikanischer Mittelstädte untersucht am Beispiel der Stadt Cuenca, Ecuador. 1997. XVIII, 270 S. ISBN 3-923887-36-1. 13,20 €

**Band 95**

Pez, Peter: Verkehrsmittelwahl im Stadtbereich und ihre Beeinflussbarkeit. Eine verkehrsgeographische Analyse am Beispiel Kiel und Lüneburg. 1998. XVII, 396 S., 52 Tab. und 86 Abb. SBN 3-923887-37-X. 17,30 €

**Band 96**

Stewig, Reinhard: Entstehung der Industriegesellschaft in der Türkei. Teil 1: Entwicklung bis 1950, 1998. XV, 349 S., 35 Abb., 4 Graph., 5 Tab. und 4 Listen. ISBN 3-923887-38-8. 15,40 €

**Band 97**

Higelke, Bodo (Hrsg.): Beiträge zur Küsten- und Meeresgeographie. Heinz Klug zum 65. Geburtstag gewidmet von Schülern, Freunden und Kollegen. 1998. XXII, 338 S., 29 Tab., 3 Fotos und 2 Klappkarten. ISBN 3-923887-39-6. 18,40 €

**Band 98**

Jürgens, Ulrich: Einzelhandel in den Neuen Bundesländern - die Konkurrenzsituation zwischen Innenstadt und "Grüner Wiese", dargestellt anhand der Entwicklungen in Leipzig, Rostock und Cottbus. 1998. XVI, 395 S., 83 Tab. und 52 Abb. ISBN 3-923887-40-X. 16,30 €

**Band 99**

Stewig, Reinhard: Entstehung der Industriegesellschaft in der Türkei. Teil 2: Entwicklung 1950-1980. 1999. XI, 289 S., 36 Abb., 8 Graph., 12 Tab. und 2 Listen. ISBN 3-923887-41-8. 13,80 €

### **Band 100**

Eglitis, Andri: Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen in ländlichen Räumen der neuen Bundesländer. Persistenz und Wandel der dezentralen Versorgungsstrukturen seit der deutschen Einheit. 1999. XXI, 422 S., 90 Tab. und 35 Abb.  
ISBN 3-923887-42-6. 20,60 €

### **Band 101**

Dünckmann, Florian: Naturschutz und kleinbäuerliche Landnutzung im Rahmen Nachhaltiger Entwicklung. Untersuchungen zu regionalen und lokalen Auswirkungen von umweltpolitischen Maßnahmen im Vale do Ribeira, Brasilien. 1999. XII, 294 S., 10 Tab., 9 Karten und 1 Klappkarte. ISBN 3-923887-43-4. 23,40 €

### **Band 102**

Stewig, Reinhard: Entstehung der Industriegesellschaft in der Türkei. Teil 3: Entwicklung seit 1980. 2000. XX, 360 S., 65 Tab., 12 Abb. und 5 Graphiken  
ISBN 3-923887-44-2. 17,10 €

### **Band 103**

\*Bähr, Jürgen & Widderich, Sönke: Vom Notstand zum Normalzustand - eine Bilanz des kubanischen Transformationsprozesses. La larga marcha desde el período especial había la normalidad – un balance de la transformación cubana. 2000. XI, 222 S., 51 Tab. und 15 Abb. ISBN 3-923887-45-0. 11,40 €

### **Band 104**

Bähr, Jürgen & Jürgens, Ulrich: Transformationsprozesse im Südlichen Afrika – Konsequenzen für Gesellschaft und Natur. Symposium in Kiel vom 29.10.-30.10.1999. 2000. 222 S., 40 Tab., 42 Abb. und 2 Fig.  
ISBN 3-923887-46-9. 13,30 €

### **Band 105**

Gnad, Martin: Desegregation und neue Segregation in Johannesburg nach dem Ende der Apartheid. 2002. 281 S., 28 Tab. und 55 Abb.  
ISBN 3-923887-47-7. 14,80 €

### **Band 106**

\*Widderich, Sönke: Die sozialen Auswirkungen des kubanischen Transformationsprozesses. 2002. 210 S., 44 Tab. und 17 Abb. ISBN 3-923887-48-5. 12,55 €

### **Band 107**

Stewig, Reinhard: Bursa, Nordwestanatolien: 30 Jahre danach. 2003. 163 S., 16 Tab., 20 Abb. und 20 Fotos. ISBN 3-923887-49-3. 13,00 €

### **Band 108**

Stewig, Reinhard: Proposal for Including Bursa, the Cradle City of the Ottoman Empire, in the UNESCO World Heritage Inventory. 2004. X, 75 S., 21 Abb., 16 Farbfotos und 3 Pläne. ISBN 3-923887-50-7. 18,00 €

### **Band 109**

Rathje, Frank: Umnutzungsvorgänge in der Gutslandschaft von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Eine Bilanz unter der besonderen Berücksichtigung des Tourismus. 2004. VI, 330 S., 56 Abb. ISBN 3-923887-51-5. 18,20 €

### **Band 110**

Matuschewski, Anke: Regionale Verankerung der Informationswirtschaft in Deutschland. Materielle und immaterielle Beziehungen von Unternehmen der Informationswirtschaft in Dresden-Ostsachsen, Hamburg und der TechnologieRegion Karlsruhe. 2004. II, 385 S., 71 Tab. und 30 Abb. ISBN 3-923887-52-3. 18,00 €

### **Band 111**

\*Gans, Paul, Axel Priebis und Rainer Wehrhahn (Hrsg.): Kulturgeographie der Stadt. 2006. VI, 646 S., 65 Tab. und 110 Abb.  
ISBN 3-923887-53-1. 34,00 €

### **Band 112**

Plöger, Jörg: Die nachträglich abgeschotteten Nachbarschaften in Lima (Peru). Eine Analyse sozialräumlicher Kontrollmaßnahmen im Kontext zunehmender Unsicherheiten. 2006. VI, 202 S., 1 Tab. und 22 Abb. ISBN 3-923887-54-X. 14,50 €

### **Band 113**

Stewig, Reinhard: Proposal for Including the Bosphorus, a Singularly Integrated Natural, Cultural and Historical Sea- and Landscape, in the UNESCO World Heritage Inventory. 2006. VII, 102 S., 5 Abb. und 48 Farbfotos. ISBN 3-923887-55-8. 19,50 €

### **Band 114**

Herzig, Alexander: Entwicklung eines GIS-basierten Entscheidungsunterstützungssystems als Werkzeug nachhaltiger Landnutzungsplanung. Konzeption und Aufbau des räumlichen Landnutzungsmanagementsystems LUMASS für die ökologische Optimierung von Landnutzungsprozessen und -mustern. 2007. VI, 146 S., 21 Tab. und 46 Abb. ISBN 978-3-923887-56-9. 12,00 €

### **Band 115**

Galleguillos Araya-Schübelin, Myriam Ximena: Möglichkeiten zum Abbau von Segregation in Armenvierteln. Die Frage nach der sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit urbaner Ballungsräume am Beispiel Santiago de Chile. 2007. VIII, 226 S., 6 Tab. und 19 Abb. ISBN 978-3-923887-57-6. 15,00 €

### **Band 116**

Sandner Le Gall, Verena: Indigenes Management mariner Ressourcen in Zentralamerika: Der Wandel von Nutzungsmustern und Institutionen in den autonomen Regionen der Kuna (Panama) und Miskito (Nicaragua). 2007. VIII, 390 S., 14 Tab. und 44 Abb. ISBN 978-3-923887-58-3. 18,00 €

### **Band 117**

Wehrhahn, Rainer (Hrsg.): Risiko und Vulnerabilität in Lateinamerika. 2007. II, 314 S., 13 Tab. und 50 Abb. ISBN 978-3-923887-59-0. 16,50 €

### **Band 118**

Klein, Ulrike: Geomedienkompetenz. Untersuchung zur Akzeptanz und Anwendung von Geomedien im Geographieunterricht unter besonderer Berücksichtigung moderner Informations- und Kommunikationstechniken. 2008. XI, 244 S., 89 Tab. und 57 Abb. ISBN 978-3-923887-60-6. 15,50 €

### **Band 119**

Sterr, Horst, Christoph Corves und Götz von Rohr (Hrsg.): The ToLearn Project, Learning how to Foster Sustainable Tourism in the North Sea Region 2009. III, 168 S., 6 Tab. und 23 farbige Abb. ISBN 978-3-923887-61-3. 15,00 €

### **Band 120**

Sandfuchs, Katrin: Wohnen in der Stadt. Bewohnerstrukturen, Nachbarschaften und Motive der Wohnstandortwahl in innenstadtnahen Neubaugebieten Hannovers. 2009. X, 282 S., 30 Tab. und 44 Abb. ISBN 978-3-923887-62-0. 16,20 €

### **Band 121**

Oppelt, Natascha: Monitoring of the Biophysical Status of Vegetation Using Multi-angular, Hyperspectral Remote Sensing for the Optimization of a Physically-based SVAT Model. 2010. XXII, 130 S., 34 Tab. und 62 Abb. davon 24 farbig ISBN 978-3-923887-63-7. 14,50 €

### **Band 122**

Mössner, Samuel: Integrierte Stadtentwicklungsprogramme – eine „Vertrauens-Konstellation“. Beispiele aus Frankfurt a. M. und Mailand. 2010. X, 202 S., 5 Tab. und 6 Abb. ISBN 978-3-923887-64-4. 14,50 €

### **Band 123**

Sandner Le Gall, Verena und Rainer Wehrhahn (Hrsg.): Geographies of Inequality in Latin America. 2012. II, 402 S., 22 Tab. und 64 Abb. ISBN 978-3-923887-65-1. 17,50 €

### **Band 124**

Schlichting, Ina von: Migration, Translokalität und Doing Community. Stabilisierende Eigenschaften einer ecuadorianischen Dorfgemeinschaft in Ecuador, Deutschland und Spanien. 2013. IX, 242 S., 7 Tab. und 14 Abb.  
ISBN 978-3-923887-66-8. 16,50 €

### **Band 125**

Lukas, Michael: Neoliberale Stadtentwicklung in Santiago de Chile. Akteurskonstellationen und Machtverhältnisse in der Planung städtebaulicher Megaprojekte. 2014. IX, 244 S., 13 Tab. und 11 Abb.  
ISBN 978-3-923887-67-5. 16,90 €

### **Band 126**

Massmann, Frederick: Hochwasser in Bangkok: Verwundbarkeiten und Handlungsstrategien von Bewohnern. 2015. IX, 232 S., 4 Tab. und 53 Abb.  
ISBN 978-3-923887-68-2. 16,50 €

### **Band 127**

Maus, Gunnar: Erinnerungslandschaften: Praktiken ortsbezogenen Erinnerns am Beispiel des Kalten Krieges. 2015. IX, 293 S., 20 Tab. und 31 Abb.  
ISBN 978-3-923887-69-9. 16,50 €

### **Band 128**

Liao, Kaihuai: Debordering and Rebordering Processes in Suburban Guangzhou, China. 2016. XIV, 179 S., 9 Tab. und 35 Abb.  
ISBN 978-3-923887-70-5. 15,90 €

### **Band 129**

Dohnke, Jan: Urbane Konflikte und stadtpolitischer Wandel, untersucht an Fallbeispielen in Buenos Aires. 2016. XI, 266 S., 14 Tab. und 27 Abb.  
ISBN 978-3-923887-71-2. 16,50 €

### **Band 130**

Fladvad, Benno: Topologien der Gerechtigkeit. Eine politisch-geographische Perspektive auf das Recht auf Ernährungssouveränität in Bolivien. 2017. XII, 261 S., 5 Tab. und 27 Abb.  
ISBN 978-3-923887-72-9. 16,50 €

### **Band 131**

Mühlenberend, Jesko: Studentische Wohnstrategien unter Anpassungsdruck. Eine handlungstheoretische Betrachtung der Wohnungssuche von Studierenden und deren Einfluss auf den Hamburger Wohnungsmarkt 2017. X, 224 S., 10 Tab. und 35 Abb.  
ISBN 978-3-923887-73-6. 16,50 €

### **Band 132**

Hamer, Wolfgang Berengar: Spatial prediction of the infestation risks of winter wheat by the pathogens *Blumeria graminis* f. sp. *tritici* (Powdery mildew) and *Puccinia triticina* (Brown rust) in Schleswig-Holstein using machine learning techniques. 2019. XI, 147 S., 19 Tab. und 72 Abb.  
ISBN 978-3-923887-74-3. 17,50 €

### **Band 133**

Hathat, Zine-Eddine: Gelebte (Transit)Räume im Maghreb, Raumproduktionen im Kontext der EU-Grenz- und Sicherheitspolitik und der sogenannten Transitmigration. 2019. XII, 243 S., 6 Tab. und 30 Abb.  
ISBN 978-3-923887-75-0. 18,00 €

### **Band 134**

Sarnow, Martin: Die Produktion urbaner Räume in einer verstetigten Krise. Austerität, die Rekonfiguration der sozialen Reproduktion und municipalistische Alternativen in Barcelona. 2023. XII, 424 S., 6 Tab. und 19 Abb.  
ISBN 978-3-923887-76-7. 19,90 €

C | A | U

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Mathematisch-  
Naturwissenschaftliche Fakultät

Kieler Geographische Schriften

Band 134 | Kiel 2023  
ISBN 978-3-923887-76-7

